C 21734 D

Diskussion: Wie geht's weiter im KB? S.44



Arbeiterkampf

Jg.7 Nr.134 24.7.78
Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes
2 DM

Blutige Saalschlacht zwischen Nazis und Polizei



Bild oben: Mit „deutschem Gruß" erwarten die Faschisten in ihrem „Versammlungslokal" Journalisten und Polizei. Dann beginnt die Saalschlacht, an deren Ende die Nazis einzeln von den Polizeibeamten rausgetragen werden (Bild unten).

Bild oben: Mit „deutschem Gruß" erwarten die Faschisten in ihrem „Versammlungslokal" Journalisten und Polizei. Dann beginnt die Saalschlacht, an deren Ende die Nazis einzeln von den Polizeibeamten rausgetragen werden (Bild unten).



Eine blutige Saalschlacht lieferte sich am Samstag, den 22.7.78, die „Hansa"-Bande mit der Polizei. Fünf Polizeibeamte und ebenso viele Faschisten wurden zum Teil erheblich verletzt.

Auf Einladung von Nazi-„Führer" Michael Kühnen hatten sich über 100 der militantesten Faschisten aus der ganzen Bundesrepublik versammelt. Höhepunkt der Veranstaltung sollte die Enthüllung einer „Hitlergedenktafel" sein. Nach konspirativen Vorbereitungen begann die Versammlung um 17.00 Uhr im einschlägig bekannten „Tannenhof" in Lentförden/Bad Bramstedt (Schleswig Holstein).

Ungefähr eine halbe Stunde nach Beginn der Veranstaltung erschienen 10 Polizeibeamte, um diese aufzulösen. Kaum hatten diese aber den „Tannenhof" betreten, als eine Horde Nazis sich auf sie stürzte und zur Tür hinausprügelte.

Die Polizei rief Verstärkung aus der ganzen Umgebung und aus Hamburg zur Hilfe. Aber auch der zweite Versuch, die Versammlung aufzulösen, scheiterte am wütenden Widerstand der Nazis. Erst beim dritten Versuch gelang es der Polizei, überhaupt in den Saal zu gelangen.

Mit Gummiknüppeln, Eisenstangen und Stuhlbeinen lieferten sich die Nazi-Schläger mit der Polizei eine Saalschlacht. In SA-Manier droschen die vorwiegend schwarz uniformierten Nazis los, warfen mit Bierflaschen und Gläsern, zertrümmerten das Mobiliar. U.a. erhielt der Einsatzleiter der Polizei einen Schlag mit einem Stuhlbein über den Kopf. Nach ungefähr 40 Minuten(!) war die Schlacht zu Ende.

Ca. 25 der übelsten Schläger wurden festgenommen und abtransportiert, darunter Michael Kühnen, Christian Worch und Tibor Schwarz und andere „Hansa"-Mitglieder sowie einige Auswärtige. Die „Hitlergedenktafel" wurde beschlagnahmt.

Doch während heute die Polizei, wenn es gegen „Linke" geht, schon routinemäßig bei nichtigsten Anlässen jeden festnimmt und erkennungsdienstlich behandelt (wie gerade bei der friedlichen Besetzung der ESG in Hamburg – siehe Artikel in diesem AK), konnten die restlichen 80 Nazis in Lentförden nach dieser Saalschlacht ihre Versammlung fortsetzen!

Tatsächlich hatte sich an diesem Samstag ein illustrer Kreis von Faschisten versammelt. Neben der gesamten „Hansa"-Bande waren vertreten:

- **Thies Christophersen**, Verfasser der „Auschwitzlüge" (seine Veranstaltung vom 26.2.78 in Hamburg wurde noch von der Polizei geschützt);
- **Werner Edgar GeiSS**, Mitglied der „Hansa"-Bande und der „Deutschen Bürgerinitiative" des Manfred Roeder (sein Prozeß – am Tag vorher – wegen Volksverhetzung, Verwendung von NS-Kennzeichen und illegalem Waffenbesitz war wegen „Kopfschmerzen" (!) vertagt worden);
- Familie **Müller** von der „NS-Kampfgruppe Mainz";
- **Willi Wegener**, vorbestraft wegen Waffendiebstahl, einem Brandanschlag auf einen linken Buchladen in Göttingen und mehrerer antisemitischer Ausschreitungen;
- **Jobit Stolp**, bis Dezember '77 Mitglied im Landesvorstand der JN-Schlesiwg-Holstein.

Dazu kamen noch Mitglieder aus allen in Norddeutschland aktiven Nazi-Banden.

„Mit einem Verbot würden wir diese Leute hochjubeln"

Dies erklärte noch Anfang Mai Hamburgs Innensenator Werner Staak (SPD) auf die Frage nach einem Verbot der „ANS".

Was hier am 22.7. 78 in Lentförden an Militanz und Verhetzung insbesondere unter jugendlichen Nazis zum Ausbruch kam, ist eine direkte Folge dieser staatlichen Duldung und Verharmlosung.

- Die „Hansa"-Bande konnte offiziell verbotene Veranstaltungen unter den Augen der Polizei durchführen (26.11.77: Gründung der „Aktionsfront Nationaler Sozialisten" und 25.2.78: ANS-Wahlkampfveranstaltung).
- Seit über einem Jahr werden die Ermittlungsverfahren gegen Michael Kühnen (inzwischen 10 - 15!) und andere Bandenmitglieder verschleppt, ohne daß sie in Hamburg auch nur einmal vor Gericht gestanden hätten.
- Spätestens seit dem Herbst '77 ist der Polizei der kriminelle Charakter der „Wehrsportgruppe" um Uwe Rohwer bekannt. Jener „Wehrsportgruppe", die heute beschuldigt wird, einen Bankraub, einen Raubüberfall und mehrere Überfälle auf Militäreinrichtungen begangen zu haben und die sich vorwiegend aus „Hansa"-Mitgliedern zusammensetzt.

Alle Warnungen vor einem „terroristischen Nazi-Untergrund" und alle Ankündigungen, man wolle jetzt „energisch" gegen diese Umtriebe vorgehen, können über eins nicht hinwegtäuschen: Die Verantwortung für diese kriminellen Taten der Nazi-Banden fällt auf die zurück, die seit Jahren nichts unternommen haben, dagegen einzuschreiten.

Die „Saalschlacht von Lentförden" hat deutlich gemacht, wie weit die Verhetzung in diesen Nazi-Banden heute schon gediehen ist.

Es ist nach dieser Erfahrung noch mehr als bisher eine Aufgabe der antifaschistischen Kräfte, das gesamte Ausmaß dieser Umtriebe zu enthüllen, den gesamten Hintergrund aufzudecken und die Bestrafung der Verantwortlichen zu fordern.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

China stellt jede Hilfe für Albanien ein!

Allen Beteuerungen »unverbrüchlicher Freundschaft« zum Trotz: am 7. Juli teilten die neuen chinesischen Machthaber der albanischen Regierung ihre Entscheidung mit, *»sofort alle Hilfen und Zahlungen im Rahmen des Zivil- und Militärkredits an Albanien einzustellen, eine Anzahl von sehr wichtigen Werken unvollendet zu lassen und die chinesischen Spezialisten, die in Albanien arbeiten, zurückzuziehen«.*

In der Note der chinesischen Regierung vom 7. Juli wird diese radikale Maßnahme begründet mit der Aufzählung mehrerer Beispiele, bei denen angeblich die Albaner den Anweisungen der chinesischen Berater zuwidergehandelt haben und dadurch Unfälle und schwere Schäden an den aus China gelieferten Maschinen verursachten; ferner mangelnde Kooperationsbereitschaft der Albaner bei der Reparatur beschädigter Maschinen, und ähnliche Vorwürfe mehr. Die Albaner, so lautet das Fazit der Anschuldigungen, hätten Unfälle und Maschinenschäden bewußt provoziert, um dann der chinesischen Seite dafür die Schuld zu geben.

Außer diesen angeblichen Vorfällen enthält die Note eine ausführliche Aufzählung der großzügigen Hilfe Chinas für Albanien in der Vergan-
Aufzählung der großzügigen Hilfe Chinas für Albanien in der Vergan-
genheit und sehr knappe, unkonkrete Hinweise aUF Albaniens „antichinesische Kampagne".

Die albanische Nachrichtenagentur ATA kommentierte den Entzug sämtlicher Hilfsleistungen am 12. Juli mit gebührender Schärfe: die Hua-Gruppe habe *»die offiziellen, zwischen beiden Teilen abgeschlossenen Abkommen mit der Arroganz eines großen Staates verletzt«.* Dieser Schritt *»enthüllt auch die Heuchelei der chinesischen Führer bei ihrer bisherigen Haltung gegenüber dem sozialistischen Albanien. Es enthüllt auch den Charakter der Gewährung dieser Hilfe«.* In der Erklärung von ATA wird weiter zutreffend festgestellt, *»daß China den Kurs einer Großmacht eingeschlagen hat ..., die Zusammenarbeit mit den imperialistischen und reaktionären Kräften der Welt aufgenommen und sich diesen angenähert ... hat.«*

Zweifellos wird Albanien es unter diesen Bedingungen noch schwerer haben als bisher, seinen Kurs der Unabhängigkeit fortzusetzen. Es wäre alles andere als verwunderlich, wenn es in der albanischen Führung auch Kräfte gibt, die jetzt einer engeren Anlehnung an die Sowjetunion und die Staaten des RGW das Wort reden. Ein solcher Kurs würde Albanien vom Regen in die traufe führen. Es ist aber nicht so problemlos, wie die markigen Sprüche der »ML«er (»Albanien wird niemals seine Farbe wechseln« usw. usf) weismachen wollen. Wie oft und wie inbrünstig haben sie in früheren Zeiten diese Sprüche nicht auch über China heruntergeleiert! ...
Zeiten diese Sprüche nicht auch über China heruntergeleiert! ...

Albanien braucht und verdient heute, ungedacht beispielsweise der Mätzchen der albanischen Führung gegenüber der internationalen »ML«-Szene, die volle Unterstützung und Solidarität aller Linken und Anti-Imperialisten.

Sowjetunion: Hohe Haftstrafen für Regime-Gegner

Die Serie von Prozessen gegen „Regime-Gegner" in den Ländern des „realen Sozialismus" wird gegenwärtig in der Sowjetunion – nach der spektakulären Verurteilung Rudolf Bahros in der DDR zu 8 Jahren Haft – fortgesetzt: A. Ginsburg, A. Schtscharanskij, V. Pjatkus und L. Lukjanenko, die allesamt in den sogenannten sowjetischen „Helsinki-Gruppen" (für die Verwirklichung der in der Schlußakte der KSZE-Konferenz von Helsinki ratifizierten Menschenrechtsbestimmungen) arbeiteten, wurden zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt. Die Prozesse fanden ausnahmslos unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt (was selbst bereits einen eklatanten Verstoß gegen geltendes sowjetisches Recht darstellt!) und waren dadurch gekennzeichnet, daß anstelle von konkreten Beweisen für angebliche kriminelle Verfehlungen haltlose Beschuldigungen („antisowjetische Propaganda") für hohe Freiheitsstrafen herhalten mußten. Unsere Berichterstattung hierzu und zur Frage, wie sich die westdeutsche Linke zur Verletzung der demokratischen Freiheitsrechte in den Ländern des „realen Sozialismus" insgesamt verhält: siehe die Seiten 47, 48 und 49

Kirchenleitung setzt Polizei gegen ESG-Hamburg ein

Mit Polizeigewalt schloß die Kirchen-Leitung der Nordelbischen Kirche am Mittwoch, den 19.7.78 das Martin-Luther-King-Haus in Hamburg (Sitz der Evangelischen-Studentengemeinde, ESG) und mit einem gewaltigen Polizeiaufgebot ließ sie am Donnerstag ca. 40 „Besetzer" des geschlossenen Hauses der ESG festnehmen, mit Hilfe eines Strafantrages wegen Hausfriedensbruch.

Am Mittwoch tauchten im MLK-Haus zwei Herren aus der Kieler Kirchenführung auf und verlangten von den dort anwesenden Mitarbeitern, innerhalb von einer halben Stunde ihre Sachen zu packen und das MLK-Haus zu verlassen. Die Mitarbeiter weigerten sich, dieser Aufforderung so ohne weiteres nachzukommen und forderten eine Begründung für diese Maßnahme. Die Kirchenherren antworteten mit dem Hinweis, daß man die Begründung morgen in der Presse lesen könne und mit einem Anruf bei der Polizei.

Die sofort herbeigeeilten Polizisten konnten im Vergleich zu den Kirchenfürsten noch einen guten Eindruck schinden, weil sie den studentischen Mitarbeitern der ESG immerhin eine Frist von zwei Stunden ließen, ihre Sachen zu packen. In der Zwischenzeit wurden die Schlösser des Hauses ausgewechselt, der Telefonanschluß totgelegt und die Schilder am Eingang abmontiert.

So wollte die Kirchenleitung eine seit Jahren laufende Auseinandersetzung zwischen ESG und Kirchenführung gewaltsam beenden. Die ESG-Studenten riefen zu einer Vollversammlung am Abend desselben Tages auf, zu der eine große Anzahl von Studenten und sonstiger Freunde der ESG erschienen, um zu beraten, wie gegen die Zwangsräumung vorgegangen werden könnte. Als erste konkrete Maßnahme wurde beschlossen, der Rock-Gruppe Oktober zu helfen, ihre Musikinstrumente aus dem MLK-Haus zu transportieren – die Gruppe hatte einen Öffnungstermin bekommen – und dann dort die Beratung fortzusetzen. Sehr schnell waren bis zu 300 solidarische Freunde im MLK-Haus und nahmen an den Beratungen teil. Da es viel zu sagen und zu tun gab, waren bald alle der Meinung, daß man am besten gleich solange im Hause bleiben sollte, bis die Kirche ihren Räumungsbeschluß zurückgenommen habe. In den Diskussionen wurde deutlich, welche Bedeutung die ESG und das Martin-Luther-King Haus für die demokratische Studentenbewegung und auch über den studentischen Bereich hinaus hat. Einerseits hat die ESG mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln die Aktionen der Studentenbewegung intensiv unterstützt, mit eigenen Aktionen und Veranstaltungen andere Formen des Widerstands und der Auseinandersetzung unter den Linken eingebracht. Zum anderen gehört es zum Konzept dieser Studentengemeinde, ihre Räumlichkeiten für Veranstaltungen und Arbeitssitzungen anderer demokratischer Gruppen zur Verfügung zu stellen.

Kaum hatte am nächsten Morgen – nach einigen Stunden Schlaf – die Beratungssitzung wieder begonnen, waren aus der Ferne Polizeisirenen zu hören und innerhalb weniger Minuten war das Haus umstellt, alle Zugänge abgesperrt und die Bullen drangen in voller Montur mit Schildern und Stöcken ein. Den ca. 40 Anwesenden wurde lediglich die Alternative gestellt sich freiwillig festnehmen zu lassen oder mit Gewalt abgeführt zu werden. Gegen 11.00 Uhr war dann das Haus geräumt – es war vorher beschlossen worden, daß diese Besetzung von Seiten der Besucher völlig friedlich verlaufen sollte. Die Festgenommenen wurden zur Revierwache 16 transportiert; angeblich zur Personalienfeststellung, die aber bis zum Abend dauerte und sich zur erkennungsdienstlichen Behandlung im Polizeipräsidium am Berliner Tor ausweitete. Einer der vier mitfestgenommenen Pastoren meinte, so etwas habe es bei der Kirche seit 1934 nicht mehr gegeben (damals waren große Teile der Kirche zu den Nazis übergetreten und hatten ihren demokratischen Kollegen die Gestapo auf den Hals geschickt).

Der letzte Inhaftierte war schließlich gegen 19.30 Uhr wieder auf freiem Fuß. Diese Maßnahme, deren Schärfe diesmal weniger durch die Polizei hervorgerufen wurde – sie griff erst ein, nachdem sie mehrfach von der Kirchenleitung aufgefordert war, ein Strafantrag gestellt wurde und die Kirche mit einer einstweiligen Verfügung gegen die Polizei drohte – ist in der Öffentlichkeit auf große Empörung gestoßen. Namhafte Kirchenpersönlichkeiten forderten die Kirchenführung auf, ihren Strafantrag (Hausfriedensbruch) zurückzuziehen, um einen öffentlichen Skandal abzuwenden. Einer der festgenommenen Pastoren meinte, man müßte künftig alle Menschen davor warnen, wegen der Gefahr der Verhaftung kirchliche Räume zu betreten.

Die vier Pastoren der Nordelbischen Studentengemeinden (ESG Hamburg ist zur Zeit ohne Pastor) erklärten vor der Presse, daß sie sich angesichts dieser Maßnahme der Kirchenleitung nicht in der Lage sähen, ihre Arbeit (in Flensburg, Kiel, Wedel, Lübeck) fortzusetzen. Aufgrund ihrer theologischen Überzeugung wollen sie erst wieder ihre Arbeit aufnehmen, wenn die Strafanträge und die Hausschließung zurückgenommen sind. Sie können es nicht ertragen, daß die Kirchenleitung Polizeigewalt als Mittel zur Durchsetzung ihres Willens benutzt. Mehrere Hamburger Pastoren stellten den ESG-Gruppen und ihren „Gast"gruppen spontan Räumlichkeiten für ihre Arbeit zur Verfügung. Am Sonnabend fand eine Kundgebung mit ca. 300 Teilnehmern statt, auf der Vertreter der Bundes-ESG und Pastoren aus der Nordelbischen Kirche sprachen.



ESG–Mitglieder erklären ihr Haus für „besetzt"

ARBEITERKAMPF gegen Deutschland-Stiftung

Am 14.7.78 fällte das Ober-Landesgericht München in der Berufungsverhandlung ARBEITERKAMPF gegen Deutschland-Stiftung/Ziesel folgendes Urteil:

– der AK darf nicht behaupten, die Deutschland-Stiftung habe „Verbindungen zu rechtsradikalen Gruppierungen".
– der AK darf nicht schreiben, die Deutschland-Stiftung sei „CSU-eigen".

Das Ober-Landesgericht München gibt Ziesel/Deutschland-Stiftung („DS") somit – im Unterschied zum Urteil des Landgerichts München – in allen Punkten recht.

„CSU-eigen" ?

Das Landgericht München urteilte noch am 20.1.78, daß es – gedeckt durch den Art.5 des Grundgesetzes – im „politischen Meinungskampf zulässig ist", die „DS" als „CSU-eigen" zu bezeichnen. Das ist nun außer Kraft. Zwar liegt das Urteil noch nicht schriftlich vor, doch die Schriftsätze von Ossmann/Ziesel deuten wahrscheinlich den Tenor des Urteils an.

Ziesel läßt seinen Anwalt Ossmann schreiben: Die DS *„wird von keiner politischen Partei oder politischen Gruppierung und damit auch von der CSU und CDU nicht beeinflußt, sondern ist völlig frei"*. Das „Deutschland-Magazin" der DS schreibe *„ unabhängig und unbeeinflußt seine politische Meinung"*. Zwar vertrete die DS/„Deutschland-Magazin" in wesentlichen Punkten CSU- bzw. CDU-Politik, jedoch *„wäre eine solche Abhängigkeit ideeller und/oder finanzieller Art gegeben, so hätte die Verfügungsklägerin* (DS – Anm. AK) *nicht die Möglichkeit, sich mit politischen Auffassungen oder Maßnahmen der Unionsparteien, insbesondere der CSU in Widerspruch zu setzen"*. Denkt man an die manchmal schon entzückenden Anpinkeleien der Unionspolitiker untereinander, so kann man sich bei dieser Argumentation nur an den Kopf fassen.

„Verbindungen zu rechtsradikalen Gruppierungen" ?

Auch in der Berufungsverhandlung wurde dem AK untersagt zu behaupten, die DS habe „Verbindungen zu rechtsradikalen Gruppierungen".

Das Gericht berücksichtigte nicht,

– daß **Gerhard Löwenthal, Vorsitzender des Vorstandes der DS** – laut einem Flugblatt des **„Hochschulring Tübinger Studenten"** – Ehrenmitglied in dieser Vereinigung ist, die sogar im Verfassungsschutzbericht des Landes Baden-Württemberg als „rechtsextremistisch" bezeichnet wird.
– daß die DS zusammen mit der **„VDA – Gesellschaft für Deutsche Kulturbeziehungen im Ausland"** den „Afrika-Spezialisten" Helmut von Lichtenfeld zu einer Veranstaltung als Referent geladen hat. Lichtenfeld ist Mitglied der **„Gesellschaft für freie Publizistik"** ,die z.B. auch der Hamburger Senat als „rechtsextremistische" Organisation einstuft;
– daß **Hans Graf Huyn**, Autor im „Deutschland-Magazin", zusammen mit **Peter Dehoust** am 10./11.9. 77 an einer Veranstaltung des **„Hilfskomitee Südliches Afrika"** teilgenommen hat. Dehoust ist Schriftleiter von **„Nation Europa"** und presserechtlich verantwortlich für **„Mut"**, beide laut VS-Bericht „rechts-extremistisch";
– **Hans-Georg von Studnitz** sowohl im „Deutschland-Magazin" als auch in „Nation Europa" schreibt.

Es ist nicht verwunderlich, daß die Urteile der (Ober-) Landgerichte – je höher man kommt – immer haarsträubender werden. Richter am Obersten Bayerischen Landgericht ist z. B. **Karl Günther Stempel, Präsident des „Deutschen Kulturwerkes europäischen Geistes"** (DKeG). 1971 war das DKeG im Bundesverfassungsschutzbericht noch als *„völkisch-nationalistisch ausgerichtete rechtsradikale Kulturorganisation"* bezeichnet worden. 1973 stand es schon nicht mehr drin. Der bayerische Innenminister Dr. Alfred Seidl (CSU) bezeichnete es nur noch als „rechts-konservativ".

Eine Krähe hackt eben der anderen kein Auge aus!

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

PS: Spendenaufruf zur Unterstützung unseres Prozesses: Einzahlungen bitte auf das Konto des „Initiativkomitees Arbeiterhilfe", Bank für Gemeinwirtschaft Hamburg, Kontonummer 1244 3653 unter dem Stichwort „Arbeiterkampf gegen Deutschlandstiftung".

Beschlagnahme des KB - „Russell-Buches" Nr.5 vorläufig aufgehoben!

Nachdem am 9.5.78 der 5.Band unserer „Antifaschistischen Russell-Reihe" („Sonderkommandos in der BRD – Zügiger Ausbau der neuen GeStaPo") auf Antrag der Hamburger Staatsanwaltschaft beschlagnahmt worden war, mußte die Beschlagnahme am 17. Juli aus formalen Gründen vorläufig wieder aufgehoben werden. Der Grund. Die Zwei-Monats-Frist zur Erhebung der Anklage wurde nicht eingehalten. Das Buch darf somit wieder verkauft werden.

Es muß jedoch damit gerechnet werden, daß die Hamburger Staatsanwaltschaft – wenn auch etwas später – eine Anklageschrift vorlegen wird, mit dem Ziel, in einem politischen Strafverfahren – nach § 90 a – die Verbreitung dieses Buches endgültig unter Strafe zu stellen. Falls es zum Prozeß kommt, werden wir die inkriminierten Textstellen über die im Buch selbst abgedruckten Dokumente hinaus untermauern.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Von der Schnüffel - Front

In einem offenen Brief an Maihofer und verschiedene Zeitungsredaktionen zeigt der Doku-Verlag Karsruhe, daß die derzeit laufende sozialdemokratische 'Kritik' am Sicherheitsapparat an Zuständen ansetzt, die von demselben Verlag schon im Herbst 1977 veröffentlicht wurden. Der Schriftsteller Norbert Ney, der damals zu dem Buch „Revolten von rechts" ein Vorwort schreiben wollte, wurde an der östereichisch/deutschen Grenze von BGS und Zoll kontrolliert (während der Schleyer-Fahndung): *„Die Notizen, das Manuskript und mein privates Adressbuch wurden von den Beamten kurzerhand 'beschlagnahmt' zur genaueren Überprüfung der Inhalte ..."* In München angekommen, wurde Ney von Zöllnern und BGS in den Bahnhof geführt und bekam dort seine Unterlagen zurück mit der Bemerkung, er solle sich in Zukunft eben nicht auf solche Themen einlassen.

Er schreibt: *„Die Informationen über mich wurden offensichtlich beim Verfassungschutz-Datenpool eingespeichert. Wie anders ist es sonst möglich, daß ich ab diesem Tag kein einziges Mal irgendeine Grenze überqueren konnte, ohne mindestens eine halbe Stunde Zeitverlust zu haben?" – "Wird auch mein Telefon abgehört? Kann ich überhaupt noch einen unbeobachteten Schritt irgendwohin tun?"* Und seit er als 2.Vorsitzender der AGAV (Arbeitsgemeinschaft Alternativer Verlage und Autoren) Kontakt mit dem Schriftstellerkollegen Peter Paul Zahl hat, *„häufte sich die Zahl der Briefe von mir/und an mich, die geöffnet waren, eigenartige Stempel und z. T. noch eigenartigere Wege hinter sich hatten. Einige brauchten gar bis zu 6 Wochen, um den Adressaten zu erreichen"*.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Filbinger: Nicht einmal ein Feigenblatt bleibt übrig

„Nichts Neues!", meldete der baden-württembergische Regierungssprecher Gerard Goll, als der „Stern" in der letzten Woche neue Beispiele aus der Rechtssprechung eines pflichtbesessenen Nazi-Richters veröffentlichte. Sicherlich, neue Todesurteile, sind in den Urteilen, die der „Stern" aus dem Jahre 1945 präsentiert, nicht dabei. Es handelt sich lediglich um weitere Beweise dafür, wie furchtbar Filbinger mit sich und dem *„Inferno der damaligen Zeit"* gerungen hat, um Menschen zu helfen und sie vor Strafen zu bewahren, *„wo immer es möglich war"*. Wie in vielen Fällen, so auch bei einer *„Wachverfehlung im Dienst"* – ein Matrose wurde mit geschlossenen Augen während einer Wache ertappt – war „Hilfe" offenbar nicht möglich. Man kann sich die Gewissensnot des „Widerstandskämpfers" Filbinger vorstellen, als er zähneknirschend das Urteil sprach: 6 Monate Gefängnis.

Filbinger widerstand sogar der Versuchung in Gestalt einer Bitte des Kompaniechefs (!) des verurteilten Matrosen *„die Strafverfügung herabzusetzen"* („Stern", 30/78). Mußte er nicht argwöhnen, daß er auf die Probe gestellt werden sollte? War nicht seine „geschickte Tarnung" in Gefahr? *„Eine Herabsetzung der Strafe kann aus grundsätzlichen Erwägungen nicht in Frage kommen"*, antwortete er dem Kompaniechef. Die perfekte Tarnung hatte wieder einmal zugeschlagen. Was Filbinger mit *„grundsätzlichen Erwägungen"* meinte, hatte er in einem anderen Urteil präzisiert: Aufrechterhaltung der *„Manneszucht"*, Verhinderung des *„Gesinnungsverfalls"* – *„Grundwerte, deren dieses unser Volk bedarf"*, wie er es 33 Jahre später so hübsch in einem Interview einmal formulieren sollte („SZ", 21.7.). *„Offiziere erteilen Befehle, Regierungsräte erteilen Baugenehmigungen und Richter sprechen Urteile"*, kommentierte der erwähnte Gerard Goll die „Stern"-Enthüllungen. Ein ganz normaler Vorgang also. Normal war für Filbinger auch noch etwas anderes: Als er vier Monate nach Kriegsende das Gnadengesuch eines Matrosen ablehnte, den er wegen „Fahnenflucht" zu 6 Monaten Haft verknackt hatte, schrieb er zur Begründung: **„6 Monate Gefängnis sind als ungewöhnlich milde Strafe zu betrachten ... Normalerweise wäre so etwas als Fahnenflucht mit dem Tode oder mit hoher Zuchthausstrafe geahndet worden."** („Stern", 30/78).

6 Monate Gefängnis waren also für Filbinger ein *„ungewöhnlich mildes"* Strafmaß. Gewöhnlich, *„normalerweise"* (!) ist „so etwas" mit dem Tode bestraft worden. **Hier spricht jemand aus Erfahrung. Ein Routinier in Sachen Todesurteile. Hier beschreibt jemand die „Normalität" eines Nazi-Richters. Wieviele Todesurteile muß jemand verhängen, damit er von einem ganz normalen Vorgang sprechen kann?**

Wenn es noch eines weiteren Beweises bedurft hätte: Filbinger war ein lupenreiner Nazi-Scherge, der bis zum bitteren Ende seine nazistische Gesinnung nicht nur in sich trug, sondern auch sichtbar lebte.

In Norwegen stand damals eine hochgerüstete deutsche Armee mit einer Stärke von 340000 Mann. Ihr Oberbefehlshaber, General Franz Böhme, wollte sie um jeden Preis zum Einsatz bringen, um dem bereits geschlagenen Nazi-Reich eine totale Niederlage zu ersparen (vgl. „Spiegel", 28/78). Böhme brauchte für diesen Plan Richter vom Schlage eines Filbingers, die jederzeit die Gewähr dafür boten, rücksichtslos, weil von der rechten Gesinnung beseelt, die Soldaten zu terrorisieren und sie in die „letzte Schlacht" zu treiben. Filbinger hat diese Aufgabe durch seine Blutgerichtsbarkeit gewissenhaft ausgeführt.

Schelte aus den eigenen Reihen

Nicht zuletzt die begründete Befürchtung, daß Filbingers Richtertätigkeit Stoff für eine mehrjährige Enthüllungskampagne bieten könnte, hat die CDU/CSU dazu bewogen, von der „uneingeschränkten" zur „kritischen" Solidarität mit Filbinger überzugehen. Die Kartoffel wird langsam heiß. Verdienste hin, Aufbauarbeit her – die CDU scheint damit zu rechnen, ihren Mann doch noch fallen lassen zu müssen. Dregger, StrauSS und Höcherl-Leute also von denen man weiß, daß sie einer furchtbaren Juristerei a la Filbinger in nichts nachgestanden hätten, wenn sie nur dazu die Gelegenheit gehabt hätten – melden vorsichtige bis „deutliche" Kritik an Filbingers „Verhalten" an. Diese Vorwürfe bewegen sich alle auf der Linie, die die „FAZ" schon am 7.7. ausgegeben hat. Die FAZ hatte damals Filbinger den (leider zu spät erfolgten) Ratschlag erteilt, wesentlich offensiver aufzutreten und sich rückhaltslos zu seiner gesamten Tätigkeit als Marinerichter zu bekennen. *„Am besten hätte Filbinger daran getan, gleich Anfang Mai sich nicht peinlich genau auf das ihm Vorgeworfene zu beschränken, sondern weiter auszuholen. Er hätte darlegen sollen, wie es damals in den letzten Wochen des Krieges zuging ... Daß es damals fast immer nur die Wahl zwischen größerem und kleinerem Übel gab. Daß Tarnung oberstes Gesetz war für den, der überleben und anderen zum Überleben verhelfen wollte ... Auf diesem Hintergrund hätte Filbinger erläutern sollen, was er damals getan und unterlassen habe, mit welchen Folgen und warum. Und er hätte hinzufügen müssen, für Vollständigkeit des Berichts könne er nicht garantieren; es sei lange her"*.

Die Kritik der „FAZ" im Klartext: Es ist die Pflicht eines Reaktionärs, sich – zwar beschönigt mit allerlei edlen Absichten – aber rückhaltslos zu seiner faschistischen Vergangenheit zu bekennen und gleichzeitig im Gegenangriff die *„bombastische Heuchelei, mit der bei uns über Schuld im Dritten Reich gerechtet wird"* („FAZ", 7.7.) zu entlarven. Filbinger hat das nur sehr halbherzig getan. Statt einer über seine Person hinausweisende offensive „Vergangenheitsbewältigung-Strategie" hat er sich in zurückweichlerischen Ausreden, offenkundigen Lügen und schwatzhaften Schuldbekenntnissen (*„Jeder ist an allem schuld"*) geübt. Kein Wunder, daß er zwischen seiner tiefsten inneren Überzeugung, damals richtig gehandelt zu haben und einer ihm angeratenen taktischen Zurückhaltung hin und her gerissen wurde und sich in hoffnungslose Widersprüche und *„peinlichen Erklärungen"* (Dregger) verhedderte.

Dregger hat die Verteidigungsstrategie von Filbinger als „unpolitisch" bezeichnet. „Politisch" im Dreggerschen Sinne und streng nach der Empfehlung der „FAZ" haben der Altfaschist Gaul und die schleswig-holsteinische CDU gehandelt. Ohne zu Zögern hat der Lübecker Stadtpräsident nach dem Bekanntwerden seines Nazi-Treibens eine Erklärung abgegeben, in der er sich voll zu den von ihm verhängten Todesstrafen bekennt und die Verantwortung dafür übernimmt, „weil sie den damaligen Gesetzen entsprachen". Die CDU solidarisierte sich sofort mit Gaul – uneingeschränkt und inhaltlich. Die Drohung Stoltenbergs, Nachforschungen über SPD-Vorstandsmitglieder anzustellen, reichte aus, um die SPD im Fall Gaul zum Schweigen zu bringen (siehe nebenstehenden Artikel).

SPD sorgt sich um den Blutkreislauf unseres Gemeinwesens

Die SPD spielt überhaupt eine unrühmliche Rolle in dem ganzen Fall. Ähnlich wie in der Auseinandersetzung um den niedersächsischen Justizminister Puvogel hat sie nur sehr zögernd, fast widerwillig, in die Filbinger-Affäre eingegriffen. In der Tat, es hat den Anschein, daß sie die Filbinger-Enthüllungen mit einem lachenden und einem weinenden Auge betrachtet. Freude, noch nicht einmal kkammheimliche, wollte in der SPD-Führung über die tölpelhafte Taktik Filbingers nicht so recht aufkommen. Denn so verlockend das „parteipolitische Kapital" winkte, das sie „objektiv" aus der ganzen Angelegenheit hätte schlagen können – der Gedanke an die Filbingers in den eigenen Reihen lähmt ihre Initiativfreudigkeit. Die Sorge, daß sich die großen demokratischen Krähen gegenseitig die Augen aushacken könnten, war nach dem ersten Schlagabtausch (Puvogel, Joachim) durchaus begründet. Die SPD trat im Fall Filbinger also erst auf den Plan, als ihre anfangs ausgegebene Linie „Wir überlassen das der CDU!" sich aufgrund der sich überschlagenden Ereignisse nicht mehr durchhalten ließ. **Und die neue Linie, mit der sie dann aufwartete, war die des Staats-Schutzes!** Der „linke" Vorsitzende der badenwürttembergischen SPD, Eppler, hat in einer Rede vor dem Landtag (abgedruckt in der „FR" vom 23.6.) *„die Grundsatzproblematik des Falles Filbinger"* aus der Sicht der SPD folgendermaßen charakterisiert:

– *„Herr Ministerpräsident, je mehr Sie in der Diskussion über ihre Person versuchen, von den wirklichen Fragen abzulenken und Verwirrung zu stiften, umso mehr schaden Sie unserem Gemeinwesen"*;

– *„Es geht darum, ob dieser Staat zum zynischen Gespött einer ganzen Generation wird"*;

– *„ ... hier eitert etwas. Und dieser Eiter wird weiterfressen, solange Sie im Amt sind. Und es wird den Blutkreislauf* (!) *dieses Gemeinwesens vergiften"*;

– *„Und jedesmal wird etwas abbröckeln von der Glaubwürdigkeit unseres Staates. Und jedesmal wird etwas zerstört werden im ohnehin oft gestörten Verhältnis zwischen den Generationen."*

Eppler beschwörend: *„Noch nie sind so viele Menschen unserem Staat mit so viel skeptischer, ja oft höhnischer Ablehnung begegnet wie heute. Noch nie war der Graben zwischen den demokratischen Parteien und einem großen Teil der Jugend so tief wie heute ... Wie tief er ist, zeigt die Reaktion vieler junger Leute auf die Diskussion um Sie, Herr Minsterpräsident. Da ist kaum empörte Anklage, noch weniger engagierte Verteidigung. Da ist vor allem ein Achselzucken: Was wollt ihr denn? So ist dieser Staat, das wundert uns nicht..."* (sämtliche Zitate „FR", 23.6.). Eppler sorgt sich beileibe nicht um den Charakter dieses Staates, sondern um sein Ansehen bei der „jungen Generation". Es scheint ihn nicht besonders zu stören, daß alte Nazis in Amt und Würden in „unserem Gemeinwesen" ihr Unwesen treiben; vielmehr ereifert er sich darüber, daß sie es offen und ungeschickt tun. Nicht Filbingers vergangene und gegenwärtige Taten, nicht das *„sachlich Inhaltliche"*, was Filbinger *„zur deutschen Politik beigesteuert hat"* (Filbinger über Filbinger) steht im Mittelpunkt der SPD-Kritik, sondern die Art und Weise, wie er es verkauft hat. Filbinger hat durch sein Verhalten das *„Vertrauen in den Rechtsstaat erschüttert"* und die *„Glaubwürdigkeit der Demokratie"* beeinträchtigt. D a s ist allemal das schlimmste Verbrechen, dessen sich ein bürgerlicher Politiker, zumal in exponierter Stellung, schuldig machen kann. A u s d i e s e m G r u n d verlangt die SPD-Führung Filbingers Rücktritt. Epplers stärkstes, öffentlich tausendmal wiedergekäutes Argument gegen Filbinger war der Hinweis auf sein *„pathologisch gutes Gewissen"*. Ein starkes und gleichzeitig ein entlarvendes Argument! Ein gesundes, schlechtes Gewissen - von Herrn Filbinger zur Schau gestellt – und der Fall wäre für die SPD erledigt gewesen. Die SPD hätte nichts mehr einzuwenden gehabt. Im Fall des Präsidenten des hessischen Landesarbeitsgerichts., Joachim, ist es genauso gelaufen. Ein Nazi-Blutrichter als Ministerpräsident eines Bundeslandes? Ein Mann, der in Wort und Tat seine Überzeugung vom Dritten Reich in die „zweite deutsche Republik" hinübergerettet hat und hier als Ministerpräsident gegen Linke und Demokraten genauso wütet wie damals gegen „Deserteure" als Marinerichter? – Kein Problem! Nur muß er eine Spur von (geheucheltem) Bedauern zeigen. So weit ist der „Antifaschismus" der SPD heruntergekommen...



Ex-Marinerichter Gaul weiter im Amt!

Der Lübecker Stadtpräsident Gerhard Gaul (CDU) ist weiterhin in Amt und Würden und dies, obwohl inzwischen noch ein weiteres, von ihm als Marinerichter während der Nazi-Zeit verhängtes Todesurteil bekannt geworden ist. SPD und FDP haben erklärt, daß für sie der Fall Gaul jetzt erledigt sei.

Nachdem vor zwei Wochen skandalöse Todesurteile des früheren Marinerichters vom SPD-Fraktionsvorsitzenden veröffentlicht worden waren, sprach die Lübecker CDU sofort ihr Vertrauen für den ehemaligen Lübecker Senator und Justiz- und Wirtschaftsminister Schleswig-Holsteins aus, der heute eine große Anwaltskanzlei in Lübeck unterhält. *„Gaul habe sich durch seine erfolgreiche Tätigkeit für Schleswig-Holstein und Lübeck unbestreitbare Verdienste um den Aufbau des demokratischen Staates erworben"* („Lübecker Nachrichten", 8.7.78) und solle *„seine Aufgaben als Stadtpräsident und in allen übrigen Ämtern weiterhin zum Wohle der Hansestadt und ihrer Bürger wahrnehmen"*, entschied die CDU-Bürgerschaftsfraktion („LN", 9.7.78). In den Enthüllungen der SPD sah man nur eine *„schäbige und infame parteipolitische Attacke gegen einen bewährten demokratischen Repräsentanten unserer Stadt und unseres Landes"* („LN", 11.7. 78).

Gaul selbst ließ eine an Frechheit kaum noch zu überbietende Erklärung verbreiten: *„Ich habe nie einen Zweifel daran gelassen, daß ich außer an den beiden bekannt gewordenen Urteilen in meiner 4jährigen Amtsführung als Marinerichter auch noch an weiteren Todesurteilen habe mitwirken müssen. ... Ich erkläre erneut, daß ich für jedes Urteil und auch jedes Todesurteil, an dem ich mitwirken mußte, selbstverständlich die Verantwortung trage"* (nach: „LN", 11.7.).

In der Tat wurde ein drittes Todesurteil bekannt. Am 27.1.1943 war es von Gaul an Bord des Troßschiffes „Kärnten" in der Nähe von Narvik ausgesprochen worden. An einer außerplanmäßigen Fahrt mit dem V-Boot „Kärnten" hatte auch der Matrose Karl-Heinz Lichters teilgenommen und wie die ganze Mannschaft wegen der Kälte Rum zugeteilt bekommen. In stark angetrunkenem Zustand hatte er einem anschnauzenden Offizier „Leck mich am Arsch!" geantwortet, war nach einem Streit verhaftet worden und hatte bei der Verhaftung erklärt: „Nimm die Pfoten von meinem Kolani!"

Wegen Beleidigung und tätlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten verurteile Gaul ihn zum Tode! Am 4. März 1943 wurde Karl-Heinz Lichters erschossen.

Gaul wollte jetzt zu dieser neuen Enthüllung nicht mehr Stellung nehmen. *„Ich beabsichtige, außer meinen bisherigen Verlautbarungen zu den gegen mich erhobenen Anwürfen keine weiteren Erklärungen mehr an die Presse abzugeben"* („LN", 14.7.78).

Lübecks Geschäftsleute standen bereitwillig zur Seite. So erschien das Anzeigenblatt „Neue Rundschau Lübeck", das kostenlos in 70.000 Exemplaren an Haushalte verteilt wird, mit der Schlagzeige *„Kesseltreiben gegen Gaul!"* — *„ ‚Der Schuß ging wohl nach hinten los, Herr Koscielski!' [So jedenfalls die Meinung des Volkes]"* („NR", 12./13. Juli 78).

Unter der Überschrift *„Politisches Attentat auf Gerhard Gaul"* kommentierte ein Redakteur die Enthüllung des SPD-Fraktionsvorsitzenden mit den Worten: *„Der bislang erfolglose ‚Untergrundkämpfer' möchte sich profilieren, und das hauptsächlich auf Kosten der stärksten politischen Kraft in der Hansestadt, der CDU ... Alle waren damals unvermeidbar befangen, ‚Kinder' ihres Volkes und ihrer Zeit, sie taten ihre Pflicht, nach den geltenden Gesetzen ihrer Zeit, an der Stelle, an die man sie abkommandiert hatte."*

Waren nicht auch Adolf Hitler und die ganze verbrecherische Nazi-Führung nebst Helfershelfern und Finanziers „ ‚Kinder' ihres Volkes und ihrer Zeit" und damit imgrunde völlig unschuldig?! Schlimm ist für diesen Redakteur auch nicht, daß Helfershelfer der Nazis nach dem Kriege in höchste Ämter geraten konnten, nein schlimm findet dieser Herr nur, daß es heute Antifaschisten gibt. *„Deshalb müssen alle Demokraten besonders auf der Hut sein, daß diese unsere gemeinsame Demokratie nicht abermals ‚vor die Hunde geht'. Denn man bereitet sich dazu vor. Nur die Rollenverteilung ist anders als 1932/33. Und der Nazismus ist wieder mit von der Partie, wenn schon nicht als lebendiges Wesen, so doch als Schreckgespenst, mit dessen Propagierung man den heutigen politischen Gegner zu entmachten versucht. Manche Menschen ertragen wohl nur eine kleine Zeitlang Wohlstand, Freiheit und Frieden."*

Angesichts solcher unverhüllten Verharmlosungen des Faschismus wäre es angebracht gewesen, daß SPD und FDP nun erst recht auf dem Rücktritt Gauls bestanden hätten. Aber das Gegenteil trat ein. Der FDP-Kreisvorstand forderte seine zwei FDP-Bürgerschaftsabgeordneten auf, eine Abwahl Gauls zu beantragen. Der am 13.7. stattfindenden Bürgerschaftssitzung blieb ein FDP-Abgeordneter jedoch fern, der andere nahm seelenruhig unter dem Stadtpräsidenten Gaul an der Sitzung teil. Die 23köpfige SPD-Fraktion, die noch eine Woche vorher angekündigt hatte, falls Gaul nicht zurücktrete, werde sie nicht zur Bürgerschaft erscheinen, nahm ebenfalls seelenruhig an der Sitzung teil, als wäre nichts geschehen. Der SPD-Kreisvorstand ließ eine Erklärung verbreiten mit der Rechtfertigung, er habe *„mit Befremden die veröffentlichte CDU-Ehrenerklärung für Herrn Gaul zur Kenntnis genommen ... Die alleinige politische Verantwortung liegt bei der CDU. Sie hat nach geltendem Recht den Anspruch auf die Benennung des Stadtpräsidenten und bestimmt dafür einen Vertreter ihres Vertrauens"* (nach: „LN", 15.7.78).

Sprecher von FDP und SPD erklärten, *„sie hielten den Fall für abgeschlossen und würden von sich aus nicht weiter die Vergangenheit Gauls durchleuten ... In politischen Kreisen in Lübeck wird vermutet, daß die Sozialdemokraten von der SPD-Parteizentrale in Bonn zurückgepfiffen worden seien. Möglicherweise, so heißt es, habe sich der SPD-Vorsitzende Willy Brandt persönlich eingeschaltet"* („Frankfurter Rundschau", 17.7.78).

Vorher hatte Stoltenberg gedroht, wenn man wirklich mit äußerster Härte in die Unterlagen vor 1945 hineingehe, dann würden die Sozialdemokraten *„vor Konsequenzen in ihrer eigenen Führung gestellt"* (NDR II, 7.7.78).

Da sollte kein Gras drüber wachsen, offensichtlich haben noch mehr Leute etwas zu verbergen, was offensichtlich in den Parteikreisen von CDU und SPD nicht unbekannt ist.

KB/Gruppe Lübeck

Bonner Wirtschaftsgipfel: Konflikte nur notdürftig verdeckt

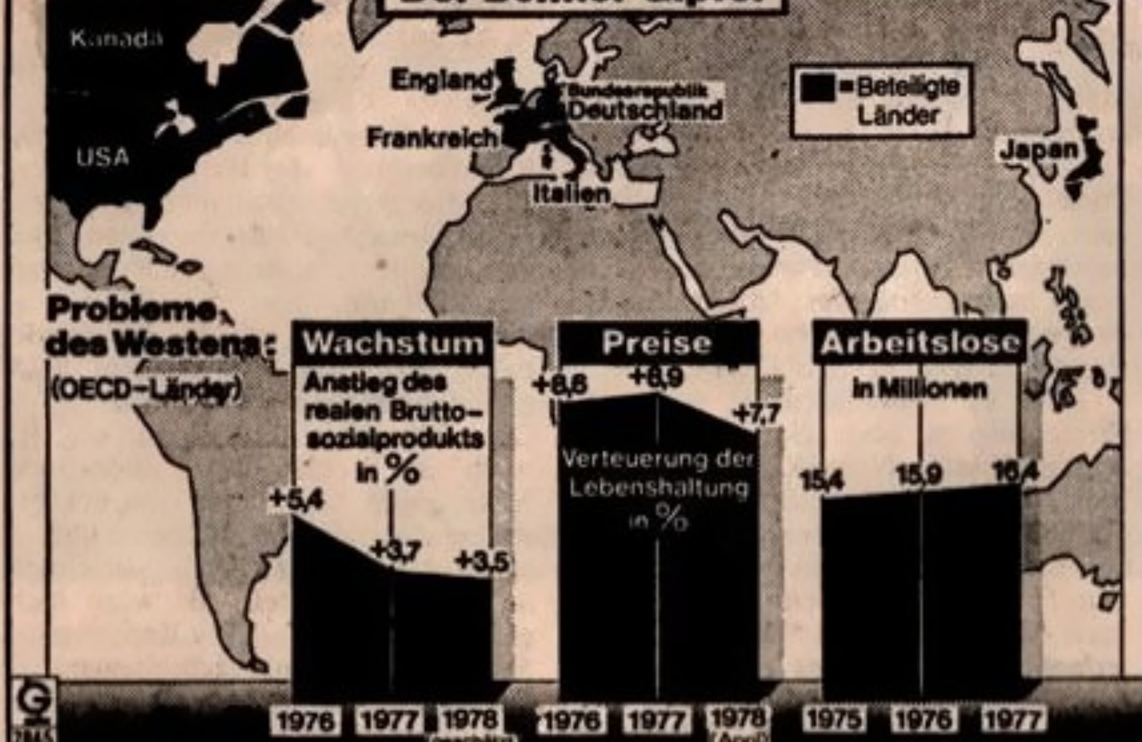


Mitte Juli fand (diesmal in Bonn) nun bereits zum vierten Mal der sogenannte Welt-Wirtschaftsgipfel statt. Teilnehmer waren die Staatschefs der wichtigsten kapitalistischen Industrienationen: USA, Japan, BRD, Kanada, Großbritannien, Frankreich und Italien. Ziel des Gipfels sollte es sein, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten durch ein koordiniertes Vorgehen der wichtigsten Industrienationen zu überwinden und ein neues Wachstum einzuleiten. Anlaß hierfür sind sinkende Profitaussichten der Unternehmen. In der Presse über den Gipfel wird als größte Sorge und wichtigstes Thema die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit herausgestellt. Kein Wunder: sind doch allein in den offiziellen Statistiken der sieben Teilnehmerländer fast 15 Millionen Arbeitslose verzeichnet! Es ist allerdings blanke Demagogie, wenn die Bonner Gipfelbeschlüsse als wichtig für die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit herausgestellt werden.

Alles beherrschend: der Konflikt USA–BRD

Alles beherrschend: der Konflikt USA–BRD

Seit der Wirtschaftskrise 1974/75 stagniert die konjunkturelle Entwicklung in den kapitalistischen Ländern. Der Spielraum für neue und größere Profite wird mangels neuer Absatzmärkte immer enger. Die konjunkturelle Entwicklung in den kapitalisti-



schen Ländern selber führt zu einem weiteren Sinken des Handels untereinander und einem Absinken der Exporte. Die Ausnutzung der Produktionskapazitäten hat vielfach einen Tiefstand erreicht. Neuinvestitionen werden kaum noch vorgenommen, stattdessen liegt der Schwerpunkt bei den Investitionen auf der Rationalisierung als ein Mittel, noch mehr Profite aus den Werktätigen herauszupressen. Folge: noch weiter ansteigende Arbeitslosenzahlen. Da derzeit die Aussichten auf verstärkte Expansion und ein ungehemmtes Wachstum nicht gegeben sind, verschärft sich die Konkurrenz der kapitalistischen Länder beim Ringen um profitable Positionen untereinander enorm.

Der Hauptkonflikt verläuft dabei zwischen den USA auf der einen und der BRD auf der anderen Seite.

Die Position des US-Imperialismus

Der starke aufnahmefähige Binnenmarkt der USA macht den US-Imperialismus relativ unabhängig von der Weltkonjunktur, d.h. der Binnenmarkt bietet den US-Konzernen noch reichlich Expansionsmöglichkeiten.

Die Regierung Carter setzt deshalb auf eine ungebremste Wachstumspolitik. Dies hat allerdings zur Folge, daß durch hemmungslosen Energieverbrauch die Ölimporte in die USA derart in die Höhe geschossen sind, daß bereits 1977 das Handelsbilanzdefizit (Überwiegen der Importe gegenüber den Exporten) gegenüber dem Vorjahr von sechs Milliarden Dollar auf 27 Mrd. Dollar anstieg und für 1978 eine Steigerung auf 40 Mrd. Dollar droht. Andererseits bedeutet die steigende Inflation in den USA und das permanente Sinken des Dollarkurses, daß die beherrschende Position des US-Imperialismus auf dem Weltmarkt (als eine der Stützen seines politisch-militärischen Einflusses) ins Wanken gerät. Die Regierung Carter befindet sich daher im Dilemma, einerseits den US-Konzernen einen Profitaufschwung versprechen zu müssen, andererseits die stagnierende Weltkonjunktur auf Schwung zu bringen.

Deshalb verlangen die US-Imperialisten, daß insbesondere Japan und vor allem die BRD die Rolle der Welt-„Konjunktur-Lokomotive" übernehmen. Diese beiden Länder, die die niedrigste Inflations- und Arbeitslosenrate haben und die stabilsten Währungen, sollen durch Ankurbelung der Binnenkonjunkturen für

die die niedrigste Inflations- und Arbeitslosenrate haben und die stabilsten Währungen, sollen durch Ankurbelung der Binnenkonjunkturen für

verstärkte Nachfrage sorgen und damit auch schwächeren Ländern konjunkturelle Anreize bieten. Zusätzlich erhoffen sich die USA dadurch, daß für ihre durch den Dollarfall billigen Waren neue Exportmärkte geschaffen werden.

Die Position des BRD-Imperialismus

Im Gegensatz zu den USA ist der BRD-Imperialismus stark exportabhängig. Der Anteil des Warenexports am Bruttosozialprodukt der BRD beträgt 23% (USA: sechs Prozent). Die „Stabilitätspolitik" Helmut Schmidts ist daher einer der Stützpfeiler der BRD-Wirtschaftspolitik. Garantiert doch die stabile Währung die günstigsten Bedingungen für das Hauptziel der BRD, Verstärkung des Exports von Kapital. So beträgt die Gesamtsumme des Kapitalexports der BRD-Konzerne seit 1949 53,5 Mrd. DM – davon 21,2 Mrd. DM von 1974 – 1977. Das sind 40% des gesamten Kapitalexports in den letzten vier Jahren! Durch den verstärkten Kapitalexport will sich der BRD-Imperialismus zum einen stärkere Positionen in den Ländern der „Dritten Welt" und in den kapitalistischen Industriestaaten schaffen, zum anderen eine größere Unabhängigkeit von dem konjunkturabhängigen und übermäßig starken Anteil des Warenexports erreichen. Die auf dem Gipfel vorgetragene Forderung des US-Imperialismus und anderer Staaten nach Konjunkturankurbelung hätte für die derzeitige Strategie des BRD-Imperialismus zur Folge, daß dadurch die Inflation steigt, die Expote sich verteuern und mehr Kapital, das ins Ausland exportiert werden soll, gebunden wäre.

Der Kompromiß

In der Wirtschaftspolitik ist der wichtigste Beschluß des Gipfels, daß die BRD sich verpflichtet, bis Ende August 1978 gesetzliche Entscheidungen über *„zusätzliche quantitativ substantielle Maßnahmen um bis zu einem Prozent des BSP (Bruttosozialprodukts)"* zur *„Stärkung der Nachfrage und einer höheren Wachstumsrate"* vorzunehmen (aus der gemeinsamen Erklärung der sieben Regierungschefs). In Zahlen bedeutet dies, daß 13 Milliarden DM zur Konjunkturankurbelung zusätzlich locker gemacht werden sollen. Diese 13 Mrd. DM müssen denn auch überall herhalten, um als Programm gegen die Arbeitslosigkeit dargeboten zu werden. In Wahrheit wird derzeit ausgetüftelt, wie diese 13 Mrd. am besten den Kapitalisten zugute kommen. Favorisiert werden zur Zeit die Modelle – einen Teil des Geldes durch den *„längst fälligen Abbau leistungs- und investitionsfeindlicher Steuern"* („Frankfurter Rundschau", 19.7.)

„längst fälligen Abbau leistungs- und investitionsfeindlicher Steuern" („Frankfurter Rundschau", 19.7.)

herauszuholen. D.h. Senkung der Steuern für Unternehmer (Lohnsummen und Gewerbekapitalssteuer) – den anderen Teil sollen neue Investitionsprogramme ausmachen. Das bedeutet Belastung der Haushalte durch entweder höhere Verschuldung oder mehr Steuereinnahmen (Lohn- und Einkommenssteuer).

Was hier beschlossen wurde, bedeutet zunächst mal einzig und allein, daß den westdeutschen Unternehmen bessere Profitbedingungen geschaffen werden.

Demgegenüber mußten die USA Zugeständnisse in der Energiepolitik machen. Carter verpflichtete sich, die Ölimporte bis 1985 auf 20 bis 25% weniger zu drosseln. Bereits in diesem und im nächsten Jahr sollen die Importe unter dem Stand von 1977 liegen. Dadurch soll zumindest teilweise das inflationsfördernde Handelsbilanzdefizit abgebaut werden. Außerdem hat Carter sich verpflichtet, den Ölverbrauch über Preiserhöhungen zu senken (bis 1980 sollen die Ölpreise um 20% steigen).

Für mehr Atomkraftwerke

Insbesondere diese Maßnahme soll den Imperialisten dazu dienen, die Position der ölexportierenden Länder zu schwächen. In der gemeinsamen Erklärung dazu heißt es: *„Wir setzen uns für eine Verringerung der Abhängigkeit von eingeführtem Öl ein".* Stattdessen setzen sie voll auf die Kernenergie. Dazu heißt es: *„Die weitere Entwicklung der Kernenergie ist unerläßlich und die für der Durchführung der Kernkraftprogramme eingetretene rückläufige Entwicklung muß umgekehrt werden."*

Im Klartext heißt dies, daß noch mehr Kernkraftwerke gebaut werden sollen und die beschleunigte Durchsetzung der Atomprogramme vertreten wird. Kommentiert die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" diesen vor allem auf Drängen von Bundeskanzler Schmidt zustandegekommenen Beschluß: *„Der Bundeskanzler hat eine außenpolitische Absicherung gegen innenpolitische Energie-Querelen gefunden"* (19.7.). Dies sollte die Anti-AKW-Bewegung sich gut merken, wenn mal wieder scheinheilig SPD-Politiker den Umweltschützer raushängen lassen.

Keine Einigung in der Währungspolitik

In der Währungspolitik ist der Konflikt zwischen der BRD und den USA am offensichtlichsten geworden. Die Möglichkeiten zur Einigung waren am geringsten und der Machtkampf ist hier am stärksten. Vorausgegangen war dem Bonner Gipfeltreffen der Bremer EG-Gipfel. Auf diesem hatte Schmidt versucht, dem Dollar und der Gefahr der Inflationierung der DM einen Riegel durch Schaffung eines „europäischen Währungsfond" vorzuschieben. Die DM soll in diesem Währungsverbund Leitwährung für feste Wechselkurse werden. Innerhalb einer gemeinsamen Devisenreserve leiht der BRD-Imperialismus schwächeren Staaten Gelder (d.h.: diese verschulden sich und geraten in noch stärkere Abhängigkeit vom BRD-Imperialismus). Auf diesem Wege soll die DM hart bleiben, gleichzeitig wird die Kaufkraftmenge der EG-Staaten erhöht, ohne daß dies zu Lasten einer Inflationierung der DM geht. Großbritannien und Italien werden verpflichtet, diesem Verbund beizutreten.

Faktisch bedeuten die Bremer Beschlüsse, daß der BRD-Imperialismus seine Währung auf einem Teilsektor zu einer offenen Konkurrenz der bisherigen Leitwährung Dollar aufbaut. In der gemeinsamen Erklärung heißt es dazu, daß die EG-

der bisherigen Leitwährung Dollar aufbaut. In der gemeinsamen Erklärung heißt es dazu, daß die EG-

Vertreter das Gipfeltreffen über die Bremer Entscheidungen „unterrichtete". Weiter lapidar: *„Das Gipfeltreffen begrüßte diesen Bericht und nahm zur Kenntnis, daß die Gemeinschaft die anderen Teilnehmer auf dem laufenden halten wird."*

Hinter dem Vorgehen des BRD-Imperialismus wird sichtlich, wie bemüht er ist, über den Aufbau einer eigenen Stärkeposition unabhängiger vom US-Imperialismus zu werden und die Konkurrenz zu diesem zu verstärken.

Zieht man das Fazit dieses Gipfels, so bleibt, daß in allen wesentlichen Fragen keine Lösungen gefunden wurden. Die Basis für eine Einigung und ein konzertiertes Vorgehen erwies sich als sehr schmal. Einigung bestand eigentlich nur in der Frage, daß noch schärfer eine „Anti-Inflationspolitik" betrieben werden müsse. Übersetzt heißt dies: noch stärkere Lohneinschränkungen, weiterer Abbau der Sozialleistungen. Speziell für Großbritannien und Italien wurde festgelegt, derartige „Anti-Inflationsprogramme" vorzulegen.

Speziell für Großbritannien und Italien wurde festgelegt, derartige „Anti-Inflationsprogramme" vorzulegen.

Weniger Lohn — mehr Profite

Kaum war der Bonner Wirtschaftsgipfel vorbei, wurde eine »vertrauliche« Studie des »internationalen Arbeitskreises für die gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzungen« bekannt, deren Kernpunkte lauten:
»Umkehr der Verteilungsentwicklung« („FR", 22.7.78). Bis 1982 sollen die Löhne und Gehälter nur noch um durchschnittlich 6,5% brutto jährlich steigen.

Die Gewinne und das unternehmerische Vermögen dagegen um 9% jährlich.

Hier wird also für die nächsten 5 Jahre ein massiver Lohnraub propagiert. Es ist natürlich demagogisch, von einer »Umkehr der Verteilungseinwicklung« zu reden. War es bis 1974 übliche Tarifentwicklung, daß die Löhne in Krisenzeiten gesenkt wurden und es in Zeiten konjunktureller Höhe gelang, dies durch Lohnerhöhungen wettzumachen, ist das Lohnniveau seit 1974 gleichgeblieben, ja 1976 und 1977 ist der Reallohn sogar gesunken.

Nach wie vor gilt für die Kapitalisten und ihre Regierung in der Lohnpolitik die Devise des wegen Schiebergeschäften abgesetzten Bankchefs Poullain, der 1976 forderte:

»Die Rückverteilung zugunsten der Unternehmergewinne ist bisher nur unzureichend erfolgt. Das Niveau der Unternehmergewinne ist immer noch zu niedrig ... Die Lohnerhöhungen müssen auf Jahre hinaus so begrenzt werden, daß sie Spielraum lassen für eine weitere Verbesserung der Unternehmergewinne«.

„Kampf gegen Terrorismus" - Bundesregierung setzt sich durch

Im Wesentlichen auf westdeutsche Initiative haben die Staats- und Regierungschefs der sieben größten kapitalistischen Länder eine gemeinsame „Erklärung gegen den Terrorismus" verabschiedet. Danach sollen diejenigen Länder, die Flugzeugentführern den Aufenthalt auf ihrem Territorium gestatten, mit drastischen Boykottmaßnahmen auf dem Gebiet des Luftverkehrs unter Druck gesetzt werden. Von der westdeutschen Regierung wird diese Absprache als „operativ von erheblicher Bedeutung" eingeschätzt. Die Erklärung im Wortlaut:

„Die Staats und Regierungschefs, besorgt über Terrorismus und Geiselnahme, erklären, daß ihre Regierungen ihre gemeinsamen Bemühungen zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus intensivieren werden. In Fällen, in denen ein Land die Auslieferung oder die gerichtliche Verfolgung von Flugzeugentführern veweigert beziehungsweise solche Flugzeuge nicht zurückgibt, sind die Staats- und Regierungschefs daher gemeinsam entschlossen, durch ihre Regierungen sofort dafür zu sorgen, daß sämtliche Flüge in ein solches Land eingestellt werden. Gleichzeitig werden die Regierungen Schritte einleiten, damit sämtliche Einflüge aus diesem Land sowie durch Luftfahrtunternehmen dieses Landes unterbunden werden. Sie fordern andere Regierungen nachdrücklich auf, sich dieser Verpflichtung anzuschließen" („SZ", 18.7.).

Daß es bei dieser Absprache wohl ausschließlich darum geht, den kapitalistischen Staaten gegenüber nicht gefügige Länder unter Druck zu setzen, mag folgendes Beispiel verdeutlichen:

1972 hatten zwei Litauer eine sowjetische Passagiermaschine in ihre Gewalt gebracht und zum Flug in die Türkei gezwungen. Bei der Entführung ermordeten die beiden Entführer eine Stewardess. Heute leben beide in den USA in Freiheit!

Antifa Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Bremen:

Diskussion um basisdemokratischen Aufbau einer Wahl-Initiative

Seit Anfang dieses Jahres wird in Bremen die Diskussion um eine alternative Wahlbeteiligung in Form einer „Grünen" oder „Bunten" Liste geführt. Zunächst war es nur ein lokkerer Diskussionszusammenhang, mittlerweile – angekurbelt durch die Ergebnisse der GLU in Niedersachsen und der Bunten Liste in Hamburg – ist daraus der **„Initiativkreis Grüne/Bunte Liste in Bremen und Bremerhaven"** geworden. und auch wenn Bremen das kleinste Bundesland ist, so zeichnet sich heute bereits in der angelaufenen Diskussion die Möglichkeit einer enorm breiten Alternativ-Kandidatur für die Bürgerschaftswahlen im Herbst 1979 ab: Es beteiligen sich an der Diskussion Mitglieder traditioneller Umweltschutzorganisationen wie dem WSL („Weltbund zum Schutz des Lebens") ebenso wie Mitglieder aus einzelnen Stadtteilgruppen der BBA (Bremer Bürgerinitiative gegen Atomenergieanlagen) und der Bürgeraktion Küste. Es beteiligen sich aber auch eine Reihe z. T. prominenter Noch-SPD-Mitglieder, die z. T. schon seit Jahren im Clinch mit der Bremer SPD-Führung liegen, ebenso wie Mitglieder des KB und seit neuerem auch der „KPD". Und nicht zuletzt sind im Verlauf der Diskussionen auch immer mehr Interessierte aus anderen Basisbereichen (Frauenbewegung, Initiative gegen die Industriezersiedelung des Hollerland, Bremer Klinik-Initiative zugekommen.

Zur bisherigen Arbeit und Auseinandersetzung im Diskussionskreis

Nach zwei oder drei lockeren Diskussionen am Jahresanfang, bei denen im wesentlichen das Für und Wider einer alternativen Kandidatur diskutiert wurde, entstand schnell eine Orientierung, die besagte: wir müssen uns erst einmal einige Grundsätze erarbeiten, um überhaupt an andere Initiativen herantreten zu können. Aus Aktivisten des Diskussionskreises, der zu diesem Zeitpunkt bereits zwischen 40 und 60 Leuten umfaßte, bildete sich ein „Zielfindungsausschuß", der sich wiederum in einzelne „Ressorts" aufteilte. Hier wurde versucht, zu verschiedenen Themenschwerpunkten („Wirtschaftsstruktur und Energieversorgung", „Stadtentwicklung und Verkehr", „Finanzen", „Gesundheit, Umwelt, Soziales", „Bildung, Kultur, Wissenschaft" und „Inneres") Analysen und alternative Ansätze zu erarbeiten. Von einer starken Minderheit im „Zielfindungsausschuß" wurde dieser Ansatz allerdings als problematisch kritisiert, insbesondere auf die Gefahr hingewiesen, daß das Ergebnis dieser Arbeit programmähnlichen Charakter haben könnte und damit die Initiativen vom Diskussionsprozeß ausschließen könnte. Die Minderheit bildete ebenfalls eine Arbeitsgruppe, in der versucht wurde, Prinzipien für einen basisdemokratischen Aufbau der Wählergemeinschaft zu entwikkeln. Auf einem Plenum, kurz nach den Wahlen in Niedersachsen und Hamburg, wurde dieses „Selbstverständnispapier" zur Diskussion gestellt. Auf diesem und insbesondere dem nachfolgenden Plenum vom 9.7., wurden dann die Weichen für eine Verbreiterung und Offenlegung der Wahldiskussion in Bremen gestellt. Der von sämtlichen Beteiligten immer wieder formulierte Anspruch auf eine wirkliche Einbeziehung der Basisinitiativen soll jetzt in die Tat umgesetzt werden. erste Schritte dazu sind bereits verwirklicht worden, ein Wahl-Diskussions-Info ist erstellt worden, in dem kontroverse Beiträge, Presseberichte, das „Grundsatzpapier", die Stellungnahme einer Initiative und Meinungen und Meldungen zu aktuellen Problemen der Bremer Basisbewegung zusammengefaßt werden. Der zweite Schritt war eine erfolgreiche Veranstaltung des „Initiativkreises" am 21.7. in der Bremer Stadthalle. In den nächsten Wochen, leider etwas unterbrochen durch die jetzt beginnenden Sommerpause, wird es darauf ankommen, in der Diskussion in den Initiativen, die auf dem letzten Plenum bei drei Gegenstimmen beschlossenen Grundsätze über den Aufbau einer alternativen Wählergemeinschaft in die Praxis umzusetzen:

- **Aufbau der Wählergemeinschaft über Initiativendiskussion statt eines Parteiaufbaus von oben;**
- **Entwicklung programmatischer Aussagen über die Initiativendiskussion;**
- **der Aufbau soll dezentral und basisdemokratisch erfolgen, die Initiativen sollen ihre Selbstständigkeit behalten;**
- **Unvereinbarkeitsbeschlüsse lehnen wir ab;**
- **die außerparlamentarische Arbeit bleibt in jedem Fall die grundlage unseres Handelns.**

GAZ – Nein Danke!

Auch zu den Bestrebungen Gruhls und Beddermanns, eine Bundespartei zu gründen, die mittlerweile in Form der GAZ Realität geworden ist, hat der „Initiativkreis" eine eindeutige Stellungnahme abgegeben. In einem „Offenen Brief" an die Betreiber dieses Projekts wurde erklärt, daß wir *„eine Parteigründung von oben und hinter verschlossenen Türen"* entschieden ablehnen. Im Gegensatz dazu wurde der basisdemokratische Aufbau als einziger Weg einer wirklichen Alternative betont. *„Die voreilige Gründung einer Bundespartei widerspricht diesem Prinzip der demokratischen Willensbildung".*

Frauen und Wahlen

Als einer der ersten Bereiche, in denen die Wahldiskussion auf breiterer Ebene aufgenommen worden ist, sind die Frauen aktiv geworden:

Auf Initiative von drei Frauen aus dem „Wahlinitiativkreis", die sich nicht damit begnügen wollten, die Frauenprobleme im Bereich „Soziales, Gesundheit" wiederzufinden, trafen sich bereits wenige Tage nach dem letzten Plenum ca. 15 Frauen aus verschiedenen Frauengruppen und andere interessierte Frauen. Dabei wurden einige Fragen sehr konkret diskutiert wie z.B. Kindergartensituation, Probleme von Frauen mit Kindern, gerade auch alleinerziehende Frauen usw. Vereinbart wurde ein weiteres Treffen, zu dem diesmal auch mit einer schriftlichen Einladung andere Frauen und Frauengruppen angesprochen wurden. Auf diesem Treffen waren 27 Frauen aus 9 Frauengruppen dabei. Diesmal wurde, ausgelöst durch Frauen aus neu hinzugekommenen Gruppen, auch eine prinzipiellere Diskussion über die Probleme einer Wahlbeteiligung geführt. Zwei Fragen wurden kontrovers diskutiert:

– Warum überhaupt so eine Wahlkandidatur – sind wir dann nicht eine neue Partei? Bringt uns das überhaupt etwas ein, oder fallen wir damit auf den Parlamentarismus herein?

– Widerspricht eine Kandidatur nicht dem Charakter von Bürgerinitiativen als überparteiliche Gruppen mit einem bestimmten Thema?

Klar, daß diese Fragen nicht abschließend ausdiskutiert worden sind; wie in anderen Bereichen auch, werden gerade diese beiden Fragen in der weiteren Debatte eine wichtige Rolle spielen. Als regelmäßige Einrichtung, um die Diskussion am Leben zu erhalten und neu entstandene Kontakte zu bekommen, wurde beschlossen, einen Frauenstammtisch einzurichten.

Treffpunkt: Donnerstag ab dem 27.7. um 20.00 Uhr
Gaststätte Gerken, Feldstr. 77

Das nächste Frauenplenum nach den Ferien läuft am Donnerstag, dem 14. September, 20 Uhr, Christusgemeinde Vahr,
Kontaktadresse der Frauen: Ingrid, Tel.: 5o 6o 11.

Erfolgreiche Veranstaltung des „Initiativkreises"

Am 21.7. fand in der Bremer Stadthalle die erste öffentliche Veranstaltung des „Initiativkreises Grüne/Bunte Liste in Bremen und Bremerhaven" statt. Ca. 600 Interessierte waren trotz der kurzen Mobilisierung erschienen. Eingeladen waren auf der einen Seite Vertreter der GLU-Niedersachsen und der Bunten Liste Hamburg, und auf der anderen Seite Vertreter von SPD, CDU und FDP. Ziel dieser Veranstaltung, die unter dem Thema „Bürgerinitiativen und Wahlen" lief, sollte es sein, nicht ein fertiges Konzept des „Initiativkreises" vorzustellen, sondern durch die Konfrontation der unterschiedlichen Positionen der bürgerlichen Politiker einerseits und der der Alternativlisten andererseits den Diskussionsprozeß in Bremen zu beleben, bzw. erst einmal eine Diskussion anzureißen.

Innerhalb der SPD hatte man die Sache wohl ernst genommen, mit Senator Brückner (Umwelt) war die erste Garde der Partei vertreten. Bei der FDP wurde in Vertretung des Vorsitzenden Lahmann, der erst kürzlich bei einer Sitzung der „Bürgeraktion Küste" aufgekreuzt war, ein Herr Rammelt vom Landesvorstand geschickt. Die CDU war nicht erschienen. Die GLU war durch Wolf Dombrowski vertreten, die Bunte Liste durch Günther Hopfenmüller.

Wolf Dombrowski grenzte sich gegen die „Gürtel-enger-schnallen"-Theorie von Gruhl ab, ohne ihn explizit zu nennen, und forderte zum einheitlichen Handeln der Umweltschutzbewegung auch in der Wahlfrage auf. Günther Hopfenmüller ging ausgehend vom Ansatz des Hamburger Bündnisses insbesondere auf die Prinzipien basisdemokratischer Listen ein.

Noch zu einer Randerscheinung: Die Bremer DKP hatte sich mit einiger Prominenz in die Stadthalle bemüht, um sich

– zu beschweren, daß sie nicht eingeladen war;
– ihre „prinzipiell positive" Einstellung zu Bürgerinitiativen zu betonen;
– ihre Kandidatur zu den Bürgerschaftswahlen anzumelden;
– und ihre Bereitschaft zur „offenen Auseinandersetzung" anzukündigen.

Termine

Gesamtplenum Bremen/Bremerhaven am Mittwoch, 26.7. um 20 Uhr Gemeindehaus Horn 2, Bremen, Luisenthal 26.

Wahlplenum Bremerhaven am Dienstag, 25.7. um 20 Uhr, Weserhof, Weserstr.

KB/Gruppe Bremen

Einladung andere Frauen und Frau- unter dem Thema „Bürgerinitiativen KB/Gruppe Bremen

GL Schleswig-Holstein:

Landesvorstand contra Kreisverbände!

Während in Schleswig-Holstein überall Kreisverbände der Grünen Liste gegründet werden, schießt der provisorische Landesvorstand mit Spaltungsmanövern quer: Auf der letzten Landesvorstandssitzung am 16.7. wurde ein scharfer Unvereinbarkeitsbeschluß gefaßt, dessen Anerkennung nach dem Willen der Rechten Bedingung für die Annahme der Kreisverbände sein soll: *„Die Grüne Liste ist eine ökologische Antwort auf die drängenden Probleme unserer Zeit. Die Art dieser Probleme verlangt, daß sie undogmatisch angegangen werden müssen. Daher haben politische Theorien verschiedener Richtungen in der Grünen Liste nur dann Platz, wenn sie sich im Sinne der Zielsetzung einer ökologisch orientierten Gesellschaft gegenseitig anregen und ergänzen. Mitglied kann nicht werden, wer in einer anderen politischen Partei oder einer politischen Kadergruppierung, z.B. KB, organisiert ist oder wer rassistisches-nationalistisches Gedankengut vertritt."*

Dieser Beschluß steht in Widerspruch zu den Entscheidungen des Gründungskongresses vom 21.Mai in Rendsburg: Vorstand, Satzung und Programm haben lediglich provisorischen Charakter, die zu gründenden Kreisverbände sind autonom. Über Satzung und Programm für den Landesverband wird erst auf dem nächsten Kongreß im September entschieden. Letztendlich ist der jetzt verabschiedete UVB eine Maßnahme zugunsten eines basisfernen Partei-Konzepts; seine Betreiber wissen nur zu genau, daß für die Mehrheit der schleswig-holsteinischen Basisinitiativen Unvereinbarkeitsbeschlüsse unannehmbar sind. Nicht ein einziger neugegründeter Kreisverband hat bisher die in der provisorischen Landessatzung vorgesehenen Unvereinbarkeitsbeschlüsse übernommen. Die Mehrheit der Kreisverbände hat sich erklärtemaßen gegen die UVB's gestellt. Da, wo nach der letzten Landesvorstandssitzung noch Vorstandssitzungen und Mitgliederversammlungen stattfanden, wurde auch der neue UVB abgelehnt. Außerdem findet bereits in mehreren Kreisen eine Diskussion um eine breitere Einbeziehung von Basisinitiativen und um ein „buntes" Programm der Grünen Liste statt. Das sind die Gründe, warum bisher der Kreis Segeberg - aus dem das Vorstandsmitglied Springmann kommt - vom Landesvorstand der aus Mitgliedern der „Gründerkreise" Steinburg und Nordfriesland besteht anerkannt wurde. Insgesamt gibt es in Schleswig-Holstein 15 Wahlkreise.

Am weitesten ist die Diskussion im **Kieler Kreisverband** , der kurz nach dem Rendsburger Kongreß als erster gegründet wurde. In Kiel hat die Diskussion um das Programm begonnen. Der Kreisverband hat alle Baisinitiativen am Ort zu einem Kongreß am 4.September eingeladen, um das Programm zu diskutieren, *„weil wir wissen, daß dieser Entwurf unvollständig ist und noch nicht alle Bereiche umfaßt, zu denen wir Stellung nehmen wollen. Wir bitten Euch, den Entwurf im eigenen Kreis zu diskutieren und Eure Anregungen und Ergänzungen an uns weiterzugeben. Wir streben an, daß sich an der Landtagswahl 79 alle und insbesondere die Initiativen beteiligen, auch wenn sie sich nur gegen Teilaspekte der unökologischen Gesellschaft wenden".*

Am 20.7. trafen sich im Kieler Frauenzentrum 25 Frauen zu einer Wahldiskussion. Die Anwesenden beschlossen, als Frauengruppe in die Grüne Liste zu gehen, die Wahldiskussion in den Kieler Frauengruppen in Gang zu setzen und nach Beratung mit allen schleswig-holsteinischen Frauengruppen für einen Frauenkongreß vor dem nächsten GL-Kongreß im September einzutreten. Außerdem wurde beschlossen, sich am Kieler Basiskongreß zu beteiligen. Die Frauen lehnten den Unvereinbarkeitsbeschluß des Vorstands ab.

In **Lübeck** trafen sich am 14.7. 90 Menschen, darunter Mitglieder verschiedenster Basisinitiativen, zu einer ersten Versammlung. Über 40 sprachen sich für den Aufbau einer Grünen Liste auch in Lübeck aus, bei breiter Diskussion in den Basisinitiativen. In einer Presserklärung wurde die GAZ-Gründung verurteilt. Einigen Ärger gab es in dem auf dem Treffen ernannten Vorbereitungsausschuß, wo der gerade aus der SPD ausgetretene Christian Thürnagel, noch immer dem Denkmuster seiner alten Partei verhaftet, die Unterzeichnung vorgedruckter UVB's verlangte und später sogar diese Unvereinbarkeiten mit der Einladung zum nächsten Treffen verschicken wollte. Solche Gemüter sollten lieber bei ihrer Mutterpartei bleiben.

Der Kreisverband **Rendsburg-Eckernförde** hat sich den Namen „Grüne Liste/Wählergemeinschaft für Demokratie und Umweltschutz"gegeben. Z.Z. wird über eine „Standorterklärung" dieses Kreisverbandes diskutiert, in der man sich für ein „buntes" Programm und breite Beteiligung der Basisinitiativen in der Grünen Liste ausspricht. Zum anderen soll durch die Satzung ermöglicht werden, daß auch Mitglieder von Basisinitiativen, die nicht Mitglied in der Grünen Liste sind, mit beratender Stimme teilnehmen könne.

Im Kreis **Schleswig-Flensburg** haben an den bisherigen Diskussionen ca. 90 Menschen beteiligt. Ein „Initiativkreis Grüne Liste" ist gegründet worden, der gerade die Programmdiskussionen aufgenommen hat. Auch im Kreis **Flensburg (Stadt)** ist ein „Initiativkreis" entstanden, der am 26.7. den Kreisverband gründen will. In beiden Kreisen soll eine breite Diskussion der Basisinitiativen geben und deuten sich „bunte" Zusammenschlüsse an.

Auf einer Mitgliederversammlung des Kreisverbandes **Lauenburg** am 21.7. sprach sich eine Mehrheit gegen die UVB des Landesvorstandes aus. Das ist besonders bedeutend, weil dieser Kreisverband einen recht bekannten KB-Genossen in den Vorstand gewählt hat und daher wegen angeblicher „KB-Majorisierung" attackiert wird.

Der Kreisverband **Stormarn** führte am 21.7. seine erste Veranstaltung zum AKW Brunsbüttel durch. Zu dieser Veranstaltung wurde von der SPD ein Flugblatt verteilt, in dem die Behauptung aufgestellt wurde, die Grüne Liste würde die Bürgerinitiativen spalten. Auf der Veranstaltung wurde der UVB des Landesvorstandes abgelehnt.

Der **Segeberger** Kreisverband hatte anfangs einen von dem rechten Vorstandsmitglied Baldur Springmann durchgesetzten UVB, der allerdings kurze Zeit später auf einer Mitgliederversammlung gekippt wurde. Auf der Vorstandssitzung vom 21.7. wurde eine scharf gehaltene Resolution gegen die GAZ-Gründung verabschiedet sowie der UVB des Landesvorstands abgelehnt. Eine brisante Situation für den Vorstands-Rechtsaußen Springmann!

Wenn am 27.7. der Landesvorstand - wie angekündigt - auf der Grundlage seines UVB über die „Anerkennung" der Kreisverbände beschließen will, muß er sich entscheiden, ob er die Einheit mit den Kreisverbänden oder die Spaltung will.

Landesleitung Schleswig-Holstein des KB



Neu! Broschüre der Bunten Liste(Hamburg) zur Auseinandersetzung mit den Pseudo–„Grünen" in der GLU und zur Unterstützung der fortschrittlichen GLU-Mitglieder,(Preis DM 1,50) zu bestellen über: Bunte Liste-Büro, 2 Hamburg 19, Fruchtallee 9

Arbeit des internen Verfassungsschutz der Grünen Liste Schleswig-Holstein noch mangelhaft

Auf der Vorstandssitzung der Grünen Liste Schleswig-Holstein am 29.6. wurde ausführlichst über vermutete Kader von "K-Gruppen" im Verband spekuliert.

Der etwas dämliche Schriftführer Rüdiger Pohlmann hatte soviel verstanden, daß ein Mitglied aus dem Kreis Storman der KPD und eines aus dem Kreis Herzogtum Lauenburg dem KB angehöre. Das hat Rüdiger artig protokolliert und landesweit verschickt. Auf der Vorstandssitzung am 11.7. trat das vermutliche KPD-Mitglied leibhaftig in Erscheinung und behauptete, es sei gar keins (wie Rüdiger meint, möglicherweise ein infamer Schachzug, um weiter unterwandern zu können).

Jedenfalls haben die anderen Vorstandsmitglieder Rüdiger gesagt, er habe sich verhört. So mußte er ins nächste Protokoll eine "persönliche Erklärung" schreiben: *"Der Name einer mit K-Gruppen in Zusammenhang gebrachten Person wurde verwechselt. Ich entschuldige mich hiermit bei der genannten Person für den Irrtum."*

Auf seiner Sitzung am 11.7. hat der Vorstand die Sache dann nochmals diskutiert. Rüdiger faßt zusammen: *"Das letzte Protokoll enthielt eine fehlerhafte Anschuldigung gegen die falsche Person."* (Paß mal auf, Rüdiger; entweder war die Anschudigung der KPD-Mitgliedschaft fehlerhaft, dann heißt es "gegen eine Person". Oder die Anschuldigung war richtig, aber Personen wurden verwechselt, dann mußt du das "fehlerhaft" vor "Anschuldigung" weglassen - verstehst du?)

Rüdiger weiter *"Um solche peinlichen Fehler zu vermeiden, soll in Zukunft die Stellungnahme zu Personen im Protokoll unterbleiben."* (Lieber Rüdiger, hiermit ist sicher nicht gemeint, daß erst alles wieder aufgeschrieben werden darf, wenn der Vorstand einen besseren Schriftführer hat. Dies bedeutet einfach nur, daß der Vorstand seine Ermittlungen nicht mehr veröffentlicht).

Übrigens: Im Landkreis Schleswig wird behauptet, daß du in der DKP bist?!

KB-Gruppe Hohenlockstedt



Parteitag der GLU-Niedersachsen

Am 22/23. 7. fand in Liebenau die erste Landesversammlung der GLU Niedersachsen nach den Landtagswahlen statt. Die Landesversammlung repräsentiert nach dem Delegiertenprinzip die gegenwärtig ca. 1.400 Mitglieder der GLU in Niedersachsen. Sie ist oberstes Beschlußorgan der GLU. Auf der Versammlung in Liebenau nahmen 118 Delegierte teil.

Die Landesversammlung erhielt ihre besondere Bedeutung dadurch, daß auf ihr nach den verschiedensten Auseinandersetzungen zwischen rechts und links in der GLU, wie bei anderen grünen Parteien oder Wahlinitiativen eine Auskunft über die Kräfteentwicklung in der GLU Niedersachsen und die künftige Marschrichtung der GLU zu erwarten stand. Die GLU in Niedersachsen hat neben der Bunten Liste immerhin das mit Abstand wichtigste und erfolgreichste Wahlergebnis einer „alternativen Partei" vorzuweisen. Ob die GLU sich zu einer **demokratischen Alternative** weiterentwickeln würde oder im Gefolge der bürgerlichen grünen Gründungen, wie der GAZ, den Weg nach rechts beschreiten würde, war die eigentlich zentrale Frage der Landesversammlung, die in allen Einzelpunkten immer im Hintergrund stand.

Der Parteitag endete im Wesentlichen mit einem politischen Ausgleich zwischen der Mittelgruppe um Delegierte wie Lippelt, Mombauer, Bertram und Otto und der rechten Fraktion, bei der Beddermann die Führung abgab.

Dieser Friedensschluß zwischen Mittelkräften und Rechten erfüllt zwar nicht alle Wünsche der Rechten nach vollständiger Ausmerzung der Linken in der GLU und der sofortigen Umformung der GLU zur bürgerlichen Ökologiepartei, läßt aber den Weg dorthin offen. Von der Mittelgruppe kam keine scharfe Abgrenzung gegen die GAZ, die rechten GLUs in anderen Bundesländern und die lauthals von den GLU-Rechten vorgetragene Forderung, die GLU scharf nach links abzugrenzen. Auch die Delegierten – mäßig schwach vertrene Linke konnte nur ein Einzelbeiträgen gegen die MitteRechts-Koalition gegenhalten. Der Parteitag begann mit einer Kampfabstimmung, ob nur Delegierte Rederecht haben oder auch die zahlreich erschienenen GLU-Mitglieder sich zu Wort melden durften. Mit 62 : 42 wurde das Rederecht für „einfache" Mitglieder abgelehnt, im Unterschied übrigens
durften. Mit 62 : 42 wurde das Rederecht für „einfache" Mitglieder abgelehnt, im Unterschied übrigens
zu den Landesversammlungen vor den Wahlen, die sich auch in solchen Fragen basisdemokratischer gaben. An der Frage, ob ein Kandidat der „Bunten Liste" an der Versammlung als Gast teilnehmen durfte, gab es gleich die nächste Auseinandersetzung, die allerdings diesmal für die Teilnahme des BL-Delegierten als Gast entschieden wurde.

Für die Tagesordnung wurde von den Rechten auf schnelle Vorstandswahl gedrängt. Hier setzte sich allerdings auch die von den Mittelkräften vertretene Auffassung durch, die Vorstandswahlen erst nach einer zeitlich befristeten allgemeinen Aussprache zu beginnen. Beddermann begann dann die inhaltliche Debatte mit einer „Erklärung zur Lage". Er verkündete seinen Rücktritt und lehnte die erneute Kandidatur für Vorstandsposten ab. 90 % seiner Erklärung bestanden aus dreisten Angriffen gegen die Linke und die Basis- und BI-Bewegung und in der Aufforderung, allen „radikaldemokratischen Experimenten" abzuschwören und die GLU zu einer straffen bürgerlichen Partei zu machen.

Beddermanns Kernsätze zu den Auseinandersetzungen und Schwierigkeiten in der GLU: *„Schuld daran ist, daß zu viele Leute in der GLU unter Ökologie vornehmlich radikaldemokratische Experimente zu verstehen scheinen. Mit Schlagworten wie neues Demokratieverständnis, gewandelte Parteiauffassung, Basisdemokratie usw. werden bewährte partei- und vereinsrechtliche Organisationsformen beiseite geschoben."* Nach Beddermann wird dadurch *„agilen Minderheiten der Weg geebnet"*, was dann die GLU *„irgendwo linksaußen"* landen läßt. Beddermanns Gegenrezept: *„Was die GLU braucht, sind keine radikaldemokratischen Experimente, sondern eine organisatorische Straffung."* Beddermann wörtlich: *„Man sollte sich nicht scheuen, soweit die etablierten Parteien zu kopieren."*

Die logische Folge von Beddermanns Ausführungen wurde dann in der Resolution des GLU-Rechten Eickhoff auf den Punkt gebracht: *„Wir begrüßen die von Herrn Dr. Gruhl in der „FAZ" vom 22.7. abgegebenen Erklärungen über den Inhalt seiner politischen Zielvorstellungen."*

Die GLU-Rechte hatte schon weit im Vorfeld der Landesversammlung versucht, die Weichen in Richtung bürgerliche Umweltschutzpartei zu stellen. Dem Parteitag lag ein ganzer Stapel von Ausschluß- bzw. Mißbilligungsanträgen gegen bekannte Mitglieder des mittleren Flügels der GLU vor, die zu Wahlkampfzeiten noch ein offeneres Ohr für ein fortschrittlicheres Auftreten der GLU hatten. So hieß es in einem Antrag des Kreisverbandes Uelzen in bester Inquisitionsmanier z.B.:
verbandes Uelzen in bester Inquisitionsmanier z.B.:

„Die Landesversammlung möge die Einleitung eines Verfahrens zur Klärung von Vorgängen beschließen, die den Verdacht rechtfertigen, daß das Mitglied Martin Mombauer in gezielter Weise parteischädigend tätig ist." In einem Antrag wegen *„erwiesenermaßen parteischädigenden Verhaltens"* (Mombauer hatte öffentlich Beddermanns Alleingänge in Hessen beim Aufbau der GLU kritisiert) wurde vom Kreisverband Nienburg sogar der Antrag auf Ausschluß gestellt.

Absolute Spitzenleistung bildete jedoch ein Rotenburger Antrag mit folgendem Wortlaut: *„Die Landesversammlung stellt fest, daß es parteischädigend ist, wenn GLU-Mitglieder sich für das Mittel der Gewaltanwendung zur Durchsetzung politischer Ziele aussprechen oder wenn sie an Akten der Gewaltanwendung teilnehmen"*. Hintergrund dieses Antrages war ein Zwischenfall in Stade. Dort hatte die GLU-Kandidatin Grete Thomas Ministerpräsident Albrecht für kurze Zeit das Mikrofon auf einer Wahlveranstaltung abgenommen. In der Presse war das dann als ein „terroristischer Akt" von „politisch extremen Gruppen" in der GLU hochstilisiert worden.

Eine Serie von Anträgen forderte die Übernahme des Unvereinbarkeitsbeschlusses des Vorstandes in die Satzung. Während die Satzung nur die Mitgliedschaft in anderen Parteien verbietet, hatte der Vorstand die Unvereinbarkeit der GLU-Mitgliedschaft mit rechtsextremen und neonazistischen Organisationen ebenso wie mit K-Gruppen oder DKP verkündet.

Ein Kompromiß war den rechten GLU-Mitgliedern nicht scharf genug und fand z.T. mit ihrer Ablehnung nicht die notwendige 2/3-Mehrheit.

Obwohl sich die Rechten hier mit einer weiteren Verschärfung der Unvereinbarkeitspolitik nicht durchsetzen konnten, haben die Mittelkräfte auf dem GLU-Parteitag reichlich den antikommunistischen Kübel gegenüber dem KB ausgegossen. Typisch dafür Dombrowsky: Er selbst hatte mit Günter Hopfenmüller, Kandidat der Bunten Liste und bekanntermaßen auch KB-Mitglied, in Bremen einen Tag vor dem Parteitag auf dem Podium einer Wahlveranstaltung gesessen und ihn dort eingeladen, als Gast am Parteitag der GLU teilzunehmen. Beim Parteitag „entdeckte" er auf einmal die KB-Mitgliedschaft und zog seine Einladung zurück. Er ließ dort dann auch die Behauptung fallen, so etwas „undemokratisches" wie den KB gäbe es überhaupt nicht.

Insgesamt wurde auf dem Parteitag von diesen Kräften breit die Einheit auch mit den Rechten betont, die zwar wie Beddermann über den Kurs der GLU sich beschwerten, aber zum jetzigen Zeitpunkt einen Eklat vermieden.

Im neugewählten Vorstand sind die rechten Kräfte kaum noch vertreten:
Im neugewählten Vorstand sind die rechten Kräfte kaum noch vertreten:
Die ersten drei Vorsitzenden wurden Otto, Mombauer und Schirr, als Kassiererin wurde Grete Thomas gewählt.

Zur GAZ wurde auf dem Parteitag weitgehend alles offen gelassen. Es wurde in einer Erklärung zwar die GAZ-Gründung „bedauert", weil sie von oben herab durchgezogen worden war. Gleichzeitig wurde Gruhls Engagement in Sachen Umweltschutz lobend hervorgehoben. Man wolle den Dialog mit der GAZ suchen.

Erfolgreiche Einigung in Hessen

Am 22./23.7. fand in Alsfeld/Hessen der Kongreß der GLW (Wählergemeinschaft Grüne Liste) Hessen und der GLU (Grüne Liste Umweltschutz) statt. Ergebnis dieses Treffens sind gemeinsame Grundsätze der Arbeit, die Gründung der GLH – „Grüne Liste Hessen, Wählergemeinschaft für Umweltschutz und Demokratie" und die Nominierung von 12 Mitgliedern auf der gemeinsamen Landesliste, von den 8 der GLH und 4 der GLU angehören.

5 sogenannte „Essentials" (Grundsätze) beschloß die GLW-Delegiertenversammlung, die sie zur Voraussetzung eines Zusammengehens mit der GLU machte:

1. **Ökologie**: ökologische Grundsätze werden vor ökonomische Sachzwänge gesetzt. Die GLW ist gegen Atomprogramme und Atomwaffen weltweit.
2. **Demokratie**: die GLW lehnt prinzipiell jede Menschenrechtsverletzung ab, tritt gegen politische Kriminalisierung ein, gegen Berufsverbote, Unvereinbarkeitsbeschlüsse in Gewerkschaften, Verfassungsschutzschnüffelei. Sie tritt für die Rechte von Minderheiten wie Schwule, Lesben, Kinder alte Menschen, Behinderte und Ausländer ein.
3. **Frauen**: die GLW fordert volle Gleichberechtigung von Frauen, kämpft gegen die besondere Unterdrückung der Frauen, fordert 'weg mit dem § 218', ist für die Selbstbestimmung der Frauen über ihren Körper, für die Autonomie der Frauenbewegung, gegen Kräfte, die die Heim-und Herd'-Ideologie vertreten.
4. **Soziale Rechte**: die GLW unterstützt Forderungen in Betrieben und Gewerkschaften, die die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen zum Ziel haben. Sie grenzt sich von "gewerkschaftlichen" Forderungen für AKWs ab. Sie ist Gegner einer Politik des 'Gürtelenger-Schnallens'.
Die GLW unterstützt die Kriegsdienstverweigerung.
5. **Selbstverständnis und Parlamentarismus**: die GLW tritt für eine Zusammenarbeit von Basisinitiativen und Mitgliedern politischer organisationen ein. „ *Das gilt gleichermaßen für Bürgerliche, Liberale, Sozialisten, Kommunisten, Spontis und Anarchisten, egal ob organisiert oder unorganisiert"*. Eine Zusammenarbeit mit Faschisten ist ausgeschlossen.

Der Schwerpunkt der Tätigkeit liegt nach wie vor in zentralen und dezentralen Basisaktivitäten und ausserparlamentarischen Aktionen.

Außerdem wurde festgelegt:
- Beteiligung an keiner wie auch immer gearteten Koalition
- Öffentlichmachung aller GLH-Entscheidungen
- Abführung von mindestens der Hälfte der Diäten

Die „Essentials" sollen Grundlage der Arbeit einer GLH sein.

Ausdrücklich wurde das Recht auf Minderheitenpositionen für die verschiedenen zu schaffenden Regionalprogramme festgelegt, sofern diese Positionen den „Essentials" nicht widersprechen.

GLU macht Zugeständnisse

Die GLU erklärte überraschend in den folgenden Verhandlungen ihre Übereinstimmung, sperrte sich aber gegen den Satz mit den „Kommunisten, Sozialisten, Anarchisten". Daraufhin verabschiedete die GLW als Ersatz und Bedingung die Klausel: *„Es gibt keinerlei Unvereinbarkeitsbeschlüsse in der GLH, sie steht allen offfen, gleich welcher weltanschaulichen Richtung, ob politisch organisiert oder nicht, sofern sie sich konsequent für Umweltschutz und Demokratie einsetzen"*. Diese klare Absage an Unvereinbarkeitsbeschlüsse mußte die GLU nach einigem Sträuben hinnehmen, richtete dann aber die „Bitte" an die GLW, daß diese keine Kommunisten auf die Landesliste setzen möge, was nahezu einstimmig von den GLW-Delegierten zurückgewiesen wurde. Auch diese Pille mußte die GLU schlucken.

In der Frage der Aufstellung der Landesliste mußte die GLU weitere Zugeständnisse machen: statt vier von acht Plätzen besetzt sie jetzt vier von zwölf (die Plätze 2,5,8 und 12). Weitere wichtige Plätze: Platz 1, Alexander Schubart, Magistratsdirektor und SPD-Mitgied aus Frankfurt (er kündigte seinen Parteiaustritt an); Platz 7, Daniel Cohn-Bendit; Platz 9, eine Vertreterin der Frauenbewegung; Platz 11 ein Vertreter einer Schwulenbewegung. Fünf der zwölf Kandidaten sind Frauen.

Eine Programm-Kommission der GLH wird auf Basis der fünf „Essentials" ein Wahlprogramm vorlegen. Symbol der GLH : ein grüner Baum vor der bekannten Anti-AKW-Sonne auf gelbem Untergrund.

Zu Gruhls „Grüner Aktion Zukunft", die am Sonnabend ihren Hessischen Landesverband gründete, wurde kein Beschluß gefaßt. Die GLW hatte ihre Gesprächsbereitschaft betont, auf der Basis der von der GAZ gestellten unverschämten Bedingungen allerdings Verhandlungen abgelehnt.

Erfreulich ist, daß kurz nach der hessischen Einigung die Jusos des Kreisverbandes Main-Taunus ihre Zusammenarbeit mit der GLH erklärten.

Zweifellos ist der in Alsfeld erzielte Kompromiß (auf der Basis einer Reihe von Zugeständnissen der GLU) ein Erfolg, der die Wahlaussichten eines grünen Bündnisses stärkt. Es ist aber auch nicht zu übersehen, daß die zum Teil sehr weitgehenden Differenzen, wie sie in einer Reihe von Fragen besonders vor dem Kongreß deutlich wurden, damit nicht beseitigt sind.

GAZ Hessen gegründet!

Entgegen der Ankündigung von GAZ-Vorstandsmitglied Kaminsky hat Gruhl's Bundespartei am 22.7. in Marburg kurzfristig doch einen hessischen Landesverband gegründet. Die Gründung fand statt, während zur gleichen Zeit die Einigungsbemühungen zwischen GLU und GLW auf dem Delegiertenkongreß in Alsfeld abliefen.

Es ist sicher nicht falsch vermutet, daß die Gruhl-Kräfte sich mit dieser Schnell-Gründung die Möglichkeit zur Sammlung der rechten Kräfte, die mit der GLH-Einigung nicht einverstanden sind und auf dieser Basis eine eigene Kandidatur zu den Landtagswahlen offenhalten will. Es droht nach wie vor eine Spaltung bei den Wahlen.

Zweiter Wahlkongreß in Bayern

Am 22./23.7. fand in München der 2. Wahlkongreß der bayrischen Bürger- und Basisinitiativen statt. Erschienen waren knapp 300 Leute aus den verschiedensten Initiativen und Organisationen.

Bei den Berichten ergab das allgemeine Bild, daß sich die Anwesenden in überwiegender Mehrheit für die Bildung eines Zusammenschlusses in einer ,,Bunten Liste'' aussprachen. Nur wenige traten allerdings für eine Kandidatur ein, während die Mehrheit das bis zu den Landtagswahlen im Oktober nicht mehr für machbar hielt. In der Diskussion traten eine Reihe von DKP-Mitgliedern aus verschiedenen Initiativen auf, die generell vor einer Kandidatur warnten, weil das die BI-Bewegung spalten würde und die BIs selbst zerstören müßte. Allerdings mochten sie sich nicht offen für eine Unterstützung der DKP einsetzen.

Die ,,KPD'' trat ebenfalls für eine Bunte Liste und gegen eine Kandidatur auf, verlangte aber, die Frage der Unterdrückung der DDR mit in die Plattform aufzunehmen. Ebenso forderte die ,,KPD'', in die Plattform aufzunehmen, daß GAZ und DKP nicht wählbar seien und versuchte überall wo möglich, den Zusatz Ost und West in die Plattform der bayrischen Bunte-Liste-Initiativen hineinzubringen. Abgestimmt wurde dann am 2. Tag eine Plattform für die bayrische Bunte-Liste-Initiativen, die sich eng an die Plattform der Hamburger Bunten Liste anlehnt. Sie soll jetzt als Vorschlag in die BIs gehen.

Der ,,KPD'' war es bei ihren Zusatzanträgen vor allem darum gegangen, ihre Positionen in der Plattform festschreiben zu lassen. Vor dem Angebot, zu den von ihnen angesprochenen Fragen Resolutionen vorzulegen, machte sie keinen Gebrauch — im Gegenteil: Nach der Plattform-Debatte, als sich die ,,KPD''-Vorstellungen nicht durchgesetzt hatten, verließen eine Reihe ,,KPD''-ler geschlossen den Saal.

Da insgesamt am 2. Tag bei den Abstimmungen schon eine ganze Reihe der Anwesenden abgereist waren, führte dies Vorgehen dazu, daß weitere Punkte wegen allgemeiner Aufbruchstimmung kaum noch diskutiert werden konnten.

Am 1. Tag des Wahlkongresses hatten im Rahmen des Kongresses Treffen der Frauen, Anti-AKW-BIs, der Jugendlichen bzw. der Schüler und der Schwulen stattgefunden.

Mitglieder aus Antifaschistischen Initiativen hatten sich mit den Anti-Strauß-Komitees getroffen, die teilweise dem um München angesiedelten Arbeiterbund sehr nahe stehen. Bei diesen Treffen wurde über eine weitere Zusammenarbeit der Initiativen und ihre Möglichkeit, inhaltlich in den Wahlkampf einzugreifen, beraten.

Vom Wahlkongreß wurde beschlossen, einen weiteren Wahlkongreß am 9./10. September in Augsburg und eine gemeinsame Aktionswoche durchzuführen. Die örtlichen Initiativen wollen gemeinsame Wahlveranstaltungen organisieren. Unmittelbar zur Wahl soll in München eine Bunte Demonstration und ein Fest stattfinden.

Resolution

Die in München am 22./23.7.78 versammelten Mitglieder bayrischer Bürgerinitiativen und Organisationen haben beschlossen, zum jetzigen Zeitpunkt eine Kandidatur zur bayrischen Landtagswahl 78 abzulehnen. Dieser Beschluß bedeutet keine prinzipielle Ablehnung einer gemeinsamen Wahlkandidatur zu einem späteren Zeitpunkt. Die bayrischen Bürger- und Basisinitiativen werden jedoch auf der Grundlage der erreichten Einheit sich um einen weiteren Zusammenschluß und eine Vergrößerung der teilnehmenden Initiativen und Organisationen bemühen. Sie treten dafür ein, ihre Arbeit in den verschiedenen Bereichen zu verstärken, sie werden dazu auch den Wahlkampf nutzen. Sie streben den Zusammenschluß auch mit fortschrittlichen alternativen Listen in anderen Bundesländern an.

Bunte und grüne Diskussion in NRW

Zur Entwicklung der GLU/NRW

Nach der klammheimlich erfolgten Gründung der GLU in Nordrheinwestfalen, mit ca. 60 Gründungsmitgliedern, stagniert die weitere Entwicklung dieses Landesverbands. Bereits auf der Gründungsversammlung wurden Widersprüche zur Linie des NRW-GLU-Vorsitzenden (und Beddermann-Intimus) Wegener deutlich: mehrheitlich lehnten die Gründungsmitglieder den von Wegener bestellten Polizei-Einsatz gegen Mitglieder aus Anti-AKW-Initiativen ab.Der Versuch Wegeners, Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen Linke durchzusetzen, wurde zurückgewiesen. Die putschartige Gründung der GLU stieß bei den NRW - Basisinitiativen auf Protest oder Skepsis. Die Bürgerinitiative Umweltschutz Dortmund, der AKU Münster , die Landeskonferenz der NRW-Anti-AKW-Initiativen, die Initiative Basiskandidatur Mülheim und das Troisdorfer Umweltschützer-Treffen kritisierten die GLU-Gründung.

Wie wenig Wegener von Basisdemokratie hält, bewies er auch in der Folge. Bereits auf der ersten Vorstandssitzung holte er das nach, was ihm auf der Gründungsversammlung mißlungen war: Mit 4 gegen 2 Vorstandsstimmen wurde ein Unvereinbarkeitsbeschluß verfaßt, der ausdrücklich die Mitgliedschaft im KB und (wohl eher als Alibi) auch in der NPD als unvereinbar mit der GLU-Mitgliedschaft erklärt.

Wen wundert es, daß der Vorstand ebenfalls mit 4 gegen 2 Stimmen einer außerordentlichen Mitgliederversammlung am 27. 8. die Empfehlung aussprechen lassen will, als NRW-Landesverband der neuen Gruhl-Partei beizutreten.

Die derzeitige GLU-Situation in NRW kennzeichnet die Tatsache, daß bisher in keinem Fall die Gründung von Kreis- oder Ortsverbänden gelungen ist. In der Frage der Mitgliederaufnahme vertritt die Vorstandsmehrheit zur Zeit eine Aufnahmesperre! Offensichtlich spekuliert Wegener darauf, daß ihm mit dem überschaubaren Gründerkreis am ehesten die Durchsetzung seiner Ziele gelingt. Interessant ist die Stellungnahme der "Initiative Basiskandidatur in NRW" zur GLU. In ihr sind eine Reihe GLU-freundlicher Personen vertreten, die sich allerdings stark gegen den Wegener-Kurs sperren. In ihrem Schreiben "GLU - was nun?" schreiben die Mülheimer Anhänger einer Basiskandidatur, daß Gruhl, Beddermann, Wegener & Co *"durch schnelle undemokratische Gründungen .... sich das Erstgeborenenrecht sichern wollen"*. Dafür nähmen sie *"auch die Spaltung der Umweltschützer in Kauf" "Für die Bürgerinitiativen kommt es darauf an, " diese Strategie zu verhindern. Sie müssen fragen*

1. Wie ist das Kräfteverhältnis innerhalb der GLU-NRW? Sind die Initiatoren zu 'kippen', kann die GLU möglicherweise den Charakter einer Basis-Partei bekommen (wie einige Kreisverbände in Niedersachsen beispielsweise) ?

2. Wie kann die Einheit der Umweltschutzbewegung in NRW gegen Wegener und seine Spaltungsstrategie durchgesetzt werden?

3. Welche Aufgaben haben die Initiativen in den aktuellen Auseinandersetzungen?"

Fazit der Mülheimer: Sie schlagen einen Wahlkongress im Herbst vor, zu dessen Vorbereitung *"sich in den einzelnen Städten aus den (Umweltschutz-)Initiativen kommunale Wählerinitiativen bilden, die die Frage einer Wahlbeteiligung in die anderen aktiven Gruppen hineintragen, die sie durch Veranstaltungen einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machen, und die sich später eventuell zu den Kreisverbänden einer von möglichst vielen getragenen Wahlplattform entwickeln könnten.*

Wie diese Wahlplattform aussehen soll, ob sie GLU, GLW, Bunte Liste oder - wie jetzt in Hessen - Grüne Liste-Bundesland heißen soll, kann nur gemeinsam erfolgreich entschieden werden".

Diskussion über Basiskandidatur in NRW

Im Herbst 1979 finden in Nordrhein-Westfalen die Kommunalwahlen statt, denen Anfang 1980 die Landtagswahlen folgen. Bereits jetzt hat als Folge der Wahlen in Hamburg und Niedersachsen und auch als Reaktion auf die undemokratische GLU-Gründung die Wahldiskussion eine beachtliche Breite gefunden, und das trotz der seit drei Wochen eingetretenen Urlaubszeit. Dabei ist festzustellen, daß insbesondere das Konzept der Bunten Liste auf große Sympathie stößt. Auch dort, wo derzeit noch Skepsis gegenüber einer heute schon initiierten Wahldiskussion besteht, stößt der Gedanke einer Zusammenarbeit verschiedener Basisinitiativen schon heute auf große Zustimmung. Es gibt Bestrebungen, bereits im Herbst dieses Jahres einen Kongress zum Thema Wahlen und Basisinitiativen landesweit abzuhalten. Der AKU-Münster und die "Initiative Basiskandidatur in NRW" in Mülheim haben sich positiv hierzu gestellt.

Im folgenden ein sicherlich unvollständiger Überblick.

Aachen:
Hier hat ein erstes Treffen eines ,,Bunte-Liste-Diskussionskreises" stattgefunden. Daran beteiligten sich u.a. ein GLU-Gründungsmitglied, Mitglieder aus der Umweltschutzgruppe Aachen (BBU), Frauenzentrum, Lesbengruppe, Ökologie-Projekt im TH-ASTA, Ökumenische Gruppe, Sumpfblühte (Schülerzeitung) und KB. Die Anwesenden waren sich einig in der Ablehnung der Wegener-GLU und dem Aufbau einer Bunten Liste NRW. Sie beschlossen, bis zum nächsten Treffen andere Initiativen und Einzelpersonen anzusprechen und anzuschreiben, um die Diskussion breiter führen zu können.

Bochum:
Dort fanden bisher zwei Treffen statt. Trotz ,,Urlaubsschwäche" waren jedesmal ca. 20 Leute anwesend. Dabei handelte es sich überwiegend um Einzelpersonen und Mitglieder von Kinderinitiativen und einer Frauengruppe. Außerdem waren noch 3 Interessierte aus Witten vertreten.

Bonn:
Auf Einladung der Bunten-Liste-Initiativen und der Wehrt-Euch-Initiative fand am 13. Juli eine Diskussionsveranstaltung zu dem Thema: ,,Alternativkandidatur in Bonn" mit 120 Besuchern statt. Neben vielen Einzelpersonen setzte sich das Publikum aus Mitgliedern von SB, DKP, ,,Gruppe Rheinische Zeitung", ,,KPD", KG/Bonn, GLU-NRW, LBU-NRW, Falken, SodZdl, Bürgerinitiative Umweltschutz Bonn, Kinderhilfe Chile, einer Frauengruppe und einer Schülergruppe zusammen. Die DKP versuchte, ihre Ladenhüter gegenüber einer Basiskandidatur an Frau und Mann zu bringen, blitzte aber in der Diskussion völlig ab. Insgesamt war breites Interesse vorhanden, eine Alternativkandidatur weiter zu diskutieren.
Dazu gibt es in Bonn zur Zeit zwei Kreise: Die Bunte-Liste–Initiative und die Wahlinitiative in der BUB. Die Wahlinitiative der BUB will am 19.9. eine Veranstaltung zu dem Thema Wahlen in Bonn ausrichten.

Bielefeld:
Am 20.7. trafen sich über 70 Menschen aus ca. 35 Initiativen und Organisationen zu einer Diskussion um die Wahlbeteiligung. Vertreten waren u.a.: AKW-Gruppen, Frauenhaus, Frauenzentrum, Bielefelder Selbsthilfe, Akafrik, pro Grün, Humanistische Union (Richter Ostermeyer), Hochschulgruppen, SodZdl, AUD, IHB (Schwulengruppe), SHG, SB, ,,KPD", Katholische Hochschulgemeinde, KB, Christen für den Sozialismus, Kindermühle und Einzelpersonen. Als Beobachter beteiligten sicht: DKP, MSB/Spartakus, VVN und Jusos. Unabhängig von der Wahldiskussion bestand bei den meisten Initiativen erst einmal das Interesse, sich und ihre Arbeit gegenseitig kennenzulernen. In den meisten Initiativen hat die Wahldiskussion noch nicht begonnen oder ist noch nicht abgeschlossen, zum Teil waren auch starke Bedenken gegen eine Wahlbeteiligung vorhanden. Das nächste Treffen ist am 3. August.

Düsseldorf:
Am 19.7. fand ein erstes Treffen statt. Anwesend waren Mitglieder von ,,Frauen gegen AKW", Knastgruppe, Selbstorganisation der Zivildienstleistenden, Fachschaftsrat Germanistik, ,,KPD" und KB. Die Anwesenden waren sich darin einig, daß auch in Düsseldorf eine Wahldiskussion in Richtung Bunte Liste notwendig ist und begreifen sich als Kreis, der versucht, die Diskussion über eine alternative Wahlbeteiligung in Düsseldorf zu verbreitern. Auf dem nächsten Treffen soll ein Flugblatt verabschiedet werden, das andere Initiativen und Einzelinteressierte zu einem bis dahin feststehenden Treffen einladen soll.

Duisburg: Bisher wurde nur auf dem ,,Sommerplenum" der Duisburger Bürgerinitiative gegen Atomanlagen (DBA) zweimal diskutiert. Die Diskussion bestand bisher aus einerseits starker emotionaler Ablehnung und Unsicherheit (,,Was haben wir denn mit Wahlen zu tun?" – ,,Wahlbeteiligung schadet der Basisbewegung") und andererseits großem Interesse an den Möglichkeiten, die eine Wahlbeteiligung der Basisbewegung bietet.

Dortmund: Der AStA der PH Dortmund veranstaltete am 5.7. eine Diskussion mit zwei Vertretern der Bunten Liste, zu der 200 Menschen kamen. Es bestand großes Interesse am Verlauf des Wahlkampfs in Hamburg und der Bedeutung der Bunten Liste für die Initiativenarbeit. Nach einem Bericht über die GLU-NRW-Gründung entstand eine Kontroverse darüber, ob die Diskussion über eine alternative Wahlbeteiligung in Dortmund öffentlich forciert werden sollte.

Der AStA der PH initiierte dann zwei Treffen von Bunte-Liste-Interessierten. Es kamen etwa 26 Leute aus 15 Initiativen, davon fünf aus Mieterinitiativen, unter anderem auch mehrere SPD-Mitglieder.

Außerdem laufen im ,Klüngelkerl' (Dortmunder Stadtzeitung) und im ,,autonomen Plenum" ebenfalls Diskussionen über eine Wahlbeteiligung. Von allen Diskussionskreisen besteht die Absicht, in einem Treffen der ,,vereinigten Initiativen" die Diskussion gemeinsam fortzuführen.

In der ,,Westfälischen Rundschau" vom 18.7. hat sich Dortmunds SPD-Oberbürgermeister Samtlebe zur Wahldiskussion geäußert: ,,*Bei denen gibt es ein derartiges Wischi-Waschi von verschiedenen Interessen, angefangen von den K-Gruppen bis hin zu Bürgerinitiativen, die teilweise ganz bewußt in eine Antihaltung getrieben werden. Wenn ich in der letzten Zeit den Stil, der teilweise bis in den Gossenjargon übelster Art reicht, einiger Initiativen – beispielsweise der Dortmunder Selbsthilfe und der Dorstfelder Gruppe – betrachte, wenn ich daran denke, daß es vernünftige Initiativen gibt, die mit denen gemeinsame Sache machen... Wer sich derartiger Ausdrucksweisen bedient, wer Unflat in die Diskussion trägt, mit dem können wir nicht reden und ich bin sicher, der wird vom Dortmunder Bürger eine klare Abfuhr erhalten*". Abwarten!

Essen: Am 19.7. fand im Jugendzentrum Essen das dritte Wahltreffen für die Städte Essen, Bottrop und Mülheim statt. Anwesend waren etwa 70 Personen als Mitglieder oder Vertreter der Alternativzeitungen Klartext, Freie Presse, Ruhrvolksblatt; der BI Bottrop; Aktion gegen Umweltzerstörung Essen; Mitglieder der GLU aus Mülheim, Essen und Duisburg; AKW-Nee-Bottrop; AKW-Gruppe Essen; Initiative ,,Berater der Arbeitersiedlungen"; Stadtteilladen Altendorf; Freie Schule Essen; Buchladen; Anwaltsbüro Altenessen; der Oranisationen KB und SB, sowie zahlreiche Einzelpersonen.

Es gab eine lebhafte Debatte über die verschiedenen Positionen zur Wahl. Dabei zeichnete sich ein überwiegendes Interesse an der Wahlbeteiligung ab. Allerdings waren zahlreiche skeptische Stimmen zu vernehmen, die die Befürchtung äußerten, die Initiativen- und Basisbewegung in NRW sei für so eine Sache zu schwach. Auffallend war, daß vielfach das Gefühl vorherrschte, man sei in dieser Frage isoliert. Ein Grund mehr, den Informationsaustausch und die Diskussion zwischen den NRW-Initiativen zu vertiefen!

Sehr solidarisch diskutierten die anwesenden GLU-Mitglieder, die übereinstimmend ihre Kritik an der Wegener-Linie vortrugen. Ein hoffnungsvoller Start in Essen, der mit einem Plenum am 16.8. im Jugendzentrum Essen fortgeführt werden soll.

Münster: Bereits zum dritten Mal traf sich am 20.7. der Diskussionskreis für eine Wahlalternative. Neben einer Reihe von Einzelpersonen aus verschiedenen Initiativen, der Schwulengruppe, der Basisgruppe Fachhochschule und des KB haben Professoren und Pfarrer ihr Interesse an der Fortführung der Diskussion erklärt. Die Initiative hat mit der Öffentlichmachung ihrer Diskussion begonnen. Sie hat fünf Arbeitsgrundsätze für die Weiterarbeit aufgestellt:

„1. Wir befürworten eine Wahlbeteiligung Modell ,Bunte Liste', wobei eine Beteiligung in Münster noch offen ist.

2. Wir verstehen uns als offenes Diskussionforum, was auch überörtliche Kontaktaufnahmen einschließt.

3. Wir verstehen uns nicht als Spitze der Bewegung, sondern fühlen uns den Basisinitiativen verantwortlich. Insbesondere sind wir gegen abgehobene Parteigründungen a la Gruhl oder GLU.

4. Wir haben keine Unvereinbarkeitsbeschlüsse, außer gegen Neofaschisten.

5. Wir treten öffentlich unter dem Namen ,Diskussionskreis Bunte Liste' auf."

Auch in den Ferien trifft sich der Kreis weiter. Mittlerweile sind Kontakte nach Warendorf und Lengerich aufgenommen, wo ebenfalls großes Interesse an der Wahldiskussion besteht.

Weitere Orte: Bunte Liste- und sonstige Wahldiskussionskreise bestehen unseres Wissens auch in **Köln, Meschede, Witten, Herne und Moers.** In **Moers** treffen sich Mitte August Interessierte, um über die Bildung eines ,,Bunten Bündnisses" zu beraten. In **Köln** hatte die ,,Schwule Aktion Köln" am 16.7. eine Wahldiskussion, auf der der Beschluß gefaßt wurde, Anfang September eine Plenumsdiskussion zu den Wahlen zu veranstalten. Dazu sollen alle Schwulengruppen aus NRW und die Schwulen aus der Bunten Liste Hamburg eingeladen werden.

Nach Berichten von Genoss/inn/en aus Nordrhein-Westfalen

Termine und Adressen in NRW

Aachen
Diskussionsrunde Bunte Liste
Treffen: 28. Juli, 20 Uhr
Kontakt über Telefon: 0241/502841

Bielefeld
Treffen am 3. August um 19.30 Uhr
Universität, Raum U 2/205
Kontaktadresse:
Detlef Freienstein
Jöllenbeckerstraße 556
4800 Bielefeld 15
Telefon: 05206 / 2305

Bochum:
Treffen am 2. August um 20 Uhr
im kleinen Forum der ESG
Querenburger Höhe

Bonn
Initiative zur Gründung
einer Bunten Liste
c/o Joa Grützmacher
Hausdorffstraße 88
5300 Bonn 1
Telefon: 02221 / 23 42 25
Treffen: jeden Mittwoch, 19 Uhr
Wahlinitiative der Bürgerinitiative
Umweltschutz Bonn
Treffen: jeden Montag, 19.30 Uhr
Emdenicherstraße 97

Dortmund
Öffentliches Treffen der Vereinigten
Initiativen am 7. August, 19.30 Uhr,
Gaststätte St. Josef
Heroldstraße

Essen/Mühlheim/Bottrop
Treffen am 16. August um 19 Uhr,
Jugendzentrum Papestraße

Köln
Diskussionskreis Bunte Liste
Treffen am 3. August,
Gaststätte Gasseleck,
Köln-Nippes
Kempernerstraße 40
8./9./10. September: Fest des ,,Kölner Volksblatt", auf dem u.a. über Grüne und Bunte Listen diskutiert werden soll (evtl. Podiumsdiskussion).
Erstes Treffen des Festkomitees:
10. August, 19 Uhr im Volksblattladen, danach jeden Donnerstag

Mülheim
Initiative Basiskandidatur in NRW
Duisburger Straße 347
4330 Mülheim a.d. Ruhr

Leserbrief

Betr.: Artikel im AK 133 „Bunte Liste diskutiert weitere Arbeit"

In dem Artikel wird auch die BI-Hoheluft mehrfach namentlich erwähnt. Im weiteren Text wird sie als „autonome BI" bezeichnet. Eure Darstellung der BI-Hoheluft und der Autonomen entspricht nicht den Tatsachen. Es ist nicht richtig, daß die BI-Hoheluft während des Wahlkampfes mehrheitlich zum Wahlboykott übergelaufen ist. Lediglich einige Mitglieder haben angesichts der mangelhaften Solidarität der „Bunten Liste" zu den Grohnde-Angeklagten ihre Mitarbeit an der „Bunten Liste" eingestellt. Die BI-Hoheluft hat niemals zum Wahlboykott aufgerufen. Im Gegenteil hat die BI-Hoheluft sich als eine der ersten Initiativen für ein breites Bündnis zur Wahl ausgesprochen; das ist nachzulesen in der roten Broschüre von der BI-Rotherbaum, wo auch eine Stellungnahme von uns drin ist. Wir haben auch durch einen Brief vom 23.9.77 alle möglichen Eimsbüttler Initiativen zu Gesprächen über eine Bezirks-Kandidatur eingeladen, woraus sich dann später der Eimsbüttler Wahlausschuß entwickelte.

Die BI-Hoheluft ist im Wahlkampf nicht gegen die „Bunte Liste" aufgetreten, sondern hat lediglich den Wahlausschuß immer wieder aufgefordert, Aktivitäten zu Grohnde- und Antifa-Angeklagten einzuleiten. Das ist ja wohl kein Angriff, sondern eine solidarische Kritik. Wir haben während des Wahlkampfes in Eimsbüttel die meisten Unterschriften für die „Bunte Liste" gesammelt und alle anderen Aktivitäten wie Kleben, Schilder aufstellen und Flugblätter verteilen voll unterstützt.

Ferner wird, wie auf der Vollversammlung, erneut der Eindruck erweckt, wir würden bewußt lügen, indem wir behaupteten, die „Bunte Liste" habe keine Solidarität mit dem wir behaupteten, die „Bunte Liste" habe keine Solidarität mit den Grohnde-Angeklagten geleistet. Tatsache ist, daß wir, wie bereits erwähnt, den Wahlausschuß u.a. kritisiert haben, weil er nicht zur Demo in Hannover aufgerufen hat. Desgleichen gilt für eine Demo in Hamburg und generell für eine äußerst mangelhafte Öffentlichkeitsarbeit zu diesem Thema. Das von Euch erwähnte Flugblatt (Auflage: 2000!!) zu den Grohnde-Prozessen und ein entsprechender Artikel in einer Zeitung zum selben Thema, sind erst nach unserer Kritik, es werde nichts zu den Grohnde-Prozessen gemacht, erschienen. Nicht zuletzt wohl auch deshalb, weil unsere Kritik von immer mehr Mitgliedern der „Bunten Liste" geteilt wurde. Zu unserem „Rednerauf-gebot" auf der VV ist zu sagen, daß wir tatsächlich zwei (!) kurze Beiträge gehalten haben. Wenn Euch das schon zuviel ist, angesichts der Tatsache, daß allein ca. zehn Minuten **ü b e r** uns geredet wurde, finde ich das äußerst verwunderlich. Wenn solche „Sitten" in der „Bunten Liste" einreißen - dann gute Nacht Marie!

Ich würde es gut finden, wenn Ihr diese Tatsachen im nächsten AK richtigstellt, indem Ihr meinen Brief abdruckt. Denn die „Bunte Liste" braucht auch in Zukunft eine sachliche solidarische Form der Berichterstattung und Auseinandersetzung.

Nico für BI-Hoheluft

Antwort der AK-Redaktion:

Zu dem Brief von Nico ist folgendes zu sagen:

1. Es ist weder in dem betreffenden Artikel noch sonst irgendwo von uns bestritten worden, daß die BI Hoheluft (in ihrer Mehrheit) **z u n ä c h s t** das Zustandekommen und die Wahlkampf-Aktivitäten der Bunten Liste unterstützt hat. Hinweise auf Briefe und Artikel der BI Hoheluft aus dem letzten Jahr erübrigen sich daher.

2. **D i r e k t a u f g e r u f e n** zum Wahlboykott hat die BI Hoheluft zweifellos auch später nicht. Allerdings ist die BI-Mehrheit **f a k t i s c h** zu dieser Strömung übergelaufen und hat öffentlich **g e g e n** die Bunte Liste gearbeitet. In der letzten Wahlkampf-Phase erschien ein Flugblatt unter der Überschrift: *„Zur Bunten Liste: Warum wir n i c h t kandidieren"* unterzeichnet mit BI Hoheluft. (siehe Faksimile-Ausriß) Dieses Flugblatt war zunächst vom presserechtlich Verantwortlichen (Rüdiger Jörß) im Alleingang erstellt, wurde dann aber in der BI abgestimmt und mit 5:3 Stimmen unterstützt. Ist das etwa nicht gegen die Bunte Liste und ihre Kandidatur gerichtet?! Dieses Flugblatt enthielt überdies eine Menge dreister Lügen, die dem Verfasser und den übrigen BI-Mitgliedern, die ihm zustimmten, überdies als solche bekannt und bewußt waren. So wurde behauptet, der Wahlvorstand würde *„nur noch aus KB-Vertretern"* bestehen; einem fiktiven *„KB-Vertreter"* wurde der idiotische Spruch unterstellt: *„Wir müssen nach rechts gehen, um die Leute nach links zu kriegen"*, und ähnliche Schoten mehr.

Tatsächlich ist die Unterstützung der Bunten Liste auch schon einige Zeit vor Herausgabe dieses Flugblatts auf die drei BI-Mitglieder, die das Flugblatt **a l s M i n d e r h e i t** ablehnten, beschränkt gewesen (z.B. beim Unterschriftensammeln). Der Leserbrief-Verfasser Nico gehört eben dieser Minderheit an; es ist ein schlechter Witz, wenn ausgerechnet Nico diese Tatsachen jetzt zu verwischen versucht und Image-Pflege für die **G e g n e r** der Bunten Liste in seiner eigenen BI betreibt.

3. Zur Auseinandersetzung um die Solidarität mit den Grohnde-Angeklagten ist im letzten AK im Grunde schon das Nötige gesagt. Tatsächlich klagten ist im letzten AK im Grunde schon das Nötige gesagt. Tatsächlich ist es eine Lüge, wenn (jetzt erneut von Nico) behauptet wird, die Bunte Liste habe *„keine Solidarität mit den Grohnde-Angeklagten geleistet"*. Schon lange **v o r** Herausgabe der speziellen AKW-Zeitung mit einem entsprechenden Artikel, ist Rüdiger Jörß als Grohnde-Angeklagter mehrfach als Redner zu Veranstaltungen der Bunten Liste (u.a. die Mai-Kundgebung der Bunten Liste) eingeladen worden; auf anderen Veranstaltungen wurden von anderen Sprechern der Bunten Liste Informationen dazu gebracht und zum Kampf gegen die Kriminalisierung der AKW-Gegner aufgerufen (übrigens auch in der mit 100000 Exemplaren aufgelegten zweiten Wahlzeitung in dem Beitrag von Günter Hopfenmüller). Tatsächlich reduziert sich das ganze demagogische Gepolter über „keine Solidarität" auf die schlichte Tatsache, daß die Bunte Liste **a l s B ü n d n i s** nicht wie von „KPD" und „Autonomen" gefordert, zur „nationalen" Demonstration am 10.6. in Hannover aufgerufen hat (die Gründe dafür sind im letzten AK nochmals dargelegt) - und daß sie die Grohnde-Prozesse nicht zu **d e m** zentralen Thema ihres Wahlkampfs gemacht hat, sondern daß diese **e i n** Thema **u n t e r v i e l e n** waren.

4. im letzten AK wurde davon gesprochen, daß die *„Rednerauf-gebote von ‚KPD' und (!) ‚Autonomen' die gesamte Diskussion auf der Vollversammlung erstickten"*. In der Tat ist nicht einzusehen, daß eine **k l e i n e M i n d e r h e i t** mit ihrem lächerlichen Vorwurf des „unpolitischen Wahlrummels" und bewußten Verfälschungen einen Erfahrungsaustausch von über 100 Bündnis-Initiativen lahmlegen, wie auf der VV geschehen. Die Pose eines Gralshüters der Demokratie in der Bunten Liste steht der BI Hoheluft schlecht an.

ZUR BUNTEN LISTE:

WARUM WIR NICHT KANDIDIEREN

In Hamburg tritt diesmal bei den Bürgerschaftswahlen die "Bunte Liste" gegen die Rathaus-Parteien an.

Wer zunächst in diese "Alternative" [redacted]

gen die Grohnde-Prozesse nicht unterstützen, weil das einzelnen Initiativen die staatliche Unterstützung kosten könne. Dieses "Argument" ist natürlich immer wieder verwendbar. Es bedeutet ab, daß wir unse- [redacted]

Wir fordern die "Bunte Liste" auf:

--- die Demonstration am 10. Juni in Hannover gegen die Kriminalisierung von AKW-Gegnern offen zu unterstützen und sich mit den Betroffenen zu solidarisieren!

--- sich klar mit den Angeklagten im Antifaschisten-Prozeß in Hamburg zu solidarisieren und dazu eine Öffentlichkeitsarbeit zu machen!

BI-Hoheluft
V.i.S.d.P. und Kontakt: Rüdiger Jörß, 2 HH 50, Max-Brauer-Allee 189

Seltsame Kumpanei

Seltsame Kumpaneien finden sich immer wieder zusammen, wenn es darum geht, gemeinsam am antikommunistischen Strick zu ziehen. So geschieht es nun auch bei den Auseinandersetzungen um „grüne" und „bunte" Alternativlisten.

Fall 1: Die „BI Hoheluft" (Hamburg) verfaßt eine Stellungnahme gegen den KB, die sowohl vom „ID" wie auch von der „Roten Fahne" der „KPD" nachgedruckt wird („ID" vom 15.7. und „RF" vom 19.7.) In dieser Stellungnahme versucht die „BI Hoheluft" sich – wahrscheinlich zwecks Aufwertung ihrer Position – als Unterstützerin der Bunten Liste hinzustellen (*„Grundsätzlich halten wir die Bunte Liste für eine gute Sache und weiter ausbaufähig"*). Vielleicht wissen ja die meisten Leser von „ID" und „RF" auch wirklich nicht (mehr), daß eben diese „BI" während des Wahlkampfs ein von Verleumdungen strotzendes Flugblatt gegen die Bunte Liste verteilte (Titel: „Warum wir nicht kandidieren"), das übrigens im „ID" abgedruckt wurde („ID" Nr. 233), ebenso wie in der SAG-Zeitung „Sozialistische Arbeiterzeitung" vom 14.6. (wie man sieht, findet dergleichen immer seine Kundschaft!).

In der neuen Stellungnahme („ID" vom 15.7.) polemisiert die „BI Hoheluft" zum einen dagegen, daß die Bunte Liste keinen Unvereinbarkeitsbeschluß gegen die DKP praktizieren will, weil die DKP *„AKW's und Unterdrückungsmaßnahmen gegen Linke in der DDR befürwortet"* Auf der anderen Seite beklagt sie sich, daß auf Betreiben des KB die „KPD" **„als unbequemer Kritiker"** (Originalton Hoheluft!) nicht mehr im Arbeitsausschuß der Bunten Liste vertreten ist.

Die „BI Hoheluft" gibt sich als autonom aus, spielt aber de facto an allen entscheidenden Punkten nur noch den nützlichen Idioten der „KPD". So erklärt es sich, warum diese Spezial-„Autonomen" zwar eine Zusammenarbeit mit der DKP entrüstet von sich weisen, gleichzeitig aber nichts gegen engste Kumpanei mit der „KPD" haben – die bekanntermaßen für AKW's und Repression in China eintritt, von allem sonstigen ihrer Politik abgesehen. Soll man es nun Heuchelei nennen, Zynismus oder Beschränktheit: Daß die „BI Hoheluft" zwar lautstark gegen eine Zusammenarbeit der Bunten Liste mit der DKP oder FDP krakeelt, gleichzeitig aber noch nie etwas dagegen gesagt hat, daß ihre Mitstreiter von der „KPD" inzwischen schon an der „antihegemonistischen Einheitsfront" mit CDU/CSU-Leuten basteln? (siehe „Lissaboner Konferenz")

Sei es wie es sei, die „BI Hoheluft" (bestehend aus 8-10 Leuten!) wird in der „Roten Fahne" jedesmal zitiert, wenn gegen den KB gehetzt wird – als würde diese „BI" irgendeine nennenswerte Strömung innerhalb des Basisbündnisses sein, und nicht bloß eine Stammtischrunde.

Fall 2: Holger Strohm, „Spitzen" kandidat der Buten Liste, verläßt das Wahlbündnis schmollend, nachdem er sich in selbigem mit seinen „Alternativmodellen" und seinem ungestümen Drängen auf eine Beteiligung an den Europa-Wahlen nicht durchzusetzen vermochte.

Was passiert? Die „KPD" – die bisher reformistische und antikommunistische Positionen Strohms benutzte, um sie als angebliche Positionen des KB hinzustellen und dagegen zu wettern – entdeckt plötzlich ihr Herz für Holger Strohm: Sie zitiert ihn in ihrer „Roten Fahne" als Beweis, daß die Bunte Liste wirklich in der Hand des KB sei („RF" vom 12.7., S. 10). Und sie verbreitet in Westberlin in einem Flugblatt sogar im Wortlaut die Erklärung von Holger Strohm gegen Bunte Liste und KB. Gleichzeitig kursiert diese Erklärung inzwischen in den rechten GLU-GAZ-Kreisen um Beddermann und Gruhl.

Kein Kenner der Szene wird daran zweifeln, daß Holger Strohms Erklärung gegen die Bunte Liste (knapp eine Woche vor Gründung der GAZ!) als Geschenk an die rechten GLU-GAZ-Kreise gedacht war. **Inzwischen haben beide Seiten schon ihr Interesse an einer Zusammenarbeit bekundet.**

Fall 3: Strohm führt in seiner Erklärung gegen die Bunte Liste als **d a s** wesentliche inhaltliche Argument an, der KB habe in der Bunten Liste **„für die Zielsetzung der Bunten Liste n u t z l o s e Abgrenzungsauseinandersetzungen"** mit der „KPD" geführt, was praktisch noch dem KB als Verschulden angelastet wird. Da Holger Strohm jedenfalls nicht so dumm ist, daß er nicht die reale Bedeutung dieser „Abgrenzugsauseinandersetzungen" begreifen könnte (beispielsweise um die Forderung der ‚KPD", die DKP als Hauptfeind der Bunten Liste zu deklarieren, Forderung nach einem Unvereinbarkeitsbeschluß gegen die DKP, demagogische Ablehnung von Bündnisangeboten an Teile der FDP usw. usf.), stellt die Diffamierung dieser Auseinandersetzung als „nutzlos" und als ‚Majorisierungsversuche des KB" durch Holger Strohm eine deutliche Schützenhilfe für die „KPD" dar. Man schiebt sich eben die Bälle zu!

Frauengruppen in der Bunten Liste diskutierten über ihre Arbeit

In der Berichterstattung in AK 133 über den Kongreß der „Bunten Liste" am 1. und 2.7. in Hamburg war noch nicht die Diskussion der Frauengruppen enthalten. Wir wollen dies anhand des auf der Delegiertenkonferenz am Sonntag gehaltenen Beitrags der Frauen nachholen. Der Beitrag ist das Ergebnis einer ausführlichen Diskussion in der Arbeitsgruppe „Frauen in der Bunten Liste", die mit 60 Teilnehmerinnen eine der stärksten Arbeitsgruppen des Kongresses überhaupt war. Die Diskussion selbst war für viele Frauen das, was während der hektischen Wahlkampfzeit oft zu kurz gekommen war: die selbstkritische Betrachtung der eigenen Arbeit.

„Die Hamburger Frauen-AE ist mittlerweile nicht nur in Hamburg, sondern auch in anderen Teilen der BRD als eine große Initiative der Bunten Liste bekannt. In Westberlin wird z.B. in der alternativen Presse gerade unsere Wahlbeteiligung als Frauen als nachahmenswert dargestellt. Unabhängig davon, was wir Frauen sonst noch zum Wahlergebnis beigetragen haben, haben wir doch zumindest uns und die Frauenproblematik gut in die Presse und Öffentlichkeit gebracht.

Es waren über 40 Frauengruppen am Wahlkampf beteiligt, von denen viele während des Wahlkampfs zum ersten Mal aktiv wurden. Wir haben uns durch unsere Arbeit in der Öffentlichkeit einen Namen geschaffen. Dadurch haben viele Frauengruppen großen Zulauf bekommen. So konnte sich z.B. die „Frauengruppe 50" (eine Frauengruppe in Eimsbüttel, in der im wesentlichen Frauen mitarbeiten, die über 50 Jahre alt sind, Anm. AK) von anfänglich drei aktiven Frauen auf 20 Frauen vergrößern. In mehreren Bezirken wurden Frauenstammtische eingerichtet, von denen der in Eimsbüttel den größten Zulauf hatte. Nach einmaligem Plakatieren kamen 50 Frauen!

Eine Schwierigkeit vieler Frauengruppen bestand darin, ihre konkrete Arbeit mit den anstehenden Wahlkampfaktivitäten zu verbinden. Statt die bis dahin geführten Diskussionen um die Probleme der Frauen zum Gegenstand des Wahlkampfes zu machen, wurde der Schwerpunkt der Arbeit auf das Sammeln von Unterschriften, Verkaufen von Zeitungen und Errichten von Info-Tischen gelegt. Am Beispiel der Harburger Frauengruppe hat sich diese Trennung — Bunte Liste einerseits und Frauengruppe andererseits — am schärfsten ausgewirkt. Die Harburger Frauen berichteten, daß sich aufgrund dessen eine Unlust, den Wahlkampf zu führen, breit gemacht habe. Dies ist jedoch nur die eine Seite.

Die andere Seite, die der Wahlkampf für uns gebracht hat, ist, daß wir erkennen mußten, daß das, was wir bislang unter „Frauenpolitik" verstanden haben, radikal in Frage gestellt werden mußte, oft war die Arbeit der Frauengruppen auf die Auseinandersetzung innerhalb der Frauenbewegung beschränkt, anstatt die ganz konkreten Probleme der Frauen in unserer Stadt aufzugreifen. So waren wir mit einem Male durch den Zustrom neuer Frauen in den Frauengruppen und Stammtischen mit den hautnahen Problemen als Mutter, als Angestellte, als ältere Frau usw. konfrontiert. Was machen wir z.B., wenn Mütter zu uns kommen und sagen, sie können nicht zur Frauengruppe kommen, weil sie die Kinder an den Hacken haben. Früher hätten wir wahrscheinlich vom tollen Kinderhaus erzählt und sie mit ihren Problemen trotzdem allein gelassen. Warum können nicht Mütter im Stadtteil z.B. eine umschichtige Kinderbetreuung machen?

Vor der Wahl haben wir oft nach Untersuchungsarbeit geschrien. Auf die Idee, die ganz praktische Untersuchungsarbeit zu machen — aufgrund der Erfahrungen vieler Frauen — sind wir nicht gekommen. Ein Beispiel ist hier die Finkenwerder Frauengruppe: Sie haben sich das Thema Frauenarbeitslosigkeit vorgenommen, viele Bücher und Statistiken gewälzt. In der Frauengruppe saßen selbst drei arbeitslose Frauen, deren Erfahrungen man sich nicht zunutze gemacht hat. Wieso hat man nicht ihre Situation öffentlich gemacht und darüber andere arbeitslose Frauen angesprochen?

Viele Frauen wenden sich an uns, um überhaupt einmal aus ihrer Isolation herauszukommen. Dies zeigt sich insbesondere an der „Frauengruppe 50", in der viele alleinstehende und geschiedene Frauen sind, die über den Weg gemeinsamer Freizeitgestaltung dazu gekommen sind, miteinander ihre Probleme zu besprechen, und zur Selbsthilfe zu greifen (z.B. gemeinsame Behördengänge). Vielfach sind diese „kleinen" Probleme von uns als „unpolitisch" abgetan worden.

Als Mangel des Wahlkampfs insgesamt läßt sich das Nichtaufgreifen betrieblicher und gewerkschaftlicher Probleme kennzeichnen. Was heißt das jedoch für uns Frauen im Betrieb? Hier sollte ein Schwerpunkt unserer nächsten Arbeit sein, die doppelte Unterdrückung der Frauen ganz konkret aufzuzeigen: Noch immer sind wir es, die den Männern im Betrieb den Kaffee kochen, noch immer sind wir es, die als Sexualobjekte im Betrieb behandelt werden, noch immer werden wir als Frauen unterbezahlt, noch immer werden wir auf minder qualifizierte Arbeitsplätze gesetzt. Um dahin zu gelangen, daß dies nicht mehr widerspruchslos hingenommen wird, ist es notwendig, die Konkurrenz unter Frauen abzubauen. Gestern erzählte hierzu eine Frau ein Beispiel: Lohnstreifen offenzulegen ist unter Angestellten verpönt. Dadurch, daß diese Frau ihren Lohnstreifen offenlegte, wurden zum einen Lohndifferenzen unter den Frauen deutlich, sowie auch ein Unterschied zwischen Lohnerhöhungen von Männern und Frauen. Die Frauen sahen, daß es nur ihnen schaden kann, hieraus ein Geheimnis zu machen.

Ein nächster Schritt, den wir uns vorgenommen haben, ist die Unterbezahlung von Frauen in den Betrieben, in die wir Einblick haben, öffentlich zu machen und darauf Forderungen abzuleiten. Hierdurch können wir auch Annemarie Rengers Musterprozeß der totalen Lächerlichkeit preisgeben.

Aufgrund der Aktivitäten der Frauen in der Bunten Liste hat die Hamburger SPD ein Gremium eingerichtet, das zur angeblichen Gleichberechtigung der Frauen „Fakten schafft". Anhand unserer Forderungen werden wir dieses Gremium messen. Hier liegt unserer Meinung nach ein Schwerpunkt unserer weiteren Arbeit: Einen Forderungskatalog für Frauen in Hamburg zu entwickeln — die konsequente Fortsetzung unserer allgemeinen Plattform. Um dies voranzutreiben werden wir auf den kommenden Sitzungen der Frauen-AE zu übergreifenden Themen wie Frauen im Beruf, als Angestellte und Arbeiterin, Frauen im Stadtteil, Hausfrauen und Mütter usw., sowie zu der Situation um den § 218 arbeiten.

Noch ein Wort zur Eröffnungsveranstaltung des Auswertungskongresses, wir Frauen haben in diesem Wahlkampf bestimmt einiges gelernt — im Gegensatz zu einigen Gruppierungen in der Bunten Liste: Es kann uns nicht darum gehen, eine blitzsaubere Programmatik am grünen Tisch zu entwickeln, sondern es geht uns darum, mit den Betroffenen gemeinsam Forderungen aufzustellen."

GAZ-Gründung

Am 13. Juli präsentierte in Bonn Herbert Gruhl der Öffentlichkeit seine neue "Umweltschutzpartei" unter dem Namen **Grüne Aktion Zukunft** (GAZ). Während Gruhl nach den Landtagswahlen in Niedersachsen und Hamburg öffentlich noch über den "richtigen Zeitpunkt" für seine Parteigründung sinnierte, pflegte er unter der Hand eifrig Kontakte mit wechselnden Partnern. Schließlich wurde der Beschluß einer grünen Honoratiorenpartei gefaßt, ohne auch nur die grüne Basis vorher zu informieren. Nachdem Beddermann ihm erklärt hatte, er könne derzeit nicht für die gesamte GLU Niedersachsen sprechen, wurde die Parteigründung von oben beschlossen, um schnell vollendete Tatsachen zu schaffen. (Im letzten 'Arbeiterkampf' konnten wir bereits die Gründung ankündigen). Schon am ersten Gründungstag wußte der selbsternannte Vorsitzende Gruhl enorme Erfolgsmeldungen zu präsentieren. Allerdings erwiesen sich diese samt und sonders als ungedeckte Wechsel, die einer nach dem anderen in den folgenden Tagen aufflogen.

GAZ-Hessen: Ein Phantom

Erstes Täuschungsmanöver der GAZ: Es wurde von einem schon existierenden GAZ-Landesverband Hessen geredet, der durch Umbenennung der GLU Hessen entstanden sei. Klar, daß Gruhl mit einem hessischen Landesverband im Rücken auch gleich die Kandidatur der GAZ für die Lantagswahlen in Hessen anmeldete. *"Wir werden die FDP in Hessen ablösen"*("FR", 14.7.78), verkündete er großspurig; er rechne mit glatt 10% Wählerstimmen in Hessen. Tatsächlich reduzierte sich die GAZ anfangs in Hessen auf ganze zwei Mitglieder, nämlich auf den kommissarischen GLU-Vorsitzenden in Hessen, Faust, und ein anderes bekanntes GLU-Mitglied aus Hessen namens Ekkehard Gierschik. Einige Tage später mußte Faust deswegen die GLU Hessen verlassen.

Doch bald schon machte die GAZ einen neuen Anlauf in Hessen, um ihren Führungsanspruch durchzusetzen: Nachdem in der Presse zunächst gemeldet wurde, die GAZ wolle in Hessen eventuell eine gemeinsame Liste (GLH) von GLU und GLW unterstützen, tauchte am Wochenende des GLW-Gründungstreffens die GAZ mit neuen Forderungen auf. Sie würde in Hessen nur auf eine eigene Kandidatur verzichten, falls sie bei der GLH *"jeden dritten Listenplatz mit einem Mann aus den eigenen Reihen besetzen darf"* (FR, 22.7.). In einem Schreiben an GLU und GLW verlangt der mit der Gründung eines GAZ-Landesverbandes beauftragte Marburger Rechtsanwalt Hess von der GLH, die vorderen Plätze ihrerseits nicht zu besetzen, *".... die auf Vorschlag der GAZ mit namhaften, in der Öffentlichkeit bekannten Persönlichkeiten der Ökologiebewegung zu besetzen wären und deren Einverständnis vorliegt"*. Wer diese "Persönlichkeiten" sind, ist bis auf Grzimek bislang unbekannt. Weiter will die GAZ natürlich eine GLH, *"die sowohl sachlich als auch politisch in ihrer Integrität keinen Anlaß zu Bedenken geben (kann)"*. Letzteres ist nur eine etwas vornehme Umschreibung für die Forderung, Kommunisten und radikale Linke aus der GLH vollständig rauszuhalten.

Der große Landesverband Hessen der GAZ muß von Gruhl noch zusammengepokert werden. "Knapp unter 100" Mitglieder läßt Gruhl in der "FAZ" (22.7.) immerhin schon auf dem Papier aufwarten!

In Bayern wurden in Verhandlungen sogar die Namen von Heinz Brandt und Jakob Moneta gehandelt, die angeblich ggf. die GAZ unterstüzen würden.

Beddermann in Niedersachsen vorerst gescheitert

In den ersten Zeitungsmeldungen tauchten weitere Landesverbände der GAZ auf. Die "WELT" (14.7.) wußte zu berichten, daß sich der Landesverband der Grünen Liste aus Niedersachsen der GAZ angeschlossen hätte. In lokalen Zeitungen hatte es geheißen, daß nach Gruhls Parteigründung *"sich die Gruppierungen der Grünen Liste Umweltschutz in einigen Regionen auflösen und als Landesverbände der neuen Partei anschließen"* (z.B. "BR", 14.7.). Doch gerade in Niedersachsen mußte Beddermann einen Rückzieher machen, nachdem er sich mit seinen Machenschaften beim Parteiaufbau ziemlich ins Abseits manövriert hatte. Beddermanns Stellvertreter in der GLU-Niedersachsen, Dombrowsky, gab "offziell" bekannt, daß Beddermann ohne Absprache mit dem GLU-Vorstand Verhandlungen mit Gruhl geführt hatte ("FR", 21.7.). Nichts desto trotz erkärte Beddermann in der Öffentlichkeit auf einmal, er wisse *"von der Gruhlschen 'Grünen Aktion Zukunft' ... ebensowenig wie vom 'Grünen Manifest'* " ("Zeit", 17.7.).

Die GLU-NRW schon in der Tasche

Mit der GLU-NRW rechnet Gruhl schon fest: Im "Handelsblatt" wurde Gruhls Äußerung zitiert, er rechne damit, *"... daß sich die Grüne Liste Umweltschutz (GLU) in Nordrhein-Westfalen demnächst seiner Organisation anschließen wird"* (14.7.). Gruhl kann sich auf 4 von 6 Vorstandsmitglieder dort fest stützen, die bekannt dafür sind, daß sie sich einen Dreck um Mitgliederbeschlüsse kümmern. GLU-NRW-Chef Wegener war bei den Gruhl-Verhandlungen mit von der Partie. Man will aber in NRW erst einmal den GLU-Parteitag in Niedersachsen abwarten.

Mehrere Anläufe in Bayern

In Bayern, wo Guhl ebenfalls schon eine Kandidatur zu den Landtagswahlen angekündigt hatte, mußte die GAZ eine schnelle Gründung in den Schornstein schreiben. Nach einem Treffen verschiedenster Umweltschutzgruppen, BIs und "grünen" Parteiansätzen am 16.7. *"blieb bis auf weiteres offen, ...ob die GAZ zu den bevorstehenden Landtagswahlen in Bayern antreten solle oder nicht"* (SZ, 17.7). Gruhl, der dieses Treffen in der Öffentlichkeit als GAZ-Gründungstreffen angekündigt hatte, mußte sich mit einer Mini-Gründung auf der Basis weniger Getreuer zufrieden geben. 30 Mitglieder konnte die GAZ einsammeln. Sowohl die AUD als auch die „Grüne Liste Bayerns BundFreier Wähler" lehnten im ersten Anlauf die Unterordnung unter die GAZ ab. Die AUD wollte unbedingt ein Wahlbündnis mit Hinweis auf ihre landesweite Organisation, auf die sie sich reichlich etwas einbildet.

Auf einem zweiten Treffen am 22.7. wurde dann die GAZ Bayern gegründet (derzeit 70 Mitglieder). Die Frage der Kandidatur wurde noch offen gelassen. 1. Vorsitzender wurde v. Mengershausen (Ex-CSU-Mitglied), 2. Bueb, der Wahlbeauftragte des Bund Naturschutzes (Ex-FDP-Mitglied) und 3. Suttner von der katholischen Landjugend, die ihre Unterstützung für die Gruhl-Partei erklärt hat. Dennoch hat laut Mengershausen die GAZ gute Chancen, *"zum Sammelbecken aller Grünen"* zu werden ("Münchner Merkur", 22.7.). Die GAZ werde *"keine gemeinsame Sache mit anderen machen, die sich selbständig anschließen"* wollen. Dabei setze man auf *"den zugkräftigen Namen Gruhl und Zermürbungstaktik"*. Die übrigen Gruppen würden *"langsam auseinanderbröckeln und die Mitglieder zur GAZ überwechseln"* (ebenda).

Wie man sieht muß die GAZ für den Parteiaufbau erst selbst die Schmutzarbeit erledigen, die man ursprünglich Beddermann, Faust und Wegener u.ä. zugedacht hatte, die sich aber dabei verschlissen haben. Nun muß Gruhl selbst mit ran, der unter Ökologen trotz seiner früheren Querelen im Vorstand des Bund Naturschutz und Rechtsaußen-Positionen sich zumindest ein solides Image halten konnte.

"Die rasche Parteigründung von oben hat das Mißtrauen besonders der Bürgerinitiativen geweckt, die sich nicht genügend befragt fühlen, wo sie doch die Basis sind. Gruhl hat bislang wenig Erfolg bei seinem Bemühen, zu erklären, warum die Gründung so schnell gehen mußte und warum sie von oben her zu geschehen hatte", schreibt die "SZ", 17.7., zu den Diskussionen in Bayern. *"Keine erfolgversprechende Perspektive, eher ein kurzlebiges Konglomerat von Unzufriedenen"*, kommentierte Springers WELT (14.7.78), und als *"nicht sehr rosig"* schätzt derzeit die "ZEIT" die Wahlchancen der Gruhl-Partei ein (14.7.).

"Vorsichtige Skepsis" hält der Geschäftsführer des Bundes für Umwelt und Naturschutz gegenüber der GAZ für angebracht, und Schumacher, einer der drei geschäftsführenden Vorsitzenden des BBU, wollte sich zur GAZ öffentlich erst nach Rücksprache mit seinen Vorstandskollegen äußern.

Auch der Chef des Bund Naturschutz in Bayern erklärte für seinen Verband: "Wir bleiben neutral". Zwar halte er das Gruhl-Programm für *"ein attraktives, hochmodernes Programm"*; aber erst bei *"einer soliden Grünen Partei"* könne sein Verein zu dieser Partei ein Verhältnis bekommen, *"wie das der Gewerkschaften zur SPD"* ("Mainpost", 17.7.).

Auch "Steuerpartei"-Chef Fredersdorf, der mit Gruhl zusammengehen möchte, erklärte die GAZ-Gründung für verfrüht. Neben Fredersdorf hatten sich eine ganze Reihe von Kräften aus den traditionellen Umweltschutzverbänden schon zum Absprung auf den Gruhl-Verein bereitgehalten, haben aber auf Grund des schlechten Starts erst einmal auf Zurückhaltung geschaltet. Die GAZ will sich angesichts dieser Lage erst einmal auf Hessen und Bayern beschränken: *"Weitere Landesverbände möchte Gruhl vor den Wahlen im Herbst nicht gegründet sehen"* („FAZ", 22.7.). *„offenbar soll das Ausmaß des Erfolges bei diesen Wahlen abgewartet werden, aber auch die Auseinandersetzungen mit den in Niedersachsen und Schleswig-Holstein bestehenden parteiartigen grünen Organisationen"*.



„GAZ? ...Tut mir leid Bernhard, ich fühle mich der Basis verbunden!"

Rechtsradikale bei der GAZ mit von der Partie

Bei der von der GAZ versuchten Gründungsversammlung eines bayrischen Landesverbands war von GAZ-Mitbegründer Gerhard Orth auch **Ludwig Stenuf** aus Bad Wörrishofen eingeladen worden, der inzwischen Mitglied der GAZ wurde.

In der Broschüre der Bunten Liste „Feigenblatt oder Alternative" heißt es über ihn:*„Stenuf ist in Nazi-Kreisen kein Unbekannter: So war er z.B. am 3.4.77 in Karlsruhe Mitgründer einer Aktion Neues Nationales Europa (NNE), die für die Kandidatur für die Europawahlen eintritt und im wesentlichen vom Kreis um den Nazi Erwin Schönborn inszeniert wurde. Als dessen Kontaktadresse fungiert Stenuf auch noch."*

Stenuf tritt auch noch für andere faschistische Kreise auf. Jetzt wirbt er in seinen Kreisen für die GAZ. Besonders angetan hat es ihm im „Grünen Manifest" der Artikel für das „Selbstbestimmungsrecht aller Deutschen"

Auch auf ausdrückliche Befragung mochte Orth sich von Stenuf nicht distanzieren: *„Mir ist noch nicht klar, wo der Knabe steht, in den Vorstand kommt er bei uns sicher nicht"* („Münchner Merkur", 20.7.78).

Inzwischen kommen einzelne Rechte auch von der braun durchsetzten ‚Grüne Liste Bayern' (GLB) in die GAZ. Das Ex-BHE-Mitglied **Klammt** (BHE = „Gesamtdeutsche Partei", deren Mitglieder bei der Auflösung zu großen Teilen in die NPD strömten) von den Gebietsreformern wurde bereits GAZ-Mitglied. Das AVP-Mitglied **Hennig** (AVP = rechtsradikale „Aktion Vierte Partei") bot im Namen der GLB der GAZ ein Bündnis an. Einziges Hindernis seitens der GAZ: die GLB sei ihr zu „bunt"; sie will kein Bündnis, sondern den Übertritt der einzelnen Mitglieder.

Sogar die bürgerlichen Parteien wenden sich demagogisch gegen die braune Einfärbung der GAZ. So griff die FDP Bayerns die GAZ an: Allein aufgrund des im Vergleich zu Gruhls sonstigen Äußerungen noch relativ harmlos gehaltenen „Grünen Manifest" gibt sich die bayrische FDP im Landtag *„über die Kontakte des Chefs der ‚Grünen Liste Umweltschutz', Gerhard Orth, zu Gruppen, die politisch als extrem rechts eingestuft werden, nicht verwundert... Die Art und Weise, wie das vorgetragen wird* (gemeint ist das ‚Grüne Manifest' - Anm. der Red.) *ist nicht einfach fortschrittlicher Naturschutz, dahinter steckt eine Ideologie, die in bedenklicher Nähe zu der ‚Blut- und Boden-Theorie' steht, die wir schon einmal in Deutschland erlebt haben"*(„Münchner Merkur", 21.7.). Sogar der FDP-Rechte und Bundesernährungsminister Josef Ertl erklärte, das Gruhl-Programm verlange den „totalen Staat" („SZ", 17.7.).

Die FDP will *„auf der ‚braunen Ebene' .. jetzt verstärkt die Auseinandersetzung mit den ‚Grünen' suchen."* („Münchner Merkur", 21.7.).

Ein besonders gelungenes Beispiel für den nach rechts hin offenen Zuschnitt der GAZ ist die „Pädagogin" **Christa Mewes**. Sie wurde (laut „Vorwärts") von Gruhl beauftragt, den Familien- und Erziehungsteil für das GAZ-Programm zu schreiben. Christa Mewes ist u.a.

– Mitglied im **„Gelben Kreis"**, der sich selbst als „christlich-konservativ" bezeichnet und ein Klüngel von stockreaktionären Adligen, Offizieren, Kapitalisten u.ä. ist.

– Ständige Mitarbeiterin der „Welt" (Springers rechtes Kampfblatt) und anderer Springer-Zeitungen, die sie regelmäßig mit ihren skurilen Ansichten zu Fragen der Erziehung, Geburtenplanung, Sexualität u.a.m. versorgt.

– Gern beruft sich die rechtsradikale Presse (wie die NPD-eigene „Deutsche Wochenzeitung") auf die Lehren der Christa Mewes und zitiert sie ausgiebig.

– Mehrfach ist Christa Mewes als Rednerin auf Seminaren der faschistischen **„Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung"** aufgetreten. Zum Führungskreis dieses Nazi-Vereins gehören u.a. **Jürgen Rieger** (früher ein berüchtigter Nazi-Schläger, Aktivist der „Aktion Widerstand", Gründer eines „CSU-Freundeskreises" in Hamburg; heute Rechtsanwalt u.a. der NPD) und der NPD-Funktionär **Rolf Kosiek** (bekanntgeworden durch seinen Nichtberufsverbotsfall). Die Mewes sprach dort zu Themen wie „Der Geburtenschwund aus psychologischer Sicht" und „Geburtenschwund in Westdeutschland", während J. Rieger bei derselben Gelegenheit z.B. über „Neuere Entwicklungen in der Rassenfo.schung" referierte.

Die Mewes tritt für mehr „Autorität" in der Erziehung ein, für die Wiederherstellung und Konservierung der Familie, für mehr Kinder (den Geburtenrückgang verdammt sie als Folge der „Emanzipationsideologie"!), gegen die „Massenschule" (d.h. für eine stärkere Differenzierung des Schulsystems im Sinne einer elitären „Auslese"), gegen „zu frühe" und „zu viel" Sexualität bei Jugendlichen usw. usf.

Die Dame paßt also glänzend in Gruhls „Blut-und Boden"-Riege. Möglich trotzdem, daß demnächst Figuren wie sie lieber ins zweite Glied zurückgedrängt werden, um die rechtsradikale Färbung dieser „neuen" Partei mehr zu kaschieren. Täuschen lassen sollte man sich von solchen möglichen Schachzügen nicht!



Die GAZ-Gründer in Bonn



Nachrichten vom Widerstand



Grohnde-Prozesse: Zeugenaussagen und Anklage zusammengebrochen! Angeklagte verurteilt!

Nach rund sieben Monaten ist nun der größte Teil der Grohnde-Prozesse abgeschlossen.

Besonders in den letzten 2 Monaten hat das Gericht in der Aburteilung der AKW-Gegner gewaltiges Tempo vorgelegt, während die Aktivitäten der Anti-AKW-Bewegung in bezug auf die Prozesse in letzter Zeit immer weiter geschrumpft sind.

Deshalb nochmal ein Überblick über alle Verfahren, die bisher gelaufen sind:

- Jerry Schulz: Verurteilt in Abwesenheit zu 13 plus 9 Monaten Gefängnis ohne Bewährung. Nach einem obskuren Bericht in der 'Bild'-Zeitung soll Jerry in Italien als Terrorist mit Sprengstoff und Plänen deutscher Haftanstalten verhaftet worden sein. Das einzige, was daran zu stimmen scheint, ist, daß Jerry in Italien verhaftet wurde, allerdings schon vor längerer Zeit.
- Andreas Hanke: 12 Monate Gefängnis ohne Bewährung;
- Eso Oldefest: 13 Monate Gefängnis ohne Bewährung;
- Rüdiger Jörß: 9 Monate mit Bewährung;
- Christian Gehrke: 11 Monate Gefängnis ohne Bewährung.
- Klaus-Werner Hahn: Freispruch;
- Christian Matschkus: Nach drei Verhandlungstagen wegen schwerer Erkrankung des Hauptbelastungszeugen ausgesetzt bis zum Herbst.
- Bernd Löwe: 12 Monate Gefängnis auf 3 Jahre Bewährung;
- Norbert Iwan: 10 Monate Gefängnis auf 3 Jahre Bewährung plus 1.200 DM Geldbuße;
- Wolfgang Gießler: Prozeß beginnt im September;
- Karl Winter: Prozeß soll ebenfalls im September beginnen. Karl war zu seinem Verfahren im Januar nicht erschienen. Er wurde am 24.5. in Hamburg verhaftet und sitzt seitdem in Hannover in U-Haft. Die Urteile sind noch nicht rechtskräftig, weil Revision eingelegt wurde. Teilweise auch seitens des Staatsanwalts, so z.B. bei Andreas Hanke und Klaus Hahn (!).

Prozeß gegen Klaus Hahn: Polizei überführt sich selbst der Lüge

Klaus war von zwei Polizisten belastet worden, mit Steinen auf die Polizei geworfen zu haben. Sie seien deshalb sicher, daß der von ihnen verhaftete Klaus der angebliche Steinewerfer war, weil der Steinewerfer – genau wie Klaus auf dem Verhaftungsfoto – gelbe Öljacke und -hose und einen roten Jet-Helm getragen habe: eine Kleidungskombination, die kein anderer Demonstrant in der Umgebung getragen habe.

Großes Erstaunen im Saal, als der Polizeifilm von Grohnde vorgeführt wurde: Dort ist nämlich eine Verhaftung zu sehen (einer der Polizeizeugen spontan: „Das bin ja ich!"), die Verhaftung von Klaus, der einen grünen Parka trägt und unter dem Arm eine zusammengerollte Wendejacke mit der blauen Seite nach außen!

Die folgende Frage des Gerichts, ob er denn noch weiteres Belastungsmaterial habe, mußte Staatsanwalt Borchers achselzuckend mit Nein beantworten. Das Gericht brach daraufhin die Beweisaufnahme ab, Borchers forderte in seinem zweiminütigen Plädoyer selbst Freispruch – Klaus wurde freigesprochen!

Wobei das Gericht den Freispruch allerdings nicht auf die entlarvte Lüge stützte, sondern stur behauptete, es gehe davon aus, daß Klaus bei der Verhaftung eine gelbe Jacke getragen habe. Damit rettete es zum einen die Polizeizeugen vor einem Verfahren wegen Falschaussage, zum anderen konnte es in seinem unverschämten Kommentar zum Urteil wieder einmal das rechtsstaatliche Mäntelchen hervorkehren: *„Wir halten es uns zugute, daß das Gericht den Grundsatz 'Im Zweifel für den Angeklagten' hochhält und dies auch bei diesem Urteil tut, ob dies Herrn Hahn nun paßt oder nicht. Wenn dieses ein falsches Urteil sein sollte, was der Angeklagte am besten wissen muß, so darf er dies nicht als Ermutigung zu strafbaren Demonstrationsausschreitungen verstehen, sondern sich vielmehr eine Warnung für künftige Demonstrationen sein lassen. Es könnte das nächste Mal ungünstiger für ihn ausgehen."* (mündliche Urteilsbegründung).

Selbst gegen dieses Urteil hat der Staatsanwalt mittlerweile Berufung eingelegt – nachdem er das Verfahren selbst schon einmal eingestellt hatte, es wiedereröffnete und dann Freispruch forderte!

Prozeß gegen Norbert Iwan: Gefährliche Körperverletzung an einem Phantom

Nachdem uns Filbinger vorgeführt hat, wie man Phantom-Urteile fällt – ein Todesurteil, das den Verurteilten gar nicht treffen soll – wartete das Landgericht Hannover im Prozeß gegen Norbert mit einer weiteren Neuerung auf: einer Verurteilung wegen versuchter gefährlicher Körperverletzung an einem Polizisten, den es gar nicht gibt.

Ausgelöst wurde das durch die kühne Konstruktion des Polizisten Eltmann, der am 19.3. den von ihm verhafteten, schwerverletzten Christian Matschkus ins Krankenhaus begleiten mußte und dort erfuhr, daß sein Kollege Feige von einem Schlag mit dem Bolzenschneider eine Schädelverletzung davongetragen haben soll. Eltmann hatte vorher einen Demonstranten gesehen, der einen Bolzenschneider über dem Kopf schwang. Also ging er zur Kripo und erklärte, er habe den Schläger gesehen, der Feige verletzt hat: das sei der Demonstrant, den seine Kollegen Malchow und Petrausch verhaftet hatten: Norbert, bei dessen Verhaftung ein Bolzenschneider aufgesammelt und „asserviert" wurde. Abends war es in der Hundertschaft rum, daß Malchow und Petrausch den verhaftet hätten, der ihren Kollegen Feige „mit dem Bolzenschneider ins Gesicht" geschlagen hat – Norbert blieb bis zum Abend des 20.3. in Haft. Grund: Verdacht des versuchten Totschlags.

•

Malchow und Petrausch sagten promt aus, sie hätten gesehen, wie Norbert einen Kollegen mit dem Bolzenschneider auf den Schild schlug - in einer gemeinsamen Aussage, die von beiden zusammen unterschrieben wurde, und die Petrausch in der Verhandlung in vielen Punkten zurücknehmen mußte.

Der Zusammenhang zwischen Norbert und dem verletzten Polizisten Feige war aber beim besten Willen nicht aufrechtzuhalten, der Vorwurf des versuchten Totschlags wurde fallengelassen - was blieb, waren die ominösen Schläge auf einen Polizeischild, um die es in der zehntägigen Hauptverhandlung ging.

Der Verdacht, daß es sich bei diesen Zeugenaussagen um nachträgliche Konstruktionen handelte, erhärtete sich in der Hauptverhandlung,

- als alle drei Zeugen eine völlig abstruse Schilderung vom Verlauf der Räumung gaben - so falsch, wie sie bisher noch kein Polizeizeuge zustandegebracht hat, aber eben e i n h e i t l i c h falsch;
- als alle drei Zeugen die Örtlichkeiten falsch beschrieben: keiner hat die B 83 (die unmittelbar am Baugelände vorbeiführt) gesehen, alle geben die Lage des Zaundurchbruchs (durch den sie mit den Verhafteten gegangen sein wollen) völlig falsch an - so falsch wie noch kein Polizeizeuge vor ihnen, aber eben wieder e i n h e i t l i c h falsch;
- als Malchow und Petrausch ungefragt und unabhängig voneinander beide angeben, Norbert habe eine F e i ncordhose getragen. Auf eine besonders gute Beobachtungsgabe kann das nicht zurückzuführen sein, denn wie gesagt: beide haben die B 83 nicht gesehen, die sie mehrfach überquert haben, Petrausch hat das Kieswerk nicht bemerkt, an dem er vorbeimarschiert ist!

Diese Merkwürdigkeiten empfand Staatsanwalt Borchers als durchaus verständlich. Das z.B. Petrausch die braune Hose als grün beschreibt, sagt nach seiner Auffassung nichts über seine Glaubwürdigkeit aus, sondern zeigt lediglich, daß er die Hose subjektiv als grün wahrgenommen habe! Das Gericht folgte im Urteil erstmals der Konstruktion des Staatsanwalts, daß die Widersprüche in den Zeugenaussagen „durchaus normal" seien und die Glaubwürdigkeit nicht erschüttern könnten - daß im Gegenteil das Fehlen von Widersprüchen den Verdacht einer Absprache hervorgerufen hätte!

Gelöst war damit allerdings noch nicht das Problem mit dem fehlenden Opfer : Norbert soll einen Polizisten von vorn in Kopfhöhe „kraftvoll" auf den (durchsichtigen) Schild geschlagen haben, und zwar mindestens zwei bis dreimal. Solche Schläge muß man also sehen, hören und spüren, und es ist kaum vorstellbar, daß der betreffende Polizist die Schläge nicht bemerkt hat - aber er wurde nicht gefunden

- obwohl a l l e in Grohnde eingesetzten Polizisten einen Fragebogen der Sonderkommission Grohnde bekamen, in dem speziell nach Schlägen mit Bolzenschneidern gefragt wurde,
- obwohl der Hundertschaftsführer, die Zug- und Halbzugführer als Zeugen vernommen wurden - keinem von ihnen war von einem solchen Schlag berichtet worden.

Da nach den Zeugenaussagen feststand, daß der angeblich geschlagene Beamte im 1. oder 2. Zug der 7. Hundertschaft gewesen sein mußte, beantragte RA Müller, alle diese Beamten als Zeugen zu vernehmen. Das Gericht löste dies Problem mit der ihm eigenen Rafinesse: es gab dem Antrag für den 1. Zug statt (alle Beamten wurden vernommen - keiner hat einen Schlag abbekommen), und lehnte ihn für den 2. Zug ab! In der Urteilsbegründung heißt es dann: Zwar sei der geschlagene Beamte nicht gefunden worden, da aber n i c h t a l l e infrage kommenden Beamten vernommen wurden, sei es durchaus denkbar, *„daß irgendwo in Norddeutschland ein Beamter*
durchaus denkbar, „daß irgendwo in Norddeutschland ein Beamter
seinen Dienst tut, ohne zu wissen, daß seine Aussage hier in diesem Verfahren gebraucht wird."

Mit der gleichen Logik kann man jemand wegen Brandstiftung verurteilen, ohne daß es ein abgebranntes Haus gibt!

Das Urteil von 10 Monaten mit Bewährung zuzüglich einer Geldbuße von 1200,– DM (die für Norbert, da er die Strafe ja vorläufig nicht absitzen muß, das „Unrecht spürbar" machen soll) gründet sich allein auf den Bestrafungswillen des Gerichts und führt die Linie der vorhergegangenen Terrorurteile konsequent fort.

Das war auch die Meinung von Norberts Mutter, die die letzten Prozeßtage mitverfolgt hatte und voller Wut sagte, wenn sie das gewußt hätte, wäre sie in Grohnde auch mit dabeigewesen. In Gorleben wolle sie aber die erste auf dem Platz sein!

Prozeß gegen Berd Löwe: Die Polizei hat immer recht!

Angeklagt war Bernd wegen gefährlicher Körperverletzung (nachdem auch gegen ihn ursprünglich wegen versuchten Totschlags ermittelt wurde) und natürlich Landfriedensbruch und Widerstand in einem besonders schweren Fall.

Gefährlich verletzt haben soll er den Polizisten Hoblitschek, der aussagte, Bernd habe mit einer Eisenstange mehrfach auf ihn eingeschlagen und ihn dabei an der rechten Körperhälfte verletzt. Als er sich zu Boden fallen ließ, habe er gesehen, wie Bernd auch hinfiel, aber kurze Zeit später wegrannte. Dabei habe er Eisenstange und Fäustel weggeworfen. Er und sein zu Hilfe eilender Kollege Laaß hätten ihn jedoch festgehalten und verhaftet, Laaß habe die von Bernd weggeworfene Eisenstange, Fäustel und Helm aufgehoben und sichergestellt.

(Laaß? – Na, klingelt's? – Genau! Laaß ist der, den Andreas an der Kirchohsen-Sperre bewußtlos geschlagen haben soll – was Andreas 12 Monate Gefängnis kostete! Heldenhaft hat er sich, trotz tiefer Bewußtlosigkeit, wieder in den Kampf gestürzt und nicht nur Bernd verhaftet, sondern auch noch bei der Verhaftung von Eso, Christian mitgemischt!)

Bis auf kleine Widersprüche in den beiden Aussagen, z.B. über die Farbe des Helms scheinen die Polizeizeugen in diesem Fall gut abgestimmt. Bernd selbst sagt allerdings zu diesen Vorwürfen:

„Im allgemeinen Durcheinander während des Reitereinsatzes flüchtete ich in Richtung Kirchohsen. Von hinten haben mehrere Polizeibeamte auf mich eingeschlagen, mir den Helm vom Kopf gerissen und dann weiter auf meinen Kopf geschlagen. (Attest des Arztes Gehirnerschütterung, schwere Prellungen am Kopf, an der Schulter und den Handgelenken, rechtes Handgelenk steif) Daraufhin fiel ich zu Boden und wurde anschließend von Laaß und Hoblitschek verhaftet. Die Eisenstange und den Hammer habe ich zum erstenmal nach meiner Verhaftung gesehen. Aufgrund meiner Handverletzung wäre ich überhaupt nicht in der Lage gewesen, eine Stange in der Hand zu halten."

Nachdem im weiteren Prozeßverlauf alle Beweisanträge der Verteidigung bezüglich AKW's natürlich wieder abgelehnt wurden, kam am Ende der Hammer: Ein Film von der Situation vor Bernds Festnahme wurde gezeigt, auf dem klar zu sehen war, daß Bernd von Polizisten geschlagen wurde. (Es schlugen sogar zur größten Verwirrung des Gerichts Polizisten auf Polizisten ein!) Ausserdem war Hoblitschek, der sich die ganze Zeit etwa 5 Meter von Bernd entfernt aufgehalten haben wollte, auf diesem Film überhaupt nicht zu sehen. Damit war auch diese Anklage zusammengebrochen. – Sollte man meinen.

Wie in allen Grohnde-Prozessen vorher, ließen sich jedoch Staatsanwaltschaft und Gericht durch derartige Gegenbeweise nicht aus dem Konzept bringen, geschweige denn zu Ermittlungen in die entgegengesetzte Richtung bewegen.

Borchers unterstellt als wahr, daß es Bernd Löwe ist, der in dem Film geschlagen wird, nimmt dies jedoch lediglich zum Anlaß, Bernd als unglaubwürdig hinzustellen, weil die Eisenstange dort bereits zu sehen sei.
lediglich zum Anlaß, Bernd als unglaubwürdig hinzustellen, weil die Eisenstange dort bereits zu sehen sei.
Darüberhinaus stellt er in seinem Plädoyer fest, daß Bernd einer der „schwersten Fälle" sei. Er wäre naß gewesen, was beweise, daß er am Zaun gewesen sei; daß er dort mit einem Schweißgerät gearbeitet hätte, sei durch seine Handschuhe erwiesen und durch die Tatsache, daß er als Schiffbauer mit einem Schweißgerät umgehen könne.

Im übrigen die alte, aber nicht weniger unverschämte Leier: Bernd habe durch sein Auftreten das Demonstrationsrecht in Verruf gebracht – was schlimmer sei als eine Eisenstange. Denn damit kämen öffentliche Rechte ins Wanken. Das – so Borchers – läßt eine feindliche Gesinnung gegen den Staat erkennen.

Wie in jedem Plädoyer stellte Borchers auch hier bedauernd fest, daß die Teilnahme von Bernd an der Demonstration nach altem Recht bereits Landfriedensbruch gewesen sei, heute aber nur als Ordnungswidrigkeit gelte. Damit leitete er seinen Strafantrag ein, den er – wegen der Kontinuietät in den Grohnde-Prozessen – auf 14 Monate beschränkte, obwohl er eigentlich 22 Monate für angemessen hielt.

Das Gericht betrachtete sämtliche Vorwürfe gegen Bernd als erwiesen und verurteilte ihn zu 12 Monate Gefängnis, die drei Jahre zur Bewährung ausgesetzt wurden. Dabei wurde ihm seine „ruhige Prozessführung" und die Verletzungen bei der Verhaftung „zugute gehalten"!?

In den Grohnde-Prozessen tritt jetzt bis zum September eine Pause ein, die allerdings die AKW-Gegner gut nutzen sollten, um für die letzten drei Prozesse und die Revisionsentscheidungen die erforderliche breite Öffentlichkeit herzustellen.

Genossen aus Hannover

Verteidiger unter Beschuß

„Das leiten wir alles an die Anwaltskammer weiter – darauf können Sie sich verlassen, Herr Rechtsanwalt". Das war Richter Rienhoffs eindeutige Antwort auf die Frage von RA Böddeling, wieso das Gericht die Äußerungen der Verteidigung protokollieren lasse.

Ablehnung von Anträgen der Verteidigung wegen „Prozeßverschleppung", Aufforderung an RA Müller, sich von den Äußerungen seines Mandanten zu distanzieren oder sich dazu zu bekennen, die Drohung an RAin Eisele, eine Ordnungsstrafe zu verhängen, falls sie weiter vom Kampf gegen AKWs spricht – das und mehr war in den Grohnde-Prozessen von Anfang an an der Tagesordnung. In den letzten Wochen jedoch ist die Justiz auf einer neuen Ebene massiv gegen die Verteidigung vorgegangen: Der hannoversche Rechtsanwalt Henning Plähn wurde am 29.6. vom Amtsgericht Hannover zu einer Geldstrafe von 5 Tagessätzen wegen Beleidigung verurteilt. Grund: als Zuschauer in einem Grohnde-Prozeß soll er in einer Pause versucht haben, aus dem hinteren (Zuschauer–)Teil des Schwurgerichtssaals in den vorderen (Sitzungs–)Teil zu gehen, um mit dem Verteidiger rechtliche Fragen zu besprechen. Daran wurde er von einem Justizwachtmeister gehindert. Wenig später stellte bezeichnenderweise nicht der betreffende Beamte, sondern der Landgerichtspräsident persönlich (!) eine Strafanzeige gegen Plähn wegen Beleidigung: er soll den Beamten als „Spinner" bezeichnet haben. Plähn stritt das ab, Zeugen gab es nicht – damit stand aber nach Auffassung des Gerichts nicht Aussage gegen Aussage, sondern das Gericht sah den Vorwurf als erwiesen an. Die erstaunliche Begründung: Der Richter kenne den Wachtmeister seit Jahren und könne sich nicht vorstellen, daß dieser falsch aussagt; auf der anderen Seite sei Plähn in seiner Erwiderung auf den Staatsanwalt etwas lauter geworden – genauso sei eben vorstellbar, daß er an dem betreffenden Tag die Beherrschung verloren und den Wachtmeister beleidigt hätte.

Der zweite, nicht weniger windig begründete Angriff richtete sich gegen die Anwälte Barbara und Eckart Klawitter (Verteidiger von Christian Gehrke und Klaus Hahn): Am 2.7. erschienen zwei Kripo-Beamte und verlangten ein Alibi für die vergangene Nacht: ihr Auto sei im Zusammenhang mit einem Einbruchsdiebstahl in einer Tankstelle gesehen worden!!! Dann entfernten sie sich wieder und kamen 4 Stunden später zu sechst zurück: Durchsuchung der Anwaltskanzlei und der Wohnräume wegen Verdachts der Beteiligung an einem „Besonders schweren Fall von Diebstahl"! Jetzt war natürlich Gefahr im Verzug (vier Stunden vorher noch nicht?!) – einen Hausdurchsuchungsbefehl gab es demnach nicht. Gesucht wurden in den Aktenschränken *„ein tragbares Fernsehgerät, 12 Dosen Motoröl, ein Kassettenrecorder, eine Pistole, ein Taschenrechner und diverse Zigaretten"*.

„Weil niemand ernsthaft unterstellen kann und wird, wir wären an einem Einbruchdiebstahl in einer Tankstelle beteiligt, können der Durchsuchung nur andere Motive zugrundeliegen: Beide Unterzeichner haben bekanntermaßen in den Grohnde-Verfahren verteidigt", schreiben die RAe Klawitter in einem Brief an die niedersächsische Strafverteidigervereinigung, *„Der Kollege Adamietz aus Bremen, ebenfalls Verteidiger in einem Grohnde-Verfahren, mußte feststellen, daß ein Beamter der Bereitschaftspolizei sich für seine Äußerungen im Grohnde-Prozeß interessierte. Der Kollege Plähn – als Zuschauer in einem Grohnde-Prozeß anwesend – wurde mit einem Strafverfahren überzogen und verurteilt, weil er angeblich einen Justizwachtmeister beleidigt haben soll. Nunmehr werden unsere Kanzlei- und Wohnräume unter fadenscheinigem Vorwand durchsucht.*

Wir können daraus nur den Schluß ziehen, daß jede noch so unwesentliche Begebenheit zum Anlaß genommen wird, unsere Verteidigertätigkeit zu erschweren und uns persönlich zu diskreditieren ... Abschließend stellen wir fest, daß dieser Vorfall als weiteres Beispiel in der Kette derjenigen Maßnahmen angesehen werden muß, die ergriffen werden, um Strafverteidigung in politischen Prozessen überhaupt zu beeinträchtigen und zu erschweren".

Und jetzt wird's erst richtig dreist: Staatsanwalt Lobback, der die Durchsuchung angeordnet und die Anwälte, die durch eine Aussage die Durchsuchung überflüssig machen wollten, telefonisch damit abgewimmelt hatte, daß er nicht im Dienst sei, ist empört. Eine derartig massive Unterstellung verfahrensfremder Motive wie in diesem Brief sei ihm in seiner langen Laufbahn noch nicht untergekommen, tobt er und – wie sich die Mittel gleichen – schickt eine Kopie des Briefes an die Anwaltskammer, *„mit der Bitte um weitere Veranlassung"*. Zu deutsch: siehe oben.

Aus für das UJZ Kornstraße

Aufgrund der bereits im März von Innenminister Groß erhobenen Vorwürfe, das UJZ Kornstraße
- habe die Aktionen am 19.3. in Grohnde „gesteuert", habe „mit selbstgebauten Sendern" am 19.3. den Polizeifunk gestört,
- habe seine „*Telefonanlage als Einsatzzentrale für auswärtige Gruppen*" zur Verfügung gestellt,
- habe als Tarnorganisationen u.a. den Ermittlungsausschuß gebildet,
- und sei überhaupt Mittelpunkt aller Aktivitäten im Zusammenhang mit den Grohnde-Prozessen,

(siehe AK 126 und 127), erhielt das UJZ am 30.6. ein Schreiben der Stadtverwaltung, in dem mitgeteilt wird, daß das UJZ ab 1.7. keine städtischen Förderungsmittel mehr erhalten wird!

Dieser Beschluß der Verwaltung fiel gegen den Beschluß des Stadtrats, der ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben hatte und erst nach dessen Vorlage im Herbst über die Weiterförderung entscheiden wollte! Und das, obwohl
- Groß sich auf ein Ultimatum hin teilweise von seinen Vorwürfen distanzieren mußte,
- ein Redakteur der HAZ (Hannoverschen Allgemeinen), der Groß' Äußerungen in einem Artikel widergegeben hatte, vom Landgericht Hannover verurteilt worden war, von den über das UJZ aufgestellten Behauptungen abzurücken,
- weitere Vorwürfe vom Trägerverein des UJZ als schlicht unzutreffend widerlegt werden konnten,
- Innenminister Groß trotz mindestens dreimaliger Aufforderung durch Rat und Jugendwohlfahrtsausschuß bis zu seinem wohlverdienten Ausscheiden aus dem Amt nicht einen einzigen konkreten Beleg für seine Behauptungen vorlegen konnte!

Der Bescheid der Stadtverwaltung macht deutlich, daß es hierbei nicht um konkrete „Vorwürfe" sondern schlicht um die politischen Aktivitäten – insbesondere gegen AKWs und Grohnde-Prozesse – geht, die eine Weiterförderung „unmöglich machen". Aufgezählt werden in dem Bescheid:
1. Ein Flugblatt, in dem zum Schwarzfahren aufgerufen wird, und in dem die Telefonnummer des UJZ als Vermittlungsstelle für Rechtshilfe angegeben ist.
2. Ein Flugblatt zum 19.3., in dem das UJZ Kornstraße als Ort des Plenums der Hannoverschen BIs angegeben ist.
3. Ein Artikel zur Räumung des Anti-Atom-Dorfs Grohnde, in dem es heißt: „*Wir werden das Gelände räumen, wenn uns eine übermächtig aufgebotene Staatsmacht dazu zwingt*". Woraus die Verwaltung messerscharf schließt, „*daß man der Polizei dort, wo sie nicht in der Übermacht ist, Widerstand leisten kann oder sogar soll*".
4. Ein Artikel aus der „FR", in der vom Aufhalten eines Transportfahrzeugs durch Bewohner des Anti-Atom-Dorf berichtet wurde.
5. Die Tatsache, daß „*Beziehungen und Verflechtungen zwischen dem Ermittlungsausschuß* (der ja, wie man aus dem Verfassungsschutzbericht weiß, „Terroristen aktiv unterstützt") *und der ‚Kornstraße' bestehen*".
6. Die Angabe des UJZ als Vertriebsadresse für die Dokumentation „Grohnde – 19.3."
7. Diverse Äußerungen einzelner Diskussionsteilnehmer aus einer Veranstaltung mit Ratsherren im UJZ!

Diese „*angeführten Tatsachen lassen erhebliche Zweifel an der Arbeit des Trägervereins des UJZ Kornstraße, die den Zielen und Grundsätzen unserer Verfassung förderlich ist, aufkommen. Diese Zweifel haben gesetzlich zwingend zur Folge, daß eine Förderung nicht (mehr) erfolgen darf.*" (Aus dem Bescheid der Verwaltung vom 29.6.).

Getroffen werden soll damit eine politische Opposition, vor allem die Anti-AKW-Bewegung, getroffen wird aber in der Praxis ein Jugendzentrum mit Kinder-, Baby- und Schülerladen, Autowerkstatt und Fotolabor, Kneipe, Diskothek, Atom-Info-Zentrum etc. Bei einer Streichung der Zuschüsse fehlen – um das alles aufrechtzuerhalten – monatlich allein 3.500 Mark für Miete und laufende Kosten. Auch wenn die Streichung der Zuschüsse durch den Widerspruch des UJZ bis zur gerichtlichen Entscheidung vorläufig aufgehoben ist, braucht das UJZ Unterstützung!

Adresse: UJZ Nordstadt
Kornstraße 28 - 30
3000 Hannover 1

Die Verantwortlichen für diesen letzten Putsch heißen Oberstadtdirektor Koldewey und Sozialdezernent Klaus Beste und sitzen im Neuen Rathaus, Tramplatz, 3000 Hannover 1

Genossen aus Hannover

Prozeß gegen Stompreisboykott

Berichteten wir im letzten AK, daß die HEW gegen den Stromboykott juristischen vorgehen will, so hat sie inzwischen Klage gegen den „Interessenverband pädagogischer Forschungsprojekte e.V." als einen Teilnehmer der Boykottinitiative erhoben.

In einer Presseerklärung der Initiative heißt es: „ ... *Das Geld (13.000 Mark bisher) steht der HEW zur Verfügung, sobald die Forderungen der Boykotteure erfüllt sind:*
- *Keine Investitionen in Atomkraftwerke!*
- *Keine Lieferung von Atomstrom!*
- *Keine Werbung für vermehrten Stromverbrauch!*"

Dementsprechend hatten die Stromboykottler 10% der Stromrechnungen auf ein Sperrkonto eingezahlt, und verstehen dies als „ ... *ein gewaltfreies Mittel, um sich gegen die menschheitsgefährdende Technologie zu wehren. Obwohl die Bevölkerung über das Atomprogramm n i e entscheiden konnte, stammen heute schon 46% des in Hamburg gelieferten Stroms aus Atomkraftwerken ...* "

„*Dieses Verfahren wird von politischen Faktoren bestimmt, das im Mietstreik Parallele hat. Durch Mietminderung erreichten die Mieter eine Änderung des Rechts, das ihnen heute zugesteht, auch Einfluß auf den Zustand und die Qualität ihrer Wohnung zu nehmen.*"

Und die Kirche spielt die Geige dazu ....

Auch rechtzeitig zur Prozeßeröffnung im August hat die „Bank für Kirche und Diakonie" den Rechtsanwälten der Initiative das Treuhandkonto gekündigt. Die Darlehenskasse hatte in einem Schreiben mitgeteilt, daß „aus gegebener andersweitiger Veranlassung" der Name „unserer Genossenschaften nicht mehr auf Flugblättern oder ähnlichem" verwendet werden darf.

Die Boykottinitiative erklärte, daß dies einer „faktischen Kündigung des Kontos" gleichkomme, wenn der Name der Bank nicht mehr öffentlich genannt werden dürfte.

Das Antwortschreiben kam prompt: „*Wir möchten ... Ihre Auslegung, faktische Kündigung des Kontos, dahin ergänzen, daß wir Ihnen die Kontoverbindung aufkündigen.*"

Auf die Frage der „Frankfurter Rundschau" wie denn die „anderweitige Veranlassung" zu verstehen sei, erklärte der Vorstandsvorsitzende Bundesbankdirektor a.D. Hans Kemmelmeier, das dieses Institut ihre Bankverbindung Privatpersonen zur Verfügung gestellt hat und „*nicht als Plattform für politische Auseinandersetzungen*" („FR", 10.7.).

Ein seltsames Urteil

Am 3.7.78 wurde der wegen der Grohnde-Demonstration am 19.3.77 verurteilte Christian Gehrke vor einem Hildesheimer Amtsgericht (Schöffen) freigesprochen. Angeklagt wurde er wegen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte.

Er sei als Gegendemonstrant auf einer Nazikundgebung (siehe AK 125 S. 33) mit einem waffenähnlichen Gegenstand (Knüppel, 67 x 4 cm) erschienen, den er trotz „freundlicher" (?) Aufforderung seitens der zum korrekten Ablauf der Nazikundgebung eingesetzten Polizeibeamten nicht herausgeben wollte. Deshalb mußte Christian unter angeblich „erheblichem Widerstand" von den Polizeibeamten festgenommen werden. Die drei Polizeizeugen wollten einen mit einem Knüppel bewaffneten Demonstranten in der ersten Reihe der Gegendemonstranten gesehen haben, wobei sie angeblich nicht wußten, daß es sich um Christian handelte.

Aufgrund der Aussagen von acht Entlastungszeugen ergab sich jedoch ein völlig anderes Bild von der Festnahme: So stand Christian nicht in der ersten Reihe, sondern in der 3. oder 4. und hatte auch keinen Knüppel. Er konnte von den Bullen also auch gar nicht als Demonstrant mit Knüppel, sondern nur als Christian Gehrke, bekannt aus dem Grohnde-Prozeß, bemerkt worden sein.

Diese Darstellung wird auch untermauert durch den gezielten Greiftruppeinsatz der Bullen.

Die Festnahme von Christian erfolgte zu einem Zeitpunkt, als sein „Grohnde-Prozeß" noch lief, und es deutet somit daraufhin, daß der Versuch unternommen worden ist, das Bild vom „Polit-Kriminellen" zu erhärten.

Christian wurde letztendlich freigesprochen, nicht etwa weil seine Unschuld erwiesen war, sondern weil die Aussagen von drei Bullen (Gegendemonstrant in der ersten Reihe mit Knüppel) gegen die Aussagen von acht Entlastungszeugen (Christian in der dritten oder vierten Reihe ohne Knüppel) stand und somit das Hildesheimer Amtsgericht entgegen häufig üblicher bundesrepublikanischer Gepflogenheit nach dem alten liberalen Rechtsprinzip „in dubio pro reo" (im Zweifel für den Angeklagten) entschied.

KB Hildesheim

„Das Recht braucht der Gewalt nicht zu weichen"

Eine Kammer des Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgerichts hat am 13.7. festgestellt, daß die chemische Keule mit dem Kampfstoff Chloracetophenol (CN) bei dem Polizeieinsatz am 13. November 76 in Brokdorf rechtmäßig eingesetzt wurde.

Erst kürzlich wurde die Klage des schleswig- holsteinischen SPD- Vorsitzenden Jansen abgewiesen, der gegen den brutalen Einsatz von Hubschraubern mit Tränengas- Bomben auf die Demonstranten in Brokdorf geklagt hatte.

Auch der Steinwurf vom Kraftwerksgelände, der Bernd Woitalla lebensgefährlich verletzte, blieb ohne rechtliche Folgen.

Gegen den Einsatz von Chemical Mace hatte jetzt ein 77 jähriger Demonstrant (der Hamburger Ingenieur Dr. Günther H.) geklagt, gegen den am 16.11.76 gezielt die Keule eingesetzt worden war. Das Gericht drehte die Sache so: es sei zu prüfen, ob die Anwendung von CN gegen militante Demonstranten rechtswidrig gewesen sei, wenn friedliche Teilnehmer dabei getroffen werden konnten. Der Einsatz sei eben rechtmäßig gewesen, weil in Brokdorf Straftaten begangen worden seien, die eine Anwendung unmittelbaren Zwanges durch die Polizei gerechtfertigt hätten. Die Moral dieses Urteils für den Kläger: Laß Dich nicht mit militanten AKW- Gegnern ein, dann passiert Dir auch nichts!

Nicht die Polizei ist Schuld, sondern die „Gewalttäter". Oder wie der Kammervorsitzende sagte: „ *Das Recht braucht der Gewalt nicht zu weichen.*" Es kommt eben nur darauf an, wer sie ausübt und wogegen!

Eine Genossin des KB-/ Gruppe Flensburg

Preußner bohrt in Gorleben

Wie aus gutunterrichteten Anti-AKW-Kreisen bekannt wurde, hat das Hamburger Ingenieur-Büro *Preußner*, Karl Jacob Str. 25 bzw. Jürgensallee 132a, beide in 2 Hamburg 52, den Auftrag bekommen, Probebohrungen in Gorleben durchzuführen. Da Niedersachsens Albrecht darauf bestand, daß ein niedersächsisches Büro dabei ist, hat Preußner schnell noch in Gorleben ein Zweigbüro aufgemacht. Das Büro bewirbt sich auch um Aufträge für „Infrastrukturmaßnahmen" für das Gebiet der geplanten Entsorgungsanlage. AKW-Gegner: Augen auf im Umgang mit dem Büro.

AKW-Nein-Kommission

An alle Atomgegner

BÜRGERINITIATIVE UMWELTSCHUTZ LÜCHOW – DANNENBERG

ARBEITSGEMEINSCHAFT BÜRGERINITIATIVEN LÜNEBURGER HEIDE (ABL)

BÜRGERAKTION KÜSTE (BAK)

BUNDESVERBAND BÜRGERINITIATIVEN UMWELTSCHUTZ (BBU)

15. Juli 1978

An alle Atomgegner

Liebe Freunde!

Wie Ihr alle wißt, stehen mit den Tiefbohrungen im Salzstock von Gorleben die entscheidenden vorbereitenden Maßnahmen zum Bau einer Wiederaufbereitungsanlage und einer zentralen Atommülldeponie in der Bundesrepublik kurz bevor. Die Atomindustrie und die Regierung haben immer wieder öffentlich klargemacht, daß es nicht mehr darum geht o b , sondern nur noch w i e dies Projekt verwirklicht wird.

Gorleben ist der entscheidende Baustein im ganzen System der Atomwirtschaft, insbesondere im Hinblick auf den Eintritt in das Plutoniumzeitalter mit seinen Schnellbrutreaktoren. Mit Gorleben steht und fällt das Atomprogramm und die Wirksamkeit unseres Widerstandes dagegen.

Für uns ist der Bohrbeginn gleichbedeutend mit dem Baubeginn. Wir müssen den Anfängen wehren, bevor Fakten geschaffen worden sind. Das bedeutet, daß die Anti-AKW-Bewegung sich schnell und solidarisch auf ein Widerstandskonzept einigen muß. Ebenso wie die Betreiber ihr Konzept in der Tasche haben, sollten auch wir für den „Tag X" gewappnet sein.

Wir haben in langen Diskussionen — immer ausgehend von der Situation vor Ort — ein Konzept in drei Phasen erarbeitet, das wir Euch hiermit vorschlagen:

1. Direkte, dezentrale und gewaltfreie Aktionen in der ganzen Bundesrepublik sofort nach Bekanntwerden des Bohrbeginns: Vor Ort in Gorleben und überall sonst soll unser Protest an jedem Ort durch vielfältige und phantasievolle Aktionen deutlich werden. Der Aktionstag Gorleben vom 30.6. kann dazu als Modell dienen. Zu dieser ersten Phase ist jede einzelne BI und jede Gruppe aufgerufen.

2. Dezentrale Großdemonstrationen am zweiten S o n n t a g nach Bohrbeginn: Drei Hauptgründe schließen u.E. eine zentrale Großdemonstration vor Ort als S o f o r t - maßnahme aus:

1. die für uns ungünstige geografische Lage,

2. die in Lüchow-Dannenberg immer noch vorhandene [und von der Gegenseite geschürte] Angst vor Großdemos,

3. die bei der Größe unserer Bewegung notwendige relativ lange Vorlaufphase zur Vollmobilisierung für eine zentrale Demonstration.

Darum schlagen wir vor, gleichzeitig dezentral an sechs Orten der BRD zu demonstrieren. Die Demonstrationsorte sollten
- *möglichst in inhaltlichem Zusammenhang zu Gorleben stehen,*
- *Symbolcharakter haben,*
- *selbst in akutem Stadium der Bedrohung und*
- *von uns regional gut zu erreichen sein.*

Der Sonntag ist u.E. für regionale Demos besser geeignet, weil er auch den Samstags Arbeitenden die Teilnahme ermöglicht. Nach diesen Überlegungen schlagen wir vor:

1. G o r l e b e n
[Ziel für die örtliche BI, die Freundeskreise, die Gewaltfreie Aktion, Berlin und evtl. einen Teil der norddeutschen BIs]

2. B r o k d o r f
[Ziel für BUU Hamburg und Schleswig-Holstein, Dänen, Bremen, Hannover und alle anderen Norddeutschen]

3. K a l k a r
[Ziel für NRW, Holland, Münsterland und Westfalen]

4. B o r k e n [Zwischenlager, AKW geplant, Uranprospektion in Nordhessen] oder B i b l i s
[Ziel für hessische BIs, Göttingen usw.]
Hier müßten die Hessen klären, welcher Standort ihnen besser geeignet erscheint.

5. W y h l
[Ziel für die badisch-elsässischen BIs, die Schweizer]

6. O h u
[Ziel für die bayrischen BIs und die Österreicher]

Flankierend dazu sollten wenn möglich an allen Orten am gleichen Tag kleinere Aktionen stattfinden. Die Vorteile eines solchen halb dezentralen Demonstrationskonzeptes sehen wir wie folgt:
- *die Orte sind leichter und schneller zu erreichen,*
- *erforderlich ist eine gute regionale, aber keine aufwendige bundesweite Koordination,*
- *Polizei und BGS werden es schwerer haben, sich auf uns einzustellen,*
- *die Aktionen mobilisieren für die weitere Auseinandersetzung, insbesondere Phase 3.*

Voraussetzung für diese Phase 2 ist, daß die regionale Koordination schnell und unbürokratisch klappt. Hierzu sind die regionalen Verbände aufgerufen.

3. Zentrale europäische Kundgebung und Demonstration: Diese dritte Maßnahme als vorläufiger Höhepunkt sollte sorgfältig vorbereitet werden, sowohl organisatorisch als auch publizistisch. Dafür benötigen wir einige Wochen. Die Erfahrungen der Phase 2 sollten in die Planung einfließen.

Ob diese Demonstration in Gorleben selbst, oder vielleicht in Hannover stattfindet, muß noch diskutiert werden [in Hannover sitzt die Landesregierung, die DWK und viele andere beteiligte Unternehmen. Eine Stadt ist schwerer zu verteidigen als die leeren Felder von Lüchow-Dannenberg].

Soweit unser Vorschlag, diskutiert ihn, entscheidet euch bald, es eilt. Wenn ihr euch diesem Vorschlag anschließt — und wir bitten euch sehr darum — bringt die regionale Koordination selbständig baldigst auf die Beine, sprecht die ausländischen Freunde an und gebt uns über den Stand unbedingt Nachricht an: Marianne Fritzen, Martin Mommbauer, Peter Willers — alle mit Adressen

mit herzlichen Grüßen *P.W.*

GROHNDE-PROZESSE (2) WIE UNRECHT ZU RECHT WIRD...

„Nach Ablauf von 90 Verhandlungstagen in den Grohnde-Prozessen vor dem Landgericht Hannover, und nach 6 (von insgesamt 11) Urteilssprüchen legt der Ermittlungsausschuß Hannover eine ausführliche Darstellung und Auswertung dieser ersten „Prozeßwelle" vor.

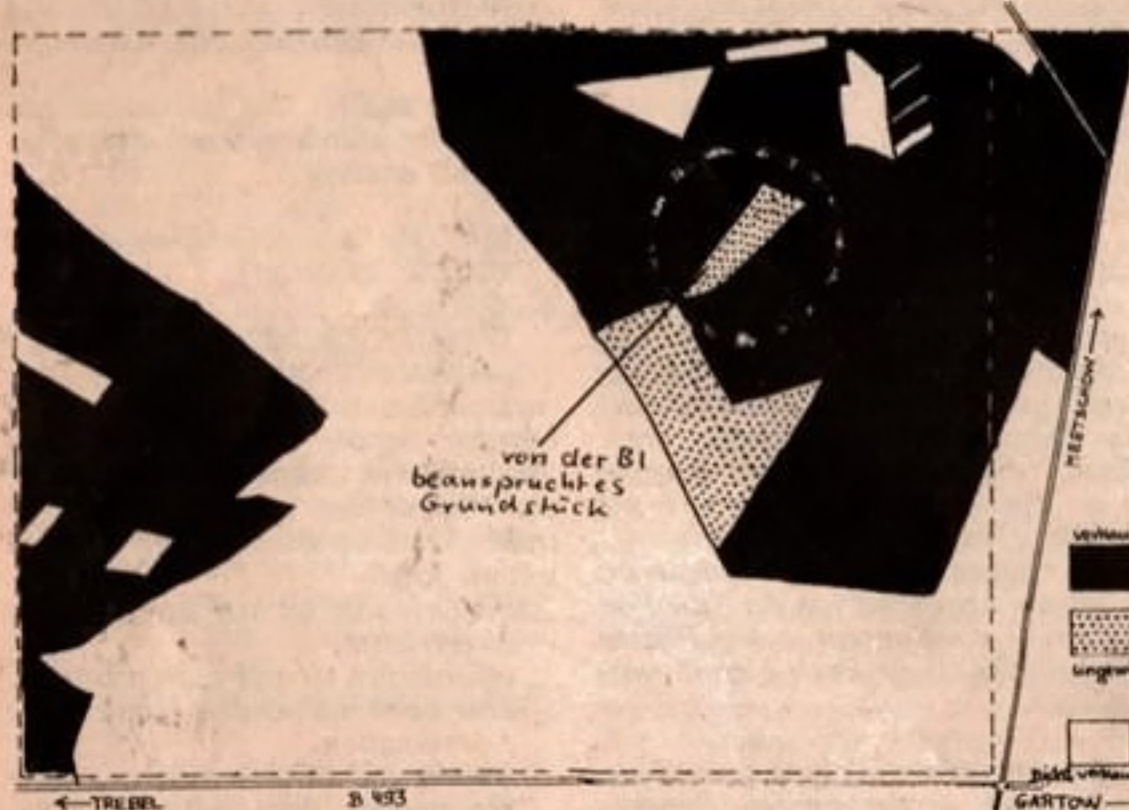
Sie ist erschienen unter dem Titel „GROHNDE-PROZESSE (2) – WIE UNRECHT ZU RECHT WIRD", hat einen Umfang von 68 Seiten DIN A 4 und kostet 2 Mark.

Zu bestellen bei: Goetz Buchholz, Boedekerstraße 75, 3 Hannover 1 (Bitte Vorauskasse mit Porto auf das Konto 26780 127 bei der Stadtsparkasse Hannover – wer's noch nicht weiß: auf dieses Konto kann man auch Spenden für die Grohnde-Angeklagten überweisen!)"

Bundesweite Spendenaktion gegen die WAA: Fast 1 Mio in 3 Tagen

378.000 Mark bot die DWK einem verkaufsbereiten Gorlebener Landwirt für sein 80.000 qm großes Grundstück. Wegen seiner zentralen Lage (s. Skizze) ist dieses Stück Land für die DWK recht bedeutsam: sie benötigt zusammenhängende Landstücke für das fast 2 km lange Wasserbecken, das sie als erstes bauen will (Zwischenlager für abgebrannte Brennelemente).

Nach einer mündlichen Zusage des



Landwirts, das Grundstück für den gleichen Preis auch an Umweltschützer zu verkaufen, setzte die BI Lüchow-Dannenberg alle Hebel in Bewegung: Bundesweit wurden Atomgegner aufgefordert, die benötigte Summe in Form eines Darlehens dem kaufbereiten Landwirt und Atomgegner Horst Wiese aus Gedelitz vorzuschießen. Mindesteinsatz: 1.000 Mark. Binnen einer 4tägigen Frist mußte das Geld zusammen sein.

Das Ergebnis ist imponierend: Allein am 1. Abend trafen 95.000 Mark ein, am 2. Tag waren es 230.000 und nach drei Tagen bereits über 750.000 Mark, die der BI-Lüchow-Dannenberg übermittelt wurden. Umweltschützer aus Bremen schickten 80.000 Mark, ebensoviel kam im Landkreis Lüchow-Dannenberg zusammen. Ein Einzelspender aus dem Ruhrgebiet stellte 100.000 Mark zur Verfügung und auch prominente Persönlichkeiten wie R. Jungk, Wolf Biermann oder G. Zwerenz beteiligten sich an der Aktion.

Leider verkaufte der Gorlebener Landwirt sein Grundstück vor Ablauf der Frist an die DWK, angeblich aus steuerrechtlichen Gründen. Dies schmälert nicht den Erfolg der Spendenaktion: Konnten doch die WAA-Gegner sogar auf finaziellem Sektor den Prahlhänsen der DWK mal Kontra bieten. Im übrigen wird um das strategisch wichtige Grundstück noch weiter gefochten: Bauer Wiese hat bei dem Grundstückverkehrsausschuß des Lüchow-Dannenberger Kreistages Einspruch gegen den Verkauf dieses Geländes an die DWK erhoben, da es für Landwirte ein Vorkaufsrecht gibt, was unberücksichtigt blieb und eine „ungesunde Verteilung des Grundeigentums" entstanden ist. Bauer Wiese will einen Prozeß führen.

Unabhängig vom Ausgang der Prozesse und den Geschäftstricks der DWK sollte klar sein, daß sich die WAA-Gegner längst einen legitimen Anspruch auf die 80.000 qm Kiefernwald erworben haben!

KB/Gruppe Lüneburg

Gorleben — Kaufaktion der DWK vorerst gestoppt

Nachdem die DWK durch Erpressungs- und Einschüchterungsmanöver schon 400 Hektar Land für die geplante WAA in Gorleben aufkaufen konnte (1200 Hektar sind vorgesehen), wurde sie vorerst einmal durch die eindeutige Erklärung der Besitzer des restlichen Geländes gestoppt. Auf einer Pressekonferenz begründeten einige Eigentürmer, darunter Graf v. Bernstorff, dem der Hauptteil des noch verbleibenden Geländes gehört, ihre Entscheidung.

In der Stellungnahme eines Eigentümers wurde noch einmal deutlich, mit welchen kriminellen Methoden die DWK vorgegangen ist. So gab er bekannt, daß die DWK sich „*umfassende Informationen über die Familien- und Finanzverhältnisse der einzelnen Eigentümer verschafft habe*", um sie so maximal unter Druck zu setzen. Daß auch die DWK solche Informationen nur durch Bespitzelungen und Zusammenarbeit mit den Behörden bekommen konnte, zeigt, wie heuchlerisch die anfängliche Distanzierung von Bespitzelungen durch die „WAKO-Nord" – eine Art Privatpolizei der Atomindustrie – war. Mittlerweile haben aber auch die niedersächsische Landesregierung und der Regierungspräsident von Lüneburg den Einsatz der WAKO für rechtmäßig erklärt!

Graf Bernstorff stellte in seiner Erklärung fest: „*Ich halte es für äußerst bedenklich, daß die DWK die Grundstücke zu einem Zeitpunkt erwerben will, wo noch keinesfalls feststeht, ob der Betrieb einer Wiederaufbereitungsanlage und Atommülldeponie sicher ist und ob die zahlreichen behördlichen Genehmigungen ... erteilt werden. Die Grundstückskäufe erfolgen, obwohl die DWK aufgrund der bestehenden Gesetze alle Möglichkeiten hätte, die notwendigen Untersuchungen durchzuführen, ohne Eigentümer zu sein. Ist die DWK einmal Eigentümer der Flächen, so sind damit Tatsachen geschaffen, welche erheblichen Einfluß ... auf die Genehmigungsbehörden ausüben werden*" (Presseerklärung vom 10.7.78).

Worauf er hier anspielt, ist ein mittlerweile bekanntgewordenes Papier des niedersächsischen Innenministeriums mit der eindeutigen Überschrift „Vorschläge zum Abbau investitionshemmender Vorschriften". Daraus geht hervor, daß die Genehmigungsverfahren derart geändert werden sollen, daß kaum noch Einspruchsmöglichkeiten oder die Erreichung eines Baustopps möglich sind. Zudem sollen die Gemeinden bei Gorleben keinerlei Einspruchsmöglichkeit mehr haben („SZ", 21.7.78). Den einzigen Vorteil, den WAA Gegner auf dem juristischen Gebiet noch haben sollen, ist der Besitz an Grund und Boden für die geplante Anlage. Daher die Hektik der DWK beim Landkauf und ihre Bereitschaft jetzt allein hierfür 80 Millionen Mark einzusetzen! Allein für den Bau der WAA sollen geändert werden: Das niedersächsische Berggesetz, das Atomgesetz und das Bundesbaugesetz!

Die DWK verkündet trotz der Erklärung der Eigentümer unverdrossen, daß ihr bisheriges Gelände zum Bau des Eingangslagers und der Wiederaufbereitungsanlage schon ausreiche.

Dies ist auf dem Hintergrund zu sehen, daß die DWK eine Fläche von der Größenordnung kaufen will, auf der sie zwei WAA's bauen könnte.

Zudem arbeitet sie darauf hin, das Eingangslager aus dem Genehmigungsverfahren herauszunehmen, um so vorab diese schon bauen zu können als Demonstrationsobjekt, daß ihre Planung und die WAA eben nicht aufzuhalten sind.

Aufrüstung des Landkreises offiziell bestätigt

Wie wir im AK berichtet hatten, existiert in Lüneburg seit einiger Zeit eine „Arbeitsgruppe Gorleben" in direkter Zusammenarbeit mit einer neugeschaffenen Einsatzzentrale in Lüchow und einem „Arbeitsstab Gorleben im niedersächsischen Innenministerium". Nun wurde die Existenz der „Arbeitsgruppe Lüneburg" hochoffiziell bestätigt.

So erklärte R. Wanthoff, Regierungspräsident von Lüneburg und offenbar einer der eifrigsten Scharfmacher in dieser Sache, daß diese Gruppe sehr wohl existiere und zwar aus folgenden Gründen: „**Nach ihm vorliegenden Erkenntnissen rechnet Regierungspräsident R.W. mit ‚partisanenähnlichen Tätigkeiten' (!) bei Probebohrungen in Gorleben. Zum Schutz der Bevölkerung und des Gebietes sei es Pflicht des Staates, vorsorglich Hinweise über mögliche Störer zu sammeln, Aufklärung zu betreiben und dann in polizeitaktische Planungen einfließen zu lassen**" („LZ", 21.7.78)! Was darunter zu verstehen ist, zeigten bisherige Berichte, wonach Zweitwohnsitzler und BI-Mitglieder gezielt bespitzelt und registriert wurden. Was nun bekannt wurde, geht aber noch ein gutes Stück weiter. Es werden sogar alle Leserbriefe in der „Elbe-Jeetzel-Zeitung", die sich gegen die WAA aussprechen, registriert und die Namen der Verfasser an die Kriminal- und Politische Polizei weitergegeben!! So versucht die Regierung auch j e d e n AKW-Gegner zu erfassen. Diese Meldung deckt sich auch mit einer jüngst bekannt gewordenen Tatsache aus Baden-Württemberg, wonach alle Autofahrer, die Anti-AKW-Plaketten an ihren Autos haben, registriert werden („ed", 11.7.78). Auch im Landkreis Lüchow-Dannenberg finden seit einiger Zeit wiederholt angebliche „Verkehrskontrollen" statt, bei denen die Bullen als erstes sich den Wagen von hinten ansehen, um dann bei vorhandener Plakette die Ausweisdaten durchzutelefonieren!

Der Atomstaat marschiert!

AKW-Nein-Kommission

Wird der Gorlebener Spielplatz am 28.7. abgerissen?



Lüchow-Dannenberg alle Hebel in Bewegung: Bundesweit wurden Atomgegner aufgefordert, die benötigte Summe in Form eines Darlehens dem kaufbereiten Landwirt und Atomgegner Horst Wiese aus Gedelitz vorzuschießen. Mindesteinsatz: 1.000 Mark. Binnen einer 4tägigen Frist mußte das Geld zusammen sein.

Das Ergebnis ist imponierend: Allein am 1. Abend trafen 95.000 Mark ein, am 2. Tag waren es 230.000 und nach drei Tagen bereits über 750.000 Mark, die der BI-Lüchow-Dannenberg übermittelt wurden. Umweltschützer aus Bremen schickten 80.000 Mark, ebensoviel kam im Landkreis Lüchow-Dannenberg zusammen. Ein Einzelspender

Grundstück noch weiter gefochten: Bauer Wiese hat bei dem Grundstückverkehrsausschuß des Lüchow-Dannenberger Kreistages Einspruch gegen den Verkauf dieses Geländes an die DWK erhoben, da es für Landwirte ein Vorkaufsrecht gibt, was unberücksichtigt blieb und eine „ungesunde Verteilung des Grundeigentums" entstanden ist. Bauer Wiese will einen Prozeß führen.

Unabhängig vom Ausgang der Prozesse und den Geschäftstricks der DWK sollte klar sein, daß sich die WAA-Gegner längst einen legitimen Anspruch auf die 80.000 qm Kiefernwald erworben haben!

KB/Gruppe Lüneburg

Wird der Gorlebener Spielplatz am 28.7. abgerissen?

Am 28.7. verstreicht die 6-wöchige Frist, innerhalb derer die BI Lüchow-Dannenberg lt. Verfügung des Lüneburger Regierungspräsidenten den Spielplatz bei Gorleben abzureißen hat (s. AK 132).

Die sofortige Vollziehung der Abbruchsverfügung begründete der Regierungspräsident damit, daß die BI Lüchow-Dannenberg „*trotz Untersagung weiterer Bauarbeiten auf dem ‚Platz' dort neue bauliche Anlagen errichtete. Solange überhaupt Baulichkeiten auf dem ‚Platz' vorhanden sind, hat die Erfahrung gezeigt, daß ständig mit weiteren Gesetzverstößen zu rechnen ist. Denn durch dieses Verhalten Ihrer Mandantin* (gemeint: M Fritzen von der BI Lüchow-Dannenberg) *muß gefolgert werden, daß sie sich an verbalisierte Verbote nicht halten will und ein weiteres baurechtswidriges Agieren auf dem ‚Platz' nur durch die sofortige Entfernung sämtlicher baulicher Anlagen verhindert werden kann.*"

Bei den „neuen baulichen Anlagen" handelt es sich um zwei große Schilder mit der Aufschrift „Wiederaufforstung statt Wiederaufbereitung" und „Gorleben soll leben".

50.000 Mark Geldstrafe wurde der BI-Vorsitzenden Marianne Fritzen angedroht, weil die Schilder ohne Baugenehmigung des Landkreises aufgebaut wurden. Nach wie vor können die Schilder auf dem „Platz" bewundert werden – allerdings stehen sie inzwischen auf einem Leiterwagen. (Bekanntlich braucht man für das Parken von Leiterwagen keine Baugenehmigung ...)

Die BI Lüchow-Dannenberg wird weiterhin offensiv ihren Platz verteidigen. Am 29.7. lädt sie zu einem KINDERFEST auf dem Spielplatz ein. Beginn 14 Uhr.

KB Lüneburg



Herausgegeben von der "ARBEITSGRUPPE WIEDERAUFBEREITUNGSANLAGE", LÜNEBURG, den 19.5.78

ATOMSTAAT NEIN DANKE



GORLEBEN SOLL LEBEN

„GORLEBEN AKTUELL" Nr. 2 erscheint am 24.7.78 mit Interview's, Dokumenten

zur Spielplatzräumung

zum Landverkauf

zum Aktiontag am 30.6.

Berichte zum Widerstand im Landkreis und zu den Landtagswahlen

Herausgeber: „Arbeitsgruppe Wiederaufbereitungsanlage, Lüneburg c/o Teja Lechel, Am Stintmarkt 6, 212 Lüneburg

Podiumsdiskussion zwischen Arbeitskreis Umwelt und DKP

Die Initiative zu einer Podiumsdiskussion zwischen DKP und Arbeitskreis Umwelt Münster (AKU) am 2.7. war ausgegangen von der DKP, die mit Hilfe ihres seit Monaten angekündigten (und dann sehr mickrig geratenen) UZ- Volksfestes in Münster so etwas wie „Diskussionsfreudigkeit", „Offenheit" und „Bündnisfähigkeit" demonstrieren wollte. Der AKU hat diese Einladung dankend angenommen und durch eine Reihe peinlicher Fragen an die DKP diesen Versuch revisionistischer Image- Aufpolierung weitgehend scheitern lassen. So mußten sich die (zunächst noch) süßsauer grinsenden Revis gleich zu Anfang der Diskussion die Glosse von der „Sozialistischen Kernspaltung" anhören, in der ein Redakteuer des „Grünen Blattes" (AKU-Zeitung) ein „Geheimpapier der Revolutionären Beschlußpartei Deutschlands" enthüllte: „... Als erste, richtungsweisende Anordnung ergeht: a) Die Halbwertzeit des Plutonium 239 wird im Rahmen des 5- Jahresplans um 50 % gesenkt. b) Das Betriebskollektiv des KKW Greifswald verpflichtet sich zum 60. Jahrestag der glorreichen Oktoberrevolution, eine weitere Senkung um 20 % zu erkämpfen...". Die Ähnlichkeit dieser „Beschlüsse zur sozialistischen Kernspaltung" mit den Aussagen tatsächlich existierender Parteien war natürlich nicht zufällig.

UZ- Redakteur Jochen Mandel, als Vertreter der DKP, hatte nichts Neues zu bieten, was die Frage der Gefährlichkeit von Atomanlagen angeht. Für die DKP- Referenten waren tatsächlich nur kapitalistische AKWs gefährlich, „mitbestimmte" kapitalistische AKWs dagegen schon sehr viel sicherer, und AKWs im „Realen Sozialismus" gar völlig ungefährlich und umweltfreundlich – es lebe die „sozialistische Kernspaltung"!

Interessanter wurde die Diskussion an der Frage der Bündnismöglichkeiten zwischen DKP und Bürgerinitiativen. Hier verfügt schließlich auch der AKU über einen ganzen Sack von Erfahrungen, wie die DKP ihre „Bündnispolitik" mit der Anti-AKW-Bewegung betreibt. Jochen Mandel konnte im Verlauf dieser Diskussion immerhin so weit gebracht werden, daß er sich, wenn auch halbherzig, vom Vorgehen der DKP während der Kalkar- Demonstration distanzierte (Zur Erinnerung: etwa 200 DKPler haben während der Kalkar- Demo am 24.9.77 vergeblich versucht, den Sperre „umzuleiten" bzw. zu spalten). Mandel dazu: das sei wohl „nicht ganz richtig" gewesen.

Mehrfach wurde in der Diskussion auch die These 41 der DKP angegriffen und in diesem Zusammenhang auf den SDAJ- Schlägereinsatz auf dem Festival der Jugend in Dortmund verwiesen.

KB- Sympathisanten Münster

Stillegung aller AKWs!

Von 14 AKW's in der BRD laufen derzeit nur noch fünf! Neben den zwei Versuchsanlagen im Atomforschungszentrum Karlsruhe sind noch die AKW's in Würgassen, Stade und Neckarwestheim in Betrieb („FR", 20.7.78).
Das bürgerliche „Handelblatt" jammerte, es handele sich um eine „Pechsträhne" für die Atomindustrie. Dabei ist es vielmehr erstaunlich, daß diese fünf Reaktoren noch laufen, diese letzten stolzen Vertreter des Atomprogramms könnten bei den bisherigen Erfahrungen jeden Tag ausfallen:
– Würgassen ist das unfallträchtigste AKW der BRD überhaupt, erst Ende Mai lag es zuletzt still und läuft derzeit auch nur mit 80% Leistung.
– Stade lag im April still. Beim Brennelementwechsel wurden zufällig Schrauben am Reaktordruckbehälterboden gefunden.
– Neckarwestheim lag ebenfalls Ende letzten Jahres still.
Seit Anfang der 70er Jahre hat es in der BRD 150 von offizieller Seite zugebene Reaktorunfälle gegeben, insgesamt in der BRD seit Inbetriebnahme des ersten AKW's waren es 300. Die Unfälle ereignen sich keineswegs nur in „alten" AKW's, sondern schon beim Probebetrieb geht es los.
Wie lebensgefährlich dieses Spielchen der Atomindustrie für die Menschen ist, wurde deutlich, als bekannt wurde, daß in Brunsbüttel wie auch in anderen AKW's die Sicherheitseinrichtungen regelmäßig abgeschaltet werden, um die Dinger überhaupt in Betrieb halten zu können.
Gleichzeitig ist mit dem Märchen der Sicherheit wohl nun endgültig das Märchen zusammengebrochen, ohne Atomstrom würden die Lichter ausgehen. Dabei kann man derzeit nicht nur auf neue AKW's gut und gerne verzichten, sondern auch auf die vorhandenen. Die Lichter brennen wunderbar!
Derzeit liegen neun AKW's mit insgesamt 7.000 Megawatt still, das sind bei einer derzeitigen Überkapazität von 25.000 Megawatt ein Klacks. Alle vorhandenen Kraftwerke sind überhaupt nur zu 60% ausgelastet, 8.500 Megawatt werden ständig als heißer Dampf in die Luft geblasen („Atomwirtschaft", 3/78 und Aussagen vor dem Kartellamt Ende 77). In den letzten drei Jahren war der Stromverbrauch sogar eher rückläufig. Angeblich sollten die neuen AKW's ja den Wohlstand der Zukunft sichern. Doch selbst eine Studie der größten E-Firma der BRD, der RWE, gibt inzwischen zu, daß eine Steigerung des Bruttosozialprodukts nicht zwangsläufig mit einer Steigerung des Energieverbrauchs verknüpft ist („FAZ", 27.7.78).
Die lebensgefährliche Spielerei der Atomindustrie kommt den Stromverbraucher und Steuerzahler teuer zu stehen. Im letzten Jahr wurden die Strompreise um 4,5% erhöht. 20 Milliarden DM wurden in die Atomforschung gesteckt, der Bau eines AKW's kostet derzeit zwischen 1 und 2 Milliarden DM. Der AKW-Ausfall eines Tages – so die Atomindustrie – kostet angeblich 0,5 bis 1 Millionen DM (GRS in „FAZ", 20.7.78). Inzwischen stehen vier AKW's schon zum Abriß bereit, das würde mindestens 150 Millionen DM pro AKW kosten.
Die Atomindustrie, die täglich weiter an der Katastrophe baut, verdient sich dabei goldene Nasen. Siemens z.B. hat allein durch die KWU mehrere Milliarden DM flüssig.

Dieser Wahnsinn muß gestoppt werden!

150 Unfälle zugegeben

Das Bundesinnenministerium hat jetzt eine offizielle Liste von Unfällen (dort wird verschämt von „Störfällen" gesprochen) vorgelegt. Es ist die Rede von 150 Unfällen seit 1971, man kann aber getrost davon ausgehen, daß diese Zahl weit untertrieben ist. Z.B. wurde Brunsbüttel nur unter der Rubrik „es gab einige Schwierigkeiten" aufgeführt, obwohl seit Inbetriebnahme vor eineinhalb Jahren mindestens drei schwere Unfälle passiert sind. Nicht aufgeführt sind natürlich auch alle Unfälle, die von den Betreibern gar nicht erst genannt wurden. Die „Hitliste" der AKW's mit den meisten zugegebenen Unfällen führt zur Zeit Würgassen mit sieben Unfällen, dicht bedrängt von gleich drei Titelanwärtern Gundremmingen, Biblis A und Lingen (schied vorzeitig aus, da es zum Abbruch freigegeben drei Titelanwärtern Gundremmingen, Biblis A und Lingen (schied vorzeitig aus, da es zum Abbruch freigegeben wurde) mit jeweils fünf Unfällen. Unter „ferner liefen" notiert wird Obrigheim, Stade und wie sich gezeigt hat, ganz zu Unrecht Brunsbüttel, (nach „SZ", den 12.7.78)

Versuchsreaktor Jülich

Drei Wochen lang war man im Hochtemperaturreaktor Jülich einem Leck in einem Dampferzeuger auf der Spur, bevor es endlich in Form eines Quadratmillimeter großen Loches gefunden wurde. Während dieser Zeit drang Wasser aus dem Dampferzeuger in den Gaskühlkreislauf, ohne daß dieser Defekt bemerkt worden war. *„Wäre der Hochtemperaturreaktor, der zur Entwicklung von Reaktoren für Kohlevergasung dient, mit den dafür nötigen 950 bis 1.000 Grad Celsius betrieben worden, ..., hätte sich durchaus im Innern eine Explosion ereignen können, die möglicherweise das Reaktorgefäß beschädigt hätte"*, so ein Sprecher des Werks gegnüber der „FR" (20.7.78). Der Reaktor war nur eines Zufalls wegen nicht auf vollen Touren gelaufen, nämlich weil sich in einem elektrischen Anzeigesystem ein Kurzschluß durch Wasserdampf gebildet hatte. Auch diesem Unfall gewinnt die Betreiberseite noch die „positiven" Seiten ab: *„der Vorfall habe lediglich bewiesen, daß ein Wassereinbruch sicherheitstechnisch völlig irrelevant sei"*, was nach Ansicht der von der „FR" befragten Physiker auch nicht stimmt, denn es ist eine „erhebliche Menge" Wasser in den Gaskühlkreislauf geflossen. Außerdem wurde radioaktives Tritium in die Luft abgegeben, was wie üblich verschwiegen wurde („Münchner Merkur", 11.7.78).

Obrigheim

Seit dem 17.6.78 finden im AKW Obrigheim „Inspektionen und Reparaturen statt". Bei dem gleichzeitig durchgeführten Brennelementwechsel wurden Schäden an Teilen des Reaktordruckbehälters festgestellt, die die vorgesehene Inspektionsphase von fünf Wochen noch ein gutes Stück verlängern werden.

Versuchsreaktor Kahl

Der Versuchsreaktor in Kahl wurde am 16.7.78 angeblich programmgemäß abgeschaltet, um die Untersuchung von Werkstoffen durchzuführen („FAZ", 20.7.78)

Lingen

Das AKW Lingen gehört seit kurzem hochoffiziell zum Kreis der abzureißenden Atomruinen („Das größte Experiment seit dem Bestehen der Atomindustrie", Albrecht). Im Januar 1977 traten Korrosionsschäden am Dampfumformer auf. Die Reparatu- Atomindustrie", Albrecht). Im Januar 1977 traten Korrosionsschäden am Dampfumformer auf. Die Reparatu-ren wären sehr zeitraubend und teuer, daß man sich jetzt entschlossen hat, den Reaktor aus dem Rennen zu nehmen. Dasselbe Schicksal ereilte das AKW Niederaichbach, das schon während des Probelaufs seinen Geist aufgab.

Gundremmingen

Ebenfalls seit Januar 1977 liegt das AKW in Gundremmingen nach einem Unfall, bei dem 200.000 Liter radioaktiver Dampf aus dem Reaktor ausströmte, still. Eine Wiederinbetriebnahme ist erst einmal nicht in Sicht. Ursache hierfür seien *„immer neue Auflagen der Behörden und des Technischen Überwachungs-Vereins [TÜV] Bayern. Noch immer ist unklar, ob die vor Monaten entdeckten, mit bloßen Augen nicht sichtbaren Korrosionsschäden an Stützen des Kühlmittelkreislaufs behoben werden müssen"* („SZ", 30.6.78). Ursachen dieser Risse ist eine veraltete Stahlsorte. Ob dieser Reaktor jemals wieder eingeschaltet wird, ist allerdings unsicher, da intern schon über die endgültige Stillegung debattiert wird.

Ebenso bei den Bauarbeiten für die Atomkraftwerke Gundremmingen II und III zeigten sich die ersten Auswirkungen der vielgepriesenen „deutschen Wertarbeit": Nach vorgeschriebenen Kontrollen der Betonmischung am bislang 60 Meter hohen Kühlturm wurde festgestellt, daß infolge eines defekten Betonmischgerätes an mehreren Stellen eine zu weiche Betonmischung angebracht worden ist. Der falsche Beton mußte mit Preßlufthammern wieder herausgehauen werden. Unter den Bauarbeitern kursierte bereits der Spruch: „Wir müssen die Kühltürme wieder abreißen". (Nach Ansicht der Bauleitung waren die Türme selbst für schlechtere Betonmischungen noch ausgelegt, quasi nur der Perfektion willen habe man die defekten Stellen ausgebessert!)

Brunsbüttel: HEW sucht Sündenbock

Nach dem großen Störfall im AKW Brunsbüttel hat der Betreiber, die HEW, alle Schuld von sich gewiesen und den stellvertretenden Werksleiter und den Schichtführer für diesen Vorfall verantwortlich gemacht. Sie hat die beiden von ihren Aufgaben entbunden und strafversetzt. Es dürfte absolut ausgeschlossen sein, daß die HEW Geschäftsleitung nichts von der üblichen Praxis wußte, die Sicherheitsvorkehrungen außer Betrieb zu nehmen. In diesem Jahr sind bereits 150 derartige Eingriffe vorgenommen worden, die alle fein säuberlich in ein dafür vorgesehenes Simulierbuch eingetragen worden. Zum anderen ist die Unfallursache immer noch der abgerissene Stutzen. Aus diesem Materialfehler ist kein „menschliches Versagen" abzuleiten.

Zur Beruhigung der Öffentlichkeit, mußten also öffentlichkeitswirksame Maßnahmen ergriffen werden, statt sich um die endgültige Sicherheit zu kümmern und das AKW stillzulegen.

In der Zwischenzeit ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen Unbekannt wegen Verstoß gegen das Atomgesetz. Aus Krempe hat ein Architekt Strafanzeige wegen vorsätzlicher Körperverletzung gestellt. Er wirft der HEW vor, gegen das Atomgesetz verstoßen und durch die Abschaltung vorsätzliche Körperverletzung begangen zu haben.

Biblis

Biblis A

Der Block A in Biblis mußte am 15.7. wegen eines Erdschlusses am Generator vorübergehend stillgelegt werden. Weiterhin ist im Juni bereits bekannt geworden, daß in der Reaktorkuppel Risse aufgetreten sind. Von offizieller Seite wurde eilfertig erklärt, solche Risse sein „normal" und würden mit einer „Spezialmasse" verkittet

Biblis B

Der Block B in Biblis wurde bereits am 3.6. abgeschaltet, um den Brennelementwechsel durchzuführen und nebenbei auch noch einige „Reparaturarbeiten" zu erledigen.

Biblis C

Die Entscheidung über den Bau des Blocks C in Biblis wird für Ende dieses Jahres erwartet. Ministerpräsident Börner hat jedoch bereits öffentlich erklärt, er halte den Bau des Blocks C nicht mehr für notwendig.

erklärt, er halte den Bau des Blocks C nicht mehr für notwendig.

Garching: Schwere radioaktive Verseuchung

Ein Zahnarzt aus Eching, das in unmittelbarer Nähe des Forschungsreaktors liegt, fand in den Zähnen von Kindern radioaktives Strontium. Dies lag über dem 23-fachen Normalwert.

In dem Gebiet um den Reaktor wachsen bereits verseuchte Pilze. Diese enthalten zum Teil bereits eine Menge von radioaktivem Cäsium, das bei Genuß durch Schwangere zu Fehlgeburten führen würde. In den Badeseen wurde radioaktives Krypton entdeckt. Ferner ist als Beweis für die Verseuchung ein rätselhaftes Ansteigen von Todesfällen von Kindern an der Folge von Bluterkrankungen zu sehen. Die Behörden halten bislang die Meßergebnisse für das verseuchte Gebiet geheim. Als der Zahnarzt seine wissenschaftlichen Ergebnisse der Behörde zur Verfügung stellte, verpflichteten diese ihn sofort zur Geheimhaltung.

Dem Zahnarzt war aufgefallen, daß bei Südwind zahlreiche Kinder seine Praxis wegen Zahnfleischerkrankungen aufsuchten. Bei Südwind verladen auch die Atombetreiber ihren Atommüll, damit die Meßstation entstehende radioaktive Wolken nicht erfassen. Der Zahnarzt und einige Physikerfamilien haben inzwischen aus „Sicherheitsgründen" das Gebiet verlassen. In der Forschungsstätte Garching wurden die Vorwürfe von Zahnarzt Korff als „absurd" und „bösartig" bezeichnet. Es sei „ausgeschlossen", daß radioaktive Partikel über die zulässigen Werte hinaus an die Luft geraten würden. Der Bürgermeister aus Eching bezeichnete Korff als „Querulanten", der auch leidenschaftlich gegen den neuen Müchner Flughafen zu Felde gezogen sei. Korff ließ sich nicht einschüchtern und gab die Firma an, bei der die Messung über die verseuchten Zähne vorgenommen worden waren. („UZ", 17.7.78 und „Münchner Merkur", 19.7.78)

Ohu/Isar

Dieses AKW ist noch immer im Probebetrieb und hat seitdem schon mindestens zwei Unfälle hinter sich. Die endgültige Inbetriebnahme und Übergabe an den Betrieber ist daher noch nicht abzusehen. Anfang Mai sollte das AKW im sogenannten „Höchstleistungsbetrieb" getestet werden, um es kurz danach wieder abzuschalten, da mehrere Umwälzpumpen „recht häufig" ausgefallen seien (übrigens dieselben, die in Brunsbüttel zu dem ständigen Ausfall führten). Bei der Reparatur dieses Fehlers stellten die Techniker zu allem Überfluß auch noch insgesamt neun Schweißfehler fest, bei denen es sich in „vier Fällen ‚mit Sicherheit' um Risse handele" („SZ", 11.7.78). Später wurden in 10 % von 160 überprüften Schweißnähten Haarrisse entdeckt („Handelsblatt", 17.7.78) — Es bleiben noch etwa 10.000 Nähte ungeprüft. Dies verursachte offenbar Bestürzung bei den Betreibern: *„Wir fragen uns, wie so etwas bei einer noch nagelneuen Anlage passieren kann"*, da der Reaktor erst einmal keine Genehmigung erhalten wird und die endgültige Inbetriebname sich weiter verzögert.

„Das ganze G'lump geht nicht" — das war der Kommentar des bayerischen Umweltministers zu dem neuerlichen Unfall. Zudem wurden die jetzt entdeckten Risse bei vorheriger Prüfung mit Röntgenuntersuchung nicht entdeckt! Mit diesen Röntgenuntersuchungen wird bei allen AKW's „bewiesen", daß keine Risse existierten!

Nach den ursprünglichen Plänen sollte das AKW Ohu bereits seit über einem Jahr in Betrieb sein, dummerweise wurde aber nach dem Unfall in Gundremmingen 1977 eine erneute Inspektion in Ohu verlangt. Bei dem jetzigen Unfall und der Feststellung der Risse wurde natürlich gleich beteuert, daß im Normalbetrieb sich der Reaktor aufgrund der Lecks selbst abgeschaltet hätte.

Zudem hat Ohu beste Aussichten, in die „Hitliste" führend mit aufgenommen zu werden, denn schon im Februar brach während des Probebetriebs eine Meßleitung, wodurch 200.000 Liter radioaktiven Wassers als heißer Dampf ausströmten, und sich 13 Personen während des Unfalls im AKW befanden — wie üblich wurde dieser Unfall zwei Tage verheimlicht — vielleicht merkt's ja doch keiner!

Zu den bislang bekanntgegeben Stillständen ist noch hinzuzufügen, daß für alle Siedewasserreaktoren noch weitere Stillstände bzw. Bauverzögerungen auftreten werden, da eine Änderung des in Brunsbüttel abgeschossenen Stutzens bei allen anderen auch vorgenommen werden muß.

AKW-Nein-Kommission

Atomkraftwerke in der BRD

Im Betrieb

MZFR	Karlsruhe	DWR	16 MW
KKS	Stade	DWR	662 MW
KWW	Würgassen	SWR	670 MW
GKN-1	Neckarwestheim	DWR	855 MW
KNK-II	Karlsruhe	SNR	21 MW

Außer Betrieb

KWO	Obrigheim	DWR	345 MW
Biblis A	Biblis	DWR	1.204 MW
KKB	Brunsbüttel	SWR	805 MW
Biblis B	Biblis	DWR	1.300 MW
KKI	Ohu/Isar	SWR	907 MW

Stillgelegt

VAK	Kahl		16 MW
AVR	Jülich		15 MW

Für den Abriß vorgesehen

KRB	Gundremmingen	SWR	250 MW
KWL	Lingen	SWR	250 MW
KKN	Niederaichbach		
HDR	Großwelzheim		

Im Bau

KKP-1	Philippsburg	SWR	900 MW
THTR-300	Schmehausen	HTR	308 MW
KKU	Esenshamm	DWR	1.300 MW
(Inbetriebnahme wird vorbereitet)			
SNR-300	Kalkar	SNR	327 MW
KKK	Krümmel	SWR	1.316 MW
KKG	Grafenrheinfeld	DWR	1.300 MW
	Mülheim-Kärlich	DWR	1.295 MW
KRB-II-B	Gundremmingen	SWR	1.310 MW
KRB-II-C	Gundremmingen	SWR	1.310 MW
KKP-2	Philippsburg	DWR	1.362 MW

Gerichtlicher Baustopp verfügt

KWG	Grohnde	DWR	1.316 MW
KBR	Brokdorf	DWR	1.365 MW
KWS-1	Wyhl	DWR	1.362 MW

Beantragt oder geplant

Biblis C	Biblis	DWR	1.303 MW
GKN-2	Neckarwestheim	DWR	846 MW
KKH	Hamm	DWR 2-mal	1.303 MW
	Vahnum	DWR 2-mal	1.300 MW
	Neupotz	DWR 2-mal	1.300 MW
KKPt	Pleinting	DWR	1.300 MW
KKI-2	Ohu/Isar	DWR	1.300 MW
KRL	Rehling	DWR 2-mal	1.300 MW
KWB	Borken	DWR	1.300 MW
	Emden		1.365 MW
	Cuxhaven		1.365 MW

Abkürzungen:

DWR	Druckwasserreaktor
HTR	Hochtemperaturreaktor
SNR	Schneller natriumgekühlter Brüter
SWR	Siedewasserreaktor
MW	Megawatt, Einheit für die erzeugte Leistung

Kernkraftwerke

Kernkraftwerke in der Bundesrepublik Deutschland

27 Gutachter beweisen: Offizielle Gutachten sind getürkt — AKWs schon bei Normalbetrieb gefährlich

Der Prozeß um die Genehmigung des geplanten AKW Wyhl verspricht eine interessante Entwicklung: Vor der 2. Hauptsachenverhandlung haben 27 Heidelberger Wissenschaftler öffentlich erklärt, ihnen lägen **„interne Informationen"** vor, wonach offizielle Berechnungen über die Strahlenbelastungen der Bevölkerung genau auf die Werte abgestimmt sind, die für die Erteilung einer Betriebsgenehmigung notwendig sind. „ *... an den als kritisch erkannten Berechnungsfaktoren* (werde) *nicht gerüttelt, um die Betriebsgenehmigungen für Atomkraftwerke nicht infrage zu stellen*" („FR", 10.7.). Die 27 Biologen, Ökologen, Mediziner, Chemiker usw. haben in einem eigenen Gutachten, das auf einem offiziell gebräuchlichen ökologischen Rechenmodell basiert, festgestellt, daß *„manche wichtigen Werte ... bis zu 20.000fach* (!) *zu niedrig angesetzt worden* (seien)" („BZ", 19.7.). *„Völlig unsinnig sei es etwa, bei bestimmten Berechnungen anzunhemen, ein Mensch halte sich unbekleidet am Kraftwerkszaun auf. Derartige unrealistische Annahmen würden dann als Beispiel für die Vorsicht und Sorgfalt der Gutachten ins Feld geführt*" („FR", 10.7.).

Dann wird in den offiziellen Gutachten einfach „angenommen", daß übers Jahr hinweg ein starkes Lüftchen weht, weil dann nämlich die Verdünnung radioaktiver Stoffe in der Luft wesentlich höher ist, als das bei Windstille der Fall wäre. So einfach ist „Wissenschaft" — und so einfach bekommen AKW-Betreiber eine Betriebsgenehmigung! Die 27 Wissenschaftler kommen in ihrem Gutachten zu dem Schluß, *„daß bei dem geplanten 1.300-Megawatt-Druckwasserreaktor* (bei Wyhl, — Anm. AK) *schon im Normalbetrieb die gesetzlich zulässigen Grenzwerte für die Strahlenbelastung der Bevölkerung um ein Vielfaches* (!!) *überschritten würden*" („FR", 10.7.). Aus ihren Berechnungen folgern sie weiter, *„daß wahrscheinlich bei bereits betriebenen Druckwasserreaktoren vom Typ Biblis Bestimmungen der Strahlenschutzverordnung verletzt werden*" (ebenda). Besonders betroffen seien kranke Menschen und Embryos, die *„mit Abstand höchsten Strahlenbelastungen aus der Umwelt ausgesetzt* (sind)" („BZ", 19.7.).

Natürlich durfte die Reaktion der AKW-Betreiber, diesmal in Gestalt eines Dr. Münch von der Jülicher Arbeitsgruppe „Kernenergie und Umwelt", nicht fehlen. Die 27 Wissenschaftler hätten Werte ihrer Untersuchung *„zumindest grob fahrlässig, wenn nicht absichtlich falsch eingesetzt*' („BZ", 17.7.). Einen Beweis dafür gibt's nicht. Für solche „Wissenschaftler" kennt man ja die alte Volksweisheit: Wes' Brot ich eß, des Lied ich sing! ...

Die 27 Wissenschaftler haben noch auf einen Umstand hingewiesen, der bei der Diskussion um die Gefährlichkeit von AKW's nicht vergessen werden sollte: Bislang sind die Auswirkungen der sog. langanhaltenden niedrigen Strahlenbelastung beim Normalbetrieb von AKW's noch kaum erforscht. Auch das dafür zuständige Bundesinnenministerium hat bislang keine detaillierten Einzelergebnisse veröffentlicht.

Warum nur, warum? ...

Versuchsreaktoren stehen schon seit einigen Jahren in der BRD. Unserer Meinung nach bieten diese Stellungnahmen und Untersuchungen der 27 Wissenschaftler den Anti-AKW-BI's reichlich Möglichkeit, um damit auf die Straße zu gehen und mit der Bevölkerung über die Gefährlichkeit von AKW's zu diskutieren.

Nur stillgelegte AKW's sind sicher!

AKW-Nee-Kommission

AKWs im Wattenmeer nur Hirngespinste?

Nachdem erst kürzlich der Plan eines leitenden Mitarbeiters der Deutschen Gesellschaft zur Wiederaufbereitung (DWK), bis zu 30 AKW's auf der Insel Helgoland zu errichten, einiges Ausfsehen erregt hat, ist es jetzt erneut zu einer Beunruhigung der norddeutschen Küstenbevölkerung gekommen.

Anlaß ist die nunmehr im Entwurf den Ländern vorgelegte *„Untersuchung zur mittelfristigen Realisierbarkeit von Kernkraftwerken im deutschen Offshore-Bereich*", die vom Bundesforschungsministerium in Auftrag gegeben wurde. Hinter diesem hochtrabenden Titel verbirgt sich nichts anderes, als der schlichte Plan, das Wattenmeer und die Küstengewässer mit einem Netz von AKW's, speziell Schnellen Brütern, zu überziehen. Besonders attraktiv an diesem Projekt scheint zu sein, daß man beliebig viele AKW's errichten kann, da praktisch unbegrenzt Kühlwasser zur Verfügung steht. Für die Standortplaner stellt sich nämlich heute bereits das Problem, keine geeigneten Standorte an Flußläufen zu finden, da das Flußwasser häufig bereits bis an die Grenze des zulässigen — oder sogar mehr — von der Industrie und den bereits vorhandenen AKW's aufgewärmt wird. Die dann als Alternative einsetzbare Kühlturm-Kühlung — die z.B. im Falle des AKW's Esenshamm nachträglich eingebaut werden muß — verteuert jedoch die Baukosten erheblich.

Die schleswig-holsteinische Landesregierung ist — zumindest vom jetzigen Zeitpunkt — ganz und gar nicht beglückt über das Bekanntwerden derartiger Pläne.So äußerte dann auch umgehend der Wirtschaftsminister Jürgen Westphal (CDU) in einem Brief an Bundesforschungsminister Volker Hauff (SPD) *„grundsätzliche Zweifel über die Notwendigkeit solcher Untersuchungen"*. Weiter wird von der schleswig-holsteinischen Landesregierung „bejammert", daß die Planungshoheit der Länder verletzt worden sei und das ganze sowieso nur eine *„theoretische Gedankenspielerei*" sei. Die ganze Beschwichtigungsarie findet ihren Gipfel in der Feststellung, daß die Landesregierung *„weder im nordfriesischen Wattenmeer noch im sonstigen Offshore-Bereich Standorte für Kernkraftwerke plant*" („Brunsbütteler Zeitung", 12.7.78).

So zimperlich hat sich die Landesregierung allerdings noch nie verhalten, wenn es darum ging, Atomanlagen zu genehmigen, wie in Geesthacht, Brunsbüttel, Krümmel oder Brokdorf, alles Anlagen, die auf schleswig-holsteinischem Gebiet stehen.

So drängt sich der Verdacht auf, daß die ablehnende Haltung der Landesregierung eher taktische Gründe hat. So hat auch der schleswig-holsteinische FDP-Landesvorsitzende Uwe Ronneburger sehr richtig erkannt: Solche Pläne seien *„allenfalls geeignet, neue Unruhe in die Bevölkerung zu tragen*" („Brunsbütteler Rundschau", 15.7.78).

Und s o w a s kann man auf keinen Fall gebrauchen — zumal im nächsten Jahr Landtagswahlen sind und sich bereits jetzt die „Grünen Listen" auf eine Kandidatur vorbereiten.Es gibt jedoch bereits heute k o n k r e t e Forschungsprojekte, die zumindest geeignet sind, die Atom-Projekte im Wattenmeer zu ermöglichen oder zu erleichtern.

So plant die Gesellschaft für Kernenergieverwertung in Schiffbau und Schiffahrt (GKSS) — Betreiber der Forschungsreaktoren in Geesthacht-Tesperude und des Atomschiffes „Otto Hahn" — auf der Hallig Süderoog (Nordfriesland) die Errichtung einer *„neuartigen Meerwasser-Entsalzungsanlage mit einer Windkraftanlage*". Die Energieversorgung durch Windkraft dient allerdings wohl mehr dazu, dem ganzen einen „umweltfreundlichen" Mantel umzuhängen.

Denn Meerwasser-Entsalzungsanlagen werden nicht nur für die „Trinkwasserversorgung in entlegenen Gebieten" gebraucht, sondern auch oder gerade für den Betrieb von AKW's im sogenannten „Offshore-Bereich", also an der Küste oder im Meer.

Und so ist es auch eine bekannte Tatsache, daß ein Hamburger Ingenieur-Büro die technische Realisierbarkeit der sogenannten „Dornier-Studie" untersucht. Diese Studie entwickelte ebenfalls den Bau von AKW's im deutschen Küstenbereich.

Es ist also durchaus angebracht, derartige Pläne nicht als „Hirngespinste" abzutun. Gerade die schleswig-holsteinischen Atomkraftgegner sollten ein wachsames Auge auf derartige Pläne werfen, damit nicht eines Tages die Atomindustrie das Wattenmeer zu ihrem Tummelplatz macht.

Kein AKW im Wattenmeer!

AKW-NEIN-Kommission



„Los Alfaques" — dieses ist die Achse des Tankwagens mit 43 000 Liter Flüssiggas nach der Explosion: 160 Menschen verbrannten, ca. 400 wurden verletzt.

„Los Alfaques" — dieses ist die Achse des Tankwagens mit 43 000 Liter Flüssiggas nach der Explosion: 160 Menschen verbrannten, ca. 400 wurden verletzt.

Die Hintergründe der grauenhaften Katastrophe von „Los Alfaques", bei der bislang mindestens 160 Menschen qualvoll verbrannten bzw. an den Folgen schwerer Verletzungen starben, dürften im wesentlichen bekannt sein: Weil ein Transportkapitalist 25 Mark Autobahngebühr sparen wollte, wurde ein Tanklaster mit 43 Kubikmeter hochexplosivem Flüssiggas Propylen durch enge Straßen und dicht besiedelte Gegenden gejagt — und gin wie eine Bombe hoch. *„Wir dachten, es sei eine Atombombe"*, sagte ein Überlebender („Spiegel" Nr. 29). Was „Stern"-Reporter in „Los Alfaques" sagen, *„übertraf alles, was sie an Grauen bei Katastropheneinsätzen bisher erlebt hatten: Kinder, die hatten mitansehen müssen, wie ihre Eltern in den Flammen umkamen, Tote, deren schwarzverbrannte Arme zum Himmel ragten. Überlebende, die in den rauchenden Trümmern ihrer Campingwagen verzweifelt nach Angehörigen suchten. In den Krankenhäusern von Tarragona, Valencia, Barcelona und Castellon dämmerten schwerverletzte Brandopfer dem sicheren Tod entgegen. Als das Reporter-Team schließlich die Bilder der Katastrophe — von Augenzeugen zum Teil unmittelbar nach der Explosion aufgenommen — auf den Redaktionstisch legte, waren selbst Kollegen erschüttert, die bei den Kriegen in Vietnam und Nahost dabeigewesen waren*" („;Stern", 20.7.).

„Die Katastrophe war, wenn auch nicht exakt für diesen Ort und mit diesen Verwüstungen, vorhersagbar gewesen. Chemiker, Verkehrs-Fachleute und Bürger aus der Gemeinde San Carlos hatten vor der Gefahr gewarnt" („Spiegel" Nr. 29). Auch ein Durchfahrtsverbot für Lastzüge mit gefährlicher Fracht war im letzten Jahr bei den Provinzbehörden beantragt worden. Aber die reagierten — wie überall — mit dem Hinweis auf die Benutzung der Autobahnen, Prüfung der Tanklastzüge und Einbau von Geschwindigkeitsschreibern. Die Zivilgouverneure der betreffenden Provinzen erließen inzwischen Anweisungen, *„nach denen gefährliche Transporte nicht mehr über die belebte Küstenstraße gehen dürfen*" („FR", 15.7.) ...



34 000 Liter Benzin liefen aus und explodierten, als dieser Tankwagen ein Haus bei Landshut rammte

„Los Alfaques" kann überall sein!

Unmittelbar nach Bekanntwerden dieses von Kapitalisten und Behörden verschuldeten Explosionsunglücks in Spanien entstand auch in der BRD eine Diskussion über den Transport gefährlicher Stoffe. Als Ergebnis *„scheint nur sicher: Derartige Katastrophen sind jederzeit möglich — auch in Deutschland*" („Spiegel", Nr. 29). In der BRD werden im Jahr *„rund 500 Millionen Tonnen gefährliche Güter in vermutlich 4.000 verschiedenen Stoffen vom vergleichsweise harmlosen Heizöl über brisante Stoffe wie das auf tragische Weise in die Schlagzeilen gerückte Propylen bis zu hochgiftigen Chemikalien*" transportiert („Spiegel Nr. 29).

„Tag und Nacht sind in der Bundesrepublik 5.000 Tanklastzüge, mehr als 10.000 Bundesbahnwaggons und einige hundert Binnenschiffe mit gefährlicher Fracht unterwegs" („Stern", 20.7.).

Verkehrsexperten wiesen schnell auf *„ein engmaschiges Netz strikter Gesetze für den Transport explosiver oder brennbarer Stoffe*" hin („Holsteinischer Courier", 14.7.) und das Bundesverkehrsministerium bekräftigte: *„In dieser Form bei uns wegen der Vorschriften nicht möglich*" („Hamburger Morgenpost", 13.7.). Nur — wer hält sich schon an die Vorschriften. Es gibt genügend Beispiele dafür, daß Spediteure ihre Fahrer veranlassen, z.B. durch den neuen Elbtunnel, der für Laster mit gefährlichen Gütern generell gesperrt ist, zu fahren. Denn das geht schneller und senkt also die Transportkosten. Oder die Fahrer werden angehalten, zu fahren, *„was der Wagen hergibt. Selbst Fahrer von Gastransporten sitzen nicht selten* (!) *— unterbrochen nur von kleinen Pausen — bis zu 24 Stunden* (!!) *am Steuer*" („Stern", 20.7.). Giftgasunfälle im Hamburger Hafen gehören zum Alltag. Da sind die Fässer leck, oder sie werden nicht sorgfältig transportiert, weil sie gar nicht als „gefährliche Güter" deklariert sind, denn dann ist der Transport billiger.

Hamburger Hafen:

Hamburger Hafen: Erneuter Chlorgasunfall

War es erst kürzlich (s. letzter AK) zu einem schweren Chlorgasunfall mit 34 zum Teil Schwerverletzten gekommen, ereignete sich schon wieder ein Unfall. Von 20 „leeren" Chlorfässern war eins am Ventil beim Entladen beschädigt worden. Feuerwehrmänner in Schutzanzügen und Atemschutzgeräten mußten die Gefahr bereinigen.

War bei dem Unfall vor drei Wochen noch gerätselt worden, wieso auf den Frachtpapieren diese Chlorfässer als „Leergut" ausgewiesen worden waren, erklärte jetzt ein Polizeisprecher: *„In als leer deklarierten Chlorgasfässern befindet sich immer (!) eine Restmenge. Das ist bekannt. Vorfälle dieser Art lassen sich nicht (!) vermeiden."*

Nun denn, auf zum nächten Unfall, bis der erste Tote die Gemüter aufklärt... (Hamburger Morgenpost, 20.7.).

AKW—Nein—Kommission

Bevor sich das Gift ausbreiten konnte, war die Feuerwehr zur Stelle

Im Hafen: Fast ein neues Giftgasunglück

pe. Hamburg — Wieder ein Chlorgasunfall im Hamburger Hafen. Gestern morgen bemerkten Hafenarbeiter am Kamerunkai (Kleiner Grasbrook) beim Löschen von 20 „leeren" Chlorgasbehältern, daß aus einem der Fässer giftig-grüne Gasflüssigkeit auslief. Sofort wurde das Faß beiseite geschafft.

Feuerwehrmänner in Schutzanzügen und mit Atemschutzgeräten untersuchten den Behälter. Ein Ventil war beim Entladen beschädigt worden — keine akute Gefahr.

Dazu ein Sprecher der Hamburger Polizei: „In als leer deklarierten Chlorgasfässern befindet sich immer eine Restmenge. Das ist bekannt. Vorfälle dieser Art lassen sich nicht vermeiden."

Betrieb und Gewerkschaft





Metall

Neues Lohnsystem bei Daimler-Benz

Akkordarbeiter aufgepaßt: MTM = „Mach tausend mehr"

Nach jahrelangen Geheimverhandlungen zwischen Geschäftsleitung, Betriebsräten und IG-Metall-Führung wird jetzt bei Daimler Benz ein in den USA entwickeltes Lohnsystem eingeführt: MTM = Methods Time Mesurement, zu deutsch: Methoden der Zeitmessung. MTM bedeutet für die betroffenen Arbeiter eine erhebliche Intensivierung der Arbeit, mehr Leistung in der gleichen Zeit. Die Belegschaften konnten die Einführung dieses teuflischen Systems nicht verhindern, zumal den meisten Kollegen aufgrund der geheimen Verhandlungen gar nicht klar war, was da auf sie zukam. Als die Sache an die Betriebs-Öffentlichkeit gelangte, waren die Entscheidungen längst gefallen. Im Zuge der Auseinandersetzungen bildete sich eine Kollegen-Gruppe, die sich ausführlich mit dem MTM-System beschäftigte. Einer der Kollegen schickte uns den folgenden Beitrag, der „Pflichtlektüre" für jeden oppositionellen Kollegen sein sollte (von uns leicht gekürzt, Metall-Kommission).

Die Vorteile von MTM für den Unternehmer

Das MTM-System funktioniert wie ein *Baukasten*. Für Kleinstbewegungen existieren feste Zeiten, die nach MTM-Theorie allzeitige Gültigkeit haben. Aus den Kleinstbewegungen kann man zusammenhängende Tätigkeiten kombinieren – bis zu komplizierten Montage- oder Wartungsarbeiten. Dabei werden die Zeiten der Kleinstbewegungen einfach zusammengezählt und so hat der „MTM-Experte" seine MTM-Zeit.

Da die winzigen Bausteine dieses Systems (für „Hinlangen, Greifen, Loslassen, u.ä.) zu umständlich und zeitraubend zu benutzen waren, wurden aus diesen *Grundwerten* die sogenannten *Standardwerte* entwickelt. Diese Standardwerte sind die Zeiten für zusammenhängendere Tätigkeiten wie z.B. Lagerdeckel demontieren oder montieren, Welle demontieren oder montieren usw.

Die *Vorteile für den Unternehmer* sind:

- *Die Akkorde werden nach MTM am Schreibtisch ausgerechnet* und nicht mehr durch die vielgehaßte Figur des Stoppers in den Abteilungen festgelegt. Damit entfällt die praktische Einflußnahme der Kollegen auf die Zeitfestlegung
- den Kollegen wird nun ein Bogen mit vielen Abkürzungen und Zahlen präsentiert, der sehr *wissenschaftlich ausschaut und damit unangreifbar zu sein scheint*
- *Akkordzeiten können bereits im Planungsstadium neuer Produktionsanlagen berechnet werden*. Im vornherein also, ohne daß je ein Arbeiter dort geschafft hätte. Produktionsanlagen werden so nach maximaler Arbeitsintensität ausgerichtet.
- sogar die *Konstruktion der Produkte* wird so gestaltet, daß eine möglichst zeitsparende Produktionsweise möglich ist.
- die Anwendung von *Standardwerten* macht die Analyse des Zeitbedarfs geringer als z.B. bei dem jetzt noch stark verbreiteten Refa.

Aber was sind das für Zeiten?

Die MTM-Verfechter behaupten, daß ihre Zeiten „Durchschnittszeiten" seien und damit von allen Arbeitern leistbar. Dazu ein Beispiel:

Die Zeit für die Tätigkeit „Gehen" entspricht in etwa dem Marschtritt der Amerikanischen Armee. Das hat ein MTM-Theoretiker herausgefunden. Die Zeit wurde festgestellt, indem man die Gehleistungen von 125 Personen, Männer wie Frauen, Große und Kleine ermittelte und aus diesen Ergebnissen den Durchschnitt ausrechnete. Es muß zu allergrößten Ungerechtigkeiten führen, sollen Arbeiter nach solchen Zeiten arbeiten. Denn einem älteren Kollegen wird es dann auch noch schwerer fallen, eine Leistung zu erbringen als einem jüngeren, selbst wenn er die „wissenschaftliche Gewißheit" hat, daß er nach Durchschnittszeiten arbeitet.

Würde man die MTM-Zeit für „Gehen" auf Daimler-Benz-Verhältnisse umrechnen, so müßte man jeden Tag eine Gehleistung von über 50 km erbringen.

Vergleiche zwischen MTM und Refa haben gezeigt, daß die MTM-Werte erheblich unter denen von Refa liegen. Stolz berichten denn auch Techniker der Firma Volvo (die MTM schon in den 50er Jahren eingeführt hat) von Einsparungen für einen MTM-Arbeitsplatz von über 70 000 DM gegenüber dem, was ein herkömmlicher Arbeitsplatz gekostet hätte.

Die Gewerkschaften und MTM

Das Problem „MTM" traf die Gewerkschaften nicht unvorbereitet. Spätestens seit dem Ende der 50er Jahre beschäftigte man sich mit diesem System – und Erfahrungsberichte aus Amerika und Schweden lagen zudem vor. Aber mit Ausnahme der Gewerkschaft Leder wurde MTM nicht abgelehnt, sondern lediglich in Einzelpunkten kritisiert und Ausgleichsforderungen erhoben.

Aber selbst eine solche kritische Haltung wurde im konkreten Fall Daimler Benz aufgegeben. Hier mauserte sich die IG-Metall zur MTM-Befürworterin.

Der Betriebsrat bei Daimler und die Einführung von MTM

Auch die Betriebsräte bei Daimler Benz wurden nicht in einer Nacht- und Nebel-Aktion von der Geschäftsleitung mit dem Problem MTM überfahren. *Seit 1965 werden nämlich zwischen Gesamtbetriebsrat und Geschäftsleitung von Daimler Benz über die Anwendung von MTM bei der Planung und der Gestaltung von Arbeitsplätzen „Gespräche" geführt.* Dabei wird zugleich ausgemacht, daß die Kollegen, die an MTM-Arbeitsplätzen arbeiten, auch nach MTM-Zeiten bezahlt werden.

Es wird vom Gesamtbetriebsrat nichts unternommen, die Kollegen darüber zu unterrichten. Stattdessen zieht man sich 10 Jahre später entschuldigend auf die Ausrede von „mangelnden Mitbestimmungsrechten" zurück. Das, obwohl man doch an der Einführung von MTM mitgewirkt hat!

Kritik aus den Belegschaften

Während der Betriebsrat sich auf das neue System einrichtet und sich selbst auf MTM-Schulungen schickt, dauert es noch geschlagene 12 Jahre, bis auch mal der Kollege Maier an den Bändern etwas davon erfährt. Doch für Proteste ist es schon ziemlich spät: Seit zwei Jahren sitzen nämlich Kommissionen zusammen, bestehend aus Arbeitgeberverband, Daimler Benz Geschäftsleitung, Gesamtbetriebsrat und IG Metall und diskutieren nach dem Lohnrahmentarifvertrag II über die genaue Anwendung von MTM bei Daimler Benz. Erst in der Schlußphase dieser Verhandlungen werden die Kollegen eingeweiht – notgedrungen. Denn von oppositionellen Kollegen wird seit Beginn 1977 zu MTM informiert und gegen dieses System Stellung bezogen.

- In Untertürkheim forderten die fünf oppositionellen Betriebsräte der Hoss-Mühleisen-Liste eine außerordentliche Betriebsversammlung zum Thema MTM. Dieser Antrag wrude von der Betriebsratsmehrheit abgelehnt. Schon vorher mußten zwei statt ursprünglich vorgesehen eine Vertrauensleutesitzung stattfinden, um die breite Stimmung gegen die Einführung von MTM abzudämpfen.
- Auch im Mannheimer Werk machte sich unter den Vertrauensleuten eine breite Stimmung gegen MTM bemerkbar. Gesamtbetriebsratsvorsitzender Lucy, der aus dem Mannheimer Werk kommt, mußte auch hier eine zweite Versammlung anberaumen, um dann mit Hilfe der gut organisierten SPD-Betriebstruppe die Opposition niederzubügeln.
- In Sindelfingen kam man ebenfalls nicht darum herum, das Thema MTM auf mehreren Betriebsversammlungen zu diskutieren und auch hier eine breite Unzufriedenheit der Vertrauensleute zu beschwichtigen.

Trotzdem konnte die Einführung von MTM nicht verhindert werden. Einmal waren noch keine handfesten, spürbaren Nachteile für die Belegschaft sichtbar, man kämpfte gegen etwas, was noch Zukunftsmusik war. Die Opposition war trotz einiger Achtungserfolge noch schwach, kaum in den Vertrauenleutekörpern und nur wenig in den Betriebsräten vertreten. Und sie hatte die IG Metall gegen sich, da diese die Einführung betrieb.

Einige Kollegen aus den Werken Mannheim, Sindelfingen und Untertürkheim haben sich danach zusammengesetzt und eine Broschüre zusammengestellt, um anderen Kollegen in anderen Betrieben eine zukünftige Auseinandersetzung um MTM zu erleichtern. Schon jetzt ist absehbar, daß MTM auch in anderen deutschen Großbetrieben eingeführt werden soll, an der Spitze die Automobilkonzerne. Die Broschüre informiert über das MTM-System selbst und seine Anwendung, beschreibt den Ablauf der betrieblichen Auseinandersetzungen und dokumentiert einige wichtige Stationen des Kampfes. Sie ist über linke Buchläden und den **Willi Münzenberg Buchvertrieb in Oldenburg, Bergstraße 1** zu beziehen, der „Großabnehmern" auch einen Rabatt gewährt (ab 10 Exemplaren statt 4.80 DM pro Stück nur 3.80 DM). Der Titel der Broschüre lautet:

MTM bei Daimler Benz – Kollegen berichten über die Einführung eines neuen Lohnsystems

Ein Kollege von Daimler Benz

Die Broschüre ist auch zu beziehen über:
Arbeiterbuch
Grindelhof 45
2000 Hamburg 13

Streikerfolg nach zehn Tagen

Fischbach KG, Siegerland. Fast alle Forderungen durchsetzen konnten die ca. 100 Kollegen (und nicht 1000, wie im letzten AK versehentlich gemeldet). Sie waren in den Streik getreten, als der Kapitalist entgegen gültigen Betriebsvereinbarungen 19 Kollegen Änderungskündigungen aussprach und ihnen die übertariflichen Zulagen – bis zu zwanzig Prozent des Lohns – zusammenstrich. Zehn Tage weigerte sich der Senior-Chef, überhaupt zu verhandeln. Noch am ersten Streiktag sprach er vier Versandarbeitern die fristlose Kündigung aus. Doch die Kollegen waren viel zu empört, um sich einschüchtern zu lassen. Auch die Angestellten legten die Arbeit nieder – sie wollten keine Streikbrecherarbeit machen. Am nächsten Tag formulierten die Kollegen gemeinsam mit einigen Betriebsräten ihre Forderungen:

- Zurücknahme der Änderungskündigungen
- Zurücknahme der fristlosen Entlassungen
- Einhaltung der (auch durch einen eintägigen Streik durchgesetzten) Vereinbarungen
- volle Bezahlung der Streikzeit



Der Kapitalist lehnte jede Verhandlung ab und kündigte erneut sechs Kollegen fristlos. Die Kollegen verlangten daraufhin, daß sie alle entlassen werden.

Inzwischen trafen aber schon aus anderen Betrieben des Siegerlandes die ersten Spenden auf einem Solidaritätskonto ein – mehrere hundert Mark. Dies war umso wichtiger, als die IG Metall-Führung – wie in solchen Fällen üblich – keine Streikunterstützung zahlte. Schließlich sah sich der Fischbach-Kapitalist angesichts der standfesten Haltung der Belegschaft und der anwachsenden Solidaritätsbewegung gezwungen, doch in Verhandlungen einzutreten. Vorher hatte er noch getönt: *„Ich werde den Betrieb schließen und mir neue Mitarbeiter suchen, die bereit sind, sich meiner Ordnung zu unterwerfen"* (lt. „Rote Fahne", 5.7.). Bis auf die Bezahlung der Streikzeit konnten die Fischbach-Arbeiter alle Forderungen durchsetzen. Zu dem letzten Punkt wurde als Kompromiß ausgehandelt, daß die Streikzeit in Extra-Schichten nachgeholt wird.

Metall-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

20% der Stimmen für die IG Metall gefälscht!

Jetzt konnten die IG Metall Stuttgart und die von ihr gestützte Betriebsratsmehrheit die Wahrheit nicht mehr vertuschen: bei den diesjährigen Betriebsrätewahlen im Stuttgarter Daimler-Benz-Werk ist massiv zugunsten der IGM-Liste gefälscht worden: Etwa 1.500 der insgesamt 7.600 für diese Liste abgegebenen Stimmen sind manipuliert!

Bereits während und verstärkt nach den Wahlen hatte die Gruppe um die oppositionellen Betriebsräte Hoss und Mühleisen eine Untersuchung gefordert, die Wahlen angefochten und Anzeige gegen Unbekannt wegen Wahlfälschung gestellt. Sie hatten bemerkt, daß verdächtig viele gebündelte und gleich ausgefüllte Stimmzettel bei der Auszählung aufgetaucht waren. Der Wahlvorstand und die Betriebsratsmehrheit wollten nichts bemerkt haben. Die oppositionellen Betriebsräte, die trotz der Manipulation ihren Stimmanteil auf 28% und von 5 auf 8 Sitze steigern konnten, gaben nicht auf. Sie erreichten vor dem Arbeitsgericht, daß zumindest dort „Unregelmäßigkeiten" und „Verfahrensmängel" bei der Wahl festgestellt wurden ohne daß die offensichtlichen Wahlfälschungen allerdings weiter untersucht wurden. Dafür ermittelte inzwischen - allerdings erfolglos - die Staatsanwaltschaft.

Hoss, Mühleisen und ihre Gruppe schlugen den Rücktritt des Betriebsrates, kommissarische Amtsführung und Neuwahlen vor. Die IGM-Betriebsratsmehrheit lehnte ab und beschloß, Einspruch gegen das Arbeitsgerichtsurteil einzulegen. Doch die Oppositionellen blieben hartnäckig.

Mit Hilfe des Arbeitsgerichts erreichten sie, daß ihnen Einsicht in die Wahlunterlagen gewährt werden mußte. Dabei ermittelten sie:
- etwa 1.500 Stimmzettel, die nicht wie die üblichen tiefblau, sondern grünlich gefärbt waren;
- alle diese Stimmzettel waren offensichtlich von der gleichen Hand mit einem Kreuz für die IGM-Liste versehen!

Erst jetzt, wo die Fälschung nicht mehr zu vertuschen war, zog die Betriebsratsmehrheit die Konsequenz: Rücktritt und Neuwahl im September. Als Antragsteller hierfür schob sich in der Presse die IGM in den Vordergrund. Wenn jetzt der IGM-Bevollmächtigte Berg erklärt: „*Diejenigen, die hier manipuliert haben, haben es mit der IG Metall nicht gut gemeint*" („Süddeutsche Zeitung", 19.7.) und Anzeige gegen „Unbekannt" stellt, so muß dies als pure Heuchelei gesehen werden. Denn zunächst wurde von dieser Seite alles getan, die Manipulation nicht auffliegen zu lassen. Der Wahlvorstand, der ausschließlich aus IGM-Vertrauten zusammengesetzt war, soll doch bitte mal erklären, wie es angehen kann, daß diese massenhafte Stimmenfälschung ihm nicht aufgefallen ist! Hier wird eindeutig ein doppeltes Spiel gespielt.

Den oppositionellen Kollegen ist zu wünschen, daß sie bei der Neuwahl die Früchte ihrer hartnäckigen Enthüllungsarbeit ernten und noch gestärkter aus der Wahl hervorgehen. Es ist bereits ein Erfolg ihres Drucks, daß sie im neuzubildenden Wahlvorstand vertreten sein werden.

Verfassungsschutzschnüffeleien gehen weiter Gewerkschaftsführer wiegeln Proteste ab

Im Rahmen der Enthüllungen der „Frankfurter Rundschau" über die Überwachungstätigkeit des Bundesgrenzschutzes ist unter anderem bekannt geworden, daß selbst solche Gruppierungen auf der Spähliste stehen, von denen auch der DGB sagt, daß sie ihm nahestehen. Beispielhaft steht hier der „Werkkreis Literatur der Arbeitswelt".

Doch auch eine direkt dem DGB angebundene Gruppe findet sich auf der Liste: die Gewerkschaftliche Studentengruppe (GSG) Hamburg. Diese Gruppe wurde aufgrund von DGB-Bundesbeschlüssen gebildet und besteht ausnahmslos aus gewerkschaftlich organisierten Studenten, die vornehmlich über den zweiten Bildungsweg an der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg studieren. Viele von ihnen erhalten Stipendien über DGB-eigene Stiftungen; immerhin gilt die HWP als „Kaderschmiede" für den sozialdemokratischen DGB-Funktionärsnachwuchs. Nach Protesten des DGB-Bezirksvorstandes erklärte nunmehr Hamburgs Innensenator Staak (SPD), daß die GSG „*selbstverständlich nicht Gegenstand gezielter Beobachtungen durch den Verfassungsschutz*" sei (nach „Welt der Arbeit", 6.7.). Das ganze sei auf den latenten Einfluß des MSB Spartakus im Jahre 1971 zurückzuführen. Mit dieser Erklärung war für den DGB-Landesbezirk Nordmark der Fall erledigt.

Insgesamt zeichnet sich das nur begrenzte Interesse der Gewerkschaftsführer an den „Verfassungsschützereien" mittlerweile deutlicher ab.

In Hamburg, wo seit der Aufdeckung des Skandals bei den Hamburger Stahlwerken (HSW) im Vorfeld der Bürgerschaftswahlen deutlich geworden war, daß praktisch sämtliche bedeutenden Betriebe mit dem Verfassungsschutz zusammenarbeiten, hatte sich die SPD, die ja hier die Regierung stellt, nahezu jeglicher Stellungnahme zu den Geheimdienstpraktiken enthalten. Weder aus der SPD-Bürgerschaftsfraktion noch aus den Parteigliederungen sind in der Öffentlichkeit kritische Stellungnahmen zu den Vorgängen bekannt geworden. Die Hamburger Landesregierung und besonders SPD-Innensenator Staak konnten somit ihren Kurs der totalen Rechtfertigung der Schnüffeleien kaltschnäuzig durchziehen.

Umso interessanter mußte also sein, welche Haltung die Hamburger IG Metall-Führung - nahezu ausnahmslos SPD-Leute – einnehmen würde. Innerhalb der AfA (SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen – Vorsitzender: Innensenator Staak) sind gerade diese Gewerkschaftsführer wichtige Bindeglieder bei der Nutzbarmachung der betrieblichen SPD-Basis für die Zwecke des Polizeisenators. Gerade bei HSW ist die persönliche Beteiligung einer Reihe führender IG-Metall-Leute bei der Ausschaltung der betrieblichen Linken weitgehend lückenlos dokumentiert (siehe dazu u.a. AK 127).

Eine weiße Weste zum Vorzeigen

In mehreren Nummern der Gewerkschaftszeitung "Metall" (Nr. 6/78, 8/78, 13 - 14/78) war gegen die Schnüffelpraxis kräftig vom Leder gezogen worden. Auch die IGM-Funktionärszeitschrift „Der Gewerkschafter" hatte dem Thema zwei Seiten gewidmet, jeweils allerdings namentlich gekennzeicnete Artikel, die ja bekanntlich „ nicht unbedingt die Meinung der Redaktion" wiedergeben.

In diesen Artikeln wurde ein Fünf-Punkte-Forderungskatalog aufgestellt, der u.a. verlangte, daß die Firmennamen aller VS-Nutznießer bekanntgegeben werden sollten, daß weiterhin keinerlei Überprüfungen in nicht sicherheitsempfindlichen Betrieben stattfinden sollen und daß alle Kollegen, die trotzdem überprüft werden, davon in Kenntnis zu setzen seien und Gelegenheit zu Stellungnahmen haben sollen.

Dieser Forderungskatalog findet sich jetzt wieder in einer Entschliessung, die am 24.6. auf der Vertreterversammlung der Hamburger IGM verabschiedet wurde. Auch wenn die Entschließung in gewissen Punkten hinter den schon erreichten Stand zurückfällt (so ist die Forderung nach Löschung aller bisher gesammelten Erkenntnisse gegen Kollegen im Verfassungsschutz-Computer sowie deren volle Rehabilitierung nicht mehr enthalten), können die Gewerkschaftsführer doch mit Hinweis auf die Entschließung allen Zweiflern entgegentreten und sich mit ihrer scheinbar so klaren Haltung brüsten.

Vor Ort: Gegen Aktivitäten der Kollegen

Ganz anders das Vorgehen der IGM-Führung in den Betrieben. Eine bemerkenswerte Begebenheit wurde unter den Kollegen bei Valvo in Hamburg-Lokstedt bekannt. Dort war von Seiten des Betriebsrates schon eine Anfrage an die Geschäftsleitung gerichtet worden, ob es hier auch eine Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz gäbe. Immerhin war der Name Philips (Valvo gehört zum Philips-Konzern) bereits in die-

entgegentreten und sich mit ihrer scheinbar so klaren Haltung brüsten.

Vor Ort: Gegen Aktivitäten der Kollegen

Ganz anders das Vorgehen der IGM-Führung in den Betrieben. Eine bemerkenswerte Begebenheit wurde unter den Kollegen bei Valvo in Hamburg-Lokstedt bekannt. Dort war von Seiten des Betriebsrates schon eine Anfrage an die Geschäftsleitung gerichtet worden, ob es hier auch eine Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz gäbe. Immerhin war der Name Philips (Valvo gehört zum Philips-Konzern) bereits in die-

sem Zusammenhang in der Presse aufgetaucht. Als nun Anfang Juli in der VK-Leitung der Vorschlag beraten wurde, daß sich der Vertrauenskörper mit einem Brief an den Senat wenden sollte, überraschte der anwesende Gewerkschaftssekretär Uwe Schmidt die Kollegen mit der Mitteilung, daß aufgrund eines Beschlusses der Ortsverwaltung derartige Anfragen von Vertrauenskörpern nicht gestellt werden dürfen. Schließlich sei mit dem Brief der Vertreterversammlung dem Thema genüge getan.

Den Gewerkschaftsführern geht es jetzt offenbar darum, Gras über den gesamten Skandal wachsen zu lassen – und somit auch selber ungeschoren davonzukommen. Das muß die Arbeiterlinke verhindern!

Metall-Kommission



1. Mai 1978, auf der DGB-Demonstration: Kollegen aus Hamburger Großbetrieben mit einem Transparent gegen die US-Praktiken

HDW/Kiel:

Ausschlußverfahren gegen Linke

Nachdem Anfang Juli aufgedeckt worden war, daß bei der Schwarzenbeker Firma Fette die Arbeiter routinemäßig vom Verfassungsschutz überprüft wurden, kam durch Stellungnahmen der Landesregierung und des Verfassungsschutzes ans Tages-

HDW, Kiel, hast Du einen Wahlvorschlag einer gegnerischen Liste unterschrieben, obwohl der IG-Metall-Vertrauenskörper der HDW eine IG-Metall-Liste eingereicht hat. Trotz rechtzeitigen Hinweises, daß es sich bei dieser Liste um eine Liste einer geg-



1. Mai 1978, auf der DGB-Demonstration: Kollegen aus Hamburger Großbetrieben mit einem Transparent gegen die US-Praktiken

HDW/Kiel:

Ausschlußverfahren gegen Linke

Nachdem Anfang Juli aufgedeckt worden war, daß bei der Schwarzenbeker Firma Fette die Arbeiter routinemäßig vom Verfassungsschutz überprüft wurden, kam durch Stellungnahmen der Landesregierung und des Verfassungsschutzes ans Tageslicht, daß in Schleswig-Holsteins Betrieben diese Bespitzelungspraxis an der Tagesordnung ist. Vor dem „Vertrauensleuteausschuß" des schleswig-holsteinischen Landtags wurde im Zusammenhang mit der Überprüfungspraxis in den Betrieben wurde HDW, Kiel (nach Kieler Nachrichten, 8.7.78) „als Beispiel für viele konkrete Erkenntnisse" angeführt.

Viele dieser „konkreten Erkenntnisse" des Verfassungsschutzes dürften direkt von der Kieler IGM-Ortsverwaltung stammen, genauer: von dem „ersten Mann" der Kieler IGM Alfred Prezewowsky – SPD-Landtagsabgeordneter, Landesvorsitzender der AfA, berüchtigter Kommunistenjäger und enger Vertrauter von Hans Schwalbach, dem man ja gute Beziehungen zum Verfassungschutz nachsagt!!!

Kurz nach den BR-Wahlen auf der HDW Anfang April, bei der die RGO-Liste 3 Kanditaten in den Betriebsrat brachte, wurden Ausschlußverfahren gegen zwei der Betriebsräte nach § 12 der Satzung, d.h. ohne Untersuchungsverfahren, wegen Kandidatur auf einer „gegnerischen Liste" eingeleitet. Der dritte RGO-Betriebsrat war bereits vorher ausgeschlossen worden mit der „Begründung", er hätte die alljährlich anstehende Beitragserhöhung nicht mitgemacht.

Gegen zwei Kollegen wurden „Untersuchungsverfahren wegen Gewerkschaftsschädigung" eingeleitet, weil sie die Liste unterzeichneten: ‚*Bei der Betriebsratswahl in der Firma HDW, Kiel, hast Du einen Wahlvorschlag einer gegnerischen Liste unterschrieben, obwohl der IG-Metall-Vertrauenskörper der HDW eine IG-Metall-Liste eingereicht hat. Trotz rechtzeitigen Hinweises, daß es sich bei dieser Liste um eine Liste einer gegnerischen Organisation handelt, hast Du die Unterschrift geleistet.*' Bei diesen Ausschlußverfahren wegen einer Unterschrift bei den BR-Wahlen handelt es sich um einen bislang einmaligen Akt von gewerkschaftlichem Ausschlußterror und Gesinnungsschnüffelei. Dabei scheuen sich die IGM-Führer nicht, offen gegen die Bestimmungen zu den BR-Wahlen zu verstoßen. Als Beweisstück hatten sie eine fotokopierte Unterschriftenliste für die RGO dabei. Laut Gesetz dürfen sie zwar Unterschriftenlisten einsehen, aber weder fotokopieren, noch darf jemandem durch seine Unterschrift Nachteil erwachsen.

Die „Untersuchungskommission" schlug ein- bis dreijährige Funktionsverbote bei den Kollegen vor. Es kann aber noch dicker kommen, das letzte Wort hat in dieser Angelegenheit die IGM-Ortsverwaltung (Prezewowsky). Es ist zu vermuten, daß die noch mehr gegen diese Kollegen, die ja willkürlich herausgegriffen wurden, im Schilde führen. Nach der öffentlichen „Vermutung" über eine massenhafte Überprüfung der HDW-Kollegen durch den Verfassungsschutz scheint hier die IGM-Ortsverwaltung mit zu spielen, um „aufgefallene" Kollegen schrittweise herauszukanten. Dafür spricht neben den bekannt guten Verfassungsschutz-Verbindungen der Schwalbach-Freunde die Tatsache, daß die IGM-Kiel noch kein Wort des Protestes gegen die VS-Überprüfungen verloren hat.

Noske: Streik gegen Arbeitsplatzvernichtung

Hamburg. Alle 60 Kollegen der Werkstatt der Hamburger Klimatechnik-Firma Noske legten am 14.7. für eineinhalb Stunden die Arbeit nieder. Der Grund: Noske soll der Kaeser Klimatechnik einverleibt werden, wodurch die Werkstatt-Arbeitsplätze bei Noske wegfallen sollen. Beide Betriebe waren unter finanzkräftiger Mithilfe des Hamburger Senats (Motto. „Wir sichern Hamburgs Arbeitsplätze") der „notleidenden" Hamburger Großwerft Blohm + Voss zugeschanzt worden (wir berichteten darüber im letzten AK). Das Bekanntwerden der Rationalisierungsvorhaben hatte B + V-Vorstandssprecher Alexander veranlaßt, zu versichern, daß alle Kollegen im Konzern neue Arbeitsplätze bekommen würden. Das konnte die Kollegen nicht beruhigen. Sie fordern, daß sie alle mit zu Kaeser übernommen werden.

Zelle Blohm + Voss
KB/Gruppe Hamburg

SEL - Rastatt darf nicht sterben

Wie bereits in AK 131 und 133 berichtet, will die ITT-Tochter SEL das Werk Rastatt aufgeben. Trotz kräftig gestiegenem Auftragsbestand der SEL-Gruppe und trotz breitester Proteste der Belegschaft mit mehreren kämpferischen Demonstrationen, an denen sich auch Kollegen aus 24 anderen Bundesdeutschen SEL-Werken beteiligten, will man die hohe Arbeitslosigkeit in diesem Gebiet weiter anheizen. Nachdem nun die Verhandlungen mit den Becker-Autoradio-Werken, die einen Teil des Werkes und der Belegschaft übernehmen wollten, gescheitert sind, verfügte die Geschäftsleitung jetzt die endgültige Schließung des Werkes zum 30. September!

Während der Betriebsrat die Schließung des Werkes für „nicht notwendig" hält, will die GL in den nächsten Tagen Verhandlungen über einen Sozialplan für die 900 Beschäftigten aufnehmen. Die Aktionäre sollen nach Beschluß der letzten Hauptversammlung 21 % (!) Garantiedividende erhalten, und die Kolleginnen und Kollegen sollen stempeln gehen!

Metallkommission
KB/Gruppe Hamburg

Chemie

Auch bei Texaco: Einsatz des Verfassungsschutzes

Als mehrere Verfassungsschutzskandale in Hamburger Betrieben bekannt geworden waren, stellte der Hamburgher Betriebsrat des Mineralölkonzerns Texaco jeweils eine Anfrage an den Petitionsausschuß der Hamburger Bürgerschaft und an die Personaldirektion der Texaco. Der Betriebsrat wollte eine Antwort auf die Frage, ob Kollegen dieses Betriebes ebenfalls vom Verfassungsschutz bespitzelt werden. Der Betriebsrat sah sich zum Schutz der Kollegen zu diesem Vorstoß verpflichtet.

Monatelang erhielt er keine Antwort. Dann schrieb der Petitionsausschuß im Juni, die Beantwortung würde sich noch längere Zeit hinauszögern, weil solche Fragen einer sorgfältigen Bearbeitung bedürfen. Am 19. Juli antwortete die Texaco:

„*Da das seit längerer Zeit vorgesehene Grundsatzgespräch über die Zusammenarbeit im Rahmen des Betriebsverfassungsgesetzes zwischen dem Betriebsrat und Vertretern der Personaldirektion und der Rechtsabteilung wegen der Erkrankung ihres Vorsitzenden und der in Kürze beginnenden Urlaubszeit noch nicht terminiert werden kann, möchten wir Ihnen gesondert unsere Stellungnahme zu Ihrer Anfrage betreffend Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Verfassungsschutz abgeben.*

Wie Ihnen sicherlich bekannt ist, gehört die Deutsche Texaco AG als Versorgungsunternehmen zu den geheimschutzbetreuten oder sogenannten sicherheitsempfindlichen Unternehmen, die nach den vertraglichen Auflagen durch den Bundesminister für Wirtschaft einer Verpflichtung zu bestimmten Sicherheitsüberprüfungen unterliegen.

Dazu gehört auch die Überprüfung von Mitarbeitern, die nach den Nato-Bestimmungen zum Umgang mit Verschlußsachen ermächtigt werden müssen, um an geheimhaltungsbedürftigen Verhandlungen teilnehmen zu können oder wenn sie an betrieblichen Maßnahmen beteiligt werden sollen bzw. von ihnen Kenntnis erhalten.

Angesichts der gegenwärtigen Situation, insbesondere im Zusammenhang mit dem Terrorismus, der auch in unseren Betrieben zu Bombendrohungen geführt hat und — wie Sie wissen — eine Verstärkung unserer Sicherheitsmaßnahmen erforderlich machte, hielten und halten wir uns darüber hinaus für verpflichtet, mit allen rechtsstaatlichen Mitteln die Sicherheit unserer Mitarbeiter und unseres Unternehmens zu erhöhen. Wir sahen uns im Zusammenhang mit den Bedrohungen schon verschiedentlich gezwungen, sowohl die Polizei als mitunter auch das Verfassungsschutzamt in Anspruch zu nehmen.

Wir glauben uns mit der weitaus überwiegenden Mehrzahl unserer Mitarbeiter und der Betriebsräte in unserem Bemühen einig, alle legalen Erkenntnisquellen auszuschöpfen, die geeignet erscheinen, die Sicherheit in unserem Unternehmen zu erhöhen."

Die Texaco-Geschäftsleitung vertritt offensiv, daß sie „Mitarbeiter" im Hause vom Verfassungsschutz überprüfen läßt. Nato-Bestimmungen und Terrorismus gebieten es so. Sie leitet den Brief mit einem Hinweis auf die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat einmal beendet den Brief mit der Erwartung, daß die Mehrheit des Betriebsrates hoffentlich auf ihrer Seite stehe. Dabei ist ihr bestens bekannt, daß der Betriebsrat in seiner Mehrheit eindeutig gegen die Bespitzelung Stellung genommen hat. Der Kapitalist versucht in diesem Fall, einen oppositionellen Betriebsrat per Gesetz auf die Bespitzelungsmethoden zu verpflichten.

Der erneute Hinweis, Versorgungsunternehmen gehörten zu den geheimschutzbetreuten Unternehmen und unterliegen damit der Überwachung durch den Verfassungsschutz, läßt erkennen, daß in der Bundesrepublik wohl kein größerer Betrieb frei ist von Verfassungsschutzschnüffeleien. Denn in der Marktwirtschaft versorgt bekanntermaßen jedes Unternehmen.

Betriebszelle Texaco

Der Kollege wurde mittlerweile zum Betriebsobmann gewählt, so daß er nicht mehr kündbar ist. Geschickterweise haben alle 6 Kollegen kandidiert, so daß sie als Wahlbewerber erstmal ein Jahr ebenfalls nicht kündbar sind. C. Ahlers suchte sich deshalb die einzige schwache Stelle, einen freien Mitarbeiter aus, indem er ihm schrieb: „*Ich kann Ihr Vorgehen nicht anders auffassen, als daß Sie sich bei der Morgenpost nicht mehr wohlfühlen und ausscheiden möchten*". Verbunden war das Schreiben mit einem Ultimatum, seine Unterschrift unter den Protest zurückzuziehen. Da der Kollege sich weigerte, kündigte C. Ahlers ihm.

Der Fall zieht Kreise

Mit diesem Vorgehen ist C. Ahlers aber wohl selbst für Parteifreunde zu weit gegangen. Sein SPD „Kollege", der Bundestagsabgeordnete Waltemathe, für den der gekündigte Kollege in der Vergangenheit öfters gearbeitet hatte, schrieb einen Brief an C. Ahlers, er möge seine Entscheidung ernsthaft überdenken und die Kündigung zurückziehen. Eine Kopie dieses Schreibens bekam auch die Bremer Bürgerschaftsfraktion der SPD. Ahlers ließ sich aber nicht darauf ein und machte jetzt sogar in einem Brief seinen Bundestagskollegen an. Dies führte nun dazu, daß zwölf Bremer Bürgerschaftsabgeordnete, darunter mehrere Senatoren, wiederum einen Brief an C. Ahlers schrieben, in dem es u.a. heißt: „*da es sich bei der Morgenpost um eine sozialdemokratische Zeitung handelt, halten wir es als SPD-Politiker nicht nur für unser Recht, sondern auch für unsere Pflicht, sehr deutlich zu sagen, daß wir es als skandalös halten, wenn ein Journalist einer sozialdemokratischen Zeitung deshalb gemaßregelt wird, weil er sich solidarisch für einen Kollegen einsetzt und dem Chefredakteur frei seine Meinung sagt.*" Einen Tag später stellte dann auch der Ortsvereinsvorstand der DruPa den Ausschlußantrag, in dessen Begründung es heißt: „*Als Chefredakteur in eindeutiger Arbeitgeberfunktion ist Conrad Ahlers ohnehin in der falschen Organisation*". Nachdem C. Ahlers nun schon fast alle gegen sich gebracht hatte, flippte er völlig aus und schrieb einen Brief an den gekündigten Kollegen und forderte ihn auf „*Sie und Herr Janz müssen jetzt dafür sorgen, daß dieser Beschluß* (der Ausschlußantrag) *rückgängig gemacht wird*"

Betriebszelle Broschek/
KB Gruppe Hamburg

Tarifrunden bei der IG-Chemie-Papier-Keramik



Am 13. Juni stimmten 93 % der Gewerkschaftsmitglieder in sechs wichtigen Betrieben der Porzellanindustrie Oberfrankens (Bayern) für Streik, weil die Unternehmerverbände lediglich bereit waren, 4 % mehr Lohn und Gehalt zu zahlen.

Die IG Chemie forderte (wie in allen anderen Tarifrunden auch) 7 % und war bereit, sogar auf 5,5 % zurückzugehen. Zur Erinnerung: In der Chemierunde und in der Kautschukrunde Norddeutschlands schloß sie mit ganzen 4,3 % ab.

Die Porzellanindustrie Nordbayerns hat allerdings einen kräftigen Nachholbedarf, um den auch die IG Chemie-Führung nicht herumkommt. Die Ecklöhne stehen an 139. Stelle der bayerischen Lohntabelle; 70 % der Beschäftigten sind Frauen und erhalten mit der Lohngruppe II ganze DM 6,76, das sind DM 1.176,– monatlich.

Bereits am 22. und 23. Mai demonstrierten 4.000 Kollegen aus zwölf Betrieben in den Ortschaften Marktredwitz, Weiden und Selb ihre Kampfbereitschaft in Warnstreiks. Außerdem gab es eine Protestkundgebung in Tirschenreuth, an der 3.000 Kollegen teilnahmen. Typisch war, daß der Hauptvorstand die Urabstimmung nur für sechs Betriebe genehmigte. Nach der Urabstimmung kam dann die IG Chemie dann auch schnell mit den Kapitalisten ins Geschäft: Am 14. Juni akzeptierten die Unternehmer die zuletzt von der IG Chemie geforderten 5,5 %, sowie einige Strukturverbesserungen der Lohngruppen VI und VII. Immerhin sprachen sich lediglich 54 % der Kollegen in einer zweiten Urabstimmung für diesen Tarifvertrag aus. Das gleiche Ergebnis wurde dann auch einen Tag später in der rheinlandpfälzischen Porzellanindustrie abgeschlossen.

Aufschlußreich war auch das Verhalten der Firma Rosenthal, deren Besitzer als SPD-Mitglied und Bundestagsabgeordneter mit allerlei fooortschrittlichen „Mitbestimmungsmodellen" aufgefallen ist; sie verschickte an 20 Kollegen, die sich zusammen mit 80 Kollegen am Warnstreik beteiligten, ein Schreiben, in dem es hieß: „*Wir möchten Sie darauf aufmerksam machen, daß uns Ihr Vorgehen im Wiederholungsfall zur fristlosen Entlassung berechtigt*". Dieses Schreiben wurde zusätzlich noch am schwarzen Brett ausgehängt.

Chemiekommission

Profit geht vor Arbeitergesundheit

Eines Tages stellten die Kollegen der Norderstedter Druckerei H.O.Persiehl eine emsige Umbautätigkeit an einer Druckmaschine fest, die häufig zum Lackieren von Schallplattenhüllen benutzt wird, Auf Nachfragen ergab sich, daß der Betriebsrat entgegen den BVG-Bestimmungen hierüber nicht unterrichtet war, und daß diese Maschine mit einer neuartigen UV-Trocknung ausgestattet werden sollte. D.h. einer Trocknung, die entsprechend reagierende Farben bzw. Lacke durch intensive Bestrahlung mit ultraviolettem Licht in extrem kurzer Zeit durchhärtet und einen hohen Glanz erzielt. Neben diesen vor allem für den Profit vorteilhaften Eigenschaften stießen die Kollegen durch Nachforschen auch auf sehr unangenehme Eigenschaften, die vor allem die Gesundheit der Arbeiter beeinträchtigen:

-auf das hochgiftige Ozon, das in Bruchteilen von Sekunden wirkt;
- auf die Tatsache, daß UV-Strahlen außergewöhnlich gefährliche Zellschädigungen hervorrufen.

Außerdem verlangen Biologen, daß neue Chemikalien erst nach 6 — 8 Jahren Testerfahrungen für unbedenklich erklärt werden können und fordern, daß alle Stoffe verboten werden müßten, die Spätschäden, wie Allergien, Hautausschläge, Beeinflussungen des Kreislaufes etc. hervorrufen.

Die Kapitalisten wollten alle diese Punkte durch eine kleine Absaugvorrichtung umgehen, die Kollegen sollten bei der ersten Anlage dieses Typs die Versuchskaninchen abgeben. Nach Protesten der Kollegen wurde dann die Absauganlage erst einmal vergrössert, eine aufwendigere Strahlenschutzvorrichtung eingebaut und eine Beruhigungsreise organisiert: die Kollegen sollten sich eine ähnliche Anlage in Gütersloh bei der Firma Mohndruck ansehen. Die Betriebsversammlung Anfang Juli hatte neben dem unerträglichem und ebenfalls gesundheitsschädlichem Lärm die UV-Trocknung, deren Gefahren und die Rücksichtslosigkeit der Betriebsleitung im Umgang mit der Gesundheit der Kollegen zum Hauptthema. Was die Betriebsleitung und ebenfalls informierte Mitglieder des Betriebsrates auf der Betriebsversammlung wohlweislich verschwiegen, kam einige Tage später ans Tageslicht und sorgte für Empörung: der erste Unfall passierte bereits beim ersten Probelauf! Einem Meister, der den Probelauf vornahm, fiel ein Tropfen des UV-Lackes auf den Lederschuh, was er nicht weiter beachtete, da er weder über die Gefährlichkeit des Lacks informiert war, noch die Lackdose entsprechend gekennzeichnet war. Was passierte? der Lack durchätzte den Schuh, den Strumpf und erzeugte eine große Ätzwunde. Doch damit nicht genug, der Meister trug noch dazu eine Verblitzung der Augen durch die UV-Strahlung davon. Und das alles bei einem Probelauf von weniger als einer Stunde! Besonders sauer waren die Kollegen darüber, daß dies auf der Betriebsversammlung verschwiegen wurde und die Betriebsleitung versuchte, die kritischen Beiträge durch Verharmlosung zu erwidern. Und wo das nichts half, mußte dann die Drohung mit der Gefährdung der Arbeitsplätze her, falls die UV-Trocknung nicht eingebaut werden würde. Kein Wunder, daß die Kapitalisten Schwierigkeiten haben, die Anlage in Betrieb setzen zu können.

Branchenzelle Druck
KB/Gruppe Hamburg

GEW

Kampfmaßnahmen gegen Kürzung der Referendarsbezüge: Die DKP springt ab

Die von der Bundesregierung schon „Beratung und Beschlußfassung über Die Artikelschreiber versuchen

erns hat allerdings einen kräftigen Nachholbedarf, um den auch die IG Chemie-Führung nicht herumkommt. Die Ecklöhne stehen an 139. Stelle der bayerischen Lohntabelle; 70 % der Beschäftigten sind Frauen und erhalten mit der Lohngruppe II ganze DM 6,76, das sind DM 1.176,– monatlich.

Bereits am 22. und 23. Mai demonstrierten 4.000 Kollegen aus zwölf Betrieben in den Ortschaften Marktredwitz, Weiden und Selb ihre Kampfbereitschaft in Warnstreiks. Außerdem gab es eine Protestkundgebung in Tirschenreuth, an der 3.000 Kollegen teilnahmen. Typisch war, daß der Hauptvorstand die Urabstimsen.

Aufschlußreich war auch das Verhalten der Firma Rosenthal, deren Besitzer als SPD-Mitglied und Bundestagsabgeordneter mit allerlei fooortschrittlichen „Mitbestimmungsmodellen" aufgefallen ist; sie verschickte an 20 Kollegen, die sich zusammen mit 80 Kollegen am Warnstreik beteiligten, ein Schreiben, in dem es hieß: „*Wir möchten Sie darauf aufmerksam machen, daß uns Ihr Vorgehen im Wiederholungsfall zur fristlosen Entlassung berechtigt*". Dieses Schreiben wurde zusätzlich noch am schwarzen Brett ausgehängt.

Chemiekommission

Druck

Ein prominenter SPD-Politiker soll ausgeschlossen werden

Der bekannte rechte SPD-Bundestagsabgeordnete Conrad Ahlers, der auch gleichzeitig Chefredakteur der SPD eigenen „*Hamburger Morgenpost*" ist, soll auf einstimmigen Beschluß des Ortsvereinsvorstandes aus der DruPa ausgeschlossen werden. Dieser Antrag wird auch von der Deutschen Journalisten Union (dju) aus Bremen unterstützt, die in einem Brief an C. Ahlers schrieb: „*Sie haben in unserer Gewerkschaft nichts mehr zu suchen*".

Dies ist mittlerweile das zweite Gewerkschaftsausschlußverfahren gegen führende Parteimitglieder der SPD in der „*Morgenpost*", nachdem schon der frühere AFA Vorsitzende von Hamburg und BR-Vorsitzender U. Heinemann wegen Streikbrecherarbeit während des Druckerstreiks 76 auf Antrag der Hamburger Delegiertenversammlung ausgeschlossen werden sollte. U. Heineman wurde damals aber von seinen Freunden, die auch fast alle SPD-Mitglieder sind, gedeckt.

Der Hintergrund

Um auf dem Bremer Markt besser einsteigen zu können, hatte die „Morgenpost" seit 1973 eine besondere Bremer Seite eingebaut, die „*von freien Mitarbeitern gestaltet wurde ... Schließlich wurde daraus die „Bremer Morgenpost", die von mehreren Redakteuren, einem festen Layouter in Bremen bis zum vollständigen Seitenumbruch produziert wurde*" („Frankfurter Rundschau", 8.4.78).

Anfang dieses Jahres wurde dann allerdings rationalisiert. Außer einer Außenredaktion wurde der technische Ablauf wieder nach Hamburg verlegt. Leiter dieser Außenredaktion wurde Reinhard Janz, der auch gleichzeitig 1. Vorsitzender der dju in Bremen ist. Im Zuge der Rationalisierung versuchte man auch, den fortschrittlichen Redakteur loszuwerden. So wurde ihm vorgeworfen, „*er habe sich nicht genügend um das kranke Kind der ... Preussen-Prinzessin Donata gekümmert oder sei einem nackten Mann (!) nicht auf der Spur geblieben*" („Frankfurter Rundschau", 8.4.).

Der Verlagsleiter drohte ihm deshalb die Kündigung an. Die übrigen Kollegen erhoben dagegen Protest und schickten dem Verlagsleiter einen Brief in dem es u.a. hieß: „ ... *daß mit der Kündigungsdrohung gegenüber dem Kollegen Janz ein gewerkschaftlich engagierter Kollege gemaßregelt werden soll, der den zunehmend festzustellenden Trend der Morgenpost nach rechts nicht mitvollziehen will*".

GEW

Kampfmaßnahmen gegen Kürzung der Referendarsbezüge: Die DKP springt ab

Die von der Bundesregierung schon seit längerem geplante Kürzung der Referendarsbezüge nimmt jetzt konkrete Formen an. Am 7. Juli stimmte der Bundesrat den Absichten der Bundesregierung zu, womit die Weichen für eine Verabschiedung des entsprechenden Gesetzes schon im September gestellt sind. Im Bundestag ist eine schnelle Beschlußfassung zu erwarten, da die CDU ihre standespolitischen Bedenken gegen die Kürzungen, die den Referendaren um bis zu 16% geringere Bezüge bescheren werden, aufgegeben hat.

Die Kürzungen sind Bestandteil eines umfassenden Angriffs auf die zweite Ausbildungsphase, wo mit steigender Arbeitslosigkeit den Studenten die Beendigung ihrer Ausbildung so schwer wie möglich gemacht werden soll. Zum anderen ist den Politikern die Arbeitslosigkeit ein willkommener Vorwand, um mit dem Argument, man wolle mit dem freiwerdenden Geld mehr Ausbildungsplätze schaffen, Lohnsenkungen zu legitimieren. An den Referendaren wird hier ein Exempel statuiert, das für den gesamten Öffentlichen Dienst Vorbildcharakter haben soll: massiver, offener Lohnraub mit Hinweis auf die angespannte wirtschaftliche Situation. Schon gibt es Pläne des Wissenschaftsrates, die Eingangsbesoldung für den höheren Dienst um vier Besoldungsgruppen zu senken (von A 13 auf A 9) schon werden von einzelnen Politikern – vornehmlich der SPD/FDP-Koalition – weitere Kürzungsvorschläge in die Diskussion gebracht.

In dieser Situation kommt es für die Kollegen in den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes darauf an, die Anwärterproblematik auch als ihre zu begreifen und gemeinsame Kampfschritte zu entwickeln.

Ein Schritt in diese Richtung war der Beschluß der Vertrauensleuteversammlung der Hamburger GEW vom 8.6., nach den Sommerferien eine Versammlung mit dem Thema „Beratung und Beschlußfassung über die Durchführung von Kampfmaßnahmen bis hin zur Urabstimmung und Streik" einzuberufen. Während der Lemke-Flügel in der Hamburger GEW eine solche Orientierung zwar verbal unterstützt, aber keinerlei Initiativen zur Mobilisierung der Kollegen ergreift, ist der Teil, der der DKP zumindest recht nahe steht, zum offenen Angriff auf den Beschluß der VV, der von der Landesvertreterversammlung am 10.7. noch einmal bestätigt wurde, angetreten.

Recht deutlich zusammengefaßt wurde dies in einem Artikel in der „Hamburger Lehrer-Zeitung" (9/10, 78). Wegen der grundlegenden Bedeutung der Besoldungskürzungen seien „*alle Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes betroffen, daher sind gemeinsame Aktivitäten und Forderungen dieser Gewerkschaften und des DGB erforderlich.*" Wird nun erst so getan, als ginge es darum, „*bundesweite gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen*" zu entwickeln, so kommen die beiden bald zum Kern der Sache: DieAktionsplanung müsse „*in engem Zusammenhang mit den Schwerpunkten der Arbeit des DGB entwickelt werden*", wie sie auf dem Bundeskongreß in Hamburg beschlossen wurden. Und Schwerpunkte des Kongresses war nun mal das Eintreten für „Vollbeschäftigung" und nicht – so muß man ergänzen – der Kampf gegen Lohnraub. Verschwiegen wird von den beiden vor allem aber, daß der Bundeskongreß für die zweite Ausbildungsphase einen Beschluß gefaßt hat, der den Forderungen der Hamburger GEW direkt entgegengesetzt ist und keinerlei Grundlage für Kampfmaßnahmen bildet: Der DGB fordert die Abschaffung des Beamtenverhältnisses im Referendariat, was für die Betroffenen nicht nur weniger Geld Lohn, sondern auch ein unsicheres Rechtsverhältnis bedeuten würde.

Die Artikelschreiber versuchen nun die Widersprüche zwischen den in der GEW vertretenen Forderungen und den an der Regierungspolitik orientierten Bekundungen der DGB- Mafia zu verschleiern, indem sie gegen ein „*isoliertes Vorpreschen des Hamburger Landesverbandes*" mit dem Hinweis auf notwendige bundesweite Aktionen wettern. Wie sehr ihnen noch der Schreck über den Konflikt im Juni 77 als die Hamburger GEW streiken wollte, die GEW-Bund jedoch die Erlaubnis verweigerte, in den Knochen steckt, wird deutlich, wenn sie schreiben, daß eine „*Orientierung auf Urabstimmung und Streik eher dazu geeignet (sei), innverbandliche Querelen zu erzeugen, anstatt die Mobilisierung gegen die Verschlechterungen voranzutreiben.*" Denn: „*Eine isolierte losgelöste Diskussion über derartige Kampfformen ist geeignet, vom eigentlichen Gegner abzulenken, zumindest so lange, wie noch keine einheitliche Gegenstrategie der Betroffenen entwickelt ist*".

Andersrum wird ein Schuh draus: Die Orientierung, eine „einheitliche Gegenstrategie" mit der DGB-Mafia (die nun wahrlich nicht von den Lohnsenkungen 'betroffen' ist) zu entwickeln, heißt in der Praxis, daß noch nicht einmal in den kampfstarken Landesverbänden der GEW Kampfmaßnahmen durchgeführt werden. Aber was ist für diese „gewerkschaftlich Orientierten" (Stamokaps über sich selbst) schon die Abwehr von Besoldungsverschlechterungen gegen das große Ziel, im Kreise der DGB-Mafia zu hocken: „*Ein Vorpreschen Hamburgs in dieser Frage könnte innerhalb des Gesamtverbandes für manche Kräfte ein willkommener Anlaß sein, unseren Landesverband weiter zu isolieren ...*"

Ein „toller" Vorschlag, nach dem die Gewerkschaftsmitglieder gleich die Hände in den Schoß legen könnten.

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

GEW gewinnt PR-Wahlen und verspielt Glaubwürdigkeit

Hamburg: Anfang Juli fanden an den Hamburger Gymnasien (fast 5000 Wahlberechtigte) vorgezogene Personalratswahlen statt. Bisher hatte im Personalrat Gymnasien immer der rechtsgewirkte „Deutsche Lehrerverband" die Mehrheit. Die GEW ist dort überhaupt nennenswert erst seit 8 Jahren vertreten. Bei der letzten Wahl vor 2 Jahren hatte die GEW allerdings die Mehrheit nur recht knapp verfehlt. Da es bei der Stimmauszählung zu Unregelmäßigkeiten gekommen war, focht die GEW damals die Wahlen an – mit Erfolg, wie das Bundesverwaltungsgericht in diesem Mai entschied.

Der Wahlkampf wurde von der GEW informativ und inhaltlich auch recht ansprechend geführt. Die GEW biederte sich nicht an rechte Strömungen an, sondern setzte sich etwa explizit gegen Einschränkung der Meinungsfreiheit, Disziplinierungen und Denunziationen ein. Dem hatte der DL eigentlich nur entgegenzusetzen, daß die GEW ja die Gesamtschule wolle und damit die Arbeitsplätze der Gymnasiallehrer auf dem Spiel ständen. Die Fronten waren also deutlich wie selten zuvor. Spannend wurde der Wahlausgang aber auch dadurch, daß erstmals die rechte GEW-Absplitterung „Alternative" kandidierte. Der DL unterstützte diese Kandidatur tatkräftig mit der Überlegung, nach der Wahl wie im Personalrat an Volks- Real- und Sonderschulen eine Anti-GEW-Koalition einzugehen. Entsprechend diesem taktischen Konzept maskierte sich die „Alternative" als „Demokratische Mitte".

Aber die Rechnung ging nicht auf: die GEW gewann gegenüber der letzten Wahl ungefähr 500 Stimmen und gewann mit 10 Sitzen im Personalrat die Mehrheit (bei knapp 2300 Stimmen), der DL (etwas über 2000 Stimmen) erhielt 9 Sitze, die „Alternative" ging mit 230 Stimmen leer aus. Dieses Ergebnis hat einige Bedeutung: erstmals hat in der BRD die GEW an Gymnasien – an denen sonst eher ständisch denkende Lehrer in der Mehrheit sind – eine solche Stärke erreicht und das mit einer Kandidatenliste, die im GEW-Spektrum eher links einzuordnen ist. Dies und das Scheitern der „Alternative" macht GEW-Chef Frister sicherlich keine Freude, durchkreuzt seine rechten Formierungsversuche und erschwert seine Diffamierungskampagne gegen den linken Hamburger GEW-Landesverband. So weit so gut!

An erster Stelle der GEW-Liste stand Dietrich Lemke – GEW-Landesvorsitzender und „linker" SPD-Mitglied –, an zweiter Stelle stand Thomas Erdner – DKP-Mitglied und seit 3 Jahren mit Berufsverbot bedroht. Vor der Wahl war unbestritten, daß bei einem Wahlsieg Erdner Personalratsvorsitzender werden würde – ein deutliches Signal, wie ernst die GEW den Kampf gegen Berufsverbote nimmt.

Nach der Wahl hatte Lemke auf einmal Bedenken und erklärte kurzerhand, er werde nicht für Erdner stimmen. Dies machte er jedoch nicht an Erdners politischen Positionen fest, sondern allein an seiner DKP-Mitgliedschaft. Vielen fortschrittlichen Kollegen ist Erdner als extensiver Vertreter der Unvereinbarkeitspolitik der DKP bekannt. Aber auch dies war nicht Gegenstand der Kritik. Obwohl Lemke in der GEW-Personalratsfraktion isoliert blieb, die einmütig an Erdner festhielt, war er nicht bereit, sich einem Mehrheitsvotum zu beugen. Ausschlaggebend für Lemkes Haltung dürften innerparteiliche Pressionen und Druck von Seiten des DGB sein, auf keinen Fall einem DKP-Mitglied einen solchen Posten zu überlassen. Der „linke" Sozialdemokrat Lemke war eher bereit, diesem Druck nachzugeben, als offensiv dafür einzutreten, daß alle GEW-Mitglieder grundsätzlich für alle Mandate wählbar sind – ungeachtet ihrer politischen Überzeugung.

Ergebnis: der neu konstituierte Personalrat Gymnasien konnte im 1. Wahlgang keinen Vorsitzenden bestimmen, da die GEW-Fraktion gespalten abstimmte. Schließlich beugte sich die GEW-Fraktion der Lemkeschen Erpressung – da andernfalls eventuell die Auflösung des gerade gewählten Personalrates drohte – verzichtete auf Erdner und wählte einen parteilosen GEW-Kollegen zum PR-Vorsitzenden.

Damit hat zwar Lemke und die SPD erreicht, was sie wollte, die Glaubwürdigkeit der GEW hat aber bei den Kollegen gelitten. Es wir Aufgabe aller Demokraten in der GEW sein, den Sozialdemokraten künftig derartig unverfrorene Machtpolitik unmöglich zu machen. Man darf gespannt sein, ob auch die DKP daraus lernt!

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg



Anklage gegen den Journalisten Faust erhoben: Es drohen bis zu drei Jahren Knast!

Am 12. Juli hat die Staatsanwaltschaft in Bonn gegen den Journalisten H.-G. Faust *„wegen unbefugter Weitergabe und Veröffentlichung von Akten des Bundesamtes für Verfassungsschutz"* Anklage erhoben. Mit Faust wollen die Staatsorgane einen Mann bestrafen, der dazu beigetragen hat, daß die illegalen Lauschpraktiken des Verfassungsschutzes gegen den Atom-Wissenschaftler K. Traube aufgedeckt werden konnten (Wir berichteten im AK 121 darüber). Massiv versuchten die Behörden an Faust ein Exempel zu statuieren:

Auf Drängen der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe (!) wurde Faust nach dem bis dahin nicht angewendeten Paragraf 88 des Strafgesetzbuches der „verfassungsfeindlichen Sabotage "(!) beschuldigt und strenger Isolierhaft ausgesetzt.

„Ich durfte an keiner Gemeinschaftsveranstaltung teilnehmen und hatte Einzelfreistunde...Ich hatte kein Radio, keine Schreibmaschine und vor allem keine Zeitschriften. Zeitungen, die mir meine Verteidiger mitbrachten, wurden ihnen, einmal sogar unter Beschimpfungen des Wachpersonals, aus den Händen gerissen"(Faust in der „FR", 22.2.78).

Nach 4 Wochen wurde Faust am 23.12.77 aus der Haft entlassen, da die Staatsschutz-Behörden die Anwendung des § 88 nicht mehr aufrechterhalten konnten. die Staatsschutz-Behörden die Anwendung des § 88 nicht mehr aufrechterhalten konnten. Schon am 30. 12.77 wurde Faust erneut verhaftet, nachdem die Bundesanwaltschaft den Fall an die Bonner Staatsanwaltschaft übergab und Faust Verstoß gegen den Paragrafen 353c vorwarf, der die Weitergabe von geheimen Material mit bis zu drei Jahren Knast unter Strafe stellt.

„Der § 353c ist eine reine Pressevorschrift, die von den Nazis 1936 eingeführt und Anfang der sechziger Jahre erstmals wieder aus der Mottenkiste hervorgeholt wurde. Mit diesem Delikt gerieten in den letzten Jahren schon eine ganze Reihe von Journalisten in Konflikt, ohne indes angeklagt zu werden" (Faust, „FR", 22.2.78).

Vom 30.12.77 bis zum 12.1.78 saß Faust im Knast und wurde nur unter scharfen Auflagen aus der Haft entlassen: *„Ich muß mich zweimal in der Woche bei der Polizei melden, mein Personalausweis liegt bei der Staatsanwaltschaft in Bonn, und mit den Kollegen vom „Spiegel" darf ich nicht in Verbindung treten"* (Faust, „FAZ", 23.4.78).

In der jetzt erhobenen Anklageschrift, die den Geheimvermerk trägt, haben die Staatsschutzbehörden noch einen weiteren Anklagepunkt nachgereicht, der bahnbrechende Perspektiven aufweist: Faust wird angeklagt wegen „psychischer Beihilfe" zur Erlangung geheimer Informationen und amtlicher Unterlagen.

Er habe sich seinem Informaten aus dem Verfassungsschutzamt, der ihm angeblich die Unterlagen über den Abhörfall Traube zugespielt haben soll (und dafür ebenfalls angeklagt ist) *„jeweils als bereitwilliger Abnehmer amtlicher Unterlagen zur Verfügung gestellt"* **und diesen durch seine Be-***amtlicher Unterlagen zur Verfügung gestellt"* **und diesen durch seine Be-****reitwilligkeit ermuntert, ihm – Faust – geheime Verschlußsachen zu verschaffen.** Mit Hilfe dieses Paragrafen 27 der „psychischen Beihilfe" ist es den Herrschenden in diesem Lande in die Hand gegeben, jede Information und jede Enthüllung, die ihnen nicht in den Kram passen, in Zukunft dadurch zu unterbinden, daß pauschal jedes Medium und jeder Journalist „verdächtig" ist, „psychologische Beihilfe" geleistet zu haben, wenn entsprechende Veröffentlichungen stattgefunden haben. Es ist gängige Praxis, daß bestimmte Sauereien erst durch gezielte „Indiskretionen" an die Presse bekannt werden. Dort, wo die anonymen Informanten für die Herrschenden nicht greifbar sind (wie jetzt bei den illegalen BGS-Praktiken), sollen die Medien und die Journalisten gegriffen werden.

Nach diesem Paragrafen 27 sind die Presseorgane „Konkret", „Frankfurter Rundschau" und der „Stern" aktuell gefährdet (Zitate aus „FR", 22. 2.78).

Solche Paragrafen wie der nazistische § 353c, als auch der § 27 sind der legale Mantel für die totale Unterdrückung der Informationsfreiheit. Hans-Georg Faust ist das erste Opfer, an dem der Staatsschutz das neue zu begehende Terrain abtestet.

Bisher hat die demokratische Presse überwiegend zu diesen Angriffen geschwiegen, ja hat nicht einmal gegen jene Kampagne der reaktionären Presse protestiert, die Hans-Georg Faust wegen seiner Arbeit, die illegalen Praktiken des VS aufzudecken, einen „Geheimniskrämer" schimpft (so die „FAZ"am 22.4.78).

Es ist an der Zeit, diese Zurückhaltung aufzugeben und das Recht Es ist an der Zeit, diese Zurückhaltung aufzugeben und das Recht auf Presse- und Informationsfreiheit aktiv zu verteidigen.

Solidarität mit Hans-Georg Faust !
Aufhebung der Anklage !
Weg mit den Zensurparagrafen 353c und 27 !
Für Presse- und Informationsfreiheit!

Medienkommisssion
KB/Gruppe Hamburg

NDR: Redakteursversammlung protestiert gegen die CDU-Pläne

Am 17. Juli fand beim NDR in Hamburg die Redakteursversammlung statt, an der von 400 Redakteuren nur 70 teilnahmen. In einer bei nur zwei Enthaltungen angenommenen Resolution erklärt die Versammlung, daß die Pläne der CDU *„den Druck aller Parteien nicht geringer werden"* lassen, und daß *„die Androhung massiver arbeitsrechtlicher Konsequenzen gegen Journalisten kritischer Berichterstattung und Kommentierung zu einem Lotteriespiel um die Existenz werden läßt"* und daß die Beschränkung des Senders auf die vorhandenen Programme *„die Lebensfähigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks untergräbt"*.

Die Versammlung fordert dagegen, *„dem NDR keine Regierungsmitglieder und Parteienpolitiker als Kontrolleure aufzuzwingen"*, *„ den Mitarbeitern Mitbestimmung einzuräumen"* und *„die Programm-Mitarbeiter nicht durch ein von außen gesteuertes System von Zensur und Kontrolle zu entmündigen"*.

Doch werden die Redakteure bei der Durchsetzung ihrer Forderungen vor allem auf sich selbst bauen müssen, da selbst die Rundfunk-Film- und Fernseh-Union (RFFU im DGB), der im NDR mehr als 2300 Mitarbeiter beigetreten sind, mit ihrem eigenen Staatsvertragsentwurf schon den Kapitulationskurs gegenüber der Strategie der CDU/CSU eingeschlagen hat.

Das ständige Wiederholen des Standpunktes, daß die RFFU für das öffentlich-rechtliche Rundfunk-System eintrete und gegen „Staatsrundfunk" und privaten Rundfunk Front machen werde, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Strategen der RFFU und des DGB dem zunehmenden Einfluß der CDU/CSU in den Kontrollgremien und den Redaktionen nur eines entgegensetzen wollen : Den gesicherten Einfluß in den Gremien durch Vertreter der SPD/DGB-Politik.

Wie untauglich solche Überlegungen praktisch sind, mußte die Vollversammlung der Redakteure im NDR erfahren. Dort stellt die RFFU u.a. folgendes Konzept den Zielen der CDU gegenüber:

Der Rundfunkrat soll auf 41 (CDU: 51) Mitglieder aufgestockt werden, davon 20 Parteienvertreter. Abgesehen davon, daß diese Aufstockung nach den Vorstellungen der CDU dazu dienen soll, ihr eine –wie selbst der Fraktionsvorsitzende der SPD-Schleswig-Holstein Mathiesen feststellte – gut Zweidrittel-Mehrheit in den Organen des NDR zu sichern, ist auch die Zahl der Parteienvertreter im RFFU-Modell größer als bei der CDU, die 13 Parteienvertreter vorsieht.

Mit solchen Vorstellungen rein machtpolitischer Art wird der Strategie der Rechtsentwicklung der Programm i n h a l t e nicht beizukommen sein. So gesehen bleibt ein bitterer Beigeschmack, wenn die RFFU ihre Mitglieder im September auf *„einen rauhen Arbeitskampf, wenn es zum Äußersten kommt"*, orientiert (Zitate aus „SZ", 19.7.78)

Medienkommission
KB/Gruppe Hamburg

In den westdeutschen Rundfunk- und Fernsehanstalten fühlen sich die Journalisten weniger frei als vor sechs Jahren!

Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Buchautors und Sozialpsychologen Horst-Eberhard Richter. Zusammen mit seinem Mitarbeiter E. Wolff verschickte Richter Fragebogen an fast zweihundert im politischen Programmbereich tätige Fernsehredakteure des Bayrischen und Norddeutschen Rundfunks (BR und NDR).

Interessant ist die Auswahl dieser Sender unter dem Aspekt, daß der Bayrische Rundfunk total unter der Kontrolle der CSU steht und die CDU/CSU daran geht, den NDR, entsprechend dem bayrischen Vorbild, in den Griff zu bekommen und nach rechts auszurichten.

Nach Auswertung der 101 zurückgeschickten Antwortbogen mit je 59 Fragen, die mehrheitlich von liberalen und demokratischen Journalisten stammen, wird das Klima der Selbstzensur und des Drucks durch die Kontrollorgane für die Redakteure ebenso deutlich wie die zunehmende politische Polarisierung innerhalb der Sender.

– 69 % der Befragten sprechen davon, daß es in ihrem Sender viel *„von dem, was man Selbstzensur nennt"*, gibt.

– 55 % halten es für redaktionsüblich, sich selbst ihren Kollegen gegenüber politisch zu tarnen, viele sehen sich stark *„von oben bedrängt"*.

– Durch die politische Entwicklung der letzten Jahre sehen sich die eher linken Journalisten (fast 50%) *„in der Entfaltung ihrer Persönlichkeit als Journalist"* behindert. Umgekehrt sehen sich 54,3 % der reaktionären Redakteure durch die *„allgemeine Richtung eher gefördert"*!

Aus der Umfrage geht hervor, daß die Mehrheit der befragten demokratischen Journalisten durchaus erkannt hat, daß das Meinungsspektrum des Gesamtprogramms „enger" geworden ist.

– 74 % gehen davon aus, daß Beiträge „mit Linkstendenz" der Beanstandung und der „politischen Zensur" ausgesetzt sind. Vor allem die Redakteure des NDR registrieren eine *„deutliche Entlastung der Rechten"* und eine *„einschneidende Verschlechterung für die Linken"*.

Erfreulich ist das Anzeichen, daß die rigide CSU-Herrschaft beim bayrischen Rundfunk zu stärker werdendem Unmut unter den Journalisten führt. Richter bemerkt das Anwachsen der *„Solidarität zwischen eher linken und den eher rechten Journalisten in einer kritischen Beurteilung der Verhältnisse"*.

Um die CSU-Kontrolle abzuschütteln, sind die BR-Journalisten sogar bereit, ihre bisher grundsätzliche Ablehnung des Privatfernsehens aufzugeben. Keinesfalls kann aber ein privates, der Kontrolle der Kapitalisten unterstelltes Fernsehen ein „kleineres Übel" oder gar eine „Alternative" darstellen. Für die Rechten im NDR gilt, daß sie dem Ansinnen der CDU/CSU, das Privatfernsehen durchzusetzen, volle Unterstützung gewähren.

Die Ergebnisse der Studie lassen insgesamt hoffen, daß die demokratischen Journalisten zu der zunehmenden Rechtsentwicklung in den Medien nicht mehr allzu lange schweigen werden. Trotz der reaktionären Offensive in den Medien, so die Studie , *„empfindet ein weiteres Drittel (der Linken) weniger Angst"*.

Medienkommission
KB/Gruppe Hamburg



frauen



Nochmals zum „Courage"-Artikel gegen P.P. Zahl

Die Diskussion um den Artikel von Meo Hellriegel-Rentzel in der Juni-Nr. der „Courage", „Alltagslyrik von P.P. Zahl", geht weiter.
War dieser Artikel ein Ausrutscher oder steht er für eine Tendenz in der „Courage"?
Wir drucken den nachstehenden Brief von Angelika Ebbinghaus ab, weil er in der August-Ausgabe der „Courage" nicht erscheinen soll; obwohl er Anfang Juli in der „Courage"-Redaktion einging, hieß es, sein Erscheinen sei aus technischen und redaktionellen Gründen nicht mehr möglich.
Die Gründe scheinen nicht sehr glaubhaft und das Verhalten der „Courage" ist in diesem konkreten Fall nur mit Zensurausübung zu bezeichnen.

Angelika Ebbinghaus
OFFENER BRIEF ZUM COURAGE-ARTIKEL "ALLTAGSLYRIK VON P.P. ZAHL"

Hamburg, Juni 1978

In der Juni-Nummer von „Courage" hat Meo Hellriegel-Rentzel einen Artikel zu P.P. Zahl veröffentlicht. Ich habe ihn gelesen und bin das Gefühl nicht mehr losgeworden, dazu nicht schweigen zu können. Hier wurde versucht, einer politischen Perspektive, die sich brüstet, unpolitisch zu sein, mit dem Lebensschicksal einer Frau moralisches Gewicht und Gehör zu verleihen. Ich halte diesen Artikel für zutiefst demagogisch, und will mich bemühen, zu zeigen warum.

Der Autorin ging es nicht darum, die Probleme und Konflikte, die ich nach dem Lesen dieser Seiten im gemeinsamen Leben von Urte Zahl-Wienen und P.P. Zahl nur zu erahnen vermag, aufzuhellen. Nein, ihr ging es um die Vernichtung, um die moralische Vernichtung von P.P. Zahl.

Auch fühle ich mich von den allgemeinen Schlußfolgerungen, die dieser Artikel suggeriert, persönlich betroffen.

ihr ging es um die Vernichtung, um die moralische Vernichtung von P.P. Zahl.

Auch fühle ich mich von den allgemeinen Schlußfolgerungen, die dieser Artikel suggeriert, persönlich betroffen.

Im Gegensatz zur Autorin habe ich, eine Frau, die Erfahrung durchlitten, daß mein Freund als Terrorist vor Gericht stand. Nach über zweijähriger, unmenschlicher Untersuchungshaft, selbst schwer krank, mußte er sich zusammen mit dem zweiten Überlebenden einer Schießerei (Köln im Mai 1975) gegen eine Mordanklage verteidigen. Dank der Verteidiger und einer aufmerksamen Öffentlichkeit konnte sich in diesem Prozeß wenigstens ein Teil der Wahrheit über das Tatgeschehen Geltung verschaffen und die beiden Angeklagten wurden freigesprochen.

Es gibt noch einen letzten Grund, weshalb ich mich entschloß, diesen offenen Brief zu schreiben. Fast ein Jahr bin ich jetzt in der Hamburger Frauenhaus-Gruppe, in die ich – nach der von Männern bestimmten Knastzeit – voller Enthusiasmus und Hoffnung ging. Leider erlebe ich in der Frauenbewegung eine Tendenz sich breit machen, die für mich in dem „Courage"-Artikel gegen P.P. Zahl einen besonders perfiden Ausdruck angenommen hat. Dagegen will und werde ich mich zur Wehr setzen, deshalb auch dieser offene Brief.

Was macht für mich die Demagogie dieses Artikels aus? Er geht von einem richtigen Kern aus, einem Dilemma. Ein Mann geht in den Untergrund und läßt Frau und Kinder zurück. Die Frau hat keine Wahl mehr, sie muß für die Kinder sorgen. Das ist der richtige Kern und ich weiß nicht, wie er aufzulösen ist. Statt daß der Artikel diese Problematik diskutiert, malt er schwarz-weiß: alle Mütter erscheinen im hehren Licht und andere, die sind die Schweine. Ich will hier nicht ausführen, wie ich selbst das Entstehen eines politischen Untergrundes in der BRD und Westberlin seit Anfang der 70er Jahre einschätze und beurteile. Aber für mich heißt es unwahr sein, wenn Meo Hellriegel-Rentzel erst gar nicht versucht, auch vor diesem Hintergrund die Auseinandersetzungen zwischen Urte Wienen-Zahl und P.P. Zahl zu thematisieren. Ihre Bewertungen gewinnen so den Charakter von zeitloser Moral und sie will zugleich Maßstäbe für die Zukunft setzen. Da sie aber die zentralen Inhalte ihrer eigenen moralisch-politischen Auffassung nicht offen zur Diskussion stellt, möchte ich sie klarer benennen. Wie entscheiden sich Männer und Frauen und wie verhalten sie sich gegenüber ihren Kindern, Eltern und denen, die sie lieben, wenn sie persönlich davon überzeugt sind, daß nur noch illegaler Widerstand unter den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen möglich ist? Ich kann mir historische Situationen vorstellen, wo sich dieses Problem für viele stellt. Sicher wird dies immer eine Frage der politischen Überzeugung und Einschätzung sein. Und überall auf der Welt und in der Geschichte des Widerstands gibt und gab es Situationen, daß Männer und Frauen sich für den Weg des illegalen Widerstands entschlossen haben, obwohl sie Kinder hatten. Ist dieses Verhalten so einfach, wie es in dem „Courage"-Artikel unausgesprochen geschieht, immer mit einer Entscheidung gegen die Frauen und Kinder gleichzusetzen? Würden wir heute vielleicht nicht besser leben können, wenn unsere Väter und Mütter während des Nationalsozialismus eine Entscheidung gegen uns, ihre Kinder, getroffen hätten? Diese Fragen kamen mir, als ich die Tendenz dieser Veröffentlichung, das was sich zwischen den Zeilen vermittelt, begriff. Und bezogen auf den westdeutschen Untergrund liegt doch für uns Frauen auch nahe zu fragen, warum trennten sich Ulrike Meinhof und Gudrun Ensslin von ihren Kindern? Sie waren Mütter – von den anderen Frauen weiß ich dies nicht – und haben sich dennoch für einen anderen Weg entschieden.

Was mich empört ist die Tatsache, daß zwar ein echtes Problem angedeutet wird, jedoch nicht, um Lösungsversuche aufzuzeigen, sondern mit ganz anderem Ziel. Wenn die Autorin nicht nur die moralische Vernichtung von P.P. Zahl gewollt, wenn sie die Absicht gehabt hätte, sein persönliches Verhalten zu verstehen und zu kritisieren, dann hätte sie seine Entscheidungen und Handlungsweisen nicht von der historischen und der Situation der Linken zu Anfang der 70er Jahre getrennt. Dann wäre auch sie auf Probleme wie dieses gekommen: wie löse ich den Konflikt auf, daß mein Widerstand auch meistens d i e zu Mitbetroffenen macht, die ich liebe. Denn wenn ich im Kanst bin oder von anderen Maßnahmen staatlicher Repression getroffen werde, leide nicht nur ich, sondern gerade die Menschen, die ich liebe, leiden mit und müssen Opfer bringen. Aber um die Aufhellung dieser Problematik geht es der Autorin nicht, sondern sie benutzt diese, um unsere alltägliche Ohnmacht und unser ständiges Zurückgeworfenwerden auf einen eingeschränkten persönlichen Erfahrungsbereich festzuschreiben. Alle anderen Dimensionen gesellschaftlichen Seins werden zur männlichen Sphäre deklariert. Der Wunsch nach Veränderung dieser Welt ist bereits suspekt. All die richtigen Ansätze der Frauenbewegung, gerade auch als Reaktion auf linke, männliche Politik, beginnen hier wieder zu erstarren und verkehren sich in ihr Gegenteil.

All die richtigen Ansätze der Frauenbewegung, gerade auch als Reaktion auf linke, männliche Politik, beginnen hier wieder zu erstarren und verkehren sich in ihr Gegenteil.

Das schweinisch-männliche Verhalten von P.P. Zahl erscheint bruchlos in der Form einer Aufzählung: er verließ seine schwangere Frau und sein Kund und zog in eine Wohngemeinschaft; er hatte eine Freundin; Urte kam in eine Nervenklinik; P.P. Zahl lebte illegal; Urte kam wieder in die Nervenklinik; Scheidung; P.P. Zahl verpflichtete sich, seine Honoraransprüche an die Kinder abzutreten; Urte ging mit ihren Kindern zu ihren Eltern; Urte fand wieder Arbeit und ihre Eltern versorgten und kümmerten sich um die Kinder; Urte stellte Unterhaltsansprüche an Zahl; er verweigerte die Offenlegung seiner Einnahmen aus seinen Veröffentlichungen; er überwies je hundert Mark an die Kinder. Soweit die Chronologie in diesem Artikel. Was auffällt, daß in dieser Aufzählung noch nicht einmal die Verhaftung von P.P. Zahl und seine heutige Lebenssituation, 15 Jahre Knast in totaler Isolation, Erwähnung findet.

Als ich diese Zeilen las, hatte ich größtes Mitgefühl für Urte. Ich weiß was es heißt, in der Psychiatrie zu landen. Zu zerbrechen, durchzudrehen und dann psychiatrisiert zu werden, das ist wahrhaft ein typisches Frauenschicksal. Ja, Urte, vielleicht magst Du mich kennenlernen, wenn Du meinen Brief gelesen hast. Denn ich werde den Eindruck nicht los, daß Urte zum Objekt gemacht, benutzt worden ist. Und das finde ich schändlich.

Diese nur scheinbar sachliche Aufzählung soll ein eindeutiges Bild vermitteln. Für das ganze Geschehen, ohne daß Konflikte und Auseinandersetzungen genannt werden, wird P.P. Zahl schuldig gesprochen. Nirgends wird die Frage gestellt, wie ist eine Trennung von zwei Menschen, die sich anders entwickelt und auseinander gelebt haben, möglich, ohne daß einer daran zerbricht? Dies ist doch eine Situation, die wir alle kennen und viele schon durchlebt haben. Auch wenn ich für mich einen anderen Weg einschlagen will, möchte ich lernen, in einer Trennung verantwortlich zu handeln. Ich hätte mich gefreut, wenn dieser Artikel auf irgendein Problem konkret eingegangen wäre, wenn er Alternativen zu dem üblichen Verhalten zumindest angedeutet hätte. So bleibt es der Leserin überlassen, Schlußfolgerungen aus dem Gesagten zu ziehen. Wird in dieser Argumentation nicht der Nichtauflösbarkeit der Ehe und der Kleinfamilie unausgesprochen das Wort geredet? Und werden nicht Schlüsse wie dieser vermittelt: dieser Mann ist ein Schwein, seine Politik ist schweinisch – wir, die Mütter und Frauen werden uns so nie verhalten, Politik ist ein schmutziges Geschäft, damit wollen wir, die „Realistinnen", nichts zu tun haben?

Einen breiten Raum nimmt in dem Artikel die Frage ein, warum P.P. Zahl, obwohl er doch viel Geld aus seinen Bucheinnahmen bezieht, seine Kinder nicht unterstützt. Dazu möchte ich nur anführen, daß die Honorare im linken Buchhandel nicht gerade üppig sind. Auch weiß ich zu gut, daß ein minimales Überleben im Knast immens viel kostet und die Anwaltskosten so gut wie gar nicht in angemessener Höhe aufzubringen sind. Hat Zahl also wirklich Geld übrig? Wenn ja, fände ich es beschissen, wenn er nichts für seine Kinder gibt.

Zu welchen Schlußfolgerungen kommt der Artikel?

Da ist Urte Wienen-Zahl, der das Schicksal einer Frau widerfährt. Sie wurde Opfer. Auf der anderen Seite sind die Männer, die, weil sie sich frei machen von aller Verantwortung ihren Frauen und Kindern gegenüber, Politik machen können. „Ob sie linke oder rechte sind, sie bedienen sich der gleichen Methoden", heißt es bei Meo Hellriegel-Rentzel. Sind das Verhalten eines Karrieristen und das eines Mannes, der sich für den illegalen Widerstand entschied und damit jahrelange Gefangenschaft in Kauf nahm, wirklich so einfach gleichzusetzen?

Wie aber kann die Autorin die Tatsache unberücksichtigt lassen, daß im konkreten Fall von P.P. Zahl die Entscheidung so gar nicht getroffen wurde, denn P.P. Zahl hat in verschiedenen Erklärungen dargelegt, wie er durch die zunehmende Verfolgung in die Illegalität getrieben wurde.

Ich habe nichts gegen Parteilichkeit, aber ein bißchen mehr Sorgfalt bei der Recherche hätte Meo Hellriegel-Rentzel vielleicht nicht gleich auf beiden Augen blind gemacht.

P.P. Zahl wird die alleinige moralische Schuld dafür zugeschrieben, daß seine Frau krank und kaputt gegangen ist. Dies ist ein harter Vorwurf und ich überlege mir, auf welchem Richterstuhl die Autorin Platz genommen hat, daß sie so bedingungslos verurteilen kann. Doch ihr geht es um mehr. Mit der Aussage – „man vernichtet Menschen nicht nur mit Bomben und Knarren, es geht auch so" – setzt sie das politische Engagement von P.P. Zahl und das von ihr geschilderte Verhalten seiner Frau gegenüber gleich. Somit wird legitimiert, daß P.P. Zahl im Knast sitzt und eine lautlose Vernichtung stirbt.



Dokumentation und Beiträge zum umstrittenen „Courage"-Artikel, zu bestellen bei FSR Sowi/Pol, Nikolausberger Weg 5c, 34 Göttingen

Ich nehme es erst mal als wahr hin, daß P.P. Zahl mit einer anderen Frau morgens nach Hause kam und seine schwangere Frau aufforderte, einen Kaffee zu kochen. Da ist nichts zu entschuldigen. Das finde ich brutal. Aber gerade weil ich eine Frau bin, verdränge ich die zweite Frage nicht: Wie konnte die andere Frau dieses abgeschmackte Spiel mitbetreiben? Ich habe selbst schon erfahren, daß Frauen, die sich gern als Feministinnen geben – wenn es um ihre Interessen und Bedürfnisse geht – die Frau oder Freundin schlicht vergessen. Sagen wir Frauen doch auch, daß die Männer sich nur so verhalten können, solange wir mitmachen. Davon steht nichts in diesem Artikel. Wie können wir stark und autonom werden und wie uns wehren gegen ein Verhalten, das uns kaputt macht? Wie können wir lernen, uns in a l l e n unseren Beziehungen gegenseitig mehr Freiheiten zu geben, ohne daß wir uns zerstören? Ich habe diese Wünsche noch nicht aufgegeben und suche nach Wegen, damit vorsichtig und dem anderen Menschen gegenüber verantwortungsvoll umzugehen.

Denn aus meiner eigenen Geschichte und meiner beruflichen Tätigkeit habe ich gelernt, daß Frauen nur über das Entwickeln eigener Stärke sich davor schützen können, nicht verrückt gemacht zu werden.

Der Artikel behauptet, daß wir Frauen, solange wir mit Männern leben wollen, keine Alternative haben: Entweder wir passen uns den männlichen Normen an und gehen kaputt oder wir wählen andere Zerstörungsmittel, wie Tabletten oder Alkohol. In allen Aussagen ist die Quintessenz dieses Artikels: Du kannst nichts ändern. Er will demoralisieren in einer Situation der gesellschaftlichen Restauration. Er bestätigt, was uns Frauen schon immer eingeimpft wurde: Auflehnen lohnt nicht. Im Gegensatz dazu bin ich überzeugt, daß gerade wir Frauen – wie schon immer in der Geschichte – ein sehr starkes Widerstandspotential haben. Aber solche Artikel haben die Wirkung, uns zu dämpfen, mutlos zu machen. Das ist ihre politische Funktion.

Warum sagt die Autorin nicht, warum Urte Wienen-Zahl es abgelehnt hat, im Prozeß als Zeugin aufzutreten? Wollte sie einfach ihren Mann nie mehr wiedersehen? Hätte ihre Aussage P.P. Zahl belastet oder entlastet? Wieder kein Wort darüber, um Urte zu verstehen, wie sie weiter in die Verzweiflung getrieben wurde.

In meinen Augen wurde Urte Wienen-Zahl dazu benutzt, um eine sehr politische Perspektive besser zu verkaufen. Was sind die konkreten Inhalte dieser Perspektive?

1. „Üben wir Widerstand aus, richtet er sich häufig gegen den, den wir lieben, und gegen uns. Das ist zerstörerisch und, wenn wir das wissen, auch selbstzerstörerisch".
2. „Wir sind ohnmächtig. Wir haben keine alternativen Strategien angesichts der Streu-, Atom-, Wasserstoff-, Neutronenbombe, angesichts der Realität, die uns alle treffen wird".
3. „In einer Welt, in der männliche Gangster Politik machen, werden Frauen notgedrungen apolitisch ... Wir sind die gesammelte Ichlosigkeit im Gegensatz zu der Männerbundstruktur um uns herum und nicht mächtig, z. B. einen einzigen Krieg in einem einzigen Land zu verhindern – geschweige denn über uns. Es wird unsere Politik nicht mehr geben, höchstens eine Politik der Erkenntnis, es lohnt sich nicht mehr. Unsere Zeit ist um".

Die politische Aussage dieses Artikels ruft dazu auf, sich auf das tägliche Leben zu beschränken, für „Brot, Butter und Wohnung" zu sorgen. Sich nicht auflehnen, sich nicht für die Welt interessieren, die Verhältnisse nicht verändern wollen. Frauen, beschränkt Euch auf den kleinen Alltag und Eure Kinder. Diejenigen, die mehr wollen, sind, wie am Beispiel P.P. Zahl drastisch vor Augen geführt wurde, Schweine. Sie können nur Menschen vernichten.

Ich finde diesen Artikel deshalb so schlimm, weil kein einziges der dort angeschnittenen Probleme auch nur ansatzweise in allen seinen Schwierigkeiten und vielleicht auch Unauflösbarkeiten diskutiert wird, sondern es wird nur verurteilt und abgeurteilt. Eine moralische Haltung wird nur sich selbst zugesprochen.

Aber ich hoffe, daß viele Frauen empört sein werden, sich als gesammelte Ichlosigkeit bezeichnen zu lassen. Dies ist weder heute so, noch trifft es auf die Geschichte der Frauen insgesamt zu. Auch wenn wir Frauen ständig auf diesen ichlosen Zustand herabgedrückt werden sollen, haben wir uns nicht immer auch dagegen gewehrt und wurden gerade dann zu Subjekten, zu handelnden Frauen? Was mich besonders ärgerlich macht, daß in der „Courage" uns ein Geschichtsbild der Frauen vermittelt wird, das von Männern geschrieben sein könnte. Zahlreich sind die Beispiele in der Geschichte des Widerstands, die gerade heute von Frauen für uns wieder entdeckt werden, wo Frauen sich gegen Krieg und Hunger wehrten. Unsere Zeit ist nicht um, sie beginnt.

Zum Schluß noch einige Bemerkungen und Fragen dazu, warum ausgerechnet P.P. Zahl für einen Artikel herhalten muß, der

– mit dem Chauvinismus linker Männer abrechnet
– prinzipiell jeden illegalen Widerstand als männlich-schweinisch denunziert
– und die Frauen zur Erkenntnis auffordert: Widerstand lohnt nicht!

Die Autorin scheint von ihrer eigenen mütterlichen Moral zutiefst überzeugt. Und ich möchte sie fragen, was ist das für eine Moral und Menschlichkeit, die die Lebensbedingungen von P.P. Zahl, mehrere Jahre nach der Trennung von seiner Frau und seinen Kindern, noch nicht einmal für erwähnenswert hält? Eine Leserin, die die Situation von P.P. Zahl nicht kennt, erfährt erst gar nicht, daß er bereits Jahre unter den schlimmsten Bedingungen im Knast sitzt. Daß er zur Zeit einen Hungerstreik macht, um sich einen Rest menschlicher Identität gegen die lautlose Vernichtung zu erkämpfen.

Und ich möchte die Redaktion fragen, habt ihr diesen Artikel abgedruckt, weil P.P. Zahl prominent ist? Dieser Artikel schafft allein schon wegen des Namens Schaulust und Neugier. Er propagiert alttestamentarische Politik: Auge um Auge und Zahn um Zahn. Dies ist gnadenlos und ich bezeichnete bislang immer ein solches

schafft allein schon wegen des Namens Schaulust und Neugier. Er propagiert alttestamentarische Politik: Auge um Auge und Zahn um Zahn. Dies ist gnadenlos und ich bezeichnete bislang immer ein solches

Verhalten als typisch männlich. Ihr habt diesen Mann nackt ausgezogen und zum öffentlichen Abschuß freigegeben. Ihm wird jede moralische Legitimation für sein Handeln, dafür, warum er im Knast sitzt, entzogen. Ich finde, ihr habt mit der Geste einer großen moralischen Haltung und Verpflichtung ein schmutziges Geschäft betrieben. Ich hoffe und bin auch überzeugt, daß viele Frauen so empfinden und denken wie ich. Auch kann ich mir nicht vorstellen, daß ihr mit diesem Artikel Urte Wienen-Zahl moralisch Genugtuung verschafft habt, im Gegenteil. Und ich wünsche P.P. Zahl, daß er trotz dieser Angriffe stark bleibt, um den Knast als Mensch zu überleben. Damit er in seinem Leben noch eine Chance hat, auch Fehler, die er begangen haben mag, wieder gut zu machen – wieder leben und sich verändern zu können.

P.S.
Leider habe ich die Juni-Nummer der „Courage" so spät gelesen, daß der Redaktionsschluß für das nächste Heft bereits verstrichen war. Inzwischen liegt die Juli-Nummer mit den Leserbriefen auf den Artikel von Meo Hellriegel-Rentzel vor. Ich möchte noch kurz auf diese eingehen.

1. Nach den Reaktionen vieler Frauen auf den Artikel, mit denen ich gesprochen habe, scheint mir die Auswahl tendenziös.
2. Chotjewitz hat nun einiges Klärende über die tatsächliche finanzielle Situation von P.P. Zahl geschrieben. Ich hätte mich gefreut, wenn er ausgeführt hätte, worin er weitgehend – „im allgemeinen" – mit Meo übereinstimmt.
3. Bemerkenswert finde ich, daß in keinem Leserbrief auf die Probleme, die das Verhalten von P.P. Zahl sicher mitbestimmt haben – warum er sich für den illegalen Widerstand entschloß – eingegangen wird.
4. Der Leserbrief aus dem Exil von Frau Dr. Hannelore Schröder wird deutlich: „HERR Zahl ist zu Recht im Gefängnis. Das Urteil lautet dreimal lebenslänglich für die bösartige, vorsätzliche und grausame Vernichtung des Lebens einer jungen Frau und zwei kleiner Kinder!" Eine so deutliche Antwort und die kommentarlose Veröffentlichung von seiten der „Courage" hätte ich allerdings nicht erwartet. Das also ist die Konsequenz einer Moral, die vorgibt, soviel menschlicher als die herrschende männliche Moral zu sein. Die Frauenbewegung ist nicht die erste soziale Bewegung, deren Zerfallserscheinungen ich bewußt miterlebe. Nur bin ich traurig, daß sie gerade bei uns Frauen derart bösartige Formen annehmen. Es gibt wenig Zivilcourage in der Frauenbewegung, sonst würden mehr Frauen den Mut haben, sich öffentlich gegen diese Tendenz in der Frauenbewegung zur Wehr zu setzen und gegen den Strom zu schwimmen.

Ich hoffe, daß die Frauen in der „Courage"-Redaktion keine Zensur ausüben und meinen offenen Brief, auch wenn er länger als ein üblicher Leserbrief ist, ganz abdrucken.

Von Birkenhof-Mädchen besetztes Haus geräumt!



Im Anschluß an eine im wesentlichen von der „Sozialistischen Jugendgruppe Rote Panther" (von der SAG getragen) initiierten Protestkundgebung gegen das Mädchenerziehungsheim Birkenhof am 4.7. wurde ein leerstehendes Haus, ein ehemaliges Kinderheim, von einer Gruppe aus dem Birkenhof geflüchteter Mädchen, die den „Roten Panthern" angehörten, besetzt.

Im Laufe der Heimkampagne in Hannover sind in den letzten Wochen viele Mädchen über den Zaun des Birkenhofes ins Freie gelangt, nach Ansicht der Heimaufsicht im Laufe des Monats Juni 20 Jugendliche, während die Heiminitiative für den gleichen Zeitraum die Zahl 50 angibt. Die Heimaufsicht hat mittlerweile eingestanden, daß es *„insgesamt ... 1977 zu etwa 200 Entweiehungen sowie Fluchtversuchen"* gekommen ist („Hannoversche Allgem. Zeitung", 11.7.).

Sicher ist es begrüßenswert, daß ein Teil der jetzt abgehauenen Mädchen bei den „Panthern" eine Anlaufstelle hatte und nicht gleich auseinandergerissen und völlig auf sich

11.7.).
Sicher ist es begrüßenswert, daß ein Teil der jetzt abgehauenen Mädchen bei den „Panthern" eine Anlaufstelle hatte und nicht gleich auseinandergerissen und völlig auf sich

gestellt versuchen mußte, „draußen" zurecht zu kommen, vor allem, wenn man bedenkt, daß den Jugendlichen in der Vergangenheit nur allzu oft keine andere Wahl blieb, als sich ohne Papiere und ohne jegliche Berufsausbildung mit den miesesten Zuhältern einzulassen. Neun der geflohenen Mädchen hatten bei dieser von der SAG getragenen Gruppe erst einmal eine Möglichkeit gefunden, zusammenzubleiben. Eben diese neun Mädchen waren es auch, die im Anschluß an die Kundgebung das „Schwedenheim" besetzt hatten und dort eine Woche lang wohnten.

Am 13.7. berichtete die Lokalpresse unter der Schlagzeile *„Punkt neun trat die Polizei die Haustür ein: Schwedenheim wurde gewaltsam geräumt"* („HAZ") von der brutalen Beendigung des „Freiheitsaufenthaltes" der geflohenen Jugendlichen durch Jugendämter, Heimaufsicht und ausführende Organe: 40 Polizisten, die die Eingangstür eintraten, Besetzer ins Gesicht schlugen, die Mädchen zum Teil an den Haaren aus ihrem Haus schleiften. In der „HAZ" vom 13.7. heißt es: *„Gegen neun Uhr verschafften sich 46 uniformierte Schutz- und Kriminalpolizisten Zutritt zum Schwedenheim-Gelände, traten die Eingangstür ein und forderten, teils mit gezogenen Waffen, die Jugendlichen auf, das Haus zu verlassen ... Bei den Handgreiflichkeiten innerhalb des Hauses wurde zweimal die chemische Keule eingesetzt ... Einige der Mädchen, die zunächst passiven Widerstand geleistet hatten und später strampelten und um sich bissen, mußten aus dem Haus gezerrt werden."*

Ganze zwei Wochen hat also die Freiheit dieser Birkenhof-Mädchen gewährt, ehe sie gewaltsam dem Zugriff genau der Behörden übergeben wurden, denen sie auch ihre Einweisung in den Birkenhof zu verdanken hatten. In welche Heime die Mädchen gebracht worden sind, blieb unklar. Fest stand lediglich, daß es sich nicht um den Birkenhof, sondern um verschiedene „offene Heime" in der BRD handeln solle (?), daß also die Jugendlichen auseinandergerissen und wiederum in „öffentliche Erziehung" gesteckt werden sollen.

So groß auch die Empörung über das Vorgehen der Polizei unter Regie der zuständigen Jugendbehörden (Polizeidirektor Sander: „Wir mußten In Amtshilfe für die Jugendbehörden tätig werden", „HAZ", 13.7.) ist, entlastet das nicht die „Roten Panther" von dem Vorwurf, die so spontan in die „Freiheit" gelangten Mädchen schlecht beraten zu haben. Spätestens zwei Tage vor der polizeilichen Räumung, als durch die Presse bekannt wurde, daß die Stadt eine Strafanzeige wegen Hausfriedensbruch gestellt hatte und der Leiter des städtischen Jugendamtes *„noch einmal auf den Willen der Stadt hin[wies], das Schwedenheim zu räumen"* („HAZ", 11. 7.), hätten die Mädchen in Sicherheit gebracht werden müssen, was ja noch nicht einmal unbedingt die Beendigung der Besetzung bedeutet hätte. Jedoch ist das Unterlassen dieses notwendigen Schrittes nur eine konse-

7.), hätten die Mädchen in Sicherheit gebracht werden müssen, was ja noch nicht einmal unbedingt die Beendigung der Besetzung bedeutet hätte. Jedoch ist das Unterlassen dieses notwendigen Schrittes nur eine konse-

quente Fortsetzung der Politik, die die SAG insgesamt in dieser Frage eingeschlagen hat.

Von Beginn der „Birkenhof-Kampagne" an ist es der SAG an keinem Punkt darum gegangen, gemeinsam mit den Initiatoren der Bewegung und anderen Interessierten daran zu arbeiten, daß die Kampagne ein solches Ausmaß annimmt, daß die Heimlei- und -aufsicht nicht umhin können, auf die Forderungen der Heiminitiative einzugehen und die katastrophalen Mißstände im Birkenhof abzustellen.

Gegen den Willen der Heiminitiative und die überwiegende Mehrheit der Teilnehmer der ersten Informationsveranstaltung zogen „Rote Panther" nachts vor das Erziehungsheim und versuchten, den Stacheldraht einzureißen. Diese Aktion zeigt bereits symptomatisch an, welchen Kurs die SAG einzuschlagen gedachte: Es zählte nur die direkte Aktion, das Befreien der Mädchen. Die nächsten Schritte: eine nicht diskutierte, von der SAG quasi im Alleingang inszenierte und durchgesetzte Demonstration, in deren Anschluß auch das Schwedenheim besetzt wurde. Im Mittelpunkt der Arbeit gegen den Birkenhof stand plötzlich nicht mehr das Schaffen einer breiten Öffentlichkeit über die Mißstände im Heim, sondern die Solidarität mit den geflohenen Mädchen.

Wenn auch diese zwei Fragen an sich kein Gegensatz sein müßten, so sind sie es durch das ausschließliche Festhalten der „Roten Panther" und deren sektiererisches Vorgehen in Fragen der Solidaritätsaktionen für die Mädchen doch fast dazu geworden. Anstatt ihre Vorstellungen zumindest im Kreis der Unterstützer zu diskutieren, haben die Panther die Heiminitiative nicht nur ein Mal schlicht und einfach vor vollendete Tatsachen gestellt: Mal war eine Demonstration bereits angemeldet, Plakate schon gedruckt, ein Haus bereits besetzt.

So ist es auch zu erklären, daß heute immer noch nicht die Breite von Unterstützern gegen Jugendämter und Aufsichtsbehörden aufgeboten werden kann, die bei einem demokratischeren und offener angelegten Vorgehen sicher hätte gewonnen werden können.

Dennoch sind die Chancen, den Birkenhof zur radikalen Änderung seiner „Erziehungspraktiken" zu zwingen und die öffentliche Diskussion um die Zustände in der bundesdeutschen Heimerziehung in Gang zu halten, auch weiterhin gut. Zwar berichtete die Presse am 11.7.: *„Bei einer angeordneten Kontrolle des Birkenhofes durch das Gewerbeaufsichtsamt sind keine groben Verstöße gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz festgestellt worden. Lediglich leichte Arbeitszeitüberschreitungen sowie eine geringfügige Verlängerung des Berufspraktikums wurden registriert ..."*, jedoch sind nach Bekanntwerden eines Gutachtens eines Vertreters des Westberliner Landesjugendamtes, das von der Heimaufsicht zunächst aus gutem Grund verheimlicht wurde, neue Tatbestände an die Öffentlichkeit gedrungen, die die Vorwürfe der Heiminitiative nur bestätigen. Am 5.7. hat ein

berliner Landesjugendamtes, das von der Heimaufsicht zunächst aus gutem Grund verheimlicht wurde, neue Tatbestände an die Öffentlichkeit gedrungen, die die Vorwürfe der Heiminitiative nur bestätigen. Am 5.7. hat ein

„großer Unbekannter" („HAZ") aus einem Büro im Regierungspräsidium zahlreiche Akten über das Heim sichergestellt und sie Peter Brosch und der Heiminitiative zugespielt, ehe sie der Heimaufsicht zurückgegeben wurden. Als die „HAZ" am 7.7. schrieb: *„mysteriöser Diebstahl beunruhigt die Bezirksregierung"*, so traf sie damit voll ins Schwarze, denn nach Aussagen von Peter Brosch bestätigt der Inhalt der über 140 Seiten aus Akten des Landesjugenamtes sämtliche erhobenen Vorwürfe!

Die Forderung des Sprechers der Staatsanwaltschaft, die den Strafantrag gegen den Birkenhof bearbeitet, *„weiteres Material zur Stützung seiner Strafanträge gegen die Heimleitung des Birkenhofes vorzulegen"* („HAZ", 7.7.) kann Brosch somit in jeglicher Hinsicht nachkommen. War am 7.7. noch zu lesen, *„die Ermittlungen im Falle Birkenhof würden sich wegen der schwierigen Materie einige Zeit hinziehen"* und da *„es sich mehr um eine erziehungs- und sozialrechtliche Problematik"* handele, *„die wenig strafrechtliche Verfolgungsmöglichkeiten beinhaltet"* (Oberstaatsanwalt Müller-Hasse in der „HAZ"), könne *„höchstens der Vorgang einer angeblichen Medikamentenverabreichung und Fragen des Jugendarbeitsschutzes geprüft"* werden, stand am 14.7. in der „HP", daß gerade die Verabreichung von Medikamenten einwandfrei nachgewiesen werden könne. Dort heißt es u.a.: *„Brosch stellte nach Akteneinsicht fest: ‚Auszüge aus den Medikamentenbüchern bestätigen unseren Vorwurf'. Er zitiert eins der Heimmädchen: ‚Ich mußte Tabletten nehmen. Ich fühlte mich unter Druck gesetzt' "* („HP", 14.7.).

Diese Umstände lassen darauf hoffen, daß der Birkenhof-Leitung bald das letzte Stündlein geschlagen haben könnte!

KB / Hannover

Buchbesprechungen
Ausländerinnen in der BRD: Die verkauften Bräute

Drei Taschenbücher sind in letzter Zeit aufgefallen, die sich mit dem Thema „Gastarbeiterinnen" oder ausländische Frauen in der BRD beschäftigen.

Das ist nicht leicht: Am besten wäre es ja, die Frauen schrieben selbst ihre Erfahrungen auf. Aber da sind wir schon mitten im Problem. Diese Frauen sind ja oft Analphabeten und sprechen selten deutsch. Zudem, wer besorgt für sie eine Veröffentlichung?

Am besten gelungen scheint mir die Übermittlung der oft für uns fremden Erfahrungen dieser Frauen durch das von Marianne Herzog zusammen mit der Jugoslavin Vera Kamenko herausgegebne Rotbuch *„Unter uns war Krieg."* (Berlin DM 7,—. M. Herzog gab im rotbuch Verlag ebenfalls heraus: „Von der Hand in den Mund").

Vera Kamenko begann in gebrochenem Deutsch zu schreiben, als sie im Berliner Frauengefängnis einsaß; Marianne Herzog im Vorwort des Buches:

„Ihr Manuskript habe ich in einer Nacht gelesen. Ich wollte, daß es erscheint. Von allen Büchern brauche ich solche am meisten, in denen eine ihr Leben beschreibt. Zum Leben. Ich brachte ihr Manuskript in den Rotbuch Verlag. Ich besuchte Vera in Jugoslawien.,,

Und so entstand diese äußerst eindringlich geschriebene Autobiographie.

In Jugoslavien hatte Vera Mann und Kind. Bevor ihr Mann sie mit einer anderen Frau verließ, schrieb sie: *„Das Kind war da, aber das war nicht alles, was ich brauchte. Ich brauchte einen Menschen, mit dem ich von allem reden konnte, aber mein Mann war immer müde und hat keine Lust dazu gehabt."* (S.39)

1969 geht sie nach Westdeutschland, durch die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung als Arbeiterin angeworben.

Als sie als erstes gleich in ein streng bewachtes Wohnheim eingewiesen wird, zerbrechen ihre Träume und Hoffnungen auf ein besseres Leben. Weil sie sich allein kaum zurechtfindet, und die Baracke haßt, sucht sie Schutz und Geborgenheit bei ausländischen Männern. Sie hat erst unterschiedliche Freunde, bleibt dann, weil er sie fast dazu zwingt, bei Hassan, einem Türken.

„Hassan und ich mußten viel arbeiten. Und er hatte nichts anderes im Kopf als Sex und Essen. Das ist bei ihm das Wichtigste gewesen. Er hat mich damals viel geschlagen. Die erste Zeit habe ich gedacht, daß er recht hat, aber manchmal bekam ich Schlä-

arbeiten. Und er hatte nichts anderes im Kopf als Sex und Essen. Das ist bei ihm das Wichtigste gewesen. Er hat mich damals viel geschlagen. Die erste Zeit habe ich gedacht, daß er recht hat, aber manchmal bekam ich Schlä-



ge, und ich wußte nicht, warum. Er hat immer gesagt, daß ich eine Nutte sei, und bestimmt immer andere Männer haben möchte", schreibt Vera später über diese Beziehung.

Sehr eindringlich wird die Armut, Enge und tägliche Angespanntheit zuhause beschrieben, die sich natürlich meist auf Vera entlädt. Trotzdem können die beiden die Situation nicht von sich aus ändern, hängen aneinander, weil sie sonst völlig allein wären und holen sogar schließlich Veras Sohn Mile aus Jugoslavien in die enge Einzimmer-Wohnung.

Die Konflikte steigern sich besonders dadurch, daß Hassan und Mile sich sprachlich nicht verständigen können, und Mile Vera nicht die von ihr erwartete Liebe entgegenbringt. Die lange Trennung hat zu Entfremdungserscheinungen geführt: Der Junge will wieder nach Jugoslavien. Aber die Rückfahrt ist zu teuer: Er muß bleiben. Aus Protest zieht sich Mile immer mehr in sich zurück und bleibt in seiner Entwicklung zurück. Schließlich kommt es zu dem verhängnisvollen Ereignis, an dem Hassan und Vera schuld waren. Beide prügelten aus Verzweiflung und unter psychischem Druck nacheinander auf das Kind ein.

„Ich war müde von allem und verzweifelt und habe einen Menschen geschlagen, den ich liebe. Ich habe nachher immer weiter geschlagen, ich wußte nicht mehr, was ich tue." (S. 78)

Erst Tage später im Gefängnis erfährt Vera von einer Sozialarbeiterin, daß Mile tot ist. Hassan leugnet alle Mitschuld an den Vorgängen, sodaß Vera zu dreieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt wird. Vom Gefängnis wird sie danach direkt nach Jugoslavien abgeschoben. Hier kann sie zum Glück nochmal ein neues eigenbestimmtes Leben beginnen.

Als Marianne Herzog sich in Jugoslavien von Vera verabschiedet, sagt die Arbeiterin zu ihr: *„Ich wünsche, daß andere Frauen auch ihr Leben aufschreiben, verstehst du. Das in Deutschland lesen, und die Frauen nachher schreiben, was sie denken davon und ihr Leben auch aufschreiben. So das weiter geht, um zu sehen, wie Frauen überhaupt leben in Deutschland."*

Das zweite Buch, das von den Erfahrungen türkischer Frauen handelt, ist ganz anders. Es ist eine Mischung aus wissenschaftlicher Analyse und subjektiven Erlebnissen. Das kommt daher, daß es von zwei Pädagoginnen als Diplomarbeit verfaßt wurde, die in einem türkischen Kindergarten in Berlin-Kreuzberg arbeiten.

Sie sind einen Sommer nach Anatolien gefahren, weil sie wissen wollten, wie die ausländischen Frauen aus Kreuzberg in ihrer Heimat leben: *„Die verkauften Bräute"* von Andrea Baumgarner-Karabak und Gisela Landesberger (DM 4,80, rororo TB).

In dem Buch wird sichtbar, welche Bedeutung besonders der Islam für die Frauen in der Türkei hat, warum der Vater und der Ehemann in allen Bereichen über die Frau verfügt und die Entscheidungen trifft. Die Türkinnen sind größtenteils Analphabetinnen, sie werden schon in frühester Kindheit verheiratet, und selbst die Auswanderung ist meist nicht ihr eigener Entschluß. Statt im Dorfverband bleiben zu können, müssen sie ihren Männern nachziehen: als Analphabeten, sprachunkundig, ungelernt und entmündigt.

Liest man die Beschreibungen ihres Lebens in Anatolien und den tiefen Bruch im Leben durch die Auswanderung nach Deutschland, sprach-

unkundig, ungelernt und entmündigt.
Liest man die Beschreibungen ihres Lebens in Anatolien und den tiefen Bruch im Leben durch die Aus-

wanderung nach Deutschland, wird manches klarer, was auf den ersten Blick uns bei Türkinnen oft befremdlich erscheint. Es wird verständlich, warum sie scheu und isoliert selbst unter Frauen im Stadtteil oder in der Fabrik sind. Daß sie wie kaum eine andere Bevölkerungsgruppe an ihrer traditionellen Kleidung festhalten, daß sie zwei Schritte hinter Mann und selbst Kindern auf der Straße gehen. Dieses Buch kann das diffuse Mitleid und Befremden zerstören helfen, das wir den Türkinnen gegenüber empfinden, wo immer wir sie als Diskriminierte sehen, diskriminierter als Italienerinnen, Griechinnen, Jugoslavinnen. Es kann, besonders, wenn man mit den Frauen mal darüber spricht, das Mitleid in Verstehen und gemeinsames Reden als Vorstufe zum Handeln unter Frauen ummünzen.

Deshalb ist dieses Buch sehr wichtig, auch wenn der wissenschaftliche Teil sich etwas umständlich liest.

Fortsetzung Seite 21

Fortsetzung von Seite 20

„Elephteria oder die Reise ins Paradies", ein Buch, das unter der Regie des „Werkkreises Literatur der Arbeitswelt" zustande kam, ist im Gegensatz zu den beiden anderen Neuerscheinungen schon 1975 von dem Düsseldorfer Lehrer Hermann Spix verfaßt worden (Fischer TB, DM 3,80).

Dieser Roman will die Erfahrungen einer griechischen Arbeiterin bei Pierburg Neuß verarbeiten. Er konstruiert einen Erfahrungsprozeß der Arbeiterin mit ihren Kolleginnen und ihrem Mann, der schließlich in ihrem Engagement als Vertrauensfrau vor, in und nach dem Streik gipfelt.

Solche Berichte mit den mitabgedruckten Dokumenten aus der meistens geheimgehaltenen Betriebsöffentlichkeit brauchen wir. Aber wie es geschieht, das wird schon an der Sprache des Klappentextes des Buches deutlich:

„Ihre [Elephterias] Entwicklung ist eingebettet in die gleichzeitige Entwicklung des Selbstbewußtseins der ganzen Belegschaft, das sich schließlich in einem Arbeitskampf bewährt, der in der westdeutschen Arbeiterbewegung Geschichte gemacht hat."
So läuft es auch in dem Roman:

Alles ist geradlinig und konsequent. Die Gewerkschaft, vertreten durch die Vertrauensfrau Gerda, und dokumentiert durch zahlreiche Flugblätter der IG Metall, hat letztlich immer recht. Wenn sich Kolleginnen mal erdreisten zu fragen, warum so lange von der Gewerkschaft nichts unternommen wurde, kriegen sie die Antwort: *„Kollegin, machst Du nie Fehler, versäumst Du nie was? Wichtig ist doch, daß jetzt was getan wird!"*

Alles wird für die Kolleginnen getan; die Männer, auch die Ausländer, sind gleich eine Front mit den Frauen, Antje Fuchs kriegt Komplimente: Kurzum, die Gewerkschaft als Speerspitze der Bewegung!

Da wundert's dann auch nicht mehr, wenn die Konsequenz der persönlichen Entwicklung Elephterias bruchlos darin gipfelt, trotz der angesprochenen Gefahren (Junta-Spitzel in der BRD) aktive Gewerkschafterin zu werden.

Das ist eben das Konstruierte an dem Roman: Widersprüche, deren Behandlung im Text und auch manchmal die hier und heute noch nicht mögliche Auflösbarkeit von Ängsten, Zweifeln und Schwierigkeiten kommen so gut wie nicht vor. Und nur das kann aber doch Lernpotential bergen! Nicht dieser geradlinige Optimismus, der zudem auch noch im Gegensatz zu wirklichen Biographien die Spannung total vermissen läßt, die im konkreten Leben mit seinen Zick-Zacks nun einmal abläuft!

Der Anspruch auf Dokumentarliteratur darf auf Widersprüche, deren momentane Unlösbarkeit und auf Unbequemlichkeiten nicht verzichten.

Genau darin unterscheidet sich der Roman von der Autobiographie Vera Kamenkos. Die Ehrlichkeit, mit der sie sich infrage stellt, um zu lernen, und die Genauigkeit in der Beschreibung der Unterdrückungsmechanismen — übrigens auch durch den Mann und Kollegen! — ist es, die uns zum Nachdenken und vielleicht auch zum Umlernen zwingt. Nicht die Logik und Geschlossenheit eines „spätproletarischen Entwicklungsromans", der seinen Lesern kaum eigene Phantasie — und Interpretationsmöglichkeiten einräumt.

Ein Buch, das sehr gut mit den Alltagserfahrungen Elephterias und ihres Mannes anfängt. Da ist es informativ und auch spannend, es läßt aber merklich nach, je grundsätzlicher es wird.

Eine Genossin aus der
Kulturkommission

Leserbrief
Was haben Lesbe und Schwule gemeinsam?

Es ist erfreulich, daß im AK eine Diskussion um die Situation lesbischer Frauen stattfindet. Zu dem Beitrag der lesbischen Frau im AK 133 möte ich einige Einwände machen. Dort heißt es: *„Die Frau* (die im AK 132 ein Interview gab – Anm. Verf.) *bezeichnet sich als ‚schwul' – für mich ein Schlag ins Gesicht. Wir Lesben haben mit Schwulen Männern nichts gemeinsam"*. Das halte ich für falsch. Lesben und Schwule haben eine ganze Menge gemeinsam, nämlich ihre Homosexualität, eine Form der Sexualität, die in einer zwangsheterosexuellen Klassengesellschaft so übel diskriminiert wird, daß man/frau sich wie der hinterletzte Dreck in einer Subkultur verkriechen muß und man/frau überall dort Repressionen ausgesetzt sind, wo sie sich als Lesben/Schwule zu erkennen geben. Die Diskriminierung von Lesben und Schwulen in Familie und Beruf, durch Pressehetze, Behörden, bürgerliche Wissenschaftler, Theologen und andere Vögel gleicht sich in sehr vielen Punkten.

Ein wenig weiter heißt es: *„Der homosexuelle Mann genießt immerhin die (!) Privilegien dieser Gesellschaft"*. Dies ist mir als Schwulem wirklich etwas Neues. Die Schreiberin muß wohl erst daran erinnert werden, daß es weiterhin einen § 175 gibt, der sich gegen homosexuelle Männer richtet, daran erinnert werden, daß homosexuelle Männer stereotaktischen Menschenversuchen (einschließlich chemischer Kastration) ausgesetzt sind, daß es Berufsverbote und andere Entlassungen, daß es eine fast permanente Pressehetze gegen Schwule gibt, und daß Schwule gezwungen werden – durch staatliche und gesellschaftliche Repression –, ihre Homosexualität (ebenso wie die meisten lesbischen Frauen auch) peinlichst zu verbergen und ihre Persönlichkeit in einen „vorzeigbaren" und in einen „subkulturellen" Teil zu spalten.

Der Homosexuelle muß, will er in dieser (!) Gesellschaft irgendwelche „Privilegien" genießen, eine „heterosexuelle Charaktermaske" anlegen, um nicht in den Ruf zu kommen, kein „richtiger Mann" zu sein (was immer auch ein „richtiger Mann" sei). Wenn die Schreiberin also von Privilegien redet, dann müßte sie die „Privilegien" eines Unterdrückten – also etwas absurdes – meinen. Das möchte ich ihr nicht unterstellen. Jedoch halte ich es für politisch falsch, nach sexistischer Manier nur auf den Schwanz zu starren und zu sagen: Mann ist Mann. Gerade hier reproduziert sich nämlich „das herrschende negative Bild der Lesben als männerhassende Monsterfrau" (AK 133). Tatsächlich können sich viele Schwule in dem Beitrag der Verfasserin wiederfinden, wenn sie zum Beispiel von der „ziemlich schlimmen Sub", den Problemen homosexueller Beziehungen oder auch von der Verinnerlichung der Unterdrückung schreibt („Homosexualität eigentlich kein Problem").

Die Herrschenden benutzen eben nicht nur den „kleinen Unterschied" zwischen Mann und Frau zur Durchsetzung ihrer Herrschaftsinteressen, sondern auch zwischen Hetero- und Homosexualität. Das Recht auf Homosexualität müssen wir uns – ob Lesbe oder Schwuler – gemeinsam erkämpfen und dies ist auch das verbindende Element zwischen Lesben- und Schwulenbewegung. Es wäre schlimm, gelänge es, über die von den Herrschenden vorgenommene Ausbeutung des „kleinen Unterschiedes" zwischen Mann und Frau, auch eine Spaltung des notwendigen Kampfes der homosexuellen Frauen und Männer für ihr Recht auf Homosexualität vorzunehmen.

Das Selbstverständnis der Schwulenbewegung basiert unter anderem auch darauf, daß die reaktionäre Männerrolle bekämpft werden muß. Denn es ist eben kein Zufall, daß der großkotzige Macker es ist, der nicht nur frauenfeindlich, sondern auch extrem schwulenfeindlich auftritt, und es ist weiterhin ein Fakt, daß die Herrschenden gerade immer wieder die Ideologie des „richtigen Mannes" propagieren (z.B. „Bild": „Ein richtiger Mann braucht 30 Frauen"). Es ist auch kein Zufall, daß gerade im Faschismus Homosexuelle zu zigtausenden in den KZ's umgebracht wurden (und unter den gegenwärtigen faschistischen Regimen ebenfalls verfolgt werden), während die übrigen Frauen und Männer für die imperialistische Expansionspolitik funktionalisiert wurden, d.h. die Frau zur Gebärmaschine („Mutterkreuz") degradiert und der Mann zum Helden („Eisernes Kreuz") hochgejubelt wurde. Im Rahmen der zunehmenden sexualfeindlichen Propaganda hierzulande (Kampagnen gegen Sexualerziehung an Schulen, Emilia-Garotti-e.V.; Stimmungsmache gegen Pille, Frauenbewegung usw.) und den zunehmenden Aktivitäten faschistischer Kräfte vor dem Hintergrund des rapiden Abbaus demokratischer Rechte, ist es notwendig, daß wir die Gemeinsamkeiten des Kampfes als Homosexuelle in den Vordergrund stellen. Dies kann meines Erachtens nicht heißen, daß Lesben und Schwule auf eigenständige Organisationen verzichten, sondern daß sie viel mehr als bisher g e m e i n s a m für das Recht auf Homosexualität eintreten und überall dort zusammenarbeiten und ihre Aktivitäten koordinieren, wo gemeinsame Interessen verletzt werden.

Zwei schwule Genossen aus Hamburg

Wie emanzipiert sind wir

–, ihre Homosexualität (ebenso wie die meisten lesbischen Frauen auch) peinlichst zu verbergen und ihre Spaltung des notwendigen Kampfes der homosexuellen Frauen und Männer für ihr Recht auf Homosexualität wo gemeinsame Interessen verletzt werden.
Zwei schwule Genossen aus Hamburg

Wie emanzipiert sind wir eigentlich?

Im AK 129 (16. Mai '78) wurde von 2 Genossinnen berichtet, die von ihren Freunden, beide im KB organisiert, schwer geprügelt worden waren.

Nun sind diese beiden Genossinnen nicht Personen, die erst vor kurem, etwa über die Papageienfrage, zum KB gefunden haben, sondern sie können auf eine langjährige politische Erfahrung und Praxis zurückblicken, die in den letzten Jahren die Frauenpolitik mit einschließt. Diese Genossinnen haben monatelang eine unbefriedigende Beziehung, die schließlich sogar direkt bedrohlich für sie wurde, ertragen, ohne sich von Freund/inn/en und Genoss/inn/en Unterstützung zu holen, sie haben die Situation sogar direkt vertuscht.

Warum?

Im AK 129 steht dazu nur folgendes: *„In beiden Fällen haben die Genossinnen zunächst schamhaft geschwiegen und die Genossen gedeckt."*

Ich möchte dazu von Erfahrungen berichten, die ich in der letzten Zeit mit mir selber gemacht habe: Schon eine Weile war ich über die Beziehung mit meinem Freund unzufrieden. Immer mal wieder ist mir aufgefallen, daß unser Zusammensein gewohnheitsmäßig war, oder ich habe mich immer wieder geärgert, wenn er die Küche verdrecken ließ.

Immer wieder habe ich Versuche gemacht, die Situation zu ändern, indem ich eine Diskussion mit ihm oder ein Donnerwetter veranstaltete.

Wenn mich Freund/inn/e/n fragten, wie es denn so bei mir läuft, habe ich meine Unzufriedenheit immer heruntergespielt. Dabei ist mir sehr oft durch den Kopf geschossen, daß ich in meiner Situation nicht zugeben kann, daß ich solche Probleme habe. Denn schließlich bin ich ja im KB und noch dazu in der AG Frauen!!!

Solche Genossinnen müßten doch eigentlich in der Lage sein, eine vernünftige Beziehung zu führen. Ist in der Frauengruppe und schafft es nicht, z.B. die leidige Frage der Hausarbeit so zu lösen, daß ihr Freund nicht nur nicht in regelmäßigen Abständen die Wohnung einmüllt, sondern auch von selbst sieht, was er machen muß!

Ein Armutszeugnis, habe ich mir gedacht und weiter geschwiegen. Natürlich gestehe ich immer jeder anderen Frau zu, mit Haushalt oder beruflichen Problemen nicht fertig zu werden, aber ich, ich bin doch schon so emanzipiert, hab schon an so vielen politischen Aktionen teilgenommen, hab schon vor mehreren tausend Leuten Reden gehalten, Veranstaltungen organisiert, das Curiohaus mit besetzt usw. und ich bin nicht in der Lage, eine vernünftige Beziehung zu führen — lächerlich!

Die Argumentation einer vergleichsweise braven Ehefrau läuft vielleicht anders, aber das Resultat ist dasselbe: *„Wir fühlen uns a l l e i n e verantwortlich für unsere Beziehung.* Genauso wie sich die Ehefrau für ihre Ehe verantwortlich fühlt.

Sie sagt sich: Ich kann das Scheitern meiner Ehe nicht zugeben, weil dann mein Image als gute Ehefrau verloren geht. Und ich sage mir, ich kann die Schwierigkeiten meiner Freundschaft nicht zugeben, weil dann mein Image als emanzipierte Frau und Kommunistin verlorengeht.

Ich glaube, daß die geschilderten Gedankengänge nicht nur bei mir abgelaufen sind, sondern daß sie dafür verantwortlich sind, daß — trotz ausdrücklicher Aufforderung im AK, Berichte über ähnliche Vorfälle zu schikken! — bisher nur zwei KB-Frauen die Tatsache öffentlich gemacht haben, daß sie von ihren Männern geprügelt worden sind.

Ich möchte noch auf eine andere Sache zu sprechen kommen, die nicht unbedingt frauenspezifisch ist, aber wo ein ähnlicher Gedankengang abläuft. Wie gehen wir mit unserer persönlichen Unterdrückung am Arbeitsplatz, bei Behörden, durch Vermieter usw. um?

Ist es nicht oft so, daß Genoss/inn/en über Schwierigkeiten gar nicht berichten, weil sie nicht zugeben wollen, daß sie damit nicht alleine fertig werden, weil sie es Scheiße finden, daß ihnen als Kommunist/inn/en so was passieren mußte?!

Welche Genoss/inn/en berichten denn z.B. darüber, wie sie beim Arbeitsamt kalt abgebürstet werden und sich diesen Zynikern hilflos ausgeliefert fühlen? Über das Gefühl, versagt zu haben, trösten sie sich allenfalls mit der Feststellung: Das ist eben Kapitalismus!

Eine andere Variante der Haltung, die alltäglichen Probleme gering zu schätzen, kann sich dann so ausdrücken, daß Genoss/inn/en „aus Zeitgründen" nichts gegen den Wasserfleck in ihrer Küchenwand machen, aber im Nachbarstadtteil in einer Initiative gegen Sanierungspläne mitarbeiten.

Ich meine, wenn es einen kleinen Unterschied zwischen uns und Emma und Otto Normalverbraucher geben sollte, dann nicht den, daß wir nicht dieselben Probleme haben, sondern, daß wir sie offen zugeben und versuchen, etwas dagegen zu unternehmen; dabei werden wir feststellen, daß wir damit nicht alleine stehen.

Eine Genossin der AG Frauen

KB / Gruppe Hamburg

Schwule GEW-Gruppe gründet sich

Eine Gruppe schwuler Lehrer hat in der GERWERKSCHAFT ERZIEHUNG UND WISSENSCHAFT BERLIN die Initiative zur Gründung eines **„Arbeitskreis schwuler und lesbischer Lehrer/innen und Erzieher/innen"** ergriffen. In einem Artikel der „Berliner Lehrer-Zeitung", der gleichzeitig in der Zeitung „Erziehung und Wissenschaft" der GEW im DGB veröffentlicht wird, beschreiben die Verfasser unter der Überschrift *„Die Angst des schwulen Lehrers im Dienst – oder das Tabu Homosexualität im Erziehungswesen"* die vielfältigen Diskriminierungen homosexueller Lehrer im Kollegium, von Schülern, Eltern und Behörde, die sich bisher weigerte, *„öffentlich eine klare Stellungnahme gegen die Diskriminierung von schwulen Lehrern abzugeben"*. Ziel des Arbeitskreises ist es, *„ unter den gewerkschaftlich organisierten Kolleginnen und Kollegen ein Problembewußtsein dafür zu schaffen,*
– daß Schwule genau so gute/schlechte Lehrer wie heterosexuelle Lehrer sind,
– daß Schwule im Erziehungswesen in ihrer Persönlichkeit eine stärkere Unterdrückung erfahren als Heterosexuelle,
– daß Schwule gezwungen sind, ein entwürdigendes Doppelleben zu führen."

Weiter heißt es: *„Indem nun einige betroffene Lehrer sich an die Gewerkschaftsöffentlichkeit wenden, wollen wir das Tabu hier durchbrechen und von den Gewerkschaftskollegen aktive Unterstützung im Kampf gegen die Diskriminierung fordern"*. Die Verfasser des Artikels fordern ihre schwulen Kollegen auf, ihr Schwulsein ebenfalls öffentlich zu machen und berichten über eigene Erfahrungen bei der Durchführung dieses mutigen Schrittes:
„Nach vier Jahren können wir sagen, daß unser Sichöffnen zur Folge hatte,
– daß bei den Kolleginnen und Kollegen Ängste Schwulen gegenüber abgebaut wurden,
– daß es u n s die Sicherheit gegeben hat, im Berufsverbotsfall Kollegen hinter uns zu wissen,
– daß diese Sicherheit uns stark macht, Anspielungen der anderen Kollegen, der Schulleitung und der Schüler unbefangener, angstfreier und sicherer entgegenzutreten". Abschließend fordern die Mitglieder der Initiative die GEW-Kollegen dazu auf, in den Betriebsgruppen folgende Forderungen zu diskutieren:

„1. Rechtliche Gleichstellung der Schwulen mit den Heterosexuellen,
2. Schutz vor Diskriminierung,
3. Behandlung der Homosexualität als gleichwertige Form der Sexualität im Sexualkundeunterricht,
4. kein Berufsverbot für schwule Lehrer,
5. restlose Streichung des §175,
6. strafrechtliche Verfolgung antischwuler Hetze".

Wir hoffen, daß diese mutige Initiative der Gruppe breiteste Unterstützung findet und andere schwule Lehrer herausfordert, sich diesem Vorgehen anzuschließen!
(Alle Zitate: Berliner Lehrer-Zeitung 7/8, 1978, S.18/19).

Schwule Genossen der AG Sexualität /KB Gruppe Hamburg

Was hat ein Porno-Film mit dem demokratischen Kampf zu tun?

Nach einem langwierigen Prozeß wurde dieser Tage vom Hamburger Landgericht über das weitere Schicksal zweier bereits 1973 in einem Beate Uhse- Laden beschlagnahmter Porno- Filme entschieden: während der eine Film jetzt freigegeben wurde, bleibt der andere beschlagnahmt. (nach „Hamburger Morgenpost", 20. 7.78).

Erfreulich, mag manche (r) dabei denken. Ist es das wirklich? Die Freigabe der Pornographie erfolgte im Zuge jenes – insgesamt recht bescheidenen – Liberalisierungsprozesses, der mit dem Regierungsantritt der SPD 1969 eingeleitet wurde. Von der CDU/CSU, von der katholischen Kirche, von der NPD und anderen Nazis wurde dieser Schritt auß heftigste bekämpft.

Warum? Weil in den 50er und noch weit hinein in die 60er Jahre sich die restriktive Zensur auf dem Gebiet des Sexuellen und seiner Darstellung als e i n e s der wirksamsten Instrumente der Reaktion erwiesen hat. Abgesehen vom gezielten Einsatz dieses Instruments gerade gegen f o r t s c h r i t t l i c h e Kunstwerke, Filme etc. erwies sich die Zensur auch als ideales Mittel zur Aufrechterhaltung einer restrikten, menschenfeindlichen Sexualmoral. In einer kapitalistischen Gesellschaft k a n n die Zensur auch gar nicht anders wirken: indem sie „freizügige" sexuelle Darstellungen und Pornos ins Verbotene, Illegale verbannt (was natürlich nicht heißt, daß man sich nicht auch d a n n noch diese Dinge verschaffen kann, vor allem wenn man über kräftig Geld verfügt!), drückt sie auch die Sexualität i n s g e s a m t in den Bereich des „Schweinkrams", des „Unaussprechlichen".

Während also die Abschaffung der Pornographie in einer sozialistischen Gesellschaft durchaus Teil einer B e f r e i u n g und Vermenschlichung der Sexualität sein könnte, wirkt sie im Kapitalismus notwendigerweise in die umgekehrte Richtung.

Tendenzen, das Rad jetzt zurückzudrehen, zeigen sich auch auf diesem Gebiet recht deutlich – man denke an die zeitweise Beschlagnahme des japanischen Film „Im Reich der Sinne" oder das mehr als einjährige Aufführungsverbot für Pasolinis „Letzte Tage von Sodom".

Ungewollt geht leider in diese Richtung auch die im Anliegen zu begrüssende Initiative der Klägerinnen gegen den „Stern". Es ist nicht zu bezweifeln, daß so oder so die bürgerlichen Gerichte n i c h t im Interesse der Frauen urteilen werden. Und es ist ja auch nicht so, daß es nicht zu jener Zeit, als die Kioske noch nicht mit nacktem Fleisch gepflastert waren, a u c h die verschiedensten Herabsetzungen und Diskriminierungen der Frau in den Medien etc. gegeben hat – dann eben in anderer Form.

Es müßte mit dem Teufel zugehen, wenn die Bourgeioisie nach ihren ersten Vorstössen gegen die Freigabe der Pornographie nicht auch bald wieder die verschiedensten Eingriffe in die private Sexualität durchsetzten versucht. Insofern also kann selbst ein Beate- Uhse- Film etwas mit dem demokratischen Kampf zu tun haben.

Der Verfassungsschutz von Nordrhein-Westfalen sammelt nach Angaben eines seiner Mitarbeiter Daten über Homosexuelle, wenn diese in bestimmten Sicherheitsbereichen arbeiten. Die SPD kündigte eine Anfrage im Landtag an.

Verfassungsschutz gegen Schwule?

(aus „Hamburger Morgenpost", 21.7.78)



Leserbrief

Ich möchte hier an den Artikel im AK 131, „Kinder im KB – ungeliebte Wesen?" anknüpfen, weil ich es wichtig finde, daß dieser Bereich weiter behandelt wird und nicht wieder unter den Tisch fällt.

Wir, aus der Müttergruppe Eimsbüttel, haben da auch unsere Erfahrungen machen müssen. Dazu muß ich sagen, daß wir fast alle alleinstehend sind und deshalb noch mehr an der Problematik, wie wir unsere politische Arbeit mit der Erziehung unserer Kinder vereinbaren können, zu knacken haben. Wir haben aus der Notwendigkeit heraus (Mütterbereich ist eben noch nicht so voll vertreten, und es gibt noch viel zu tun) in die politische Arbeit gestürzt, haben Veranstaltungen gemacht, damit das eben mal in die Öffentlichkeit kommt, uns aktiv bei der Bunten Liste beteiligt, mit Kandidatur etc, sind bei fast allen Demos mit dabei gewesen, ob gegen AKWs oder Faschistentreffen. Klar, das betrifft uns ja auch. Dann kamen die ersten Schwierigkeiten mit den Kindern, die immer aggressiver wurden; wir haben eben nicht die Möglichkeiten, müssen permanente Verantwortung für die Kinder tragen, sind ständigen Belastungen (Kinder-Haushalt, teilw. Berufstätigkeit und politische Arbeit und soviel Alltags-Kleinkram) unterworfen. Daß es wichtig ist, daß unsere Arbeit, gerade im Bereich Mütter weitergehen muß, brauch ich wohl nicht weiter betonen. Ja, und nun komme ich zum Wesentlichen. Was ist also notwendig, damit unsere poltische Arbeit nicht unter den Tisch fällt? Wir brauchen Unterstützung. Unterstützung in dem Sinne, daß sich endlich mal Leute bereit erklären, z.B. Kinderdienst zu machen, damit auch Mütter, die die Notwendigkeit erkannt haben, aktiv werden zu müssen, die Möglichkeit dazu bekommen. An dieser Sache arbeiten wir in der Müttergruppe schon länger und haben einige miese Erfahrungen dabei machen müssen. Oft waren andere Termine wichtiger. Unterstützung hatten wir meist, wenn eine Beziehung zu einem Typ bestand. War die Beziehung im Arsch, dann interessierte auch die Problematik nicht mehr. Es war dann auch egal, ob die Kinder eine Beziehung zu dem Typ aufgebaut hatten. Ein Zeichen wohl dafür, daß es nicht genug im Kopf war, nur eine Hilfestellung im Zuge einer Partnerschaft, um uns zu halten. War ja unsere Forderung. Dazu muß ich sagen, daß es nicht unser Ziel ist, sowas nur auf den Partner abzuwälzen, sondern diese Problematik, diese Überbelastung endlich mal in die Birne vieler zu bekommen, damit breite Unterstützung gewährleistet ist.

Daran müssen wir arbeiten, die Schwierigkeiten mehr verbreiten, es kann ja erst einmal nur von uns kommen. Ich habe da in der letzten Zeit auch positive Erfahrungen gemacht, wo ich gemerkt habe, daß es auch ein wenig gefunkt hat, wo nun mehr Bereitschaft da ist. Es hat sich in der Müttergruppe schon so zugespitzt, daß eine Mutter für eine andere Mutter Kinderdienst übernommen hat, damit sie mal auf eine Veranstaltung gehen konnte. Aber so kommen wir auf Dauer auch nicht weiter. Wir sehen nicht viel Sinn darin, nun gegenseitig Kinderdienst zu machen, dem wollen wir gerade entgegensteuern. Wollen und müssen einfach unseren Kopf ein wenig freier haben von solchen Sachen. Aber es kommt noch mehr dazu, wenn wir Mütter mit unseren Kindern festgestellt haben, daß wir unseren Alltagsscheiß nicht mehr alleine tragen, unsere Situation verändern und mit anderen fortschrittlich Denkenden zusammenziehen, Rückenstärkung haben wollen, kommt die Erfahrung, daß es kaum Leute gibt, die bereit dazu sind. Klar, mit Kindern fühlen sich viele überfordert. Es gibt eigentlich noch sehr viele Punkte, die erwähnt werden müßten, damit die Situation klarer wird.

Einen will ich noch anschneiden, weil mich das zur Zeit sehr beschäftigt. Was mir persönlich erst so richtig nach der Hausbesetzung am 1. Mai in der Weidenallee klargeworden ist, wo ich zum ersten Mal so richtig Angst hatte, die Bullen hinter mit hergehetzt sind und die Frage auftauchte, was passiert, wenn Du jetzt zusammengeknüppelt wirst und krankenhausreif bist, was ist dann mit den Kindern? Kann ich mich darauf verlassen, daß sich Leute dafür zuständig fühlen, mich unterstützen?

Diesen Leserbrief habe ich in der Hoffnung geschrieben, daß diese Problematik in den Initiativen diskutiert wird, weil wir ja keine Einzelfälle sind, und ich meine, daß es genug Bezugspersonen gibt, die in Zellen und Initiativen mitarbeiten. Damit es nicht selbstverständlich bleibt, daß Bezugspersonen öfter wegen der Kinder nicht an Terminen teilnehmen können. Es ist klar, daß dieser Bereich auch weiter in der Öffentlichkeit, im Bekanntenkreis, im Zuge der Nachbarschaft weiter behandelt werden muß.

Wenn ich mir den Brief nun durchlese, stelle ich fest, daß er noch besser inhaltlich geschrieben werden müßte, wo ich aber meine Schwierigkeiten habe.

Ich wende mich ganz bewußt an den AK.

1. Weil ich in der letzten Zeit ziemlich mit dem KB zusammenarbeite, und fast nur mit KB'lern oder Sympatisanten befreundet bin.
2. Weil trotz vieler Kritik am KB mein Zutrauen zu einer Veränderung nicht flöten gegangen ist und ich nach meinen Erfahrungen den KB als einzige Organisation sehe, wo Veränderungen und Behandlung von Kritik noch möglich sind.

Eine Sympatisantin des KB's aus der Müttergruppe Hamburg-Eimsbüttel

„Wird die Klassenschule menschlicher?" ...

Das wird sich so manches Kind und Elternteil gefragt haben angesichts der Schlagzeilen, die in diesen Wochen die Vergabe der Jahresabschlußzeugnisse in den Schulen der BRD begleiten. *„Achtung Eltern ! 10.000 deutsche Schüler planen Selbstmord"* („Bild", 1.7.), *„Schafft die Todesbriefe ab!"* („Bild am Sonntag", 9.7.; gemeint sind die „Blauen Briefe", mit denen in einigen Bundesländern die Nichtversetzungen den Eltern mitgeteilt werden); *„Angst vor Zensuren abbauen!"* fordert Hamburgs neuer Schulsenator Grolle in einer „Abendblatt"-Schlagzeile (8.7.). Und für Anspruchsvolle philosophiert Altnazi und -psychologe Hofstätter in der „Welt" über *„Die Flucht in den Tod"* (Schülerselbstmorde).

Der Vorsitzende der Konferenz der BRD-Kultusminister Braun, wendet sich an alle nichtversetzten Schüler: Sie sollten sich nicht grämen. Eine Reihe von „Genies" seien auch mal sitzengeblieben. Jetzt sollten sie erst einmal schön Ferien machen! (Nachrichten, NDR II, 20.7.).

"Wir lassen die Schwachen verzweifeln"

Unter dieser Überschrift übte Lehrerverbandpräsident Ebert herbe Kritik am westdeutschen Klassenschulsystem. Der Mann ist offenbar Christ — und stellt fest, daß es in den Schulen der BRD sehr „unchristlich" zugeht:

„Es ist ein Akkordsystem, das schon in den ersten Jahren die Menschen nicht zur Gemeinschaft und Solidarität führt, sondern zu Konkurrenzbewußtsein und Ellenbogendenken. Klassenarbeiten, Tests, überregionale Probearbeiten, Sollerfüllung und ständige Ausleseprozesse sind Eckpfeiler dieses Systems, die Noten seine Geißel ... Schule heißt heute ständiger Wettbewerb. Hilfsbereitschaft am Menschen zählt da nicht ... Sie erwerben Wissen und entwickeln Fähigkeiten. Nebenher aber lernen sie auch dies: Übe keine Nächstenliebe, sie bringt dich nicht voran; der Schwache muß mit dem Starken verglichen werden, damit er sich beizeiten bescheidet; die Note zählt, nicht der Charakter; interessiere Dich nicht für Wahrheit und Erkenntnis, sondern für Belohnungen, Noten, Punkte, Anerkennung, Geld. Dies ist der heimliche Lehrplan an unseren Schulen, der unsere Kinder zu moralischen Krüppeln macht" („Spiegel", 27/78).

Entsprechend fordert Ebert die Abschaffung des herrschenden Notensystems: *„Wenn diese Leistungsbewertung wie ein Damoklesschwert über dem Schüler hängt, gehört sie abgeschafft. Wenn sie Hilfe ist zur Information des Schülers, ob in Worten oder Zahlen ist egal, dann ist sie zweckmäßig."* Er stellt sich Leistungsbewertung in etwa so vor, daß die Leistung, die ein Schüler im Juli bringt, mit seiner Leistung im Mai verglichen wird und dann festgestellt wird: Das und das hat er dazugelernt (eine Praxis, die von der alternativen Bewegung der „Freinet-Pädagogik" z.B. an französischen Schulen praktiziert wird).

Sozialdemokrat auf dem Weg zu mehr Menschlichkeit?

Die Äußerungen Eberts schreckten doch einige staatliche Bildungspolitiker auf. Bezeichnend ist, was sich Hamburgs Schulsenator Grolle zum Ebert-Interview abrang. Ebert habe eine *„schlimme Dramatisierung, die niemandem gerecht wird"*, betrieben. Zugegebenermaßen habe sich der Wettbewerb an den Schulen verschärft — doch das habe gute Gründe:

Früher hätten eben nur 5% eines Jahrgangs weiterführende Schulen besucht, heute seien es 20%. Das sei ein Mehr an Chancengleichheit. Und: *„Chancengleichheit, darüber muß man sich klar sein, ist kein Geschenkartikel, sie führt zwangsläufig zur Verschärfung des Wettbewerbs"*.

Diese Verschärfung müsse *„pädagogisch aufgefangen werden"*; man müsse überlegen, *„wie man die Zeugnisnoten entdramatisieren kann"*; Zeugnisse seien eben *„ein nicht sehr schönes, aber praktikables Instrument"* der Leistungsmessung.

Mitleid erwecken Grolle und Co., wenn sich schildern, wie ihrem Bemühen um „menschlichere" Zeugnisse die Eltern entgegenstehen:

„Als wir zum Beispiel die Notengebung in den Anfangsklassen abschafften, da gab es handfeste Kritik aus Elternkreisen". Selbst in den ersten vier Schuljahren könne man nicht auf Zensuren verzichten: *„Wenn die Eltern sich aus organisatorischen Gründen schon zum Ende des dritten Schuljahres entscheiden sollen, welche Schullaufbahn ihr Kind einschlägt, dann muß man ihnen ja etwas zur Hand geben, um die Leistung des Kindes beurteilen zu können"*. *„Eltern und Wirtschaft würde man ... überfordern"*, wenn man zu viel an den Zensuren rüttelt („Hamburger Abendblatt", 8.7.).

Den Kampf gegen das Noten-System führen!

Die Stellungnahmen in der bürgerlichen Presse anläßlich der Zeugnisvergabe 1978 machen deutlich, daß sich derzeit kaum ein bürgerlicher Bildungsbürokrat noch offen hinter den Knüppel des Zensurensystems stellen mag. Alle streichen ein gewisses Unbehagen heraus und lamentieren, daß Zensuren eben nie „objektiv" seien, daß sie nicht alle zur Leistungsbewertung notwendigen Aspekte einbezögen etc. Die „anerkannte" Fachwissenschaft meldet grundsätzlich Widerspruch an (Ebert).

Für die Betroffenen (Schüler, Lehrer, Eltern) gilt es, diese Stimmung und die „tröstenden Worte" zu nützen. Wenn Grolle z.B. die Zensuren „entdramatisieren" will, kann man ihn doch beim Wort nehmen, als Lehrer z.B.:

„Fünfen und Sechsen, Nichtversetzungen sind immer ein Drama. Also organisieren wir keine Dramen"! Oder warum sollten Schüler, die meinen, ihr Zeugnis sei ihnen nicht gerecht geworden (was nach Aussagen bürgerlicher Bildungspolitiker ja durchaus passiert), diesen unpassenden Zettel nicht mal irgendwo gut sichtbar verbrennen. Es gab ja auch schon Wehrpaßverbrennungen. Oder warum schickt man dem Lehrer, der mit dem Notenknüppel um sich haut, nicht mal ein objektives „Gegenzeugnis"?

Die nächsten Zeugnisse kommen bestimmt — ein Jahr Zeit, die Diskussion und Aktion gegen die „Zensuren-Peitsche" anzuheizen!

Kinderkommission
KB / Gruppe Hamburg

Wieder ein Heim-Skandal! Jetzt in Büsum/Nordsee

16 Erzieher/innen werden fristlos gefeuert!

Anfang Juli machten die „Jugendgemeinschaftswerke" in Büsum bei Heide das erste Mal Schlagzeilen in der schleswig-holsteinischen Presse. Die „Jugendgemeinschaftswerke" sind ein FEH-Heim für fast 100 Jugendliche im Alter von 9 bis 18 Jahren. Träger ist das Diakonische Werk Schleswig-Holstein mit Sitz in Rendsburg.

Sage und schreibe s e c h z e h n Heimerzieher/innen sind vom Diakonischen Werk fristlos gekündigt worden, nachdem sie in einem Beschwerdebrief an die Heimaufsichtsbehörde im Landesjugendamt in Kiel auf Mißstände in dem Büsumer Heim aufmerksam gemacht hatten. So unter anderem auf völlig unzureichende finanzielle und materielle Möglichkeiten sowie auf „neue erzieherische Anordnungen der Heimleitung".

„Für die neun- bis achtzehnjährigen Bewohner des Heimes sollte es wieder strenger zugehen", meldete die „Morgenpost".

In der Resolution an das Landesjugendamt hatten die 16 Gefeuerten erklärt, *„daß sie unter den gegebenen Umständen ihre erzieherische Aufgabe ... zum Wohle der Kinder nicht durchführen könnten"*; *„sie sehen sich nicht mehr in der Lage, eventuell eintretende negative Folgen mitzuverantworten"*.

Gegen die fristlosen Kündigungen werden die 16 Heimerzieher/innen vor dem Arbeitsgericht klagen. Voraussichtlicher Beginn der Verhandlungen vor dem Arbeitsgericht in Husum: August.

Nach den Entlassungen der 16 (von insgesamt 23) Erzieher/innen in dem Heim meinte Heimleiter Rump: „Der Heimbetrieb wird ... weitergeführt". Wie denn?!

Darüber gab der Leiter des Diakonischen Werks, Landesjugendpastor Alexander Kirschstein, am 17. Juli auf einer Pressekonferenz in Kiel Auskunft — nachdem sich das Diakonische Werk bis zu diesem Zeitpunkt strikt geweigert hatte, sich zu den Vorfällen zu äußern:

Heute sind angeblich nur noch 48 Jugendliche in dem Büsumer Heim, während am 12. Juli noch von 67 Jugendlichen die Rede gewesen war. „Einige Jugendliche mußten das Heim sowieso verlassen", sagte der Landesjugendpastor. *„Andere ... seien in Büsum abgezogen worden und in andere staatliche geschlossene Einrichtungen verlegt worden, um den Büsumern ihr Geschäft zu erleichtern"*, wurde auf der Pressekonferenz geäußert.

Ist es übertrieben zu sagen, die Jugendlichen werden hier wie Vieh verwaltet ?

Obendrein müssen die verbliebenen Erzieher/innen nun Überstunden machen und werden „aus anderen Heimen des Diakonischen Werkes Kräfte nach Büsum gebracht".

Soweit zur jetzigen Situation der Jugendlichen. Nicht weniger unmenschlich versuchte das Diakonische Werk gemeinsam mit dem schleswig-holsteinischen CDU-Regierungsbeauftragten für Jugend und Sport, Otto Bernhard, die fristlosen Entlassungen der Erzieher/innen zu rechtfertigen:

„Das Diakonische Werk habe nie einen Durchschlag des Schreibens an das Landesjugendamt erhalten. Damit sei der Dienstweg umgangen worden. Auch lägen bis heute keine Begründungen vor, was die Pädagogen zu ihrem Schritt veranlaßte. Man vermute lediglich, daß die finanzielle und räumliche Ausstattung des Jugendgemeinschaftswerkes ausschlaggebend' sein könnte, obwohl aus dieser Sicht keine Vorwürfe berechtigt seien. Land und Jugendämter hätten das Jugendwerk nie beanstandet". Welch ein Wunder! (Zitat nach „Kieler Nachrichten", 18.7.).

Otto Bernhardt wurde um einige Worte deutlicher: Die 16 Erzieher/innen hätten „eigenartige" Erziehungsmethoden. *„Ihr falsch verstandener Freiheitsbegriff habe sie verleitet, den Jugendlichen mehr Freiheiten zu gewähren, als diese verdauen könnten"*.

Hetzkampagne gegen die Kinder und Jugendlichen

Zum zweiten Mal machte das Büsumer Heim dann Schlagzeilen in der Presse:

Diesmal ist von Kindern die Rede, die „ein gestörtes Verhältnis zu ihren Eltern und ihrer Umwelt haben", die „schwer erziehbar" seien. Auf ihr Konto gehe angeblich die „hohe Zahl der Straftaten" in Büsum. Sie sollen angeblich schon einen „Schaden ... von mittlerweile Millionenhöhe" zu verantworten haben. Sie brandstiften angeblich, stehlen Autos und knacken Supermärkte. Das Heim sei ein „Unruheherd". Hinter dieser Kampagne stehen der Haus- und Grundeigentümerverein Büsum sowie der Büsumer Bürgermeister Ernst-Heinrich Dethlefs mit wohlwollender Unterstützung der „Dithmarscher Landeszeitung": *„Unruheherde in unserem Badeort können wir keineswegs dulden"*, so die Haus- und Grundeigentümer. Die Verhältnisse müßten rigoros verändert werden, so der Bürgermeister Dethlefs.

„Die Aufsicht seit trotz Kenntnis dieser Straftaten seitens der Heimleitung nicht verschärft worden", klagt die „Dithmarscher Landeszeitung".

Wie jetzt bekannt geworden ist, haben diese Leute bereits Anfang des Jahres die Staatsanwaltschaft angerufen, die nun „wegen Verdacht von Verletzungen der Fürsorgepflicht" ermittelt. Die Absicht dieser Initiativen ist einfach:

Jetzt soll mit gerichtlichen Mitteln eine noch schärfere Aufsicht und noch härteres „Durchgreifen" verfügt werden.

Das Diakonische Werk beteuert zwar, die Büsumer Bevölkerung solle sich an der Erziehung der Jugendlichen beteiligen (?!) und nicht den Ausschluß der Jugendlichen fordern — an ernsthaften Bestrebungen gegen die Absichten der Büsumer Ortsgrößen zu glauben, wäre allerdings fatal — spätestens seit den Entlassungen der 16 Erzieher/innen und der Überweisung von Jugendlichen in staatliche geschlossene Heime.

Die Jugendlichen dürfen nicht in den geschlossenen Heimen bleiben!

Schluß mit diesen Ermittlungen der Staatsanwaltschaft!

Die 16 Erzieher/innen müssen wieder eingestellt werden!

Ein Genosse aus Kiel

PS: Weitere Auskünfte über die Vorfälle in dem Büsumer Heim können auch vom Kieler BAMBULE-PLENUM angefordert werden.
Kontaktadresse:
U. Grun, Harriestraße 14, 2300 Kiel 1

Kitas Frankfurt: Arbeitsgericht gegen Wallmann

Für unzulässig hat das Arbeitsgericht Frankfurt Ende Juni die fristlose Kündigung von sechs Kita–Erziehern erklärt, die sich geweigert hatten, die Anfang April aufgelösten Kitas zu verlassen und in herkömmliche Kindertagesstätten zu gehen.

Die Klagen der Kita-Erzieher waren gut begründet: *„Innerhalb von drei Tagen seien sie aus den Kindergruppen herausgerissen worden, mit denen sie — ihrer Dienstpflicht entsprechend — während der Kita-Jahre ein intimes Vertrauensverhältnis aufgebaut hätten. Um der Kinder willen hätten sie sich damals geweigert, ihren alten Arbeitsplatz — wie ihnen angewiesen — zu verlassen"*.

Die Vertreter der Stadt hielten dem entgegen, die gekündigten Kollegen hätten die Kindertagesstätten boykottiert.

Die Begründung des gegen die Stadt ergangenen Urteils ist zweischneidig: Die Stadt habe die Kita-Leute „fristgemäß" versetzt, ihr Vorgehen sei vom „Weisungsrecht" des Arbeitgebers gedeckt. Die Nichtbefolgung der Weisung durch die Kita-Erzieher sei im Prinzip ein wichtiger Grund für einen fristlosen Rausschmiß gewesen. Aber: Bei fristlosen Kündigungen müsse abgewägt werden, ob eine Weiterbeschäftigung der Kita-Leute für die Stadt schlichtweg unzumutbar gewesen sei. *„Und unzumutbar"*, so die Urteilsbegründung, *„sei die Zusammenarbeit mit solchen Erziehern sicher nicht, die aufsässig waren aus Engagement für das, was ihnen aufgetragen war: die Betreuung kleiner Kinder"* („FR", 3.7.).

Ein Urteil zwar nicht gegen die Kita-Auflösung — aber immerhin gegen die Brutalität, mit der sie durchgeführt wurde — mehr kann man von einem westdeutschen Arbeitsrichter sicherlich nicht verlangen!

Kinderkommission
KB / Gruppe Hamburg

Wüstlingshatz gegen Kinderschutz

Seit 1976 gehört es offenbar zum festen „Sommerprogramm" der bürgerlichen Presse, auf „Wüstlings"-Hatz zu gehen. Aufhänger ist das in diesen Monaten zu verzeichnende Ansteigen von Fällen sexueller Annäherung an Kinder, die in dieser Zeit von potentielllen Tätern leichter auf der Strasse, dem Spielplatz, bei Ferienreisen u.a. anzutreffen sind.

1976 hatten die Landeskriminalämter in 400 000 Auflage eine ziemlich widerwärtige „Informationsbroschüre" für Kinder verbreitet („Hab keine Angst") und mit Fotos toter Kinder in der Presse Werbung gegen „sexuellen Mißbrauch" getrieben (siehe AK 82 und AK 84, nachgedruckt in der Broschüre „Kampf der Schwulenunterdrückung").

1978 ist der Aufwand kleiner. Aber immerhin: „Bild" warnt *„Achtung Mütter! Sex-Gangster suchen sich jetzt ihre Opfer"*(„Bild",12.6.). Oder es heißt als *„Thema des Tages": „Triebtäter – was geht in diesen Männern vor?"* Und dann wird die Horrorbilanz aufgemacht: *„In Solingen hat ein Sexualverbrecher die 12jährige Roswitha erdrosselt. In Brochterbeck bei Münster wurde die 13jährige Gunda erwürgt..."*(„Bild",29.6.).

Wir greifen diesmal einige zusätzliche Aspekte der Wüstlingshatz und des sexuellen Mißbrauchs von Kindern auf, da es hierzu im KB in letzter Zeit kontroverse Diskussionen gegeben hat.

Wüstlingshatz: Eine Kampagne gegen Kinder und Eltern

Als 1976 das Thema „sexueller Mißbrauch" vermarktet wurde, tischten die Kriminalämter eine wahre Horrorbilanz auf. 100 000 Fälle jährlich wurden geschätzt. 1977 waren es dann „nur" noch 16 000 („Stern", 2.6.77). 1978 spricht „Bild" gar lediglich von 15 000 Fällen.

Bei den weitaus meisten Fällen handelt es sich nicht – wie die Kampagne in der bürgerlichen Presse suggeriert – um sexuelle Gewaltdelikte, sondern um „exhibitionistische Akte": Männer, die sexuellen Lustgewinn daraus gewinnen, ihr Geschlechtsteil zu zeigen, suchen sich Kinder als Betrachter der Angelegenheit. Gewaltdelikte wurden 1975 „nur" 326 registriert, hinzu kamen sieben Morde und 2 Mordversuche („Spiegel", 28/76). Wie bei Kindesmißhandlungen sind aber alle diese Zahlen und Schätzungen unverläßlich.

Die Kampagne der bürgerlichen Presse sieht so aus:

lich.
Die Kampagne der bürgerlichen Presse sieht so aus:

1. Kindern und Eltern wird die Angst eingejagt, hinter jedem Strauch könne nun der gemeingefährliche Kinderschänder hocken. So gibt die polizeioffizielle Broschüre „Hab keine Angst" den Kindern folgende Ratschläge, wie man „böse Menschen" erkennen könne:

„Wenn Dich jemand freundlich anspricht, auf dem Schulweg, im Freibad, oder da, wo Du wohnst, dann hat er meistens etwas dabei. Das kann ein kleiner Ring sein (Trick!), eine Tüte Bonbons oder Kaugummis (Trick!), manchmal ein kleiner Teddy (Trick!). Vielleicht sogar eine Puppe aus dem Kasperltheater (Trick!). Es kann aber auch sein, daß er Dir verspricht, etwas Schönes anzuschauen. Ein kuscheliges Kaninchen (Trick!) oder den Zirkus (Trick!), zu dem er mit Dir im Auto fahren will (Trick!). Das sind so ein paar Tricks, an denen man böse Erwachsene erkennen kann. Man muß sie nur kennen".

...und sexuelle Minderheiten

Diejenigen, die beim „sexuellen Mißbrauch" von Kindern erwischt werden, wandern in der Regel in den Knast oder in Anstalten für sogenannte „psychisch Kranke". In der öffentlichen Meinung, die von Zeit zu Zeit mit Schlagzeilen,„Hintergrundberichten" u.ä. über den „vierfachen Kindesmörder Bartsch" oder den „Menschenfresser von Duisburg" oder die „Homosexuellen Lustmörder" versorgt wird, rangieren die letzteren ganz unten.

So 1978 in „Bild": *„Deshalb sind sie unfähig, selbst Liebe zu geben. Schon beim ersten Versuch sexueller Annäherung ... wirkt dieser Typ linkisch, lächerlich – und wird ausgelacht ... Er beginnt danach, die Frauen zu hassen ... Je verklemmter er wird, desto stärker wächst sein Trieb"*(29. 6.78).

Entsprechend sind die „Triebhaften" Freiwild für Psychiatrie und Medizin. Da kann eben schon mal ein Mann wie Jürgen Bartsch aus der Narkose nicht wieder aufwachen. Da ist es nur Gegenstand „fachwissenschaftlicher Diskussion", welche Teile im Gehirn eines Menschen man zerstören sollte, um sein „Sexualzentrum" zu löschen – und damit seine Persönlichkeit total zu verändern.

Wie im letzten AK berichtet,flog unlängst auf, daß im Landeskrankenhaus Eickelborn, in dem auch Jürgen Bartsch „starb", seit 1968 die „chemische Kastration" und Persönlichkeitszerstörung durch das Medikament Androcur an „Triebtätern"ausprobiert worden ist.

Tatsache ist allerdings, daß diejenigen, die sich an Kindern sexuell vergreifen, nicht irgendeinem dunklen Trieb folgen, sondern daß ihr Sexualverhalten Ergebnis der Erfahrungen ist, die sie mit der Sexualität im Kapitalismus gemacht haben: Als Kind nicht erfahren, was Liebe, Zärtlichkeit etc. ist, keine richtige Information über Sexualität; entsprechende Schwierigkeiten, Sexualität zu praktizieren. Hinzu kommt eine beschissene soziale Situation. So stellte das Hamburger „Institut für Sexualforschung" bei einer Untersuchung der Lebensumstände von 416 „Straftätern" eine Häufung folgender Merkmale fest:

„Unstete, wechselhafte, ungebundene Lebensführung, also soziale Instabilität; Zeichen allgemeiner Verwahrlosung; Zugehörigkeit zur unteren sozialen Unterschicht: allgemeine Neigung zu Aggressivität und vermehrtem Alkoholkonsum; zur Tatzeit ohne feste Arbeit..." (Ergebnisse zur Sexualforschung, 1975, S. 260).



Dies zeigt, daß es auch eine Klassenfrage ist, ob man zum „Triebtäter" gemacht wird oder nicht. Die Bourgeois, die mit ihrer Sexualität nicht fertig werden, haben entsprechende Puffs für ihre Gelüste und sind nicht auf Spielplätze etc. angewiesen.

nicht fertig werden, haben entsprechende Puffs für ihre Gelüste und sind nicht auf Spielplätze etc. angewiesen.

Die „Wüstlings"-Hatz und Aussonderung der Minderheit „Triebtäter" dient darüber hinaus dazu, die Diskriminierung „sexueller Minderheiten" insgesamt zu erhalten und zu verschärfen: da wandern dann Schwule etc. gleich mit in den Topf der „Triebhaften".

Was den „Triebtätern" verboten ist, ist dem Kapital erlaubt

Es entspricht der Doppelmoral des Kapitalismus, daß sie die individuelle Tat des „Triebtäters" verfolgt, andererseits aber selbst den sexuellen Mißbrauch von Kindern vermarktet.

„Der 8jährige Robert liegt auf der Couch. Seine kleine geile 10jährige Schwester macht ihm die Hose auf und beginnt , mit ihrer geilen Zunge sein Schwänzchen zu schlecken. Dieses treibt die kleine Lolita soweit, bis er sie richtig fickt".

So die Beschreibung eines Porno-Films aus der Serie „Lolita Movies" (Preis DM 70 !), der in der BRD bezogen werden kann.

In den USA arbeiten mittlerweile fast eine Million Kinder als Prostituierte; in Los Angeles sind 3 000 Kinder bekannt, die für Pornos Modell stehen („Spiegel", 22/77). 14jährige und jüngere Prostituierte werden auch in der BRD und Westberlin laufend von der Polizei geschnappt.

Diese Entwicklung schlägt sich auch nieder in Kinofilmen wie „Spielen wir Liebe", „Maladolescenza", „Spermula" u.ä., in denen 11- und 12jährige Mädchen mitwirken(„Spiegel", 22/77. Der „Spiegel" konnte es sich im übrigen auch nicht nehmen lassen, das Foto der nackten 12jährigen Eva Ionesco auf den Titel zu nehmen. Augstein weiß wie Nannen, was Auflagen steigert).

In der BRD läuft seit Jahren eine Fortsetzung nach der anderen vom „Schulmädchenreport" (mittlerweile 11 Stück). Die Aufnahmen sind nicht so weitgehend wie in Pornos – aber die Ideologie stimmt: junge Mädchen lassen mit sich machen, was das männliche Kundenherz begehrt.

Hier läuft als kapitalistisches Geschäft ab, was den „Triebtätern" als individuelles Versagen angehängt wird: Wo die sexuelle Unterdrückung der Frau (in vielen Varianten, die die Pornographie kennt) nicht mehr ausreicht, den Markt nicht mehr befriedigt, vergreift man sich an noch schwächeren „Sexualobjekten", an Kindern, insbesondere Mädchen. Den besonderen Reiz macht dabei wahrscheinlich aus, daß Kinder eh – gerade für Pornokunden – als unfertige Menschen gelten, mit denen Erwachsene hantieren können, wie sie wollen. B r u t a l !

81 % der Opfer „sexuellen Mißbrauchs" von Kindern sind Mädchen. In ihnen wird Kind u n d Frau gleichzeitig sexuell unterdrückt.

Als erstes: Schutz für Kinder !

Die Tatsache, daß sich die „Wüstlings"-Hatz der Bourgeoisie gegen die Kinder selbst, gegen die Eltern und gegen Opfer der sexuellen Verelendung im Kapitalismus selbst richtet, hat zu einigen schiefen Positionen fortschrittlicher Sexualwissenschaftler, aber auch im KB oder der Schwulenbewegung geführt.

So schreibt der Tübinger Kinderpsychiater Prof. Lempp: *„Ich habe ...Zweifel, ob ein Erwachsener, der sich auf sexuell unangebrachte Weise einem Jungen oder Mädchen nähert, ein Kind psychisch belastet. Die Angst des Kindes vor der Gewalt und erst die Verknüpfung der Gewalt mit der Sexualität kann ein seelisches Trauma hervorrufen. Löst die Konfrontation mit einem Exhibitionisten dennoch bei einem Kind ein Schockerlebnis aus, so liegt das an einer falschen Sexualerziehung"* („Stern", 2.6.77). Zum Beweis führt

ein Schockerlebnis aus, so liegt das an einer falschen Sexualerziehung" („Stern", 2.6.77). Zum Beweis führt

er an, daß entsprechend der Zahlen des Kinsey-Reports jedes dritte oder vierte Mädchen in den USA einer „sexuellen Annäherung" z.B. eines Exhibitionisten ausgesetzt gewesen ist, daß aber weit weniger *„Mädchen für Ärzte und Therapeuten erkennbar psychisch geschädigt wurden"*. Schädlich sei lediglich die G e w a l t a n w e n d u n g durch Erwachsene: *„Es ist nicht die Erwachsenensexualität, die das Kind bedroht, sondern es ist die Erwachsenengewalt, vor der das Kind geschützt werden muß".*

Lempp hat insofern recht, daß Kinder, die eine vernünftige Sexualerziehung bekommen haben – und wo gibt es die schon ? – durch den Anblick z.B. eines Exhibitionisten nicht gerade den Schock fürs Leben bekommen werden. **Trotzdem wird dem Kind dabei etwas aufgezwungen, was es nicht will.**

Lempps Beweisführung mit der Häufigkeit psychiatrischer Befunde allerdings hinkt außerdem.

In einer Gesellschaft, in der das männliche Geschlechtsteil in der Hierarchie der Sexualmoral ganz oben steht – die betroffenen Mädchen als Frauen später also auch immer wieder mit der „Besonderheit" dieses Organs konfrontiert werden, mag der Anblick eines Exhibitionisten nichts schaden. Es ist eher ein Stück Erziehung in die herrschende Sexualmoral: das muß jede Frau eben als Kind mal gesehen haben, um sich dran zu gewöhnen.

Vom Standpunkt einer Sexualmoral, die Solidarität und die Emanzipation der Frau zum Kriterium für jede sexuelle Handlung macht, sieht das natürlich anders aus. Damit ist nicht dafür plädiert, jeden Exhibitionisten aus dem Verkehr zu ziehen, wie es in dieser Gesellschaft geschieht. Wir werden allerdings in einer sozialistischen Gesellschaft darauf achten, daß diese Form des „Sexualverhaltens" schlichtweg ausstirbt – und wir werden heute als Eltern, Erzieher etc. uns darum bemühen, diese Art sexueller Kontaktaufnahme mit Kindern zu verhindern.

In Sponti-Kreisen und Teilen der Schwulenbewegung ist seit einiger Zeit das Thema „Pädophilie" Gegenstand breiter Betrachtung über mehr „Liebe zum Kind". Pädophilie bezeichnet nichts anderes als den Umstand, daß Erwachsene darauf stehen, mit Kindern sexuellen Kontakt zu haben. Bisweilen wird Pädophilie sogar zur „Befreiung der Sexualität des Kindes" hochgejubelt, so z.B. in der Schwulenzeitschrift „Emanzipation" vom holländischen Rechtsanwalt Edward Brongersma: *„Wenn die Zeit kommt, wo einem Jungen gelehrt wird, daß es sehr gut ist, Sex zu haben, ob allein oder auch mit einem entgegenkommenden Partner, einerlei welchen Alters oder Geschlechts dieser Partner sein mag; wenn ein Junge weiß, daß seine Eltern und andere Erzieher seine geschlechtliche Aktivität gutheißen und daß jeder in seiner Umgebung akzeptiert, daß er solche Vergnügen hat: dann wird man sehen, daß dadurch nicht etwa die sexuellen Ausschweifungen zunehmen, sondern umgekehrt – Sexualität würde wohl weniger häufig sein, aber qualitativ menschlicher und besser, würdiger und zärtlicher"* („ Emanzipation", 1/78).

Ein schöner Mantel, der da den Interessen der „pädophilen" Erwachsenen umgehängt wird ! Denn bei dieser „Kinderliebe" setzen doch Erwachsene ihr sexuelles Interesse durch gegen einen Partner, der sich dabei nicht selbstständig und frei für diese Form von Sexualität entscheiden kann. Es ist doch naheliegend, daß einem Kind, das nur sexuelle Erfahrungen mit Erwachsenen macht und nicht z.B. mit anderen Kindern, sehr schnell eingeredet werden kann, das, was mit ihm betrieben wird, sei Liebe, Zärtlichkeit oder ähnliches. Wenn Rechtsanwalt Brongersma in seinem Plädoyer für Pädophilie schreibt: *„Was zwischen dem erwachsenen Pädophilen und dem von ihm geliebten Kinde passiert, ist fast ausschließlich Küssen, Streicheln, zärtliche Berührung, Masturbation. Vom Einführen des Gliedes in Mund, Vagina oder Anus des Kindes ist fast nur die Rede, wenn das Verhältnis lange besteht, sehr intim geworden ist und das Kind selbst solches begehrt. In weitaus den meisten Fällen hat sich das Kind als entgegenkommend gezeigt oder selbst die Initiative ergriffen"*, ist das haarsträubend. Als ob Kinder, die in der Regel zu Erwachsenen ein ungleichberechtigtes, unterdrücktes Verhältnis haben, von sich aus solche Praxis entwickeln, gar v o n s i c h a u s auf die Idee kommen, mit einem Erwachsenen herkömmlichen „Erwachsenengeschlechtsverkehr" zu betreiben.

Weiter: Wenn schon die sexuellen Beziehungen zwischen Erwachsenen derart repressive Züge tragen, wie

Weiter: Wenn schon die sexuellen Beziehungen zwischen Erwachsenen derart repressive Züge tragen, wie

sollen dann ausgerechnet Beziehungen zwischen Kindern und Erwachsenen – zwischen denen doch eine größere Kluft herrscht – anders oder besser sein ?! ...

Die Tatsache, daß das Thema Pädophilie gerade in Sponti-Zeitungen wie „Pflasterstrand" hochgespielt wird, in denen gleichzeitig der Neochauvinismus fröhliche Urständ feiert, deutet doch eher darauf hin, daß man jetzt Kinder „lieben" will, weil da noch manches möglich erscheint, was zwischen Mann und Frau an Unterdrückung der Frau nicht mehr so einfach läuft.

Das Kind kann sich in der Regel nicht frei entscheiden, mit einem Erwachsenen sexuellen Kontakt a la Pädophilie zu haben. Deshalb ist ein solches sexuelles Verhältnis in der Regel eben nicht solidarisch und gleichberechtigt. Da hilft auch das Mäntelchen der „Befreiung kindlicher Sexualität" nichts.

„Wüstlingshatz im Kinderhaus ? " ...

fragten im April eine große Zahl von Genossen und Genossinnen, als das Kinderhaus Heinrichstraße, eine fortschrittliche Kindertagesstätte in Hamburg, ein Flugblatt „Porno-Center in Eimsbüttel ? Nein danke ! " veröffentlichte. In diesem Flugblatt wurde die begründet scheinende Vermutung geäußert, daß neben dem „Kinderhaus" eine „Peep-show" entstehen solle. Bei so einer Peep-show sitzen nackte Frauen auf einem Präsentierteller, rundherum plastikverkleidete Kabinen mit Sehschlitz. Für 1 DM öffnet sich dieser Schlitz für 1 Minute und gibt den Blick frei, so daß der Kunde sich einen runterholen kann.

In dem Flugblatt, das im übrigen nach einer einstweiligen Verfügung nicht mehr verteilt werden darf (die betroffene „Vergnügungsfirma" hatte beeidet, daß sie dort keine „Peepshow "baut), wird darauf hingewiesen, daß die Kinderhauskinder sich tagsüber in unmittelbarer Nähe dieser „Peep-show "aufhalten würden und gesagt: *„Da sind doch schon die ersten Fälle absehbar, wo irgendwelche 'Kunden' sich dann mit ihrer halbbefriedigten Lust an unseren Kindern zu vergreifen versuchen, sie dumm anquatschen, belästigen usw.! Genauso kann mit Belästigungen der Mütter und Erzieherinnen gerechnet werden".*

Kritisiert wurde dieses Flugblatt vor allem wegen zwei Punkten:

1. Das Kinderhaus hatte sich dagegen gewandt, daß eine solche „Peepshow "ev. „ausgerechnet *neben eine Kindertagesstätte"* gesetzt werden soll. Was ist denn daran kritikwürdig, wenn sich eine Elterninitiative dagegen wehrt, daß so ein Laden direkt neben ihre Einrichtung gesetzt wird?

Wenn sie der Meinung ist, daß davon den betreuten Kindern ein Schaden entstehen kann, ist eine solche Gegenwehr doch nur erfreulich. Wer macht denn eine Elterninitiative an, die *„ausgerechnet vor einer Kindertagesstätte"* eine Verkehrsampel fordert, damit die Kinder sicher über die Straße kommen?!...

2. Tatsächlich ging es dann auch darum, daß das Kinderhaus die Wirkung einer „Peep-show "bzw. ihrer Kunden für schädlich hält. So schrieb ein Genosse an das Kinderhaus unter der empörten Überschrift *„Das gibt's ja wohl nicht: Wüstlingshetze a la 'Hab keine Angst' im Kinderhaus!!!?"* *„Natürlich bin auch ich gegen Peepshows, gegen Vergewaltigungen, gegen Schwulenfeindlichkeit und andere Erscheinungsformen bürgerlicher Sexualideologie. Aber ich finde, man sollte da nicht undialektisch die Grenzen zwischen den Verantwortlichen und den Opfern verwischen, d.h. zwischen denen, die Sexualunterdrückung produzieren und denen, die sie r e produzieren. Unser Kampf sollte sich in erster Linie gegen die Wurzel des Übels richten".* Radikal formuliert, aber was nützt es dem von einem frustrierten „Peep-show"-Kunden sexuell angemachten Kind, wenn seine Erzieher oder Eltern nur gegen die Pornounternehmer protestieren, die das sexuelle Elend dieser Kunden ausnützen? (Obwohl auf die Hintergründe des Geschäftes „peepshow" in dem Flugblatt auch – aber eben nicht in erster Linie – eingegangen worden ist). Es ist ein völlig berechtigtes Anliegen, Kinder gegen derart unfreiwillige sexuelle Kontaktaufnahme zu schützen – egal, wo da die Ursachen liegen. Bei einer Vergewaltigung argumentieren wir doch auch nicht anders.

Erstaunlicherweise wurde im Zusammenhang dieser Kritik behauptet, es sei nicht zu erwarten, daß sich gerade die halbbefriedigten Kunden einer „Peep-show" den Kindern sexuell nähern würden – die wären dazu angeblich viel zu verklemmt. Dieses Argument ist nicht stichhaltig. Im Gegenteil: Gefahr geht für die Kinder gerade von Männern aus, die in der Hierarchie der herrschenden Sexualmoral immer „tiefer" fallen:

der Hierarchie der herrschenden Sexualmoral immer „tiefer" fallen:

Mit Frauen geht nichts mehr, oder nur in einer Form, die keine Frau freiwillig mitmacht.

Genau darauf stellt die „Peepshow" ab: Man begibt sich nicht mehr in direkte Konfrontation mit einem so „schwierigen" Sexualpartner wie einer erwachsenen Frau, man kann sich vorstellen, was man will – und man kann dieses „Vergnügen" im Gegensatz zu den Preisen, die in Puffs für „anspruchsvollere Wünsche" zu zahlen sind, bezahlen. Sicherlich verhält sich so mancher „Peep-show"-Kunde nach dem Besuch wieder „normal".

Bei anderen allerdings ist das Erlebnis „Peep-show" nur eine weitere Frustration. Gerade die sich immer schärfer wiederholenden sexuellen Frustrationen sind es, die dazu veranlassen können, sich am Ende das wehrloseste Opfer als „Sexualpartner" zu suchen.

Wir treten dafür ein, daß Kinder ihre eigenen sexuellen Bedürfnisse frei äußern und entwicklen können; daß sie lernen, daß Sexualität nichts mit Gewalt, Unterdrückung zu tun hat, sondern mit Zärtlichkeit und Liebe. Wir kämpfen für eine Sexualmoral, die jedes sexuelle Verhalten und Verhältnis nur danach beurteilt, ob sie solidarisch, freiwillig und gleichberechtigt sind – auch und gerade bei unseren Kindern. Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der niemand mehr einer Sexualverelendung ausgesetzt ist, die so etwas wie „sexuellen Mißbrauch", Vergewaltigung etc. produziert. Und wir kämpfen dafür, daß Menschen, die heute in so einer beschissenen Situation sind, nicht „Freiwild" für Psychiatrie und Persönlichkeitszerstörung, nicht zum Objekt widerwärtiger Hetze werden.

Also:
Kampf dem sexuellen Mißbrauch von Kindern !
Kampf der Wüstlingshatz !

Ein Genosse der
AG Sexualität
KB/Gruppe Hamburg

„Rock against Racism"

Politik in der englischen Punk- und Reggae - Szene





Es sind bei uns in letzter Zeit sehr viele Dinge über die englische Punk-Szene erzählt worden, die alle auf das Resultat hinausliefen, Punk sei reaktionär und brutal, trage eventuell sogar faschistische Züge u.ä. Wir hatten im Juli 78 zwei Urlaubswochen Zeit, uns in London und Manchester umzusehen.

Gleich zu Anfang unseres Aufenthaltes in London sahen wir unsere

umzusehen.

Gleich zu Anfang unseres Aufenthaltes in London sahen wir unsere

mitgebrachten Vorurteile voll bestätigt. Am Rande eines Konzerts der reaktionären Punk-Gruppe *Penetration* mußten wir hilflos zusehen, wie einige Skin-Head-Fans der Gruppe vor dem Lokal zwei türkische Fremdarbeiter traten und schlugen unter den Rufen „Go where you belong" („Geht dahin wo ihr hingehört"). Zwei dieser Skin-Head-Typen trugen auch noch NS-Abzeichen auf ihren Jacken.

Der Reggae eine wesentliche Basis

Angeekelt von der Punk-Szene wandten wir uns am nächsten Tag erst einmal einem Reggae-Konzert der schwarzen fortschrittlichen Gruppe *Misty* zu. Zu unserer Überraschung trafen wir auch hier einige Punker, die man sofort an ihrem auffälligen Äußeren erkennt: Total kurze und in allen möglichen beißenden Farben getönte Haare mit teilweise herausrasierten Ecken, tödlich häßliche Gesichtsbemalung, abschreckende Klamotten, Sicherheitsnadeln im Gesicht, an den Ohren, an der Kleidung.

Das Konzert von *Misty* fand im muffigen Keller eines Clubs statt, der in einem Londoner Wohnbezirk liegt. Die kleine Bühne war mit einem riesigen roten Transparent ausgestattet „*Rock against Racism*". Der Ansager, ebenfalls ein Schwarzer, betonte, daß dieses Konzert ausschließlich gegen die „National Front" (NF) (englische Faschistenpartei) und den Rassismus gerichtet sei. Man muß hierbei wissen, daß die Mitglieder der Gruppe *Misty*, wie auch die anderen von den Faschisten und Reaktionären bedrohten und angegriffenen Schwarzen, Einwanderer aus den ehemaligen britischen westindischen Kolonien (Mittelamerika) sind. Nach altem Rassistenprinzip wird ihnen in großangelegten Kampagnen, besonders von seiten der NF, die Schuld an der rapide steigenden Arbeitslosigkeit in England vorgeworfen („Die Schwarzen nehmen uns die Arbeitsplätze weg" usw.), obwohl gerade die schwarzen Einwanderer am stärksten von der Arbeitslosigkeit betroffen sind.

Das schwarz-weiß gemischte Publikum riß bei jedem antirassistischen Spruch fast geschlossen die Fäuste hoch, einschließlich der von uns noch mißtrauisch beäugten Punker. Das Konzert begann. Die Musik sowie die

hoch, einschließlich der von uns noch mißtrauisch beäugten Punker. Das Konzert begann. Die Musik sowie die

Art des Auftretens ist für uns Westdeutsche völlig ungewohnt: Die Musik ist total einfach, der Sound ist leicht rockig, die Rhythmik und der Gesang basiert auf der Folklore der westindischen Inseln; es fehlten lediglich die zu Trommeln umgebauten Benzinfässer. Die Texte handelten von dem sozialen Elend der schwarzen Einwanderer in den englischen Großstadtghettos (wo *Misty* auch selber lebt), vom Rassismus und letztlich dem englischen kapitalistischen System.

Vor allem die zwei Sänger/eine Sängerin der Gruppe tanzten total ausgelassen und locker beim Singen auf der Bühne herum. Das Publikum machten von Anfang an mit, allerdings nicht wie wir es kennen — zu zweit oder mehreren, einander zugewandt — sondern mit Blick zur Musikgruppe, unter anfeuernden Zurufen. Der Laden war mit mehreren hundert Leuten brechend voll.

Misty gehört zu den Basisgruppen der „*Rock Against Racism*"-Bewegung.

Der Punk — eine weitere Basis

Ein paar Tage später hatten wir Gelegenheit, uns von Red Saunders (Chef eines linken Fotostudios und einer der wichtigsten Organisatoren der Londoner *R.A.R.*) einige Fragen zur englischen Rock-Szene, speziell zum Punk, und zur Arbeit der *R.A.R.* erklären zu lassen.

Um die Entwicklung des Punk zu verstehen, muß man wissen, daß die englischen Jugendlichen schon immer wesentlich enger mit der Kultur- oder speziell der Rock-Szene verbunden waren, als wir es in der BRD je kennengelernt haben. Die Entwicklung neuer Musikstile in England war in den letzten 20 Jahren immer beeinflußt von der derzeitigen sozialen Situation der Arbeiterjugend, von ihren alltäglichen Erfahrungen, von ihrem Tagesablauf.

Am stärksten trat diese Entwicklung in den 60er Jahren zum Vorschein bei dem Durchbruch des englischen Rock'n Roll (Gerry and the Peacemakers), des Liverpool Beats (Beatles), des Rhythm and Blues (Rolling Stones, Yardbirds, Animals), des Pop-Rocks (Kinks, Small Faces, Who) und des weißen Blues-Rocks (John Mayall, Cream, Ten Years After, Jeff Beck).

und des weißen Blues-Rocks (John Mayall, Cream, Ten Years After, Jeff Beck).

Allerdings gegen Anfang der 70er Jahre war in dieser Entwicklung ein Bruch zu verzeichnen. Einerseits hatte der Einfluß der übermächtigen Neuentwicklung der amerikanischen Rock und Pop-Musik in England angefangen, die Szene zu bestimmen. Vorherrschend war in dieser Richtung bis in die 70er Jahre hinein eine aufgesetzte, bürgerliche Peace-(Friedens-)Ideologie der importierten Plastik-Hippie-Welt, die nur noch auf den amerikanischen Pop-Schallplatten existierte. Diese Aussagen standen natürlich in krassem Widerspruch zur Realität der englischen Arbeiterjugend, die sich mit einer rapide wachsenden Krise des englischen Kapitalismus konfrontiert sieht, mit einer enorm ansteigenden Jugendarbeitslosigkeit.

Andererseits hat die englische Rock-Szene unter diesen Einflüssen nicht eigenes Neues mehr entwickelt. Eine Ausnahme bilden hier vielleicht Gruppen wie *Genesis*, die aber ebenfalls durch ihre schwülstige, abgehobene Musik mit den dazugehörigen Rauchwolken auf der Bühne nicht das darstellen, was zur derzeitigen Stimmung der englischen Jugendlichen paßt. Nicht umsonst werden sie in der fortschrittlichen Londoner Rock-Szene mit *Fucking Genesis* tituliert.

Diese Entwicklung einerseits, und andererseits das Bedürfnis nach eigenen kulturellen, musikalischen Ausdrucksformen, führte zur Entwicklung der Punk-Kultur, die bereits durch ihre Aggressivität der Peace- und Plastik-Ära eine Alternative entgegensetzt. Der Punk wurde ausschließlich in der Arbeiterjugend geboren. Die Punk-Musik ist von der Form her Hard-Rock, allerdings wesentlich rauher, teilweise falsch und eckig gespielt, im Gegensatz zum herkömmlichen Hard-Rock (z.B. Deep Purple, Black Sabbath, Rory Gallagher, Cactus).

Positiv an dieser Musikidee ist der Wunsch, wegzukommen von zu komplizierten Musikformen und Klangkollagen, so daß jeder, der drei Griffe auf der Gitarre beherrscht, bereits Punk spielen kann. Die Folge war, daß arbeitslose Jugendliche in ihren Wohnghettos begannen, Stücke zu spielen mit Texten aus ihrem täglichen Leben. Es ist von der Konzeption her fast zu vergleichen mit der Entstehung des Blues in den USA.

Auch von den Punk-Profi-Gruppen mit großer Verstärkeranlage sind keine mitreißenden, virtuosen Gitarren- oder Schlagzeugsoli zu hören.

Beim Punk, wie auch bei allen anderen früheren englischen Rock-Bewegungen gibt es nicht nur die Musik, sondern auch die Kleidung, die Haarfrisur, das Benehmen, und die Sprüche liegen mit dem Ausdruck der Musik auf einer Linie.

Die neuen „Skin-Heads"

Die neuen „Skin-Heads"

Die Skin-Head-Bewegung war seit zehn Jahren tot und hat sich jetzt neu aus der Punk-Kultur heraus entwikkelt. Die heutigen Skin-Heads sind allen Merkmalen nach identisch mit denen der 60er Jahre: Sie zeichnen sich aus durch ihre Stoppelköpfe, durch ein ruppiges, meist äußerst reaktionäres Auftreten und durch das Inszenieren von Schlägereien (siehe das *Penetration* -Konzert). Die Skin-Heads kommen meist aus dem untersten Milieu der englischen Arbeiterklasse, sind somit selber sehr hart von der Arbeitslosigkeit betroffen und bilden keine unwesentliche Basis der Nazis innerhalb der Arbeiterjugend.

Man kann wohl ganz global sagen, daß die Ursache für die neue Skin-Head-Bewegung in der Vermarktung des Punk liegt. Zum besseren Verständnis mag ein Beispiel dienen:

Vor etwa zehn Jahren gab es in England die sehr starke Bewegung der „Mods", die den meisten von uns wahrscheinlich nur noch von den im Fernsehen übertragenen Schlägereien mit den „Rockers" bekannt sein dürften. Die Rockband der „Mods" waren die *Who*, nach der auch Kleidung und Frisur ausgerichtet wurden. Während die Schallplattenindustrie damals einige Jahre gebraucht hat, um zu schnallen, wieviel Geld sie mit der neuen, aus der Arbeiterjugend stammenden Kulturbewegung machen kann, haben sie es beim Punk heute innerhalb von fünf Monaten gebracht. Die Enttäuschung, die die Jugendlichen damals erfuhren, als sie merkten, daß ihre

fünf Monaten gebracht. Die Enttäuschung, die die Jugendlichen damals erfuhren, als sie merkten, daß ihre

Rockband (*Who*) fast nur noch auf Welttourneen war, daß die Kleidung, die nur innerhalb ihrer Szene getragen wurde, mit einem Male in den teuren Snob-Boutiquen der kleinbürgerlichen Schickeria angeboten wurde, genau dieselbe bittere Erfahrung müssen heute die englischen Punker machen. Dieselben Boutiquen verkaufen heute goldene Sicherheitsnadeln zum Anstecken mit Diamanten besteckt, teuer aufgemotzte „Punk-Luxus-Fetzen" u.ä. Die Skin-Head-Bewegung entstand damals wie heute auch aus dieser Wut heraus.



Großaktionen und Festivals

Endgültig überzeugt wurden wir durch das Festival und die Demo der R.A.R. in Manchester am 15./16.7.78. Hatte die *R.A.R.* bereits zum Londoner Festival Ende April '78 80.000 Menschen mobilisiert, so sahen wir hier in Manchester nochmal eine Demo von ca. 35.000 Leuten.

Die Demonstration zeichnete sich durch ihre karnevalistische Stimmung aus. Alle 50 Meter konnte man im Zug einen LKW sehen, auf dem eine Punk- bzw. Reggae-Gruppe spielte. Die Demonstranten selber waren großenteils übersät mit antirassistischen Plaketten und trugen runde Papierschilder auf Stöcken mit der Aufschrift „Anti-Nazi-League", dem Namen des antirassistischen politischen Bündnisses, das eng mit der *R.A.R.* zusammenarbeitet (s.u.). Die Demo führte direkt zum zweiten antirassistischen Rock-Festival (open air), das von insgesamt 40.000 Menschen besucht war.

Auf dem Rasen des Parkes, in dem das Festival stattfand, herrschte Volksfeststimmung.Sehr viele schwarze Jugendliche waren anwesend, eine große Anzahl weißer Punker zeigte sich in ihren Verkleidungen und Bemalungen, und ebenfalls ein Haufen Skin-Heads gesellte sich dazu. Die Bühne und die Lautsprecheranlage waren bombastisch. Die Leute flippten total ab auf die Musik der abwechsselnd spielenden weißen Punk- und schwarzen Reggae-Gruppen. Einige der Punkmusiker schienen sogar echte Teenie-Stars zu sein.

Zwei Beispiele sollen zeigen, wie die *R.A.R.* erfolgreich versucht, auf die anwesenden Skin-Heads und unpolitischen oder reaktionären Punker einzugehen, die in erster Linie nur gekommen sind, um ihre favorisierten Gruppen zu hören.

Zum ersten Beispiel muß man wissen, daß die englische bürgerliche Presse in neuerer Zeit versucht, dem Punk in naher Zukunft den Tod vorauszusagen. In Manchester brachte Red Saunders nach dem Auftritt einer Punk-Gruppe im Stile eines Rock-Entertainers von der Bühne die Sprüche „People say punk is dead" („Leute sagen der Punk ist tot"). „Aber unser heutiges Festival beweist: Der Punk lebt!" Unter dem Gejohle der Menge beginnt er, P-U-N-K zu buchstabieren und ruft dann aus: „Black and white unite" („Schwarz und weiß vereint"), woraufhin tausende von Fäusten hochfliegen. Er fährt fort: „Ich werde euch das Gefühl der Einheit noch deutlicher machen. Gibt es hier Skin-Heads!?!" Gröhlend antworten einige Skin-Heads. Dieselbe Zeremonie wird daraufhin mit den Punkern, Rock'n Rollern und letztlich natürlich mit den schwarzen Reggae-Fans durchgezogen. Red fährt fort: „Das ist das Gefühl von Einheit" („Feeling of unity"). Seine Zwischenansage wird beendet mit dem von einem Großteil der anwesenden enthusiastisch getragenen Ruf „Black and white unite". Red verläßt die Bühne, die nächste Reggae-Gruppe tritt an.

Das zweite vorbildliche Beispiel vom Umgang mit den Jugendlichen wurde auf dem oben erwähnten Londoner Festival durchgezogen. Zu dieser Großveranstaltung wurde ebenfalls ein ganzer Haufen Skin-Heads mobilisiert durch zwei typische Skin-Head-Rock-Gruppen, die ebenfalls für das Festival gewonnen werden konnten. Diese Gruppen können teilweise schon aus Popularitätsgründen schlecht diese Festivals absagen.

Als das erfolgreiche Festival sich dem Ende zuneigte, und nur noch die abschließend angekündigte Jam-Session aller beteiligten Musiker anstand, betrat der Weltstar Tom Robinson, der wohl einer der populärsten Rock-Musiker Englands ist, alleine mit seiner Gitarre die Bühne. Tom Robinson ist nicht nur aktiver Unterstützer der *R.A.R.*, sondern auch eine wichtige Figur in der englischen Schwulenbewegung. Er begann, alleine sein Lied „Proud to be gay" („Stolz, schwul zu sein") anzustimmen, worauf er sich sofort die Pöbeleien der anwesenden, verhetzten Skin-Heads zuzog. Als sich aber nacheinander sämtliche beteiligten Musiker, einschließlich der Skin-Head-Idole auf der Bühne einfanden und in Tom Robinsons Song miteinstimmten, klappten den Skin-Heads die Kinnladen runter und sie verstummten. Als das Publikum aufgefordert wurde mitzusingen, sollen sich bis zur Hälfte der anwesenden Skin-Heads am Refrain „Proud to be gay" beteiligt haben.

Auswirkungen der R.A.R.-Arbeit

Die *R.A.R.* und die eng mit ihr zusammenarbeitende Anti-Nazi-League (ANL) bekommen durch ihre Aktivitäten einen immer größer werdenden Unterstützerkreis auch unter Prominenten Engländern. Dazu gehören Fußballstars der ersten Liga, u.a. von Manchester und Leeds United, englische Weltranglistenboxer wie John Conte und Henry Cooper, Rockstars wie der oben erwähnte Tom Robinson, Politiker, Gewerkschaftsführer (!) usw.

Das zentrale Komitee der ANL besteht aus sieben Parlamentariern des Unterhauses (vergl. Bundestag), u.a. linke Mitglieder der Labour-Party, der Socialist Workers Party (SWP) und ein Mitglied der revisionistischen CP (!). Die CP mußte angesichts der Erfolge der Bewegung ihr anfängliches Schweigen brechen und unterstützt nun voll die ANL.

Die faschistische NF konnte aufgrund ihrer demagogischen Politik mit der Arbeitslosigkeit und dem Rassismus bei den vorletzten Wahlen in London ca. 100.000 Stimmen für sich verbuchen und wurde zur drittstärksten Partei. Im wesentlichen aufgrund der Aktivitäten der *R.A.R.* und ANL konnte diese Stimmenzhal bei den letzten Wahlen auf 37.000 reduziert werden. Ein stolzer Erfolg der Antirassisten und Antifaschisten.

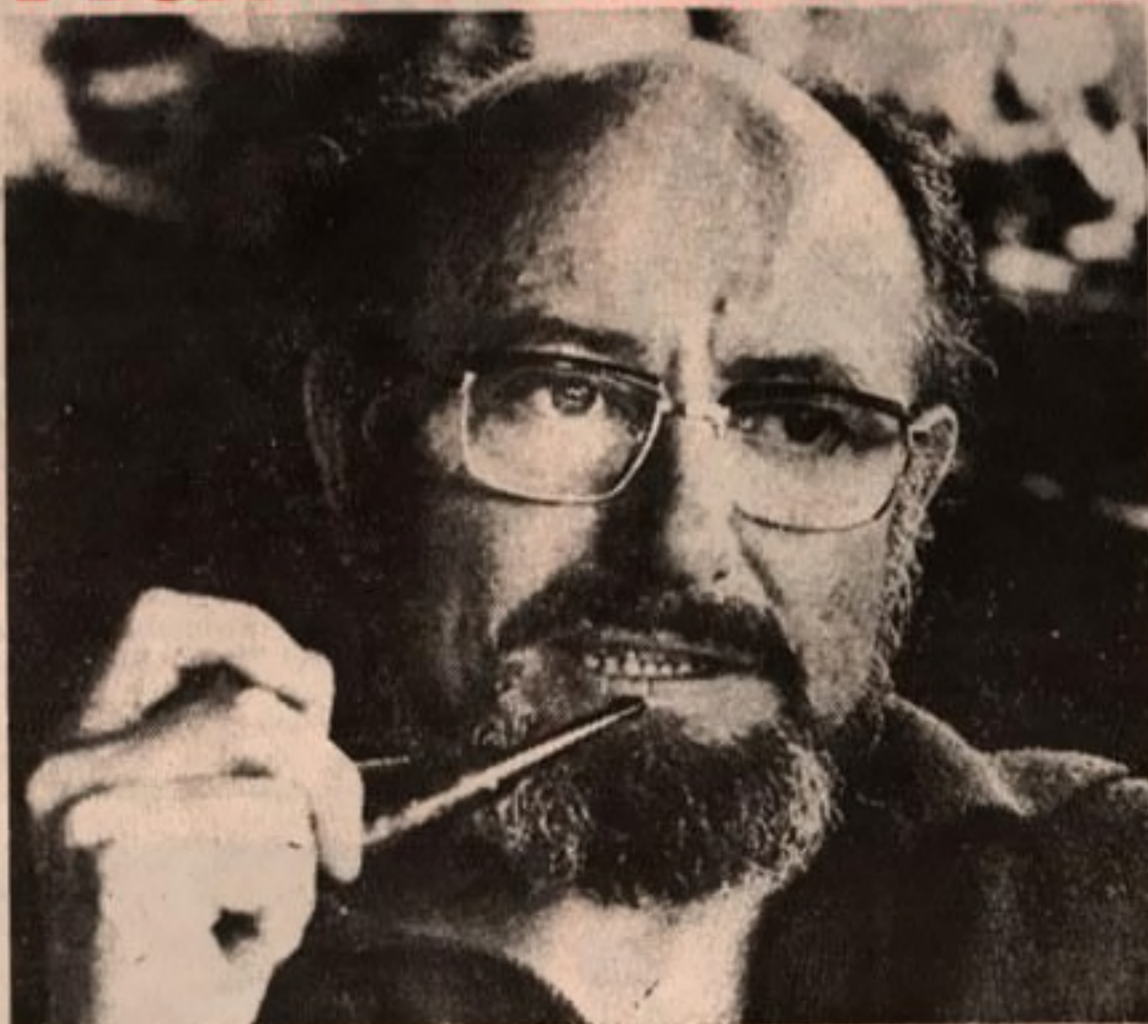
In Holland, Schweden und Dänemark werden bereits parallele Bewegungen aufgebaut. Red Saunders und auch zwei holländische Initiatoren erzählten uns, daß alle mit Interesse nach Westdeutschland sehen, was sich in der Beziehung hier tut.

Das Anfangskonzert für Holland soll wahrscheinlich am 22.11.78 in Amsterdam im Paradiso stattfinden, eventuell mit Tom Robinson und den Bots.

Ein Mitglied der Rockgruppe „Alcatraz" und ein Altonaer Genosse



Kurt Halbritter ist tot



Der Karikaturist Kurt Halbritter ist vor kurzem im Alter von 54 Jahren gestorben. Halbritter war ein engagierter Karikaturist – engagiert für demokratische Freiheiten, engagiert gegen Faschismus und Repression.

Die Karikaturen, in denen er sich mit den heruntergekommenen politischen Verhältnissen in der BRD auseinandersetzt, sind keine lustigen Bildchen, das Lachen über die von ihm karikierten Spießer, Pfaffen, Kleinbürger bleibt im Halse stecken.

Seine Karikaturen sind Ausschnitte aus der gesellschaftlichen Realität: Männer am Biertisch, die den alten, braunen Zeiten nachtrauern, „biedere" Bürger, die ihre Nasen über „Gastarbeiter" rümpfen, verhetzte Nachbarn, die Terroristen in benachbarten Wohnungen wittern. Jede Zeichnung „sitzt".

Wir wollen hier noch kurz zwei Halbritter-Bücher empfehlen: „Jeder hat das Recht" (Carl Hanser Verlag, DM 19,80, 200 Karikaturen zur gegenwärtigen politischen Situation in der BRD) und „Adolf Hitlers Mein Kampf – Gezeichnete Erinnerungen an eine große Zeit" (Verlag Bärmeier & Nickel).



„Liebe Frau Grünbaum, mein Wölfchen steht seit vier Stunden vor Ihrem Geschäft. Bitte schicken Sie ihn doch herüber, er wird Hunger haben."

„Für mich bleibt Ostzone Ostzone, - Schluß!"

Nochmal zu „Deutschland im Herbst"

Im AK 133 ist eine zweite Filmbesprechung des Filmes „Deutschland im Herbst" abgedruckt, die in einigen Punkten einer Entgegnung bedarf.

Sicherlich ist es richtig, daß die Filmemacher sich einer Selbstzensur bei der Produktion dieses Streifens unterworfen haben. Die Gründe hierfür sind vielfältig:

Filmförderung für die nächsten Projekte; die Angriffe auf Schlöndorff wegen seiner „Beziehungen" zu Wackernagel gerade zu dieser Zeit; allg. Sympathisantenhetze usw. usf.

Dennoch ist es ja wohl der „freieste" und auch „unausgewogenste" Film der letzten Jahre.

„Hier werden Herrschaftsverhältnisse in der BRD 1977... deutlich gemacht", wie der Leserbriefschreiber selber feststellt.

Aus dem Alternativblatt „andere Zeitung" (az) wird einer der Regisseure (Fassbinder) mit der Behauptung zitiert, die Filmteile *„seien so ausgewogen..., das war etwas, was wir nicht gemacht haben."*

Ebenfalls aus der az wird die Meinung übernommen, daß „das brisanteste Material noch unter Verschluß" liegt und daß auf den Westberliner Filmfestspielen eine brisantere Kopie gezeigt wurde, als später in den Kinos.

Offensichtlich ist hier die az etwas über das Ziel hinausgeschossen. Alexander Kluge (Mitautor des Films und mitverantwortlich für die Gesamterstellung) erklärte uns dazu:

– In keinem Teil des Films wurde auf irgendeine „Ausgewogenheit" Wert gelegt.

– Es gibt kein „brisantes Material", was unter Verschluß ist.

Folgende Teile wurden gekürtzt:
a) Fassbinder von 37 auf 27 Minuten;
b) Reitz („Grenzübergang")
c) Rote Rübe („Pianist im Zimmer der Frau/ nach dem Unfall")
jeweils um wenige Minuten.
Dabei wurden keine Inhalte weggeschnitten.
Jede Kürzung wurde mit dem zuständigen „Macher" ausführlich durchdikutiert und dann von ihm „abgesegnet".

– Das Interview mit der Mutter von Gudrun Ensslin wurde ganz herausgelassen. Es ist zwei Stunden lang und konnte nicht - ohne grobe Inhaltsverletzungen - gekürzt werden.

– Es gibt keine Szenen mit „beifallklatschenden Mercedes Arbeitern bei Bekanntgabe der Stammheim-Tode". (Kluge selber war zu der Zeit im Mercedeswerk. Er hat solche Szenen nicht gedreht.)

– Der Film ist in den Kinos mit dem der Festspiele inhaltlich voll identisch.

– Fassbinder selber hat in der Pressekonferenz in Westberlin keine Kritik am Film in seiner Endfassung geübt.

(Angaben nach einem Telefonat mit A. Kluge vom 18.7.78).

Diese Richtigstellungen sind deshalb wichtig, weil nicht der Verdacht bestehen bleiben kann, bei „Deutschland im Herbst" sei in irgendeiner Weise Zensur ausgeübt worden. Schlimmer noch. Bei den Zitaten aus der az wird ja mehr oder weniger der Vorwurf erhoben, daß diejenigen, die für die endgültige Fassung verantwortlich waren (Kluge/Jellinghaus) die Beiträge von anderen zensiert hätten.

Kultur-Kommission

Wallmanns nächster Streich

Gerade hat die Frankfurter CDU unter Führung des Oberbürgermeisters Wallmann den Kindern ihre Kitas kaputt gemacht, folgt schon der nächste Streich gegen eine bei den Kindern und Jugendlichen beliebte Institution, das TAT (Theater am Turm). Die CDU-Magistratsmehrheit beschloß in der zweiten Juli-Woche, den Vertrag mit dem künstlerischen Leiter des TAT, Hermann Treusch, nicht mehr zu verlängern.

Die offizielle Begründung: Das TAT entwickle „kulinarischen Agitprop". Die CDU dagegen „*wünscht ein ästhetisches Niveau wie zu Zeiten der Intendanz Müller, als Handke Uraufführungen... bundesweites Interesse erweckten. Dazu sollen mehr Mittel bewilligt werden und eine einfachere Rechtsform eingeführt werden.*" (Welt, 10.7.78) Diese „Verbesserung" des TAT sei mit dem künstlerischen Leiter Treusch nicht zu erreichen. Der Betroffene dazu: „*Ich bin nur das Aushängeschild, eigentlich ist die Sache selber gemeint.*" Und damit hat er recht. Der CDU ist es ein Dorn im Auge, daß das TAT linke Kinder- und Jugendstücke aufgeführt hat wie „Darüber spricht man nicht" (ein „Aufklärungsstück", gegen das die CDU nicht nur in Frankfurt seit Jahren Sturm läuft) oder „Das hälste ja im Kopf nicht aus" - ein Stück, das sich mit Jugendarbeitslosigkeit, Lehrlingsausbeutung usw. beschäftigt. Nicht „ästhetisch" genug war es für die CDU dann sicherlich auch, daß neben diesen Kinder- und Jugendstücken Brechts „Furcht und Elend des Dritten Reiches" u.a. Produkte fortschrittlichen Kulturschaffens auf dem Spielplan standen.

Das TAT-Emsemble hat sich geschlossen gegen die Nichtverlängerung des Vertrages von Treusch gewehrt. Auf einer Solidaritätsveranstaltung wurde eine Revue mit Ausschnitten aus TAT-Aufführungen gezeigt. DGB-Funktionäre, SPD-Minister, Intendanten, Schauspieler mehrerer Theater in Frankfurt und der übrigen BRD solidarisierten sich mit Treusch. (FR, 1.7.78) Aber solche Solidarität hat die Frankfurter CDU auch bei anderen kinder- und jugendfeindlichen Projekten bisher nie gestört. Wenn die CDU mit der Liquidierung des TAT - wie es heute ist - durchkommt (da sind sicherlich noch einige juristische Klippen zu umschiffen) werden sich Kinder, Jugendliche, Eltern, Schauspieler u.a. überlegen müssen, wie man auch in Zukunft fortschrittliche Kinderkultur in Frankfurt auf die Bühne bringen kann.



Fahndungserfolg - Göttinger Staatsanwalt immer noch blind

Wie in AK 132 berichtet, hatten einige Göttinger Antifaschisten gegen die Redner der NPD-„Kundgebung" vom 15.4.78 u.a. wegen Volksverhetzung Strafanzeige erstattet. Inzwischen ist ein viertel Jahr vergangen, und von irgendwelchen Konsequenzen ist immer noch nichts zu hören.

Einer der Redner, das NPD-Bundesvorstandsmitglied **Bernd Dröse** hatte auf der Kundgebung u.a. gesagt: „*Wir Nationaldemokraten versprechen hier ... wenn wir die Macht übernommen haben, hat das letzte Stündlein für den Kommunismus ein für alle Mal geschlagen. ... Wir werden allen Kommunisten die Gelegenheit geben, in ihr Paradies zu verschwinden, ins Sowjet-KZ DDR. Und das Volk wird fordern, zuerst einmal müssen sie über die eigenen Minenfelder gehen.*" – „*Und das zeigt uns auch, daß wir den Marxismus mit Stumpf und Stiel beseitigen müssen*" (nach einem Tonbandmitschnitt). Inzwischen läßt sich das Bild über Dröse etwas abrunden.

Er war schon Ende 1975 Mitglied des JN-Bundesvorstandes und ‚Bundesgemeinschaftsleiter' der kurz zuvor ins Leben gerufenen ‚Nationaldemokratischen Schülergemeinschaft' Heute ist er Pressereferent im Bundesvorstand der JN.

Ein ‚NSDAP'-ler ?

Inzwischen mehren sich die Anzeichen, daß Dröse enge Beziehungen zu den Nazi-Banden im Umfeld der „Hansa"-Bande unterhält. So war er nach eigenen Angaben anwesend auf der Soltauer Kappler-„Ehrung" am 25.8.77. Dröse war gleichfalls anwesend auf einer Kundgebung der JN in Celle im Frühsommer 77, zusammen mit „Hansa"-Chef Michael Kühnen!

Noch etwas: Im Zusammenhang mit den Nazi-Provokationen gegen den jüdischen Schriftsteller Hülsenrath in Kamen stellte sich heraus, daß die Bande von einem Bauernhof, dem sog. ‚Bärendräuker' (Südkamen, In der Bredde) – offensichtlich einem Zentrum solcher nordrhein-westfälischen NPD-Truppen – gekommen war. Dröse kündigte damals an, daß der Hof, der bereits Platz für 50-70 Personen biete, noch weiter ausgebaut werde („die tat", 17.3.78).

Die bundesweite Nazi-Bande wird immer deutlicher kenntlich – und alle Fäden laufen bei der NPD zusammen!

Antifa-Kommission Göttingen



Nazi- Banden einträchtig zusammen (Celle, im Frühsommer 77): Ganz rechts JN-Vorstandsmitglied Dröse,2. von links „Hansa"- Chef Kühnen, 4. von links ein weiterer (bisher nicht identifizierter) „Hansa"- Bandit.

Ein neues schwarzbraunes Zentrum

Seit Juli 77 unterhält die rechtsradikale SPD-Abspaltung „Soziale Demokratische Union" des Braunschweiger Stadtdirektors Weber angeblich „überparteiliche" nichtsdestoweniger SDU-nahe **„Ludwig-Frank-Stiftung für ein freiheitliches Europa e.V."** Vorsitzender ist Weber, der mangels eigener Presse serienweise Gastspiele im „Deutschland-Magazin" (CDU/CSU - nah) gibt. Und so klingt auch das Programm der „Stiftung": sie hat sich „ *zum Ziel gesetzt, die partnerschaftliche Zusammenarbeit aller freiheitlichen Kräfte in Deutschland und Europa zu fördern und das Geschichtsbewußtsein in unserer Jugend zu stärken, damit unser Kontinent den Gefahren der Volksfront und des Eurokommunismus erfolgreich widerstehen kann*". 80 Mitglieder aus 9 europäischen und 3 außereuropäischen Ländern umfaßt das Kuratorium der „Stiftung".

Bei der Konstituierung des Kuratoriums war die gesamte einschlägige Prominenz anwesend:

- **Rudolf Wollner**, Vize-Präsident des „Bundes der Vertriebenen"; Kuratoriumsmitglied der „Stiftung;"
- **Helmut Bärwald**, wegen BND-Kontakten aus der SPD geflogen, jetzt CDU; Hansdampf in allen Gassen;
- **Dr.Lothar Bossle**, Würzburg; Junta- und Straußfreund, als Kultusminister in Bayern im Gespräch;
- **Dr.Heinrich Aigner**, Sprecher der CDU im Europaparlament, bei vielen antikommunistischen Unternehmen aktiv;
- **Gerhard Löwenthal**, Präsident der „Deutschland-Stiftung";

Neben **Botschaftsrat Wan Tai-chi aus der Volksrepublik China**, der hier wohl „realistische" Bündnispartner fand, glänzten auf dieser Versammlung auch die Spitzen der schwärzesten Reaktion: Das **„Brüsewitz-Zentrum"**, die **„Gesellschaft für Menschenrechte"**, die **„Christliche Ostaktion International"** und die **„Kampftruppe gegen Unmenschlichkeit"**.

Otto (von) Habsburg ist ebenso Kuratoriumsmitglied in der „Ludwid-Frank-Stiftung" wie im „Brüsewitz-Zentrum" wie Präsident der „Paneuropa-Union" wie im Beirat der CSU-eigenen „Hanns-Seidel-Stiftung" (PDI-Hintergrunddienst, 1.7.).

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

erfolgreich widerstehen kann". 80 Mitglieder aus 9 europäischen und 3 außereuropäischen Ländern umfaßt das Kuratorium der „Stiftung".
Bei der Konstituierung des Kuratoriums war die gesamte einschlägige Prominenz anwesend:
- **Rudolf Wollner**, Vize-Präsident des „Bundes der Vertriebenen"; Kuratoriumsmitglied der „Stiftung;"
- **Helmut Bärwald**, wegen BND-
„Kampftruppe gegen Unmenschlichkeit".
Otto (von) Habsburg ist ebenso Kuratoriumsmitglied in der „Ludwid-Frank-Stiftung" wie im „Brüsewitz-Zentrum" wie Präsident der „Paneuropa-Union" wie im Beirat der CSU-eigenen „Hanns-Seidel-Stiftung" (PDI-Hintergrunddienst, 1.7.).
Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Erfolgreicher Anti-Hoffmann Aktionstag
Für Sonntag, 16. Juli, hatten die „Antifaschistische Aktionseinheit gegen die Wehrsportgruppe Hoffmann" und der „Antifaschistische Arbeitskreis Erlangen" zu einem Anti-Hoff-
gekommen war. Vor und nach dieser Übergabe wurde durch den Ort zum Rathaus demonstriert. Insgesamt beteiligten sich rund 350 Antifaschisten. Danach: Auto-Corso mit über
Bande waren angetreten, mit Gummiknüppeln, Handschellen, Uniformen, Tarnnetzen vor dem Gesicht und Stahlhelmen. Überall waren Posten mit Funksprechgeräten aufgestellt.

Delmenhorst: Das darf nicht auf sich beruhen!

Am 18. März und 27.5.78 war Delmenhorst Schauplatz von NPD-Aufmärschen. Während am 18. März NPD-Mitglieder mit Transparentstangen und Vierkanthölzern auf Antifaschisten einprügelten, war es am 27.5. die Delmenhorster Polizei, die den Faschisten diese Arbeit abnahm. Oftmals auf direkte Anweisung von NPD-Mitgliedern wie dem niedersächsischen NPD-Vorsitzenden A. Dammann hin griffen sich Greiftrupps der Polizei antifaschistische Demonstranten heraus, prügelten auf vermutete „Störer" ein usw.



NAZI-AUFMÄRSCHE IN DELMENHORST

Dokumentation



Jetzt haben verschiedene Delmenhorster Antifaschisten Strafverfahren zu erwarten.

Zu diesen Vorfällen haben die antifaschistischen Initiativen Bremen und Delmenhorst sowie die Frauengruppe gegen Faschismus Bremen eine Broschüre erstellt (DM 2,—, C. Zuper, Vor dem Steintor 52, 2800 Bremen), die die Faschisten- und Polizeiprovokationen dokumentiert.

Darüber hinaus ist ein Mitglied der Delmenhorster Initiative mit einem „Offenen Brief" an die Öffentlichkeit getreten, in dem das Zusammenspiel von Polizei und Faschisten sowie das Verhalten des Polizeiverantwortlichen Lohmann beschrieben und verurteilt wird. Lohmann ist nicht nur verantwortlich für die Polizeiübergriffe, sondern auch Mitglied des Bundesvorstands der Gewerkschaft der Polizei (im DGB!!).

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Neues von Schnüfflern

Ich habe einen Brief an einen Freund (von Münster nach Frankfurt) geschickt, der erst nach 9 Tagen dort ankam. Mein Freund rief gleich bei mir an, und fragte, ob ich den Brief in Form einer Photokopie geschrieben hätte und den Briefumschlag mit einem dicken Klebeband zugeklebt hätte. Beides war nicht der Fall.

Ich kann mir nicht vorstellen, daß der Verfassungsschutz so plump und blöde ist. Von daher glaube ich, daß es sich um Einschüchterung handelt. Mein Freund hat einen Anwalt eingeschaltet. Es ist zwar nicht anzunehmen, daß da'viel herauskommt, aber man soll den Schnüfflern keine Ruhe lassen!

Ein Genosse aus Münster

Erfolgreicher Anti-Hoffmann Aktionstag

Für Sonntag, 16. Juli, hatten die „Antifaschistische Aktionseinheit gegen die Wehrsportgruppe Hoffmann" und der „Antifaschistische Arbeitskreis Erlangen" zu einem Anti-Hoffmann-Tag eingeladen. Anlaß der Aktion war der Erwerb eines Schlosses in Ermreuth (25 km vor Nürnberg) durch Hoffmann. Dies wird z.Zt. durch die Hoffmann-Truppe als neues „Hauptquartier" hergerichtet. An der Planung der antifaschistischen Aktion waren die örtlichen SPD-Gruppen und sogar der Pfarrer der Kirche von Ermreuth, die direkt neben dem Schloß steht, beteiligt.

Die Sache begann mit einem Lautsprecher-Umzug durch alle umliegenden Orte am Samstag. Gleichzeitig wurde ein vierseitiges Informationsflugblatt an die örtliche Bevölkerung verteilt. Um 14.00 Uhr fand in dem Ort der Gemeinderegierung die Übergabe einer Unterschriftenliste an einen Gemeinderat statt, mit der Aufforderung, Hoffmann wieder aus Ermreuth zu vertreiben, da der Kaufvertrag unter falschen Voraussetzungen zustande gekommen war. Vor und nach dieser Übergabe wurde durch den Ort zum Rathaus demonstriert. Insgesamt beteiligten sich rund 350 Antifaschisten. Danach: Auto-Corso mit über 100 Fahrzeugen zum 6 km weit entfernten Ermreuth. In Ermreuth wiederum Demonstration und Abschlußkundgebung. Anschließend fand auf einer nahegelegenen Wiese noch ein Fest statt.

Die Abschlußkundgebung in Ermreuth fand in einem wahren Hexenkessel statt. Erwin Schönborn („Kampfbund deutscher Soldaten", „Hansa"-Bande) und Hoffmann selbst hatten extra hierfür Flugblätter verteilt. Hoffmann rief dazu auf, sich „mit Kommunisten nicht zu verbrüdern". Außerdem drohte er mit „Konsequenzen" gegen diejenigen, die an dieser „Hetzkampagne" teilnehmen würden. Seine Truppe werde alle Teilnehmer fotografieren und dieses Material „auswerten".

Hoffmann hatte Schloß und Grundstück zu einer Festung ausgebaut: Stacheldrahtzäune, Natodraht-Rollen und schnell errichtete Steinmauern. Etwa 50 Mitglieder der Bande waren angetreten, mit Gummiknüppeln, Handschellen, Uniformen, Tarnnetzen vor dem Gesicht und Stahlhelmen. Überall waren Posten mit Funksprechgeräten aufgestellt.

Vor diesem Hintergrund ist es umso trauriger, daß sich die zweite Rednerin auf der Abschlußkundgebung, die Landtagsabgeordnete Ursula Pausch-Gruber (SPD) gegen die Hauptparole wandte „Nazi Hoffmann raus aus Ermreuth", da sie die gewaltmäßige Entfernung von Hoffmann beinhalte. Ihrer Meinung nach sei dies schon zu radikal! Ihr Vorschlag ging allen Ernstes in die Richtung, mit Hoffmann in einer Art Disput die Sache zu bereinigen. Auch der „Arbeiterbund" (Mitglied des Bündnisses) trat massiv gegen jede neue Parole auf (wie z.B. „Hoffmann, wir kommen" oder „hopp, hopp, hopp, Hoffmann stopp"), da dies „die Ernsthaftigkeit des Kampfes hintertreibe". Außerdem setzte er sich mit seinen Ordnern sehr aktiv für die Einhaltung aller polizeilichen Auflagen ein, da sonst die Bürger „verschreckt" würden.

KB / Gruppe Nürnberg



Mitglieder der Hoffmann- Bande

Verjährung aller Nazi-Verbrechen Ende '79? – Erste Stimmen

Ende 1979 droht die endgültige und vollständige Verjährung aller Nazi-Verbrechen. Ab 1980 sollen selbst die schlimmsten NS-Bestien ungefährdet frei unter uns leben können. Nur solche Nazis, gegen die bereits Ermittlungen bzw.Verfahren eingeleitet sind, haben möglicherweise mit der weiteren Verfolgung zu rechnen.

Der Eintritt der Verjährung ist der Endpunkt einer jahrelangen Entwicklung: Seit 1960 (Verjährung von NS-Totschlagsverbrechen), 1965 (Verlängerung der Verjährungsfrist für Nazi-Morde bis Ende 1969) und 1969 (nochmalige Verlängerung bis 1979 mit gleichzeitiger Einschränkung auf „Exzeßtaten" wie Massenmord) wurden immer weitere Kreise von NS-Verbrechern auf kaltem Gesetzes-Wege „freigesprochen". Wie schon vor 10 und 20 Jahren wird die Verjährung auch heute wieder „begründet": Nach so vielen Jahren und Jahrzehnten sei eine „gerechte" Urteilsfindung ohnehin nicht mehr möglich; die NS-Täter hätten sich inzwischen hinreichend als „ehrbare Bürger" bewährt; und überhaupt: Einmal müsse schließlich Schluß sein mit der „Vergangenheitsbewältigung"...

Tatsächlich ist die Nazi-Vergangenheit so wenig „bewältigt", daß trotz einzelner Prozesse die Mehrheit der Nazi-Verbrecher - und zumal solche in höchsten Positionen - noch nie zur Rechenschaft gezogen, geschweige denn vor Gericht gestellt wurden. Die Zahlen sprechen für sich: Von 82.667 Nazi- und Kriegsverbrechern, gegen die in der BRD bis 1977 in Untersuchungsverfahren ermittelt wurde (und gegen wieviele wurde selbst das nicht einmal getan?!), wurden ganze 6.425 verurteilt („UZ", 6.7.78).

Durch die Inaktivität der Justiz (unterlassene Ermittlungen, jahrelange Verschleppung von Untersuchungen und Prozessen - gegen die Majdanek-Angeklagten wurde 20 Jahre lang „ermittelt"!) und mittels der gesetzlichen Rehabilitierung sind heute bereits die Verbrechen ganzer Täter-Gruppen des nazistischen Herrschafts-Apparats formal verjährt.

- Die gesamte Nazi-Justiz, obwohl sie Tausende von Todesurteilen selbst für kleinste Diebstahlsdelikte verschuldet hat.
- Die gesamte Nazi-„Diplomatie", obwohl eine Vielzahl dieser „Diplomaten" direkt verantwortlich war für Judendeportationen, Verfolgungen und Liquidierungen ganzer Ortschaften in den besetzten Gebieten.

obwohl eine Vielzahl dieser „Diplomaten" direkt verantwortlich war für Judendeportationen, Verfolgungen und Liquidierungen ganzer Ortschaften in den besetzten Gebieten.

- Die Verantwortlichen für solche Verbrechenskomplexe wie die Zerstörung des Warschauer Gettos, die Ermordung der Widerstandskämpfer vom 20.Juli 44, die Ermordung Tausender katholischer und evangelischer Geistlicher usw.

„Verjähren" soll Ende 1979 aber nicht nur der letzte verbliebene Rest juristischer Verfolgbarkeit solcher Nazi-Verbrechen, sondern prinzipiell soll Schluß sein mit der Aufdeckung von Nazi-Untaten und ihren Urhebern. An einer totalen Verjährung der Nazi-Verbrechen gerade auch in diesem Sinn besteht derzeit aktuelles Interesse: Die Puvogel, Filbinger, Gaul (und wie sie alle noch heißen) wissen sehr wohl, weshalb sie gegen eine „zweite Entnazifizierung" (als ob es je e i n e wirksame gegeben hätte!) kämpfen.

Angesichts des bevorstehenden Auslaufens der Verjährungsfrist haben wir Ende Januar einen Aufruf an über hundert Personen verschickt, in dem wir die rechtliche und politische Situation darstellten und um Stellungnahmen baten.

Weiterhin haben wir uns um Stellungnahmen der Botschaften verschiedener europäischer Länder bemüht, um den aktuellen Stand der juristischen und politischen Behandlung von NS-Verbrechern im Ausland zu erfahren.

Aus den bisher vorliegenden Antworten ergibt sich folgendes Bild:

Mit ihrer Verjährungs- und Justispraxis ist die BRD im europäischen Rahmen weitgehend isoliert. Die Nichtverfolgung bzw. die geplante Verjährung von Nazi-Verbrechen verstößt gegen das Völkerrecht (angeblich, nach Artikel 25 des Grundgesetzes , in der BRD geltendes Recht!), wie es in der am 26.11.1968 gefaßten UNO-Koventíon über die „Nichtanwendbarkeit von Verjährungsbestimmungen auf Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit" festgelegt ist. Die BRD hat es bislang stets abgelehnt, diese Konvention, die ausdrücklich auf Nazi-Verbrechen bezogen ist, zu unterzeichnen!

Im einzelnen war von der Botschaft **Luxemburgs** zu hören, daß Luxemburg ebenso wie die BRD nicht die Konvention über die Nichtverjährung unterschrieben hat.

Die **britische Botschaft** teilte mit, daß *„die britische Regierung diesbezüglich keinen einschlägigen Verfahrensregeln folgt. Der Grund liegt darin, daß Großbritannien im Gegensatz zu vielen anderen europäischen Staaten während des zweiten Weltkrieges nicht besetzt wurde und deshalb auch keine nationalsozialistischen Verbrechen verübt wurden. Dennoch war Großbritannien unmittelbar nach dem Krieg zusammen mit seinen Allierten verantwortlich für das Gebiet, das heute die Bundesrepublik Deutschland ist; seit 1955 liegt die Verantwortung für die Verfolgung nationalsozialistischer Verbrechen vollständig in den Händen der Bundesbehörden".*

Bulgarien teilte mit, daß aus dem gültigen Strafgesetzbuch ersichtlich ist, daß es für Verbrechen gegen Frieden und die Menschheit keine Verjährung gibt.

Die Botschaft der Sowjetunion teilte mit, daß *„die Fragen der Aufklärung und strafrechtlichen Verfolgung von nationalsozialistischen Verbrechen in der Sowjetunion entsprechend den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens und der von der Sowjetunion am 11.3.69 ratifizierten Konvention der UNO vom 26.11.68 über die Nichtverjährung hinsichtlich Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit geregelt werden".*

Andere Botschaften haben sich bisher noch nicht gemeldet.

- **Das Dokumentationszentrum des Bundes jüdischer Verfolgter des Naziregimes in Wien schreibt:** *„Nur wenn nach 1979 neue, bisher unbekannte Namen auftauchen, können diese Personen nicht verfolgt werden"* (anders als von uns zunächst angenommen). Zum anderen bekräftigt es: *„Die Sache der Verjährung hat eine prinzipielle Bedeutung und sollte daher keinen Terminbegrenzungen unterworfen werden, weil es vornehmlich eine moralische Verpflichtung unserer Gesellschaft ist, diese Verbrechen zu sühnen, und diese Verpflichtung kann nicht durch Termine begrenzt werden"* (Brief vom 20.2.78)



Während im Ausland die Verfolgung (einschließlich der Nichtverjährung) von NS-Verbrechen zum Teil eine klare Sache ist, zumindest aber angesichts des drohenden Verjährungstermins bereits verschiedene Proteste dagegen erhoben wurden (so mehrfach in den letzten Monaten aus Polen; im Juli 78 wurde Außenminister Genscher in Israel der Protestbrief eines Knesset-Abgeordneten überreicht), **ist es derzeit in der BRD, nach unseren Erfahrungen, schwierig, die Verjährungsfrage auch nur als Thema innerhalb des demokratischen und linken Lagers zur Debatte zu stellen.** Dennoch gibt es in der letzten Zeit auch hierzulande Stimmen, die sich zur Verjährung äußern und gegen sie protestieren. So sprach sich der jüdische Sozialist Arie Goral (Hamburg) in einem Referat in Nürnberg am 8.Mai gegen die Verjährung aus; die VVN hat in einem Brief vom 30.3.78 von den Bundesparteien gefordert, endlich die UNO-Konvention über die Nichtverjährung anzuerkennen. Am 9.6.78 wurde auf dem Kongreß internationaler Widerstandskämpfer (FIR) ebenfalls die Aufhebung der Verjährung gefordert.

Antifa-Kommission
KB-Gruppe Hamburg

Fahndungsaufruf zur „Harting-Bande"

Seit geraumer Zeit existiert in Kamen (Westfalen) ein faschistisches Zentrum von überregionaler Bedeutung: Das „Gut Barenbrauck" (in der Bredde 69) ist im Sitz des Landesverbandes der „Jungen Nationaldemokraten" NRW und fungiert zugleich als zentrales Schulungs- und Ausbildungszentrum der Neonazis. Chef dieses Zentrums ist der NPD-Bezirksbeauftragte **Karl-Heinz Harting**; seine Frau ist Eigentümerin des Hofes.

Obwohl bereits seit Jahren bekannt ist, daß auf „Gut Barenbrauck" Nazi-Banden geschult und trainiert werden, haben die zuständigen Behörden, Stadträte, der Bürgermeister usw. bislang n i c h t s gegen den JN-Sitz unternommen. Der Kamener Bürgermeister Ketteler (SPD) meinte noch unlängst: *„Informationen über die Vorgänge in diesem Haus bekommen wir nicht, ohne Hausfriedensbruch zu begehen".* Und: *„Das ... Verhalten der beiden großen demokratischen Parteien im Rat, auf die ‚Tiraden der Neofaschisten' nicht einzugehen, habe sich bewährt"* (nach „Hellweger Anzeiger", Ausg. Kamen, v. 29.3.78). Wie sehr sich diese Taktik des Totschweigens und der Untätigkeit „bewährt" hat, mögen einige Fakten verdeutlichen:

– Bereits 1973 hatte der DGB eine Statistik veröffentlicht, aus der hervorging, daß allein bis zu diesem Zeitpunkt 600 Jugendliche auf „Gut Barenbrauck" geschult worden waren.

– 1975 kam der Hof wieder ins Gespräch, als die NPD während des NRW-Landtagswahlkampfes mehrere spektakuläre Aktionen in Kamen durchführte. Bereits damals wurde die überörtliche Bedeutung des JN-Sitzes deutlich: Gesichtet wurden Faschisten aus anderen Städten und Bundesländern – so z.B. der heutige Vorsitzende der JN-Niedersachsen, **Fritz- Ulrich Bundt** aus Stade.

– Im Herbst 1977 konnte die in dieser Gegend ebenfalls recht aktive SS-Hiag auf „Gut Barenbrauck" ein Herbstfest veranstalten, *„an dem nach Berichten der örtlichen Presse ca. 300 Personen teilnahmen"* (nach „die tat", 17.3.78).

– 27.2.78: 15 Neofaschisten, darunter auch Harting, provozieren den Abbruch einer Dichterlesung, mit dem jüdischen Schriftsteller Edgar Hilsenrath. Hilsenrath wurde in einem späteren Flugblatt des NPD-Kreisverbandes Unna als „Porno-Autor" bezeichnet, der sich einer „Gossensprache" bediene.

dem jüdischen Schriftsteller Edgar Hilsenrath. Hilsenrath wurde in einem späteren Flugblatt des NPD-Kreisverbandes Unna als „Porno-Autor" bezeichnet, der sich einer „Gossensprache" bediene.

– 28.2.78: Die in der „Alten Mühle" in Bönen (bei Kamen) geplante Dichterlesung mit Hilsenrath muß in eine Privatwohnung verlegt werden. Vor der „Alten Mühle" hatte sich ebenfalls ein Nazi-Trupp zusammengerottet. Die örtliche Polizei verweigerte der Veranstaltung den Schutz.



NPD-Harting (mit Hut), links daneben: JN-Landesvorsitzender Gerlach (verdeckt)

– 15.4.78: Von „Gut Barenbrauck" aus wurde ein Nazi-Trupp für eine NPD-„Kundgebung", in Göttingen zusammengestellt. Als Oberhetzer bei dieser „Kundgebung" traten zwei NRW-JN/NPD-Kader auf: **Bernd Dröse** aus Dortmund, stellvertretender Vorsitzender der JN-NRW und Mitglied im JN-Bundesvorstand, sowie **Heinrich Gerlach**, Vorsitzender der JN-NRW, stellvertretender NPD-Chef von Nordrhein-Westfalen.

Bei Harting trifft sich also nicht nur die provinzielle Nazi-Szene, sondern alles, was bei JN/NPD Rang und Namen hat. Neben Dröse und Gerlach gehören dazu auch der bereits erwähnte Fritz-Ulrich Bundt, der am 13.5. auf einer JN-Kundgebung in Dortmund gesichtet wurde, und der

dern alles, was bei JN/NPD Rang und Namen hat. Neben Dröse und Gerlach gehören dazu auch der bereits erwähnte Fritz-Ulrich Bundt, der am 13.5. auf einer JN-Kundgebung in Dortmund gesichtet wurde, und der

Münsteraner **Michael Bolle**, Beisitzer im JN-Landesvorstand. Bolle soll seine bei der Bundeswehr genossene Nahkampfausbildung beim Training auf „Gut Barenbrauck" nutzbringend einsetzen. Harting selbst ist sogar bewaffnet: Er absolvierte unlängst eine „Jägerprüfung" für den „Jahresjagdschein", der seinem Besitzer die Möglichkeit bietet, *„Langwaffen jeglichen Kalibers und zwei Pistolen mit entsprechender Munition käuflich zu erwerben"* (WAZ-Kamen v. 31.3.78). Trotz alledem Harting über Harting: *„Wenn es bei uns auch nur einen Neofaschisten gibt, trete ich sofort aus"* (WAZ-Kamen v. 30.3.78). In diesem Sinne will Harting jetzt dem antifaschistischen Protest ans Leder: Er stelle Strafanzeige gegen ein Mitglied der „Gruppe Kamener Antifaschisten", das Harting in einem in der Lokalpresse veröffentlichten Leserbrief u.a. als Neonazi bezeichnet hatte. Eine weitere Strafanzeige hat Harting – in ähnlicher Sache – gegen den stellvertretenden Vorsitzenden der Jungsozialisten des SPD-Unterbezirks Unna losgelassen. Mit der Eröffnung eines Prozesses ist zumindest im ersten Fall

Strafanzeige hat Harting – in ähnlicher Sache – gegen den stellvertretenden Vorsitzenden der Jungsozialisten des SPD-Unterbezirks Unna losgelassen. Mit der Eröffnung eines Prozesses ist zumindest im ersten Fall

zu rechnen. Angesichts dieser Situation bitten wir unsere Leser um Mithilfe, um eine optimale Prozeßvorbereitung zu gewährleisten. Unsere Bitte: **Schickt uns alles verwertbare Material über die Harting-Bande, konkret: Wann und wo wurden Harting & Co. bei ihren Umtrieben gesichtet? Welche mündlichen und schriftlichen Äußerungen sind Euch aus diesem Zusammenhang bekannt? Existieren Bilder? – Wir wollen Harting und seine Bande nicht nur weiterhin als das bezeichnen, was sie sind – nämlich Neonazis – sondern ihre Umtriebe nachhaltig stoppen.**

Antifa-Kommission NRW
KB/Gruppe Bochum



(x) links: Gerlach, (x) rechts Harting (mit Hut)

P.S.: Nicht uninteressant ist auch der Rechtsanwalt, der im Auftrag Hartings gegen Antifaschisten aktiv werden soll: Es handelt sich um **Wilhelm Schöttler** aus Recklinghausen, der 1975 den berüchtigten und derzeit flüchtigen Ex-Nazi-Anwalt Manfred Roeder verteidigte. Schöttler ist außerdem Anwalt des faschistischen Magazins „MUT". **Derzeit vertritt er in Abschiebehaft einsitzende kroatische Ustascha-Faschisten.** Frage insbesondere an fortschrittliche Rechtsanwaltskreise: Wer weiß mehr über W.Schöttler?

„Ist Antifaschismus kriminell?"

Ca. 100 Menschen waren am 19. Juli zu einer Veranstaltung mit diesem Motto zur Solidarität mit den 9 Angeklagten im Hamburger Antifaschistenprozeß gekommen.

Diese 9 Antifaschisten stehen vor Gericht wegen ihres Protests gegen den NPD-„Kongreß der nationalen Kräfte Europas" am 7.8.76. Eine von ihnen damals durchgeführte Protestaktion wurde ohne Vorwarnung von der Polizei gewaltsam „aufgelöst".

Der bisherige Prozeßverlauf bestätigt die Einschätzung, daß dieser Prozeß beispielhaften Charakter bekommen soll. Diese 9 stehen stellvertretend für alle Antifaschisten vor Gericht.

Tatsächlich konnte in den bisherigen über 20 Verhandlungstagen (etwa genausoviel sind nach der Sitzungspause noch zu erwarten) der politische Hintergrund der Ereignisse vom 7.8.76 nicht vor Gericht erörtert werden

Es konnte also bisher nicht zum Gegenstand der Verhandlung gemacht werden, daß

Fortsetzung Seite 28

Fortsetzung von Seite 27

– zahlreiche demokratische Organisationen (einschließlich des DGB damals das Verbot des NPD-„Kongresses" gefordert hatten;
– daß die „internationalen Gäste" der NPD teilweise steckbrieflich gesuchte Faschisten waren (so der in Italien wegen Bombenanschlägen gesuchte Österreicher Norbert Burger);
– daß bei den NPD-Ständen damals u.a wegen Verteilens von „NSDAP"-Handzetteln vorbestrafte Nazis gestanden haben.

Tatsächlich würde jeder dieser Punkte das antifaschistische Widerstandsrecht in den Prozeß einbringen, was bisher vom Gericht sorgfältig umgangen wird.

Stattdessen sehen sich die angeklagten Antifaschisten einem System von Vorverurteilungen und Schikanen gegenüber, das sie schon vor der Urteilsverkündung kriminalisiert.
– So findet der Prozeß im „Staatsschutzsaal" statt, obwohl nachgewiesenermaßen andere Säle zur Verfügung stehen;
– Angeklagte und Besucher werden durchsucht, teilweise die Ausweise fotokopiert;
– Besucher des Prozesses werden als mögliche „Störer" gebrandmarkt, da sie mit den Angeklagten sympatisierten.

Diese Vorverurteilung durch die Prozeßumstände wird ergänzt durch Schikanen im Alltag:
In mehreren Fällen wurden Angeklagte an ihrer Arbeitsstelle gekündigt und haben deshalb parallel noch Arbeitsgerichtsprozesse zu führen. Mehrere Angeklagte mußten ihren Jahresurlaub für die Prozesse nehmen; ein Angeklagter muß die Fehlzeiten durch den Prozeß in nächtlicher Heimarbeit ausgleichen; Betriebsratsaufgaben können nur noch unzureichend wahrgenommen werden; in einem Fall wurde gegen eine Angeklagte durch die Betriebsleitung die übliche Verleumdungskampagne gestartet.

Antifaschismus wird kriminalisiert, Faschisten werden gedeckt

In mehreren Diskussionsbeiträgen auf der Veranstaltung wurden Beispiele gebracht, daß dieser Prozeß nicht isoliert zu sehen ist:
– So findet Ende August ein Prozeß gegen einen Kandidaten der „Bunten Liste/Wehrt Euch" statt, weil dieser für ein Flugblatt presserechtlich verantwortlich ist mit dem Titel: *„Der Senat, der Nazis schützt, läßt Bunte-Liste-Kabarett zusammenprügeln".* Allein diese Überschrift soll nach § 90a eine „Beschimpfung der Bundesrepublik" darstellen!

Auf der anderen Seite können die Nazis vor Gericht fast durchweg mit wohlwollender Behandlung rechnen:
– Die „Hansa"-Bande ist bisher in Hamburg noch nie effektiv bestraft worden ;
– Nazi-Zeugen gelten vor Gericht durchweg als glaubwürdig
– Der Faschist Rieger kann ungehindert seine Kumpane verteidigen.

Solidarität mit den Angeklagten

durchweg als glaubwürdig
– Der Faschist Rieger kann ungehindert seine Kumpane verteidigen.
Solidarität mit den Angeklagten

Um den Hamburger Antifaschistenprozeß haben sich Unterstützergruppen gebildet, die Öffentlichkeitsarbeit leisten, den Prozeßverlauf in Infos dokumentieren und Solidaritätsspenden sammeln für die enorme finanzielle Belastung der Angeklagten.

In der Untersützungsarbeit zu diesem Prozeß wurden aber auch die Schwierigkeiten deutlich, die die antifaschistische Bewegung heute hat, um die Angeklagten mit konkret verwertbaren (auch vor Gericht!) Material zu unterstützen, d.h. Zeugen beizubringen, den Anwälten Beweismaterial gegen die Nazis zu liefern, Enthüllungsarbeit über die Behandlung von Nazis durch die Justiz zu leisten usw.

Leider wurde der Vorschlag, dafür eine Arbeitsgruppe zu bilden, von den anwesenden Vertretern der „KPD", der „KDP/ML" und des KBW – wenn auch mit unterschiedlichen Begründungen – abgelehnt. Während der KBW voll auf eine „politische" Prozeßführung orientierte („Man muß die Klassenjustiz bekämpfen und darf sie nicht ausnutzen wollen"), beschränkten sich „KPD" und „ML" auf den Hinweis, das sei nicht die „Hauptfront".

Nun, das hat auch niemand behauptet. Im Endeffekt bedeutet eine solche Argumentation aber, daß die konkrete Unterstützung der Angeklagten in jedem neuen Prozeß wieder vom Nullpunkt aus anfangen muß und die Genossen nicht die bestmöglichste Verteidigung organisieren können.

Eine solche Arbeitsgruppe wird aber auch ohne Beteiligung von „KPD", „ML" und KBW zu bilden sein.

IKAH („Arbeiterhilfe") Hamburg

Drei „Hansa"-Faschisten vor Gericht

Weil sie am1.11.77 einen „Arbeiterkampf"-Verkäufer am Hamburger Hauptbahnhof überfallen haben, stehen nun die Nazis **Tibor Schwarz, Lutz Wegener** und **Hermann Georg Voit** vor Gericht.

Alle drei sind wegen Nötigung angeklagt, Voit noch dazu wegen Körperverletzung. Zur Person der Angeklagten:

Lutz Wegener: Mehrfach vorbestrafter Nazi-Schläger. Bis Herbst 77 „Adjudant" von „Hansa"-Banden-Chef Michael Kühnen. Seit Februar 78 sitzt Wegener als Mitglied einer von Generalbundesanwalt Rebmann so bezeichneten faschistischen „Untergrundarmee" in Untersuchungshaft, Er wird beschuldigt, am 19.12. 77 beim Überfall auf eine Sparkasse in Hamburg-Bergstedt und am 4./5. 2.78 beim Überfall auf einen niederländischen Wachposten auf dem Nato-Übungsplatz Bergen-Hohne beteiligt gewesen zu sein.

Tibor Schwarz: Wie Wegener ehemals Mitglied der NPD-Jugendorganisation JN. Mitglied der „Hansa"-Bande, nach der Verhaftung Wegeners neuer „Adjutant" von Kühnen. Gegen ihn sind mehrere Verfahren anhängig, u. a. eines wegen Nazi-Schmierereien.

Hermann Georg Voit, Nürnberg: Voit ist die eigentliche Überraschung in diesem Prozeß. Er ist Mitglied der **„Wehrsportgruppe Hoffmann"** aus Nürnberg. Dort wurde ihm am 12.3. 77 beim Aufmarsch der WSG die Uniform abgenommen (Verstoß gegen das Versammlungsgesetz: Verbotenes Uniformtragen).

Die Beteiligung von Voit an dem Hamburger Überfall ist ein weiteres Indiz dafür, daß die verschiedenen Nazi-Banden in der BRD untereinander bestens bekannt sind.

Der jetzt beginnende Prozeß könnte einiges aus diesem Nazi-Sumpf ans Tageslicht bringen.

Dazu scheint es uns allerdings nötig, daß die demokratische und antifaschistische Öffentlichkeit tatsächlich hergestellt wird. Es darf bei diesem Prozeß nicht wieder dazu kommen, daß die Faschisten, den Gerichtssaal beherrschen, dort Nazi-Lieder absingen u.ä., wie dies z.B. im Prozeß gegen Eckart („Freundeskreis der NSDAP") der Fall war.

Wir fordern dazu auf, diesen Prozeß zu besuchen:
Beginn: 26.7.78, 9.00 Strafjustizgebäude Sievekingsplatz, Raum 183

Antifa-Kommission und IKAH KB/Gruppe Hamburg

Kumpan von Roeder verurteilt

Am 13.7.78 verurteilte das Straßburger Amtsgericht den ehemaligen Führer der elsässischen Autonomistenbewegung **Marcel Iffrig**, zu einer Geldstrafe von umgerechnet 50.000 DM. Iffrig, der auch die rechtsradikale Zeitschrift „Elsa" herausgibt, wurde der fortgesetzten Rassendiskriminierung für schuldig befunden: er hatte Hetzartikel über Franzosen afrikanischer Herkunft und Juden veröffentlicht. Marcel Iffrig arbeitet eng mit dem BRD-Nazi Schönborn zusammen.

Kühnen und Worch („Hansa"-Bande) verurteilt

Wegen Volksverhetzung wurden in Nürnberg der Chef der Hamburger „Hansa"-Bande, **Michael Kühnen**, und „Hansa"-Aktivist **Christian Worch**(zu je 10 Monaten „auf Bewährung" verurteilt.

Als Bewährungsauflage müssen sie innerhalb von 4 Monaten jeweils 80 Stunden Dienst in einem Heim für Körperbehinderte ableisten.

In dem Verfahren ging es um eine „Kranzniederlegung" im Oktober 77 in Nürnberg für die im Kriegsverbrecherprozeß verurteilten Nazi-Führer. Kühnen und Worch waren in Nürnberg noch zweimal von der Polizei gestellt worden, weil sie Koppel mit Hakenkreuzen trugen.

Noch im Gerichtssaal wurden weitere 7 Nazis aus Norddeutschland vorläufig festgenommen. Gegen sie sollen Ermittlungsverfahren wegen verbotenen Uniformtragens eingeleitet werden.

10 Monate „auf Bewährung" – immerhin ein erstes Urteil gegen Kühnen und Worch.

Dieses Urteil b e w e i s t , daß jederzeit eine Vielzahl weiterer Verurteilungen der beiden und der gesamten Bande möglich wäre. Seit über einem Jahr sind sämtliche Mitglieder der Bande bei verschiedenen Anlässen, uniformiert aufgetreten, den Wiederaufbau der NSDAP propagiert, haben Hakenkreuzplakate geklebt, verbotene Versammlungen durchgeführt, sich in „Wehrsportgruppen" paramilitärisch ausgebildet usw. usf. Bisher jedoch hat es in Hamburg kein Urteil gegen diese Nazi-Banditen gegeben!

Noch vor wenigen Wochen konnte diese Bande beim Prozeß gegen einen ihrer geistigen Väter, den Nazi Eckart ungestört in voller Uniform in einem Hamburger Gerichtssaal randallieren.

Das Urteil gegen Kühnen und Worch macht wieder einmal schlagend das ganze Ausmaß der Duldung und Begünstigung der Nazi-Umtriebe durch den Hamburger Senat deutlich.
Damit muß endlich Schluß sein!

Göttingen-Chronologie einer Bullenstadt

Die Göttinger Bevölkerung hat in den letzten Jahren bereits mehr als genug Möglichkeiten gehabt, mit Polizei und Staatsschutz z.T. brutale Erfahrungen zu machen: Beschlagnahme- und Durchsuchungsaktionen, organisierte und systematische Knüppel-Einsätze gegen Demonstranten und Hausbesetzer.

Polizei fühlt sich zur Uni hingezogen

Nach der Einführung der „Kontaktbereichsbeamten" in Göttingen soll man sich an einige Neuerungen gewöhnen:
– Das „Göttinger Tageblatt" (6.7.78) berichtet: *„Panzerglas und Fernsehaugen für eine halbe Million".* Es geht ganz konkret um den Um- und Ausbau eines Polizeireviers, das *„wie eine Festung abgesichert"* werden soll. *„Das Gebäude erhält Sicherheitsanlagen für eine halbe Million".* So *„sollen die Fenster zur Straßenseite kugelsichere Scheiben haben, die Fensterrückseite erhält Rollos aus Stahl. Über Fernsehaugen und Monitore wird der Besucherverkehr überwacht."* Fehlen eigentlich nur noch Wassergraben und Brokdorf-Zaun!

Zudem soll ein neues Revier entstehen – in unmittelbarer Nähe zur Uni! Lokalpresse und Polizei sind eifrig bemüht, den geplanten Standort des Reviers als rein zufällig erscheinen zu lassen. Daß dies jedoch gar nicht so zufällig ist, stellt sich schnell heraus. Bereits 1974 wurde geplant: *„Neben der Realisierung des Erweiterungsbaues auf dem Gebäude am Steinsgraben soll ein zweites Revier im Stadtgebiet Göttingens"* entstehen. Außerdem wollte man schon damals die Zahl der Beamten erhöhen, und zwar zur Verbesserung des „Polizei-Bürger-Verhältnisses" – **„ein Verhältnis, das in den Augen der Experten im Hinblick auf die Funktion Göttingens als Universitätsstadt schlecht ist"** („Göttinger Allgemeine", 7.12.74).

Der CDU-Landtagspräsident drückte das recht elegant aus: *„Schließlich muß man auch die 2.000 Studenten berücksichtigen, die beispielsweise den Straßenverkehr belasten"* („GA", 7.12.74).

CDU'ler proben den Bürgerkrieg

Bereits früh wurde in Göttingen und Umgebung daran gearbeitet, um die organisatorischen Voraussetzungen für einen bürgerkriegsmäßigen Einsatz zu schaffen und dafür zu trainieren. Insbesondere dem Training solcher ‚Einsatz-Muster' kommt eine besondere Bedeutung zu, wie sich bei den Einsätzen im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um Brokdorf und Grohnde deutlich herausgestellt hat. Zwei Beispiele:

– Im April 1974 *„probten 600 Mann den Ernstfall – Grenzschutz mußte Großeinsatz gegen Studenten und Terroristen fahren". „Zur Verbesserung der Kontakte zwischen möglichen Einsatzpartnern und der Selbstkontrolle des BGS fand am Montag eine Großübung statt, an der mehr als 600 Beamte des BGS aus Braunschweig, Goslar und Duderstadt teilnahmen. Die Einsatzbefehle galten u.a. ‚Unruhestiftenden Studenten' und Terroristen in der Universitätsstadt Göttingen. Da die Polizeikräfte nicht ausreichten und auch die Verstärkung von der Polizeischule Münden nicht ausreichte, um Ruhe und Ordnung wiederherzustellen, wurden einige Hundertschafts-Züge eingesetzt, die vor allem die Aufgabe hatte, ‚terrorisierende Banden' zu stellen und zu verhaften."*

Dabei *„wurde im Göttinger Kreishaus (!) eine Funkleitstelle eingerichtet, von wo aus nach den Anforderungen des BGS"* die einzelnen Einsätze dirigiert wurden. Eingesetzt wurden auch Feuerwehr-Züge in größerer Anzahl, die vor allem *„den Objektschutz des Grenzschutzes unterstützten"*; zu den Objekten zählte neben einigen Fabriken und Schächten in der Nähe Göttingens auch *„ein Kernkraftwerk in Hameln"* (nach „GT", 29.4.74).

terstützten"; zu den Objekten zählte neben einigen Fabriken und Schächten in der Nähe Göttingens auch „ein Kernkraftwerk in Hameln"

Im Rahmen der Übung trafen sich außerdem regionale CDU-Größen zusammen mit Berufsjägern etc., um den Einsatz zu besprechen. *„Eine ähnliche Übung fand bereits vor 6 Jahren statt"* („GA", 30.4.74).
– Im Dezember 1976 wurde die nächste Übung durchgeführt. Während der angebliche Zweck der Übung der Katastrophenschutz war, wurde besonders Wert gelegt auf eine reibungslose Zusammenarbeit verschiedener Einheiten und das Training des zentralen Krisenstabes. Ihm gehörten neben dem Verwaltungschef und verschiedenen Stadt-Dezernenten Vertreter von Polizei, Stadtwerken, Berufsfeuerwehr usw. an. *„Die Ausgangslage für diese Rahmen-Übung am grünen Tisch war von der Regierung vorgegeben worden"* („GT", 7.12.76).

Welchen Charakter die Übung wirklich hatte, zeigt die Funktion des Einsatzleiters. Oberstleutnant Wappler ist Profi – er ist als ‚Standortältester' der Göttinger Ziethenkaserne zugleich Kommandeur des ‚Verteidigungs-Kreis-Kommandos 232', einer Führungs-Einheit des sog. Territorialheeres, dem traditionsgemäß die Aufstandsbekämpfung ('Heimatschutzkommandos') und der 'Einsatz im Hinterland' obliegt („GT", 7.12.76 und 8.4.75).

Antifa-Kommission KB / Gruppe Hamburg

(„GT", 7.12.76 und 8.4.75).
Antifa-Kommission KB / Gruppe Hamburg

Neuer „Antikomintern-Pakt":

Neuer „Antikomintern-Pakt": CDU/CSU mit von der Partie

Anfang Juni fand (wie in AK 132 berichtet) in Brighton/England eine internationale Zusammenkunft von führenden Kapitalisten, Militärs, Parlamentariern u.ä. statt. Auf dieser **„Multinationalen Konferenz über die NATO und die weltweite Bedrohung –Was zu tun ist"**, wie das Treffen offiziell hieß, wurde über die Gründung eines „Blauen Kreuzes" als **weltweite antikommunistische Zentrale** beraten. Inzwischen sind mehr Einzelheiten bekannt:

Organisiert wurde das Ganze von einem **„Nationalen Strategie Informations-Zentrum"** aus den USA. Mitbeteiligt waren verschiedene ähnlich firmierte „Institute" oder „Zentren" aus Großbritannien, der Türkei und Italien. Große britische Konzerne und Banken hatten ihre Abgesandten geschickt. Solche „freiheitlichen" Staaten wie u.a. Süd-Korea, Südafrika, die Philippinen konnten da natürlich nicht unrepräsentiert bleiben.

In einer von 54 Militärs, Politikern und Kapital-Vertretern unterzeichneten „Deklaration" lesen sich die Pläne dieses Kreises dann so: Hauptpunkt ist die *„Bedrohung ... (der) nichtkommunistischen Welt durch Subversion, Fehlinformation, psychologische Kriegsunterstützung für den Terrorismus und die Verweigerung oder Gefährdung der Lieferung von lebenswichtigen Rohstoffen und Energie"* durch die UdSSR bzw. anti-imperialistische Staaten. Gefordert wurde deshalb die NATO müsse den Seeweg nach Afrika kontrollieren („Kap-Route"); ein Pazifik-Pakt, unter Führung der USA und Japans, müsse gebildet werden. Auch müsse ein neuer Geheimdienst für den „geschwächten" CIA aufgebaut werden, damit die USA plus Verbündete wieder die „Initiative" ergreifen könnten.

Interessant, wer aus der BRD zur Stelle war:
– Mitveranstalter (sicher nicht nur im ideellen Sinn) war die **Thyssen-Stiftung**. (Der Thyssen-Konzern, heute in Ländern wie Südafrika „engagiert", spielte – daran sei hier erinnert – bei der Finanzierung Hitlers vor 1933 eine maßgebliche Rolle!).

Unterzeichner der „Deklaration von Brighton" sind:
– **Hans Graf Huyn**, CSU-Bundestagsabgeordneter und Spezialist für CDU/CSU-Kontakte zu faschistischen Regimes. Huyn organisierte u.a. 1977 die Strauß-Reise nach Chile mit und trat 1977 zusammen mit Alt- und Neonazis bei einem „Südafrika-Seminar" des rechtsradikalen „Nation Europa"/„Hilfskomitee Südliches Afrika" in Coburg auf. Kurz vor seinem Auftauchen in Brighton war Huyn bei einer ähnlichen antikommunistischen Konferenz in Washington/USA dabei (**„Antikommunistische Welt-Liga"**).
– **Werner Kaltefleiter**, Polit-Professor aus Kiel. Seit 1970 leitet er das „Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung" der CDU-eigenen „Konrad-Adenauer-Stiftung".
– Dr. Henning von Löwis of Menor. (Die Löwis sind eine Familie ehemaliger Junker aus Livland.)
– Rupert V.L.R. Dirnecker.
– Erich G. Pohl.

An näheren Angaben – besonders zu den letzten drei ist der AK stets interessiert!

England-Kommission und Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Die Agit-Drucker sind frei!

AK-Gespräch mit Henning und Gerdi





Westberlin. Am 13.7. erhielten die drei inhaftierten Agit-Drucker Henning, Jutta und Gerdi, die seit neun Monaten in U-Haft saßen, Haftverschonung bei Fortdauer des Haftbefehls. Das ist ein großer Erfolg der Solidaritätsbewegung und zeigt auch, auf welch wackeligen Beinen die ganze Anklage steht! Denn noch vor kurzem war Jutta in den Hochsicherheitsbereich verlegt worden wegen angeblich „erhöhter Fluchtgefahr". Nach der Freilassung führten wir ein Gespräch mit Henning und Gerdi, das wir hier leicht gekürzt veröffentlichen.

AK: Wie erklärt Ihr euch die Aufhebung der U-Haft, obwohl doch vor kurzem angeblich noch Fluchtgefahr bestand und was war die Begründung des Gerichts?

Gerdi: *Die Begründung des Gerichts war in erster Linie, daß jetzt nach unseren Einlassungen zur Sache der Fortgang des Verfahrens gesichert ist und unsere Anwesenheit nicht unbedingt erforderlich ist und dann halt, daß jetzt die Fluchtgefahr nicht mehr so groß gegeben ist, obwohl im Beschluß weiterhin drinsteht, daß Fluchtgefahr besteht und auch dringender Tatverdacht. Und die andere Sache ist, daß das halt auf die breite Öffentlichkeit zurückzuführen ist.*

AK: Welche Auflagen habt ihr?

Gerdi: *Einmal geht der Personalausweis zu den Gerichtsakten, zweitens müssen wir uns einmal die Woche melden und unverzüglich anmelden, also das sind in dem Sinne eigentlich keine besonders großen Auflagen.*

AK: Das heißt, ihr dürft Westberlin nicht verlassen?

Gerdi: *Ja.*

AK: Nochmal die Frage nach dem Grund eurer Freilassung ...

Gerdi: *Das ist wohl zurückzuführen auf die Öffentlichkeitsarbeit, die ja gerade in letzter Zeit, nachdem Jutta in den Trakt verlegt worden war, ziemlich viel Wirbel verursacht hat in der Presse. Also ziemlich viele Artikel standen da und auch im Rundfunk waren mehrere Beiträge. Das hat schon eine ziemliche Wirkung gezeigt. Dazu kommt die Arbeit des Komitees, das seit November versucht hat, Öffentlichkeit zu schaffen und sich da auch 'ne Menge gute Sachen hat einfallen lassen und auch ziemlich viele andere Gruppen erreicht hat, also Gewerkschaften, ESG, Studentengruppen, Schriftstellerverband und so – das war auch schon sehr gut!*

Henning: *Damit haben die natürlich nicht gerechnet. Die sind ja so daran gegangen, daß sie den Prozeß eigentlich schon im März durchziehen wollten innerhalb von drei Tagen und das still und leise über die Bühne bringen ohne große Öffentlichkeit. Nach unseren Erklärungen ging das Gericht auch davon aus, das wäre damit erledigt und wollte zur Beweisaufnahme übergehen und als wir uns dann aber groß und breit eingelassen haben, hat das natürlich eine Rolle gespielt, daß da einiges klar geworden ist. Und jetzt haben sie Schwierigkeiten, das Gericht geht z.B. nicht mehr davon aus, daß sie sagen, direkte Identifizierung mit dem „INFO-BUG" ist nötig, sondern jetzt bauen sie auf die Kenntnisnahme. In der Verbindung kam auch der Rechtshinweis, daß sie den § 127 genommen haben ...*

AK: Das heißt Beihilfe zur Unterstützung?

Henning: *Ja, und nicht mehr direkt sagen „Unterstützung", sondern daß sie sich jetzt diese Hintertür offenlassen mit „Beihilfe zur Unterstützung". Die zwei Seiten sind jetzt also, daß das Gericht einerseits den Hauptpunkt auf die Kenntnisnahme legt, die Staatsanwaltschaft aber weiterhin den Hauptpunkt auf die direkte Identifizierung und Werbung* (für „Terroristen" – AK) *legt.*

Gerdi: *Die meinen halt, daß wir die Absicht gehabt hätten, damit zu werben. So hat der Staatsanwalt beim letzten Prozeßtag gleich erzählt, es käme ja gar nicht entscheidend auf die Wirkung dieser Texte an – also wie die Leser sie auffassen – sondern entscheidend wäre für ihn, daß wir die Absicht gehabt hätten, damit zu werben. Da kommt halt raus, daß es denen rein um solche Gesinnungsgeschichten geht. Der Staatsanwalt betont auch immer wieder, daß es für ihn eine maßgebliche Sache ist, daß wir uns als Teil der linken Bewegung verstehen.*

Henning: *Der Widerspruch ist ja bei der Staatsanwaltschaft dann da, wo sie auf der einen Seite sagen, ab April 77 habe sich die Druckerei insofern verändert, als daß wir nach „gemeinsam verfaßten Plan" terroristische Vereinigungen direkt und bewußt unterstützt und geworben hätten für die und auf der anderen Seite, als jetzt die Zeugen von uns beantragt wurden, die den Aufbau der Druckerei mitgemacht haben in den Jahren 73-75, und die erklären können, daß das Kollektiv bei uns genauso weitergeführt worden ist wie damals, da kommt dann der Widerspruch raus, daß die Staatsanwaltschaft rangeht und unterstellt das als wahr – also doch nicht diese Änderung, daß plötzlich ein gefaßter Plan da war, sondern daß die Druckerei genauso weitergeführt worden ist. Die sehen das so, daß wir nur in das Druck-Kollektiv eingestiegen sind, um diese Gruppen zu unterstützen und für sie zu werben, aus keinem anderen Grund seien wir in die Druckerei gegangen. Dazu kommt, daß wir sagen, wir sind Teil der linken Bewegung – da produzieren die gleich: Bewegung = Bewegung der Stadtguerilla und so weiter. Das ist eigentlich der Hauptpunkt der Konstruktion.*

AK: Wollt ihr nochmal was dazu sagen, welche Taktik das Gericht vielleicht verfolgt mit eurer Freilassung?

Gerdi: *Die haben natürlich auch die Absicht, durch so eine Entlassung der Öffentlichkeit den Wind aus den Segeln zu nehmen, indem die halt jetzt sagen, die Leute sind draußen und der größte Teil der Unterstützer sich dann denkt, dann ist die Sache damit halt gelaufen, wir brauchen nichts mehr zu machen. Das Gericht hat wahrscheinlich damit die Absicht verfolt, den Prozeß ohne große Öffentlichkeit ziemlich klammheimlich so über die Bühne zu ziehen, damit dann das Grundsatzurteil rauskommt, was sie haben wollen. Und da ist jetzt natürlich gerade die Aufgabe, daß die Öffentlichkeit nicht einschläft, sondern daß die Arbeit verstärkt forgeführt werden muß, weil der Prozeß dadurch, daß wir raus sind, noch längst nicht beendet ist.*

Henning: *Ich halte das auch für unheimlich wichtig, weil die Öffentlichkeit beruhigt werden sollte, es aber auf der anderen Seite nicht um uns geht. Wir sind da zwar angeklagt, aber das Grundsatzurteil wird dann übertragen auf uns alle, auf die gesamte Linke.*

AK: Ein Grundsatzurteil wozu?

Henning: *Zur Frage von Zeitungen, zur Frage überhaupt der Presse- und Meinungsfreiheit. Daß also jetzt durch dieses Grundsatzurteil die Kriminalisierung der gesamten linken Presse vorangetrieben werden soll.*

Gerdi: *Weißt du, diese Kopplung des § 88a (Verherrlichung von Gewalt) mit dem § 129a (Unterstützung terroristischer Vereinigungen). Die haben gemerkt, mit dem § 88a kommen sie nicht weit – damit können sie nicht groß Leute verhaften, nicht in den Knast stecken und jetzt versuchen sie halt, ihre Schwierigkeiten dadurch zu verdecken, daß sie das jetzt mit dem § 129a koppeln und sagen, verfassungsfeindliche Befürwortung von Gewalt, wie es in dem § 88a heißt, das wäre gleichzeitig Unterstützung von „Terroristen". Denn auf dieser Ebene können sie die ausländische Kritik am § 88a abbiegen, indem sie sagen, es geht ja hier um „Terroristen", und wenn es um „Terroristen" geht, muß jeder hier das Maul halten.*

AK: Wie weit haben eure Haftbedingungen eure Verteidigung behindert oder eingeschränkt und welchen Einfluß hatten sie auf den Prozeßverlauf?

Henning: *In erster Linie geht es ja darum, daß durch die Schaffung der Trennscheibe die Verteidigungsmöglichkeit immens eingeschränkt wird. Die Trennscheibengeschichte wird zwar auf den § 129a angewandt, daher ja der Vorwurf des § 129, weil dadurch überhaupt die Möglichkeiten geschaffen werden für die Haftbedingungen. Denn wegen § 88a ist es äußerst unwahrscheinlich, Leute in den Knast zu stecken und diese Haftbedingungen anzuwenden und das ganze Sicherheitsbrimborium überhaupt. Das Problem ist ja, daß die Trennscheibe zwar bei den Anwälten für den § 129a angewendet wird, aber jetzt, als auch die Privatbesuche unter die Trennscheibe gefallen sind – was zwar teilweise wieder aufgehoben ist, aber noch nicht beim „2. Juni" beispielsweise – hat sich herausgestellt, daß die Trennscheibe nicht nur für uns war, sondern daß sie ausgeweitet werden kann auf jeden Gefangenen, ganz willkürlich. Und das ist ja das eigentliche Problem. Und für uns war es ja ganz konkret so, daß wir kurz vor dem Prozeß diese Trennscheiben vor der Nase hatten, wo wir also nicht mehr vernünftig mit den Anwälten reden konnten, Papiere ans Fenster halten mußten und so. Und vor allem kommt dazu, daß die unbefangene und vertrauensvolle Diskussion mit dem Anwalt und die Auseinandersetzung über den Prozeß nicht mehr stattfindet, weil einen diese Aquariumssituation psychisch total fertig macht. Und das ist für mich ein gravierender Punkt: Daß es nur noch formale Besuche werden, die ganz kurz werden und daß wir beide froh sind, wenn wir aus der Situation wieder raus sind.*

Gerdi: *Dazu noch die psychische Erschöpfung in diesem Raum, weil es so ist, daß da praktisch überhaupt keine frische Luft reinkommt, weil er total abgeschlossen ist. Also innerhalb von 5 Minuten fangen da Kopfschmerzen an, Konzentrationsstörungen und so, also unheimlich beschissen, auch wenn du nur ein paar Minuten drin bist. Da ist zwar eine Entlüftung, aber die verursacht nur ein Geräusch, aber da kommt keine frische Luft rein.*

Henning: *Dazu jetzt natürlich das ganze Sicherheitsbrimborium, unter dem der Prozeß stattfindet: Dieses Absichern, Schleuse, Sicherheitssaal, nur 20 Plätze für die Zuschauer, Panzerglas, wie wir rübergeführt werden – das spielt alles eine Rolle. Der Öffentlichkeit soll dokumentiert werden, das sind keine harmlosen Drukker, das sind ganz gefährliche „Terroristenhelfer". Damit soll bewiesen werden, daß der Prozeß und das Ganze gerechtfertigt wären.*

AK: Also so eine Vorverurteilung.

Gerdi: *Ja, daß sich bei den Leuten die Meinung festsetzt, da ist ja was dran, sonst würden die ja nicht so behandelt.*

AK: Welche Bedeutung hatte für euch die Solidaritätsarbeit draußen, wieweit habt ihr überhaupt was davon mitgekriegt?

Gerdi: *Wir haben eigentlich fast alles von draußen mitgekriegt, über Briefe halt und Besuche und die paar Zeitungen, die wir bekommen haben. Auch die Demonstrationen – verstanden hat man da zwar kaum etwas, aber man hat eben mitgekriegt, daß draußen was läuft. Das war schon ein unheimlich gutes Gefühl, wenn du in der Zelle sitzt und hörst, da draußen ist so'n Gebrülle und Krachen und du weißt, da draußen sind ein paar Tausend Leute auf der Straße, weil sie sagen, der sitzt praktisch für uns stellvertretend. Das muntert natürlich wahnsinnig auf!*

Henning: *Ich habe das sogar direkt sehen können (...) Für mich kriegt der Knast dann in dem Moment auch so eine abstrakte Funktion: Dieser Überwachungs- und Abschreckungscharakter des Knastes wirkt nicht mehr so, der wird einfach gemindert. Für mich im Knast war das eins der wichtigsten Dinge, zu wissen, du sitzt hier zwar alleine, aber da draußen die Genossen arbeiten dafür, daß wir raus kommen (...).*

AK: Für euch bestand ja auch ansonsten überhaupt keine Gegenöffentlichkeit, außer dem, was an Solidarität gelaufen ist.

Henning: *Ja, unsere linke Presse wurde zum großen Teil beschlagnahmt und die Medien hatten ja kaum etwas gebracht die ganze Zeit.*

AK: Es ist geplant, euren Fall vor das Russell-Tribunal zu bringen. Sollte man da nur die Anklageschrift behandeln oder auch das Drumherum, die Haftbedingungen, daß ihr überhaupt im Knast gesessen habt?

Henning: *Ich finde, man kann das auf keinen Fall trennen! Ich finde es unheimlich wichtig, daß das Problem (also nicht wir als Personen) vor's Russeltribunal kommt, nämlich die Meinungs- und Pressefreiheit und Zensur. Die Tatsache, daß da ein Prozeß ist wegen § 88a und § 129a, daß wir überhaupt in den Knast gekommen sind, daß da jetzt ein Grundsatzurteil geschaffen werden soll gegen Drucker und Buchhändler, überhaupt Zeitungsmacher. Also, daß die letzten noch verbliebenen Grundrechte immer weiter zurückgesteckt werden, immer weniger werden. Ich finde es wichtig, daß dieser Punkt vor's Russell-Tribunal kommt, nicht jetzt speziell Haftbedingungen von uns oder anderen Knackis – die waren in der Form genauso isoliert. Bei uns kam nur noch diese extreme Überwachung dazu, aber darum gehts, finde ich, nicht.*

(...) Inzwischen ist es ja so, daß selbst die Verfasser des § 88a, die heute sagen, wir haben uns geirrt, wir haben das nicht gewußt, daß die davon ausgehen, daß das Folgen gehabt hat, die die damals gar nicht abgesehen haben. Deshalb finde ich es auch wichtig, daß dieser Fall nicht nur vors Russell-Tribunal kommt, sondern in die Öffentlichkeit getragen wird. Das Problem bleibt bestehen. Auch, oder gerade dann, wenn wir verurteilt werden.

Gerdi: *Weil das ja alle linken Zeitungen und Publikationen betrifft, die dann ja sehen müssen, wie sie damit zurechtkommen.*

Henning: *Das „INFO" ist ja nur der Anlaß und hat die Alibifunktion, konkret geht es um die Linke und ihre Presse. Bei der staatskonformen Presse gibts keine Schwierigkeiten: die übt ihre Selbstzensur aus und manipuliert sich selber. Dieser Punkt ist jahrelang von uns unterschätzt worden, auch nach Bekanntgabe des § 88a.*

Gerdi: *Es hat ja auch keiner mit so einem Hammer gerechnet wie bei uns: 9 Monate Knast wegen Drukkens einer nicht verbotenen Zeitung!*

AK: Meint ihr, daß die Einschüchterung, die mit diesem Prozeß beabsichtigt wird, bislang erreicht worden ist?

Gerdi: *Eigentlich sind die mit ihrer Aktion gegen uns ziemlich reingefallen. Die haben sich halt auf dem Höhepunkt der Schleyer-Hysterie gedacht, jetzt sacken wir die mal ein und machen die mundtot, aber die haben eigentlich genau das Gegenteil damit erreicht. Sie haben die Druckerei nicht kaputt machen können, die läuft sogar besser als vorher, sondern haben höchstens eine breite Bewegung in Gang gesetzt an einem Punkt, wo die Linke sich wirklich mal zusammenfinden konnte. Z.B., daß da 2 Wochen später eine Demo mit 6 - 7000 Leuten lief, wäre ohne das nicht gewesen. Wenn da so ein konkreter Anlaß ist, sind die Möglichkeiten am größten, daß Linienstreitigkeiten überwunden werden. Da kann man wirklich der Staatsanwaltschaft danken, daß sie da so einen konkreten Punkt geschaffen hat, mit unserer Verhaftung, daß die Linke sich da zusammenfinden konte.*

Henning: *Es ist ja kein Zufall, daß wir ausgerechnet im Oktober verhaftet worden sind und zum zweiten ist die ganze Aktion gegen uns ins Gegenteil umgeschlagen. Zum ersten Mal seit vielen Jahren ist die Linke aus ihrer Isolation herausgekommen und ihren Auseinandersetzungen und hat endlich mal zu einer konkreten und breiten Aktionseinheit gefunden. Das zeigt sich einfach an den verschiedenen Gruppen im Komitee. Die Linke ist nicht eingeschüchtert und hat sich nicht in die Selbstzensur treiben lassen, sondern sie hat sich im Gegenteil offensiv zusammengeschlossen und eine breite Basis geschaffen!*

SSB/Westberlin

Urteil gegen RA Groenewold: 2 Jahre Knast und 75 000 DM Geldbuße

Vorgeschichte

Kurt Groenewold (KG) ist seit 1968 als politischer Verteidiger tätig.

Er hat seit der Studentenbewegung immer wieder in Prozessen verteidigt, in denen Gerichte und Staatsanwaltschaften politischen Protest gegen die Verhältnisse in der BRD unterdrücken wollten.

Insbesondere in den Jahren seit 1972 hat sich Groenewold als einer der wesentlichen Träger des Protestes gegen die gesundheitszerstörende Wirkung der Isolationshaft an politischen Häftlingen erwiesen.

Die Verhängung dieser Haftbedingungen war von Anfang an nicht als bloße „Sicherungsmaßnahme" zu verstehen; die Bundesanwaltschaft bezeichnete es in der Anklageschrift gegen KG als das Ziel der Haft, die politische Identität der Gefangenen zu brechen. Die Frage der Haftbedingungen war also von Anfang an ein Bestandteil der Auseinandersetzungen um die innere Aufrüstung der BRD.

Deshalb wurde unter Berufung auf die angebliche Gefährlichkeit der „Stadtguerilla" zum 1.1.1975 die erste Welle der sog. „Anti-Terror-Gesetze" im Strafverfahrensrecht innerhalb eines Monats durchgepeitscht. Im Hinblick auf den Stammheimer Prozeß wurde das berüchtigte Verbot der Mehrfachverteidigung (jeder Anwalt darf nur noch einen Angeklagten verteidigen) und der Verteidigerausschluß in die Strafprozeßordnung eingeführt.

Wenige Monate später wurden die Stammheimer Verteidiger Groenewold, Croissant und Ströbele aus dem Verfahren gegen die RAF unter Berufung auf die neugeschaffenen Gesetze ausgeschlossen.

Auf dem Höhepunkt der ersten Hetze im Frühsommer 1975 wurde gegen Groenewold ein sofortiges Berufsverbot aufgrund ebenfalls neugeschaffener Vorschriften verhängt. Das Berufsverbot stützte sich u.a. darauf, daß er aus dem Stammheimer Verfahren wegen Verdachts der Tatbeteiligung ausgeschlossen war.

Im Juni 1975 wurden dann die Büros der Anwälte Ströbele, Croissant und Groenewold in einer Staatsschutzaktion von einer Horde BKA-Beamter und Bundesanwälte durchwühlt. Es wurden praktisch sämtliche Verteidigungsunterlagen des Stammheimer Verfahrens — soweit noch dort vorhanden — beschlagnahmt; es wurden sämtliche Telefongespräche der Kanzlei Groenewold abgehört; es wurden Ermittlungsverfahren gegen die anderen Büromitglieder und Büroangestellten eingeleitet. Die Folge dieser Aktion waren später die Strafprozesse gegen die Verteidiger aus Stammheim und (Teil-)Berufsverbote. Das im Juni 1977 vorübergehend aufgehobene Berufsverbot gegen Kurt wurde im November 1977 wieder in Kraft gesetzt. Der Ehrengerichtshof für Anwälte konnte es sich politisch nicht leisten, in Deutschland im Herbst 1977 ein Berufsverbot gegen einen „Terroristenanwalt" aufzuheben: Der Staatsanwalt hatte in seinem Plädoyer ausgeführt, bei der Beurteilung von Groenewold müsse man überlegen, wohin die seinerzeit von Groenewold gelegte „Blutspur" mittlerweile geführt hätte.

Der Prozeß

Vor diesem geschichtlichen Hintergrund begann am 18.1.1978 der Prozeß vor dem

Der Prozeß

Vor diesem geschichtlichen Hintergrund begann am 18.1.1978 der Prozeß vor dem Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts Hamburg.

Die Bundesanwaltschaft hatte vor diesem Gericht wegen der „besonderen Bedeutung" des Falles angeklagt. Die Anklage wurde von zwei eigens dafür aus Karlsruhe abgestellten Staatsanwälten, Dr. Morre und Holland, vertreten.

Konkrete Straftaten wurden Kurt schon in der Anklageschrift nicht vorgeworfen. Die „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung in einem besonders schweren Fall" sah die Bundesanwaltschaft allein in der gemeinschaftlichen Verteidigung der damaligen Anwälte von Baader und seinen Mitgefangenen.

Es ging in diesem Verfahren um die prinzipielle Freiheit der Verteidigung.

Groenewold hat in seiner einleitenden Prozeßerklärung am 25. und 27. Januar 78 dies folgendermaßen umrissen:

„Ich bin als Verteidiger angeklagt. Ich bin angeklagt, weil ich mich als Verteidiger für meine Mandanten eingesetzt habe, deren Verteidigung unerwünscht war, deren Verteidigung verhindert werden sollte.

Ich bin angeklagt als Verteidiger in einem Verfahren, das nicht nur Gegenstand einer justizförmigen Auseinandersetzung war, sondern Teil der Politik der inneren Sicherheit und Vehikel für den Ausbau der Polizei und die Einschränkung der bürgerlichen Rechte.

Ich habe mich als Verteidiger für meine Mandanten eingesetzt:

1. *für ihr Recht, sich zu verteidigen, d.h. auch zu bestimmen, wie sie sich verteidigen;*
2. *gegen Haftbedingungen, die ihre Gesundheit und ihre Fähigkeit zur Verteidigung zerstören mußten;*
3. *gegen ihre amtliche Vorverurteilung durch Mitglieder der Bundesregierung und Vertreter der Justiz und Polizei;*
4. *für ihr Recht auf ein justizförmiges Verfahren (fair trial) und besonders dafür, daß auch für diese Mandanten die Unschludsvermutung gilt.*

Die Anklage der Bundesanwaltschaft gegen mich ist der Versuch, die Zerstörung der Verteidigung im Stuttgarter Prozeß zu legitimieren. Der Vorwurf der Bundesanwaltschaft beschreibt Verteidigungsarbeit. Die Bundesanwaltschaft erhebt den Vorwurf, ich hätte als Verteidiger unter Benutzung der Verteidigerpost

1. *den Hungerstreik meiner Mandanten gegen Haftbedingungen unterstützt;*
2. *durch ein sog. Infosystem dafür gesorgt,*

   'daß das Selbstverständnis der Häftlinge als Stadtguerilla, ihre Kampfbereitschaft, ihre Ausrichtung auf Ziele der Gruppe und ihr Zusammengehörigkeitsgefühl ungebrochen blieb'.

Es ist erstaunlich, mit welcher Offenheit die Bundesanwaltschaft ihr Ziel darstellt, in der Haft das Selbstverständnis der Gefangenen, ihre Identität zu brechen und damit ihre Fähigkeit zu zerstören, sich im Prozeß mit der Darstellung ihres politischen Selbstverständnisses zu verteidigen.

Dieses Ziel ist nicht nur ungesetzlich, es ist auch unmenschlich. Der Zweck der Untersuchungshaft wird in § 119 der Strafprozeßordnung beschrieben und beschränkt.

Untersuchungshaft darf nur angeordnet werden, um Flucht oder Verdunkelung zu verhindern. Die Lebensmöglichkeiten eines Gefangenen dürfen nur zu diesem Zweck eingeschränkt werden. Das ergibt sich schon aus der Unschuldsvermutung. Das Bundesverfassungsgericht hat dies in grundsätzlichen Entscheidungen unterstrichen. Nur die Beachtung dieser Prinzipien entspricht den „Mindestgrundsätzen der UNO für die Behandlung von Gefangenen". Die Bundesanwaltschaft stellt mit ihrer Anklage an die Verteidiger in politischen Verfahren die Forderung, an ihrem Haftkonzept und an dem Haftkonzept der Staatsschutzbehörden mitzuwirken: auch der Verteidiger soll daran mitwirken, daß das Selbstverständnis seiner Mandanten gebrochen wird.

Diese Forderung verstößt gegen die berufliche Ethik des Anwalts, gegen jede berufliche Tradition. Es handelt sich um den schlimmsten Fall von Parteienverrat. Ein Anwalt, der so handelt, verrät seine Schutzfunktion, die er für seine Mandanten hat."

Grundlage des Vorwurfes der Unterstützung einer „kriminellen Vereinigung" waren fast ausschließlich Verteidigerrundbriefe; diese Rundbriefe sind illegalerweise in Zellen von Gefangenen durch Beschlagnahme von Verteidigerpost erlangt worden. Außerdem stammt dieses Material aus den Bürodurchsuchungen.

Die Bundesanwaltschaft hatte geplant, mit Hilfe von 85 Zeugen, ganz überwiegend Polizisten aus dem Bundes- und den Landeskriminalämtern, von Groenewold das Bild eines kriminellen Kassiberschmugglers zu zeichnen, der Sprengstoffanleitungen und Befreiungspläne in die Zellen schaffte. Dies war der Ausgangspunkt des Verfahrens.

Im Prozeß verfolgte das Gericht einen in der Sache harten und in Nebensächlichkeiten großzügigen Kurs: sämtliche Anträge der Verteidigung wie z.B. der Antrag, das Verfahren wegen der bereits erfolgten öffentlichen Vorverurteilungen einzustellen, oder auch nur der Antrag auf Aussetzung des Verfahrens wegen Gefährdung des Anwaltsgeheimnisses wurden sämtlichst abgelehnt.

In der Entgegennahme und Begründung ließ es sich das Gericht jedoch niemals nehmen, reichlich liberale Sprüche zu klopfen: selbstverständlich sei sich das Gericht der besonderen Vorverurteilungen

In der Entgegennahme und Begründung ließ es sich das Gericht jedoch niemals nehmen, reichlich liberale Sprüche zu klopfen: selbstverständlich sei sich das Gericht der besonderen Vorverurteilungen bewußt, man sei als Berufsrichter aber natürlich von solcher Meinungsmache unabhängig (!?) und werde sich alle Argumente der Verteidiger „genau überlegen".

Auf diese Art und Weise versuchte das Gericht von Anfang an, in leicht irritierbaren Kreisen, insbesondere der Presseöffentlichkeit, den Eindruck zu erwecken, als würde hier von einem unvoreingenommenen Gericht ein „fairer Prozeß" durchgeführt.

Wir meinen, daß dieser Eindruck täuscht: maßgeblich für die Praxis eines Gerichts ist die Entscheidung in der Sache selber, nicht irgendwelche Sprüche zur Begründung, die die Richter überhaupt nichts kosten.

Allerdings hat diese unter dem Druck einer stets anwesenden breiten Öffentlichkeit eingeschalgene Verhandlungslinie des Gerichts für den weiteren Prozeßverlauf doch für Groenewold entscheidenden Nutzen gebracht.

Es ist der Verteidigung gelungen, klarzumachen, daß es in diesem Prozeß um die Verurteilung von Verteidigungstätigkeit geht. Durch offensive Argumentation konnte es verhindert werden, daß auch nur ein einziger der verhetzten BKA-Typen als Zeuge vernommen wurde. Es ist gelungen, durch Zeugen der Verteidigung und durch Aufdeckung der Zusammenhänge die Freiheit der Verteidigung auch tatsächlich zum Verfahrensgegenstand zu machen.

Dieser Erfolg zeichnete sich schon etwa in der Mitte des Verfahrens ab, als das Gericht einige richtungsweisende Beschlüsse darüber verkündete, daß es die grundsätzliche Legitimität des „Info-Systems" und der kollektiven Verteidigung in Stammheim akzeptieren würde.

Demgegenüber verfolgte die Bundesanwaltschaft einen absolut kompromißlosen Staatsschutzkurs. Dies reichte von einem Ausschlußantrag gegen den französischen Verteidiger von Kurt, Roland Houver, bis hin zu der in den Schlußplädoyers geäußerten ungeheuerlichen Beschuldigung, Groenewold würde durch ein Info für seine Anwaltskollegen seine kriminelle Tätigkeit fortführen und habe durch eine Broschüre zum Prozeß die Bundesrepublik verunglimpft und damit seine Unverbesserlichkeit unter Beweis gestellt.

Ergebnis: Die Bundesanwälte forderten drei Jahre Haft ohne Bewährung, ein fünfjähriges Berufsverbot, die Einziehung aller Kopiergeräte in Kurts Büro und die Beschlagnahme aller bereits sichergestellten Akten.

Die Verteidigung plädierte demgegenüber auf Freispruch. Der Prozeß hatte nach ihrer Meinung erwiesen, daß Groenewolds Verteidigung und sein „Info-System" nicht im Widerspruch zu Strafgesetzen stand, vielmehr durch die Besonderheiten des Stuttgarter Verfahrens erforderlich war.

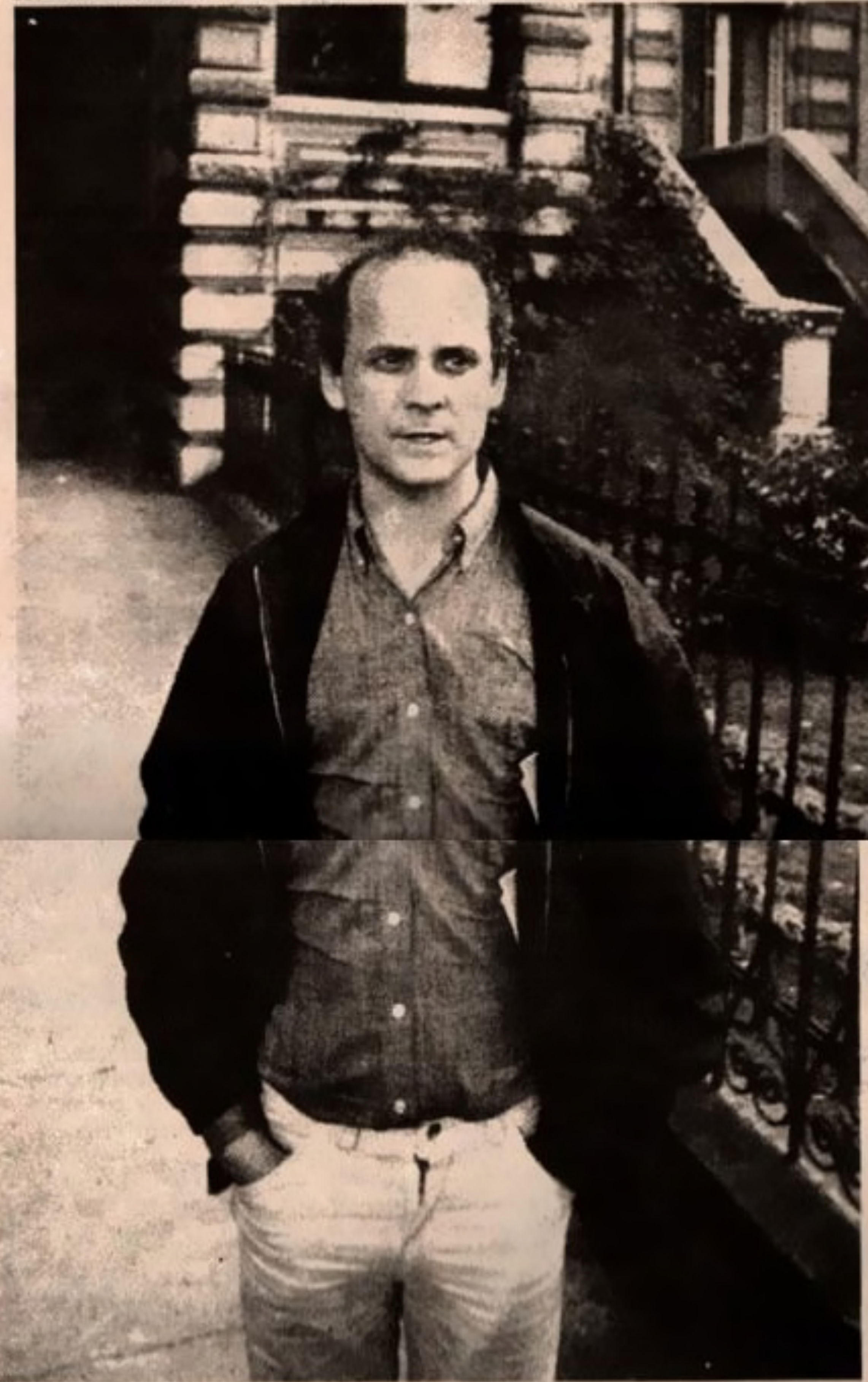
Das Urteil

Das Oberlandesgericht unter Vorsitz des Richters Plambeck entschied sich schließlich getreu seinem politischen Auftrag für eine maßlose Entscheidung: Kurt wurde zu zwei Jahren Haft (mit fünfjähriger Bewährungszeit) und zur Zahlung von einer Geldbuße in Höhe von 75.000 DM verurteilt. Ein Berufsverbot wurde nicht verhängt

Dieses Ergebnis kann nur vor dem Hintergrund der jahrelangen Hetze gegen die Verteidiger der RAF verstanden werden. Nach dem vorangegangenen Prozeßverlauf überraschte das Urteil. Es überrascht aber nicht, wenn man sich die Reaktion des Staates auf einen Freispruch vorstellt: Wo bliebe dann die Rechtfertigung für das seit drei Jahren gegen Groenewold bestehende Berufsverbot? Wo bliebe die Rechtfertigung für die mit dem „Mißbrauch von Verteidigerrechten" begründeten Ausschlüsse der Anwälte in Stammheim? Und wo bliebe schließlich der scheinbare Beweis für die Notwendigkeit der diversen „Anti-Terror-Gesetze"?

So gesehen konnte der Prozeß gar nicht anders ausgehen.

Die mündliche Begründung des Urteils stützt sich im wesentlichen auf folgendes: das von Groenewold allein verantwortete



Info war grundsätzlich erlaubte und legitime Verteidigungstätigkeit. Das bedeutet, daß auch die absolut überwiegende Anzahl der verschickten Papiere nicht zu beanstanden waren. Lediglich in einigen Fällen habe Groenewold die Grenzen der Verteidigungsbefugnisse überschritten, es habe sich in diesen insgesamt lediglich fünf(!) Fällen um „Grenzüberschreitungen" gehandelt.

Im Prinzip sei die Verteidigung zwar frei; wie in jedem freiheitlichen Staat habe aber alles seine Grenze in den Strafgesetzen. W o diese Grenzen der Strafgesetze aber liegen, sagte das Gericht nicht.

Groenewold habe deshalb in jedem einzelnen Fall vorher genau prüfen müssen, ob ein bestimmtes Papier noch übers „Info laufen" konnte oder nicht.

Bei den inhaftierten Mandanten habe es sich entgegen der Ansicht der Verteidigung immer noch um eine „kriminelle Vereinigung" gehandelt. W i e getrennt voneinander in Isolationshaft sitzende Mandanten eine kriminelle V e r e i n i g u n g bilden sollen, wußte das Gericht nur ausgesprochen kläglich zu begründen: entgegen der Meinung der Verteidigung, die sogar ein Gutachten zweier Rechtsprofessoren für sich ins Feld führen konnte, reiche der Wille zu weiteren Straftaten, es sei nicht nötig, daß die vermeintlichen Mitglieder der Vereinigung t a t s ä c h l i c h kriminelle Ziele verfolgten.

Hinsichtlich der Erlaubtheit seiner gesamten Verteidigung hat das Gericht Kurt Groenewold bescheinigt, daß er seinerzeit die Verteidigung für gesetzmäßig hielt: er hat nach Meinung der Richter in einem „Rechtsirrtum" gehandelt. Dies begründet das Gericht damit, daß er seinerzeit in einer sehr schwierigen Situation war, weil er jeweils sehr kurzfristig entscheiden mußte, was ins Info sollte. Außerdem hatte die damalige Verteidigung keinerlei historisches Vorbild, es war „Neuland" zu betreten.

Außerdem haben, wie auch schon vor dem Prozeß deutlich geworden war, die Gefängnisverwaltungen selber den Gefangenen massenhaft Material z.B. über Sprengstofftechnik oder die Sicherheitsbehörden ausgehändigt. Genau dies wird KG als strafbar vorgeworfen.

Zur Höhe der verhängten Gefängnisstrafe meinte das Gericht, daß dabei die Schwere der Tat eine erhebliche Rolle gespielt hätte, Groenewold hätte gewußt, daß die Mandanten äußerst gefährlich gewesen sind(!). Außerdem hätte die Tat insgesamt über zwei Jahre gedauert. Strafmildernd sei berücksichtigt worden, daß es insgesamt nur „einige wenige Grenzüberschreitungen" abzuurteilen gebe, und die Verteidigung insgesamt nicht kriminell gewesen sei.

Die Freiheitsstrafe wurde zur Bewährung ausgesetzt, weil Groenewold die ihm zur Last gelegten Taten nicht mehr begehen könne, denn die Gesetze seien ja geändert. Außerdem habe er eine „nahezu zweifelsfreie" Sozialprognose, habe sich in einem „offenen Rechtsgespräch" im Prozeß beteiligt und sich außerdem inzwischen eindeutig von seinen ehemaligen Mandanten distanziert. Die Strafaussetzung zur Bewährung wurde ganz auf Kurts Person zugeschnitten. Wenn Groenewold weniger „seriös" gewesen wäre, hätte eine Knaststrafe ohne Bewährung ebenso begründet werden können.

Bei der Ablehnung des Berufsverbotes war ebenfalls ausschlaggebend, daß durch die zwischenzeitlichen Gesetzesverschärfungen eine kollektive Verteidigung der damaligen Art nicht mehr möglich sei.

Das Gericht lehnte es auch ab, mit der von der Bundesanwaltschaft gebrachten Begründung einer Kritik an der Politik des Staates zu diesem Prozeß ein Berufsverbot zu begründen. An dieser Stelle lieferte der Vorsitzende ein besonderes Bonbon für die Presse: er sprach Kurt ausdrücklich das Recht zu, sich gegen Diffamierungen auch in aller Schärfe zur Wehr zu setzen. Vogel und die Bundesanwaltschaft wurden wegen der Vorwegverbreitung der Anklageschrift sogar direkt kritisiert.

Sowohl die Bundesanwaltschaft als auch die Verteidigung sind gegen das Urteil in die Revision zum Bundesgerichtshof gegangen.

Die Reaktion von Presse und Rundfunk

Die Presse ist voll auf die scheinliberalen Sprüche des Gerichts über die Wahrung aller Verteidigerrechte abgefahren.

In der „Zeit" vom 14.7.78 ist ein Artikel: „Ein Manifest der Unabhängigkeit" abgedruckt. Der „Spiegel" vom 17.7.78 schreibt: *„Im Prozeß gegen den Hamburger Strafverteidiger erlitt die Bundesanwaltschaft eine Abfuhr. Die Urteilsbegründung setzt neue Akzente im Staatsschutzrecht."* Und die „Frankfurter Rundschau" vom 11.7.78: *„Das Urteil gegen den Hamburger Rechtsanwalt Kurt Groenewold schien auch dem Gericht Kopfschmerzen zu bereiten. Fast sah es so aus, als hätte es diesen Prozeß, in dem zahlreiche bisher nicht annähernd ausdiskutierte Fragen zum Thema Verteidigung erörtert wurden, am liebsten ohne Entscheidung abgeschlossen. Die Urteilsbegründung enthielt zahlreiche Passagen, die nahezu wie eine Entschuldigung klangen, ihn doch noch verurteilt zu haben." – „Zur Begründung der relativ milden Strafzumessung führten die Richter den Begriff des unwiderlegten, aber vermeidbaren Rechtsirrtums an"* („FAZ", 11.7.78).

Insgesamt haben sich also alle Pressestimmen von Herrn Plambeck einfangen lassen.

Die Tatsache, daß hier ein Verteidiger wegen seiner Verteidigung zu 2 Jahren Gefängnis und 75.000 DM Geldbuße verurteilt wurde, tritt völlig in den Hintergrund. In der „Zeit" wird die Geldbuße nicht mal erwähnt.

Ein Urteil gegen die Verteidigung

Das Urteil ist insgesamt gesehen als richtungsweisend für eine Einschränkung der Verteidigung zu sehen.

Schon in den mündlichen Urteilsgründen wurde das Recht auf Verteidigung unter den prinzipiellen Vorbehalt „der Gesetze" gestellt. Wer aber bestimmt, w e l c h e Gesetze die Grenze bilden, ob z.B. nicht irgendwann einmal die „Postordnung" als Schranke der Verteidigung dienen soll?

Allein die bloße Tatsache, daß dieses Verfahren stattfand, zeigt, daß sich ein staatliches Gericht angemaßt hat, über die Grenzen und Erlaubtheit von Verteidigertätigkeit überhaupt zu urteilen. Dies ist für sich genommen schon ein Unding.

Außerdem ist das Urteil von seinem Strafausspruch her maßlos: wenn tatsächlich das Gericht davon ausginge, daß die Verteidigung in Stuttgart legitim war und lediglich fünf einzelne Papiere von einem über zwei Jahre lang betriebenen Info-System zu beanstanden gewesen sind als „Grenzüberschreitung", dann ist eine Freiheitsstrafe von zwei Jahren schlicht unverständlich.

Daß tatsächlich die Verteidigung insgesamt trotz gegenteiliger Sprüche des Gerichts verurteilt wurde, zeigt auch der bezeichnende Versprecher von Plambeck in der Urteilsbegründung: „die Tat", die abzuurteilen gewesen sei, habe „über zwei Jahre gedauert". Diese Äußerung kann sich niemals auf einige „Grenzüberschreitungen" beziehen.

Auf der anderen Seite wollen wir nicht verkennen, daß in der Urteilsbegründung die grundsätzliche Legalität des Informationsaustausches zwischen Verteidigern im Stuttgarter Verfahren anerkannt ist.

Auch mit der Kritik des Oberlandesgerichts an diesem Verfahren und dem Verhalten der staatlichen Stellen gegenüber den Anwälten in der Öffentlichkeit kann der bislang zügellos betriebenen Hetze entgegengetreten werden. Insofern hat das Urteil durchaus auch nützliche, verwertbare Seiten, die Herold, Rebmann und Konsorten sicher nicht ins Konzept passen.

Anders als die bürgerliche Presse sehen wir dies jedoch nicht als die entscheidenden Aspekte des Urteilsspruches, zumal noch gar nicht einmal feststeht, wie die bisher

ten sicher nicht ins Konzept passen.

Anders als die bürgerliche Presse sehen wir dies jedoch nicht als die entscheidenden Aspekte des Urteilsspruches, zumal noch gar nicht einmal feststeht, wie die bisher nicht vorliegenden schriftlichen Urteilsgründe aussehen werden.

Mit dem Urteil ist das Oberlandesgericht seiner Aufgabe als Staatsschutzgericht im wesentlichen gerecht geworden: es hat erwartungsgemäß eine hohe Freiheitsstrafe verhängt. Hiermit kann der Staat seine jahrelange Kampagne gegen die Verteidiger der politischen Gefangenen rechtfertigen, jedenfalls in der Massenpropaganda. Die Regimepresse, wie Bild und ähnliche Blätter, fragen nicht nach Feinheiten wie Bewährung oder gar den Urteilsgründen.

Auf der anderen Seite hat das Gericht mit Erfolg den liberalen Kritikern der Entwicklung der BRD im In- und Ausland den Wind aus den Segeln genommen. Mit seiner Beteuerung, die Freiheit der Verteidigung bliebe gewährleistet, mit der Ablehnung des Berufsverbots und der Kritik an staatlichen Stellen ist diesen Stimmen zunächst einmal der Mund gestopft.

Trotz alledem

Bei einer ganzen Reihe von Kollegen hat die Verurteilung tiefe Resignation ausgelöst: eine als vorbildlich empfundene Arbeit zieht zwei Jahre Knast nach sich.

Die Folgen für die anderen Strafverfahren gegen Anwälte sind mit dieser „richtungsweisenden" Entscheidung nicht absehbar. Andere Anwälte, die auch heute noch politische Gefangene verteidigen und nicht bereit sind, mit den über sie zu Gericht sitzenden Richtern ein „offenes" Rechtsgespräch zu führen, können durchaus eine Knaststrafe ohne Bewährung einfangen.

T r o t z d e m sollte das Urteil nicht zu einem Aufgeben veranlassen. Die Begründung gibt die Möglichkeit, durchaus den Staat wegen seiner Vorverurteilungen anzugreifen.

Die Urteilsgründe lassen sich nutzen, um die Freiheit der Verteidigung mit den dort gebrachten Argumenten – freilich aus unserer Sicht – zu verteidigen.

Wenn wir so an die weitere Auseinandersetzung herangehen, dann hat die Bundesanwaltschaft mit diesem Urteil vielleicht tatsächlich „eine Schlappe erlitten".

IKAH Hamburg

Selbstmord? Neue Enthüllungen im Freiburger Gefängnisskandal

Am 27. April starb im Freiburger Knast der Gefangene Helmut Schwank (vgl. Bericht im letzten AK).

Inzwischen liegt eine Darstellung des baden-württembergischen Justizministers Guntram Palm zu diesen Vorgängen vor. Dazu bemerkte allerdings selbst die „Badische Zeitung“ („BZ“, 4.7.78). „*Die offizielle Version über die Umstände seines* (H. Schanks) *Todes läßt freilich noch einige Fragen offen.*“ Und weiter: „*Das Licht, das mit den offiziellen Stellungnahmen von Justizministerium und Anstaltsleitung zunächst in das Dunkel um die Selbsttötung eines Gefangenen in der Freiburger Haftanstalt zu dringen versprach, scheint in der Finsternis neuer Ungereimtheiten und offener Fragen wieder zu verlöschen. Denn inzwischen liegen Informationen vor, nach denen die Anstaltsärztin den Gefangenen H. Schwank am Mittag seines Todestages noch für ‚arrestunfähig' erklärt hat. Dennoch wurde Schwank in die Beruhigungszelle gebracht — und die ist mit der Arrestzelle identisch. Wie konnte es dazu kommen, daß der Gefangene trotz der ärztlichen Erklärung in diese Zelle gebracht wurde? Verantwortlich für die Anordnung dieser Maßnahme ist Regierungsrat Rolf Zetschke, der an jenem 27. April als stellvertretender Anstaltsleiter fungierte. Zetschke ordnete freilich die Unterbringung des Häftlings in der sogenannten B-Zelle nicht nur an, er begleitete Schwank auch zusammen mit dem Anstaltspsychologen Herter und sieben Vollzugsbeamten in die Zelle.*

Eine weitere Kontrolle des Gefangenen hielt Zetschke indes nicht für angebracht, wie er später zu Protokoll gab, da keine besonderen Umstände vorgelegen hätten ... Dieses Argument sticht allerdings nicht, da es eine anstaltsinterne Verwaltungsvorschrift geben soll, die anordnet, daß ein Häftling in der Arrest- und Beruhigungszelle alle 15 Minuten überwacht werden muß.“

„*Eine zweite Ungereimtheit der Vorgänge an Schwanks Todestag ergibt sich aus dem Befund der Untersuchung des Toten: In der linken Ellenbeuge wurden zwei Einstiche festgestellt, die darauf schließen lassen, daß dem erregten Häftling möglicherweise doch Beruhigungsmittel gespritzt wurden. Dies steht im Widerspruch zu der Erklärung von Anstaltsleiter Reinhold Frank, Schwank seien keine Beruhigungsmittel gegeben worden.*“

„*Ein weiteres Indiz stellt die Behauptung des Justizministers Palm in Frage, nach der sich der Gefangene erhängt habe. Inzwischen wurde nämlich bekannt, daß Schwank, als er um 22.10 tot gefunden wurde, mit seinen Füßen den Boden der Beruhigungszelle berührte. Dies wird vom Psychologen und von der Anstaltsärztin bestätigt. Wie aber — so drängt sich unwillkürlich die Frage auf — kann man sich erhängen, wenn die Füße Bodenkontakt haben? Hinzu kommt noch, daß die Schlinge einen feststehenden Knoten hatte und nicht einen, der sich erst beim Erhängen zuzieht.*

Verschiedene Aussagen werfen noch zusätzliche Fragen auf. So wird gesagt, daß es zum einen schier unmöglich sei, den reißfesten Stoffbezug der Matratze in Streifen zu reißen. Zum anderen sei es ebenso ausgeschlossen, daß es dem — 1,70 Meter großen, fast blinden — Häftling möglich war, den Strick durch das feinmaschige Lampengitter zu fädeln“ („BZ“, 5.7.78).

Alle diese Widersprüche veranlaßten die „BZ“ im „Kommentar“ zu der Forderung: „*Eine unabhängige Untersuchungskommission muß eingesetzt werden, um den Vorgang der Selbsttötung restlos zu klären.*“ Eine Forderung, der wir uns nur anschließen können!

Allerdings wird sich eine solche Untersuchung auch deshalb schwierig gestalten, weil die Behörden die Leiche Schwanks „anonym verbrannt“ haben — noch bevor seine Witwe unterrichtet wurde und eine Nachobduktion hätte veranlassen können!

Daß an diesem „Selbstmord“ einiges faul ist, darauf weisen auch die scharfen Repressionen hin, die gegen die Veröffentlichung des Falles ergriffen wurden:

— Die neue Ausgabe der Gefangenenzeitung „Janus“ wurde beschlagnahmt, die Redaktionsräume im Knast geschlossen, da der Janus einen Artikel zum angeblichen Selbstmord enthielt.

Der für diesen Artikel verantwortliche Redakteur wurde „auf Anweisung des Justizministeriums“ umgehend ub due JVA Mannheim verlegt. Dazu der Anstaltsleiter: „*Er war der ‚spiritus rector' der — mein Vertrauen mißbrauchend — für jene hochgradig explosive Stimmung in der Freiburger Vollzugsanstalt gesorgt hat, die heute herrscht. Er hat andere systematisch aufgewiegelt.*“ Deshalb sei die Verlegung als „*Sicherheitsmaßnahme*“ unumgänglich (Zitate nach „BZ“, 18.7.78).

— Der „Janus“ durfte inzwischen wieder erscheinen — allerdings in einer „bereinigten“ Fassung, d.h. ohne die beanstandeten Teile.

— Auf sämtliche Fragen und Forderungen nach Aufklärung des Falles (gestellt vor allem von „Stadtzeitung“ und „BZ“) schwieg sich die Anstaltsleitung bisher aus!

- *Wir fordern:*
- *Vollständige Aufklärung des*
- *Todes von Helmut Schwank!*

Hunger- und Durststreiks für menschenwürdige Haftbedingungen!

Um die Durchsetzung von menschenwürdigen Haftbedingungen zu erreichen, ist Heinrich J a n s e n in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Werl in den Hungerstreik getreten. Am 7. Juli wurde er aus der JVA Werl nach der JVA Bochum verlegt, wo er zwangsernährt wird. In der Presseerklärung seines Rechtsanwalts Dr. Hoffmann heißt es dazu, daß sich Jansen „*lediglich solche Haftbedingungen wünscht, wie sie für ihn über Jahre im Haus III der JVA Berlin Tegel bestanden. Er wurde dort mit allen Rechten und Pflichten wie jeder andere Gefangene behandelt, ohne daß dies zu irgendeiner Beanstandung geführt hätte*“ (Schreiben von RA Hoffmann an amnesty vom 15.7.78). Jansen schreibt dazu, nachdem sein Anliegen von der NRW-Justizministerin als „eine maßlose Forderung“ bezeichnet wurde: „*Wir können diesen Hungerstreik nicht ohne Erfolg beenden und das nicht aus „Trotz“ oder der Unfähigkeit, eine „Niederlage“ einzustecken, sondern weil wir in körperlicher und geistiger Gesundheit überleben wollen. Nach 7 1/2 Jahren Haft ist bei mir nun ein Punkt erreicht, an dem ich sagen muß: jetzt oder nie. Entweder werden jetzt die Haftbedingungen so verändert, daß sie ein Überleben ermöglichen oder ich werde bei dem Kampf um mein Leben sterben. Setzen Sie alle Ihre Möglichkeiten ein, um dieses zu verhindern.*“

Schreibt Heinrich Jansen in die
JVA Bochum, Krümmede 3,
4630 Bochum!

In der JVA Butzbach befinden sich Gerd-Paul S c h u l z und Tofe S h a k e r seit dem 10.7.78 im Durst- und Hungerstreik. Sie fordern entweder vollständige Integration in den Regelvollzug und Gleichbehandlung mit den anderen Gefangenen oder Zusammenlegung zu einer interaktionsfähigen Gruppe. In der Presseerklärung von RA Korte werden die Schikanen gegen seinen Mandanten Gerd-Paul Schulz beschrieben: Nachdem dieser im Oktober 77 aus der JVA Werl (NRW) in die JVA Butzbach (Hessen) gebracht wurde, wurden die dadurch extrem erschwerten Kontakte zu seinem Freundeskreis noch weiter erschwert: Besuche wurden ihm seit Jan. 78 entweder generell verboten oder unter Hinzuziehung des LKA quasi unmöglich gemacht.

Nachdem G.P. Schulz zusammen mit T. Shaker und zwei weiteren Mitgefangenen am 23.3.78 die unzensierte Gefangenenzeitung „Not-Hilfe“ herausgebracht hatte, wurde er nach mehreren Zellendurchsuchungen am 30.3. in „strenge Einzelhaft“ gelegt. In der schriftlichen Begründung des Anstaltsleiter Winchenbach hieß es dazu: „*...der Gefangene Schulz ist mit zwei anderen Gefangenen Mitarbeiter der garantiert unzensierten und freien Gefangenenzeitung „Not-Hilfe“. In dieser Zeitung wird zum Widerstand gegen den Vollzug aufgefordert. ‚Macht kaputt was euch kaputt macht'. Insgesamt ist die Zeitschrift geeignet, unter den Gefangenen ein Gefühl des ohnmächtigen Hasses gegen die Bediensteten der JVA zu erwecken...*“

Die Isolationshaft gegen die beiden anderen Redakteure wurde Anfang Juni aufgehoben, nachdem sie sich von der „Not-Hilfe“ distanziert hatten. Schulz und Shaker weigerten sich, auf diese Erpressung einzugehen, worauf die Fortdauer der Isolationshaft angeordnet wurde.

„*Die geschilderten Vorfälle machen deutlich, daß an dem Gefangenen Gerd-Paul Schulz eine Haftvollzugsreform praktiziert wird, die auf eine Vernichtung der menschlichen und politischen Identität hinauszulaufen droht. Gerd-Paul Schulz und Tofe Shaker sehen in ihrem Hunger- und Durststreik das letzte ihnen zur Verfügung stehende Mittel, um sich hiergegen zur Wehr zu setzen und eine Überlebenschance zu erkämpfen*“ (aus der Presseerklärung des Rechtsanwalts Korte vom 17.7.78).

tionsfähigen Gruppe. In der Presseerklärung von RA Korte werden die Schikanen gegen seinen Mandanten Gerd-Paul Schulz beschrieben: Nach- gegen zur Wehr zu setzen und eine Überlebenschance zu erkämpfen“ (aus der Presseerklärung des Rechtsanwalts Korte vom 17.7.78).

Dorff-Tauras-Prozeß: Neuer Abhörskandal?

Dorff-Tauras-Prozeß: Neuer Abhörskandal?

In ihrer Juli-Ausgabe hatte die Zeitschrift »Konkret« ein »vertrauliches« Protokoll einer Sitzung des Bundestagsinnenausschusses abgedruckt. Aus dem Protokoll geht hervor, daß gegenüber den Besuchern von Gefangenen, die wegen § 129 einsitzen, eine weitläufige Überwachung, so u.a. auch ihrer Gespräche mit den Gefangenen, praktiziert wird.

Die Anwälte von Klaus Dorff und Jürgen Tauras hatten vor Gericht gefragt, ob das auch für ihre Verteidigergespräche mit den Mandanten zuträfe.

In einem Fernschreiben teilte BKA-Boß Herold hieraufhin dem Gericht mit:

»... *das BKA hat zu keiner Zeit Gespräche von Verteidigern mit Mandanten innerhalb oder außerhalb von Vollzugsanstalten überwacht oder die Überwachung durch andere Dienststellen veranlaßt oder wie behauptet, Protokolle solcher Überwachung erhalten*«.

Herold könnte Ärger kriegen.

Durch einen »Stern«-Artikel wurde mittlerweile bekannt, daß ein Schriftstück der Abteilung TE des BKA vom 8.5.77 vorliegt. Versehen mit dem Stempel »VS-Vertraulich« werden in diesem Schreiben u.a. Einzelheiten hinsichtlich des Überwachungsverfahrens gegenüber sämtlichen Besuchern von Inhaftierten, die der RAF zugerechnet werden, angeordnet:

»*Die Gesprächsinhalte müssen sämtliche Namen und Objekte, Informationen, die eine Codierung bedeuten können, sowie sonstige Auffälligkeiten enthalten ... Über jeden Besuch - auch über den von Verteidigern - ist eine Meldung nach Vordruck B zu erstatten und sofort nach dem Besuch der Zentralstelle zu übersenden ...*

Die aus der Häftlingsüberwachung gewonnenen Erkenntnisse werden den sogenannten Dateien bei der Zentralstelle und im PIOS-System gespeichert ...«

Mittlerweile ist von der Verteidigung von Jürgen Tauras die Vernehmung des »Stern«-Journalisten beantragt worden. Sollte er seine Aussagen vor Gericht aufrecht erhalten, ist eine Vernehmung von BKA-Herold unumgänglich, in der ihm peinliche Fragen gestellt werden dürften ...

Neben dem Bekanntwerden dieser skandalösen Abhörpraktiken bricht im Dorff- Tauras Prozeß ein Anklagepunkt nach dem anderen zusammen.

Als Zeuge hat der ehemalige Hotelbesitzer des Hotels »Heinzelmännchen«, in dem die beiden Genossen verhaftet wurden, vor Gericht ausgesagt, daß die beiden nicht Mieter eines Zimmers im Hotel waren, in dem kurz zuvor Waffen gefunden worden waren:

Zwei Männer hätten ein Hotelzimmer reserviert, an der Rezeption die Formalitäten erledigt und ihr Gepäck auf das Zimmer Nr. 9 gebracht.

Auf Grund »eines anonymen Hinweises« sei dann von derPolizei dieses Zimmer durchsucht worden.

Auf ihm vorgelegten »Terroristenlichtbildern« habe er niemanden erkannt. Als in der Nacht zwei Personen das Hotel betreten hätten, seien diese sofort festgenommen worden, wobei es sich um Dorff und Tauras gehandelt haben soll. Diese seien aber nicht diejenigen gewesen, die er als Gäste für das Zimmer 9 kennengelernt habe. Das habe er auch der Polizei gesagt.

Bei späteren Vernehmungen teilten ihm Polizeibeamte mit, man wisse ohnehin Bescheid und er solle das für sich behalten. Schließlich wies er darauf hin, daß das Hotel häufig Gäste von der Polizei gehabt habe und nur 50m von dem Polizeipräsidium Köln entfernt gelegen sei ...

KB- Gruppe Frankfurt

Rechtsanwalt Müllerhoff ist frei!

RA Müllerhoff wurde am 1. Juni 78 im Zuge der „Ermittlungen“ um die Befreiung von Till Meyer aus Moabit verhaftet. Müllerhoff ist Anwalt im Prozeß gegen den „2. Juni“.

Die Verhaftung von Müllerhoff ist als Teil der staatlichen Kampagne gegen Rechtsanwälte zu verstehen, die (noch) bereit und in der Lage sind, Angehörige von „kriminellen Vereinigungen“ als Vertrauensanwälte zu verteidigen. Es handelt sich dabei um gezielte Kriminalisierungspraktiken, was sich auch dadurch nachweisen läßt, daß es mittlerweile gegen fast sämtliche RAs, die im Prozeß gegen den „2. Juni“ verteidigen, Ehrengerichtsverfahren gibt, die den Ausschluß aus diesem Verfahren und Berufsverbote zur Folge haben sollen.

Dafür spricht auch die Vorgehensweise des Staatsapparates bei der Verhaftung von Müllerhoff:

Am 29.5. fand eine Durchsuchung der Kanzlei, in der auch Müllerhoff arbeitet, statt, die während der Sprechzeiten mit einem riesigen Polizeiaufgebot erfolgte. Gleichzeitig wurden Büros anderer RAs in derselben Weise durchforstet. Es kam zur Festnahme von RAin Ingrid Lohstöter und RA Becker, die beide wieder freigelassen wurden. Das aber reichte dem Staatsschutz nicht aus, die Kampagne gegen fortschrittliche Rechtsanwälte am Kochen zu halten.

Am 1.6. wurde RA Müllerhoff in seiner Kanzlei nach einer erneuten Durchsuchung vorläufig festgenommen. Am 2.6. wurde der Haftbefehl gegen Müllerhoff ausgestellt, und zwar von eben jenem Richter Bräutigam, der auch das Berufsverbot gegen RA Spangenberg zu verantworten hat (AK 119).

Die Begründungen dafür waren mehr als fadenscheinig:

— RA Müllerhoff habe als Strafverteidiger die Örtlichkeiten in der Untersuchungshaftanstalt gut gekannt.

— Er habe seinen Mandanten zum Zeitpunkt der Befreiung besucht.

— Die Befreier hätten bei ihrer Aktion eine Vollmacht bei sich gehabt, die von einem der Mandanten der Kanzlei Müllerhoff ausgestellt gewesen sei.

— Die Schilderung des Tatgeschehens durch Müllerhoff würde in einem — nicht wesentlichen Punkt von der Schilderung eines Justizbeamten abweichen.

Am 7.7. wurde Müllerhoff wieder freigelassen. Davor kam es zu einer breiten Solidarisierung unter den Anwälten, die ein Flugblatt auf dem Ku-Damm verteilten.

(Alle Informationen nach „Zitty“ Nr. 15 und einem Flugblatt des Öffentlichkeitsausschusses „2. Juni“)

IKAH Westberlin

Münster: Neuer Prozeß gegen Prof. Sigrist

Professor Christian Sigrist, Direktor des Instituts für Soziologie in Münster, ist seit 1973 verschiedenen straf- und disziplinarrechtlichen Maßnahmen ausgesetzt. Zuletzt – im Oktober 1977 – wurde er zu 3.000 DM Geldstrafe wegen „Verunglimpfung des Staates“ und „Beleidigung der Polizei“ verurteilt: nach dem Tod von Günther Routhier, verursacht durch die polizeiliche Räumung einer Arbeitsgerichtsverhandlung in Duisburg im Juni 1974, informierte Sigrist zusammen mit anderen die Öffentlichkeit über diesen Fall. Obwohl mittlerweile gerichtsmedizinisch festgestellt wurde, daß Routhier an den Folgen des Polizeieinsatzes gestorben ist, wurde Sigrist verurteilt.

Am 17.8.1978 soll nun in Münster nach eineinhalbjähriger Verzögerung ein weiterer Prozeß gegen Professor Sigrist stattfinden. Er wird angeklagt, die BRD und Teile der Bevölkerung beschimpft und verächtlich gemacht und den öffentlichen Frieden gestört zu haben. Anlaß dazu war eine Diskussionsveranstaltung in Stockholm am 5.5.1976, veranstaltet vom dortigen Goethe-Institut und dem Germanistischen Institut der Uni Stockholm. Thema der Podiumsdiskussion, an der auch der Justizminister von NRW, Posser, teilnahm, waren die politischen Verhältnisse in der BRD, speziell auch die Berufsverbote.

Auf Einladung des „Deutschland-Komitees“ schwedischer Schriftsteller beteiligte sich Prof. Sigrist an der Diskussion. Die Diskussion, einschließlich des Diskussionsbeitrages von Sigrist, wurde etwas später im III. Fernsehprogramm des WDR ausgestrahlt.

Am Beispiel seiner eigenen Erfahrungen zeigte er auf, daß es in der BRD nicht möglich ist, ohne negative Folgen bestimmte politische Anschauungen öffentlich zu vertreten. Er charakterisierte die BRD als ein Land mit faschistischen Tendenzen, für die die Berufsverbote der typische Ausdruck sind, wenn auch nicht der einzige. Als ein anderes wichtiges Indiz für diese Tendenzen gab er an, daß im Staatsapparat nach 1945 bis heute noch zahlreiche alte Nazis in Amt und Würden zu finden gewesen sind.

Sein Redebeitrag wird als Beleidigung und Verleumdung der BRD gewertet, und es wird deswegen ein Prozeß geführt (was Sigrists Äußerungen in bezug auf die Unmöglichkeit, sich frei politisch zu äußern, nur bestätigt).

Anläßlich des Prozesses wurde an der Uni Münster eine Sigrist-Initiative neu ins Leben gerufen, die zunächst eine Unterschriftensammlung durchführt und in ihrem ersten Info zum Sigrist-Prozeß schreibt:

„*Wir fragen: Sind diejenigen anzuklagen, die diese Realität beim Namen nennen und sich aktiv dagegen wenden, oder die, die dafür verantwortlich sind und sie mit Hilfe derartiger Prozesse verleugnen wollen?*

Wir fordern: Sofortige Einstellung des Strafverfahrens gegen Professor Sigrist!!! Sofortige Einstellung des Disziplinarverfahrens gegen Professor Sigrist!!!

Wir wenden uns gegen die Disziplinierung fortschrittlicher Wissenschaftler!!!“

KB-Sympathisanten Münster

Immer neue Schikanen gegen Karl-Heinz Galander

Der in der Hamburger Strafanstalt Fuhlsbüttel einsitzende Karl-Hein Galander, der auf der Bürgerschaftsliste der „Bunten Liste“ kandidiert hatte, ist ständig neuen Schikanen ausgesetzt. Karl-Heinz hatte während des Wahlkampfes eine „Liste des Todes“ (d.h. über die sich häufenden Selbstmorde und Selbstmordversuche) in Fuhlsbüttel angefertigt und an die „Bunte Liste“, die Gefangenenselbstinitiative (GSI) und auch an fortschrittliche Publikationen etc. verschickt. Eine der „Listen“ wurde von Karl-Heinz in die JVA Vierlande gesandt, wo sie vom dortigen Anstaltsleiter angehalten und von der Beförderung ausgeschlossen wurde. Karl-Heinz klagte gegen diesen Willkürakt (die anderen Listen waren alle bei den vorgesehenen Empfängern angekommen). Diese Klage wurde zurückgewiesen und Karl-Heinz muß jetzt für die Kosten aufkommen. Begründung: „*grob unrichtige und entstellende Darstellung von Anstaltsverhältnissen...*“ — die Wahrheit kann von den Anstaltsleitern offensichtlich nicht ertragen werden ...

Als weitere Schikane hat Karl-Heinz nicht mehr den „Arbeiterkampf“ ausgehändigt bekommen. Karl-Heinz hat dagegen gleichfalls Widerspruch eingelegt, in dem er u.a. auch die Ungleichbehandlung anprangert, denn andere Gefangene in Fuhlsbüttel bekommen den AK nach wie vor ausgehändigt. — Auch in diesen kleinen Beispielen zeigt sich, wie von den Behörden systematisch die politische Identität von Gefangenen zerstört wird.



CDU bestätigt alte Radikalenpraxis

Während die SPD so tut, als wolle sie den bisherigen Radikalenerlaß lokkern, bekennen sich alle CDU-regierten Länder offen zu der immer deutlicher werdenden Gesinnungsschnüffelei und zu der Berufsverbotspraxis. Stoltenberg (Schleswig-Holstein) und Böckmann (Rheinland-Pfalz) wandten sich entschieden gegen eine Differenzierung der Beamtenschaft nach Sicherheitsstufen. Stoltenberg hierzu: *„Wir können nicht Beamte zweierlei Art schaffen, von denen die einen in verschiedenen Funktionen dann gar keine Verwendung mehr finden können. Denn der Sicherheitsbereich beginnt schon bei der Kraftfahrzeug-Zulassung oder bei der Paßkontrolle*" („FR" v. 4.7.78). Was Stoltenberg hier propagiert, ist also der alle gesellschaftlichen Bereiche umklammernde staatsloyale Beamtenapparat. In diesem Zusammenhang betonte Stoltenberg auch noch einmal, daß die bloße Mitgliedschaft in einer ‚verfassungsfeindlichen Partei' *„in der Regel ein Grund sein kann, um den Zugang zum Öffentlichen Dienst zu verweigern*" (s. o.).

In Baden-Württemberg soll die bisherige Überprüfungspraxis für Bewerber und Angehörige des Öffentlichen Dienstes durch den Verfassungsschutz jetzt sogar gesetzlich abgesichert werden. Im Paragraphen 3 Absatz 2 des Entwurfes für ein neues Verfassungsschutzgesetz heißt es „Das Landesamt für Verfassungsschutz wirkt mit auf Anforderung der **Einstellungsbehörde bei der Überprüfung von Personen, die sich um Einstellung in den Öffentlichen Dienst bewerben, sowie auf Anforderung der Beschäftigungsbehörde bei der Überprüfung von Beschäftigten im öffentlichen Dienst, bei denen der Verdacht besteht, daß sie gegen die Pflicht zur Verfassungstreue verstossen.**' " („FR" v. 29.6.78).

Das ist die Praxis, die Filbinger als „hervorragenden" Beitrag zur „Demokratie" beisteuert. Der Verfassungsschutz wird damit gesetzlich zur zentralen Einstellungsbehörde für den Öffentlichen Dienst gemacht – ein wesentlicher Schritt auf dem Weg des Polizeistaates und zum Aufbau einer neuen Gestapo.

Berufsverbotekommission
KB/Gruppe Hamburg

Jens Scheer muß Hochschullehrer bleiben

Am 25. Juli findet vor dem Disziplinarhof in Bremen die Berufungsverhandlung gegen das Disziplinarurteil 1. Instanz gegen den Atomphysiker Jens Scheer statt, das ihn – einen auf Lebenszeit berufenen Professor - mit Berufsverbot belegte. Das Urteil 1. Instanz vom 19.10.77 war ausschließlich mit der Tätigkeit von Jens Scheer für die „KPD" begründet worden. Jens Scheer ist bekannt geworden als unbequemer und entschiedener Kritiker des westdeutschen Atomprogramms; u. a. gehört er zu den Mitherausgebern des Anti-AKW-Buches "66 Erwiderungen".

Die Personalversammlung der Universität Bremen hat sich mit großer Mehrheit gegen die drohende Entlassung Scheer ausgesprochen. Und in einer Erklärung Bremer Hochschullehrer heißt es:

„Wir, die wir uns dafür einsetzen, daß Jens Scheer auch als Kommunist im Staatsdienst bleiben darf, tun dies nicht, weil wir mit der KPD sympathisieren. Wiederholt haben wir diese Partei scharf kritisiert. Wir treten dafür ein, weil wir, nicht zuletzt im eigenen Interesse, dafür eintreten, daß die politische Gesinnung nicht Gegenstand disziplinarischer oder strafrechtlicher Ahndung sein darf. Gegenstand des Disziplinarrechts, auf das sich der politische Senat beruft, hat lediglich die Frage zu sein, ob jemand unter Verletzung seiner Dienstpflicht gehandelt hat, nicht jedoch, ob er das falsche Parteibuch in der Tasche, falsche Gedanken im Kopf oder falsche Gefühle in der Brust hat ..."

Die Verhandlung am 25. Juli ist die letzte juristische Instanz. Entscheidet der Disziplinarhof gegen Jens Scheer, wäre das in der Geschichte der BRD erste Berufsverbot gegen einen auf Lebenszeit berufenen Hochschullehrer verhängt worden, noch dazu in einem Land, das mit seiner besonders „liberalen" Anwendung des Radikalenerlasses gerne hausieren geht.

(Angaben aus „RF" 27 und 28/1978)


Professor Scheer in einer Vorlesung

„Ehrengericht": Nazi-Vergangenheit von Bundesrichtern tabu

„**Völlig unerheblich**" sei die Nazi-Vergangenheit von Bundesrichtern, so erklärte der „Ehrengerichtshof" für den Oberlandesgerichtsbezirk Oberbayern in einem Verfahren wegen „Schädigung des Ansehens des Anwaltsstandes" gegen den Münchener Rechtsanwalt H. E. Schmitt-Lehrmann.

Weil er es als einen Skandal bezeichnete, daß in den Berufsverbotsprozessen gegen Anne L. und Claudia E. Richter beteiligt waren, die sich als aktive Nazis hervorgetan hatten, wurden dem Rechtsanwalt ein Verweis und Kostenübernahme auferlegt.

Gemeint waren in diesem Zusammenhang die Bundesrichter de Chapeaurouge, der an „Rassenschandurteilen" mitgewirkt hatte und der ehemalige SS- und Polizeiführer Weber-Lortsch.

Obgleich das „Ehrengericht" die von H. E. Schmitt-Lehrmann geäusserten Tatsachen nicht bestreiten konnte, fällte es dennoch das oben genannte Maulkorburteil.

Wie geht's uns denn?



Aktenkundig: Unhaltbare Zustände durch überarbeitete Ärzte

Während des Prozesses, den der Chirurg Dr. H. Junghans, Arzt im Krankenhaus Heidberg in Hamburg, gegen die Hamburger Gesundheitsbehörde führt (s. AK 133), sind einige skandalöse Zustände im Krankenhaus Heidberg an die Öffentlichkeit gedrungen.

Angeblich will die Gesundheitssenatorin Elstner die Tatsache, daß die Ärzte z.T. 32 Stunden hintereinander arbeiten und wie z.B. Dr. Junghans auch operieren müssen (!) erst durch die Klage des Arztes erfahren haben! Diese Behauptung konnte der Chirurg allerdings sofort als Lüge entlarven, indem er auf eine „dringliche Beschwerde" verwies, *„die bereits am 16.6.76 von einem Dutzend Medizinern aus der Heidberger Chirurgie unterzeichnet und an die Senatorin gesandt worden war"* („Welt", 13.7.78). In diesem Brief hatten die Ärzte die Situation im Heidberg-Krankenhaus dargestellt: Die Verlegung einer der chriurgischen Abteilungen Anfang 1976 hatte die Situation in der Klinik erheblich verschlechtert. Die Zahl der Notfälle hatte natürlich n i c h t abgenommen. Die Ärzte schrieben an die Behörde: *„Es muß also zur Zeit die anfallende Notfallchirurgie von etwa der Hälfte der vorhandenen Ärzte versorgt werden, was eindeutig eine Verschlechterung in der Patientenbetreuung darstellt"* („Welt", ebenda). Die dadurch sich verdoppelnde Anzahl der Bereitschaftsdienste sei unzumutbar.

„Sie sähen sich teilweise nicht mehr in der Lage, noch länger die Gesundheit und Privatleben zerstörenden, Kunstfehler geradezu provozierenden Nacht- und Wochenenddienste in der jetzigen Häufung zu leisten, zumal die untragbare Situation nicht durch echte Notlage, Katastrophen oder Krankheitshäufung, sondern durch Fehlplanung hervorgerufen wurde" („Hamburger Abendblatt", 17.7.78).

Dieser Brief wurde von der Behörde nie beantwortet. Daß er aber der zuständigen Stelle und Elstner natürlich bekannt war, beweist schon die Tatsache, daß es danach zu einem *„informellen Gespräch"* zwischen Ärzten und Behördenvertretern kam – ohne allerdings irgendwelche Konsequenzen folgen zu lassen („HA", 17.7.78). Außerdem wurde Dr. Junghans schriftlich gerügt, er habe den *„Dienstweg außer Acht gelassen"* („HA", 17.7.) Hiermit habe man, laut Behördensprecher Nebel, *„die Sache ... als bereinigt angesehen"* („Welt", 13.7.78).Diese unbequeme Angelegenheit wollte der Senat natürlich möglichst schnell und ohne Aufsehen zu den Akten legen. Auch jetzt noch wird versucht, den Protestbrief der Ärzte total von der Klage des Dr. Junghans zu trennen, angeblich habe beides nichts miteinander zu tun!

Die Behörde hatte gegen das erste Urteil des Gerichts – das Arbeitsgericht hatte der Forderung des Arztes nach ein Mal Bereitschaftsdienst pro Woche stattgegeben – Berufung eingelegt. Das Verfahren wird sich daher noch eine ganze Weile hinziehen.

ÖTV-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

„Greifkommando" verschleppt zwei alte Frauen in Psychiatrie

Alte Menschen sind, da oft hilflos und krank, der staatlichen Willkür schutzlos ausgeliefert, denn was das „Beste" für diese Menschen ist, sollen sie nicht mehr selbst bestimmen können, das entscheiden die Behörden; so auch im Fall der beiden Schwestern Margarethe und Marie (75 und 83 Jahre alt). Die beiden Frauen haben Erlebnisse gehabt, die einem die Haare zu Berge stehen lassen können. Ein „Greifkommando" (oder auch „Zuführdienst") des Bezirksamtes in Hamburg-Nord hat die beiden Frauen vom Frühstückstisch ihres Altersheims mit Gewalt buchstäblich hinausgeschleppt und in die geschlossene Abteilung des Allgemeinen Krankenhauses Ochsenzoll verfrachtet, ohne vorherige Ankündigung, ohne Begründung! Daß sie hier relativ schnell schon nach ein paar Tagen – wieder rauskamen, haben sie nur der Tatsache zu verdanken, daß der untersuchende Arzt keinen Grund sah, sie dazubehalten.

Dies war allerdings nicht das erste Mal, daß die beiden Frauen Bekanntschaft mit der Psychiatrie schließen mußten. Im Februar dieses Jahres hatte man Margarethe und Marie auf Antrag des Bezirksamtes entmündigt und anschließend nach Ochsenzoll gebracht. Der Grund: Sie hatten in ihrer Wohnung Sachen gehortet, welche sich in Kartons und anderen Behältern stapelten. *„Die Behörde hatte einen ‚Verdacht der Verwahrlosung', konstatierte Brandgefahr und überhaupt eine 'Gefahr für die Umgebung'* " („HA", 18.7.78). Der untersuchende Psychiater konnte jedoch nur *„eine altersbedingte Sammelwut und eine gewisse Skurilität"* feststellen, empfahl jedoch die Einlieferung in ein Altersheim.

Diese erneute Einweisung in die geschlossene Abteilung mittels des „Zuführdienstes" war auf Antrag der Arbeits- und Sozialbehörde beim Amtsgericht zustande gekommen, und zwar deshalb, weil der Vormund der beiden Frauen, ein 31jähriger Sozial(?!)pädagoge sich durch die Schwestern bei der Auflösung ihrer Wohnung „gestört" gefühlt hatte! „Ruhiger Lebensabend" = Ruhigstellung ?

ÖTV-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Arzt muß weiterbeschäftigt werden

Dr. Lampe, Assistenzarzt der Zentralen Anästhesieabteilung der Stadt Hannover muß weiterbeschäftigt werden. Die 1. Kammer des Arbeitsgerichts Hannover hat am 4.7.78 den Auflösungsantrag der Stadt zurückgewiesen.

Dr. Lampe sollte gehen, weil er einen „Kunstfehler" an die Öffentlichkeit brachte (siehe AK 133). Das Gericht entschied, daß *„das Verhalten des 29jährigen Mediziners Lampe in bezug auf den Fall Lueg arbeitsgerichtlich nicht von Bedeutung sei. Auch eine von ihm mitunterschriebene Resolution über die Mißstände im Krankenhaus Siloah bewege sich im Rahmen gewerkschaftlicher Interessenwahrnehmung und enthalte keine ehrverletzenden und bewußt unwahren Äußerungen"* („HAZ", 5.7.). Die Stadt hat vor, in Berufung zu gehen, weil *„es sich um eine Entscheidung von grundsätzlicher Bedeutung handelt"* („HAZ", 5.7.78). Da darf man gespannt sein, ob einem Arzt höchstrichterlich untersagt wird, Ärztepfusch in die Öffentlichkeit zu bringen.

KB / Gruppe Hannover

10 Jahre in der Psychiatrie eingesperrt

Aufgrund des willkürlichen „Gutachtens" eines Amtsarztes wurde eine geistig gesunde Frau für 10 Jahre hinter die Mauern einer geschlossenen Abteilung verbannt! Nach einem Autounfall, der bei ihr ständige Kopfschmerzen hinterließ, hatte Gertrud Kölling aus Bielefeld die Rente beantragt. Für den Amtsarzt waren die Kopfschmerzen der Grund, sie auf ihren Geisteszustand hin zu untersuchen. Die Empörung der Frau war dann für den Amtsarzt ein Indiz für Geisteskrankheit, er ließ sie in die Psychiatrie einweisen und gleichzeitig entmündigen!

Erst nachdem die verzweifelte Frau nach jahrelangen (!) vergeblichen Versuchen, aus der Klinik wieder rauszukommen, einen Brief an das Landgericht Bielefeld geschrieben hatte, kam sie frei. Die Entmündigung wurde aufgehoben, nachdem ein neues Gutachten über Gertrud Kölling erstellt worden war. In der Zwischenzeit hatte außerdem ihr Vormund ein ihr gehörendes Grundstück im Werte von 60.000 DM verkauft (nach „HA" und „Bild" vom 29.6.78).

ÖTV-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Militarismus Antimilitarismus

Bundeswehrhochschulen: Kurs nach rechts

Der Bundeswehr-Generalskaste scheint die Ausbildung ihrer Nachkommen an den Bundeswehr-Hochschulen in Hamburg und München offenbar zu lasch. Anfang Juni '78 unterbreitete der für Ausbildungsfragen im Militär zuständige General Poeppel einer Abteilungsleiterkonferenz des BMVg einige Vorschläge, die er auf Beratungen mit führenden Generalen entwickelt hatte. Danach soll die »Öffnung« der Bundeswehrhochschulen für zivile Studenten abgelehnt werden (die Frage der »Öffnung« wird seit langem diskutiert), denn man befürchtet »demokratische« Aufweichungen.

Dazu Poeppel: *»Die Gefahr wäre nicht zu übersehen, daß eine so geöffnete Hochschule der Bundeswehr umfunktioniert würde und dadurch auch ein einseitiger geistiger Einbruch in bestimmte Jahrgänge des Offiziersnachwuchses der Bundeswehr erzielt werden könnte«*. Auf dieser Linie liegt auch die Forderung, nur solche Dozenten zu berufen, *»die aller Voraussicht nach die Gewähr bieten, daß sie dem Berufsfeld des Offiziers zumindest aufgeschlossen gegenüberstehen«* (beides »SZ«, 4.7.78).

Weitere Forderungen sind: Uniformzwang für die Studenten, Beurteilungen des Studiums nach *»militärisch relevanten Kriterien«*, eine einjährige *»Bewährung als Vorgesetzter«* bei der Truppe, zusätzliche Fachbereichsoffiziere zur *»Betreuung«* der Studenten, die Einführung eines sogenannten *»Offiziers vom Dienst«* sowie von *»Leutnants vom Dienst«* mit *»Vorgesetzteneigenschaften allen Studenten gegenüber«*, Präzisierung der Verantwortlichkeiten (es gibt zur Zeit sowohl militärische als auch zivile Verantwortlichkeiten — was natürlich zugunsten der Militärs »präzisiert« werden soll). Studenten, die die Studienzeit von drei Jahren überschreiten, sollen gezwungen werden, sich um ein zusätzliches zu den mindestens 12 Jahren zu verpflichten.

Da spricht unverkennbar preußischer Geist aus jeder Forderung. Vorbei sind dann die Träume von einer in der »demokratischen Gesellschaft integrierten« neuen Offiziersgeneration!

Die Reaktionen der betroffenen Professoren und Dozenten in den Bundeswehrhochschulen Hamburg und München waren unterschiedlich. In München waren es sechs Professoren und 20 wissenschaftliche Mitarbeiter, die in einer Erklärung Bedenken gegen die Forderungen der Generale erhoben: Eher defensiv weisen sie darauf hin, daß sich gegenüber bestimmten Problemen die *»militärische Sichtweise offenkundig verschließt«*. Dazu gehöre u.a. die *»Ghettosituation«*: *»Wen kümmern die eklatanten Folgen dieser Isolation, die sich zum Beispiel in fehlenden Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Integration und wissenschaftlichen Kommunikation am Hochschulort manifestieren?«* (Es wäre wohl richtiger, zu sagen, daß diese Isolation mitsamt ihren Folgen beabsichtigt ist, quasi einen Schwerpunkt der Forderungen ausmacht.)

Die Münchner Wissenschaftler kommen zu dem Schluß, daß die geplanten Schritte der Militärs die ohnehin schon »stark behinderte« Grundkonzeption der Bundeswehrhochschulen völlig in Frage stellen: *»Sie stellen sowohl die für die Entwicklung von Forschung und Lehre notwendigen offenen Strukturen einer wissenschaftlichen Hochschule in Frage und greifen substantiell in die personelle und inhaltliche Konzeption der Lehrenden und Lernenden an der Hochschule ein«*.

Anders als in München scheinen die Professoren und ihre wissenschaftlichen Mitarbeiter in Hamburg voll hinter den Forderungen der Generale zu stehen. Sie bezeichneten sowohl die momentane Situation als auch die angestrebte »Reform« als *»problemfrei«*. Für sie dürfte somit die Frage kommender Neuberufungen als Dozenten an die Schule gelöst sein (Zitate und Angaben nach: »SZ«, 4.7. und »FR«, 5., 13., 14., und 20. 7. 78).

Mißbrauch des Namens Heinemann?

Feierlich wurde am 7. Juli 1978 eine Bundeswehr-Kaserne in Essen-Kray nach dem früheren Bundespräsidenten Gustav Heinemann benannt. Dies auf Wunsch der dort stationierten Soldaten, die sich in einer Befragung mehrheitlich für diesen Namen entschieden. Offenbar wurde dies als großartige Möglichkeit erkannt, sich im Sinne einer »demokratischen Bundeswehr mit einer demokratischen Tradition« ein wenig das Image aufpolieren zu lassen. Anwesend bei der Namensgebung war nicht nur Kriegsminister Apel, sondern auch sein Heeresinspekteur Hildebrandt.

Genau jener Hildebrandt war es auch, der vor ca. zwei Jahren zusammen mit dem spanischen Diktator Franco in Madrid auf einer Ehrentribüne stehend eine Parade faschistischer Truppen abnahm. Anlaß dieser Parade war der Jahrestag der Errichtung der faschistischen Diktatur in Spanien, an der der ehemalige Wehrmachtsoffizier Hildebrandt als Mitglied der (freiwilligen) »Legion condor« seinen Anteil hatte. Hildebrandt als Verkörperung einer absolut undemokratischen Tradition also als Mitbegründer einer »neuen demokratischen Tradition«?

Die Heinemann-Benennung einer Kaserne brachte noch ein völlig neues Problem an die Oberfläche. In einem Leserbrief in der »FR« vom 18.7. (»Mißbrauch des Namens Heinemann«) meldete Martin Lotz, letzter persönlicher Referent des inzwischen verstorbenen Heinemann seine Bedenken an. *»Ich halte dies für einen Mißbrauch des Namens und der politischen Überzeugungen Heinemanns.«* Sicherlich habe Heinemann Bundeswehr und NATO *»anerkannt ... als Faktum, von dem heutige Politik auszugehen hat«*, *»Er hat aber die Tatsache, daß es infolge der Politik Adenauers zwei deutsche Armeen in zwei einander entgegenstehenden Militärblöcken gibt, immer als nationales Unglück angesehen, welches er klarsichtig, aber vergeblich zu verhindern gesucht hat, und er hat immer eine Politik der Auflösung dieser Militärblöcke befürwortet. Angesichts der Unmöglichkeit, die Bundesrepublik im Kriegsfalle zu verteidigen, machte er sich Gedanken über Methoden der gewaltfreien Zivilverteidigung. Der Einbeziehung der Neutronenwaffe hätte er sicher so entschieden widersprochen wie 1958 der Atombewaffnung der Bundeswehr.*

Der Widerspruch zwischen Heinemanns Wollen und den gegenwärtigen wehrpolitischen Verhältnissen hat viele seiner Freunde und Mitarbeiter veranlaßt, der feierlichen Namensgebung in Essen-Kray fernzubleiben«.

Wie gesagt, ein völlig neues Problem bei der Schaffung einer demokratischen Tradition. Hierin liegt auch eine besondere Aufgabe für die DKP und die ihr nahestehenden Kräfte, da diese ja seit langem die Umbenennung der Kasernen nach Demokraten und Sozialisten im Sinne einer demokratischen Traditionspflege fordern, ja sogar schon eine Kaserne symbolisch umbenannt haben (siehe Bild). Nachzuprüfen wäre, ob unter den von der DKP Vorgeschlagenen auch nur einer wäre, der sich nicht dreimal im Grabe umdrehen würde, wenn er wüßte, daß er seinen Namen für d i e s e Bundeswehr hergeben soll.



(aus: "die Tat" 16. Sept. 77


(aus: "die Tat" 16. Sept. 77

Südafrikanischer Geheimdienstler auf Vortragsreise

Nachfolgend veröffentlichen wir ein Einladungsschreiben der „Gesellschaft für Wehrkunde e.V. und Auszüge aus dem Organ des „Verbandes deutscher Soldaten". Dokumentiert wird eindrucksvoll eine Rundreise des südafrikanischen Botschafters in Bonn, Dr. Gruber, zugleich ranghöch-

Gesellschaft für Wehrkunde -Sektion Bremen- Otto Petersen 28 Bremen 33, den 29.März 1978 Justus-Liebig-Str. 19 Tel: 0421/25 24 37

Südafrikanischer Geheimdienstler auf Vortragsreise

Nachfolgend veröffentlichen wir ein Einladungsschreiben der „Gesellschaft für Wehrkunde e.V. und Auszüge aus dem Organ des „Verbandes deutscher Soldaten". Dokumentiert wird eindrucksvoll eine Rundreise des südafrikanischen Botschafters in Bonn, Dr. Gruber, zugleich ranghöchster Bonner Repräsentant des südafrikanischen Geheimdienstes BOSS. Die „Gesellschaft für Wehrkunde e.V." veröffentlicht monatlich das Bundeswehr-offiziöse Organ „Wehrtechnik", in dem höchste Offiziere der Bundeswehr und der NATO, aber auch Politiker aus allen Bundestagsparteien, insbesondere die Wehrpolitiker und Verteidigungsminister schreiben. Ähnlich auch in der vom „Verband deutscher Soldaten" herausgegebenen Zeitung „Soldat im Volk": Insbesondere amerikanische und bundesdeutsche „Sozial"- und Wehrpolitiker liefern diesem Blatt regelmäßig ihre Artikel. Zwar ist dieses Blatt nicht Bundeswehr-offiziös, liegt jedoch häufig in Kasernen aus. Als wesentlich muß hier die enge Zusammenarbeit mit den Reservistenverbänden der Bundeswehr hervorgehoben werden, sowie das weit nach rechts (Waffen-ss) reichende Spektrum an Verbänden, mit denen der Verband kooperiert.

Gesellschaft für Wehrkunde
-Sektion Bremen-
Otto Petersen

28 Bremen 33, den 29.März 1978
Justus-Liebig-Str. 19
Tel: 0421/25 24 37

E i n l a d u n g

In Verbindung mit der DEUTSCH-SÜDAFRIKANISCHEN GESELLSCHAFT e.V. erlauben wir uns, Sie zu dem am

Dienstag, den 25. April 1978, 20.00 Uhr im gr."Innungssaal" des Gewerbehauses, Ansgaritorstr. 24 (gegenüber "Hertie")

stattfindenden Vortrag herzlich einzuladen.

Es spricht:

Herr Dr. G r u b e r, Hauptgeschäftsführer der DSAG, Bonn

zum Thema:

"Südafrika vor der Entscheidung".

Der Referent ist geborener Südafrikaner und hat dort Schule und Studium absolviert. Seit einiger Zeit ist er in der Bundesrepublik tätig.

Das Referat von Herrn Dr. G. soll verdeutlichen, daß die Situation in Südafrika auch dann äußerst problematisch wäre, wenn es dort keine Weißen, sondern nur Schwarze, Mischlinge und Inder gäbe.

Der Referent wird auf die völlig verschiedenen Mentalitäten, Sprachen und Religionen eingehen, sowie auf die Geschichte Südafrikas, auf das Fehlen jeden gemeinsamen Nenners und auf die möglichen Zukunftsperspektiven.

Mit diesem von einem ausgezeichneten Sachkenner vorgetragenen Referat hoffen wir zur Aufhellung eines auch wehrwirtschaftlichen Problems beitragen zu können.

Wir hoffen wieder auf Ihren zahlreichen Besuch !

n die Einladung eingeschlossen sind außer Ihren Bekannten und Freunden - wie immer - besonders auch die Jugend !

Mit freundlichen Grüßen

gez.Otto Petersen
(Sektionsleiter)

Vorschau für Mitglieder:

Am 09.05.78, 20.00 Uhr "Die geheimen FAE-Waffen"(Druckwellen- u. Gasdetonationswaffen) Dipl.-Ing. Georg Johannsohn im Bw-Hochhaus.
Am 08.06.78 Neuwahl des Sektionsstabes, Planungsdikussion, Bw-Hochhaus

Aus „Soldat im Volk", Mai1978. Herausgegeben vom „Verband deutscher Soldaten e.V.".

Diese einzelnen Meldungen sind dem Komplex „Verbandleben" entnommen und wären beliebig durch weitere zu ergänzen.

KV Herford

Im Rahmen der März-Versammlung hörten wir als Gäste der GfW einen Vortrag des südafrikanischen Botschafters in der Bundesrepublik zum Thema:„Südafrika aus heutiger Sicht".

Fazit des Botschafters: Der Westen muß seine passive Haltung ändern, um nicht dem Kommunismus in Südafrika, aber auch im ganzen Schwarzen Kontinent, Tür und Tor zu öffnen - im eigenen Interesse. In der anschließenden Diskussion wurden spezielle Fragen, insbesondere von Besuchern Südafrikas in den letzten Jahren, vom Redner überzeugend beantwortet. Eine zahlreiche Zuhörerschaft dankte dem Botschafter mit lebhaftem Beifall für seine Ausführungen.

KV Nürnberg

Die Monatsversammlung im Mai fällt wegen des Pfingstfestes aus!
Voranzeige:
10.6. Monatsversammlung mit Vortrag unseres Kam.Oberstudiendir. i.R. Franz K a f i t z über „Walter Flex, Dichter und Soldat" um 19.30 Uhr Gaststätte Bäckerhof, Schlehengasse 2. (Anschl. Aushändigung von Treue-Nadeln an langjährige Mitglieder!)
11.6. Teilnahme an der 100-Jahrfeier der Soldatenkameradschaft in Happurg. Um rege Beteiligung wird gebeten. Näheres an den Monatsversammlungen!

OG Kameradschaft der ehem. Waffen-SS

Jeden 3.Freitag im Monat zusammenkunft, 20 Uhr, bei Mutter Schulte, Wittenster Straße.

BV Köln

Dem stellv. BV-Vorsitzenden Köln und KV-Vorsitzenden Bergheim, Kam. Josef H e l l, Kerpen-Neubottenbroich, wurde wegen seiner großen Verdienste um seine seit Jahrzehnten andauernde, ehrenamtliche Verbandsarbeit eine außerordentliche Ehrung zuteil. Mit Wirkung vom 10.2.78 wurde ihm durch den Herrn Bundespräsidenten die Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen.

Wir gratulieren hierzu ganz herzlich.

(KV = Kreisverband OG = Ortsgruppe BV = Bezirksverband)

Ausbildung Ausländischer Offiziere: „Ein Element deutscher Außenpolitik"

Wie die „Wehrwissenschaftliche Rundschau" jetzt bekanntgab, sind in der zeit von 1962 bis 1978 200 Offiziere aus Ländern der „3. Welt" allein an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg ausgebildet worden. Der Führungsakademie kommt für die Generalstabsausbildung eine besondere Bedeutung zu. Bemerkenswert erscheint in der Mitteilung, daß sich unter diesen 200 Typen in der Hauptsache Offiziere faschistischer Staaten und reaktionärer (Militär)Regimes befinden: Südkorea mit 32 Offizieren, Brasilien (26), Indonesien (22), Iran (20), Taiwan (13), Argentinien (11). Aus diesen Zahlen geht nicht hervor, ob sich zu bestimmten Zeiten (z.B. Putsch in Chile, Indonesien, Argentinien etc.) besonders viele Offiziere aus den betreffenden Staaten in Hamburg tummelten. Darüberhinaus ist auch die Zahl der Offiziere unberücksichtigt geblieben, die in anderen Führungsschulen der Bundeswehr (Offiziersschulen in Hannover, München, Neubiberg, Mürwik, ABC-Abwehrschule etc) ausgebildet wurden.

Was weniger befremdend ins Auge fällt, ist, daß der Hauptanteil an ausgebildeten Offizieren auf diese genannten Staaten entfällt, ist doch *„auch die militärische Ausbildung von Offizieren ein Element deutscher Außenpolitik"* (H.D.Genscher, auf einer Konferenz deutscher Botschafter in Caracas/Venezuela, 1976). Schließlich geht es dem BRD-Imperialismus darum, für die „innere Stabilität" dieser (nicht NATO-)Länder zu sorgen, sowohl, um deren antikommunistische Ausrichtung zu festigen, als auch, um die speziellen Interessen des westdeutschen Imperialismus in diesen Staaten zu garantieren. Der CSU-Politiker Seemann rechtfertigt diese Ausbildungslehrgänge dann auch damit, daß in den Ländern der „3.Welt" der *„Entwicklungsprozeß zu seiner Führung einer Elite (bedarf),... zu der .. auch Offiziere gehören."*

Was man allerdings mit Verwunderung vernimmt, ist die lapidare Feststellung(?), daß seit der (faschistischen) Rede des chilenischen Junta-Offiziers Helmut Kraushaar kein ähnlicher Fall mehr aufgetreten sei. Vielleicht liegt das aber auch nur daran, daß solche Fälle nicht mehr bekannt wurden.

KB-Sympathisanten Würzburg

Spanien

Baskenland: Terror und kein Ende?

Dem Baskenland (Euskadi) ist in den letzten Wochen auch in der Berichterstattung von Presse und Fernsehen der BRD einige Aufmerksamkeit gewidmet worden. Dabei tauchte angesichts der blutigen Auseinandersetzungen in diesem Teil des spanischen Staates immer wieder der Vergleich mit „Ulster", d.h. mit irischen Zuständen auf, und „irische Zustände" sind gleichbedeutend mit Chaos, d.h. mit dem was „man" sich getrost weigern kann zu verstehen, da es so fernab von dem ist, was in der BRD selbst für gutwillige Demokraten nachvollziehbar ist.

Im Baskenland geht es jedoch nicht darum, daß eine Handvoll „Terroristen" die Gegend unsicher macht (ebensowenig sicher wie in Ulster), sondern um einen sehr schwierigen und sehr isolierten, aber nach wie vor unbezähmbaren Freiheitskampf eines Volkes. Alle Versuche, der spanischen Regierung und der reformistischen Parteien, das Baskenland durch allerlei Reformwerk zu befrieden sind bisher fehlgeschlagen. Das größte Projekt dieser Art, die neue Verfassung, die sich im Endstadium der Beratungen befindet, wird von den beiden baskischen Parlamentsabgeordneten im Namen der baskischen Linken abgelehnt. Bis in die Reihen des baskischen christdemokratischen PNV geht die Verunsicherung, wie sie sich bei Endabstimmung verhalten wollen. Die Basis des PNV ist für Stimmenthaltung, weil das Recht auf Selbstbestimmung der spanischen Völker in der neuen Verfassung nicht anerkannt wird. Die Haltung der baskischen Parlamentarier zur neuen Verfassung, die als endgültige Festigung eines neuen demokratischen Spaniens ausgegeben wird, ist ein Gradmesser dafür, daß das baskische Volk auch den heutigen spanischen Staat nicht als den seinen betrachtet.

Daß sich tatsächlich an der Repression im Baskenland im Vergleich zu Francos Zeiten nicht viel geändert hat, wurde gerade vor kurzem bei dem maßlosen Polizeieinsatz in der Stierkampfarena von Pamplona deutlich.

Generalstreik gegen Schießorgien und Todesopfer der Polizei

Generalstreik gegen Schießorgien und Todesopfer der Polizei

Am 8.Juli, während der (unblutigen) Stierkampffestspiele in Pamplona entrollten nach dem letzten Stierkampf Jugendliche ein Transparent, auf dem sie die Freilassung aller Gefangenen forderten. Es kam zunächst nur zu Angriffen von rechtsgerichteten Zuschauern. Plötzlich stürmte eine Polizeistaffel in die Arena, knüppelte auf alle im Weg Stehenden ein und schoß mit Hartgummigeschossen und Rauchbomben und schließlich auch mit scharfer Munition in die Menge! Ausländische Reporter beobachteten, wie die Polizisten ähnlich wie bei einem Kriegseinsatz auf dem Boden liegend in die Menge zielten. Fast hundert Menschen wurden auf diese Weise allein durch Beinschüsse verletzt. Die Bilanz dieses wahnsinnigen Überfalls war ein Toter durch Kopfschuß und weitere sieben Schwerverletzte durch Schüsse („egin", 9.7.).

Die Antwort des baskischen Volkes war einmütig. In allen Teilen Euskadis kam es zu Streiks, Demonstrationen und Straßenschlachten mit der Polizei. An der Beerdigung des in Pamplona erschossenen Genossen German (Mitglied von LKI) beteiligten sich ca. 30.000 Menschen. Am 11.7. hatten alle Parteien des Baskenlandes (mit Ausnahme der Regierungspartei und der rechtsradikalen „Alianza Popular") zum Generalstreik gegen den Polizeieinsatz in Pamplona aufgerufen, der in Vizcaya und Guipuzcoa fast vollständig befolgt wurde. In San Sebastian begann am Morgen des 11.7. der erste Demonstrationszug der Bank- und Sparkassenangestellten. Er wurde nach einer kurzen Strecke von Bullen mit Hartgummigeschossen auseinandergetrieben. In der Innenstadt kam es anschließend zu bürgerkriegsähnlichen Straßenschlachten. Dabei wurde ein weiterer Demonstrant aus einer Polizeipistole erschossen, der 19-jährige Ignacio Urcola! Der Generalstreik wurde daraufhin am nächsten Tag fortgesetzt.

Das harte Durchgreifen der spanischen Polizei im Baskenland straft alle Versprechungen bezüglich einer möglichen „Versöhnung aller Spanier" Lügen. Es scheint überdies, daß sich bei den Einsätzen im Baskenland zunehmend rechtsradikale Elemente von „Fuerza Nueva" breitgemacht haben. So wurde der Einsatzleiter der Bullen in der Stierkampfarena von

bei den Einsätzen im Baskenland zunehmend rechtsradikale Elemente von „Fuerza Nueva" breitgemacht haben. So wurde der Einsatzleiter der Bullen in der Stierkampfarena von

Pamplona als Mitglied dieser Terrororganisation entlarvt.

Daß sich in der im Baskenland stationierten Polizei zunehmend „unberechenbare" Elemente, die auf der Linie des totalen Terrors gegen die Bevölkerung arbeiten, durchsetzen, dafür spricht auch der vandalische Amoklauf von 200 Angehörigen der bewaffneten Polizei im Ort Renteria. Diese stürmten am Mittag des 13.7. durch die Straßen, Schaufenster zertrümmernd, Auslagen mitschleppend, nach Wild-West-Manier wild um sich ballernd („El Pais", 14.7.78). Der Kommandeur der Truppe wurde inzwischen seines Postens enthoben. Bei einer riesigen Demonstration am selben Abend in Renteria wurde immer wieder der Ruf nach »Auflösung der repressiven Organe« laut, sowie die Forderung an ETA (bewaffnet kämpfende Organisation der baskischen Linken), diesen Überfall entsprechend zu beantworten.

ETA-Aktionen

Wie wir mehrfach berichteten, gibt es zwischen den beiden ETA-Flügeln, dem militärischen und dem politisch-militärischen, Differenzen über Ziele und Methoden bewaffneter Aktionen. Der militärische Flügel von ETA (ETA/m) führt seit Monaten zahlreiche Kommandounternehmen gegen Polizeiquartiere und in letzter Zeit vermehrt gegen Spitzel und Kollaborateure durch. Die Sicherheit jedes einzelnen im Baskenland eingesetzten Bullen oder Spitzels ist dadurch ganz konkret und anhand zahlreicher Todesfälle belegbar bedroht. Dabei kommt es teilweise zu für uns recht undurchsichtigen Handlungen des militärischen ETA-Flügels. So beispielsweise die Erschießung des Direktors der baskischen Tageszeitung „Hoja del Lunes", Portell, zu der sich ETA/m bekannte. Da ETA/m unseres Wissens keine begründete Erklärung für diese Tat gab, müssen wir auf die Erklärungsversuche der spanischen bürgerlichen Presse zurückgreifen. Danach war Portell als Vermittler bei offiziellen (geheimen) Verhandlungskontakten zwischen ETA und der spanischen Regierung tätig, bei denen es um Bedingungen für die Einstellung des bewaffneten Kampfes

bei offiziellen (geheimen) Verhandlungskontakten zwischen ETA und der spanischen Regierung tätig, bei denen es um Bedingungen für die Einstellung des bewaffneten Kampfes

seitens ETA ging. Portell war Intimkenner auch interner Vorgänge und Auseinandersetzungen von ETA. So war er gerade im Begriff, ein Buch über den mysteriösen Tod des ETA-Führers „Pertur" zu schreiben, der nach Mutmaßungen der Familienangehörigen internen Auseinandersetzungen zwischen dem militärischen und dem politisch-militärischen Flügel zum Opfer gefallen war. Portell „wußte zuviel", schrieb „El Pais" (30.6.78).

Zunächst behauptete die spanische Presse, daß sich der politisch-militärische Flügel der ETA scharf vom Attentat auf Portell distanziert habe. Dem widersprach ETA/m jedoch sehr energisch, ebenso wie der Behauptung daß ETA/m bewaffnete Aktionen lediglich zur Selbstverteidigung durchführe. ETA/pm kündigte in einem diesbezüglichen Kommunique angesichts der Eskalation staatlicher Gewalt in Euskadi ebenfalls offensive bewaffnete Aktionen an (El Pais, 4.7.78).

Daß diese Ankündigung keine leere Formel war, hatte ETA/pm schon Ende Juni durch einen Überfall von etwa 30 Militanten auf das Gebäude des Militärgouverneurs von San Sebastian bewiesen, der zur Beschaffung von Waffen gedacht war.

Daß auch der politisch umsichtigere Flügel von ETA die Notwendigkeit bewaffneter Aktionen wieder verstärkt propagiert, ist u.E. ein Beweis für eine starke Stimmung im baskischen Volk, das diesen Aktionen zumindest mit Toleranz, bis hin zu aktiver Unterstützung gegenübersteht, aus einer herben Enttäuschung heraus über die nicht erfüllten Erwartungen bezüglich Demokratisierung und Autonomie fürs Baskenland.

Spanien-Kommission



Barrikaden in einer der Hauptstraßen von San Sebastian



Straßenschlachten in San Sebastian



Pamplona, 10. Juli: Großkundgebung aus Protest gegen den Tod von German: „Bestrafung der Verantwortlichen", „Wir vergessen Dich nicht – bis zum endgültigen Sieg" steht auf den Transparenten.

Die spanischen Freunde des Bundeskriminalamtes

Zwecks Unterweisung in Sachen Anti-Terrorismus durch die westdeutschen Spezialisten fanden sich Anfang Juli die Köpfe des spanischen Repressionsapparats in Bonn ein. Es kam der spanische Innenminister Villa, der Generaldirektor und der Generalstabschef der „Guardia Civil", der Chef für „Sicherheit", der Generalinspekteur der bewaffneten Polizei, der oberste Komissar von Interpol, sowie der technische Direktor des Innenministeriums.

Unter dem Obertitel des Aufbaus der „gemeinsamen Front gegen den Terrorismus" bestaunten die spanischen Polizeichefs die Perfektion der Bespitzelungszentrale in Wiesbaden, und bestellten für 500 MIO. Peseten einen Siemenscomputer, der ihnen eine ebenso lückenlose Überwachung der 36 Mio. Spanier erlauben wird, wie es in der BRD (auch ohne 40 Jahre Faschismus) bereits an der Tagesordnung ist. Der demnächst in

eine ebenso lückenlose Überwachung der 36 Mio. Spanier erlauben wird, wie es in der BRD (auch ohne 40 Jahre Faschismus) bereits an der Tagesordnung ist. Der demnächst in

Spanien zu installierende Überwachungscomputer ist als Terminal des BKA geplant, d.h. es ist offensichtlich geplant, einen gesamteuropäischen Fahndungsapparat mit allen Raffinessen und Hauptsitz in der BRD in die Praxis umzusetzen. Daß für das BKA mit seinen versierten Beamten Spanien kein Neuland ist, wurde auch im Rahmen der Schleyer-Fahndung deutlich, als 70.000 Hotelmeldezettel von Mallorca anstandslos an den Wiesbadener Computer zwecks Auswertung rübergereicht wurden (Cambio 16, 16.7.78).

Auch die GSG-9-Kommandos waren wieder eine Besichtigung wert. Die Spanier haben bereits eine ähnliche, inzwischen 70 Mann starke Truppe aufgebaut, doch „man lernt nie aus ..."

Die spanische sozialdemokratische Zeitschrift „Cambio 16", die im Zusammenhang mit dem Besuch ihrer obersten Polizeigarnitur in der BRD vor der Gefahr einer »Germanisierung" und eines „kybernetischen Faschismus" warnte, wußte auch von ganz neuen Perspektiven im Rahmen der übernationalen „Terroristen"-Bekämpfung zu berichten, nämlich von der in Aussicht gestellten Möglichkeit seitens des spanischen Innenministers, „*freien Grenzübergang*" für westdeutsche Bullen zuzulassen sowie im Rahmen der „Internationale gegen den Terrorismus" auch „*ausländische*

der in Aussicht gestellten Möglichkeit seitens des spanischen Innenministers, „freien Grenzübergang" für westdeutsche Bullen zuzulassen sowie im Rahmen der „Internationale gegen den Terrorismus" auch „ausländische

Aktionen in unserem Land" zu erlauben (Cambio 16, 16.7.78).

Mogadischu auch in Spanien? Oder wird in Zukunft die baskische ETA ihre Kommuniques auch auf deutsch abgeben müssen, um allen zuständigen Polizeidienststellen verständlich zu sein?

Spanien-Kommission

Juan Carlos vom Schah zu Teng

Im Juni begab sich das spanische Königspaar samt Außenminister und großem Gefolge zu einer großen diplomatischen Tournee in den Nahen und Fernen Osten. Stationen waren u.a. der kaiserliche Hof des Schahs von Persien und im Anschluß ein vertrautes tete a tete mit den Machthabern der VR China. Bei den Gesprächen ging es auch um große Strategie und Weltpolitik - allerdings vorrangig ala Austausch gemeinsamer Gesichtspunkte: Spanien spielt heute weltpolitisch keine hervorragende Rolle, es betätigt sich allerdings in Afrika aufgrund alter kolonialer »Kontakte« als Mittler und Wegbereiter stärkerer imperialistischer Mächte.

Mit dem Schah unterhielt sich Juan Carlos über eben dieses Gebiet, nämlich über die Lage in Nordafrika (Sahara-Konflikt), über Zaire, Äthiopien sowie den Nahen Osten. Neben Fragen des Handels zwischen beiden Ländern wurden auch mögliche Waffenlieferungen (insbesondere von Kriegsschiffen) an den Iran erörtert.

Beiläufig sei erwähnt, daß sich auch der chinesische Außenminister zum selben Zeitpunkt in Teheran aufhielt und dort in den Fragen der Afrika-Politik ebenfalls „große Übereinstimmung" mit dem Schah von Persien erzielte (El Pais, 15.6.78).

Afrika und die angebliche Sowjetisierung im Raum des Horns von Afrika waren auch die Themen in der VR China. Teng Hsiao Ping erläuterte beim Festbankett die sattsam bekannten chinesischen Theorien des Kampfes gegen die beiden Supermächte, besonders die eine, und besonders in Afrika. Juan Carlos konnte nicht umhin, diesen Theorien zuzustimmen.

Der chinesische Vizepremier Chang Weng-Ching meinte, daß die Reise des spanischen Königspaares in die VR China „*rundum ein Erfolg war und die tiefe Freundschaft bestimmen wird, die unsere Länder haben werden*". Angesichts der kämpferischen gemeinsamen Vergangenheit beider Völker bedauerte Chang: „*Wir hätten uns schon früher kennen lernen müssen*"(El Pais, 24.6.78). Früher: das kann doch nur heißen, schon zu Francos Zeiten. Daß dies nicht so abwegig ist, hat doch der große Kranz bewiesen, der anläßlich des gewaltsamen Todes des spanischen Ministerpräsidenten Carrero Blanco („14 Meter hoch") von der chinesischen Regierung als Zeichen der Trauer geschickt wurde.

Spanien-Kommission

Belgien

Stahlstreik in der Wallonie

Ein „Aufatmen" konstatierte die bürderliche Presse bei „Belgiens Wirtschaft und Gewerkschaften" angesichts der erfolgreichen Abwendung einer „drastischen Verschlechterung des Sozialklimas", als nach einem von den Gewerkschaftsführungen recht lust- und drucklos organisierten 8-tägigen Streik von 40.000 Stahlarbeitern in der Wallonie gegen die Abwälzung der Krisenlasten am 27.6. ein „Kompromiß" erzielt wurde. Für die Arbeiterinteressen indes läßt dieses „Aufatmen" nichts Gutes erwarten.

Im Gegensatz zu den militanten Kämpfen der wallonischen Stahlwerker gegen Betriebsstillegungen und Entlassungen in den letzten Monaten war dieser Streik von vornherein auf die Unterstützung der Regierungsvorstellungen zur „Sanierung" der Stahlindustrie angelegt: Es sollte ein „*Streik ohne Abenteurertum*" werden, so der sozialdemokratische Gewerkschaftsführer Davister („Amada", 5.7.78). Dazu diente sowohl das Herunterstutzen der Forderung nach der Einführung der 36-Stunden-Woche bis 1980 auf 38 Stunden, als auch der Abschluß eines separaten Tarifvertrages mit dem flämischen Stahlwerk Sidmar in Gent, was dazu führte, daß der Streik auf die Wallonie beschränkt blieb.

Die wichtigesten Ergebnisse des nationalen Tarifvertrags sind die Einführung der 39-Stunden-Woche ab 1.7.79 und der 38-Stunden-Woche ab 31.12.79 (wenn bestimmte Produktivitätssteigerungen erreicht werden), sowie die Möglichkeit vorzeitiger Pensionierungen mit 58 Jahren (bei Betrieben mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten und bei Krankheit mit 55 Jahren).

Warum dieser auf den ersten Blick positiv anmutende Abschluß für die belgischen Stahlarbeiter unzumutbar ist, wird durch folgendes deutlich:

— Die Arbeitszeitverkürzung erfolgt durch freie Tage, nicht durch Verkürzung der Schichten. Das Ziel der Verteilung der Arbeit auf mehr Beschäftigte wird damit nicht erreicht, — eher wird eine Steigerung der Arbeitsintensität die Folge sein. Damit ist der Sinn der 36-Stunden-Forderung als Hauptpunkt im Kampf gegen Rationalisierung und Entlassungen dahin.

— Der Lohnausgleich für die Arbeitszeitverkürzung muß erst noch verhandelt werden.

— Es gibt keine Garantien für die Schaffung neuer Arbeitsplätze.



20. Mai in Brüssel! Rijkswacht knüppelt eine Demonstration wallonischer Stahlarbeiter auseinander

Der wesentliche Kritikpunkt aber ist folgender: Die Gewerkschaften verpflichten sich in dem Abkommen, als Gegenleistung für die Arbeitszeitverkürzung über ihre betrieblichen Organisationen zur „Steigerung der Produktivität" beizutragen, d.h.:

— das „Betriebsklima" soll gefördert,
— das „Krankfeiern" bekämpft und
— auf die Einhaltung der Arbeitszeit soll geachtet werden!

Weiterhin erkennen die Gewerkschaften die Notwendigkeit „beruflicher und betrieblicher Mobilität" der Beschäftigten an. Als Gegenleistung verzichten die Stahlkapitalisten großzügigerweise bis Ende nächsten Jahres auf Massenentlassungen!

Mit diesem „Kompromiß" machen sich die Gewerkschaftsführer eindeutig zum Büttel der Umstrukturierungs- und Rationalisierungspläne der Stahlkonzerne! Ein System „partnerschaftlicher Zusammenarbeit zum Wohle des Betriebs" ist damit tarifvertraglich verankert! Hintergrund der gegenwärtigen Kämpfe ist der Konkurrenzkampf der westeuropäischen Stahlmonopole. Belgische Stahlfabrikanten ziehen sich aus veralteten Anlagen aus der Wallonie zurück und konzentrieren zum Teil die Produktion auf standortgünstigere Betriebe. Gleichzeitig dehnt sich der lexuemburgische Arbed-Konzern nach Südbelgien sowie auch nach dem Saarland aus und betreibt eine Differenzierung seiner Produktion zwischen den einzelnen Betriebsstätten. Im Gefolge dieser Umstrukturierungen sind in den letzten drei Jahren 10.000 Arbeitsplätze wegrationalisiert worden („UZ", 23.6.78); weitere 8.000 sollen nach den Vorstellungen eines „Sanierungsplanes" des sozialdemokratischen Wirtschaftsministers Claes bis 1980 folgen. Dieser Prozeß des „Gesundschrumpfens", der von den Steuerzahlern über direkte und indirekte staatliche Subventionen selbst noch finanziert wird, steigert die Krisenlasten für die wallonische Bevölkerung weiter, die ohnehin schon mit 14 % Arbeitslosigkeit weit über dem Landesdurchschnitt liegen.

Im Kampf gegen die Abwälzung der Krisenlasen auf die werktätige Bevölkerung ist mit dem Stahl-Tarifvertrag allenfalls ein Phyrrus-Sieg errungen worden; die Selbstverpflichtung der Gewerkschaften auf die Rationalisierungsziele- und Methoden der Stahlkonzerne wiegen die „Zugeständnisse" bei der Arbeitszeitverkürzung und der vorzeitigen Pensionierung mehr als auf. Daß es auch anders geht, haben jüngst die Beschäftigten der Kaufhäuser gezeigt: Hier wurde die schrittweise Einführung der 36-Stunden-Woche bis zum 3.12.1979 bei vollem Lohnausgleich und zusätzlichen Neueinstellungen erkämpft.

Belgien-Kommission

Schaffung neuer Arbeitsplätze.
betreibt eine Differenzierung seiner
Belgien-Kommission

Skandinavien-Kurzmeldungen

Verschärfung des Abtreibungsgesetzes in Finnland

Am 20.6. beschloß der finnische Reichstag mit 95 zu 55 Stimmen eine Verschärfung des Abtreibungsgesetzes. Die Frist, während derer eine Abtreibung beantragt werden kann, wird ab Juli nächsten Jahres von 16 auf 12 Wochen verkürzt.

Die Frauenorganisationen wiesen darauf hin, daß diese Verschärfung vor allem die jungen Frauen und die Frauen auf dem Lande treffen werde. Ca. 4.000 Abtreibungsfälle, die auf einen Platz im Krankenhaus warten, haben sich bei der Ärztekammer angesammelt (nach Berichten in „Dagens Nyheter" vom 18.6. und 22.6.78)

Kernkraft in Finnland

Am 9. Juli begann ASEA-Atom mit dem Aufladen des ersten Reaktors im Atomkraftwerk Olkilouto im Südwesten Finnlands. Die Gesellschaft „Industrie-Kraft", die dieses Atomkraftwerk betreibt, ist von der Regierung aufgefordert worden, detaillierte Pläne vorzulegen, was mit dem Atom-Abfall geschehen soll und wie diese Frage auch international geklärt werden kann. Immerhin geht die Inbetriebnahme des Reaktors auf einen Regierungsbeschluß selbst zurück, so daß hier offensichtlich reine Beschwichtigung betrieben werden soll. Die Antwort von Industrie-Kraft war dann auch wie überall, daß der Abfall bis auf weiteres „risikolos" in Olkiluoto gelagert werden könne („Dagens Nyheter", 9.7.78).

Schweden: Umweltschutz bei Landskrona

Untersuchungen des Gesundheitsministeriums von Landskrona (Schweden) ergaben, daß die untersuchten Schulkinder mehr Bleigehalt im Blut hatten als Kinder bei vergleichbaren Untersuchungen in New York.

Diese Untersuchungen ermittelte auch Vergleiche bei Kindern, die auf dem Lande wohnen, die am Stadtrand wohnen, und die im Stadtkern wohnen. Dabei kam heraus, daß bei den Kindern im Stadtinneren von Landskrona ein Bleianteil von 70 Milligramm gemessen wurde. Gewöhnlich ist ansonsten ein Anteil von ca. 10 bis höchstens 20 Milligramm Blei in 100 Milliliter Blut (nach „Dagens Nyheter" vom 1. Juli 1978).

Die Ursache: Bei Landskrona entläßt einer der größten Chemie-Konzerne Schwedens ungehindert gifthaltigen Abfall aus Kunstdünger-Produktion in die Luft und in das Wasser!

Schweden sichert sich Anteil an Norwegischen Öl!

Nachdem ein Teil der großen norwegischen Ölvorkommen bereits an die führenden Ölkonzerne (Shell, Esso) vergeben ist (s. AK 100), hat sich nun auch Schweden seinen Anteil daran gesichert. Durch Verhandlungen zwischen der schwedischen und norwegischen Regierung und dem Volvo-Konzern ist folgender Vertrag abgeschlossen worden: Das Aktienkapital von Volvo wird um 750 Mio. skr. aufgestockt, so daß in Zukunft 40 % des Aktienkapitals dem norwegischen Staat gehören. Norwegen erhält diese Aktien zu einem unter Kurs liegenden Vorzugspreis. Ein Teil der Volvo-Produktion wird nach Norwegen verlegt, wodurch in Schweden wahrscheinlich 10.000 Arbeitsplätze vernichtet werden. Dem Volvo-Konzern werden dafür von der norwegischen Regierung mehrere Parzellen und die Förderrechte dafür zugesichert. Der Volvo-Konzern kann diese Rechte nach Belieben an andere schwedische Firmen abtreten. Gleichzeitig wurden Verhandlungen über die Lieferung von Nordsee-Rohöl nach Schweden geführt.

Eindeutiger „Gewinner" dieses Vertrags ist der schwedische Imperialismus.

Dänemark: Poker mit Naturgas!

Die Diskussion über die Nutzung von Naturgasvorkommen in der Nordsee als Energiequelle nähert sich ihrem Höhepunkt. Von besonderer Wichtigkeit ist diese Debatte auch deshalb, weil die dänische Regierung eine Entscheidung über die Ausbeutung der Naturgasvorkommen mit einer Entscheidung über die Einführung von Atomenergie koppelt: 1979 läuft der vorläufige Baustopp für Atomkraftwerke ab, und im Herbst dieses Jahres wird der Parteikongreß der Sozialdemokraten stattfinden, auf dem wesentliche Entscheidungen über Naturgas und AKWs gefällt werden.

Alle Rechte für die Ausbeutung der Naturgasvorkommen in der Nordsee sind von der sozialdemokratischen Regierung an die Großreederei A.P.Möller und an „Dansk Undergrundskonsortium" (Aktienmehrheit von A.P.Möller aufgekauft) abgetreten worden. A.P.Möller wiederum ist aber keineswegs dazu verpflichtet, das Gas nun auch an Dänemark zu verkaufen, sondern könnte alles – bei besseren Angeboten – ins Ausland verkaufen, was wahrscheinlich auch der Fall sein wird. Das wäre ein hervorragendes Argument für die dänische Regierung, den Baustopp nicht zu verlängern, da ja nun andere Energiequellen als Naturgas erschlossen werden müßten. Die Verhandlungen über das Naturgas laufen zur Zeit unter völliger Geheimhaltung. Der dänischen Öffentlichkeit wird nicht einmal bekanntgegeben, wer alles daran teilnimmt.

Auffällig in diesem Zusammenhang ist jedoch, daß jetzt wieder verstärkt Propaganda für AKWs gemacht wird, so insbesondere an den schon vor Jahren anvisierten Standorten für AKWs.

Skandinavien-Kommission

Kontaktadressen des KB

Redaktion und Verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50
Telefon Verlag: 43 53 06
Telefon Redaktion: 439 59 02

Sozialistischer Studentenbund
Büro
Schlüterstraße 4
2000 Hamburg 13
Telefon: 44 98 14

Schleswig/Holstein

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte 098245 A
239 Flensburg

Geestacht
Postlagerkarte 02/2054 Geestacht
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
vor Herti

Kappeln
Dagmar Schneider
Postlagernd
234 Kappeln

Kiel
H. Lankau
Postlagerkarte 09 88 93 A
2300 Kiel 1
Jeden Mittwoch von 11 bis 14 Uhr
Büchertisch Universität/Mensa
Jeden Freitrag von 16 bis 18 Uhr
und jeden Samstag von 10 bis 12 Uhr
Holstenstraße zwischen „Kieler Nachrichten" und Buchladen „Montanus"

Lübeck
ARBEITERKAMPF -Vertriebsbüro
Mühlenstraße 39
24 Lübeck 1

Mölln/Ratzeburg
M. Below
Postfach 1111
241 Mölln

Ost-Holstein
(Eutin, Plön, Malente)
H. Lankau
Postlagerkarte A 022 854
242 Eutin
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
am Markt/ Peterstraße in Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

Reinbek
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Kaufzentrum Reinbek/West

Bremen

Bremerhaven
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Poststr. 14
285 Bremerhaven
Bürostunde nur noch
Freitag 16.30 bis 19.00 Uhr
(nicht mehr Mittwochs)

(nicht mehr Mittwochs)

Wilhelmshaven
Samstags in der Marktstraße
AK-Verkauf zwischen
11.00 und 13.00 Uhr

Bremen
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Am Schwarzen Meer 162
2800 Bremen 1
Tel.: 44 36 74

Niedersachsen

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig
Verkauf jeden Sonnabend
11 - 13 Uhr, Kohlmarkt

Cuxhaven
Verkauf jeden Sonnabend
10 bis 12 Uhr vor Karstadt
Nordersteinstraße

Emden
Postlagerkarte 0 674 58 A
297 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z.Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postlagerkarte A 019 084
32 Hildesheim
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Fußgängerzone/Hoher Weg

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg
Sonnabend Bächerstr.
11 bis 13 Uhr

Stade
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
am Pferdemarkt

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg

Wolfsburg
Verkauf jeden Sonnabend
11 bis 13 Uhr, Kaufhofpassage

Rheinland-Pfalz

Südpfalz
G. Wißmeier
Postfach 22
6748 Bad Bergzabern

Nordrhein-Westfalen

Bielefeld
J. Reents-Vertriebsbüro
Buddestr. 19 (Ecke Maybachstr.)
48 Bielefeld
Öffentl. Bürostunden
Fr. von 17 bis 19 Uhr

Bochum
Postlagerkarte A 056 011
463 Bochum
Jeden Sonnabend von 10 bis 13 Uhr
Kortumstr./Innenstadt
Jeden Di/Mi/Do von 12 bis 14 Uhr
Uni/Mensa

Bonn
Dienstag 12 bis 14 Uhr
Mensa Nasserstraße
Sonnabends 10.30 bis 12.30 Uhr
Münsterplatz

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Essen
jeden Donnerstag von 11 bis 14 Uhr
Gesamthochschule Essen

Kamen
Jeden Samstag von 10 bis 13 Uhr
Mittwochs von 16.30 bis 18 Uhr
in der Einkaufsstraße

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 0067 45
4050 Mönchengladbach
Verkauf jeden Sonnabend
von 11 bis 13 Uhr im Rheydt
(Fußgängerzone)

Köln
Jeden Dienstag und Mittwoch
von 12 bis 14 Uhr Büchertisch
in der Zentralmensa der
Uni Köln, Zülpicherstraße

Hessen

Darmstadt
Edwin Herrmann
Am Eichbaumeck 52
61 Darmstadt

Frankfurt
J. Reents-Vertriebsbüro
S. Lissner
Koselstr. 37
6 Frankfurt
Tel.: 0611/599 701

Kassel
R. Gehring
Kirchweg 64
3500 Kassel

Baden-Württemberg

Freiburg
Buchladen Jos. Fritz (c/o KB)
Wilhelmstraße 15
78 Freiburg
Tel.: 26 877
Dienstags von 17 bis 18 Uhr

Heidelberg

Heidelberg
AK-Lesekreis jeden Montag und
Büchertisch jeden Mittwoch (Altstadt/Mensa) Kontakt über Postlagerkarte
080845B

Karlsruhe
Heidi Zorn
Humboldtstr. 13
75 Karlsruhe

Pforzheim
Zentrum Sallerstr. 59
Jeden Freitag von 16 bis 17.30 Uhr
Leopoldplatz

Stuttgart
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Bayern

Bamberg
Verkauf jeden Sonnabend
11 bis 12,30 Uhr
Einkaufszentrum vor Herti

Erlangen
Verkauf jeden Mittwoch
12 bis 13.30 Uhr Uni/Mensa
Langemarck-Platz 4

Fürth
Verkauf jeden Sonnabend
10 bis 12 Uhr/Fußgängerzone

Landshut
Postlagerkarte A 04 11 81
83 Landshut
Verkauf jeden Sonnabend
10 bis 12 Uhr
Altstadt vorm Oberpaur

München
Postlagerkarte 07 19 10 A
jeden Mi 11 bis 13 Uhr Mensa

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 150 472
8500 Nürnberg
Verkauf jeden Sonnabend
11 bis 12 Uhr
Breite Gasse, Kaufhof

Regensburg
Verkauf jeden Donnerstag
11.30 bis 13.30 Uhr Uni/Mensa

Westberlin

Andy Radke
1 Berlin 12
Postlagerkarte 006 120 E



lateinamerika

Das Wahlspektakel geht weiter: „Demokratisierung" in Bolivien!

Bolivien, das Land, in dem 1952 die erste „moderne" Revolution Lateinamerikas stattfand, in dem Che Guevara gekämpft hat und 1967 ermordet wurde, das seit 1971 von dem faschistischen Regime des General Banzer regiert wird, hat jetzt im Rahmen der „Demokratisierungswelle" in Lateinamerika auch seine Wahlen gehabt.

Neuer Präsident wurde nach bisherigen amtlichen Angaben (die Stimmenauszählung ist noch nicht beendet) der von Banzer unterstützte Kandidat general Juan Pereda Asbun mit angeblich 75% der Stimmen. Peinlich dabei ist, daß die Wahlfälschung und -manipulation sich nicht auf die Vorbereitungsphase der Wahlen, d.h. auf ein für Banzer totsicheres Wahlgesetz, Verfolgung und Behinderung der Opposition beschränkte, sondern daß das Regime noch am Wahltag selber mit allen Bandagen um Stimmen kämpfte:

Es wurden nicht für alle kandidierenden Parteien Wahlzettel ausgelegt, am Wahltag durften sich nur Fahrzeuge der Regierung auf den Straßen befinden, Urnen wurden ganz offen von Militärtrupps aus den Wahllokalen mitgenommen und die Stimmzettel ausgetauscht.

Schon vor dem Wahltag wurden Wahlhelfer der Oppositionslisten verprügelt und verhaftet, Wahlversammlungen mit Tränengas aufgelöst, gegen ein ganzes Indianerdorf gingen Regierungstruppen bewaffnet vor, weil sie einen Oppositionskandidaten zu einer Wahlversammlung eingeladen hatten. Zwei Bauern wurden dabei getötet („Lateinamerikanachrichten", „LAN", Nr. 61 und „FR", 15.7.78).

Dieses Vorgehen ist auch mit bestem Willen nicht mehr übersehbar, insbesondere weil sich eine Reihe internationaler und UNO-Vertreter zu den Wahlen als Beobachter im Lande aufhielten.

Die drei größten Oppositionsparteien wollen das Wahlergebnis anfechten und das US-Außenministerium hat sich bereits *„tief besorgt über die gemeldeten Unregelmäßigkeiten"* bei den Wahlen geäußert („SZ", 15./16. 7.78).

Die Arbeiterbewegung erkämpfte Zugeständnisse

Die Wahlen in Bolivien haben, wie schon in Peru, teilweise auch Kolumbien, erneut gezeigt, daß eine Demokratisierung — mag sie auch noch so kläglich und begrenzt sein — ein gewisses Risiko für die Bourgeoisie und die Imperialisten darstellt, weil die Arbeiterbewegung in vielen lateinamerikanischen Ländern jeden noch so begrenzten Spielraum zu nutzen versteht.

In Bolivien hatte das Banzerregime versucht, die Wahlen zweigleisig — mit Zuckerbrot und Peitsche — vorzubereiten: Als Beweis für die Demokratisierungsbereitschaft des Regimes wurde z.B. eine Teilamnestie für politisch Verfolgte und Deportierte erlassen. Gleichzeitig aber wurde zur „Absicherung der Demokratie" ein Arbeitsrecht geplant, das das Streikrecht vollkommen aufheben und die Gewerkschaftsbewegung spalten sollte. (Dabei sind sowieso seit 1974 alle gewerkschaftlichen Organisationen per Dekret verboten und überall Arbeitervertreter von der Regierung eingesetzt worden).

Beide Maßnahmen verfehlten jedoch ihr Ziel. Das neue Arbeitsgesetz löste trotz der Repression in den Betrieben relativ breiten Widerstand aus. Die Teilamnestie war Anlaß für einen Hungerstreik, der von einigen Frauen und Kindern begonnen und schließlich von 1.300 Menschen im ganzen Land mit Erfolg durchgeführt wurde: Fast alle der Verhafteten, die zunächst nicht unter die Amnestie fielen, wurden freigelassen. Nachdem anerkannte Vertreter der Arbeiterbewegung ihre Gewerkschaftsbüros besetzt und die gelben Gewerkschafter kurzerhand hinausgeworfen hatten, wurde das Gewerkschaftsverbot aufgehoben. Das Militär, das seit Jahren die Bergbaugebiete besetzt hielt, wurde abgezogen. Eine Generalamnestie wurde jedoch nicht ausgesprochen und auch die repressiven Gesetze, die jederzeit Verhaftung und Exilierung ermöglichen, sind nicht aufgehoben. Trotzdem konnten die Zugeständnisse genutzt werden, um die Gewerkschaften (Dachverband COB) in sehr kurzer Zeit zu reorganisieren; es wurden vor allem in Minengebieten sofort Gewerkschaftswahlen durchgeführt, die eindeutige Siege der Linken brachten.

Die Zugeständnisse der Regierung in diesen Kämpfen sind zu einem guten Teil auf den Druck aus den USA zurückzuführen. Ohne diese Zugeständnisse hätte die Glaubwürdigkeit von Banzers „Demokratisierung" auf dem Spiel gestanden. Deswegen hatte Carter schon zu Beginn der Auseinandersetzungen im Januar 78 einen seiner Lateinamerika-Experten nach Bolivien geschickt, der erklärte, daß Boliviens Konstitutionalisierung *„ein Beispiel für ganz Südamerika abgeben wird"* („LAN", Nr. 57).

Bolivien — ein „demokratisierbares" Land?

In den Kreis der „demokratisierbaren Länder" wurde Bolivien deswegen aufgenommen, weil das Regime zeitweilig eine relativ große Stabilität aufweisen konnte.

Zwischen 1976 und 1977 hatte es keine nennenswerten Kämpfe der Opposition und Arbeiterbewegung gegeben, die wirtschaftlichen Verhältnisse nahmen dank guter Zinn- und Erdölexporte einen Aufschwung und wurden durch Auslandsinvestitionen in Höhe von 2 Mrd. US-Dollar gestützt. Für bolivianische Verhältnisse hat sich das Regime Banzer mit einer Regierungszeit von sieben Jahren extrem lange gehalten. Dies schienen gute Voraussetzungen für die „kontrollierte Demokratisierung", die der US-Imperialismus augenblicklich als günstigste Lösung für eine Reihe lateinamerikanischer Länder betreibt. Hinzu kommt, daß eine Ablösung Banzers wegen einiger Widersprüche in den Reihen des Militärs und wegen seines Mißerfolgs in der Frage von Boliviens Zugang zum Meer an der Zeit war.

zum Sieg über die Armee führte. Verstaatlichung der Bergwerke, Arbeiterkontrolle in den Bergbaugebieten und anderen Betrieben, eine Landreform und die Abschaffung des Heeres und Einrichtung bewaffneter Milizen waren die Hauptziele dieses Kampfes. Präsident wurde Victor Paz Estensorro, Vizepräsident Hernan Siles. Der MNR, der vom politischen Charakter her eine kleinbürgerliche Bewegung war und (ähnlich wie der Peronismus) auf die Entwicklung der nationalen Bourgeoisie und Zusammenarbeit mit dem Imperialismus setzte, schaltete unter Führung von Victor Paz die linken Flügel der Bewegung sehr schnell aus und kehrte vollständig in die Arme des Imperialismus



Hernan Siles (heute Kandidat der UNDP) nach der Revolution von 1952 mit bewaffneten Milizen der Arbeiter und Bauern.


Hernan Siles (heute Kandidat der UNDP) nach der Revolution von 1952 mit bewaffneten Milizen der Arbeiter und Bauern.

(Die seit Jahrzehnten laufenden Forderungen und Verhandlungen mit Chile und Peru um einen Zugang zum Meer, zeitweise zur zentralen Frage der Nation hochgeputscht, scheiterten kürzlich kurz vor ihrem Abschluß).

Starke Massenbewegung aber schwache revolutionäre Linke

Zwar haben im Rahmen der Wahlen die oppositionelle und Arbeiterbewegung wieder einen enormen Aufschwung genommen, andererseits ist aber auch die politische Schwäche der revolutionären Linken deutlich geworden. Zur Wahl stellten sich 53 Parteien in 13 Wahlbündnissen:

Zwei regimetreue Wahlbündnisse: eines für Banzers Kandidat Pereda und der von den Christdemokraten aufgestellte General René Bernal (ebenfalls ein Banzer-Freund); außerdem die nationalrevolutionäre Bewegung (MNR) von Victor Paz Estensorro, die in der Geschichte Boliviens eine dem Peronismus in Argentinien vergleichbare Rolle gespielt hat.

Auf der linken kandidierten Hernan Siles, Kandidat der Demokratischen Volkseinheit (UDP), die aus linken Abspaltungen vom MNR, der Sozialistischen Partei und der KP Boliviens getragen wurde.

Ein weiteres Bündnis bestand aus einer ML-Partei (PCBML — auf VR-China-Kurs), einer der vier trotzkistischen Gruppierungen (die sich aus der POR abgespalten hatten) und der PRT/ELN, der Partei, die vor einigen Jahren gemeinsam mit dem MIR/Chile, PRT/Argentinien und Tupamaros/Uruguay die revolutionäre Koordinationsjunta gebildet hatte, von der aber — zumindest hier in Europa — lange nichts zu hören war. Dieses letzte Bündnis wollte eine Kandidatur des bekannten Gewerkschaftsführers Juan Lechin Oquendo unterstützen, der sich aber schließlich nicht zu einer Kandidatur bereit erklärte.

Juan Lechin hat ebenso wie Hernan Siles und Victor Paz eine entscheidende Rolle in der Revolution von 1952 gespielt. Im April '52 hatten diese drei (alle MNR) die Führung über einen dreitägigen Massenaufstand der Arbeiter und Bauern, der zurück: Die Bergwerke wurden nicht entschädigungslos enteignet, die Landreform beschränkte sich auf die Verteilung von Land an die Indios, um sie zu Eigentümern und zur Stütze der Regierung zu machen. Schon 1956 wurden die bewaffneten Milizen entwaffnet und mit massiver Hilfe der USA die alten Streitkräfte wieder aufgebaut. Die linken Strömungen gingen mehr und mehr zur Opposition gegen den MNR und gegen Victor Paz über.

Hernan Siles (der Kandidat der UDP) gründete Anfang der 60er Jahre die MNRI (linke nationalrevolutionäre Bewegung) und Juan Lechin die PRIN (Revolutionäre Partei der nationalen Linken), nachdem er sich aber zuvor noch als Vizepräsident für die Regierung Victor Paz' zur Verfügung gestellt hatte (der letzte Versuch des MNR die linken Strömungen zu integrieren). Die Namen der linken Abspaltungen vom MNR zeigen bereits, daß das nationale Element von besonderer Bedeutung ist, daß sich diese Parteien nur bedingt als sozialistisch verstehen, daß sie eher den Kampf für demokratische und gewerkschaftliche Freiheiten als um die sozialistische Revolution führen.

Allerdings ist es einem Victor Paz Estensorro nicht gelungen, sich zu einem bolivianischen Peron aufzubauen, obwohl dies wohl mit seiner großaufgemachten Rückkehr und einer entsprechenden Pressekampagne angelegt war. Victor Paz ist durch seine Kollaboration mit dem Banzerregime, dessen Putsch er 1971 gemeinsam mit dem faschistischen FSB unterstützte, zu deutlich abgestempelt, als daß jetzt seine eiligen Distanzierungen von der Diktatur sein Image aufbessern könnten. Er erhielt nach den bisherigen Angaben rund 14 % der Stimmen. Die Breite und Stärke der Massenbewegung zeigt sich darin, daß die Diktatur mit offenstem Wahlschwindel die überraschenden Ergebnisse von Hernan Siles verfälschen mußte, um ihren Kandidaten durchzubringen.

• *Letzte Meldung:* Kurz vor Redaktionsschluß wurde bekannt, daß die Wahlen innerhalb der nächsten drei Monate wiederholt werden müssen.

Lateinamerika-Kommission

Wieder neue Zahlen: Handel zwischen Chile und den "sozialistischen Ländern"

Der chilenische „El Mercurio' brachte am 21.5.78 eine recht ge- ßem Abstand die DDR (129.000 Dollar), Rumänien (105.000 Dol- Gesamtvolumen (Im- und Exporte) von 6,8 Mio Dollar. Jugosla-

Wieder neue Zahlen: Handel zwischen Chile und den "sozialistischen Ländern"

Der chilenische „El Mercurio' brachte am 21.5.78 eine recht genaue Auflistung über die Handelsbeziehungen zwischen dem Chile Pinochets und den sozialistischen Ländern, wobei — recht „undifferenziert" — die Ostblockstaaten in einer Reihe mit der VR China und Albanien genannt werden:

Führend bei den Importen (Einfuhr nach Chile) in den Monaten Januar bis März 78 ist die Tschechoslowakei mit 1,7 Mio Dollar, gefolgt von der VR China (!) mit 1,2 Mio Dollar, danach mit großem Abstand die DDR (129.000 Dollar), Rumänien (105.000 Dollar), Jugoslawien, Ungarn und schließlich die UdSSR (24.000 Dollar).

Bei den Exporten (Ausfuhr aus Chile) führt Nordkorea (4,1 Mio Dollar), vor Rumänien (2,4 Mio Dollar) und der Tschechoslowakei (532.000 Dollar).

Nach der Statistik von „El Mercurio" unterhielt 1977 die VR China den regsten Handel mit dem Pinochet-Regime mit einem Gesamtvolumen (Im- und Exporte) von 6,8 Mio Dollar. Jugoslawien, Ungarn, Tschechoslowakei und Rumänien trieben ebenfalls Handel in Millionenhöhe. Aber auch die Sowjetunion, die DDR, Kuba (!) und auch Albanien erscheinen in der Statistik, zwar mit sehr geringen Werten (alle unter 100.000 Dollar) — aber trotzdem erscheinen alle als Handelspartner des faschistischen Chile. Der „Mercurio" hat leider Recht, wenn er diese sozialistischen Länder „undifferenziert" in einer Reihe nennt!

Colonia Dignidad gegen amnesty

Amnesty hatte im Frühjahr 77 in einer Dokumentation Beweise gegen die Colonia Dignitad zusammengetragen: „Colonia Dignidad ein deutsches Mustergut — Folterlager der DINA". Im Mai 77 wurde die Weiterverbreitung dieser Dokumentation vom Bonner Landgericht verboten. Richter in diesem Verfahren war passenderweise der als ehemaliger Nazi bekannte Richter Fuchs. Jetzt ging der Prozeß vor dem Landgericht in Bonn in eine neue Runde.

Kurz zur Erinnerung: Ein gewisser Paul Schäfer betrieb im Kreis Siegburg seit 1960 ein Heim für „gestrauchelte Jugendliche", das hermetisch von der Öffentlichkeit abgeriegelt war, in dem die Jugendlichen mit körperlicher Züchtigung, schriftlichen Rapports und Beichten gequält und mit einer technisch perfekten Abhöranlage überwacht wurden. Als gegen Schäfer ein Untersuchungsverfahren wegen sexuellen Mißbrauchs der Jugendlichen eingeleitet wurde, verließ er schleunigst, gefolgt von den meisten seiner Mitarbeiter, die BRD und machte in Chile die „Kolonie Würde" (Colonia Dignidad) auf. Das Gelände an der chilenisch-argentinischen Grenze wurde ebenfalls von vornherein mit doppeltem Stacheldrahtzaun und Wachmannschaften mit Hunden gesichert. Mehrere Berichte der Vereinten Nationen weisen auf die Colonia als ein Folterlager hin. *„In Colonia Dignidad scheint es ein besonderes Folterzentrum in einem unterirdischem Ort mit spezieller Ausrüstung zu geben, wo es kleine, schalldichte, hermetisch geschlossene Gefangenenzellen gibt... Angeblich werden in diesen Zellen Verhöre über eine Sprechanlage durchgeführt, während die Gefangenen nackt an Metallroste gefesselt sind und Elektroschocks empfangen"* (aus dem UNO-Dokument A 31/253).

Die Entscheidung des Bonner Gerichts, die ai-Publikation damals zu verbieten, wurde damit begründet, daß ai nicht in der Lage sei, die Anschuldigungen zu beweisen. Der Prozeß am 20./21. Juni zeigte allerdings das Gegenteil. Gegenstand der Verhandlung war die Vernehmung von vier chilenischen Zeugen, die in der Colonia Dignidad gefangen gehalten und gefoltert wurden. Geklärt werden sollte die Frage, woher die Zeugen wissen, daß sie tatsächlich in der Colonia Dignidad gefangen gehalten wurden, obwohl sie bei ihrer Einlieferung die Augen verbunden hatten.

Ganz besonders zu beachten ist die Aussage von Adiana Borquez: *„Von der Colonia Dignidad wurde ich dann nach Santiago in ein Bürohaus der DINA gebracht. Dort hörte ich oft über die Colonia sprechen, in dem Zimmer über mir war eine Art Unterricht für die Wachen, und wenn ich das Fenster offen hatte, konnte ich manches verstehen. Ich habe dort den Namen Colonia Dignidad oft gehört. Die Wächter redeten auch über mich, ‚die sie aus der Colonia mitgebracht hatten'"*.

Die Zeugen vertraten ihre Aussagen sehr glaubhaft, obwohl die Richter z.T. versuchten, sie in Widersprüche zu verwickeln. Dabei sind gerade in letzter Zeit neue Einzelheiten und Beweise gegen die Colonia bekannt geworden. Z.B. wird in einer Erklärung des ehemaligen DINA-Agenten Munoz (vergl. AK 133) ausführlich auf die Verschwundenen eingegangen. Von den über 2.000 „Verschwundenen" seit dem Putsch lebten nach den Angaben von Munoz nur noch 145 (im Juni 1977!), die meisten von ihnen in der Colonia Dignidad. Munoz nennt die Colonia auch ein „Ausbildungszentrum der chilenischen Geheimdienste", das von Deutschen, die nach dem zweiten Weltkrieg eingewandert sind, geleitet wird.

Munoz Aussage kann jederzeit als glaubwürdig betrachtet werden. Zusammen mit den Aussagen der vier Zeugen, sowie vielen anderen Hinweisen von chilenischen Emigranten, kann als bewiesen gelten, daß die Colonia tatsächlich ein Folterlager ist, auch wenn das Landgericht Bonn das in diesem Prozeß wieder nicht anerkennen sollte. Wahrheit ist nicht unbedingt das Produkt einer Gerichtsverhandlung! (Tolstoi)

Lateinamerika-Kommission Hamburg, nach dem Prozeßbericht eines Genossen



nahost

Nahost-„Friedens"gespräche: Keine Rede mehr vom Palästina-Staat

Am 18. und 19. Juli hat in Leeds Castle (England) eine Nahostkonferenz der Außenminister von USA (Vance), Israel (Dajan) und Ägypten (Kamel) stattgefunden.

Einziges angebliches Ziel und Ergebnis der Konferenz war, engere Kontakte zwischen Ägypten und Israel zu vereinbaren und Vance als Vermittler im Nahen Osten einzusetzen („FR", 20.7.). Diese Kontakte bestehen aber längst und Vance „vermittelt!! bereits seit langem. Zwar hatten Israel und Ägypten „Friedenspläne" vorgelegt, diese aber schon vor der Konferenz gegenseitig abgelehnt. Man vermutet also wohl zu Recht, daß das Treffen in Leeds Castle nur Schau war. Die Außenminister hatten nichts weiter zu tun, als auf die Erfolge anzustoßen, die sie in den Monaten vor der Konferenz organisiert hatten: weitere Schritte der imperialistischen Offensive gegen die arabischen Völker.



Vance, Peres, Dajan: Kriegstreiber beraten über ihren „Frieden".

Palästina soll für immer ein israelisches Bantustan bleiben

Diese neueste Nahostrunde war in Gang gesetzt worden durch eine US-Initiative. Die USA hatten an die israelische Regierung zwei Fragen gestellt:

Gang gesetzt worden durch eine US-Initiative. Die USA hatten an die israelische Regierung zwei Fragen gestellt:

1. Was geschieht am Jordanwestufer und im Gaza-Streifen nach den fünf Jahren der Eigenverwaltung, die Israel vor einem halben Jahr vorgeschlagen hat?
2. Wie sollen die Palästinenser in diesen Gebieten „an der Bestimmung ihrer eigenen Zukunft teilhaben", wenn Israel eine Volksabstimmung ablehnt? (nach: „Welt", 17.6.). Man sieht, diese „Fragen" nehmen die Antwort schon vorweg, die dann auch nach fünf Wochen von der israelischen Regierung erteilt wurde: Die besetzten Gebiete sollen niemals mehr als eine gewisse Autonomie der Verwaltung erhalten, diese Regelung soll auch erst nach einem Friedensschluß im Nahen Osten beginnen. An den Beratungen über ihre „Autonomie" sollen auch „Vertreter der Bewohner" der Gebiete „teilnehmen" („SZ", 21.6. und „Le Monde", 20.6.).

Man muß beachten, daß die „Fragen" der USA von vornherein irreal waren, weil natürlich schon der israelische Plan von fünf Jahren Autonomie nichts als ein politischer Schachzug war und eine tatsächliche Verwirklichung überhaupt nicht in Betracht kam. Dem entspricht die Tatsache, daß die israelische „Antwort" im Grund nur den heutigen Zustand in den besetzten Gebieten beschreibt. Das Frage-und-Antwort-Spiel hatte also vor allem propagandistische Ziele:

+ Der israelischen Regierung wurde die Gelegenheit gegeben, offen zu erklären, daß Israel die besetzten Gebiete für immer behalten will.
+ Die USA stellen sich dar als neutrale Macht im Nahostkonflikt, die an Israel „harte Fragen" stellt.
+ Dem Sadat-Regime in Ägypten wird der Rücken gestärkt, denn Sadat kann nun behaupten, daß seine US-Verbündeten Israel unter Druck setzen und die arabischen Interessen vertreten.

Ägypten: Kein Wort mehr von der PLO

Das Sadat-Regime hatte in den vergangenen Monaten alles getan, um seine Politik des Bündnisses mit den Imperialisten gegen die arabischen Proteste abzusichern. Jede Opposition in Ägypten war eingeschüchtert oder niedergeschlagen worden (siehe AK 132, S. 46).

Am 5. Juli veröffentlichte die ägyptische Regierung dann einen eigenen neuen „Friedensplan", in dem von einem palästinensischen Staat keine Rede mehr ist, und schon gar nicht von der PLO. Nach diesem Plan soll in Gesprächen zwischen Ägypten, Jordanien, Israel, UN-Vertretern und „Vertretern des palästinensischen Volkes" über die Zukunft der besetzten Gebiete entschieden werden. Dabei sollen „die UN-Resolutionen betreffend die palästinensischen Flüchtlinge verwirklicht" werden. Damit ist die berüchtigte Resolution 242 gemeint, in der Israel sichere Grenzen garantiert werden und in der die Palästinenser nur als Flüchtlinge vorkommen. Vor allem aber: Die „Kontrolle über die Verwaltung" in Westjordanland soll Jordanien, in Gaza Ägypten erhalten (Text des Plans in „NZZ", 7.7.). Dieser Vorschlag läuft also schlicht darauf hinaus, daß Ägypten und Jordanien — statt Israel — diese Gebiete annektieren wollen!

"Sozialistische Internationale" mischt kräftig mit

tieren wollen!

"Sozialistische Internationale" mischt kräftig mit

In den fünf Wochen zwischen den „Fragen" der USA und der „Antwort" Israels hatten in der israelischen Regierung heftige Kämpfe stattgefunden. Im wesentlichen wurde die Opposition gegen den harten Kurs von Regierungschef Begin (Likud-Block) durch zwei Männer vertreten: Weizman aus Begins eigenem Lager (Likud) und Oppositionsführer Peres (Mapai-Partei). Sowohl Weizman als auch Peres waren bisher als „Falken" bekannt, d.h. sie gehörten zu den Anhängern einer kompromißlosen zionistischen Linie. Nach Sadats Besuch in Jerusalem haben sie sich „gewandelt" und vertreten die Meinung, man müsse Sadat mehr entgegenkommen. In Wirklichkeit haben sie nicht vor, tatsächlich eine andere Politik als Begin zu machen, sondern sie sind dabei, mit Angriffen auf Begins Politik an seinem Stuhl zu sägen. Sie nutzen dabei die Hoffnungen der israelischen Bevölkerung aus, daß die „Friedesmission" Sadats tatsächlich Frieden bringen könnte.

Diese Differenzen zwischen Begin und Peres bzw. zwischen dem rechten Likud-Block und der sogenannten „Israelischen Arbeitspartei" (Mapai, Mapam u.a.) versucht auch das Sadat-Regime zu nutzen. So konnte Peres stolz mitteilen, er stehe mit Sadat in ständigem Kontakt, über Mittelsmänner, zu denen auch der österreichische Bundeskanzler Kreisky gehöre („SZ", 23.6.). Und hier kommen nun größere Zusammenhänge ins Spiel und es zeigt sich, wie direkt die BRD-Imperialisten und die SPD an der Niederschlagung der palästinensischen Revolution beteiligt sind.

Offenbar haben Peres und Sadat die Unterstützung der Führung der Parteien der sogenannten „Sozialistischen Internationale" gefunden, d.h. u.a. der SPD und der britischen Labour-Partei:

+ Als Bundeskanzler Schmidt Anfang dieses Jahres Ägypten besuchte, empfahl er Sadat, mit Peres Kontakt aufzunehmen, dieser sei ein „kluger Politiker" („SZ", 11.7.).
+ Ende Juni besuchte der saudiarabische Kronprinz Fahd die BRD. Saudiarabien steht hinter dem Kurs des Sadat-Regimes. Fahd und Schmidt erklärten, sie seien einer Meinung, daß die Palästinenser das Recht auf einen eigenen Staat hätten. Die Antwort Israels auf die ägyptische Friedensinitiative nannte Schmidt „unzureichend" („FR", 24.6.).
+ Kreisky lud Sadat, Brandt und Peres zu Gesprächen in Wien ein („Welt", 5.7.), die dann kurz vor der Nahostkonferenz von Leeds Castle stattgefunden haben. Brandt ist nicht nur Präsident der „Sozialistischen Internationale", sondern auch Vorsitzender der sogenannten „Nord-Süd-Kommission", die sich um Einmischung in der 3. Welt bemüht.
+ Vor den Wiener Gesprächen reiste Kreisky noch nach London, um mit Premierminister Callaghan und Außenminister Owen (beide Labour) zu sprechen („SZ", 5.7.).

Nach dem Treffen in Wien mit Sadat und Peres veröffentlichten Brandt und Kreisky ein Kommunique, das dem „Friedensplan" der „Israelischen Arbeitspartei" von Peres entspricht („FR", 13.7.). In diesem Kommunique wird für den Nahen Osten *„die Schaffung eines neuen Systems regionaler Beziehungen auf der Grundlage enger Zusammenarbeit"* gefordert („SZ", 11.7.). Dies bedeutet eine Neuordnung des Nahen Ostens, bei der sich die reaktionären Staaten mit Israel und den europäischen Imperialisten zusammenschließen — europäische Großmachtideen!

Über die Palästinenser heißt es in dem Kommunique, daß *„ihre gewählten Vertreter an Verhandlungen über die Bestimmung ihrer eigenen Zukunft teilnehmen"* dürfen („SZ", 11.7.).

Peres erklärte, das Dokument sei „sehr realistisch" und enthalte „zahlreiche positive Elemente", denn ein palästinensischer Staat und die PLO seien überhaupt nicht erwähnt worden („Le Monde", 12.7.).

Wo bleiben nun die "diplomatischen Siege" der PLO?

(„Le Monde", 12.7.).

Wo bleiben nun die "diplomatischen Siege" der PLO?

Ziehen wir Bilanz, so stellen wir fest, daß die verschiedenen „Friedenspläne" von USA, europäischen Imperialisten, Ägypten und den verschiedenen Richtungen in Israel keinen realen Wert haben, sondern politische Propagandamittel sind, bis auf einen Punkt, in dem sie alle übereinstimmen: die Rolle der Palästinenser. Ein palästinensischer Staat oder gar die PLO werden nicht einmal mehr erwähnt.

Wir haben immer die Meinung vertreten, daß das Gerede vom palästinensischen Staat und von der nicht zu umgehenden Rolle der PLO von Seiten der Imperialisten dazu da war, die Kompromißler herauszulocken und Verwirrung zu stiften bei den Revolutionären. Dieses Gerede diente aber den kompromißlerischen Kräften als Beweis für die „diplomatischen Siege" der PLO, die wiederum als Entschuldigung für die militärischen Rückzüge herhalten mußten.

Wie ist es aber nun dazu gekommen, daß die Imperialisten dieses Werkzeug der Täuschung und Spaltung nicht mehr benötigen? Hierfür gibt es vor allem drei entscheidende Faktoren:

+ der Übergang Ägyptens ins imperialistische Lager;
+ die Niederlage der palästinensischen Revolution und der fortschrittlichen nationalen Kräfte im libanesischen Bürgerkrieg durch die syrische Intervention;
+ das Zurückweichen und Stillhalten der fortschrittlicheren arabischen Regimes — insbesondere Syriens —, durch das die israelische Intervention in Südlibanon ermöglicht wurde.

Bei allen diesen Niederlagen haben Fehleinschätzungen der imperialistischen Politik eine Rolle gespielt. Doch nun ist es aus mit den Illusionen vom eigenen palästinensischen Staat ohne Revolution und von den friedlichen Absichten der Imperialisten. Die Offensive der Imperialisten kann nur durch den revolutionären Kampf der Palästinenser zusammen mit den anderen arabischen Völkern aufgehalten werden. Am Verhandlungstisch können unter diesen Voraussetzungen nur noch Verräter sitzen.

Nahost-Kommission

Libanon: Brüchiger Waffenstillstand

Nach sechstägigen blutigen Kämpfen in Beirut zwischen den syrischen Besatzertruppen und den faschistischen Milizen hat der libanesische Staatspräsident Sarkis mit seinem Rücktritt gedroht und damit vorerst einen Waffenstillstand durchgesetzt.

Die Kämpfe zwischen den syrischen Truppen und den faschistischen Milizen der Falange-Partei (Gemayel) und der National-Liberalen Partei (Chamoun) wurden durch die ständigen Provokationen der Faschisten gegen die Syrer ausgelöst. Die Faschisten wollten damit ihrer Forderung nach dem Abzug der syrischen Truppen, die ihnen bei der Errichtung eines reaktionären Libanons unter faschistischer Kontrolle im Wege sind, unterstreichen und schließlich die Durchsetzung dieser Forderung erreichen. Die Syrer schlugen hart zurück und besetzten weitgehend den gesamten Nordlibanon. Damit wollten sie deutlich machen, daß sie nicht bereit sind, ihre Kontrolle über den Libanon aufzugeben. Syrien verlangt nach wie vor die vollständige Entwaffnung der faschistischen Kräfte.

Die Zurückdrängung der faschistischen Milizen hat selbstverständlich Israel auf den Plan gerufen, denen ein mit ihnen verbündeter, reaktionärer Libanon am besten ins Konzept paßt. Während der Kämpfe überflogen israelische Kampfbomber Beirut im Tiefflug, auch in den nachfolgenden Tagen drangen sie wiederholt in den libanesischen Luftraum ein. Die israelischen Truppen auf den Golan-Höhen wurden in Alarmbereitschaft versetzt, die Truppen an der israelisch-libanesischen Grenze verstärkt („Le Monde", 8.7.78). Gleichzeitig setzten die Zionisten die Syrer mit wilden Anschuldigungen unter Druck und machten deutlich, daß sie einer Zurückdrängung der Faschisten nicht zusehen werden.

gen unter Druck und machten deutlich, daß sie einer Zurückdrängung der Faschisten nicht zusehen werden.

So erklärte ein Regierungssprecher: Israel werde nicht zusehen, *„wenn Christen vernichtet würden."* Der israelische Ministerpräsident Begin bezeichnete das Vorgehen der Syrer als *„wahres Massaker"* und betonte: *„Die Sicherheit an der Nordgrenze ist derzeit die wichtigste Sorge Israels"*. In einer Botschaft an die syrische Regierung ließ Israel wissen, daß *„die* (syrische) *Vorherrschaft über den gesamten Libanon ... radikal die Probleme der Sicherheit Israels (verändert)"* („Le Monde", 8.7.78). Der israelische Kriegsminister Weizmann erklärte: *„Israel müsse mehr tun, als nur zur Kenntnis zu nehmen, daß Syrien versuche, den Libanon unter seine Kontrolle zu bringen. Was jetzt den Christen in Libanon angetan werde, drohe auch der Bevölkerung Israels"* („Süddeutsche Zeitung", 8./9.7.78).

Ganz sicher haben die massiven Drohungen der Zionisten die syrische Regierung bewogen, es vorerst bei dem brüchigen Kräftegleichgewicht zu belassen. Solange sich dieses Gleichgewicht aufrechterhalten läßt, werden sie es nicht auf eine direkte Konfrontation mit israelischen Truppen ankommen lassen.

Der libanesische Staatspräsident Sarkis begründete seine Rücktrittsdrohung damit, daß er zwar die *„Legalität"* besitze, nicht aber die *„Autorität"* („International Herald Tribune", 8./9.7.78). Sarkis stellte für sein Verbleiben im Amt vier Bedingungen auf:

- der Oberbefehl über die panarabische „Friedens"truppe (d.h. die syrische Besatzertruppe), den er nominell innehat, müsse ihm auch effektiv übertragen werden,
- die Linkskräfte wie auch die faschistischen Milizen müßten entwaffnet werden, notfalls durch die syrischen Truppen,
- auf die Palästinenser sollten die bisherigen Vereinbarungen, insbesondere das Abkommen von Schtoura, voll angewandt werden,
- er wolle freie Hand für eine Politik der Versöhnung zwischen Christen und Moslems haben („Welt", 11.7.78).

Die Faschisten lehnten diese Forderung selbstverständlich rundweg ab. Chamoun betonte ein weiteres Mal: *„Wir kämpfen bis zum Ende ... Die Syrer müssen das Land verlassen"* („L.M.", 9/10.7.78).

Für die Palästinenser würde die Durchsetzung des Abkommens von Schtoura, das im Juli letzten Jahres

Für die Palästinenser würde die Durchsetzung des Abkommens von Schtoura, das im Juli letzten Jahres

zwischen der libanesischen Regierung, den syrischen Besatzertruppen und der PLO-Führung geschlossen wurde, die praktisch vollständige Entwaffnung bedeuten. Im Abkommen von Schtoura waren als wesentliche Punkte der Rückzug der palästinensischen Kämpfer aus einem 15 km breiten Grenzstreifen zu Israel, der Abzug nahezu aller Kämpfer aus den Lagern im Libanon und die Entfernung aller schweren Waffen aus den Lagern festgelegt worden. Die Durchsetzung dieses Abkommens hätte bedeutet, daß die Palästinenser

Fortsetzung Seite 38



In den moslemer Stadtteilen?...

Fortsetzung von Seite 37

weitgehend auf ihren Kampf gegen Israel und auf die Selbstverteidigung und Selbstverwaltung ihrer Lager hätten verzichten müssen. Was dies in der Praxis bedeutet hätte, hat die zionistische Intervention in Südlibanon im März dieses Jahres gezeigt. Die beiden Lager Rashidyieh und Borj Shimali (südlich von Sur) konnten von den palästinensischen Kämpfern gegen die israelischen erfolgreich verteidigt werden, nachdem die Zivilbevölkerung vorher nach Saida evakuiert wurde. Ohne Zweifel hätten die Zionisten sonst diese beiden Lager dem Erdboden gleichgemacht.

Während die Syrer den Waffenstillstand einhalten, provozieren die Faschisten weiter. In Beirut wurden bei einem Feuergefecht zwischen faschistischen Milizen und syrischen Truppen zwei Syrer getötet. Die Stadtviertel Ain Rummaneh (faschistische Kräfte) und Chiah (fortschrittliche Kräfte) wurden vollständig abgesperrt, nachdem immer wieder Schüsse abgegeben wurden („SZ", 11. und 12.7.78). Verbal hat die syrische Regierung den Faschisten massiv gedroht: Sie müßten die Autorität von Staatspräsident Sarkis anerkennen, oder sie würden mit Gewalt eliminiert („NZZ", 11.7.78). Wie lange dieses brüchige Gleichgewicht aufrechterhalten werden kann, bleibt abzuwarten. Im Süden Libanons griffen faschistische Milizen mit iraelischer Rückendeckung erneut UN-Truppen an, um sie zum Rückzug aus Ebl es-Saqi zu zwingen („Guardian", 14.7.78). Inzwischen hat Sarkis seine Rücktrittsdrohung zurückgenommen, ohne daß eine seiner „Bedingungen" erfüllt worden wäre („Le Monde", 15./16.7.78).

Arafat läßt Kämpfer der Ablehnungsfront militärisch angreifen

Am 13. und 14.7. ließ Arafat in Saida und Sur Kämpfer der Ablehnungsfront durch Al-Fatah-Leute angreifen! Zwölf Kämpfer kamen dabei ums Leben!

Diesem Angriff vorausgegangen waren Auseinandersetzungen zwischen UN-Truppen und Linkskräften, die in den Südlibanon zurückkehren wollten. In der Nacht vom 12. zum 13.7. kam es deshalb in der Umgebung von Sur zu mehreren Auseinandersetzungen, die Linkskräfte nahmen schließlich 50 Soldaten der UN-Truppen fest, die sie fünf Stunden später wieder frei ließen („Guardian", 14. und 15.7.78).

Arafat ließ daraufhin Kämpfer der Ablehnungsfront angreifen. Ganz offensichtlich wollte er damit beweisen, daß es ihm mit seiner Zusammenarbeit mit den UN-Besatzertruppen ernst ist. Schon vor einigen Wochen hatte er 130 seiner eigenen Al-Fatah-Kämpfer, u.a. Abu Daud, verhaften lassen, die sich vorbereiteten, in den Südlibanon zurückzugehen.

Diese Provokation Arafats hat sich lange abgezeichnet und stellt einen neuen traurigen Höhepunkt seiner verräterischen Kompromißpolitik dar! Schon bald nach dem Einmarsch der UN-Truppen, die sozusagen die Aufgabe hatten, die verbrecherische Intervention der Zionisten zu beenden (Un-Truppen rückten vor allem in die Gebiete ein, die die israelischen Truppen nicht erobern konnten), handelte Arafat mit dem libanesischen Ministerpräsidenten Hoss ein 5-Punkte-Abkommen aus, in dem Arafat seine Unterstützung bei den Aufgaben der UN-Truppen zusichert und die Zustimmung gibt, daß palästinensische Kämpfer weder weiterhin im Südlibanon präsent sind, noch von dort aus gegen die Zionisten kämpfen.

Als propagandistisches Trostpflästerchen ließ Arafat durch Abu Iyad verkünden, daß man militärische Aktionen in Zukunft von Syrien, Jordanien und Israel aus durchführen werde (fast eine Unmöglichkeit! Kürzlich soll es wieder eine Verhaftungswelle gegen PFLP-Mitglieder in Jordanien gegeben haben!). Kurz darauf stimmte ein PLO-Vertreter sogar der Auflösung von Waffendepots in dem Gebiet zwischen Zahrani-Fluß und Litani-Fluß zu, dem letzten Gebiet im Libanon, in dem sich die fortschrittlichen Kräfte relativ frei bewegen können (siehe AK 131, S. 52). Außerdem stellte Arafat eine 500-Mann-Truppe ihm treu ergebener Al-Fatah-Leute auf, die diese Politik mit durchsetzen sollten. Wir schrieben damals: „... *es sieht so aus, als würde Arafat sich nicht scheuen, seine Politik dort, wo sie auf Widerstand trifft, militärisch durchzusetzen ...*"

Aber auch Arafat steht, wie die jüngsten Auseinandersetzungen innerhalb der Al-Fatah gezeigt haben, nicht auf so sicherem Posten!

Nahost-Kommission

Rechtsputsch in Südjemen gescheitert

Nach einem mißglückten Putschversuch wurde der südjemenitische Präsident Salem Rubaya Ali am 26.6.78 hingerichtet. Damit wurde zum ersten Male deutlich, daß es in der Partei- und Regierungsspitze des demokratischen Südjemen erhebliche politische Differenzen gegeben hat, die schließlich zum Putschversuch des bisherigen Präsidenten Rubaya Ali führten.

Einen Tag vor dem Putschversuch Rubaya Alis war ein Sprengstoffattentat auf den Präsidenten der benachbarten Arabischen Republik Jemen (Nordjemen), al-Ghashmi, verübt worden. Al Ghashmi empfing einen südjemenitischen Diplomaten, der von seinem Amtskollegen Rugaya Ali direkt geschickt worden war. Während des Gesprächs zwischen dem nordjemenitischen Präsidenten al-Ghashmi und dem südjemenitischen Diplomaten explodierte eine Bombe in dessen Aktenkoffer; al-Ghashmi und der südjemenitische Diplomat kamen bei der Explosion ums Leben. Die nordjemenitische Regierung beschuldigte umgehend den südjemenitischen Präsidenten Rubaya Ali des Mordes an al-Ghashmi.



Unabhängig davon, ob Rubaya Ali tatsächlich für das Attentat verantwortlich war, lag die Ermordung al-Ghashmis keineswegs im Interesse Südjemens. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß es sich um eine saudi-arabische Provokation handelte, mit dem Ziel, sich des unliebsamen nordjemenitischen Präsidenten zu entledigen und das demokratische Südjemen zu diffamieren und stärker unter Druck zu setzen.

Unmittelbar nach dem Attentat wurde vom ZK der regierenden Nationalen Front Südjemens (UNPFO) eine Sondersitzung zur Klärung der Attentatsumstände einberufen. Rubaya Ali weigerte sich, an der Sitzung teilzunehmen und schickte stattdessen ein Rücktrittsgesuch, das vom ZK mehrheitlich angenommen wurde, womit sehr deutlich der zunehmenden proimperialistischen Politik Rubaya Alis eine Absage erteilt wurde. Daraufhin unternahm Rubaya Alit mit Unterstützung eines Teils der regulären Armee einen Putschversuch, der mit dem Beschuß des ZK- Gebäudes in der Hauptstadt Aden begann. Nach mehrstündigen harten Kämpfen, bei denen 40 Menschen getötet und 115 verletzt wurden, konnte der Putsch durch den Einsatz von regierungstreuem Militär und Miliz niedergeschlagen werden (»Guardian«, 7.7.78). In einem Sondergerichtsverfahren wurden Rubaya Ali und zwei seiner Mitputschisten zum Tode verurteilt und sofort hingerichtet (»Le Monde« und »Guardian«, 27.6.78).

Die Manöver Saudi-Arabiens

Seit den 60er Jahren mischt sich Saudi-Arabien — mit Unterstützung und im Dienste der US-Imperialisten — massiv in die Politik der übrigen Staaten der Arabischen Halbinsel ein. Besonders im Süden der Halbinsel, in Nord- und Südjemen und in Oman, wo es besonders starke linke und revolutionäre Bewegungen gegeben hat, und gibt, versucht Saudi-Arabien, durch Unterstützung reaktionärer Stammesfürsten diese Bewegungen zu zerschlagen und die Staaten zum Spielball der eigenen reaktionären Politik zu machen.

In Nordjemen ist es Saudi-Arabien nach einem zehnjährigen Bürgerkrieg gelungen, Anfang der 70er Jahre ein reaktionäres Regime zu installieren. Auch in der Folge hat Saudi-Arabien in Nordjemen jede fortschrittliche Entwicklung und alle Ansätze zur Stärkung der Nation mit wirtschaftlicher Erpressung, Mord und Förderung des Tribalismus zu verhindern gewußt. Ein Beispiel ist die Ermordung des Vorgängers von al-Ghashmi, Präsident al-Hamdi, vor neun Monaten. Al-Hamdi hatte versucht, die Zentralgewalt gegenüber dem Einfluß der Stammesfürsten zu stärken und die Vereinigungsbestrebungen mit Südjemen voranzutreiben (s. AK 115, S.54). Der jetzt ermordete Präsident al-Ghashmi verfolgte eine ähnliche Politik.

In Südjemen konnte sich trotz des imperialistischen Drucks nach der Befreiung von der britischen Kolonialherrschaft 1967 ein fortschrittlicher demokratischer Staat etablieren. Saudi-Arabien unterstützte in den ersten Jahren vor allem südjemenitische Exilorganisationen und ehemalige Stammesfürsten bei ihren Operationen gegen Südjemen. In letzter Zeit benutzte es zusätzlich den „diplomatischen" Weg und den Weg der wirtschaftlichen Erpressung, um direkt auf die Politik Südjemens Einfluß zu gewinnen. Auf Grundlage dieser Politik Saudi-Arabiens und der ungeheuren wirtschaftlichen Schwierigkeiten Südjemens entwickelte sich innerhalb der Nationalen Front eine politische Linie, die diesem Druck nachgab.

Hauptkontaktmann Saudi-Arabiens war der jetzt hingerichtete Präsident Rubaya Ali. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Saudi-Arabien 1976 stand sicher noch im Einklang mit dem Programm der Nationalen Front, das eine Politik der „friedlichen Koexistenz" befürwortet, solange die eigene „national-demokratische Revolution" nicht gefährdet ist (Beschlüsse des Vereinigungskongresses im Oktober 1975). Rubaya Ali machte jedoch zunehmend eine proimperialistische Politik, die schließlich in der offenen Annäherung an den US-Imperialismus gipfelte („Süddeutsche Zeitung", 8.6.78). Damit begaben sich Rubaya Ali und seine Anhänger in vollständigen Gegensatz zur Politik der Mehrheit in der Nationalen Front, die eine antiimperialistische Politik verfolgt, wie die konsequente Unterstützung für die Befreiungsbewegung (PFLO) im benachbarten Sultanat Oman augenscheinlich belegt. Daß sich Rubaya Ali mit dieser reaktionären Politik nicht durchsetzen konnte, auch nicht gewaltsam durch einen Putsch, spricht für die südjemenitische Revolution.

Der Druck der Imperialisten auf Südjemen nimmt zu

Das Attentat auf den nordjemenitischen Präsidenten al-Ghashmi, mit dem sich Saudi-Arabien einen unliebsamen Politiker vom Halse schaffte, wurde von den reaktionären arabischen Regimes mit Saudi-Arabien an der Spitze zum Anlaß genommen, um den politischen, wirtschaftlichen und militärischen Druck auf Südjemen zu verstärken.

Der nordjemenitische Außenminister Asnaj rief mit der Anschuldigung, die j e t z i g e südjemenitische Regierung - und nicht der inzwischen hingerichtete Präsident Rubaya Ali, wie zunächst von der nordjemenitischen Regierung behauptet - sei für den Mord an al-Ghashmi verantwortlich, die Arabische Liga an. Schon am 2.Juli fand eine Sondersitzung der Arabischen Liga statt, der Algerien, Libyen, Irak, Syrien, Djibouti und die PLO fernblieben. Asnaj beantragte auf der Sitzung den Ausschluß Südjemens aus der arabischen Liga. Asnaj kann durchaus als Mann Saudi-Arabiens gelten, u.a. ist er bekannt wegen seiner langjährigen Unterstützung der FLOSY, einer konterrevolutionären Organisation während des südjemenitischen Befreiungskampfes, die nach der Unabhängigkeit von Nordjemen aus und mit Unterstützung Saudi-Arabiens und der reaktionären Stammesführer weiter gegen die fortschrittliche Bewegung in Südjemen operierte.

Die Arabische Liga konnte zwar nicht den Ausschluß Südjemens beschließen, dazu sind die Stimmen aller Mitgliedsstaaten erforderlich, empfahl aber allen Mitgliedsländern, die Beziehungen zu Südjemen einzufrieren. Im Klartext bedeutet das, daß Südjemen die dringend benötigten Gelder aus den arabischen Entwicklungsfonds nicht mehr erhalten wird, daß die erdölproduzierenden Länder auf der Halbinsel ihr Erdöl möglicherweise nicht mehr in der Adener (Südjemen) Raffinerie verarbeiten lassen („NZZ", 4.7., „Guardian", 3.7.).

Zu einem Schlag auf militärischer Ebene hat Nordjemen bereits ausgeholt. Nordjemenitische Truppen überfielen zwei südjemenitische Dörfer, konnten jedoch zurückgeschlagen werden („SZ", 5.7.).

Mit der Niederschlagung des Rechtsputsches Rubaya Alis hat die südjemenitische Nationale Front im Inneren vorerst ihre antiimperialistische Politik durchsetzen und ihre eigenständige demokratische Entwicklung behaupten können. Südjemens Lage ist aber zugleich schwieriger geworden. Der Druck der Imperialisten und arabischen reaktionären Regimes wird zukünftig weiter ansteigen.

Nahost-Kommission



Die bisherige Regierungs- und Parteiführung Südjemens: Der hingerichtete Präsident Rubaya Ali (links), Ministerpräsident Ali Nasser Mohammed (Mitte) und der Generalsekretär der Nationalen Front Abdul Fatah Ismail

Israel-Kurzmeldungen

Paschalis zu fünf Jahren verurteilt — Lebrecht freigesprochen

Der zypriotische Journalist und Pressefotograph Panayotis Paschalis wurde am 7.Juli von einem Tel Aviver Militärgericht zu fünf Jahren Haft verurteilt, während sein israelischer Kollege Hans Lebrecht, Mitglied des ZK der revisionistischen RAKACH-Partei, freigesprochen werden mußte.

Das Terrorurteil gegen Panayotis Paschalis, der zusammen mit Lebrecht seit Jahren als Korrespondent revisionistischer Zeitungen die Verbrechen der Zionisten gegen die palästinensische Bevölkerung enthüllte, wurde damit begründet, er habe „*der Al-Fatah Dokumente und Informationen übergeben, die geeignet seien, der Sicherheit des Staates zu schaden*" („Le Monde", 9./10.7.78). Der Staatsanwalt hatte die Höchststrafe gefordert, da die beanstandeten Fotographien palästinensischer Kommandos dazu dienen könnten, Überfälle auf Israel durchzuführen. Die exemplarische Strafe gegen Paschalis solle „*den zahlreichen ausländischen Journalisten, die nach Israel kommen, als Mahnung dienen, unsere Feinde nicht mit Informationen zu versorgen*".

Paschalis und Lebrecht waren im Januar in einem Tel Aviver Hotel verhaftet worden. Vorgeworfen wurde beiden „staatsfeindliche Umtriebe" sowie „Spionage". Sie hätten Informationen für „*palästinensiche Terrororganisationen*" gesammelt. Beweise konnten von den israelischen Anklagevertretern nicht vorgelegt werden. Bei Paschalis mußten Fotographien von Kinos, Hotels und Märkten als „Beweise" herhalten, laut Anklage *»Bilder von für feindliche Terroraktionen empfindlichen Plätzen«* (!) (»NZZ«, 27.1.78, »ND«, 21.2.78).

Die offensichtlich konstruierten Anklagepunkte gegen Lebrecht und Paschalis und das Terrorurteil gegen Paschalis sollen der Einschüchterung fortschrittlicher Journalisten dienen, weiterhin die Verbrechen des zionistischen Besatzerregimes gegen die palästinensische Bevölkerung der Weltöffentlichkeit bekannt zu machen.

Student verurteilt

Zu 15 Monaten Haft wurde der amerikanische Student palästinensischer Herkunft, Sami Esmail, in Tel Aviv verurteilt. Sami Esmail wollte seinen im Sterben liegenden Vater im Westjordanland besuchen und war gleich bei seiner Einreise im Dezember letzten Jahres auf dem Flughafen festgenommen worden. Er wurde für schuldig befunden, einer „*palästinensischen Guerillaorganisation*", der PFLP, anzugehören („International Herald Tribune", 8.6., „Guardian", 13.6.). Die Anklage hatte Proteste in den USA ausgelöst, da ganz offensichtlich das FBI die israelischen Kollegen mit Informationen über Sami Esmail versorgt hatte. So wurde von der Anklage u.a. ein Besuch Esmails in Libyen 1976 als Beweis für seine Zugehörigkeit zu einer palästinensischen Organisation angeführt.

Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten

Seit dem Amtsantritt Begins vor gut einem Jahr sind nach Angaben des israelischen Landwirtschaftsministeriums Sharon 35 (!) neue Siedlungen errichtet worden, davon 13 im Westjordanland. Für die nächsten drei Jahre hat die rechtsradikale Gush-Emunim-Bewegung, der der Landwirtschaftsminister nahe steht, die Errichtung von 32 neuen Siedlungen im Westjordanland gefordert. Die Gush-Emunim-Bewegung hält die Siedlungspolitik Begins im Westjordanland für völlig unzureichend (!). Inzwischen werden die Arbeiten für die drei geplanten städtischen Siedlungen in der Nähe Jerusalems vorangetrieben, es handelt sich dabei im Efrat, südöstlich Bethlehems, Maale Adumim im Osten und Givon im Nordwesten Jerusalems. Alle drei Siedlungen sind Teil eines Gürtels, mit dem der 1967 annektierte Ostteil Jerusalems umgeben werden soll („Le Monde", 12.7.78, „NZZ", 17.5.77).

Acht ausländische Professoren aus dem Westjordanland ausgewiesen

Acht ausländische Professoren, die an der arabischen Universität in Bir-Zeit arbeiteten, sind zum 8.7. von der israelischen Militärregierung ausgewiesen worden. Offensichtlich wird ihnen ihre „politische Aktivität" vorgeworfen. Sie hatten mehrmals „Partei" für Studenten ergriffen, die in antiisraelische Demonstrationen „verwickelt" waren („Le Monde", 30.6.78).

Nahost-Kommission



afrika

Zustimmung der SWAPO zum imperialistischen Namibia-Plan?

Vergangene Woche fand in Luanda, der Hauptstadt Angolas, ein zweitägiges Treffen der Initiatoren des Namibia-Plans (Frankreich, Kanada, BRD, Großbritanien, USA) Vertretern der SWAPO und der afrikanischen Frontstaaten statt.

Im Abschluß-Kommunique wurde als Ergebnis u.a. Festgehalten. *„Nach zweitägigen freundschaftlichen und herzlichen Gesprächen kamen die Parteien überein, den Sicherheitsrat einzuberufen, um so schnell wie möglich zu einer gerechten und friedlichen Lösung der Namibia-Frage zu gelangen."* (New York Times, 13.7.)

Der britische Außenminister sprach von *„einem immensen Fortschritt in der Namibia-Frage"* (NZZ, 15.7.) und BRD-Außenminister Genscher von einem wichtigen Schritt zur friedlichen Lösung der Namibia-Frage (SZ, 14.7.).

Anlaß für diese Euphorie war die eingeschränkte Zustimmung der SWAPO zum Namibia-Plan der fünf Westmächte. Die SWAPO sprach offiziell von einer „bedingten Zustimmung" und sieht in dem Plan ein Arbeitsinstrument für die Diskussion im Sicherheitsrat. Die SWAPO gehe mit dem Ziel nach New York, *„die Weltgemeinschaft und besonders unsere revolutionären Freunde und Verbündeten zu mobilisieren, damit sie sich uns bei der Druckausübung auf den Sicherheitsrat anschließen."* Die SWAPO erwarte vom Sicherheitsrat, daß er Südafrika zwinge, *„seine illegale Verwaltung abzuziehen und die Regierungsmacht sofort dem namibischen Volk zu übertragen"* (NZZ, 15.7.).

Auch das britische Außenministerium gab zu, daß der Status des von der RSA beanspruchten Tiefwasserhafens und militärischen Stützpunktes Walfish-Bay nach wie vor ungeklärt sei. Die Integration des Hafens in ein unabhängiges Namibia ist aber eine der Kernforderungen der SWAPO, von deren Behandlung sie die Zustimmung zum Westmächte-Plan abhängig macht. Diese Position bekräftigte Nujoma ausdrücklich im Anschluß an die Verhandlungen in Luanda (Guardian, 14.7.).

Die Rassisten ihrerseits halten nach wie vor daran fest, daß Walfish-Bay Bestandteil der RSA bleibt.

So erklärte der Chef der südafrikanischen UNO-Mission, Eksteen, kategorisch: *„Wir werden sie nicht weggeben."*

Außerdem sind die Rassisten fest entschlossen, die „Wahlen" noch in diesem Jahr durchzuziehen. Dokumentiert wird das durch die Aufstellung der Wählerlisten - im übrigen ein offener Bruch des von der RSA anerkannten Namibia-Plans. (SZ, 19.7.)

Darüber hinaus haben die Rassisten auch ihre Zusage, ihre Truppen in der Übergangsperiode auf 1.500 Mann zu reduzieren, von einer Kapitulation der SWAPO abhängig gemacht: *„Nur auf der Grundlage eines sichtbaren Friedens und der Beendigung aller Gewalttätigkeiten innerhalb einer Übergangsperiode kann der Rückzug der RSA-Truppen stattfinden"* (Verteidigungsminister Botha lt. New York Times, 14.7.).

Es ist offensichtlich, daß die RSA mit ihren Maximalforderungen dem Imperialismus den Ball zuwirft, mit dem dieser als „neutraler Mittler" weitere Konzessionen von der SWAPO zu erzwingen sucht bzw. das Scheitern der Verhandlungen vorbereitet wird. Natürlich geht es dem Imperialismus nur verbal um eine Beteiligung der SWAPO an den bevorstehenden Wahlen, denn eine Ignorierung der SWAPO kann sich der Imperialismus schon deshalb nicht leisten, weil die SWAPO als bisher einzige Befreiungsbewegung die offizielle Anerkennung der UNO und damit einen nicht unbeträchtlichen Schutz und Unterstützung genießt.

Einer zu offenen Protektion der Vorster-Diktatur steht auch die widerrechtliche Besetzung Namibias durch die Rassisten entgegen, mit deren Praktiken die Imperialisten sich dann einverstanden erklären würden.

In dieser Situation haben sich die Imperialisten entschlossen, der SWAPO mittels ihres „Namibia-Plans" „freie Wahlen" anzubieten, was seitens der SWAPO eine erhebliche Konzession zugunsten der faschistischen RSA darstellen würde, da die SWAPO laut UNO-Beschluß die „e i n z i g e und authentische Vertretung" des Volks von Namibia ist. Angesichts der sich bei den Wahlen für die Imperialisten ergebenden Einflußmöglichkeiten arbeiten Imperialismus und faschistische RSA am fieberhaften Aufbau einer glaubwürdigeren schwarzen Scheinalternative, als es die berüchtigte „Turnhallenallianz" ist. Mit einer solchen Marionetten-Partei hätte man außerdem ein weiteres Eisen im Feuer, um bei einem absehbaren Scheitern des „friedlichen Wegs" eine „interne Lösung" a la Zimbabwe durchzupeitschen, die zugleich das Signal zum offenen Krieg sein würde.

Die Tanzania Daily News (21.6.) berichtete, daß das ehemalige SWAPO-Mitglied, A. Shipanga, der 2 Jahre in Tanzania inhaftiert war, im Juni nach Nambia zurückgekehrt sei und dort die SWAPO Demokrates Party (SWAPO-D) gegründet habe.



Die SWAPO-D hat sich bereits auf einem Treffen in Holland mit der Namibian National Front vereinigt und will an den von der RSA widerrechtlich vorbereiteten „Wahlen" teilnehmen.

Von Imperialismus und Rassismus werden gegenwärtig die Weichen für ein „neues Angola" gestellt, die schwarzen Marionetten nach dem Vorbild von FNLA und UNITA warten auf ihren Einsatz.

Afrika-Kommission

OAU-Gipfel im Sudan

Die 15. OAU-Konferenz stand ganz im Zeichen der zugespitzten Konflikte, die gegenwärtig die politische Szene in Afrika beherrschen. OAU-Gipfelkonferenzen und die verabschiedeten Resolutionen spiegeln in der Regel das Kräfteverhältnis zwischen den fortschrittlichen und pro-imperialistischen Staaten wider und auch auf der 15. Gipfelkonferenz in Khartum standen die unterschiedlichen Beurteilungen der brennenden Probleme Afrikas im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen. Es ging hier vor allem um die Frage imperialistischer Interventionen, der Schaffung einer „panafrikanischen Eingreiftruppe" (wie sie der Imperialismus gegenwärtig in Zaire einsetzt), der Westsahara-Frage, um die Situation in Rhodesien und Namibia, um die angebliche „Aggression" Lybiens im Tschad (Unterstützung der FROLINAT) und um die Bekämpfung der faschistischen RSA durch verschiedene Boykottmaßnahmen – um nur einige der wichtigsten Punkte zu nennen. Der Delegation der Comoren war die Einreise verweigert worden, weil das Regime durch einen Putsch weißer Söldner die Macht vor einigen Wochen ergriffen hatte (wir berichteten darüber). Bei Redaktionsschluß ergab sich folgendes Bild von der Konferenz:

Standardthema der pro-westlichen Staatengruppe und ihrer Vertreter in der OAU ist die Klage darüber, daß die Großmächte den *„Kontinent in ein Schlachtfeld verwandeln und unsere Völker als Kanonenfutter verwenden"* (Numeiri lt. „SZ", 20.7.). Ähnlich äußerte sich der Reaktionär Sadat, *„ausländische Mächte könnten den Afrikanern nicht helfen, da sie die Probleme Afrikas nicht mit afrikanischen Augen betrachteten. Ausländische Interventionen spalteten die Einheit und Solidarität Afrikas"* („SZ", 21.7.). Was von solch Feiertagsreden zu halten ist, verdeutlichte die Teilnahme Ägyptens an der Besetzung Shabas durch den Imperialismus 1977 und 1978! Was sich hier als „Blockfreiheit" tarnt, ist in Wirklichkeit die Gleichsetzung von Imperialismus und Sowjetunion plus Verbündete und richtet sich in der konkreten Tagespolitik n i e m a l s gegen den Imperialismus, sondern immer gegen die „andere Supermacht". Nigeria, das eine mittlere politische Position in Afrika einnimmt, differenzierte, als der Staatschef Obasanjo den U n t e r s c h i e d zwischen Imperialismus und Sowjetunion insofern betonte, als er sagte, *„daß die Sowjetunion und die mit ihr verbündeten Staaten des Ostblocks als einzige Länder den Befreiungskampf afrikanischer Nationalisten unterstützt hätten. Afrika hätte keinen Grund besorgt zu sein über die Präsenz der Sowjetunion und Cuba, denn man habe diese Länder für einen besonderen Grund eingeladen"* („SZ", 21.7.). Gleichfalls warnte er vor sowjetischen machtpolitischen Ambitionen *„An die Adresse der Sowjetunion und ihre Freunde möchte ich sagen, daß die Einladung nach Afrika zur Unterstützung des Befreiungskampfes und der Konsolidierung der nationalen Unabhängigkeit nicht überstrapaziert werden soll"* (ebenda). Die französisch-belgische Intervention in Zaire verurteilend meinte Obasanjo, daß *„Fallschirmjägeraktionen im 20.Jahrhundert in Afrika genausowenig akzeptabel sind wie die Kanonenbootpolitik des vergangenen Jahrhunderts"* (ebenda). Eine klare Position g e g e n die Angriffe auf sowjetische und cubanische Unterstützung, sofern sie dem Befreiungskampf dient, nahm Mosambiks Präsident, Genosse Machel, ein; er würdigte die „beispielhaften Opfer" der Cubaner in Angola während des zweiten angolanischen Befreiungskampfes 1975/76, die der Imperialismus angreife, um „von seinen eigenen Absichten zur Rekolonialisierung des schwarzen Erdteils abzulenken" („FAZ", 21.7.).

Für eine mehrheitliche Verurteilung der imperialistischen Aggressionen in Afrika – gefordert von der afrikanischen Reaktion in Situationen der „Bedrängnis" – konnte jedoch keine Mehrheit gefunden werden, man einigte sich auf die (nichtssagende) Formel; man anerkenne das unveräußerliche Recht jedes Staates der OAU *„alle ihm zur Gewährleistung seiner Souveränität, Freiheit und Unabhängigkeit sowie zum Schutz seiner Sicherheit nötigerscheinenden Maßnahmen zu ergreifen"* (ebenda) – womit die NATO-Intervention in Zaire beispielsweise voll abgedeckt sein dürfte. Allerdings wurde die willkürliche Bildung von sogenannten „panafrikanischen Truppen" verurteilt. Eine panafrikanische Truppe, so heißt es in der Resolution, *„solle nur im Rahmen der OAU geplant und aufgestellt werden."* Sie sollte *„nur im Kontext der Ziele und Prioritäten der OAU"* erwogen werden, – *„zur Beseitigung der rassistischen Minderheitenregimes im südlichen Afrika, zur totalen Befreiung des Kontinents, zur Sicherung der Unabhängigkeit und territoralen Unversehrtheit von Mitgliedstaaten"* der Organisation (ebenda). Damit ist zumindest die Aufstellung einer panafrikanischen Eingreiftruppe durch nichtafrikanische Staaten – wie im Juni 78 geschehen – nicht erlaubt. Über die praktischen Konsequenzen sollte man sich allerdings keine Illusionen machen ...

In der **Rhodesien-Frage** konnte sich der OAU-Gipfel nicht zu einer eindeutigen Haltung zugunsten der „Patriotischen Front" entscheiden, wie sie Samora Machel formulierte, der die „Patriotische Front" als **„einzige und legitime Vertreterin des Volks von Zimbabwe"** bezeichnete. Zwar ist die „Patriotische Front" die einzige von der OAU anerkannte Befreiungsbewegung von Zimbabwe, dies ist jedoch nicht gleichbedeutend damit, daß sie auch die einzige legitimierte Vertreterin des Volks von Zimbabwe ist. Was hier als Haarspalterei erscheinen mag, erfährt seine konkrete Bedetung z.B. darin, daß das nigerianische Staatsoberhaupt Obasanjo die PF aufforderte, mit den schwarzen Marionetten in Salisbury **gemeinsam** eine neue Lösung zu entwickeln. Dieser Vorschlag, der auf der Linie der diplomatischen englisch - amerikanischen Initiativen liegt, ist von Gewicht angesichts der herausragenden Stellung Nigerias auf dem afrikanischen Kontinent und der von ihm mit gewissem Großmachtgehabe übernommenen „Mittlerfunktion" zwischen den „ideologischen Fronten" (was in der Realität natürlich doch zu pro-imperialistischen Stellungnahmen führt). Die **Westsahara-Frage** stand zwar offiziell auf der Tagesordnung und wurde u.a. von Mosambik, Madagaskar, Benin zugunsten der FRENTE POLISARIO unterstützt, zu einer definitiven Entscheidung kam es jedoch wegen des Übergewichts der eher pro-imperialistisch orientierten Staaten zum wiederholten Male nicht. Wieder einmal ist ein „Sondergipfel" zur Westsahara-Frage vorgesehen, zur Abwechslung in Addis Abeba.

Der **SWAPO** wurde von der OAU erneut das Mandat als „einzige und authentische Vertretung des Volkes von Namibia" ausgesprochen und im Gegensatz zum imperialistischen Namibia-Plan, der Wahlen vorsieht, fordert man *„die Beendigung der illegalen Besetzung Namibias und den vollständigen und bedingungslosen Rückzug (Südafrikas), um das namibische Volk unter der Führung der SWAPO in die Lage zu vesetzen, frei sein Recht auf Selbstbestimmung und wahre Unabhängigkeit auszuüben"* („FAZ",21.7.).

Im Bereich der Maßnahmen gegen die **faschistische RSA** wurde eine Resolution vorgelegt, die die afrikanischen Staaten auffodert, allen Fluglinien und Schiffen Dienstleistungen zu verweigern, die auf dem Weg von oder nach Südafrika sind. Nun ist es jedoch eine in Afrika vielgeübte Tradition, daß zahlreiche reaktionäre afrikanische Regimes trotz entsprechender Resolutionen regen Handel mit der RSA treiben – beispielhaft seien nur Zaire, Malawi, Elfenbeinküste, Zentralafrikanisches Kaiserreich und Mauritius erwähnt (die Reihe läßt sich beliebig verlängern).

Heftige Auseinandersetzungen im Plenum der OAU-Konferenz gab es, als der Präsident der VR Benin, Gabun und Marokko nachwies, daß sie am imperialistischen Putschversuch vor 1 1/2 Jahren beteiligt gewesen waren. Ebenfalls hoch her ging es, als der lybische Außenminister die Marionettenregierung des Tschad – die heute mit mehreren 1000 französischen Soldaten die Volksaufstände blutig zu unterdrücken sucht – scharf angegriff: **„Die tschadische Regierung sei ein Lakai des Imperialismus und werde vom Volk hinweggefegt werden"** („FAZ", 22.7.78).

Die 15.OAU-Gipfelkonferenz konnte von den anti-imperialistischen Staaten genutzt werden, ihre Positionen an die afrikanische Öffentlichkeit zu tragen, den Imperialismus und seine Kriegsaktionen in Afrika anzugreifen und eine uneingeschränkte Unterstützung der Befreiungsbewegungen durch die afrikanischen Staaten zu fordern (es liegen allerdings keine konkreten Ergebnisse über die Eritrea-Diskussion vor – wer welche Positionen vertreten hat etc.). Eine offene Rechtfertigung des imperialistischen Vorgehens konnte sich unseres Wissens kein afrikanisches Land leisten. Allerdings muß insgesamt gesehen werden, daß aufgrund des gegenwärtig herrschenden Kräfteverhältnisses in Afrika in den Resolutionen etc. überwiegend unverbindliche und den Imperialismus kaum konkret in die Parade fahrende Inhalte dominieren und daß in so wichtigen Fragen wie Westsahara, Eritrea und „interne Lösung" in Rhodesien konsequent anti-imperialistische Ansätze nur von wenigen fortschrittlichen Ländern Afrikas getragen werden.

Afrika-Kommission

IMPRESSUM

Herausgeber – Druck – Verlag
ARBEITERKAMPF
J. Reents Verlag
Lerchenstr. 75, 2 Hamburg 50
V.i.S.d.P.: Kai Ehlers, Verlagsadr.
Auflage: 14.000
Erscheinungsweise: 14 tägig
Verkaufspreis: DM 2,00
Jahresabonnement: DM 47,50
Förderabonnement: DM 60,00
Verlagskonten:
Dresdner Bank
451 8378, J. Reents und
Postscheckkonto Hamburg
240 595, J. Reents

Putsch in Mauretanien: Marionetten wechseln sich ab

In der Nacht vom 9./10. Juli wurde der seit 17 Jahren in Mauretanien regierende Komprador Mokhtar Ould Daddah durch einen Militärputsch unblutig zu Fall gebracht. Eine Militärjunta setzte den Präsidenten, alle Minister und Partei-Oberen unter Arrest, löste Regierung, Parlament und die Einheitspartei PPM auf und setzte die Verfassung außer Kraft. Daß es sich hier um nicht viel mehr als einen Austausch zwischen 2 Kompradoren handelt, läßt sich zum einen an der Zusammensetzung der neuen Regierungsmannschaft ablesen, zum anderen an der relativen Gelassenheit der westlichen Presse und der Tatsache, daß weder französische noch marokkanische Truppen, die weit in die mauretanische Armee integriert sind, aktiv wurden, was etwa bei einem Putsch durch fortschrittliche Kräfte der Fall gewesen wäre. Der "Militärausschuß der nationalen Gesundung", den die Putschisten gebildet haben, und die aufgestellte Regierung werden angeführt vom Generalstabschef Oberst Ould Salek, der von 1968-69 erstmals Armeechef war, 1970 als "zu frankreichfreundlich" abgesetzt worden war, 1977 zum Militärgouverneur von Atar (Hauptstadt einer mauretanischen Provinz) und im März erneut zum Generalstabschef ernannt wurde: er ist wohl einer der erfahrensten Männer des mauretanischen Regimes, zumindest was die blutige Unterdrückung des eigenen Volkes und den Völkermord gegen die Frente Polisario betrifft! Mit von der Partie ist auch der Direktor der Militärakademie, Ahmed Salem. Die "Neue Züricher Zeitung" (NZZ) vom 13.7. weist darauf hin, daß es sich bei der neugebildeten Regierung um Vertreter der großen Stammesfamilien und der religiösen Strömungen handelt, *"daß die meisten Mitglieder der neuen Regierung ihre Ausbildung in Frankreich erhalten haben und als frankreichfreundlich gelten"*. "Le Monde" berichtet, daß mehrere am Putsch beteiligte Armeeangehörige auch in der marokkanischen Armee ausgebildet worden seien ("LM", 13.7.78). Entsprechend fielen denn auch die ersten Verlautbarungen aus:

In einer von Radio Nouakchott verlesenen Erklärung wird der Wunsch nach *"brüderlichen und freundschaftlichen Beziehungen zu allen (!) Nachbarn"* betont und festgestellt, daß sich der Putsch *"nicht*

allen (!) Nachbarn" betont und festgestellt, daß sich der Putsch *"nicht*

gegen den Westen" richte ("NZZ". 12.7.78). Die neue Regierung garantiert die *"Sicherheit der Ausländer – vor allem der 3 500 französischen Techniker und Militärhelfer"*. Und schließlich erklärte Ould Salek in einem anderen Interview recht deutlich, daß *"die mauretanische Militärregierung zusammen mit Marokko (!) versuchen werde, das Sahara-Problem zu lösen. Ausdrücklich bat er Frankreich darum, die Militärhilfe fortzusetzten"* (FR, 13.7.). Er erklärte gleichzeitig, der Putsch sei hauptsächlich aus innenpolitischen Gründen erfolgt, er verurteilte den "wirtschaftlichen Verfall", den "Geldverfall", und "die tägliche Gefahr des Aufstandes" und der "Volkserhebung" (LM, 13.7.)! Das bedeutet ganz klar, daß die Armee einem Regierungsturz von links zuvorkommen wollte.

Bezeichnenderweise wurde der Putsch in Wirschaftskreisen begrüßt. Der Direktor der verstaatlichten Erzgesellschaft, Amar, sagte, es könnte zu "wirtschaftlicher Freiheit und Meinungsfreiheit" führen.

Stellungnahmen zum Putsch

Anfangs hatte sich der marokkanische Informationsminister Khattabe besorgt über den Putsch geäußert. Er sprach von „sehr schlechten Nachrichten" und hoffte, daß die Armee "nur innenpolitische Angelegenheiten im Kopf haben" würde. Befürchtet wurde eine Ausweisung der 90C (!) Mann starken marokkanischen Truppen (SZ, 11.7.). Doch schon wenig später dementierte Khattabi seine Äußerungen und das marokkanische Regime war beruhigt darüber, daß die mauretanische Armee nicht vorhatte, die enge Zusammenarbeit in allen Bereichen aufzugeben, wozu besonders das 1977 gebildete gemeinsame Verteidigungskomitee gehört (Sogar die Vorbereitung der gerade stattfindenden OAU Konferenz war gemeinsam vorbereitet worden!). Ein enger Berater Hassans und der berüchtigte Generaloberst Dlimi reisten auch bald nach Nouakchott, um sich zu informieren.

Frankreich hatte gebeten, *"die Integrität des Landes vor ausländischer Intervention"* (Algeriens, d.Anm.AK) zu schützen, und damit gedroht, die Evakuierung marokkanischer Truppen hart zu bekämpfen (Guardian, 11.7.). Angesichts der doppelten Besetzung Mauretaniens durch französische und marokkanische Militärberater und Truppen ein wahrer Hohn!

Ebenso wie in Marokko ist *"die Ratlosigkeit ... zumindest im Westen einer gewissen Erleichterung gewichen... Die gleichsam lautlose Eleganz (!) ... hat Eindruck gemacht"* (SZ, 12.7.). Die Frente Polisario verkündete am 13.7. eine Feuerpause auf mauretanischem Gebiet, um dem neuen Regime in Mauretanien Gelegenheit zu geben, *"die verbrecherische Politik seines abgesetzten Führers zu revidieren"* (SZ, 14.7.). Ein Sprecher hatte die Meldung vom Putsch als "gute Nachricht" kommentiert, doch sich hinsichtlich eines möglichen Kurswechsels zurückhaltend geäußert. *"Alles liegt in den Händen des mauretanischen Volkes. Mauretanien hat zu entscheiden, ob es brüderliche Beziehungen zum Volk der Saharauis ... herstellen will"* (FR, 11.7.). Mit ihrer Zurückhaltung versucht die Frente Polisario, die Allianz Mauretaniens mit Marokko aufzubrechen und die Differenzen Mauretaniens mit Marokko auf einen Kampf gegen Marokko statt gegen die Polisario hinzuführen. Zu den Differenzen kommen wir später noch.

Die algerische Regierung äußerte sich sehr zurückhaltend und vorsichtig. Als erstes wurde die Hoffnung ausgedrückt, daß das Militärkomitee eine "Politik der nationalen Unabhängigkeit" machen und den Abzug der marokkanischen Truppen fordern würde. Für positiv wurde gehalten, daß die Unbeliebtheit des Ould Daddah-Regimes und die Bedeutung des Westsahara-Krieges für den Staatsbankrott in Mauretanien in der internationalen Öffentlichkeit deutlich werden würde. Z.B. könne die OAU auf ihrer Tagung das Sahara-Problem kaum umgehen ("LM", 12.7.).

Interessant sind die Stellungnahmen der französischen Presse. Die trotzkistische "Rouge" meint, es sei paradox zu glauben, daß Frankreich und Marokko *"beim Sturz*

sei paradox zu glauben, daß Frankreich und Marokko *"beim Sturz*

Ould Daddahs passiv gewesen seien". "Liberation" schreibt, daß man in Paris und Rabat auf dem Laufenden war über die Vorbereitung des Putsches, der *"mittelfristig zu einer friedlichen Lösung (?) des saharauischen Konflikts führen könnte"*. .

Für die reaktionäre Zeitung "l'Aurore" ist die Sache klar: Salek ist derjenige, der die Polisario in die "Niederlage" führen wird, seine "Festigkeit" sei "legendär", während Ould Daddah seinerseits unfähig war, *"dem algerisch-saharauischen Aggressor eine entscheidende Niederlage beizubringen. Wenn man sich vorstellte, welche dramatischen Umwälzungen ein Putsch mit algerisch-libyscher Ausrichtung auf dem schwarzen Kontinent hervorgerufen hätte, wobei Marokko im Rücken gefaßt würde und die mit Moskau verbündete islamisch-fortschrittliche Gesinnung bis an die Pforten von Dakar und Bamako eingeführt würde, atmet man auf bei der Nachricht, daß der neue starke Mann von Nouakchott daranzugehen scheint, Mauretanien zu stärken und fester an die westliche Welt anzubinden"* (nach „LM", 12.7.).

Totaler Staatsbankrott machte Putsch leicht

1958 wurde Mauretanien, eine französische Kolonie, angesichts des algerischen nationalen Befreiungskampfes die Autonomie und 1960 die Unabhängigkeit zugesprochen. Mokhtar Ould Daddah wurde 1958 von der französischen Regierung eingesetzt! Für die mauretanische Bevölkerung änderte sich auch nach der Unabhängigkeit trotz reicher Bodenschätze an der Armut nichts. Die 3000 Arbeiter der staatlichen MIFERMA (ein ausländisches Stahlkonsortium) wurden sechsmal niedriger bezahlt als ihre ausländischen Kollegen und mußten in Elendsquartieren leben. 1968 gab es den ersten Streik gegen die MIFERMA in Zouerate. Mit mauretanischem Militär wurde der Streik blutig niedergeschlagen, was in der weiteren Entwicklung zu einer Radikalisierung der Arbeiter führte. Es entstand die illegale Oppusitionspartei "Nationale Demokratische Bewegung",MND, aus der sich später die marxistisch – leninistische "Partei der Arbeiterklasse Mauretaniens", die Kadihine, entwickelte, die wachsenden Einfluß unter der Arbeiterschaft und in der staatlichen Gewerkschaft gewann.

Die mauretanische Regierung versuchte erst, durch Repression mit den Unruhen fertig zu werden, bis sie schließlich gezwungen war,eine politische "Lösung" zu suchen. Dabei erschien die "Mauretanisierung" als notwendige Alternative. Aufgrund des Drucks und der Forderung nach der Bekämpfung des Imperialismus scherte Mauretanien 1972 aus der Franc–Zone aus und führte eine Nationale Währung und eine Zentralbank ein. 1973 wurde die Kupfergesellschaft SOMIMA verstaatlicht, 1974 die MIFERMA, die in die nationale Investitionsgesellschaft SNIM eingegliedert wurde. Die MIFERMA bildet praktisch einen Staat im Staat; die jährlichen Investitionen betrugen ca. das Doppelte des mauretanischen Staatshaushalts. Auf einem Parteikongreß der Staatspartei wurde 1975 ein 5–Punkte–Programm der Oppositionspartei Kadihine angenommen, das eine Amnestie für alle politischen Gefangenen, Nationalisierung und ökonomische Unabhängigkeit, Rechte der nationalen Minderheiten und die Aufhebung der Sklaverei, eine Agrarreform und die aktive Untersstützung für das Selbstbestimmungsrecht des Saharauischen Volkes enthielt. Damit erreichte die Regierung „daß die Mehrheit der Kadihine in die Staatspartei eintrat, obwohl eine Minderheit gegen die Integration war, wobei sie das Regime als ein Bündnis von Feudalkräften, Kompradorenbourgeoisie und aus der Kolonialzeit ererbter Bürokratie charakterisierte, das einfach Zugeständnisse machen mußte.





Französische „Paras" in Mauretanien

Französische „Paras" in Mauretanien

1973 wurde bereits das Verteidigungsabkommen mit Frankreich gekündigt und die Mauretanische Regierung hat sich gegen die Einbindung in die französische Außenpolitik gewehrt, indem sie die französisch–afrikanischen Konferenzen boykottierte. Aufgrund der totalen Abhängigkeit von französischer Wirtschafts- und vor allem Waffenhilfe

Abhängigkeit von französischer Wirtschafts- und vor allem Waffenhilfe

hat Mauretanien jetzt, 1978, an der Konferenz teilgenommen. In den Zeiten der guten Kontakte zu Algerien und der Loslösung von Frankreich wurde auch Oberst Ould Salek von seinem Posten enthoben. Während der ganzen Jahre waren die mauretanischen Beziehungen zu Algerien wesentlich besser als die zu Frankreich und zu Marokko, dessen Regime erst 1969 Mauretanien als Staat anerkannt und seinen Anspruch auf das mauretanische Territorium ("Großmarokkanisches Reich" bis zum Senegal) verbal aufgegeben hat. Unter dieser ständigen Bedrohung durch eine mögliche Annektion, besonders, wenn Marokko die ganze Westsahara besetzt hätte, angesichts einer eigenen Armee von 1700 bis 3000 Mann, hat Mauretanien 1975 der Aufteilung der Sahara zugestimmt und Marokko auch den Löwenanteil überlassen. Anders ist das total ungleichberechtigte Abkommen auch gar nicht zu verstehen. Marokko hat die größten Städte El Aioun, Smara und die wichtige Hafenstadt Dakhla (früher Villa Cisneros) und vor allem die Phosphatminen von Bou–Craa bekommen,deren Ausbeutung allerdings vom Abkommen her gemeinsam vorgenommen werden sollte. Mauretanien erhielt 90.000 qkm Wüste und Felsen, das von der Bevölkerung verlassen worden war und für dessen Verwaltung Mauretanien bisher viel Geld aufbringen mußte.

Was die Mauretanische Regierung bei ihrem Schritt scheinbar als kein so erhebliches Problem eingeschätzt hat und was auch der marokkanischen Regierung stark zu schaffen macht, ist der Widerstand der Saharauis, nicht nur im Gebiet der Westsahara, sondern auch in Mauretanien und Marokko selbst. Inzwischen hat die Frente Polisario mehrfach die Berkwerkstadt Zouerate angegriffen und ist sogar bis zur Hauptstadt Nouakchott vorgedrungen, was darauf schließen läßt, daß die Saharauis eine Unterstützung in Teilen der mauretanischen Bevölkerung haben. Gerade Arbeiter von Zouerate haben sich der Frente Polisario angeschlossen; am 22.3.78 hat sich der mauretanische Vize–Konsul in Las Palmas (Kanarische Inseln) mit seiner gesamten Familie der Polisario angeschlossen; vor ihm waren der Verantwortliche des mauretanischen Sicherheitsdienstes in der Region Bir–Moghrein am 20.5.76 und der Industriedirektor im Industrie - und Bergwerksministerium am 8.4.77 zur Polisario übergegangen bzw. hatten in Algerien um politisches Asyl nachgesucht (Le Monde, 10.3.77; El Moudjahid, 26.6.76 u. 30.3.78). Die Kriegssituation hat in Mauretanien

Fortsetzung Seite 41



Die Slums von Nouakchott

Fortsetzung von Seite 40

zum Staatsbankrott geführt. 1976 wurden 60% des Staatshaushaltes für Militärzwecke ausgegeben. Das Militär wurde von 1975 bis 76 von 3000 auf 9000, von 1976 bis 77 auf 12.000 Mann aufgestockt. Zusammen mit paramilitärischen Einheiten umfaßt die Armee heute 17.000 Mann ("LM",12.7.). Das Geld das Mauretanien seit 1976 von den reaktionären Staaten Saudi–Arabien, Abu Dhabi und Kuweit erhält, wird fast vollständig für Militärausgaben gebraucht; andere Importe kann Mauretanien kaum bezahlen. Die schwierige Wirtschaftslage hat sich u.a. auch dadurch ergeben, daß die Preise auf dem Weltmarkt für Eisenerz stark zurückgegangen sind und Eisenerz den Hauptteil (90% des mauretanischen Exports und 30% des Staatseinkommens ausmacht.

Aufgrund einer langen Dürre Anfang der 70er Jahre hat es eine große Flucht in die Städte und Verelendung gegeben. Die Inflationsrate beträgt 30%, für bestimmte Grundnahrungsmittel noch mehr. Dazu werden der Bevölkerung noch Sondersteuer für den Krieg abgenommen. Um die wirtschaftliche Situation zu verbessern , hat die mauretanische Regierung angefangen, die verstaatlichten Gesellschaften zu 49% wieder ausländischem Kapital zu öffnen. Dies wurde von den Internationalen Gläubigern (USA,Frankreich, Europäischer Währungsfonds, Weltbank) zur Bedingung für weitere Hilfe gemacht (afrique Asie, 15.5.78) Doch neben der totalen wirtschaftlichen Abhängigkeit hat sich Mauretanien im Verlauf des Krieges militärisch stark von Marokko und Frankreich abhängig gemacht. Zur Unterstützung der mauretanischen Armee kamen 9000 marokkanische Soldaten. Die mauretanische Armee wird praktisch von marokkanischen Beratern befehligt. Marokkanische Truppen wurden nicht nur in Zouerate, Nouadhibou, und Akar stationiert, sondern auch in Akjouj (wo die Ausbeutung von 27 Millionen t Kupfer erst begonnen hat) und Bou–Naga, die bishernie von der Polisario bedroht wurden! Inzwischen sind mindestens 60 Offiziere und Unteroffiziere der französischen Interventionstruppen von Dakar (Senegal) in Mauretanien dazu 3000 Soldaten. Ebenso wie in Zaire hat Frankreich den Einsatz seiner Militärs in Mauretanien damit gerechtfertigt, französische Staatsbürger in Mauretanien zu sichern. Gegen die wachsende Rolle marokkanischer Militärs hat es in Mauretanien schon mehrfach Protest gegeben, entweder in Form von antimarokkanischen Demonstrationen in mehreren mauretanischen Städten oder auch durch Auseinandersetzungen zwischen mauretanischen und marokkanischen Truppen („AA". 20.2.78).

Um Unruhen in der mauretanischen Armee zu begegnen, hat Mokhtar Ould Daddah mehrfach Umbesetzungen vorgenommen und schließlich auch 2 Militärs in die Regierung mit aufgenommen. Daß er erkannt hat, wie wacklig sein Präsidentenstuhl ist, wird daran deutlich, daß er starke Sicherheitsvorkehrungen für den Präsidentensitz vornehmen ließ und nicht einmal der Polizei erlaubt war, sich dem Präsidentenpalast ohne besonderen Auftrag zu nähern ("AA".15.5.78). Doch mit ihren letzten Maßnahmen hat die Regierung praktisch immer mehr auf eine Situation hingearbeitet, in der der Armee der Putsch nicht schwerfiel. In wessen Interesse er letztlich durchgeführt wurde, wird sich in nächster Zukunft zeigen.

Nahost–Kommission
Afrika–Kommission

Heftige Kämpfe in Eritrea

Die gegenwärtige OAU-Konferenz in Khartum (Sudan) fällt mit einer neuen Offensive der äthiopischen Streitkräfte in Eritrea zusammen. In Khartum selbst wurden die Büros der EPLF und der ELF geschlossen. eine Konzession an die Tatsache, daß der eritreische Befreiungskampf nicht von der OAU anerkannt wird, sondern als „innere Angelegenheit Äthiopiens" gilt...

An drei Stellen versuchen gegenwärtig die äthiopischen Truppen, nach Eritrea vorzustoßen. Der Regen und der erbitterte Widerstand der eritreischen Befreiungskämpfer hat die äthiopischen Truppen nur wenige Kilometer Boden gewinnen lassen. Die Verluste der äthiopischen Truppen, vor allem unter der miserabel ausgerüsteten Miliz sind erheblich. Im zweitägigen Kampf im Nordosten von Asmara und im Süden der Provinz Tigre sind zwei Vorstöße der Regierungstruppen gestoppt und 2.000 Soldaten getötet worden. Bei Gegenangriffen hat die EPLF Asmara vorgelagerte Dörfer erobert, darunter die Verteilerzentrale für die Wasser- und Elektrizitätsversorgung von Asmara. Asmara selbst wird als eine der letzten eritreischen Städte noch von äthiopischen Truppen kontrolliert. In der Stadt sind zwischen 35.000 und 50.000 äthiopische Soldaten stationiert. Um Asmara haben die eritreischen Befreiungsstreitkräfte einen Belagerungsring geschlossen, der die äthiopischen Truppen seit Monaten wie ein „Gummiband" umschließt. Die Ausbruchsversuche der äthiopischen Truppen sind bislang gescheitert, obwohl sie mit ständigem Bombardement alle Dörfer und Siedlungen um Asmara dem Erdboden gleichgemacht haben („Guardian", 14.7.78).

Heftige Kämpfe toben ebenfalls in der Hafenstadt Massaua. Hier hat sich die äthiopische Armee auf die der Stadt vorgelagerte Halbinsel zurückgezogen; die Stadt selbst wird von den eritreischen Befreiungsstreitkräften kontrolliert. Mit Luft- und Schiffsbombardements versuchen auch hier die äthiopischen Truppen, den Kessel zu durchbrechen. Die Vorstädte von Massaua sind inzwischen weitgehend zerstört. Äthiopische Truppenverstärkungen werden mit Schiffen und Flugzeugen herbeigeschafft; sie versuchen durch die Eroberung einer Brücke vom Marinestützpunkt nach Massaua hinein zu gelangen.

Ein weiterer Schauplatz heftiger Kämpfe ist die zwischen Asmara und Massaua gelegene Stadt Adi Caieh, die ebenfalls an der strategisch wichtigen Straße liegt, die Addis Abeba mit Asmara und Massaua verbindet, und die offensichtlich im Rahmen der gegenwärtigen Offensive freigekämpft werden soll. Adi Caieh ist weitgehend von den eritreischen Truppen befreit worden. Der Angriff von 15.000 äthiopischen Soldaten konnte vorerst abgeschlagen werden. Ein anderes Ziel der äthiopischen Truppen ist die besetzte Stadt Om Hager an der sudanesischen Grenze. Die äthiopischen Truppen haben den vor der Stadt befindlichen Fluß überquert und liefern sich gegenwärtig schwere Kämpfe mit den eritreischen Besetzern in der Stadt. Die äthiopischen Vorstöße erfolgen mit Flugzeugen, Raketen und Panzern.

Cubanische Truppen haben in die Kämpfe selbst nicht eingegriffen, sind aber nach Angaben der EPLF in Nachschubbereichen tätig („FAZ", 19.7.78) und haben wichtige Flugfelder in Makale und der Halbinsel vor Massaua angelegt. Von hier aus erhalten die äthiopischen Truppen Luftunterstützung während ihrer Offensive.

Die jüngsten militärischen Aktivitäten des reaktionären DERG-Regimes gegen den eritreischen Befreiungskampf signalisieren, daß in Addis Abeba gegenwärtig nicht an eine „politische Lösung" des Konflikts gedacht wird. Verhandlungsangebote der EPLF und der ELF wurden von Addis Abeba rundheraus abgelehnt. Das DERG-Regime scheint seine Hoffnungen auf einen militärischen Sieg in Eritrea immer noch nicht begraben zu haben. Offen ist dabei, wieweit die Bündnispartner Sowjetunion und Cuba bereit sind, diesen Weg bis zum bitteren Ende mitzugehen. Bereits heute ist vor allem für Cuba sein Engagement in Eritrea zu einer erheblichen außenpolitischen Belastung geworden.

Afrika-Kommission

Zwei Methoden, den äthiopischen DERG zu beschönigen

Als die Juni-Ausgabe des „3.Welt-Magazins" auf dem Tisch der Afrika-Kommission lag, machten wir erstaunte Gesichter. Das renommierte antiimperialistische Magazin brachte in einem Spezialteil („Äthiopien – die Revolution der Militärs") eine in dieser Form bislang ungekannte penetrante Beweihräucherung des DERG-Regimes, garniert mit widerwärtigen Ausfällen gegen den eritreischen Befreiungskampf. Sowohl in der politischen Ausrichtung als auch im dürftigen Niveau waren uns solche „Analysen" eher aus dem revisionistischen Umfeld bekannt, bzw. von äthiopischen Studenten, die hier in der BRD für den DERG propagandistisch tätig sind. Nun, das Rätsel löste sich, als wir uns die Verfasser näher anschauten: Brigitta Benzing-Georgis, Kahsai Wolde Georgis und Michael Stötzel. Kahsai Wolde Georgis nämlich hatte in den DKP-eigenen „Blättern für deutsche und internationale Politik" (4/78) nur zwei Monate vorher einen Jubelhymnus zugunsten des DERG placiert, der in weiten Passagen i d e n t i s c h mit dem Aufsatz im „3.Welt-Magazin" ist. Allerdings war er nicht vollständig, eine Fortsetzung (Eritrea, Demokratisierungsprozeß, Gewerkschaften u.a.) wurde von den „Blättern" für Juni 78 angekündigt. Statt in den „Blättern" erschien dann der gesamte Aufsatz im „3.Welt-Magazin"...

Besondere Aufmerksamkeit verdient die Tatsache, daß die Redaktion des „3.Welt-Magazins" und der DERG-Propagandist Kahsai Wolde Georgis n i c h t die plumpe revisionistische Version der „Blätter" unverändert übernehmen, da der Leserkreis des „3.Welt-Magazins" weit in die nichtrevisionistische, antiimperialistische Linke hineinreicht. Man entschloß sich zu einer Überarbeitung und setzte zu diesem Zweck Michael Stötzel von der DKP-nahen „Rheinischen Zeitung" ins Verfasserkollektiv. Stötzels Aufgabe bestand erkennbar darin, eine abgemilderte und differenziertere Version zu produzieren, die die „objektiven Schwierigkeiten" des DERG-Regimes mehr in den Vordergrund stellt, um auf diesem Weg die blutige Repression in Äthiopien zu legitimieren. Die Chefredaktion des „3.Welt-Magazins" mutet ihren Lesern schon ein arg zynisches Umspringen mit der antiimperialistischen Berichterstattung zu!

Im folgenden wollen wir einige U n t e r s c h i e d e zwischen der Version der ‚Blätter' und des „3.Welt-Magazins" herausarbeiten, denn es erscheint uns so lehrreich wie reizvoll, einmal darzustellen, wie der antiimperialistische Leser für dumm verkauft werden soll und mit welch unterschiedlichen Methoden der DERG zum revolutionären Motor hochstilisiert wird.

Im Grunde genommen beschreibt der Vorgang nur revisionistisches Alltagsgeschäft mit sogenannten „unabhängigen" Zeitungen und Organisationen wie etwa der „tat", „Volkszeitung", der DFU, dem VVN oder dem SHB. Diese von DKP-Kadern geleiteten Organe übernehmen speziell bei besonders widerlichen Erscheinungen revisionistischer Politik (Biermann, Bahro) den Part der „kritisch distanzierten" Erklärung gegenüber dem Umfeld der DKP.

In diesem speziellen Fall ist lediglich insofern eine Panne passiert, als der g l e i c h e Autor bei der DKP den DERG 100%ig bejubelt, während er seinen Aufsatz für die antiimperialistische Leserschaft des „3.Welt-Magazins" umarbeitet. Wenn solche Schlampereien einreißen, dann erleben wir eines Tages noch Herbert Mies in der Konkret mit dem Aufsatz „Ich wähle DKP – trotz alledem..."

Gleiche „Klassenanalyse"

In einer nahezu wortidentischen „Klassenanalyse" des vorrevolutionären Äthiopien werden von beiden Zeitungen die Weichen dafür gestellt, dem DERG eine gesellschaftlich progressive Funktion unterzujubeln, denn im Militär (das übrigens im DERG wie demokratisch repräsentiert war und ist) hätten sich zahlreiche Angehörige der unteren Gesellschaftsschichten befunden. So kommen die „Blätter" schlicht zu der Folgerung, *„daß das Militär sich in der Folgezeit als die Kraft erwies, die die revolutionären Forderungen des Volkes durchsetzen konnte".* Dagegen formuliert das „3.WM" vorsichtig, *„ihr Anteil* (Militär und Kirche – Anm.AK) *am Erstarken der Forderung nach gesellschaftlichem Wandel durch die ‚Propaganda des Faktischen' ist jedoch nicht zu unterschätzen!"*

Besonders „raffiniert" werden von beiden Zeitschriften die blutigen Machtkämpfe im DERG interpretiert. Gemäß revisionistischem Muster, die jeweilige Siegerfraktion in den höchsten Tönen zu loben und die Unterlegenen zu diffamieren (die vordem bejubelt worden waren), unterscheiden sowohl die „Blätter" wie auch das „3.WM" in ihrer weitgehend identischen „Analyse" zwischen einer „reformistischen Phase" (General Andom), einer „national-revolutionären Phase" (T. Bente) und einer „radikal-revolutionären Phase" (Mengistu). Die jüngste Ausschaltung des zweiten Vorsitzenden des DERG, A. Abate, schließlich wird als „Homogenisierung des DERG" positiv bewertet („Blätter").

General Andom, der wesentlich an der Fortsetzung der Unterdrückung des eritreischen Befreiungskampfes beteiligt war und der parallel zu einigen Scheinreformen alle Streiks und Demonstrationen in Äthiopien verbot, wird von b e i d e n Gazetten Eebenfalls hochgelobt werden von beiden Zeitschriften die Reformen unter den nachfolgenden T. Bente (natürlich fällt unter den Tisch, daß der Krieg gegen Eritrea unter seiner Herrschaft verstärkt wurde). So gilt das reaktionäre neue Arbeitsrecht (vgl. AK 101), daß die Arbeiter auf Friedenspflicht und Gemeinwohl verpflichtet, als *„Bestimmung ... des Schutzes der Arbeiter"* („3.WM"). Verschwiegen wird auch, daß der Vetter des Feudalfaschisten Haile Selassi, Imru, im März 1975 zum politischen Berater T. Bentes ernannt worden war („NZZ", 6.3.75) und die personelle Kontinuität des Feudalregimes präsentierte. Differenzen zwischen beiden Zeitschriften gibt es allein in der Einschätzung der Ursache des plötzlichen „Reformeifers" des DERG. Für die „Blätter" gibt es nur die totale Harmonie zwischen Volk und DERG: *„Daß ökonomische und politische Maßnahmen, die weit über eine Zerstörung der Feudalstrukturen hinausreichen, vom DERG ausgehen konnten, ist nur zu verstehen auf dem Hintergrund der Begeisterungsfähigkeit (!) der Bevölkerung, des Drucks, welcher von einem Teil der Intellektuellen ausging und aufgrund der sozialen Herkunft und Orientierung der meisten DERG-Mitglieder der."* („Blätter") Das „3.WM" hütet sich, solch primitive Erklärungsmuster nachzubeten und deutet -- den Informationsstand seiner Leser berücksichtigend – an, daß die Reformen auf dem Land oft genug g e g e n den DERG durchgekämpft werden mußten: *„Oft genug legalisierte der DERG mit seiner Gesetzgebung nur im Nachhinein Realitäten, die die Bauern, die Arbeiter, die Studenten von sich aus schon geschaffen hatten"* („3. WM").

Über die „radikal-revolutionäre Phase" schließlich behaupten die „Blätter" dreist: *„Dieses Programm stellt den einzuschlagenen politischen Kurs auf die GRundlage des wissenschaftlichen Sozialismus"*; während das „3.WM" auch hier zurückhaltender schreibt (bei sonst gleicher Einschätzung): *„Das Programm bemühte (!) sich darum, den einzuschlagenden politischen Kurs vom wissenschaftlichen Sozialismus her zu bestimmen!"* Gravierend unterschiedlich ist die Behandlung der äthiopischen Linken (EPRP) in beiden Zeitschriften. Ohne die EPRP beim Namen zu nennen, poltert das „3.WM" folgendermaßen gegen die Forderung der EPRP nach einer revolutionären Volksdemokratie: *„Während ein Teil des politisch aktiven Kleinbürgertums für die Etablierung einer ‚modernen' bürgerlichen Ordnung kämpfte, für demokratische Freiheiten gemäß westlichem Verständnis, eine Zivilregierung forderte und die Militärregierung als ‚faschistisch' brandmarkte, setzte sich ein anderer Teil der Kleinbourgeoisie für die Organisierung und Bewaffnung der Arbeiter und Bauern zur Verteidigung der revolutionären Errungenschaften ein".*

Die Einschätzung von Aman Andom wird in beiden Zeitschriften wie folgt eingeschätzt: *„Weil Aman Andom eine der wenigen integren Persönlichkeiten unter Haile Selassies Regierung gewesen war, war die Begeisterung über seine Ernennung, sowohl im Militär als auch im Volk, groß"* („Blätter" und fast gleichlautend in „3.WM").

(gemeint sind die pro-DERG-Intellektuellen der Meison). Nun, besser kann man die tatsächliche Lage gar nicht auf den Kopf stellen, denn die Zerschlagung des linken Gewerkschaftsverbandes, Streikverbot, das neue Arbeitsrecht und vor allem die blutige Ausmerzung zahlreicher revolutionärer Kader belegen eine K o n t r o l l e gesellschaftlicher Veränderungen in Äthiopien durch den DERG, der alle w e i t e r g e h e n d e n Forderungen nach einer Beteiligung der Arbeiter- und Bauerorganisationen an der Macht mit äußerster Brutalität unterdrückt. Gemessen an der „wissenschaftlich" klingenden Demagogie des „3.WM" legen sich die „Blätter" keinerlei Hemmungen auf:

„Linksradikale und pseudorevolutionäre Parolen" werden der EPRP attestiert, die *„trotz sozialistischer Parolen, eine liberalpluralistische Gesellschaftsordnung instituieren"* wolle, in Form einer *„provisorischen Zivilregierung unter studentischer Beteiligung"*, mit der sie sich *„zu Funktionären des Volkswillens aufschwingen"* wollen.

Beide Zeitschriften verschweigen natürlich, daß die Forderung der EPRP und des linken – verbotenen – Gewerkschaftsverbandes CELU durchaus eine Massenbasis hatte. Die Ausschaltung T. Bentes z.B. war begleitet von riesigen Demonstrationen, wobei große Teile von Demonstranten dabei waren, die **„auf Plakaten, Flugblättern und in Sprechchören das Revolutionskomitee DERG verurteilten und die Etablierung einer zivilen V olksdemokratie gefordert "hatten** („NZZ", 5.2.77).

Besonders widerlich nehmen sich die Rechtfertigungsversuche des „3. WM" gegenüber dem blutigen Terror des DERG aus (auf den die „Blätter" verzichten können, weil es für sie und ihre Leser keine Repression in Äthiopien zu geben scheint):

„Die Revolution in Äthiopien ist von einer kleinen Gruppe radikaler Offiziere betrieben worden, nicht von einer verankerten revolutionären Partei. Der DERG praktiziert eine Erziehungsdiktatur (oh Gott, wenn der Begriff Mode macht! – Anm. Afrika-Komm.). **Die Ausbildungs- und Politisierungskampagnen sind notwendige Vorstufen für den programmatisch fixierten Aufbau einer revolutionären Partei. Andererseits müssen jetzt schon entstandene autonome Basisorganisationen notgedrungen gegenüber dem Militärapparat in ihrem Entscheidungsspielraum zurücktreten (!), denn der eingeschlagene Entwicklungsprozeß bedarf in seiner fast zwangsläufigen Labilität jetzt und in absehbarer Zukunft militärischer Gewalt zur Absicherung. ... Der DERG hat bisher als revolutionäre Staatsmacht gehandelt."**

„3.Welt-Magazin" propagiert die Niederschlagung der eritreischen Revolution!

Wohl der traurige Höhepunkt der Rechtfertigung konterrevolutionärer sowjetischer Machtpolitik in Äthiopien durch das „3.WM" ist der schäbige Verrat der eritreischen Revolution (kürzlich hatte das „3.WM" noch einen Reisebericht aus den Lagern der EPLF gebracht):

„In der Behandlungdes Eritrea-Problems dürften Fehler vorgekommen sein, das ändert nichts (natürlich n i c h t s !) daran, daß die eritreischen Bewegungen in ihrem Kampf gegen den DERG objektiv auf der Seite der Gegenrevolution stehen, zumindest derzeit noch die stärksten Bataillone stellen, daß die EPLF in ihrem Kampf die Fronten gewechselt hat und ihre eigenen Ziele verrät (??!). Die Gewalt, mit der die Truppen des DERG jetzt gegen die eritreischen Bewegungen vorgehen und die vornehmlich die Landbevölkerung trifft, mag teilweise die Konsequenz taktischer Fehler zu einem Zeitpunkt, als beide (?) Seiten noch verhandlungsbereit waren, sein. In jedem Fall ist sie bittere Notwendigkeit geworden, denn die Revolution als ganzes steht auf dem Spiel."

Sehr gut wird an diesem Zitat das „ja, aber" des „3.WM" deutlich, daß scheinbar die linke Kritik am DERG berücksichtigt, um in der Konsequenz voll und ganz dessen konterrevolutionäre Position einzunehmen und zu bestätigen:

„Das revolutionäre Äthiopien kämpft so in Eritrea mit dem Rücken zur Wand mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln, denn es geht um seine Existenz." Denn ein unabhängiges Eritrea würde *„einen imperialistischen Brückenkopf darstellen."* Dies ist die platte Übernahme revisionistischer Hetze gegen die EPLF, die als antiimperialistische Kraft sich sowohl gegen die arabische Reaktion, und den Imperialismus, als auch gegen den DERG und die sowjetische Machtpolitik behaupten muß und die sich daher in einer relativ schwierigen Situation befindet. Umso niederträchtiger ist es, mit derart primitiven Hymnen auf den DERG das Unanhängigkeitsstreben des eritreischen Volkes mit den Füßen zu treten.

Die DERG-Befürworter und die Revisionisten haben mit diesem Elaborat im „3.WM" einen „Coup' landen können. Schade: Daß „3. Welt-Magazin" ist heute nicht mehr als konsequent antiimperialistische Zeitschrift zu akzeptieren!

Afrika-Kommission



asien



Der Chauvinismus einer Großmacht?

Wir geben im Folgenden einen Text von Wilfried Borchett, einem Freund der chinesischen und vietnamesischen Revolution wieder, den wir aus der „Afrique Asie" vom 10.Juli 1978 übersetzt haben. Borchett nimmt darin zum Problem der Hoas in Vietnam Stellung. Für interessant halten wir u.a. den Vergleich antikapitalistischer Maßnahmen vor 25 Jahren in der VR China mit denen, die in Vietnam heute den Sozialismus möglich machen sollen.

Asien-Australien-Kommission

„Pekings Ankündigung im letzten Mai, daß es Schiffe nach Vietnam entsenden werde, um *‚verfolgte chinesische Bürger zurückzuholen'* und die anti-vietnamesische Kampagne, die dieser Ankündigung vorausgegangen war, zeigen besonders deutlich den fast masochistischen Eifer, mit dem sich China von der fortschrittlichen Welt isoliert.

Diejenigen, die wie wir am 25.Oktober 1971 in den Vereinten Nationen dabei waren, als China nach einem überwältigenden Votum zu seinen Gunsten dort seinen legitimen Platz einnahm, werden niemals die Begeisterung ohnegleichen vergessen, die das seinerzeit in den Ländern der 3.Welt hervorrief. Das Fieber ist nun abgekühlt.

Wegen seiner Unterstützung des faschistischen Regimes von Pinochet hat China den Respekt aller fortschrittlichen Kräfte Lateinamerikas verloren. Es hat die Unterstützung derselben Kräfte in Afrika verloren, als es in Angola den Agenten des CIA, Holden Roberto und Jonas Savimbi, gegen die patriotischen Kräfte der MPLA zur Seite sprang und schließlich, als es das korrupte und barbarische Regime von Mobutu in Zaire verteidigte.

Jetzt, wo China Streit mit Vietnam sucht und zur Kanonenbootpolitik des 19.Jahrhunderts greift, riskiert es, die Unterstützung der fortschrittlichen Welt völlig zu verlieren.

Das Problem der Auslandschinesen ist eine lange und komplizierte Angelegenheit. Aber die Art und Weise, in der sie von Peking angepackt worden ist, zeigt eine falsche Herangehensweise an die Situation dieser Millionen von Bürgern, die – aus den verschiedensten Gründen – China verlassen und sich in den Nachbarländern niedergelassen haben.

Die feudalen Machthaber und später die Kuomintang hatten immer darauf bestanden, daß diese soweit wie möglich die chinesische Staatsbürgerschaft behielten. Die Regierung von Tchang Kai-Chek ging noch weiter mit ihrer Vorschrift, daß alle Bewohner chinesischer Herkunft in stark strukturierten und disziplinierten Einrichtungen zu organisieren seien.

Man hatte gedacht, daß der 22.April 1955 in Djakarta einen großen Schritt voran in dieser Sache darstellte, als der chinesische Ministerpräsident und gleichzeitige Außenminister Tschou En Lai – unmittelbar nach der historischen Konferenz der afro-asiatischen Staaten von Bandung – mit dem indonesischen Außenminister Dr. Sunarja einen Vertrag unterzeichnete. Es handelt sich um einen Text, der den Status von 250.000 Indonesiern chinesischer Herkunft behandelt und der vier Punkte enthielt:

1. Jede Person mit doppelter Nationalität, die älter als 18 Jahre ist, eingeschlossen die verheirateten Frauen, sollten sich im Zeitraum von zwei Jahren für eine der beiden Staatsangehörigkeiten entscheiden.
2. Die Kinder bekommen ausdrücklich die Staatsangehörigkeit ihres Vaters, können jedoch im Alter von 18 Jahren selber entscheiden.
3. Die Nationalität wird von Heirat nicht beeinträchtigt, außer wenn einer der beiden Ehepartner die Staatsangehörigkeit des anderen wählt.
4. Diejenigen, die die chinesische Staatsangehörigkeit gewählt haben, können ausgewiesen werden, wenn ihre Anwesenheit unerwünscht ist. diejenigen, die sich für die indonesische Staatsangehörigkeit entschieden haben, können nicht mehr auf den möglichen Schutz der chinesischen Regierung bauen.

Ich war bei der Unterzeichnung dieses Abkommens anwesend, und ich erinnere mich noch sehr genau an das, was Tschou En Lai am Schluß dieser Zeremonie erklärte. Er hatte unterstrichen, daß er sehr genau wisse, daß viele Länder in Süd-Ostasien denselben Problemen gegenüberstünden und daß er hoffe, daß die Chinesen in diesen Ländern denselben Weg gingen *‚und ihr Verantwortungsbewußtsein gegenüber den Ländern, deren Nationalität sie gewählt haben, verstärken'*. Das war die Geste eines Staatsmannes und wurde damals sehr breit begrüßt als in voller Übereinstimmung mit den berühmten fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz, die auf der Bandung-Konferenz angenommen worden waren.

Im selben Jahr unterzeichnete China ein ähnliches Abkommen mit der demokratischen Volksrepublik Vietnam, das – wie unter sozialistischen Staaten üblich – sehr viel weiter ging, was den Schutz der Rechte der jeweiligen Auslandschinesen bzw. -vietnamesen bei gleichzeitiger Anerkennung der gegenseitigen Souveränität anging. Das Abkommen enthielt eine offizielle Ermutigung an die Betroffenen, die Nationalität des Landes, in dem sie lebten, anzunehmen, damit sie so in den Genuß staatsbürgerlicher Rechte kämen, einschließlich des Wahlrechts und dem Recht, Posten in der staatlichen Verwaltung zu übernehmen. In der Praxis hatten die Betroffenen sechs Monate Zeit, um sich zu entscheiden. Und im Januar 1961 einigten sich die nordvietnamesische Regierung und China nach einer entsprechenden chinesischen Initiative darauf, daß die chinesische Botschaft in Hanoi in Zukunft keine Ausweise mehr an Hoas (= vietnamesische Bezeichnung für Bewohner chinesischer Herkunft) ausgeben würde. Von da ab konnten Interessenten für Familien- oder andere Besuche in China entsprechende Anfragen zwar an die chinesische Botschaft richten, die ihnen jedoch nur ‚Dokumente für Touristen-Reisen' nach China aushändigte.

In Südvietnam hatte der größte Teil der dort lebenden Chinesen den Status von ‚Vietnamesen chinesischer Herkunft' annehmen müssen, was ohne Zweifel unter dem Druck des offen rassistischen Regimes von Hgo Dinh Diem geschehen war. Nur eine kleine Minderheit von Kompradoren-Kaufleuten hatte den Preis für die Beibehaltung der Staatsbürgerschaft eines Taiwan-Chinesen bezahlen können.

Diese Chinesen in Südvietnam stellten einen Sonderfall dar. Sie waren aus Südchina in die Gegen von Saigon ausgewandert gegen Ende des 17. Jahrhunderts, zu einem Zeitpunkt, wo die Ch'ing-(Mandschou)Dynastie allmählich ihre Herrschaft in China stärkte, indem sie sich immer weiter nach Süden ausbreitete. Zu diesem Zeitpunkt ließ sich der größte Teil von ihnen in Cholon, der gegenüberliegenden Stadt von Saigon, nieder, und sie wurden dort Kaufleute. Seit dem Anfang des Jahrhunderts beherrschten sie den südvietnamesischen Markt völlig, hatten das Monopol über den Großhandel, den Transport und die Verteilung. Für die sozialistische Regierung wurde nach der Befreiung Saigons die staatliche Kontrolle über diesen Bereich des Marktes jedoch zu einer Überlebensfrage im Kampf gegen die wirtschaftliche Lähmung und den Hunger.

Ich war in der Stadt, die am 10. September 1975 auf den Namen Ho Chi-Minhs getauft wurde, als ein Gesetz verabschiedet und sofort angewandt wurde, das die Kompradorenbourgeoisie, die Hamsterer, die Spekulanten, die Schwarzhändler und andere Kriminelle derselben Art ernsthaft treffen sollte. Diese waren in ihrer Mehrheit Chinesen und zwar aufgrund ihrer sozialen Funktion und nicht wegen ihrer Rasse. Sie wurden deshalb stärker als andere von diesem Gesetz getroffen, Gesetzesmaßnahmen, die übrigens denen ähnelten, die China 25 Jahre zuvor unter denselben Bedingungen ergriffen hatte. Am selben Tag demonstrierten in Cholon zahlreiche Bürger zur Unterstützung der Maßnahmen gegen ihre früheren Ausbeuter, ob nun Vietnamesen oder Chinesen. Es gab an diesem Tag keine Hinrichtungen, wie das ein Vierteljahrhundert zuvor in Shanghai der Fall gewesen war.

Am 27.Mai dieses Jahres erinnerte eine Erklärung des Außenministeriums der Demokratischen Republik Vietnam an das Abkommen von 1955: *‚Seit mehr als 20 Jahren'*, heißt es darin, *‚hat die vietnamesische Seite beständig dieses Abkommen respektiert und es gewissenhaft angewandt. Die Hoas genießen in Vietnam dieselben Rechte wie die vietnamesischen Bürger und haben auch dieselben Pflichten ... Hingegen haben die Bürger vietnamesischer Herkunft, die in China leben, dort nur sehr eingeschränkte Rechte, die sich kaum verbessert haben, trotz der Tatsache, daß die vietnamesischen Behörden 20 Jahre lang die Aufmerksamkeit der Chinesen häufig auf diesen Sachverhalt gelenkt haben ...'*."

China - Vietnam: Die Zeichen stehen auf Sturm

Die jüngsten Ereignisse und Erklärungen der VR China im Konflikt mit Vietnam haben gezeigt, daß es hier keineswegs um die Lösung eines humanitären Problems geht. In a l l e n Fragen hat die VR China eine Politik der Eskalation des Konfliktes betrieben:

- nach dem Ingangsetzen des Massenexodus der Hoas aus Vietnam, w e i g e r t China sich, die Flüchtlinge aufzunehmen;
- sämtliche Verhandlungen über die Wiedereinbürgerung wurden aufgrund der chinesischen Haltung ergebnislos vertagt;
- erste Anzeichen für militärische Provokationen gegen Vietnam liegen auf dem Tisch;
- letztlich zeigt der völlig aus der Luft gegriffene politische Angriff auf Vietnam: *„eine der wenigen großen Militärmachte der Welt"* mit dem Traum *„Oberherr in Südostasien zu werden"* („SWB", 13.7.78), daß es um einen generellen Angriff Chinas gegen Vietnam geht: China hat der SR Vietnam den „antihegemonistischen Kampf" angesagt.

Die aktuelle Lage: Zehntausende als Manövriermasse

Die Lage der Hoa-Flüchtlinge in Vietnam hat sich in den letzten Wochen zugespitzt. Infolge des von der VR China propagandistisch geförderten Massenexodus sind die vienamesischen Häfen und Grenzorte überfüllt. *„Zur Zeit wollen Zehntausende Hoa-Menschen nach China zurückkehren, haben ihre Arbeit aufgegeben ... und warten auf den Tag ihrer Abreise..."* (so die vietnamesische Nachrichtenagentur VNA lt. „SWB", 1.7.78). Die in den Häfen wartenden Menschen werden von den chinesischen Schiffen trotz der großen Ankündigungen nicht aufgenommen – so daß sie obdachlos und arbeitslos warten. An der Landesgrenze ist der Flüchtlingsstrom zum Stillstand gekommen, denn die VR China hat die Grenzen dicht gemacht. Japanische Journalisten berichten von überfüllten Flüchtlingslagern an der Landesgrenze („SWB", 3.7.). Diese sozialen Probleme und die Enttäuschung und Wut der Hoas kann (und soll?) sich zweifellos schnell gegen die vietnamesischen Behörden wenden. Dies insbesondere, da unter den Flüchtlingen auch eine Menge erklärter Feinde der vietnamesischen Revolution sind. Hier wurde ohne Frage ein Pulverfaß in Vietnam gelegt. Aufgrund dieser Lage hat die vietnamesische Regierung weitgehende Zugeständnisse an die chinesischen Forderungen gemacht.

Verhandlungen in der Sackgasse

Vietnam legte auf der Verhandlung am 10. Juli einen neuen Vorschlag ‚zur Abwicklung der Ausreiseformalitäten vor. Der Vorschlag gibt den chinesischen Behörden nun die Möglichkeit selbst zu entscheiden, w e r ausreisebefugt ist: *„Die vietnamesische Seite schlägt auch vor, daß, wenn die chinesische Seite eine Liste mit Hoa-Menschen hat, die nach China ausreisen wollen, sie diese übergibt und die vietnamesische Seite sie umgehend berücksichtigt"* („SWB", 12.7.). Auch die chinesische Forderung nach längerer Schiffs-Liegedauer wurde akzeptiert: *„Wie auch immer, wenn die chinesische Seite glaubt, daß die drei-Tage-Grenze nicht ausreicht, wird die vietnamesische Seite diese auf vier oder fünf Tage ausdehnen"* („SWB", 12.7.). Vietnam hat außerdem eine erste Liste mit 2.250 Hoas vorgelegt, die mit den ersten beiden chinesischen Schiffen ausreisen wollen (ebenda). Trotz dieser vietnamesischen Zugeständnisse liefen die Schiffe nicht ein! China lehnte diese Vorschläge ab, und weigerte sich sogar, die Liste mit den ersten 2.250 Passagieren überhaupt zur Kenntnis zu nehmen. Vordergründig geht es der VR China um die Bezeichnung der Hoas als *„verfolgte Chinesen"* – was Vietnam natürlich ablehnt. Über diesen Weg ging nunmehr die 14. Verhandlungssitzung ergebnislos ins Land. Es ist nur allzu deutlich, daß China absolut k e i n Interesse daran hat, die Hoas aufzunehmen. Die Hoas dienen vielmehr als Manövriermasse in dem „antihegemonialen" Kalkül der chinesischen Machthaber.

„Kehrtwendung" in der chinesischen Argumentation

Während China bisher immer penetrant darauf bestanden hat, daß die Hoas Chinesen sind, die in Vietnam zwangsweise eingebürgert worden sind, wird jetzt, wo das Desaster in überfüllten Flüchtlingslagern etc. nahezu perfekt ist, genau u m g e k e h r t argumentiert. Jetzt auf einmal erklären die chinesischen Machthaber dreist, die Hoas seien keine Chinesen, sondern vietnamesische Staatsbürger und *„wie können chinesische Schiffe Menschen vietnamesischer Nationalität zurückbringen"*? („SWB", 3.7.78). Während zuerst so getan wurde, als würden die Hoas als Chinesen aufgenommen, wird heute, wo der Flüchtlingsstrom da ist, die Haltung einfach um 180 Grad gedreht. Erklärte China bislang, daß die Hoas bei ihrer Ausreise zuerst von den chinesischen Beamten abgefertigt werden müßten und die vietnamesischen Behörden dann nur noch Visa erteilen sollten, sagt China jetzt, an der Landesgrenze kommt nur noch durch, wer ein vietnamesisches Ausreisevisum besitzt („SWB", 14.7.). So ein Papier hat aufgrund der bisherigen Haltung der chinesischen Führer keiner.

Warum das alles? Die vietnamesische Seite erklärt dazu:

„Die Kehrtwendung der chinesischen Seite hat die Hoas, die nach China ausreisen wollen, enttäuscht und aufgebracht. Als Folge der Täuschung durch die chinesischen Behörden wurden zahllose Familien zerrissen, Väter und Ehemänner wurden getrennt von ihren Kindern und Ehefrauen; viele wurden gezwungen Arbeitsplatz und Geschäft aufzugeben und ihre Wohnungen und Habe zu niedrigsten Preisen zu verkaufen. Sie haben verzweifelt auf die Schiffe gewartet, die sie mitnehmen sollen – aber die chinesischen Behörden haben erklärt, daß sie nur ‚verfolgte Chinesen' zurückbringen werden ...

Es wundert einen, wie lange die chinesischen Behörden dieses Melodrama noch verlängern wollen. Es ist kristallklar, daß sie nicht beabsichtigen, die Hoa-Menschen aufzunehmen – wie sie laut erklärt hatten. Aus diesem Grunde wollen sie nicht wirklich echte Gespräche mit dem Ziel, die Hoa-Menschen schnell aufzunehmen. Tatsächlich gebrauchen sie das Problem der Hoa's zur Schaffung von Schwierigkeiten und Komplikationen in Vietnam und um die öffentliche Meinung aufzurühren ..." („SWB", 17.7.78).

Man muß sich dazu noch einmal vor Augen halten, daß die Einstellung der Hilfeleistungen für Vietnam von den chinesischen Machthabern wesentlich mit der Notwendigkeit begründet wurde, daß die Hoas in der VR China ausreichend versorgt werden müßten! ...

Vietnam – eine Supermacht?

Nach diesen ganzen Vorspielen kamen die chinesischen Führer am 11. Juli mit einem umfassenden politischen Angriff gegen Vietnam heraus, mit einer ganz eindeutigen Kampfansage. Hieß es schon am 29.6.: *„Die vietnamesischen Behörden sind den antichinesischen Weg in den v e r g a n g e n e n Jahren gegangen, um die Notwendigkeiten ihrer internen und externen Politik zu bewältigen"* („SWB", 1.7.), so ging's nun richtig rund. Wenige Stunden nachdem Kuba als *„sowjetische Katzenpfote"* („SWB", 13.7.) qualifiziert wurde, hieß es jetzt zu Vietnam:

„Der Sieg im Krieg gegen den US-Imperialismus und die großen Waffenmengen in ihrer Verfügung ist der vietnamesischen Regierung zu Kopfe gestiegen und ihren Händen gelüstet es nach mehr. Sie bezeichnen Vietnam als Großmacht in Südostasien, prahlen damit, daß Vietnam jetzt eine der wenigen Haupt-Militärmächte der Welt ist" („SWB", 13.7.). Und anstatt sich um die Notwendigkeiten des Wiederaufbaus zu kümmern, bringt Vietnam *„immer mehr Arbeitskraft, Material und finanzielle Mittel auf, setzt die großen Mengen Militärhilfe ebenso wie die Waffen- und Gerätehinterlassenschaft der USA im Wert von mehreren Milliarden Dollar instand, um ihren militärischen Aufbau voranzutreiben"* („SWB", 13.7.). Vietnam *„träumt"* davon *„der Oberherr in Südostasien zu werden und als ersten Schritt eine Indochinesische Föderation mit Vietnam als ihr Oberhaupt aufzuziehen"* („SWB", 13.7.78).

Und schließlich: *„Die expansionistischen Ziele der vietnamesischen Regierung gehen viel weiter als eine indochinesische Föderation. Ihre Ambition ist viel größer, wie deutlich an ihrer Politik gegenüber ASEAN zu sehen ist."* Vietnam wolle die ASEAN Staaten *„führen"*.

Die von den chinesischen Führern behauptete „Aufrüstung" Vietnams dient in dieser Theorie natürlich dazu, den angeblichen vietnamesischen Führungsanspruch (auch gegenüber den ASEAN-Staaten!) gewaltsam, kriegerisch durchzusetzen.

Kompletter läßt sich die Wirklichkeit wohl kaum auf den Kopf stellen: Abgesehen davon, daß Vietnam derzeit für rund drei Milliarden DM Waffen und anderes Kriegsmaterial v e r k a u f t, um finanzielle Mittel für den Aufbau des Landes freizumachen (lt.SZ, 20.7.78), bleibt trotz gegenteiliger chinesischer Propaganda der ASEAN-Pakt ein vom US-Imperialismus aufgezogenes, gegen die Befreiungsbewegungen in den ASEAN-Ländern selbst und gegen die befreiten indochinesischen Länder gerichtetes Unternehmen.

Tatsächlich geht es auch den Pekinger Propagandisten auch überhaupt nicht um eine Anklage auf der Grundlage von Fakten, sondern um eine schlichte Denunziation Vietnams als „Agentur des Sozialimperialismus": *„In diesem Plan (*Indochina bzw. Südostasien insgesamt unter vietnamesische Vorherrschaft zu zwingen, Anm. AK) *hält die Sowjetunion mit ihren eigenen hegemonistischen Zielen das Schild über den regionalen Hegemonismus der vietnamesischen Regierung, während die vietnamesische Regierung als Juniorpartner für die Sowjetunion dient"* („SWB", 13.7.780.

Die Zeichen in den Beziehungen zwischen China und der SR Vietnam stehen auf Sturm!

Asien-Australien Kommission

Wie geht's weiter im KB?

— Teil 3 der Diskussion —

Wir setzen in diesem AK den Abdruck von Diskussionsbeiträgen fort (siehe auch AK 132 und 133). Vorweg zwei Korrekturen: 1. In der redaktionellen Stellungnahme in AK 132 war von „subjektiv e r f u n d e n e n" Widersprüchen die Rede. Das ist ein Schreibfehler, richtig sollte es heißen: „subjektiv e m p f u n d e n e n". 2. Ein Genosse der Niederlande-Kommission hat uns darauf aufmerksam gemacht, daß es in Brechts Gedicht heißt: „Wir hören, du willst nicht mehr mit uns a r b e i t e n" und nicht: „Wir hören, du willst nicht mehr mit uns k ä m p f e n".

„Ist es heute nicht ein Problem, daß in den KB als bekanntermaßen undogmatische Organisation viele Genossinnen und Genossen gekommen sind, die im Grunde etwas anderes wollen, als den Marxismus-Leninismus und die revolutionäre kommunistische Organisation? Und wie wird dieser Widerspruch diskutiert? Ich glaube, dieser Widerspruch müßte auch Gegenstand der jetzt begonnenen Diskussion sein" (Zitat aus einem Leserbrief in AK 133, S. 58, mittlere Spalte). Diese Einschätzung der „Jetzt-Lage" und die daraus resultierende Fragestellung trifft m. E. den politischen Nagel genau auf den Kopf. Wenn dies so ist, und davon gehe ich aus, stellt sich für mich zwangsläufig tiefergehend die 1.Frage: Wie versteht sich der KB, d. h. konkreter: Wie stehts um das Selbstverständnis des KB (als Gesamtorganisation), und die 2.Frage: Was wollen die einzelnen Genossinnen und Genossen, die sich im KB organisiert haben (oder organisiert wurden)? Wo liegt ihr Anspruch an sich selbst und wo liegt der Anspruch der Gesamtorganisation an die einzelnen Genossinnen und Genossen? Das mag sich alles so ungeheuer durcheinander und abgehoben anhören. Also konkretisieren wir. Zum Selbstverständnis des KB: „Der Kommunistische Bund verteidigt die unmittelbaren politischen und ökonomischen Interessen der Arbeiterklasse, kämpft für die Beseitigung des kapitalistischen Ausbeutersystems und die Zerschlagung seines Staatsapparates, für den Aufbau des Sozialismus unter der Klassenherrschaft des Proletariats, für eine kommunistische Gesellschaft ohne Ausbeutung des Menschen, und ohne Herrschaft des Menschen über den Menschen" (Statut des KB, „Kommunistische Arbeiterzeitung" 11/12). Und weiter: „Der Kommunistische Bund erhebt keinen ‚Führungsanspruch'. Unser Selbstverständnis als führende politische Kraft kann nur den Anspruch an uns selbst bedeuten, unsere Arbeit zu verbessern und zu verbreitern , an der Erarbeitung einer revolutionären Strategie und Taktik für die BRD verstärkt teilzunehmen und die Festlegung eines politischen Programms voran-

zu verbreitern , an der Erarbeitung einer revolutionären Strategie und Taktik für die BRD verstärkt teilzunehmen und die Fest-legung eines politischen Programms voran-

zutreiben" (Zitat ebenda); Das soll reichen zum politisch-ideologischen Selbstverständnis des KB als Gesamtorganisation.

Dies ist, in der Gesamtheit betrachtet, ein ziemlich hoher Anspruch und würde in der Praxis jeder Genossin und jedes Genossen folgendes bedeuten: „Ein Kommunist soll offenherzig, ehrlich und aktiv sein, das Interesse der Revolution muß ihm teurer sein als sein eigenes Leben, er hat seine persöhnlichen Interessen der Revolution unterzuordnen; er soll immer und überall an den richtigen Grundsätzen festhalten und einen unermüdlichen Kampf gegen alle falschen Ideen und Handlungen führen, um so das kollektive Leben der Partei und die Verbindung zwischen der Partei und den Massen zu festigen; er muß sich mehr um die Partei und um die Massen kümmern als um die eigene Person, mehr um andere Menschen als um sich selber. Nur dann kann er als Kommunist angesehen werden" („Gegen den Liberalismus" – Ausgewählte Werke Mao Tse tungs, Bd. II). „ Niemals und nirgends darf ein Kommunist seine persöhnlichen Interessen an die erste Stelle setzen; er muß sie den Interessen der Nation und der Volksmassen unterordnen. Deshalb sind Selbstsucht, Passivität und Lässigkeit, Bestechlichkeit, Geltungsdrang usw. höchst verächtlich; dagegen sind Selbstlosigkeit, Aktivität und Eifer, Selbstaufopferung für das Gemeinwohl und zähe harte Arbeit achtungsgebietend" („Der Platz der Kommunistischen Partei Chinas im nationalen Krieg" – Ausgewählte Werke Mao Tse tungs, Bd. II).

Sicher darf das nicht der Anspruch sein, an dem h e u t e die im KB mitarbeitenden Genossinnen und Genossen „gemessen" werden dürfen. Es ist sowieso schon schwer genug, den herrschenden Antikommunismus soweit abgelegt zu haben, um in eine kommunistische Organisation mit Theorie und Praxis einzusteigen. Auch ist klar, daß nicht jede Genossin und jeder Genosse mit dem Eintritt in den KB jede bourgeoise verhaltensweise automatisch ablegt, sondern ganz im Gegenteil diese auch gerade hier erkannt und bekämpft werden muß.

Aber die Frage, die sich aufdrängt, ist: Finden wir heute für jeden der mit dem KB oder im KB mitarbeiten will, den „linken" organisatorischen Rahmen? Fördern wir seinen individuellen politischen Stand, erzeugen wir durch „vorsichtiges" Heranführen an die Organisation solche Dinge wie Organisationszugehörigkeitsgefühl, Vertrauen in die in den Zellen mitarbeitenden Genossinnen und Genossen, Eigenständigkeit, Selbstvertrauen, Betroffensein für Fragen der eigenen Organisation, Kritikfähigkeit und andere Dinge mehr?

Es ist doch klar, daß die Motivation für einen Menschen, sich politisch zu organisiseren, auf unterschiedlichster Ebene verläuft. Da gibt es Leute, die über persöhnliche Kontakte in die Organisation kommen, und andere, denen bloß irgend etwas stinkt in diesem Staat. Was machen wir daraus?

Ich glaube z. B., daß ein erheblich größeres Maß an p o l i t i s c h e r S c h u l u n g dem KB dienlich wäre. Für mich stellt sich das so dar: Auf der Leitungsebene besteht der KB zwar aus politischen Kadern, während die Basis politisch einfach zu schwach ist, hier bricht eine zu g r o ß e K l u f t auf. Es ist nicht in genügendem Maße gewährleistet, daß neue Kader heranwachsen, ideologische Klarheit vermittelt wird, daß auf die einfachsten Fragen eingegangen wird. Logisch ist es auch so, daß es aus dieser Diskrepanz zwischen Anspruch der Gesamtorganisation und der Motivation der „einfachen" Genossinnen und Genossen zu Austritten kommt. Es ist m. E. weiterhin nur logisch und verläuft zwangsläufig, daß aus diesem zu kurzem Blick für das neue Rausbilden von Kadern es zu Tendenzen wie Organisationsgläubigkeit und „sich funktionalisieren lassen" kommt.

Ein anderer Punkt bei der Betrachtung der Gründe, die zum Ausflippen von Genossinnen und Genossen führt, untermauert dies noch mehr. Es ist m. E. die Tatsache, daß fast alle den KB nach ihrem Austritt noch für eine unterstützenswerte Organisation halten. Dies macht sich wahrscheinlich fest an den sehr guten Publikationen (AK, Broschüren) und an der ständigen Diskussionsbereitschaft des KB. Auch wird gesagt, daß es selten an konkreten politischen Widersprüchen kracht, diese werden meistens erst hinterher dazukonstruiert. Da ist es doch einmal ganz interessant zu beobachten, warum es z. B. in der DKP oder dem KBW zu Austritten kommt. Hier sind es genau politische Widersprüche zu diesen Organisationen. Hier geht es um i n h a l t l i c h e D i f f e r e n z e n. Anders gesagt: Die DKP krankt daran, ihre politisch-ideologische Grundklarheit korrekt in die Praxis umzusetzen. DKP'ler sind zwar teilweise gut geschult, benutzen dies aber nicht oder zumindest grundlegend falsch (oder dürfen dies nicht benutzen). Der KBW ist da anders. Der KBW schult anscheinend auch sehr intensiv, nur: Was ?!... (inhalt-

oder zumindest grundlegend falsch (oder dürfen dies nicht benutzen). Der KBW ist da anders. Der KBW schult anscheinend auch sehr intensiv, nur: Was ?!... (inhalt-

liche Frage). Beim KB ist das Ganze sehr entscheidend anders. Hier wird geholzt und gerödelt, die Praxis wird ü b e r b e t o n t. Es ist noch kein „linkes" Mittelmaß zwischen Theorie und Praxis gefunden worden, und zwar klar in der Herangehensweise den eigenen Genossinnen und Genossen gegenüber. Es besteht kein ausreichendes dialektisches Verhältnis zwischen Theorie und Praxis.

Die Effektivität der Gegebenheiten (Zelle) wird nur in völlig unzureichender Weise genutzt. (Jeder kennt das: Die kleinste Kleinigkeit wird genauestens durchgeplant.) Ich meine, daß organisierte Genossinnen und Genossen eigentlich in der Lage sein müßten, einen Großteil ihrer praktischen Arbeit s e l b s t u n d e i g e n s t ä n d i g zu planen und durchzuführen. Diskutiert werden muß in der Zelle natürlich jeder praktische Arbeitsansatz, aber der Schwerpunkt muß eindeutig auf dem p o l i t i s c h - I n h a l t l i c h e n liegen. Genau an dieser Stelle steht aber der Anspruch der Gesamtorganisation (LG) im Widerspruch zum Anspruch der meisten „einfachen" Genossinnen und Genossen. Wie kann ich andauernd Kampagnen durchziehen, ständig rödeln, wenn mir überhaupt kein längerfristiges Ziel vor Augen schwebt? Muß da die Arbeit nicht perspektivlos werden? Kann so die Basis vorankommen?

Um zum Schluß zu kommen. Der KB sollte m. E. sich wieder mehr als Aufbauorganisation (innerorganisatorisch!) für die kommunistische Partei vestehen. Dazu ist es auch erforderlich, das natürliche Umfeld des KB (Sympie-Zelle, Lesekreise) intensiver zu nutzen, um neue Genossinnen und Genossen „vorsichtiger" an die Theorie und Praxis des KB heranzuführen. Außerdem sollte die politisch-ideologische Schulung (revolutionärer Haß auf den Staat!) im KB intensiviert werden.

D., Hamburg-Harburg

Ich habe mit großer Freude die Debatte ab AK 132, „Wir hören, du willst nicht mehr mit uns kämpfen", aufgenommen. Zwei Sachen haben mich dabei gestört:

1. Die Karikatur im AK 132 auf Seite 56. Diese Karikatur hat natürlich eine reale Basis bei großen Teilen der Spontibewegung, der „ML"-Bewegung, den Revis usw. Wenn ich an Brokdorf I!I denke, an den Schmutz, der von allen Seiten über dem KB ausgeschüttet worden ist, dann kann ich diese Karikatur nur unterschreiben. (Das gilt auch zunehmend für alle möglichen anderen Bereiche, wo von allen möglichen Seiten übel auf dem KB herumgehackt wird.)

Nur in diesem Zusammenhang finde ich die Karikatur absolut verfehlt. Sie ist gebracht worden inmitten eines Artikels von einem früheren SSBler, der sich jetzt als Sponti bezeichnet. Wenn die Leitung alle, die Kritik haben, Fragen haben, meinetwegen auch Blech im Kopf haben, ermuntern will, die Sachen auf den Tisch zu packen, dann sollte sie nicht mit derartigen Karikaturen antworten. So etwas schreckt ab und ermuntert nicht. Die Karikatur steht auch im Widerspruch zu der angenehmen Art, die im Artikel der Leitung auf Seite 55 zu sehen ist.

2. An den bisherigen Stellungnahmen, die im AK 133 zu der ganzen Problematik abgedruckt sind, stört mich, daß die Genossinnen und Genossen sich total auf die Leitung einschießen und sich total auf die Leitung fixieren. Eine Organisation ist doch immer nur so gut, wie die Mitglieder sie gestalten. Eine Organisation, wo nur von oben angeordnet wird, geht kaputt. Da, wo Leitungsgenossen die Mitglieder behindern, selbstständig zu arbeiten, muß das ganz konkret angepackt werden. In keinem der bisherigen Briefe ist irgendein konkreter Beweis für derartige Dinge erbracht worden. Wenn es solche Sachen gibt, dann müssen sie jetzt auf den Tisch gepackt werden.

Übel fände ich auch, wenn die Leitung jetzt vor den Kritiken auf den Knien rutschen würde, so wie es in den China-, Albanien- oder Moskausekten üblich ist. Jeder (ob leitender Genosse oder einfaches Mitglied) hat das Recht und die Pflicht, um seine Meinung zu kämpfen.

Ich möchte jetzt einen Punkt sagen, wo ich Kritik habe: Mir stinkt es, wie mit Leserbriefen verfahren wird, die aus inhaltlichen oder Platzgründen nicht in den AK oder Rebell reinkommen. Ich habe unterdessen einen ganzen Ordner voll mit solchen Artikeln und Briefen. Das Problem ist, daß selbstverständlich nicht alles in den AK reinkommt, was nach Hamburg geschickt wird. Nur möchte ich gerne wissen, warum der jeweilige Artikel nicht reinkommt. In 5 Fällen habe ich mehrfach bei der Redaktion oder der jeweiligen Kommission mehrfach im Brief nachgefragt und keine Antwort bekommen. Ich habe eine ganze Zeit in einer Kommission mitgearbeitet und mir klingen die Rüffel noch in den Ohren, die ich bekommen habe, als ich die Antwort auf nicht abgedruckte Artikel oder Leserbriefe verschlampt habe.

Ich weiß, daß viele Genossinnen und
die ich bekommen habe, als ich die Antwort auf nicht abgedruckte Artikel oder Leserbriefe verschlampt habe.

Ich weiß, daß viele Genossinnen und Genossen sich ständig ärgern, daß sie keine Antworten bekommen auf Anfragen, warum ihr Artikel nicht gebracht wurde.

Wie sollen wir denn guten Gewissens Sympathisanten ermuntern, für den AK zu schreiben, wenn so mit Artikeln und Leserbriefen verfahren wird?

B. aus Münster

Kommentar der Redaktion

Das von Genossen B. angeschnittene Problem bezüglich nicht gedruckter Artikel und Leserbriefe besteht tatsächlich, wenn auch wohl insgesamt nicht in dem von B. angedeuteten Ausmaß.

Generell ist festzustellen, daß von uns noch k e i n e Kritik unterdrückt wurde, die wir von mehr als einer Stelle aus der Organisation bekommen haben. Das heißt: Wenn zu einem Thema mehr als eine kritische Stellungnahme aus der Organisation kam, haben wir das Thema im AK zur Diskussion gestellt. (Es wäre interessant, ob es in der BRD noch eine Zeitung gibt, die das gleiche praktiziert?!) Nur bleibt natürlich selbst bei diesem Verfahren ein nicht unbeträchtlicher Rest von Briefen zu den verschiedensten Fragen. Hierzu kommt ein wahrer Berg von Artikeln, die im Laufe der Zeit nicht gedruckt wurden – aus Platzgründen oder weil die Artikel schlecht waren. Politische Widersprüche haben bem Nichtabdruck von Artikeln eine Rolle gespielt!

Wenn Genosse B. a l l e i n schon von einem ganzen Ordner spricht, den er mit nichtabgedruckten Artikeln und Briefen hat, dann mag man sich ausmalen, welche Wagenladungen solcher Manuskripte es insgesamt im Laufe der Zeit gegeben hat. Die aus wenigen Leuten bestehende Redaktion wäre total überfordert, wenn sie all diese Manuskripte mit einem Kommentar versehen müßte, warum im jeweiligen Fall nicht abgedruckt wurde. Das ist schlechthin nicht zu leisten. Wenn Genosse B. mal wieder nach Hamburg kommt, sprechen wir gern mit ihm über die Arbeitsbelastung der leitenden Genossen. Und übrigens: Ein G r o ß t e i l der Manuskripte, die nicht gedruckt werden, wird tatsächlich kommentiert zurückgegeben. Daß das im Grunde für alle Manuskripte irgendwie erreicht werden müßte, soll also nicht bestritten werden.

* * *

Als ausgeflippte KB'lerin finde ich es zuerstmal positiv, daß der "Arbeiterkampf" eine Auseinandersetzung aufnimmt, die schon lange im Untergrund schwelt. Trotzdem bin ich der Meinung, daß in dem Redaktionsartikel einige Sachen falsch bzw. demagogisch abgehandelt werden. Es ist häufig so, daß besonders junge Genoss(inn)en (zu denen ich mich auch zähle) Schwierigkeiten haben, ihre politischen Kritiken und Widersprüche auszudiskutieren. Zum Teil, weil ihnen das Selbstbewußtsein fehlt, zum Teil aufgrund des Abwürgens von seiten der Anleitung. Das hängt häufig mit Kampagnenpolitik und Unsicherheit seitens der Anleitung zusammen. Dazu kommt, daß es innerhalb des KB eine ausgewachsene Hierarchie gibt, wonach Genoss(inn)en in gute und schlechte, linkssektiererische und rechtsopportunistische Schubladen gestopft werden. Guter Genosse ist, wer unheimlich "rödelt", d.h. massenweise Zeitungen verkauft (egal wie), Leute auf Demos und Veranstaltungen schleppt etc. Es geht also häufig das ursprüngliche Interesse, sinnvolle linke Politik zu machen, aufgrund des Karrierismus baden.

Wenn man an seine unorganisierten Bekannten z.B. nur noch nach deren quantitativen Veranstaltungsbesuchen rangeht, das zum Maßstab macht, dann ist es ein sehr materielles, unmenschliches Rangehen, das mit Politik nicht mehr viel zu tun hat.

Hinzu kommt eine immer beschissenere politische Lage in der BRD. D.h. die Genossen sind natürlich im Betrieb, in der Schule, beim Verkauf unter einem teilweise unerträglichen Druck. Unter dem fällt es natürlich auch schwer, die gewünschten Erfolge zu organisieren. Irgendwann eskaliert diese Situation und führt zum Austritt. Vordergründig also nur persönliche Gründe, die meiner Meinung aber ihre tiefere Ursache in sehr politischen Widersprüchen haben. Daß man/frau dann zum Teil (die Erfahrung mußte ich glücklicherweise nicht machen) von ehemaligen Freunden geschnitten und als Dreck behandelt wird, ist das die Krönung des materiellen Verhältnisses zu Menschen?! Insgesamt bin ich der Meinung, daß frau/man linke Politik nur dann organisiert betreiben können, wenn die Auseinandersetzungen offener geführt werden, zu unorganisierten fortschrittlichen Menschen eine weniger selbstherrliche Einstellung besteht und man die persönliche Betroffenheit an politischen Ereignissen nicht vergißt.

Eine Genossin aus Hamburg/Altona

* * *

Eine Genossin aus Hamburg/Altona

* * *

Nachsinnend über Eure Lage fiel mir dies Erlebnis ein:

Tu kam zu Me-ti und sagte: Ich will am Kampf der Klassen teilnehmen. Lehre mich.

Me-ti sagte: Setz dich.

Tu setzte sich und fragte: Wie soll ich kämpfen?

Me-ti lachte und sagte: Sitzt du gut?

Ich weiß nicht, sagte Tu erstaunt, wie soll ich anders sitzen?

Me-ti erklärte es ihm.

Aber, sagte Tu ungeduldig, ich bin nicht gekommen, sitzen zu lernen.

Ich weiß, sagte Me-ti geduldig, du willst kämpfen lernen, sagte Me-ti geduldig, aber dazu mußt du gut sitzen, da wir jetzt eben sitzen und sitzend lernen wollen.

Tu sagte: Wenn man immer danach strebt, die bequemste Lage einzunehmen und aus dem Bestehenden das Beste herauszuholen, kurz, wenn man nach dem Genuß strebt, wie soll man da kämpfen?

Me-ti sagte: Wenn man nicht nach Genuß strebt, nicht das Beste aus dem Bestehenden herausholen will und nicht die beste Lage einnehmen will, warum sollte man da kämpfen?

B.B., Berlin (DDR)

* * *

Vorweg möchte ich mal sagen, daß ich den Ausdruck "ausgeflippt" reichlich überheblich und arrogant finde. Das Problem der Austritte aus dem KB liegt sicherlich tiefer, als man es mit dem Wort "ausgeflippt" darstellen kann.Man (Frau) "flippt" ja nicht aus, weil man (frau) kein Bock mehr auf die "scheiß Politik" hat, sondern es gibt dort ja Widersprüche. Ich z.B. habe im KB 5 Jahre mehr oder weniger schlecht mitgearbeitet und in diesen 5 Jahren sehr viel gelernt. Dafür bin ich allen Genossinnen und Genossen dankbar. Wenn man lange Zeit im KB gearbeitet hat, steigt man ja nicht von einem Tag zum anderen aus, sondern ich habe eine Entwicklung durchgemacht, die mich letzten Endes zum Austritt gebracht hat.

Da waren im Herbst 77 die Morde an den Genossen in Stammheim, die mich eigentlich schon sehr getroffen haben. Noch mehr fertig gemacht hat mich die Situation in der BRD danach. Es wurde überall von Selbstmorden gesprochen, mit konstruierten Beweisen, und ein Großteil der Bevölkerung schreit danach, die anderen inhaftierten Genossen auch noch so zu behandeln und schreit nach Lynchjustiz! Zu dieser Situation kommt hinzu, daß es bei uns in der Zelle trotz intensiver Diskussionen Schwierigkeiten gab, die nicht zu packen waren. In dieser Situation bin ich zu der Überlegung (nicht Überzeugung) gelangt, daß die ganze Arbeit, die ich und wir anstellen, sehr wenig Erfolge zeigt. Anstatt daß es mit uns voran geht, gibt es im größeren Rahmen nur Rückschläge (Bunte Liste hierbei ausgenommen). Wie sollen wir mit unserem kleinen Haufen z.B. die Faschisierung stoppen, die mehr voranschreitet, als daß wir sie aufhalten können?

Politisch war mein Austritt also in erster Linie Resignation, was ich jetzt klarer sehe als zum Zeitpunkt meines Austrittes.

Hinzu kommt, daß für die politische Arbeit sehr viel Zeit erforderlich is., besonders wenn nicht alle mit anpacken und in die gleiche Richtung ziehen.

Da hat man dann ja auch keine Zeit mehr, p r i v a t e B e d ü r f n i s s e wahrzunehmen. Hier bin ich jetzt, glaube ich, am entscheidenden Punkt angelangt. Politisches oder privates Problem? "Ausgeflippt" oder überlastet und mit privaten Schwierigkeiten alleingelassen, weil ja politische Dinge wichtiger sind?

Ich streite nicht ab, daß eine Diskussion über die Gründung der KPD, wenn sie anstehen würde, wichtiger ist als ein momentanes persönliches Einzelproblem. Aber wir müssen eine geeigneten Weg finden, die Bedürfnisse des E i n z e l n e n in der Masse zu sehen, g e r a d e in einer kommunistischen Organisation, wie der KB eine ist. Die Organisation besteht doch nicht nur aus dem Apparat, sondern aus Genossen und Genossinnen und solchen, die es werden wollen. Und diese Leute haben unterschiedliche Interessen und unterschiedliches politisches Bewußtsein und sind von daher in allen Hinsichten unterschiedlich zu belasten. Wer das nicht sieht, hat auf Sand gebaut und handelt politisch blind.

Was tun? Wir müssen m.E. eine Struktur schaffen, die diese unterschiedlichen Bedürfnisse berücksichtigt. Ich möchte betonen, daß dieser Diskussionsbeitrag eine solidarische Kritik an der Struktur des KB sein soll und nicht eine Kritik am KB schlechthin. Wir brauchen in der BRD eine Organisation, die den Ansprüchen des einzelnen gerecht wird und die eine solche Politik wie die des KB vertritt!

Ein (immer noch!) politisch interessierter ehemaliger Metallgenosse

Ein (immer noch!) politisch interessierter ehemaliger Metallgenosse

* * *

Aus verschiedenen Gründen möchten wir den AK-Verkauf sowie die KB-Arbeit in Kaiserslautern aufgeben. Vieles wurde bereits monatelang erörtert, es erscheint uns müßig, nochmals auf alles einzugehen. Außerdem haben wir insgesamt den Eindruck gewonnen, daß Euch an unserer Mitarbeit nicht sehr viel gelegen sein kann, betrachtet man Eure Bemühugen um Unterstützung, besonders in letzter Zeit. Die Tatsache, daß nach unserem letzten Treff absolut nichts mehr von Euch zu hören war, müssen wir entsprechend werten. Wir glauben nicht, daß uns die Organisation des KB regional bzw. überregional politische Vorteile in irgendeiner Hinsicht bringen kann, wie auch der Verkauf einer (zweifellos insgesamt guten) Zeitung, die selbst auf 'lebenswichtige' Probleme aus südlichen Breiten (Prozesse gegen 3o Leute etc.) zum wiederholten Male nicht eingeht und stattdessen zweifelhafte Statements sehr zweifelhafter Mütter breittreten kann (womit wir uns nicht inhaltlich mit dem ‚Kinder'artikel auseinandersetzen wollen . . . dieser Artikel ist indiskutabel! Eine ‚erwünschte Totgeburt' des Artikels hätte der Genossin besser zu Gesicht gestanden!) Im Übrigen bestehen noch eine Menge theoretischer Zweifel am KB, die wir unmöglich hier aufführen können. Wir sind aber zu einem anderen Zeitpunkt dazu bereit, dies näher zu erörtern, glauben aber nicht, daß die mittlererweile entstandenen Schwierigkeiten dadurch behoben werden können.

Mit sozialistischem Gruß:
W., Kaiserslautern

Anmerkung der Redaktion

Die außerordentlich sensiblen und inhaltsreichen Ausführungen der Genossen zur Stellungnahme einer Mutter im AK lassen darauf schließen, daß wir d i e s e n Leuten wohl keine Träne nachzuweinen brauchen.

Fortsetzung Seite 44

Fortsetzung von Seite 43

Als momentan noch „Ehemaliger" habe ich mich einerseits sehr gefreut, andererseits sehr betroffen gefühlt beim Lesen der Briefe und Stellungnahmen, die in den letzten beiden AK-Nummern erschienen sind. Betroffen vor allem deshalb, weil ich zu den Genossen gehöre, die mehr oder minder kommentarlos aus der organisierten Arbeit ausgestiegen sind (bei mir waren's insgesamt 8 Jahre „Org.", davon 7 am/im KB). Trotzdem verstehe ich diesen Brief nicht als nachgereichte „Austrittsbegründung" - eher als Diskussionsansatz zum „Wiedereinstieg". Da die bisher veröffentlichten Briefe eine Unmenge von Fragen aufwerfen, auf die einzugehen den Rahmen eines Diskussionsbeitrages sprengen würde, möchte ich mich auf die Redaktionsstellungnahme im AK 132 beschränken, die m.E. in der Tat - neben sehr vielen richtigen Dingen - eine Reihe von Ungereimtheiten enthält, die zumindest den Anschein erwecken, als versuche man dort, sich möglichst elegant um einige Kritikpunkte herumzumogeln.

Da geht's gleich im ersten Teil los, wenn der Rückzug vieler Genossen von der politischen Arbeit im KB begründet wird aus dem Widerspruch zwischen eben dieser Arbeit „einerseits und den individuellen Bedürfnissen (der Genossen/-innen) andererseits". Aber was sind denn das für „individuelle Bedürfnisse"? Das Bedürfnis, einfach mal auszuspannen, der Wunsch nach möglichst „problemlosen" persönlichen Beziehungen (auch außerhalb der Organisation) usw., das sind doch Dinge, die absolut jede Genossin und jeden Genossen betreffen. Sie sind von sich aus deshalb auch nicht „individuell", sondern kollektiv. „Individuell" werden sie doch erst dadurch, daß sie getrennt werden von dem, was man „sonst" macht, von der „politischen Arbeit im KB" z.B. Die Beziehung zum Partner wird dann zur „Erholung" vom politischen Kampf - und dadurch unpolitisch. Und der Kinobesuch wird dazu genutzt, die eben erst gelaufene Zellensitzung zu vergessen. Diese bei vielen Genossen ausgeprägte, starke Trennung von „Politik" und „Privatleben", die m.E. auch in dem Artikel stillschweigend akzeptiert wird, ist nicht nur zurückzuführen auf eh vorhandene bürgerliche oder kleinbürgerliche Vorstellungen von Politik in den Köpfen der Genossen, sondern gerade auf eine weit verbreitete Unfähigkeit vieler Anleiterinnen und Anleiter, diese Vorstellungen richtig zu bekämpfen. Die Ursache für diese Trennung liegt ja oft gerade in der Art und Weise, wie die Genossen lernen, „Politik zu machen"; darin z.B. daß die „politische Notwendigkeit", in diesem oder jenem Bereich (JZ, BI usw.) ein Bein an Deck zu kriegen, der e i n z i g e Orientierungspunkt ist, nach dem oft über den Einsatz von Genossen einer Zelle beschlossen wird - unabhängig davon, ob diese Genossen/-innen auch in der Lage und willens sind, in diesen Bereich wirklich einen Großteil ihrer Kraft hineinzustecken und l a n g f r i s t i g dort zu arbeiten. Für diese Genossen wird Politik zur Pflicht, ihre Tätigkeit zur abstrakten „Notwendigkeit", und das Bedürfnis nach Erholung von dieser „Pflicht" wird umso größer. Die dadurch entstehende mangelnde Identifizierung der Genossen/-innen mit ihrem „Arbeitsfeld", mit den Problemen der Menschen, mit denen man dort zu tun hat, führt dann dazu, daß Massenpolitik verstanden wird als das abstrakte Hereintragen der „richtigen Linie" ins jeweilige Arbeitsfeld. Das Prinzip „In die Massen tragen - aus den Massen schöpfen" wird glattweg halbiert. Daß man von den Kollegen und Kolleginnen im JZ, in der BI, im Betrieb usw. auch l e r n e n kann, kommt vielen unserer „Pflicht-Politiker" nicht in den Sinn - sie haben nicht gelernt, zu lernen.

nicht in den Sinn - sie haben nicht gelernt, zu lernen.

Und noch etwas fällt dann an diesen Genossen/-innen auf: Sie verlieren mit der Zeit das, was man gemeinhin als „Klassenhaß" bezeichnet: ihre W u t über die alltägliche Unterdrückung im Betrieb, in der Schule, überall. Als Kommunisten können wir die Ursachen dieser Unterdrückung erklären - und das tun wir denn man auch reichlich. Aber diese „Fähigkeit" verleitet viele von uns, Unterdrückung als „normal" zu betrachten, als etwas, mit dem man gewohnt ist zu leben. (...).

Wie wollen wir wohl, wenn wir selbst nicht mehr empört sind, bei den Massen d i e Empörung wecken, die die Grundlage ist für die politische Aktion?

Und noch etwas finde ich wichtig in diesem Zusammenhang: Viele Genossen verlieren mit der Zeit das Ziel aus den Augen, für das wir eigentlich kämpfen. Z.T., weil ihnen die politische Schulung fehlt, z. T. weil sie sich einfach scheuen, mit Kollegen in der Kneipe, im Betrieb, in der Initiative über den Sozialismus zu sprechen - aus Angst vielleicht, als Kommunist attakiert zu werden und mühsam aufgebaute Gesprächsbasen mit den Kollegen wieder zu verlieren. Mir ist sehr oft aufgefallen, daß - wenn die Frage nach Alternativen zum herrschenden System in Diskussionen eingebracht wurde — oft von Genossen die Antwort kam, das stände doch gar nicht zur Debatte, es sei doch erstmal notwendig, gegen Lohnraub und Faschisierung eine breite Bewegung aufzubauen usw. Eine solche nur-radikaldemokratische Argumentation führte dann nach meiner Erfahrung vielfach dazu, daß Genossen z.B. in Initiativen als unehrlich betrachtet wurden, als Leute, die ihre wirkliche Position hinter einem demokratischen und aktiven Mäntelchen verstecken, um irgendwelche Positionen zu erringen, zu majorisieren etc. Natürlich ist der Grund dafür der herrschende Antikommunismus, nur meine ich, daß wir solchen Entwicklungen entgegenwirken können - auch ohne, daß wir uns nun alle gleich ein Schild „Kommunist" um den Hals hängen. Wir sollten da auch mit dem Ziel zu identifizieren!

Natürlich, die hier beschriebenen Tendenzen sind nicht durchgängig im KB, aber sie greifen um sich und sie haben ihre Ursachen auch in der Organisation selbst.

Vielleicht habe ich zu ausführlich und zu „destruktiv" über diese Punkte geschrieben, aber ich halte dies auch deshalb für so wichtig, weil es sozusagen das erste war, was mir (leider erst) nach meinem Ausscheiden aus dem KB an mir selbst richtig aufgefallen ist; weil mir klar wurde, daß ich mit der Zeit mir selbst und den Menschen „draußen" gegenüber zum „Funktionierer" geworden bin, und - was eigentlich noch schlimmer ist - als Anleiter z.B. auch an andere Genossen die gleichen Maßstäbe angelegt habe.

Aber zurück zum AK-Artikel: Genossen, ihr schreibt, daß nach dem „Ausflippen" von Mitgliedern „'politische Widersprüche' ... dann vielleicht noch nachträglich dazukonstruiert bzw. subjektiv als solche erfunden" werden. Und weiter unten: „Dabei ist gar nicht zu leugnen, daß diese Genossen und Genossinnen teilweise an tatsächlichen Mängeln und Fehlern unserer Politik ansetzen".

Abgesehen davon, daß es dem Leser erstmal unklar bleibt, wie „subjektiv erfundene" Widersprüche an „tatsächlichen Mängeln und Fehlern unserer Politik" ansetzen können - und sei es auch nur teilweise - drängt sich doch die Frage auf, was das eigentlich für Mängel und Fehler sind und was mit dieser Kritik dann passiert. Zum ersten Punkt, meine ich, solltet ihr selber Stellung nehmen, aber zumindest zum zweiten Punkt kann ich aus eigener Erfahrung sagen, daß Genossen/-innen, die aus den einen oder anderen Gründen die Organisation verlassen haben, meist sehr herablassend und z.T. recht übel begegnet wird. Schon der Begriff „ausgeflippt" deutet die Richtung an, wie diese Genossen oft betrachtet werden: Als für die Revolution nicht mehr brauchbar. Der Grund für den „Abgang" wird dann meist auch zu allererst bei den Genossen gesucht, und nicht in der Zelle, dem Komitee usw., in dem die Genossen gearbeitet haben. Entsprechend wird auch Kritik von diesen Genossen, gerade wenn sie nachträglich kommt, oft als Anpinkelei aufgefaßt. Ganz hektisch reagieren dann die „Verbliebenen", wenn solche Kritik beispielsweise an einigen Aspekten der Massenarbeit auch noch öffentlich geübt wird. Der „Sponti-" und „Anti;KB'ler"-Stempel ist dann oft das erste, was die organisierten Genossen bei der Hand haben. Das zweite sind dann Gerüchte über die angeblichen „wahren Hintergründe" für das „Ausflippen" der Betreffenden, die vornehmlich innerhalb der Organisation verbreitet werden. Oft sind diese Genossen aber doch erst „weggeflippt", weil ihre Kritiken, die sie innerhalb der Organisation an der Organisation übten, unter den Tisch gefegt bzw. kaum beachtet und diskutiert wurden. (Auch dies ist übrigens ein Punkt, der mir erst auffiel, als ich selbst „Betroffener" war - nachdem ich jahrelang gerade diese Sachen ziemlich „drauf" hatte). (...).

Dieses teilweise etwas gestörte Verhältnis, das Teile der Organisation zu Kritik und Selbstkritik haben, hat zur Folge, daß „Ehemalige" nach ihrem Ausscheiden erst richtig in die Ecke der KB-Feindlichkeit geschoben werden. Womit ich natürlich nicht diejenigen meine, die heute z.B. innerhalb der Sponti-Szene an führender Stelle gegen den KB hetzen und mit z.T. bewußten Lügen und Verdrehungen ihren „linken" Beitrag zum herrschenden Antikommunismus leisten, sondern diejenigen, die mit der Zeit - mangels Alternativen und mangels solidarischer Diskussionsmöglichkeiten mit dem KB - ins Sponti-Umfeld abgewandert sind.

Ich denke, daß sich hier sehr bald etwas ändern muß, wenn der KB die im Artikel sehr richtig benannten Erfolge halten und ausbauen will. Kommunist-Sein heißt eben auch, sich selbst ständig zu hinterfragen und die Fähigkeit zu besitzen, sich auch ruhig mal „abschlägige Antworten" auf diese Fragen zu erteilen. Ich sehe an mir selbst, wie schwierig das ist. Trotzdem: Je mehr Anforderungen besonders heute an uns gestellt werden, umso „überlebensnotwendig" wird gerade diese Fähigkeit.

Tja, soweit erstmal. Beim Lesen des Brecht-Gedichtes, dessen 1. Zeile („Wir hören, Du willst nicht mehr mit uns arbeiten") Ihr als Überschrift für Euren Artikel verwandt habt, ist mir übrigens noch ein weiteres Brecht-Gedicht aufgefallen, das ich - außer mir selbst - vor allem den Genossen und Genossinnen ans Herz legen möchte, die derzeit mit rauchenden Köpfen über ihren jeweiligen Kritikpapieren sitzen. (Vor dem Schreiben zu lesen!):

„WIR HABEN EINEN FEHLER BEGANGEN

Du sollst geäußert haben: wir
Haben einen Fehler begangen, deshalb
Willst du dich trennen von uns.

Du sollst gesagt haben: wenn
Mich mein Auge ärgert
Reiße ich es mir aus.
Damit wolltest du immerhin andeuten
Daß du dich uns so verbunden fühlst wie
Ein Mensch sich verbunden fühlt
Mit seinem Auge.

Das ist schön von dir, Kamerad, aber
Gestatte, daß wir dich darauf hinweisen:
Der Mensch in diesem Bild, das sind wir, du
Bist nur das Auge.
Und wo hat man gehört, daß das Auge
Falls der Mensch, der es besitzt, einen Fehler begeht
Sich einfach entfernt?
Wo will es denn leben? -

In diesem Sinne, Genossen, ein möglichst zuversichtliches „Rot Front"!

Jü., Hamburg-Wedel

LG schlägt neue Zeitungs-Konzeption vor

Das LG (Leitendes Gremium) des KB hat am 10. Juli u.a. über die Verkaufs- und Auflagen-Entwicklung des "Arbeiterkampf" sowie allgemein über unsere Presse-Arbeit diskutiert.

Festgestellt wurde, daß zwar auf der einen Seite der "Arbeiterkampf" stärker als in irgendeiner anderen Phase unserer Entwicklung Beachtung gerade unter den aktiven und führenden Kräften der 'Neuen Linken' findet, insbesondere wegen der Fülle von Spezial-Informationen (beispielsweise zum Stand der Wahl-Diskussion oder zur Nazi-scene), die von keiner anderen linken Zeitung erreicht werden. Auf der anderen Seite jedoch steht die mittlerweise schon besorgniserregende Verkaufs- und Auflagen-Entwicklung des "Arbeiterkampf".

Als Ursachen des erheblichen Absinkens des AK-Verkaufs wurden eingeschätzt:
- **objektive Schwierigkeiten, heute eine kommunistische Zeitung massenhaft zu verkaufen, was sich heute stärker bemerkbar macht als noch vor fünf Jahren.**
- **ein starkes Absinken der Verkaufseinsätze, u.a. zusammenhängend mit den objektiven Schwierigkeiten beim Verkauf (Erfolgserlebnisse bleiben aus, Frustration), sowie mit dem allgemeinen Zustand der Organisation (vgl. laufende Diskussion).**
- **spezielle Schwierigkeiten, die sich aus dem derzeitigen Erscheinungsbild des AK ergeben (viel zu dick, zu hoher Preis, zu wenig ansprechend für breiteren Verkauf).**

Als Gegenbeispiel wurden die außerordentlich positiven Erfahrungen mit dem Verkauf der "Bunte Liste"-Zeitungen gewertet (erste Ausgabe ca. 30.000 verkaufte Exemplare, zweite Ausgabe ca. 50.000 verkaufte Exemplare).

Das LG hat vor diesem Hintergrund herausdiskutiert, zu einer offenen und breiten Debatte um diese Problematik, insbesondere um die Zeitungs- und Presse-Arbeit des KB, aufzurufen und dazu folgenden Vorschlag zur Diskussion zu stellen:
- **Der AK soll durch ein strafferes politisch-redaktionelles Konzept auf etwa die Hälfte des jetzigen Umfangs reduziert werden und damit auch im Preis wieder nach unten kalkuliert werden.**
- **Dies soll zum einen erreicht werden durch eine stärkere Bearbeitung der Artikelmanuskripte auf das Wesentliche hin und durch eine Schulung der schreibenden und korrespondierenden Genossen insgesamt in diesem Sinn.**
- **Des weiteren soll versucht werden, unter den Artikeln selbst strenger auszuwählen — weniger und nicht so häufig Details zu bringen, dafür gelegentlich zusammenfassende Artikel und Broschüren/Infos zu Einzelthemen (Anti-AKWBewegung, Russell, Wahlen etc.).**
- **Wiederbelebt werden soll "Unser Weg" als theoretisches Organ des KB — nicht nur für Auseinandersetzungen um den Marxismus-Leninismus (Revisionismus-Kritik), sondern auch für die Erörterung anderer für die Linke relevanter Fragen. Der AK soll dadurch etwas entlastet werden.**
- **Ebenfalls der Entlastung soll die Wiederbelebung der "Internationale" dienen, vornehmlich für umfassendere Analysen über die 3. Welt und die antiimperialistische Bewegung in den Metropolen.**
- **Viele Details zur rechtsradikalen Szene und zum antifaschistischen Kampf sollen zunächst in einem besonderen 'Bulletin' berücksichtigt werden, mit der eventuellen Perspektive einer (nicht bloß vom KB getragenen!) Antifa-Zeitung.**

Dies, wie gesagt, soll nur ein knapper Vorschlag als Diskussions-Einstieg sein. Rege Diskussion ist erwünscht, soll dann auch im AK dokumentiert werden.

LG des KB und AK-Redaktion

Erst einmal zu mir: Ich bin einer der „langsam weggeflippten" Genossen, von denen im AK stand. Jetzt, nachdem ich etwa ein Jahr „in Studium" gemacht habe, versuche ich, wieder in die politische Arbeit reinzukommen, dabei jedoch nicht, was einfach wäre, bruchlos in die alte Mühle einzusteigen, sondern meine Erfahrungen zu verwerten und einzubringen, die zu meinem Beinahe-Austritt führten. Dies ist umso mehr notwendig, da es auch in Hannover nicht nur um mich geht, sondern der KB in den letzten zwei Jahren eine breite Spur resignierter Genossen hinterlassen hat und mir bekannt ist, daß einige Genossen mit dem Gedanken eines Austritts spielen. Es geht also um eine Frage, die für die weitere politische Arbeit des KB am Ort von nahezu existentieller Bedeutung ist. (Zumal es nicht die passivsten Mitglieder waren, die uns verließen.) Deshalb ist es auch höchste Zeit, daß die Diskussion im AK darüber beginnt. Es sind eben leider nicht nur hannoversche Probleme.

Doch wie beginnt sie? Es fängt schon an mit dem Brecht-Gedicht. „Wir hören, du willst nicht mehr mit uns kämpfen ..." Dieses Gedicht nachlesend, stellt man fest, daß alles wohl an einem selber liegt: Man hat die Langwierigkeit und die Härte des Kampfes falsch eingeschätzt, ist müde geworden vor der Zeit, und die müdesten Kämpfer verlieren die Schlacht. Doch wie die Müdigkeit bekämpfen? Ist es nicht eher ein Zeichen von Hilflosigkeit, der Müdigkeit der Genossen nur den moralischen Imperativ des "Du darfst nicht müde werden!" entgegenzustellen - mal drohend, mal solidarisch? Auch in der gesamten Antwort der Redaktion auf den Brief des Genossen M. vermag ich, trotz einiger weiterführender Tendenzen, kaum etwas anderes herauszulesen. Da steht das „Leistungsprinzip" unvermittelt gegen das „Bockprinzip", die erdrückenden politischen Kräfteverhältnisse gegen die beschränkten eigenen Möglichkeiten, es gibt keinen Weg von hier nach dort. Im KB fühlt man sich eben nicht so wohl wie bei den Spontis, dafür arbeiten wir effektiver. Punkt. Ist das „Wegflippen" damit zu einem Sachzwang geworden, mit dem man eben leben muß?

Mal kraß gesagt: Eine Organisation, die einen derartigen „Sachzwang" in sich trägt, wird zum „Durchlauferhitzer" und zu einem Ding, das den Keim des Unterganges schon in sich trägt. Meine These ist, daß auch unsere Effektivität zusammenbricht, wenn sich die Genossen ihrer Arbeit entfremden, wenn sie sich nicht mehr wohlfühlen. Die Chance des KB, dieser Entwicklung zu entgehen, liegt in der Möglichkeit einer offenen Diskussion, die nicht nach seligem ML-Muster dadurch abgeschnitten wird, daß dieser Prozeß der Ausblutung zu einem „Trennen von Spreu und Weizen" umgelogen wird. Doch auch die Theorie des „Sachzwanges" bietet keiner Diskussion und erst recht keiner Veränderung Raum (es sei denn, daß „pädagogischer" vorgegangen wird).

Die „Linke Handwerkelei"

Eine griffige Formel hat immer den Nachteil, daß sie leicht zur Schublade werden kann, in die alles hineingepackt wird, was einem nicht paßt. Deshalb werde ich versuchen, bevor ich zu den Erscheinungsformen dieser Politik komme, ihren Hintergrund etwas zu beleuchten. Sie ist nicht etwa, wie man dem Redaktionsartikel entnehmen konnte, in den Randgebieten des KB angesiedelt. Zumindest in Hannover kommt diese Politik von den Genossen, von denen man eine engste Verbindung zu zentralen Gremien erwarten dürfte. Es handelt sich auch nicht einfach um Reste der „ML"-Tradition, das sicherlich auch, doch diese Reste wurden „aktualisiert" und verstärkt durch die Entwicklung der letzten Jahre. Diese war dadurch gekennzeichnet, daß erstmals in spürbarem Ausmaße nach der Studentenbewegung tatsächliche Massenbewegungen entstanden. Frauen, Anti-AKW, Antirepression, Antifa als Stichworte. Dieses Aufkommen von Massenbewegungen hatte eine ziemliche Veränderung des Arbeitsstiles des KB zur Folge. Irgendwie mußte aus dem „behaglichen" Trott der internationalistischen Veranstaltungen, der Basisarbeit und der Politik der kleinen Schritte (auch wenn damals nicht weniger Mühe aufgewandt wurde) herausgekommen werden. Die Massenbewegungen waren „Prüfstände der Organisationen". Wer es nicht schaffte, dort brauchbare Vorschläge zu bringen und die richtigen Fragen zu diskutieren, war schlicht weg vom Fenster. Und so wurde denn - gegen starken innerorganisatorischen Widerstand - durchgesetzt, daß Vorschläge gemacht wurden, die Organisation zu einer schnellen „Eingreiftruppe" zu verwandeln. Dieser Schritt war erstmal eine Befreiung. Eine Befreiung aus dem abgelatschten „Dreisprung" Flugblatt - Veranstaltung - Demo, aber auch aus dem zum Korsett erstarrten Termin-Rhythmus. Dieser Umschwung brachte uns sehr schnell spürbare Erfolge. Gerade die Grohnde-Demo war für Hannover der Gipfel. Wir waren erstmals in Hannovers unorganisiertem Lager anerkannt, ein ganzer Schwung Sympathisanten kam auf uns zu und der AK ging weg wie warme Semmeln.

Nun hat aber die „linke Handwerkelei" gerade auch ihre Ursachen in einer Fortführung und Verabsolutierung dieser ursprünglich notwendigen und erfolgreichen Linie. Schon ihre Geburt war mit starken „Wehen" verbunden: Ein Teil der Genossen zog nicht mit, wurde durch einen engen Begriff des „Opportunismus" bekämpft und in eine Randhaltung gedrängt, von der aus sie weder ihre alte Arbeit fortsetzten noch die neue Politik mittrugen. Abgesehen davon, daß dieser „Opportunismus"-Vorwurf sehr schnell verteilt und diffamierend gebraucht wurde (neben anderen aussagekräftigen Kürzeln wie „Schlußlicht", „Träger der roten Laterne" usw.) und dadurch das innerorganisatorische Klima „sibirisch" wurde, konnten durch ihn verschiedene Aspekte, die in der Vorzeit, u.a. durch die Entwicklung der Frauendiskussion, neu entstanden waren (wie die Frage des „Wohlfühlens", der persönlichen Emanzipation, Beziehungsfragen, aber auch der Beginn einer Kulturarbeit und etwas weiterführender Schulungen), einfach nicht mehr positiv aufgenommen werden. Alle diese Bereiche stagnierten in der Folgezeit oder brachen zusammen, sie standen der „Eingreif"-Politik entgegen.

Das Umschlagen in eine schädliche Politik erfolgte spätestens da, wo das quantitative Moment des „Eingreifens" in die Massenbewegung sich verselbständigte gegenüber dem qualitativen. Damit zerfiel einerseits weitgehend die Wirksamkeit dieser Politik, denn die inhaltlichen Defizite der von Termin zu Termin eilenden Genossen **verhindern eine wirksame Überzeugungsarbeit, zum anderen entfremdete sich die politische Arbeit immer mehr, immer weniger Genossen bewältigten immer unzufriedener die immer mehr wachsende Terminflut. Nun ist allein schon der Zeitfaktor ein entfremdendes Moment: Die schönste Arbeit macht einem unter Zeitdruck nur noch Ärger. Wenn dazu noch das Unbehagen kommt, überhaupt nicht mehr zu verstehen, was man denn auf dem und dem Termin eigentlich soll, ist es nur eine Frage der Zeit, bis das ganze zusammenbricht. Nun zeigt sich die „linke" Handwerkelei" in einigen Aspekten sehr deutlich, und ich will versuchen, diese in ihrer hannoverschen Erscheinungsform darzustellen.**

Innerorganisatorische Diskussion

Das Niveau der innerorganisatorischen Diskussion zerfällt rapide. Auf Terminen werden nur noch die organisatorischen Aspekte der betreffenden Arbeit durchgehechelt. Kaum wird der eine oder andere AK-Artikel oder die eine oder andere politische Frage diskutiert. Die inhaltlichen Arbeiten kristallisieren sich um sehr wenige Genossen, die Flugblätter schreiben können, AE-Verhandlungen führen, Veranstaltungen vorbereiten usw., die aber aufgrund ihrer immensen Arbeitsbelastung diese Fähigkeiten kaum mehr weiter vermitteln **können, geschweige denn an innerorganisatorische Bedürfnisse geknüpfte Aktivitäten wie z.B. Schulungen durchführen können.** Diese Auseinanderentwicklung von Führungsgruppe und „Basis" zerstört die demokratische Struktur der Gruppe und das Vertrauen der Mitglieder in führende Genossen, die nur noch als arbeitsverteilende Wühler gesehen werden, denen man sich gerne entzieht. Aber auch das Mißtrauen der führenden Genossen wächst. Genossen, die sich ihren Ansprüchen entziehen oder gar offen dagegen auftreten, werden erst einmal als „Sand im Getriebe" angesehen, nicht als Leute, die einen Kopf zum Denken haben, in dem vielleicht etwas Brauchbares drin ist. Das hat zur Folge, - und das ist fast das Übelste - daß in der Führungsgruppe jede Sensibilität für Kritik und Selbstkritik verlorengeht, die für eine solche Funktion unbedingt notwendig ist. Gerade z.B. Mao weist immer wieder darauf hin, daß Kritiken selbst in unsachlicher Form oder mit falschen Konsequenzen sehr ernstgenommen werden müssen: Sie haben materielle Ursachen, und gerade führende Genossen müssen ein Gespür dafür entwickeln. Einige der führenden Genossen in Hannover entwickeln allerdings eher Mauer-, Block- und Durchhalte-Techniken, was wiederum eine fast anarchistische Verweigerung bei den betreffenden Genossen auslöst. Es ist leicht geworden, Termine „platzen" zu lassen wie weiland die ungeliebten Vorlesungen eines Ordinarius. Man muß den Anleiter nur auf seiner Tagesordnung sitzenlassen und seine moralischen Anforderungen mit der eigenen moralischen Verweigerung konfrontieren - nach zehn Minuten weiß keiner mehr weiter und im KB wimmelt es von „Saboteuren" und „ML-Oberkadern". So spitzten sich die Widersprüche zu bis zur Androhung von Prügeln (kein Spruch!), ohne daß inhaltlich irgendetwas mehr dabei herauskam als ein „pädagogischeres" Verhalten der Anleiter und das resignierte Abspringen einzelner Genossen (...).

resignierte Abspringen einzelner Genossen (...).

Zeitungsarbeit und theoretische Arbeit

Hier geht es um den Lebensnerv der Organisation - die Zeitung. Da gab es inzwischen -zig Diskussionen über den AK-Verkauf, wo versucht wurde, den stagnierenden Verkauf - oft nur **widerwillig ausgeführte Pflichtübung - zu beleben, allerdings** in moralischer Hilflosigkeit. **Zwar gab es mehrere Ansätze, zumindest einige Artikel vorher zu diskutieren, aber doch auch dies nur unter dem vordergründigen Aspekt der Steigerung des Verkaufs. Tatsächlich ist** aber die theoretische und die Untersuchungsarbeit der Gruppe der entscheidende **Hebel, um die Einstellung der Genossen zu „ihrer" Zeitung zu ändern. Nur eine Zeitung, die in ihren wesentlichen Aussagen** begriffen ist und auf deren Niveau man steht, ja, an der man in dem einen oder anderen Aspekt mitgearbeitet hat, wird ohne Entfremdung verkauft werden. Solange sich in dieser Richtung keine Entwicklung vollzieht, kann man entscheidende Veränderungen im Verkauf nur nach unten erwarten. (Es sei denn, die aktuelle Nachfrage steigt, wie zu Beginn der Anti-AKW-Bewegung usw., das ist dann aber eben nicht das Produkt unserer subjektiven Arbeit.) Deshalb ist die Verstärkung der theoretischen Arbeit und der Untersuchungsarbeit unbedingt notwendig. Ich hatte schon weiter oben erwähnt, daß die Führungsgruppe kaum mehr ihre vielen Aktionen in die Organisation hinein vermitteln kann. Umso mehr gilt dies für die theoretischen Grundlagen, auf denen sie arbeitet. Damit meine ich vorderhand noch nicht einmal den Marxismus-Leninismus-Maoismus als historischen Erfahrungsschatz (ich gehe sicher nicht fehl in der Vermutung, daß fast alle leitenden Genossen davon selber nur noch eine blasse Ahnung aus ML-Schulungszeiten haben). Nein, bescheiden geworden, verlange ich ersteinmal nur den Nachvollzug der Diskussion, die im AK oder in der „Soli" ihren Niederschlag finden. Stattdessen findet die theoretische Arbeit ihre „natürliche" Grenze an der jeweils nächsten Aktion, und auch dann ist die „Diskussion" oft

Fortsetzung Seite 45

Fortsetzung von Seite 44

eher ein Monolog des Anleiters, der sich nicht die Zeit und Geduld nimmt, so eine Schulung ausführlich vorzubereiten, evtl. zusammen mit Genossen, die sowas noch nicht gemacht haben, das Ganze in faßbare Schritte zu zergliedern und so die Aktivität der Gruppe zu steigern, statt sie mit einem halbstündigen Vortrag zu zerschlagen.

Darüberhinaus muß doch die Tatsache zu denken geben, daß weit über die Hälfte der aus Hannover stammenden AK-Artikel von einem außerhalb der Organisation stehenden Sympathisanten kommen - und es sind nicht die schlechtesten. Ähnliches gilt für die Ermittlungen zum Anti-AKW-Komplex. Auch die Ermittlungen, die z.B. in der Antifa-Arbeit veröffentlicht wurden, stammen eben nicht von der Antifa-Kommission Hannover, die großkotzig darunterstand, sondern weitgehend von einem Arbeitskreis, in dem mehrheitlich Unorganisierte mitarbeiten. Seit dieser Arbeitskreis aufgrund innerer Schwierigkeiten (auf die noch im Kapitel „Bündnispolitik" einzugehen ist) nichts mehr ermittelt hat, kann auch die Antifa-Kommission nichts mehr berichten. Sowas ist doch wirklich Scheiße, etwas anderes fällt mir da nicht ein. Es geht mir keineswegs um verletzte Urheberrechte und ähnlichen Quark, aus den Beispielen wird nur drastisch deutlich: Was wir zur Zeit können, ist den Wirbelmann machen, Aktionen usw. organisieren. Den Inhalt überlassen wir denen, die noch nicht (oder nicht mehr) in der Mühle drinstecken. Lange wurde z.B. auch darüber gerätselt, warum Sympathisanten oft wesentlich mehr AKs verkaufen als fest organisierte Genossen. Die Antwort war einfach: Sie hatten mehr Zeit dafür. Doch das ist nur die halbe Antwort: Sie hatten auch Zeit, den AK durchzuarbeiten, waren oft durch die intensive politisch-theoretische Auseinandersetzung, die dem Eintritt vorauslief, „auf der Höhe" und der AK war „ihre" eben entdeckte Zeitung. Muß dieser Elan nach einem halben Jahr verschwinden - was er oft tat?! Wer will diesen „Sachzwang" begründen?

Tatsächlich steht hinter dem oft beobachteten „Ausglühen" gerade neuer Genossen ein sehr zweifelhafter Begriff von Qualifikation, an dem nur die Hälfte stimmt: Die eine nämlich, daß die politische Aktion der entscheidende Hebel ist, um politisches Bewußtsein zu entwickeln. Dabei fällt aber die andere Hälfte unter den Tisch: daß nämlich zwischen politischer Aktion und politischem Bewußtsein dennoch ein erheblicher Unterschied besteht. Das politische Bewußtsein sollte nicht nur die gedankliche Widerspiegelung der Aktionen sein, dann wäre es ständig hinter ihnen her und hätte nur bejahenden und unkritischen Charakter. Nein. Die Fragen der Praxis müssen beantwortet werden nicht nur durch neue Praxis als blinde Wiederholung, sondern durch Theorie. Das ist Zeitung, Buch, Diskussion, Schulung, Marxismus als Wissenschaft. Dabei ist es völlig logisch, daß die Theorie Fragen aufwirft, die nicht so schnell auf die Praxis zurückwirken, wie es das handwerklerische Bewußtsein verlangt. Das Studium der Klassiker gehört mitunter dazu, will man sie nicht zu „Rezeptbüchern" und „Zitatenschätzen" herunterbringen. Ich erinnere mich an diese Szene aus dem Popow-Roman, der auf jedem unserer Büchertische liegt (oder liegen sollte), wo der Held Pawel das eben erschienene Lenin-Buch „Materialismus und Empiriokritizismus" verschlingt und daraus Kraft schöpft. Ja, Kraft schöpft, nichts weiter. Denn weder beantwortet Lenins Buch die unmittelbaren praktischen Fragen des Helden, noch fließen die Sätze Lenins direkt in Pawels weitere Arbeit ein. Die Ablehnung einer

fließen die Sätze Lenins direkt in Pawels weitere Arbeit ein. Die Ablehnung einer

über die tägliche Praxis hinausgehenden theoretischen Arbeit ist ein wesentlicher Mangel unserer Politik und die Nichterschließung einer starken Quelle von Kraft, Zuversicht und der Hoffnung auf die Veränderung unserer politischen Landschaft. War es nicht auch das Bewußtsein, daß wir wohl unterdrückt, niedergeschlagen, ja besiegt werden können, aber nie, nie widerlegt werden können außer durch uns selbst, was der Studentenbewegung ihre Sprengkraft gab?! Haben wir dieses politische Selbstbewußtsein nicht mehr nötig?

Durch die einseitige Qualifikation der Genossen ist ein Apparat entstanden, der ganz gut in politische Verhältnisse konjunturell eingreifen kann. Da kommen Aktionsvorschläge, sagen wir ein Mai-Fest, da machen wir eine Aktionseinheit, stehen ganz gut da, weil unsere Verbindungen laufen (...0, die Show läuft ab, klappt alles. Aber Bilanz: Ein paar Genossen ausgeflippt, einige andere Sachen liegengeblieben, kein neuer Genosse. Schluß, aus, nächste Aktion (...). Der Apparat läuft ganz gut, aber er überzeugt niemanden. Der KB ist bekannter geworden, ein Faktor, aber kein sehr beliebter - nicht nur bei unseren politischen Gegnern, das wäre zu verschmerzen. Oft ist es die Spur der Resignierten, die sich durch die Jahre hinzieht, die das mißtrauen wachhält. Sie erinnert an die ausgebrannten Genossen, die von ML und KBW hinterlassen wurden. Und solche schmerzlichen Erfahrungen will man lieber nicht wiederholen.

Bündnispolitik

Am krassesten zeigt sich die schon beschriebene Tendenz in den Fällen, wo KB-Genossen in Initiativen mitarbeiten, also nicht nur eine Aktionseinheit von Organisationscracks vor sich haben, sondern Leute, die in der Zusammenarbeit gewonnen werden könnten. Ja, könnten, denn oft geht das in die Hose. Hier treibt oft die gute alte Einsack-Politik ihre Blüten. Nicht wie beim KBW, wo sich die Initiative plötzlich unter irgendwelchen Resolutionen wiederfand, nein, „praktischer": Da wird Aktionsvorschlag auf Aktionsvorschlag in die Gruppe hineingetragen, oft in einer Art, wie Anleiter in ihren Zellen agieren. Natürlich ziehen dann höchstens ein paar aus der Gruppe mit, doch die Aktion wird durchgezogen, und sei es, daß nur die in der Gruppe arbeitenden Genossen zusammen mit anderen KBlern, die nicht in der Gruppe sind, Projekte unter dem Firmenschild der Gruppe durchziehen. Natürlich können die restlichen Gruppenmitglieder inhaltlich kaum etwas gegen das Projekt sagen. Ihnen wird die Sache nur mulmig und aufgesetzt, von einer Mitarbeit im KB entfernen sie sich immer mehr. Vielleicht landen sie bei den Spontis. Genauso ist es gelaufen in der schon erwähnten Antifa-Arbeitsgruppe, in der ich selber mitarbeite. Nur aus dem unseligen Zwang heraus, sich eine Aufgabe und einen Termin gestellt zu haben, die wohl KB-Routiniers, nicht aber unorganisierte und erstmalig politisch aktive Genossen in dieser Zeit mit Gewinn „durchziehen" konnten. Resultat: eine ganz gute Broschüre, flippende KBler, die Gruppe heruntergewirtschaftet, aber natürlich bekannter. (...). Wenn wir unser Ziel, eine ernstzunehmende politische Front aufzubauen, nicht vergessen haben, müssen wir zugeben, daß wir dem entgegengearbeitet haben, trotz aller Anstrengungen. Laßt uns in Initiativen die Geduld aufbringen, Aktionen und Propagandakram usw. kollektiv vorzubereiten. Selbst auf die Gefahr hin, daß alles dreimal so lange dauert, daß zu wichtigen Sachen nichts kommt, daß nach außen hin weniger Effektivität zu spüren ist. Dann werden wir effektiver und bauen nicht auf Sand.

Wie können wir was ändern?

Das erste ist dabei, sich selbst zum Maßstab der Politik zu machen, aber nicht bei einem nur gefühlten „Bockprinzip" stehen zu bleiben, sondern sich darüber klar zu werden, warum einen manche Sachen mit ständigem Unbehagen erfüllen. Das zweite ist, sehr bewußt die Qualität vor die Quantität zu stellen. Besser, als alles halb und schlecht zu machen, dabei aber alle formalen Anforderungen, die Genossen an einen stellen, zu erfüllen, ist es, wenige Aufgaben gut zu machen und sich gegen weitere Ansprüche inhaltlich zu wehren. Was jeder macht, ist Gegenstand der politischen Diskussion, doch wo es beim einzelnen aufhört, wenn sein Niveau absinkt, darf er nicht mehr mit Sachen vollgepackt werden, auch wenn sie aus eng gesehenen „politischen Notwendigkeiten" wichtig und dringend sind. Die Genossen, die sich so langsam verkümmert fühlen, sollten sich nicht auf „ruhigere Zeiten" vertrösten lassen, die kommen nie, immer sind die Aufgaben größer als die Kräfte. Sie sollten selbstbewußter ihre Interessen einklagen, denn sie sollen die Politik machen, nicht die Politik mit ihnen gemacht werden. Und die Organisation kann an selbstbewußteren Genossen nur gewinnen.

Klaus, Hannover

War Lenin ein Pazifist?

"Eine Sympathisantin" hat uns geschrieben:

"Zum AK 131, S. 2 'Juden fordern Filbingers Rücktritt': Da steht als Eure Stellungnahme: 'Mord ist Mord, ob im Namen des Nationalsozialismus an einem Juden oder an einem Matrosen ausgeführt'. Wie wahr und gut, daß Ihr das schreibt.

Mord ist Mord, und dem Ermordeten hilft es überhaupt nichts, ob er dieser oder jener ist und auch nicht, ob ihn ein Rechtsradikaler oder ein Linksradikaler ermordet hat – in jedem Fall ist er tot. – Nur, diese Feststellung: Mord ist Mord, und die Verurteilung der Mörder habe ich anläßlich der Morde an Ponto, Buback und Schleyer und deren Begleitern nicht so eindeutig im AK gelesen. Dabei hat schon Lenin den linken Radikalismus als Kinderkrankheit des Kommunismus verurteilt. Es werden dadurch keine Anhänger gewonnen und auch keine revolutionären Prozesse in Gang gesetzt.....".

Da dieser Irrtum heute in der Bundesrepublik weit verbreitet ist, sei es der Sympathisantin und allen Zweiflern versichert: Lenin war kein Freund der Parole "Mord bleibt Mord" im Sinne der Briefschreiberin. Wenn Kräfte wie die DKP vom "abscheulichen Mord" an Schleyer etc. sprechen, dann können sie sich dabei zwar auf die Gesammelten Werke des Axel Caesar Springer berufen, keinesfalls aber auf Lenin, der – man sollte es nicht vergessen! – ein Revolutionär war. Die moralische Verurteilung der Ermordung von Großkapitalisten und Polizeichefs ist nicht Gegenstand von Lenins "Linkem Radikalismus" (Vielmehr: der Terrorismus ist überhaupt nicht der Gegenstand dieses Artikels). Eine moralische Verurteilung des Terrorismus wird man bei Lenin überhaupt vergeblich suchen. Seine Meinung zu diesem Thema war: ".... **Grundsätzlich haben wir den Terror nie abgelehnt und können wir ihn nicht ablehnen. Er ist eine Kampfhandlung, die in einem bestimmten Zeitpunkt der Schlacht, bei einem bestimmten Zustand der Truppe und unter bestimmten Bedingungen durchaus angebracht und sogar notwendig sein kann".** ("Was tun?", Vorwort "Womit beginnen?", 1901).

Man/frau mag über das Thema Terrorismus denken, was man/frau will, aber Lenin sollte man/frau dabei lieber aus dem Spiel lassen. Er gehörte weißgott nicht zu denjenigen, die Verdammungsurteile über die "abscheulichen Morde" an Repräsentanten der herrschenden Klasse von sich gaben, sondern er beurteilte die Sache ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Nützlichkeit für den Fortgang der Revolution. Die Sache so zu beurteilen, ist heute in der BRD bekanntlich von Justiz wegen verboten. (siehe Buback-Prozesse gegen den KBW, der im Prinzip durchaus im leninschen Sinn argumentierte). Aber: **Noch sind Lenins Schriften hierzulande erhältlich, und es gibt für Kommunisten keinen Grund, Lenin mißbräuchlich als Autorität anzuführen – statt ihn lieber wirklich zu lesen !**

Begonnen hat die Diskussion in AK 132 mit der Überschrift „Wir hören, du willst nicht mehr mit uns kämpfen ..." Ich hatte dies begriffen als einen Ansatz darüber zu diskutieren, warum in einem nicht unbeträchtlichen Teil der Linken im Augenblick eine gewisse Resignation zu verzeichnen ist, wenig Perspektive in der politischen Arbeit gesehen wird, warum gerade jetzt eine ganze Reihe von Linken die politische Arbeit einschränkt bzw. einstellt. Im folgenden AK wird diese Diskussion allerdings eingeschränkt auf Fragen der innerorganisatorischen Situation. Ich halte das für gefährlich, weil hierdurch der Eindruck erweckt wird, allein in der Organisation liegen die Ursachen unserer augenblicklichen Schwierigkeiten. Und diese sind erstmal woanders zu suchen, auch wenn wir in der Organisation bestimmte Fehler gemacht haben, die sich noch verschärfend ausgewirkt haben.

Die auftretende Resignation ist meiner Meinung nach auf folgendem gesellschaftlichen Hintergrund zu betrachten:

– Seit dem Tode Maos entwickelt sich China immer deutlicher vom Sozialismus weg, nicht mehr nur in der Aussenpolitik; in zunehmendem Maße finden auch kapitalistische Elemente in der Innenpolitik wieder Eingang. Auch in dem letzten Land, das für uns Linke ein Beispiel, Hoffnung gegeben hat, hat es also nicht geklappt....In anderen sozialistischen Ländern, der Sowjetunion, Albanien, Kuba mußten wir diese Entwicklung schon früher beobachten. Auch wenn dies sicherlich nicht sofortige, unmittelbare Auswirkungen auf die Linke anderer Länder hatte, meine ich doch, daß wir diese Erfahrung, die letztendlich den Verlust einer praktizierten Perspektive und Alternative bedeutet, in die Diskussion miteinbeziehen müssen.

– Die Repression in der BRD hat sich in den letzten Jahren immer mehr verschärft. Sicher, Linke sind schon immer bespitzelt und verfolgt worden, Georg von Rauch ist schon 1971 auf offener Straße erschossen worden. Doch die Bespitzelung ist perfekter, umfassender der Polizeiapparat noch brutaler, kaltblütiger geworden, der Knast bedroht einen wesentlich größeren Teil der Linken als noch vor 10 Jahren, Tausende von AKW-Gegnern haben unmittelbar die Erfahrung machen müssen, machtlos mit erhobenen Händen dazustehen, eine Maschinenpistole im Rücken, sind zu tausenden nicht mal an den Ort gekommen, wo sie demonstrieren wollten.

– 10 Jahre ist die „Neue Linke" alt, 10 Jahre hat sie gegen die herrschende Repression angekämpft, trotz Antikommunismus und anderer Vorurteile. Die „alten Kämpfer" haben ihre Anfangsbegeisterung verloren, die „Neuen" blicken etwas sehnsüchtig und bewundernd auf das, was damals, 68 – 69, gelaufen ist.

Die damals noch einigermaßen einheitliche Bewegung ist zersplittert, immer neue Strömungen bilden sich heraus, die es zum einen schwieriger machen, überhaupt noch „durchzufinden", die zum anderen das Gefühl, eine verschworene Gemeinschaft zu sein, vermissen lassen.In diesen Bedingungen liegen meiner Ansicht nach die Ursachen für den weitverbreiteten „Frust".

Nun zur Situation in der Organisation: Wenn ich auch die Stoßrichtung der Kritik des ausgetretenen Genossen und v.a. seine Konsequenz in keiner Weise teilen kann, meine ich doch, daß hiermit tatsächlich vorhandene Mißstände angesprochen werden.

Und der Kern dieser Mißstände liegt wohl in der Frage, die der Gen. Kt. (AK 133) aufgeworfen hat, nämlich die der unterschiedlichen Ansprüche an die Organisation. Ist der KB (bzw. soll er sein) eine revolutionäre Organisation oder eine mehr undogmatische Zusammenfassung von Linken mit ähnlicher politischer Stoßrichtung? Natürlich hängt mit solch unterschiedlichen Vorstellungen auch eine unterschiedliche Einsatzbereitschaft und Aktivität zusammen, was dazu führt, daß die einen, die „Herumwirbler", sich im Stich gelassen fühlen, während sich die „Faulenzer" sich moralischem Druck ausgesetzt fühlen. Ich nehme es niemandem übel, sehe ihn nicht als schlechteren Menschen an, wenn er sagt: ich bin im Augenblick eben nur in begrenztem Maße bereit, politisch zu arbeiten, ich will zwar in der BI arbeiten, aber zum AK-Verkauf hab ich keinen Bock.... Ich meine nur, daß man so ein unterschiedliches Herangehen nicht in einer Organisation und schon gar nicht in einer revolutionären zusammenfassen kann!

Noch zu den einzelnen Kritiken an den Verhältnissen im KB:

Neben dem Konfliktstoff, den die oben beschriebenen unterschiedlichen Ansprüche in sich bergen, kommt in der Kritik des ausgetretenen Genossen eine recht bürgerlich-individualistische Einstellung zum Ausdruck. Ich will mit dieser (erst mal ziemlich platten) Kategorisierung diese Kritik nicht einfach in eine bestimmte Schublade packen und damit vom Tisch wischen. Ganz im Gegenteil, denn wir haben fast alle eine bürgerliche Erziehung „genossen", die im krassen Gegensatz steht zu unseren jetzigen kommunistischen Ansprüchen, was eine ganze Reihe von Konflikten aufwirft, deren Lösung wir nur näher kommen, wenn sie offen diskutiert werden.

Da ist z.B. die Kritik des Genossen an der Kontrolle, am Druck von oben. Kontrolle ist in dieser Gesellschaft tatsächlich etwas, was nur als Druck von oben, als Zwang erfahren wird, durch Personen, die auch bestimmte Machtmittel in der Hand haben. Das fängt an bei den Eltern, setzt sich in der Schule, Uni, im Beruf fort. Im Grunde genommen erst mal verständlich, daß diese Erfahrungen eine Reaktion zur Folge haben, die jegliche Kontrolle ablehnt, eine Reaktion, wie sie in breiterem Umfang in der antiautoritären Bewegung der 60er Jahre zum Ausdruck kam. Wie gesagt: Verständlich im Ansatz als erstes Aufmucken gegen die Zwänge dieser Gesellschaft, sicherlich auch nicht unpolitisch, aber eine Einstellung, die weder den Sozialismus herbeiführen noch eine sozialistische Gesellschaft am Leben erhalten kann. Ich möchte hier nicht noch mal näher ausführen, warum Verbindlichkeit und Kontrolle unabdingbare Elemente sozialistischer Arbeit sind, das ist in AK 132 schon getan worden. Mir geht es nur darum, darauf aufmerksam zu machen, daß der Genosse M. in seiner Kritik einfach den bürgerlichen Begriff von Kontrolle und damit ihre Ablehnung auf eine sozialistische Organisation überträgt, ungeachtet der Tatsache, daß hier Kontrolle doch eine ganz andere Funktion hat, nicht von einer Minderheit ausgeübt wird, um ihre Machtposition abzusichern. Teilweise führt eine solche Haltung schon dazu, daß jede Art der Absprache, ein bloßes Nachfragen als „ungerechtfertigte Einmischung ins Privatleben" begriffen wird. So nach dem Grundsatz: Was ich mach, geht andere nur soweit an, wie ich auch bereit bin, das offenzulegen.

Ich will gar nicht abstreiten, daß im KB/SSB noch viel zu oft Druck anstatt politischer Überzeugung angewandt wird, daß auch hier Kontrolle oft nicht gegenseitig, sondern einseitig „von oben" ausgeübt wird.

Nur – einmal ist hier nicht die allgemeine Ablehnung jeglicher Kontrolle die richtige Reaktion, sondern die Kritik konkreter falscher Verhaltensweisen der betreffenden Genoss(inn)en. Zum anderen macht man es sich wohl allzu einfach, die Schuld für derartige Mißstände einfach den leitenden Genossen in die Schuhe zu schieben.

Diese sind oftmals gar nicht die Autoritäten, die Druck ausüben, sondern sie werden dazu gemacht. Eben auch ein Relikt unserer bürgerlichen Erziehung: Wir schauen zu jemandem auf, drücken ihm/ihr den Stempel „Autorität" auf, nur weil er/sie eine bestimmte Funktion hat.

Man hat auch gleich Angst, „solchen Leuten" gegenüber Kritik offen zu äußern, Angst davor, gegen ihre Argumente nicht anzukommen. – Diese Einstellung ist erst mal ganz unabhängig vom konkreten Verhalten der betreffenden Genoss(inn)en. Die ist es letztendlich auch, die viele daran hindert, vorhandene Kritik sofort zu äußern, anstatt zu warten, bis sich ein unüberwindbarer Berg angehäuft hat.

Zudem sollte sich jeder mal überlegen, ob das Gefühl, „unter Druck zu stehen," tatsächlich durch diejenigen Genoss(inn)en vermittelt wird, die sich um die Durchführung politischer Aufgaben bemühen, oder ob dieser Eindruck nicht vielmehr von einem eigenen schlechten Gewissen herrührt, das man als Linke(r) bekommt, wenn man sich persönlich nicht in der Lage sieht, der politischen Repression etwas entgegenzusetzen. Ein schlechtes Gewissen, das man nicht eingestehen will, weil man seine „Müdigkeit" nicht eingestehen will. Ich halte es allerdings für unbedingt notwendig, daß die Genoss(inn)en, die im Augenblick „nicht so große Lust" haben zur politischen Arbeit, sich nur begrenzt engagieren wollen, dies auch offen sagen. Leider ist es fast immer so, daß dies nicht getan wird, sondern irgendeine andere Beschäftigung oder politische Widersprüche vorgeschoben werden. Was dazu führt, daß ständig an für dieses Problem sekundären Fragen diskutiert wird und sich natürlich trotzdem nichts ändert.

Kritisiert wird von den ausgetretenen Genossen auch, daß die Organisation sich zu wenig um die persönlichen Schwierigkeiten einzelner Genossen kümmert. Für mich ist die Organisation erstmal eine politische Zweckgemeinschaft, in der ich bin, um gemeinsam mit anderen eine bestimmte Politik (vielleicht auch mal Revolution) zu machen. Auf dieser Grundlage ergibt sich für mich auch ein Interesse an den persönlichen Schwierigkeiten der Genossen, mit denen ich zusammenarbeite. Es ist kein Wunder, daß gerade jetzt, wo die Arbeitsgrundlage, d.h. die Anforderungen, die man an die Organisation und die anderen Genossen stellt, unklar ist, daß gerade jetzt dieses gegenseitige Interesse kaum mehr da ist, daß Vereinzelung und schlechtes Klima stärker erscheinen als früher. Mir liegt es fern, abzustreiten, daß allzu oft Genossen mit ihren Problemen hängengelassen worden sind, oder zu behaupten, Leitungsgenossen würden sich immer korrekt verhalten. Natürlich werden auch im KB bürgerliche Verhaltensweisen reproduziert. Nur, der wichtige Unterschied liegt hier wohl in der Vorsilbe „re", nicht der KB als Organisation, nicht die Leitungsgenossen produzieren bestimmte Verhaltensweisen (z.B. Leistungsdenken, Autoritätsgläubikeit und autoritäres Verhalten), sondern dies wird hier eben nur re produziert. Wir können und müssen das diskutieren, versuchen dem entgegenzuwirken, aber abschaffen können wir bürgerliches Verhalten in dieser Gesellschaft nicht vollständig.

Eine Genossin des SSB/Hamburg

Mein Eindruck vom KB ist der, daß es bei uns ganz schön scheißliberal zugeht. (Allerdings komme ich aus dem BDJ, wo die rrrevolutionäre Disziplin reichlich hochgehalten wurde.) Es mag sein, daß es in den Bereichen unterschiedlich ist und daß die Lehrer – dazu gehöre ich – eher einen unausgesprochenen Sympathisantenstatus besitzen und von daher nicht so gefordert werden ...

In Diskussionen mit Genossen anderer Bereiche habe ich mit meiner Liberalitäts-These keinen Blumentopf gewinnen können (nur bei wenigen); ich habe im Gegenteil den Eindruck, als suche nun jeder noch extra nach einem Punkt in seiner politischen Vergangenheit oder Gegenwart, wo man ihm dogmatisch gekommen ist oder ungerechtfertigte Forderungen gestellt wurden usw. usw.

Das stimmt ja alles, Leute, das passiert immer wieder und man muß auch dagegen angehen, aber wieso kommt das heute so massiv mit den „eigenen Interessen" zum Tragen? (Ich komme nacher noch auf die „ureigensten" Interessen des Kommunisten zurück.) Meine eigenen Erfahrungen laufen darauf hinaus, daß der Rückzug der Kollegen in Betrieb und Schule, in der Gewerkschaft uns mit sich zieht. Daß man glaubt, um heute im Gespräch mit den Kollegen bleiben zu können, diese Privatleben-Kiste mitmachen zu müssen und – daß man sie selbst voll übernimmt. Schließlich kommt das dem inneren Schweinehund (mal krass gesagt) sehr schön entgegen! Man ist so herrlich mit aller Welt im Einklang ...

Jetzt taucht aber die Frage nach dem ureigensten Interesse des Kommunisten wieder auf (man stelle sich vor, Mao mault rum und will sich nicht an das Konzept für die Landwirtschaftsreform setzen, weil der Abgesandte des ZK ihm das so muffelig gesagt hat... Ist gut, ist gut, wir sind alle nicht Mao, auch entfernt nicht und in China sind wir auch nicht, aber man wird ja noch mal polemisieren dürfen!).

Ich meine, das ureigenste Interesse – und damit das grundlegende – des Kommunisten ist, die Welt zu verändern oder dem Volke (an sich) zu dienen. D.h. alle seine Handlungen zu messen, ob sie der Revolution dienen.

Dazu genügt es nicht, sich einmal irgendwann entschlossen zu haben, Kommunist zu sein und damit basta! Diese Entscheidung wird stündlich und täglich neu getroffen. Z.B.: Gehe ich jetzt mit meinem Freund spazieren oder schreibe ich dieses Flugblatt? Ich sage nicht: Flugblatt geht immervor (kann man manchmal delegieren oder morgen machen), aber das Wichtige ist doch: Auf welcher Grundlage fällt diese Entscheidung – ist man politisch so selbstsicher, daß man auch ohne schlechtes Gewissen (dem Freund oder dem gegenüber, der das Flugblatt verlangt) diese Entscheidung treffen kann – oder gibt man dem jeweils größten Druck nach, was auf die Dauer Magenschmerzen und Ausflippererscheinungen verursacht und die Flugblätter und die Freundschaften auch nicht gerade besser macht.

Wie ist solch ein bitter notwendiges politisches Selbstbewußtsein und die politische Eigenständigkeit zu erreichen? (Bitter notwendig vor allem auch deshalb: Du bist in der Illegalität auf dich allein gestellt, keine 17 Termine halten dich von der Frage „Was konkret tun, da wo ich bin" ab, keiner kann dir mehr sagen, was du zu tun hast!)

1. In den Zellen muß ein Überblick bei allen über die politische Arbeit aller vorhanden sein und es muß kontrolliert (!) werden, was jeder in seinem Bereich tut.
2. Die marxistisch-leninistische Schulung muß vorangetrieben werden.

zu 1) Hier entsteht natürlich ein gewisser Druck, aber wir wollen uns doch nichts vormachen, Genossen, so gut sind wir doch alle nicht, daß wir nicht einen gewissen Druck brauchen, um unseren eigenen Ansprüchen überhaupt annähernd gerecht werden zu können! Man kann es auch Kontrolle nennen. (Übrigens sind solche Tugenden wie Sauberkeit, Ordnung, Fleiß und Pünktlichkeit und auch Leistung durchaus revolutionäre Tugenden, wenn sie für die revolutionäre Sache eingesetzt werden.)

zu 2) Über die heutige, allgemein eingetretene Durststrecke, die die linke Bewegung hier durchzustehen hat, hilft uns in großem Maße ein Vertrauen in die geschichtliche Entwicklung aus marxistischer Sicht und ein Vertrauen in die Stärke der Massen. Wir brauchen die revolutionäre Theorie, um den Überblick zu behalten! Deshalb: Her mit den Klassikern, her mit der Geschichte der KPdSU, wie es ein Genosse im letzten AK gefordert hat.

Erstens können wir einiges für die Praxis daraus lernen und zweitens wird es leichter, durchzuhalten, wenn wir die geschichtliche Perspektive vor Augen haben. Sonst wird's tatsächlich verdammt schwer, am Ball zu bleiben.

i., KB/Gruppe Hamburg

„Lissaboner Konferenz": „KPD" kneift!

Die Sache zieht sich in die Länge: Vom 20. bis 23. Mai fand in Lissabon eine sogenannten „Konferenz gegen die Bedrohung durch den russischen Imperialismus" statt. Beteiligt waren einige „ML"-Gruppen (darunter die „KPD" und die „MLD" aus der BRD) sowie eine Reihe rechtsbürgerlicher Politiker aus Portugal, Frankreich, Italien, der BRD u.a.m. Aus der BRD waren beispielsweise vertreten:

- **Cornelia Gerstenmaier**, Ehrenpräsidentin der „Gesellschaft für Menschenrechte", die mit der rechtsradikalen Szene der BRD verfilzt ist und die besonders zu den Kreisen um Springer und Löwenthal über beste Kontakte verfügt.
- **Hans-Herbert Holzammer**, Journalist der „Welt" und CDU-Funktionär.
- **Wolfgang Höpker** von der rechtsgerichteten „Deutschen Zeitung".
- Prof. **Ulrich Mathee**, Kiel (CDU).

Während der „Lissaboner Konferenz" wurden drei Resolutionen beschlossen. **Eine davon enthält die Aufforderung, die europäischen Länder sollten ihre Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus verstärken.** Die „MLD" behauptet in ihrer Presse („Die Neue Welt"), daß die Resolutionen auch von den Vertretern der „KPD" unterstützt worden seien.

Die „KPD" berichtete erst- und einmalig in ihrer „Roten Fahne" vom 31.Mai über die Konferenz: Abgedruckt wurde die Rede von Willi Jasper (Leiter der Redaktion der „Roten Fahne") auf der Konferenz sowie ein kleinerer Beitrag, der sich in sehr zahmer und unkonkreter Form mit der in Lissabon offenbar vorherrschende These „Jeder Feind der Sowjetunion ist unser Freund" auseinandersetzte.

In diesem Artikel hieß es zwar: „**Der Versuch der Lissabonner Konferenz, verschiedene politische Kräfte an einen Tisch zu bringen, ... war ein positiver Ansatz**". Es f e h l t e jedoch jede konkrete Angabe über die Teilnehmer der Konferenz und den Konferenzverlauf.

Dieser bemerkenswerte Umstand wurde im AK mehrfach aufgespießt. So konnte es nicht ausbleiben, daß sich die „KPD" schließlich doch noch veranlaßt sah, in der „Roten Fahne" vom 12. Juli Stellung zu nehmen. Titel: *„Noch einmal zur Lissabonner Konferenz"*. Jedoch nicht einmal jetzt kann die „KPD" sich dazu durchringen, die Teilnehmer der „Lissaboner Konferenz" ihren Lesern bekanntzugeben. Also Doppelzüngigkeit auf der ganzen Linie! In Lissabon „antihegemonistische Einheitsfront" mit rechtsbürgerlichen Politikern, in der BRD totales Schweigen zu diesem Punkt.

In der „Roten Fahne" vom 12. Juli wird es jetzt plötzlich als Falschmeldung bezeichnet, daß die „KPD" laut AK zu den Initiatoren der „Lissaboner Konferenz" gehörte. Lassen wir also die Tatsachen sprechen: Am 26./27.Juli 1977 traf sich erstmals ein exklusiver Kreis, um über die Durchführung und Vorbereitung der Konferenz zu beraten, für die damals als Termin noch der Januar 1978 angepeilt wurde. Laut „Rote Fahne" vom 10.8.77 gehörten diesem Kreis auch Vertreter von drei „ML"-Gruppen an, nämlich „PCP/ML" (Portugal), PCUd'I (Italien) und „KPD". Schon daraus ergibt sich, daß die „KPD" von uns mit Recht unter die Initiatoren gerechnet wurde.

Weiter: Im Januar dieses Jahres unternahm „KPD"-Chef Semler eine Rundreise, die ihn außer zur „PCP/ML" und PCJd'I auch noch zur ORT (Spanien) führte. Die Rundreise stand offenbar in engem Zusammenhang mit den Konferenz-Vorbereitungen. Im Kommunique über Semlers Besuch bei der „PCP/ML" heißt es sogar direkt: *„Unsere beiden Parteien ... bekräftigten, daß es wichtig ist, eine Konferenz in Lissabon gegen die sozialimperialistische Bedrohung abzuhalten"* („Rote Fahne", 18.1.78).

Vom 13. bis 15. Januar fand in Rom – wahrscheinlich im Anwesenheit Semlers – ein neues Vorbereitungstreffen für die „Lissaboner Konferenz" statt, auf dem Einzelheiten festgelegt wurden.(„RF", 1.2.78)

Beweise genug, daß die „KPD" zu den treibenden und tragenden Kräften der „Lissabonner Konferenz" gehört hat! Wenn sie das jetzt plötzlich als „Falschmeldung" bezeichnet, beweist das nur, daß sie sich scheut, sich vor der linken Öffentlichkeit unseres Landes zu ihrer eigenen „antihegemonistischen" Bündnispolitik zu bekennen. Das ist bezeichnend.

Ebenfalls als Falschmeldung bezeichnet die „Rote Fahne" vom 12. Juli die Angabe des AK, daß die „KPD" in Lissabon *„mit einer starken Delegation ihrer sämtlichen Filialen vertreten"* gewesen sei (AK vom 26.Juni). Was diesen Punkt angeht, wollen wir uns in der Tat berichtigen und die Angabe konkretisieren: Die „KPD" war in Lissabon durch drei Leute vertreten, nämlich durch Willi Jasper („Rote Fahne", offizieller „KPD"-Vertreter), Rudolf Heinrichs („Internationale Solidarität") und Rudolf Wagner („Befreiung"). Das war tatsächlich eine der stärksten Delegationen auf der „Lissabonner Konferenz", aber „sämtliche Filialen" der „KPD" waren damit natürlich nicht vertreten.

Ein interessanter Punkt: Die „KPD" dementiert in der „Roten Fahne" vom 12. Juli die Behauptung der „MLD", daß die „KPD"-Vertreter den Resolutionen zugestimmt hätten. Wörtlich: *„Willi Jasper erläuterte auf der Konferenz unseren Standpunkt; an der Beratung und Beschlußfassung über die Resolutionen der Konferenz nahm er jedoch nicht teil."*

Erste Frage: Warum werden keine Aussagen über das Verhalten der anderen beiden „KPD"-Vertreter, von Rudolf Heinrichs und Rudolf Wagner, gemacht? Zweite Frage: Bereits in der „Neuen Welt" („MLD") vom 27. Mai wurde erstmals behauptet, die „KPD"-Vertreter in Lissabon hätten den Resolutionen zugestimmt. **Warum hat sich die „KPD" bis jetzt damit Zeit gelassen, ihr halbes Dementi zu veröffentlichen?**

Dritte Frage: In der „Roten Fahne" vom 31. Mai wurden einige Sätze der Hauptresolution (das ist dieselbe, in der auch zum verstärkten Kampf gegen den Terrorismus aufgerufen wird) zitiert und „**nachdrücklich begrüßt**". Niemand konnte dabei auf den Gedanken kommen, daß die „KPD" vielleicht Widersprüche zu anderen Teilen der Resolution hätte. Warum hat man darüber nicht schon in der „Roten Fahne" vom 31. Mai etwas geschrieben, falls es solche Widersprüche gab (beispielsweise zur Terrorismus-Passage)? **Und übrigens: Nicht einmal in der „Roten Fahne" vom 12. Juli ist von Widersprüchen der „KPD" zu Teilen der Lissabonner Resolutionen die Rede!**

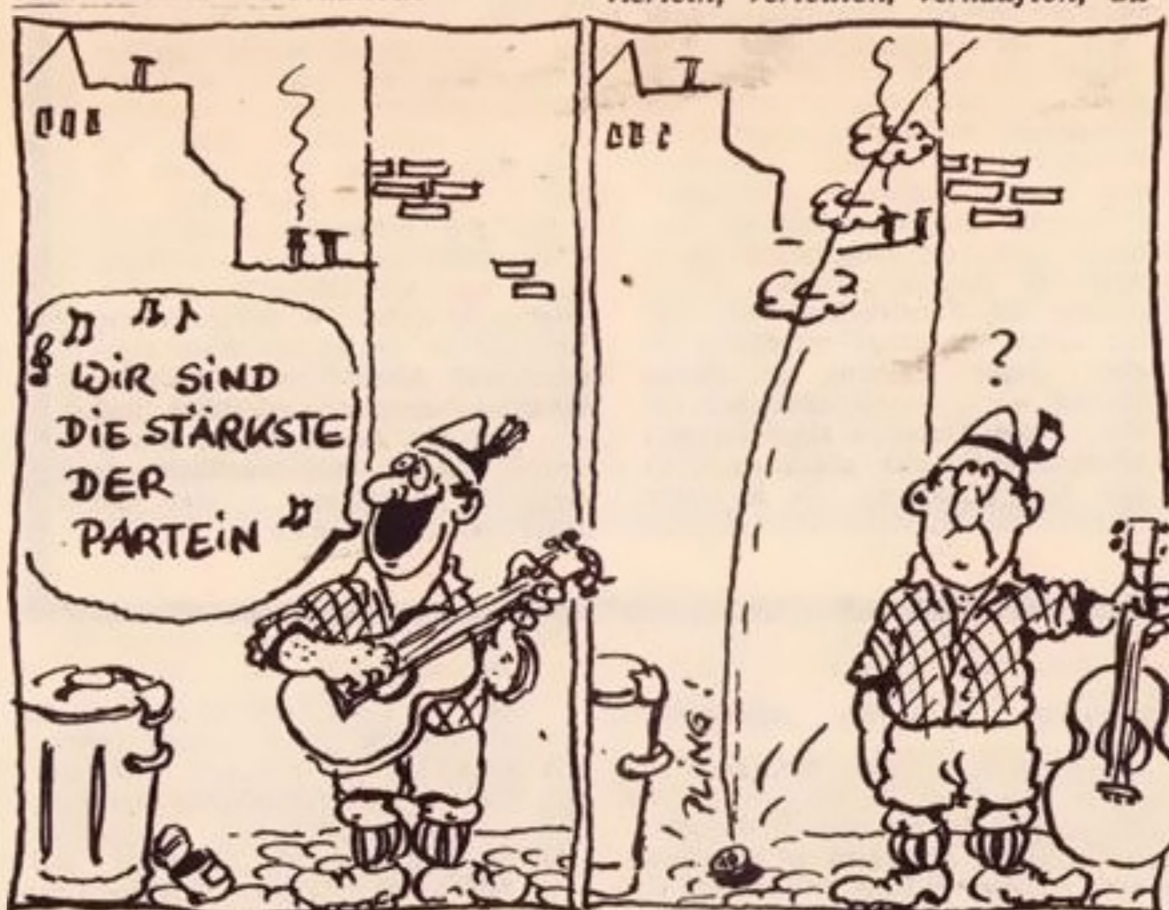
Insgesamt macht die „KPD" mit ihrer seltsamen Informationspolitik zur „Lissabonner Konferenz" ein sehr schwaches Bild. Das tollste und lächerlichste ist dabei wohl, daß sie selbst jetzt noch – nachdem man es schon mehrfach im AK lesen konnte! – vor den Lesern der „Roten Fahne" zu verbergen versucht, mit wem konkret sie in Lissabon den „positiven Ansatz" gemacht hat, sich „an einen Tisch" zu setzen. Das kann doch nicht gut gehen? Da wird es doch demnächst wohl nochmal in der „Roten Fahne" heißen müssen: „Noch einmal zur Lissabonner Konferenz" ...!

Bayrische Invasion in Hamburg?

Seit einigen Wochen treibt der „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD" muntere Späßchen mit einer bundesweiten Kampagne *„10 Jahre Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD, 10 Jahre Antwort auf die Frage ‚Was tun?' ... Hunderttausende Extrablätter ‚Ergreif Partei für deine Klasse', tausende Kommunistische Arbeiterzeitungen, zehntausende Plakate und über Dutzende Veranstaltungen trugen seit Mitte Mai dazu bei, daß die Arbeiter, die Arbeiterfrauen, ihre Söhne und Töchter sich über die Ziele des Kommunismus informieren konnten, daß jeder Arbeiter in jeder Arbeiterstadt vom Wiederaufbau der KPD erfährt"* („KAZ", 27.6.78). In der jeweiligen Ausgabe der „KAZ" werden dann in einer mehrseitigen Beilage stolz die Ergebnisse präsentiert. Die neueste Nummer (141) vom 27.6. berichtet auf fünf Seiten, *„wie es im Rheinland, in Niedersachsen und in Hamburg mit dem Wiederaufbau der KPD vorwärts geht"*. Ganze zwei Seiten sind diesem freudigen Ereignis, dem *„geballten Auftreten"* in Hamburg gewidmet. *„Denn auch in der Hamburger Arbeiterschaft steht zu wenig die Frage: Hammer oder Amboß – Klasse gegen Klasse! Dort zeigte sich für uns noch krasser (?!) die Notwendigkeit des Wiederaufbaus der Kommunistischen Partei Deutschlands, die Notwendigkeit eines kommunistischen Programms, der Führung."* Denn, man ahnt es schon: *„... was bietet sich an? Eine DKP, von der wir nach dem Wahlkampf überhaupt nichts mehr entdecken konnten, ein ‚kunterbunter Kinderbund' namens KB (!), der auch noch stolz darauf ist, daß er kein Programm, keinen Weg anzugeben hat und in jeder spontanen Bewegung mittrampelt ..."*

Kurz: *„Das bewußte Element wurde zerstört, wir müssen es wieder in die Arbeitermassen tragen."*

Nach solcherart politisch-ideologischer Ausrichtung ging die Regensburger Ortsgruppe des Arbeiterbundes daran, in Hamburg *„Klarheit über die Notwendigkeit des Wiederaufbaus der KPD"* zu schaffen.



„Ran, nix wie ran! Und wir legten los, daß es nur so staubt. Wir haben unsere Kampagne gut organisiert, die Genossen, die vor den Bürgerschaftswahlen und bei anderen Anlässen und Aktionstagen in Hamburg waren, haben bereits die wichtigsten Betriebe erkundet (! . . .), etliche Kontakte geknüpft.

So rückte früh um 4, halb 5 Uhr die ganze Mannschaft aus, zum Verteilen an den Betrieben und zum KAZ-Verkauf. Dazu nahmen wir gleich die Leimkübel und Plakate mit und verschönerten gleich nach dem Verteilen rings um die Betriebe die passenden Trafokastl und ähnliches. Nachmittags standen wir in der Stadt, an U-Bahnhöfen, in Einkaufsvierteln, verteilten, verkauften, diskutierten. Hamburg hat alte, gewachsene Arbeiterviertel, deren Hinterhöfe wir nicht ungenutzt lassen konnten. Unsere Sänger stellten sich in die Mitte der Höfe und sangen unsere Lieder, daß die Scheiben klirrten. Währenddessen liefen andere Genossen in den Häusern, treppauf, treppab, klingelten und verkauften die Kommunistische Arbeiterzeitung."

Das trieben 30 Arbeiterbündler über Wochen in Hamburg und fieberten dem Höhpunkt, ihrer Veranstaltung am 17.6. entgegen. Zur Veranstaltung kamen gut 70 Leute, Immerhin wird man denken. Doch der Kenner der Szene weiß: Da waren 40 Arbeiterbündler (aus Bayern eingereist), rund 20 KB'ler, Spontis und Anarchos, 3 KBW'ler und ganze 5-6, die für die Veranstaltung gewonnen wurden, davon aber auch wieder mindestens zwei DKP- bzw. SDAJ'ler. Bleiben drei, höchstens vier Hamburger Arbeiter, Arbeiterfrauen, ihre Söhne und Töchter, die nach einer wochenlangen „gutorganisierten Kampagne" (Originalton „KAZ") ihr Interesse für den Arbeiterbund bekundeten. Resultat: Der Arbeiterbund kommt in Hamburg (und anderswo) nicht an? Aber nicht doch, auf den zwei Seiten, die das „Zentralorgan des Arbeiterbundes für den Wiederaufbau der KPD" diesem für die Hamburger Arbeiterbewegung so wichtigen Ereignissen widmet, werden die Arbeitbund-Mitglieder zu neuen Ufern angespornt: *„Wir haben (in Hamburg!, Anm. AK) vieles von dem erreicht, was wir wollten: Wir haben gezeigt, daß es eine Kraft gibt, die den Wiederaufbau der KPD zu ihrem Lebensziel erklärt hat, wir haben viele Kontakte geknüpft, wir haben an alle Revolutionäre ... die Kampfansage und Aufforderung gerichtet: Ergreif Partei! Stell' den Wiederaufbau der KPD in den Mittelpunkt!"* ...

Und wer kürzlich im Münchner Hofbräuhaus war, der kann bestätigen, daß Helge Sommerrock noch heute neben dem Münchner Alois sitzt, der vom Himmel zur Kaiserlichen Bayerischen Regierung zurückgeschickt wurde und jetzt hier sitzt und trinkt und trinkt und ‚Halleluja' und ‚Manna' schreit.

Leserbrief zum KABD

„Mit sehr großer Aufmerksamkeit habe ich Eure Kritik im AK gelesen, die Rote Fahne (RF) hätte nichts zur Bunten-Liste gebracht. Diese Kritik finde ich richtig. Dann aber fahrt Ihr fort:

"Erstaunlich ist bloß, mit wie erbärmlich wenig politischer Substanz sich diese s c h w ä b i s c h e S e k t e nun schon seit rund 10 Jahren über die Runden schleppt."

Genossen: So führt man keine Auseinandersetzung zwischen Marxisten; denn dies ist eine unsachliche Kritik, ich möchte fast behaupten eine Provokation. Sachliche Auseinandersetzungen sind nötig, um zu einer Einheit zu kommen. Andererseits habe ich schon erlebt, daß einige Eurer Mitglieder fast einen Herzinfarkt bekommen haben, wenn man Euch als KB-Nord bezeichnet hat.

Ich würde mich sehr freuen, wenn Ihr diese Kritik im AK veröffentlichen würdet.

Mit kommunistischen Grüßen:
Ein RJVD-Mitglied aus Saulgau"

Antwort der Redaktion:

Wir haben bisher mit dem Beiwort „schwäbisch" den durchgehend provinziellen Charakter der Politik des KABD kennzeichnen wollen. Diese Politik macht oft tatsächlich den Eindruck, als würde sie in irgendeinem Hochgebirgstal produziert, wohin die Nachrichten aus der großen Welt nur einmal im Vierteljahr und mit gehöriger Verspätung dringen. Aus wichtigen politischen Diskussionsprozessen – wie beispielsweise ums Russell-Tribunal, um die chinesische Außenpolitik, um die Politik der Kommunisten bei den Wahlen u.a.m. hat sich der KABD lange Zeit weitgehend herausgehalten – um dann irgendwelche nicht besonders gehaltvollen statements mit der freudigen Erregtheit von Leuten abzugeben, die soeben Amerika entdeckt haben (beispielsweise zur „Theorie der drei Welten"). Wie man sich damit politisch rund 10 Jahre lang am Leben halten kann, ist und bleibt für uns tatsächlich ein Rätsel.

Indessen: das Beiwort „schwäbisch", inhaltlich in der Regel nicht vermittelt, schadet vielleicht wirklich mehr, als daß es etwas klärt. Wir werden darüber nachdenken, auf solche Sachen zu verzichten.

Nicht mehr witzig: KBW geht schon wieder gerichtlich gegen den AK vor!

Was einige Genossen anfangs für einen schlechten Witz gehalten haben mögen, ist traurige Realität geworden: Der KBW hat durch den Rechtsanwalt Kempf beim Landgericht Frankfurt eine einstweilige Verfügung erwirkt, nach der es dem Verlag J. Reents *„bei Meidung von Ordnungsgeld bis 500.000,- DM, für den Fall, daß dieses nicht betrieben werden kann, von Ordnungshaft bis zu 6 Monaten für jeden Fall der Zuwiderhandlung untersagt"* wird, *„die Behauptung aufzustellen oder zu verbreiten, die Zeitschrift „Arbeiterkampf" sei die am meisten gelesene linke Zeitung in der Bundesrepublik"* Anscheinend findet der KBW diese für eine linke Organisation geradezu beschämende Auseinandersetzung auch noch witzig: In einem Begleitschreiben zu dem o.a. Beschluß stellte Rechtsanwalt Kempf den Vorschlag des KBW vor, die einstweilige Verfügung im AK unter die Überschrift *„Da schmunzelt die Kühl KG"* zu stellen.

Interessant wird es noch werden im einzelnen – aus der noch nicht vorliegenden Begründung – zu erfahren, wie der KBW die einstweilige Verfügung begründen läßt. Eins ist aber schon jetzt klar: Rechtsanwalt Kempf beruft sich auf die Paragraphen des bürgerlichen Pressegesetzes, nämlich auf verbotene „Wettbewerbshandlungen". Aus dem Satz in der Werbebroschüre will der KBW offensichtlich „Geschäftsschädigung" für die KVZ ableiten?! Was sich der KBW hier mit dem Mittel des bürgerlichen Pressegesetzes erlaubt, nimmt in der Tat eine neue Qualität in der Auseinandersetzung an: Nicht genug, daß der linken und kommunistischen Presse von den mehr oder weniger gewaltigen Pressezaren samt Staatsapparat in der BRD zunehmend gerichtlich zugesetzt wird. Jetzt tritt der KBW auf den Plan und trägt nicht nur seinen Teil dazu bei, sondern mehr noch: Er ermuntert geradezu alle, die es auf die linke Presse abgesehen haben, dazu, hier weitere Möglichkeiten zu nutzen und damit weitere Prozesse zu initiieren.

Es handelt sich beim KBW auch keineswegs um den ersten Versuch, mit den Mitteln der bürgerlichen Justiz dem KB eins auszuwischen. Im Oktober 1977 erwirkte der KBW ebenfalls mit der Hilfe des Rechtsanwalts Kempf eine einstweilige Verfügung, durch die der AK zum Abdruck einer Gegendarstellung verurteilt wurde. Grund: In AK Nr. 113 hatte zur Schleyer-Entführung unter der Überschrift *„Das Kölner Attentat im Pressegiegel der Linken"* zum KBW gestanden, daß er nichts zur Entführung von Schleyer habe verlauten lassen. Er hatte aber doch was verlauten lassen unter der Überschrift *„Beförderungskarussell"*. Rechtsanwalt Kempf hatte damals seine Kosten von 844,- DM in einer Weise eintrieben, wie sie jedem bürgerlichen Anwalt zur Ehre gereichen.

Daß auch linke Anwälte in der BRD vor Gericht Sachen vertreten müssen, von denen sie selbst nicht überzeugt sind, ist eine Sache; daß sich aber ein Anwalt, der voraussichtlich den Anspruch hat, ein linker Anwalt zu sein – Herr Kempf verteidigt z.B. Croissant in Stuttgart – dafür hergibt, mit sowas vor Gericht zu erscheinen, ist ein ziemliches Novum in der ansonsten auch nicht immer witzigen Debatte unter linken Organisationen in der BRD.

Neben der juristischen Auseinandersetzung um diese einstweilige Verfügung, die zweifellos noch geführt wird, schlagen wir vor, **daß uns möglichst viele AK-Leser mal ihre Meinung dazu schicken, was sie als angemessene Reaktion auf diese neue ‚Linie' des KBW vorschlagen.**

IKAH, Hamburg

Bahro, CSSR und DKP

In jedem Monat dieses Jahres gab es einen oder mehrere große politische Prozesse in der Sowjetunion oder in der DDR, die durchweg mit langen Haftstrafen endeten.

Vor diesem realen Hintergrund und mit Blick auf den nahe bevorstehenden 10. Jahrestag des Einmarsches in die CSSR unternimmt die DKP gesteigerte Anstrengungen im „ideologischen Kampf".

Die DKP kommt dabei nicht umhin, solche von ihr selbst längst zu Grabe getragenen Elemente des Marxismus-Leninismus wie die Diktatur des Proletariats, den proletarischen Internationalismus und die militärische Konfrontation zwischen den Kräften des Kapitalismus und des Sozialismus wieder hervorzuholen.

G l e i c h z e i t i g jedoch hat die DKP einen Programm-Entwurf vorgelegt, der

– noch stärker als frühere Entwürfe die Frage der militärischen Konfrontation zwischen Revolution und Konterrevolution ausklammert bzw. vernebelt;

– der noch stärker als frühere Entwürfe die Problematik der Diktatur des Proletariats beim Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus offenläßt;

– der noch stärker als frühere Entwürfe die Illusion nähren will, die westdeutsche Arbeiterbewegung könne mit einer SPD/FDP-Regierungskoalition nahezu friedlich in den Sozialismus hinüberrutschen.

Eine Politik von Lüge und Heuchelei

Der praktische Widerspruch ist also offensichtlich: Auf der einen Seite behauptet die DKP, in der ihrer Meinung nach sozialistischen Sowjetunion müsse heute noch, 61 Jahre nach der Oktoberrevolution, die ‚Diktatur des Proletariats' mit einer solchen Härte ausgeübt werden, daß Meinungsdelikte in einer Weise bestraft werden, wie sie ansonsten nur in faschistischen Diktaturen üblich ist. Entsprechendes gilt für die DDR, wo angeblich auch schon seit rund 30 Jahren der Sozialismus aufgebaut wird.

Auf der anderen Seite jedoch gaukelt die DKP vor, sie wolle in der Bundesrepublik einen ganz und gar „friedlichen" und „demokratischen" Weg zum Sozialismus gehen, sozusagen Arm in Arm mit der SPD, mit Christen, mit CDU-„Linken", mit gen Arm in Arm mit der SPD, mit Christen, mit CDU-„Linken", mit **Liberalen, „parteilosen Demokraten" usw. – Zitate aus dem Programm-Entwurf: *„Auch im Sozialismus gibt es unterschiedliche soziale Klassen und Schichten ebenso wie unterschiedliche weltanschauliche und religiöse Strömungen. Die DKP wirkt dafür, daß all diese Kräfte am Aufbau des Sozialismus teilnehmen. Sie strebt ein Bündnis der verschiedenen Parteien an, um den Übergang zum Sozialismus und seinen Aufbau gemeinsam mit ihnen zu vollziehen."* Konkret spricht die DKP von einer „Koalitionsregierung" (S. 43 und S. 45).**

Gerade an Fällen wie Biermann und Bahro erweist sich die Heuchelei dieser von der DKP angegebenen Perspektive für die Bundesrepublik: Personen wie Biermann und Bahro sind zweifelsohne, gemessen am westdeutschen Parteien-Spektrum, ziemlich weit links anzusiedeln, zumindest in der Nähe des linken SPD-Flügels und der Jusos. International gesehen stehen sie den „Euro-Kommunisten" nicht fern, die von der DKP scheinheilig immer noch – bei passender Gelegenheit – als „Bruderparteien" tituliert werden.

Es ist nicht ernsthaft zu bezweifeln, daß der Übergang eines imperialistischen Kernlandes wie der BRD zum Sozialismus mit schärfsten Klassenkämpfen verbunden sein würde, und daß sich höchstwahrscheinlich die Notwendigkeit ergeben würde, in einer bestimmten Phase des revolutionären Prozesses die Diktatur des Proletariats sehr entschieden anzuwenden, um die gegenrevolutionären Kräfte niederzuhalten und eine Konterrevolution (die letzten Endes wahrscheinlich zumindest chilenische Ausmaße haben würde) zu verhindern.

Wie kann jemand ernsthaft behaupten, in der Sowjetunion müsse heute, 60 Jahre nach der Revolution, wo die Herrschaft des „ganzen Volkes" angeblich unumstößlich gesichert ist, gegen ein paar Individuen die Diktatur des Proletariats mit größter Strenge angewendet werden – während er gleichzeitig den Übergang zum Sozialismus in der BRD als demokratischen Spaziergang, Arm in Arm mit Sozialdemokraten, Christen, Liberalen usw. usf. darstellt...?

Die Schlußfolgerung ist eindeutig: R e a l ist bei der DKP ihr bedingungsloses, uneingeschränktes Bekenntnis zu diktatorischen Maßnahmen gegen jede Art von Opposition im „realen Sozialismus". V e r l o g e n, scheinheilig hingegen sind die Behauptungen der DKP, sie strebe einen „demokratischen", „friedlichen" Weg zum Sozialismus im Bündnis mit SPD usw. usf. an. Gerade diese Scheinheiligkeit beweist, daß es der DKP in Wirklichkeit darum geht, mit Betrug, Ausmanövrieren von Bündnispartnern und Täuschung der Massen durch demokratische Sprüche sich an die Macht zu mogeln. Wäre die DKP e h r l i c h, so würde sie nicht bloß jedem neuen Terror-Urteil in der DDR und Sowjetunion zujubeln, sondern würde auch offen darüber sprechen, wie s i e mit linken Sozialdemokraten und anderen demokratischen Kräften in der BRD umspringen würde, falls sie die Macht hätte.

Oppositionelle = Agenten? – Da schmunzelt der Stalin!

Die DKP wird - den „realsozialistischen" Vorlagen folgend – nicht müde zu beschwören, daß in den Ländern des „realen Sozialismus" müde zu beschwören, daß in den Ländern des „realen Sozialismus" selbstverständlich n i e m a n d aus politischen Gründen verfolgt, gar vor Gericht gestellt und verurteilt werde. Verurteilt würden hingegen, so die offizielle Version, nur „Kriminelle".

Geht man den Dingen weiter nach, so hat die DKP durchaus recht: In der Sowjetunion, ebenso wie in jedem anderen Land, ist ‚Gesinnung' keineswegs strafbar, denn d e n k e n kann jeder, was er will. „Kriminell" jedoch kann er werden, wenn er auch darüber spricht oder gar schreibt. So weisen die „realsozialistischen" Strafgesetzbücher eine Reihe von Straftatbeständen auf, wie z.B. antisowjetische Agitation und Propaganda, Staatsverleumdung, Propaganda gegen die Freundschaft mit der Sowjetunion, Verächtlichmachung des Staates im Ausland. Und – so nun die offizielle Logik der DKP – wer gegen ein Strafgesetz verstößt, m u ß ein Krimineller sein (per Definition), k a n n also folglich gar kein politisch Verfolgter sein.

Inkonsequenz muß sich die DKP freilich vorwerfen lassen: Als dieser Tage gegen die „UZ" ein Strafverfahren wegen Staatsverleumdung (§ 90a) eingeleitet wurde (also ein Straftatbestand, der in den „realsozialistischen" Ländern häufig in Prozessen Anwendung findet!), sprach die DKP plötzlich von einem **„Gesinnungsprozeß"**!

Wäre die DKP ehrlich (aber sie i s t es nicht, wir wissen es schon!), so würde sie sagen, daß es in a l l e n Ländern der Welt politische Unterdrückung, die Unterdrückung politischer Anschauuungen auch mit Mitteln der Justiz und Polizei gibt – daß es aber ihrer Meinung nach darauf ankommt, wer wen und was unterdrückt. Wäre die DKP ehrlich, so würde sie sagen, daß es auch in der DDR politische Berufsverbote gibt – und daß diese Berufsverbote pauschal die vorbehaltlose Zustimmung der DKP haben.

Alles das sagt die DKP jedoch nicht (jedenfalls nicht offen und direkt), weil sie Wert darauf legt, sich hierzulande als die konsequenteste Vertreterin und Verteidigerin der „Demokratie als solche" hinzustellen.

Daß die DKP politische Gegner in den Ländern des „realen Sozialismus" allesamt zu „Kriminellen" stempelt, hat überdies auch noch den Vorteil der leichteren Diffamierbarkeit solcher politischen Gegner.

Eine besonders beliebte Variante dieser Art von „Kriminalität" ist der Vorwurf der „nachrichtendienstlichen Betätigung", der Spionage, der Agenten-Tätigkeit. Die historische Wurzel dieses Vorwurfs und seiner Anwendung geht auf die berüchtigten Moskauer-Prozesse der 30er Jahre zurück: Damals war (per Definition!) jeder Oppositionelle selbstverständlich auch ein Agent des Imperialismus – was damals mit dem Todesurteil gleichbedeutend war. Heute ist man schon viel humaner: mit Strafen zwischen 8 und 15 Jahren kommen diese verworfenen, von der menschlichen Gesellschaft verabscheuten Subjekte (Original-Jargon der sowjetischen Presse!) billig davon.

Die Tendenz geht in den politischen Prozessen des „realen Sozialismus" eindeutig dahin, daß immer m e h r Oppositionelle nicht bloß als irgendwie kriminell abgeurteilt werden, sondern der Vorwurf der Agenten-Tätigkeit zum festen Bestandteil jeder Anklage wird. Letzten Endes geht es dahin, daß j e- standteil jeder Anklage wird. Letzten Endes geht es dahin, daß j e- d e r Oppositionelle ein imperialistischer Agent ist, weil oppositionelle Betätigung gar nicht mehr anders gedacht werden kann außer als Tätigkeit für den Feind.

Der DKP ist dabei ein richtiger Kern ihrer Argumentation gar nicht abzustreiten: Wenn ein Oppositioneller in einem Land des „realen Sozialismus" irgendeine Art von Information ins Ausland gibt (sei es ein von ihm geschriebener Artikel, sei es ein Bericht über die Situation von politischen Gefangenen usw.), so liegt der Vorwurf der „nachrichtendienstlichen Tätigkeit" in der Regel wirklich nahe. Beispielsweise wird man kaum ernsthaft bestreiten können, daß zwischen Springer-Presse oder „Spiegel" einerseits, westlichen Nachrichtendiensten andererseits (BND) engere Beziehungen bestehen. Und angesichts der realen Konfrontation zwischen den Blöcken wird man auch davon ausgehen müssen, daß j e d e Art von Information aus den Ländern des „realen Sozialismus" für die Imperialisten von Interesse ist.

Natürlich gilt das auch umgekehrt. Als krasses Beispiel: Viele Linke haben es in den letzten Jahren erlebt, daß sie bei DDR-Besuchen freundlich zu „Gesprächen über beiderseitig interessierende politische Fragen" mit irgendwelchen Funktionären eingeladen wurden und dann unverhohlen mit der Bitte konfrontiert wurden, ein bißchen für die DDR-Nachrichtendienste zu spionieren.

Die DKP hat allerdings vollständig recht, wenn sie die Verlogenheit und Scheinheiligkeit anklagt, mit der sich der BRD-Staat über den „Fall Bahro" ereifert. Denn Fälle dieser Art sind auch den imperialistischen Staaten keineswegs fremd:

– In der BRD wurden in den 50er und frühen 60er Jahren gegen Mitglieder der illegalen KPD sehr häufig die Paragrafen des Strafgesetzbuchs über Hoch- und Landesverrat angewendet. Das heißt: der bloße Kontakt zu DDR-Funktionären galt als strafbare Handlung. **Mit demselben Effekt wie jetzt bei Bahro und anderen: Aus einem politischen Oppositionellen wurde ein „Krimineller" gemacht.**

– Anfang der 60er Jahre wurde die „Spiegel-Affäre" inszeniert: Kritik am aggressiven militärischen Konzept des BRD-Imperialismus wurde als Landesverrat u.ä. diffamiert, die Verantwortlichen wurden teilweise monatelang in U-Haft gesperrt.

– Im letzten Jahr wurde der Journalist Faust in U-Haft genommen, weil er Einzelheiten über die skandalösen Praktiken des BRD-Staats im Falle Traube an die Öffentlichkeit gebracht hatte.

– Um angesichts der zynischen Menschenrechtskampagne der US-Regierung ein aktuelles Beispiel aus den USA zu erwähnen: Ohne viel Aufsehen wurden gerade dieser Tage im US-Bundesstaat Virginia ein Regierungsangestellter und ein vietnamesischer Student zu jeweils f ü n f z e h n Jahren Gefängnis verurteilt. Angeblich hatten sie während des Vietnam-Kriegs Regierungsdokumente an Nordvietnam weitergegeben! („Welt", 10.7.78).

Es ist freilich bezeichnend, daß die DKP bei a l l e n politischen Prozessen des „realen Sozialismus" in erster Linie damit argumentiert, daß solche Prozesse „normal" seien, daß sie „überall auf der Welt üblich" seien, daß Spionage eben auch im ‚Westen' bestraft würde usw. Im be- seien, daß Spionage eben auch im ‚Westen' bestraft würde usw. Im be- sten Fall kann diese Argumentation beweisen, daß es im „realen Sozialismus" auch nicht schlimmer sei als im Kapitalismus. Nur: **Wie will man mit diesem Argument Menschen für den Sozialismus gewinnen?!** Zumal die meisten kapitalistischen Staaten immer noch darauf verweisen können, daß sie derart brutale Urteile wie in der Sowjetunion oder DDR derzeit tatsächlich nicht nötig haben.

Der generelle Vorwurf der Agenten-Tätigkeit ist die letzte Konsequenz der vollständigen Kriminalisierung jeder Opposition. Während Anklagen wie „Staatsverleumdung" oder „antisowjetische Agitation und Propaganda" den p o l i t i s c h e n Charakter der „Tat" immerhin klar erkennen lassen, geht der Vorwurf der Spionage o.ä. aufs rein „Kriminelle".

Zudem geht umgekehrt auch die Logik der imperialistischen Propaganda dahin, selbst eindeutige Spione, die in den Ländern des „realen Sozialismus" verurteilt werden, scheinheilig als „verfolgte Menschenrechtler" zu bejammern. Objektiv erleichtert diese imperialistische Propaganda es den Revisionisten, ihrerseits die Grenze zwischen Spionage und politischer Opposition zu verwischen. Denn wenn für die Imperialisten jeder Spion ein Menschenrechtler ist, dann kann für die „Realsozialisten" ebenso leicht jeder Menschenrechtler ein Spion sein. Die falsche Gleichung „Menschenrechtler = Spion" funktioniert auf beiden Seiten.

Ein Jagdschein für die „realsozialistische" Justiz

Angesichts der Häufung von großen politischen Prozessen in den Ländern des „realen Sozialismus" zeichnet sich immer einfacher eine Standard-Argumentation der DKP ab: Wer die herrschenden Verhältnisse in den „realsozialistischen" Ländern grundsätzlich kritisiert, dient auf jeden Fall dem Bestreben des Imperialismus, die Länder des „realen Sozialismus" zu destabilisieren. Bezeichnet sich der Kritiker gar selbst als Sozialist, so e r h ö h t das seine Gefährlichkeit (und damit folglich auch seine zu bestrafende Kriminalität) sogar noch. Denn, so behauptet die DKP, die Ideologie des „demokratischen Sozialismus" sei heute das H a u p t instrument der imperialistischen Strategie zur Aufweichung und Destabilisierung der Länder des „realen Sozialismus". Daß die imperialistische Propaganda jeden derartigen politischen Prozeß in den Ländern des „realen Sozialismus" groß aufgreift, um der eigenen antikommunistischen Hetze mehr Überzeugungskraft zu geben, dient der DKP als Beweis für die Richtigkeit ihrer Argumentation: Jammert denn die bürgerliche Presse nicht über Biermann und Bahro? B e w e i s t das denn nicht, daß Biermann und Bahro dem Imperialismus lieb und teuer sind?

Freilich, die DKP würde sich den umgekehrten Schluß energisch verbitten. Haben sich die Sowjetunion und die revisionistischen Parteien nicht sehr entschieden z.B. für die schwarze Bürgerrechtsbewegung der USA eingesetzt? Und ist das der Beweis, daß die schwarzen Bürgerrechtler der USA Kommunisten sind? Ja, die größten Reaktionäre im imperialistischen Lager haben tatsächlich so argumentiert. Aber eben nur d i e s e. Ein vernünftiger Mensch wird solche Argumentation schlicht als Demagogie zurückweisen.

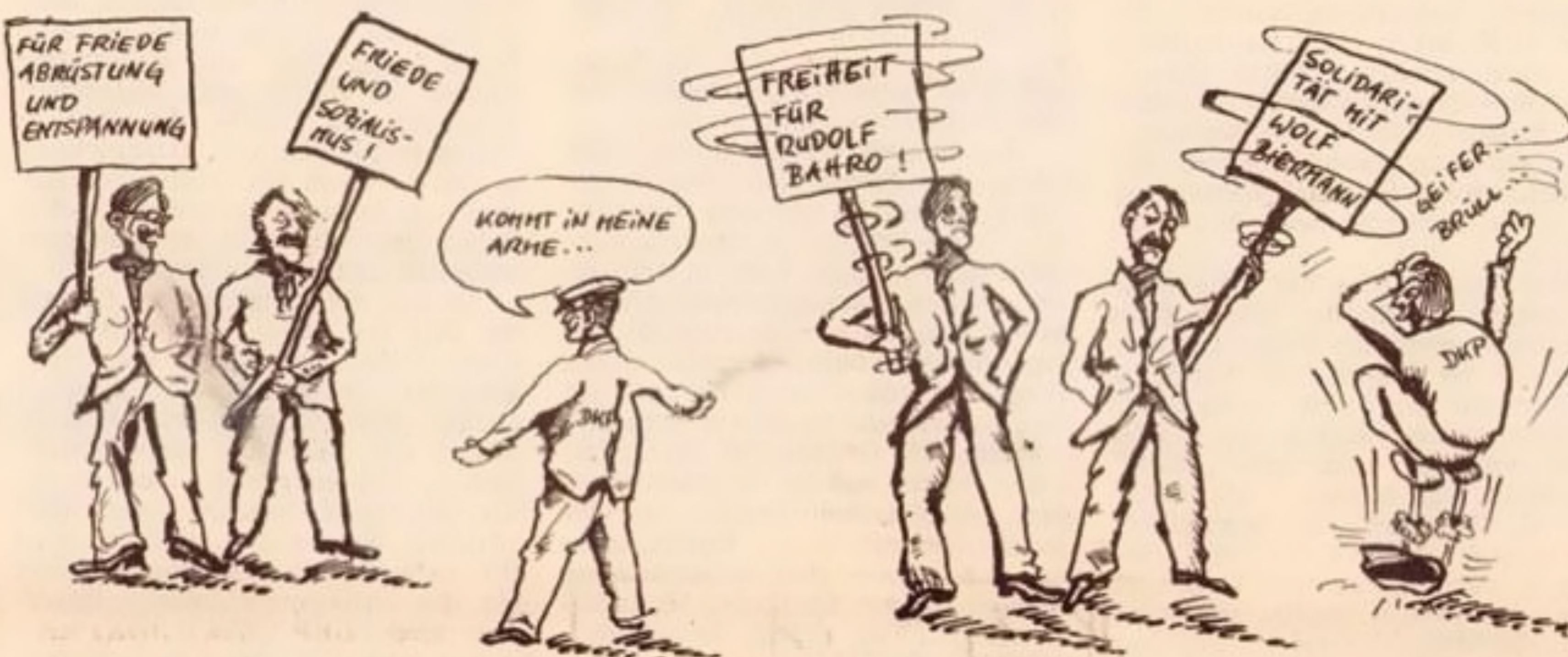
Es ist nicht zu bestreiten, daß sich die imperialistische Propaganda gern jeder politischen Opposition in den Ländern des „realen Sozialismus" bedient, auch und gerade der sich selbst als sozialistisch definierenden.

Denn dem Imperialismus kommt es sehr gelegen, wenn er darauf verweisen kann, daß in Sowjetunion, DDR etc. „sogar Sozialisten" verfolgt werden. Dieses Argument wird (durchaus erfolgreich!!) eingesetzt, um immer größere Teile der Linken in die antikommunistische Strategie des Imperialismus hineinzuziehen. Wenn Linke beispielsweise zur „Solidarität" mit dem Faschisten Solschenizyn aufrufen, wenn sie ausdrücklich Freiheit für a l l e politischen Gefangenen in den Ländern des „realen Sozialismus" fordern (einschließlich der Faschisten, Hakenkreuz-Schmierer, Antisemiten usw.), wenn sie die konterrevolutionären Ereignisse in der CSSR 1968 als „sozialistischen Frühling" hinstellen, dann zeigt all das eine sehr weitgehende politische Verwirrung und Verlust an einfachstem Urteilsvermögen. Und selbstverständ- wirrung und Verlust an einfachstem Urteilsvermögen. Und selbstverständlich wirft es ein bezeichnendes Schlaglicht auf die imperialistischen Interessen, wenn der in der BRD verfemte trotzkistische Ideologe Mandel ausgerechnet für eine Bahro-Veranstaltung plötzlich Einreise-Erlaubnis erhält. Auch ein Biermann wird sich überzeugen können, daß 90 % seiner politischen Äußerungen (nämlich die zu den Verhältnissen h i e r) von den bürgerlichen Medien glatt unterschlagen werden, während die übrigen 10 % (nämlich jede Äußerung zu den Verhältnissen des „realen Sozialismus") reichlich Aufmerksamkeit garantiert ist. In all dem ist viel Richtiges an der Argumentation der DKP.

Andererseits: Die imperialistische Strategie verfolgt ja ein doppeltes Ziel, nämlich einerseits die Destabilisierung der Länder des „realen Sozialismus" und zum anderen die Stabilisierung ihrer eigenen Herrschaft, indem die politische Unterdrückung in den Ländern des „realen Sozialismus" als Mittel der Abschreckung eingesetzt wird.

Das heißt, man muß die Frage stellen. Was nützt dem Imperialismus mehr – die Aktivität der politischen Opposition in den Ländern des „realen Sozialismus" oder aber deren brutale Unterdrückung mit langjährigen Haft- und Arbeitslager-Strafen? Unsere Antwort darauf: ein Bahro im Knast beispielsweise ist für die imperialistische Propaganda erheblich wertvoller als er es in Freiheit – und bei freier Meinungsäußerung – überhaupt sein könnte. Nicht Bahros „Alternative" ist das große Geschenk an die imperialistische Propaganda, sondern seine Verurteilung durch die DDR-Justiz.

Es ist ein Zynismus und eine Arroganz sondergleichen, wenn die DKP die in der Bevölkerung durch solche Urteile verursachte Abneigung gegen den „realen Sozialismus" kurzerhand als „Wirken des Antikommunismus" erklärt. Darin deutet sich schon die Mentalität derjenigen an, die in den Ländern des „realen Sozialismus" sehr schnell damit zur Hand sind, eigene politische Unzulänglichkeiten durch gesteigerte Unterdrückung wett zu machen. Dieselbe Arroganz zeigt sich, wenn die DKP-Studenten



dem VDS wegen seiner Solidaritätserklärung für Bahro vorwerfen, er habe damit eine „Verbeugung vorm Antikommunismus" gemacht. Diese Argumentation zielt auf moralische Erpressung und hat lange Zeit erstaunliche Erfolge für sich verbuchen können.

Nach der Argumentation der DKP beweist sich die Berechtigung eines Urteils gegen politische Oppositionelle in den Ländern des „realen Sozialismus" durch die imperialistische Propaganda g e g e n dieses Urteil. Diese imperialistische Propaganda bleibt kaum aus (einzige Ausnahme sind die Prozesse gegen die illegalen Kommunisten in Jugoslawien!) und sie ist natürlich umso stärker, je schärfer das Urteil ausfällt. Für die DKP bestätigt das dann, daß das Urteil eben auch in dieser Höhe vollauf gerechtfertigt ist.

Für die DKP ist daher selbstverständlich, daß sie n i e m a l s ein derartiges Urteil auch nur im geringsten in Frage stellt, weder inhaltlich noch in der Höhe. Nehmen wir den Bahro-Prozeß als Beispiel: Bekanntlich enthält das Urteil und die bisherige offizielle Kommentierung des Urteils kein einziges konkretes Wort über die gegen Bahro erhobenen Anklagen. Dieser Umstand wurde in der DKP-offiziellen Presse nicht einmal problematisiert, während sich die von der DKP kontrollierte „Deutsche Volkszeitung" noch zu der idiotischen Behauptung veranlaßt sah, Rücksichtnahme auf die Entspannungspolitik würde es der DDR verbieten, konkrete Angaben über die Bahro vorgeworfenen Verbrechen zu veröffentlichen.

Ähnlich gilt für die meisten politischen Prozesse in den Ländern des „realen Sozialismus", daß kaum konkrete Anklagepunkte veröffentlicht werden. Hier ist einfach Gottvertrauen gefordert: Wenn die DDR sagt, daß Bahro schuldig ist, dann wird's schon stimmen!...

Dasselbe gilt für die Höhe der Urteile: Steht erst einmal prinzipiell die (konkret gar nicht belegte!) angebliche Schuld des Angeklagten fest, so wird das Urteil beliebig. Die Kommentare der DKP-Presse wären kein bißchen anders ausgefallen, wenn Bahro nicht zu acht Jahren, sondern zu sechszehn Jahren verurteilt worden wäre. Und wäre gegen Bahro gar ein Todesurteil ausgesprochen worden, so hätte sich das auch nur so ausgewirkt, daß die Rechtfertigungsartikel in der DKP-Presse noch um einen Ton schriller und brutaler ausgefallen wären.

Es gibt, kurz gesagt, keinerlei Schranken mehr: Wer sich in Opposition zum „realen Sozialismus" begibt, i s t ein Krimineller (konkrete Schuldbeweise brauchen wir nicht) und j e d e s Urteil gegen ihn ist von vornherein gerechtfertigt. Der geringste Zweifel daran ist ein untrügliches Zeichen für das „Wirken des Antikommunismus".

Das Beispiel CSSR

Der herannahende 10. Jahrestag der Invasion und Besetzung der CSSR durch Truppen des Warschauer Pakts veranlaßt die DKP zu besonderen „ideologischen" Anstrengungen und Rechtfertigungsversuchen.

Die DKP argumentiert, daß die Entwicklung in der CSSR 1968 (sogenannter „Prager Frühling") in Richtung einer kapitalistischen Restauration verlaufen wäre – mit der Folge, daß die CSSR aus dem „realsozialistischen" Block herausgerissen und Teil des imperialistischen Machtbereichs geworden wäre. Dies, so argumentiert die DKP weiter, hätte nicht nur der Sache des Sozialismus geschadet, sondern auch das internationale Kräfteverhältnis zugunsten des Imperialismus verändert und damit den „Entspannungsprozeß" gefährdet, wenn nicht gar die Gefahr einer militärischen Konfrontation in Mitteleuropa heraufbeschworen.

Es gibt viele Linke, die die V o r a u s s e t z u n g e n dieser Argumentation der DKP in Frage stellen. Ihrer Meinung nach wäre die Entwicklung in der CSSR – ohne das Eingreifen des Warschauer Pakts – nicht in Richtung kapitalistische Restauration gegangen, sondern vielmehr in Richtung eines „echten" Sozialismus. Es gibt gute Gründe, diese These für illusionär und dumm, auf jeden Fall für völlig unrealistisch zu halten. Allein schon die weitere Entwicklung der Vorkämpfer des „Prager Frühlings" zeigt eindeutig, daß sie mehrheitlich höchstens als linke Sozialdemokraten einzustufen sind, und viele von ihnen haben sich noch erheblich weiter nach rechts entwickelt. Daß in einem Land, das sich selbst als sozialistisch bezeichnet, auch die Opposition sich dieser Bezeichnung bedient (mit Beifügungen wie „demokratischer Sozialismus", „menschlicher Sozialismus"), ist ebenso logisch wie die Tatsache, daß sich im 16. Jahrhundert die politische Opposition (beispielsweise die aufständischen Bauern) mit ihren Forderungen auf die Bibel berief.

Zudem müßten gerade Linke und Sozialisten begreifen, daß ohne eine revolutionäre Partei in der CSSR 1968 eine sozialistische Entwicklung ebenso unmöglich war wie in irgendeinem anderen Land. Andernfalls müßte man auf die Kräfte der Spontaneität vertrauen. Diese laufen aber gerade in einem Land mit deformiertem, unpopulärem „Sozialismus" durchaus nicht in Richtung eines „echten" Sozialismus, sondern viel eher in Richtung eines Kapitalismus „mit menschlichem Antlitz". Dubcek hat 1968 dieselben Parolen benutzt wie Soares 1975/76 zur Kostümierung der konterrevolutionären Gegenoffensive in Portugal. Warum sollte er sie anders gemeint haben als Soares?

Man könnte also der DKP-Argumentation bis hierher folgen (falls man auch noch die Frage ausklammert, ob die Truppen des Warschauer Pakts in der CSSR wirklich den Sozialismus verteidigt haben – oder nicht vielmehr bloß sein „reales" Zerrbild). Man könnte – würde man die Sowjetunion für sozialistisch halten und die CSSR vor 1968 ebenfalls – durchaus auf den Gedanken kommen, daß es legitim sei, wenn sich sozialistische Staaten gegenseitig (auch militärisch) gegen konterrevolutionäre Kräfte und Entwicklungen unterstützen.

Im Falle der CSSR 1968 ging es aber um etwas anderes: unbestreitbar gab es im August 1968 (und in der Zeit danach) nicht einmal eine relevante gesellschaftliche M i n d e r h e i t , die ein militärisches Eingreifen des Warschauer Pakts gewünscht oder zumindest nachträglich öffentlich begrüßt hätte. Es gab keine solchen relevanten Minderheiten in der Arbeiterklasse, es gab sie nicht in der ‚Kommunistischen' Partei, und es gab sie nicht einmal in der Partei- und Staatsführung. Dem Eingreifen des Warschauer Pakts fehlte somit selbst die minimalste Schein-Legitimation, auf die sich sogar noch die US-Aggression in Vietnam oder die Massaker der französischen Fremdenlegion in Zaire stützen konnten: die ausdrückliche Einladung durch die Regierung des betreffenden Landes.

Was es stattdessen gab, war der unübersehbare und weitgehend einhellige Protest der Bevölkerung der CSSR gegen die Besetzung ihres Landes. Was es gab, war sogar der Protest der gewählten Führung der „KP" der CSSR und der Staatsführung der CSSR. Es gab also – abgesehen von der behaupteten angeblichen objektiven Notwendigkeit der Invasion und Besetzung – nicht das geringste Element, das es gerechtfertigt hätte, von einer Hilfsaktion für die CSSR zu reden.

Wenn die DKP einen solchen Überfall für gerechtfertigt hält, so ergibt sich, daß überhaupt die militärische Unterdrückung j e d e s Volkes gerechtfertigt ist, das aus der „sozialistischen Staatengemeinschaft" auszubrechen wünscht.

Hier stellt sich nun die nächste Frage: Wenn der Überfall auf die CSSR im Namen der objektiven Interessen zu rechtfertigen war, warum sollte dann nicht beispielsweise auch ein Überfall auf die Bundesrepublik zu rechtfertigen sein. Objektive Gründe gäbe es doch genug, oder etwa nicht? Wenn es gerechtfertigt ist, ein Volk mit Gewalt in der „sozialistischen Staatengemeinschaft" zu h a l t e n , warum sollte man dann nicht mit demselben Recht auch ein anderes Volk gewaltsam in diese Gemeinschaft h i n e i n z w i n g e n dürfen? Hier versagt die Logik der „objektiven Notwendigkeiten".

Und eine weitere Frage: Was sagt der Überfall auf die CSSR und dessen Rechtfertigung durch die DKP über die Problematik des „friedlichen Übergangs zum Sozialismus" aus? Man erinnert sich, die DKP orientiert angeblich auf einen „friedlichen", „möglichst unblutigen" etc. Weg zum Sozialismus (d.h. zum „r e a l e n Sozialismus"). Im Programmentwurf der DKP heißt es dazu: „*Im harten Kampf muß durch die Arbeiterklasse und das ganze werktätige Volk der unvermeidliche Widerstand des Großkapitals überwunden und ein solches Übergewicht der zum Sozialismus strebenden Kräfte erreicht werden, das es ermöglicht, die Reaktion an der Anwendung blutiger Gewalt zu hindern und den für die arbeitenden Menschen günstigsten Weg zum Sozialismus durchzusetzen*".

Man beachte: In der CSSR sollen 1968 die Panzer des Warschauer Pakts notwendig gewesen sein, um eine kapitalistische Restauration zu verhindern und das Land in der „sozialistischen Staatengemeinschaft" zu halten. In der Bundesrepublik hingegen soll es möglich sein, sich an der Frage des bewaffneten Kampfs um die Staatsmacht irgendwie vorbeizumogeln. Der Gedanke ist total idiotisch: **Warum soll für die Rettung eines sozialistischen Landes vor der kapitalistischen Restauration m e h r militärischer Aufwand nötig sein als für den Sturz der Monopolbourgeoisie in einem imperialistischen Kernland?!**

Da wir die DKP-Ideologen zwar für Narren, aber nicht für Idioten halten, nehmen wir als sicher an, daß sie selbst nicht glauben, was sie uns da weiszumachen versuchen. Es ergibt sich dann eine bedrückende – aber höchstwahrscheinlich zutreffende! – Schlußfolgerung: **Hinter der Ablehnung revolutionärer Kampfmittel durch die DKP steckt der Gedanke an ein CSSR-Modell auch für die BRD!** Konkret: eine Koalitionsregierung DKP/SPD, die an einem bestimmten Punkt der Entwicklung die Panzer des Warschauer Pakts zwecks „brüderlicher Hilfe" ins Land rufen könnte, um einer (dann zweifellos vorhandenen!!) konterrevolutionären Gefahr bzw. der (dann ebenso realistischen!!) Gefahr einer Intervention der NATO in der BRD zu begegnen. Man erinnere sich an die Situation Portugals 1975/76, die klar zeigt, daß sich in einer derartigen Situation „o b j e k t i v e" Rechtfertigungen für eine Intervention des Warschauer Pakts ohne weiteres finden lassen. O b es eine solche Intervention gibt, ist dann die Frage des internationalen Kräfteverhältnisses, nicht aber von politischen Prinzipien.

Die Rechtfertigung der DKP für den Überfall auf die CSSR lehrt noch ein weiteres: Nach dem Verständnis der DKP bräuchte es nicht einmal eine Regierung der BRD zu sein, die die Truppen des Warschauer Pakts ins Land holt, sondern nur die DKP, vielleicht noch mit ein paar Gallionsfiguren aus der SPD.

Die DKP mag dies alles als „antikommunistische Unterstellungen" abtun. Indessen, um ein westdeutsches Sprichwort aus den frühen 60er Jahren zu zitieren: Nicht der Spiegel ist daran schuld, wenn das Gesicht schief ist!

Die DKP – ein nützlicher Idiot der Bourgeoisie

Die DKP bietet der westdeutschen Bevölkerung das höchst attraktive Bild eines „realen Sozialismus", in dem Oppositionelle schärfer unterdrückt werden als derzeit in der BRD oder den meisten kapitalistischen Ländern, in dem die Arbeiter noch nicht einmal ein Streikrecht haben (laut DKP „überflüssig"!) und in dem – siehe CSSR – notfalls auch ganze Völker gegen ihren Willen mit militärischer Gewalt in der „sozialistischen Staatengemeinschaft" gehalten werden sollen. Die DKP untermalt dieses Horrorgemälde auch noch mit wilden Drohgebärden gegen linke Strömungen in der BRD, aus denen klar hervorgeht, daß die DKP – falls sie nur könnte – diese linken Strömungen am liebsten verbieten und ihre Vertreter als „Agenten des Verfassungsschutz" einsperren lassen würde.

All dies wirkt ebenso abschreckend wie es auf der anderen Seite – durch die tatsächliche Bedeutungslosigkeit der DKP – Züge der Schmierenkomödie trägt. Eine Partei, die noch nicht einmal ein halbes Prozent Wähler für sich hat (und selbst von den Wählern der DKP sind noch nicht einmal die Hälfte auch tatsächlich Anhänger der DKP!), die aber in Orgien von Papier die Unterdrückung in den Ländern des „realen Sozialismus" als Ausdruck kommunistischer Politik bejubelt, wirkt am Ende eher widerlich als furcheinflößend.

Da sich die diktatorischen Gelüste der DKP fast nur auf dem Papier austoben (falls nicht gerade ein „UZ"-Pressefest Gelegenheit gibt, handfest an ein paar „Chaoten" die Vorstellungen der DKP über Meinungsfreiheit zu demonstrieren, **stellt sie für die Monopolbourgeoisie der BRD keinerlei Gefahr dar, sondern dient ihr vielmehr als Anschauungsobjekt für die antikommunistische Hetze:** Man braucht die DKP ja nur r e d e n zu lassen, um in der arbeitenden Bevölkerung die Gewißheit zu stärken, daß sie d i e s e n „realen Sozialismus" nicht will, sondern dann schon lieber bei dem bleibt, was sie hat. Kommunistische Politik wird auf diese Weise mindestens ebenso gründlich in Mißkredit gebracht wie durch das Treiben der „ML"er. Daß die DKP bei all dem auch noch von der „wachsenden Anziehungskraft des realen Sozialismus als positiver Faktor für die Entwicklung in der BRD" phantasiert, ist unfaßbar.

Die DKP hat sich darauf eingerichtet, die westdeutsche Linke und die anderen demokratischen Kräfte unseres Landes damit zu erpressen, daß sie jeden sofort als Antikommunisten und Freund von Strauß beschimpft, der sich ihren Vorstellungen nicht fügt (sei es über den „realen Sozialismus", über das Russell-Tribunal oder über die Probleme des Friedenskampfes). Diese Erpressung klappt derzeit immer schlechter. **Wenn die DKP bisher dreist behauptet, demokratische Politik sei hierzulande nur m i t der DKP möglich, so wird es – wenn die DKP nicht zur Besinnung kommt – schließlich so sein, daß demokratische Politik nur g e g e n die DKP möglich sein wird.** Schuld daran werden dann – man weiß es schon – natürlich wieder die bösen Chaoten und das Wirken des Antikommunismus sein.

„Arbeiterbund" zu Bahro

Die DKP-Nachtrab-Organisation „Arbeiterbund" – vornehmlich in Südbayern tätig – hat sich zum „Fall Bahro" geäußert („KAZ", 11.7.78). Der AB erwähnt zunächst, daß Springer-Presse, Trotzkisten und „KPD" gegen das Bahro-Urteil protestiert hätten. Es heißt dann: „*Spätestens hier muß jeder, der auch nur für 5 Pfennig Klassenbewußtsein hat, stutzig werden ... Von der Erscheinungsform – ein Mensch wandert acht Jahre hinter Gitter – kann man den Fall Bahro nicht beurteilen. Die richtige Fragestellung muß davon ausgehen, durch welche Klassenauseinandersetzungen ist dieses Urteil geprägt, wem nützt es*".

Diese Frage jedoch beantwortet die „KAZ" lieber nicht. Stattdessen erfährt man, daß die DDR ja nicht ein x-beliebiges Land sei, sondern der Nachbar der BRD, die „*von einer imperialistischen Bourgeoisie beherrscht wird, die ihresgleichen sucht*". Diese sei auf Rückeroberung der DDR aus. Bahro habe sich diesem Imperialismus „angebiedert". Die herrschenden Kräfte der DDR („neue bourgeoisie Machthaber" laut „KAZ") biedern sich (laut „KAZ") dem BRD-Imperialismus auch an, aber nicht so offen wie Bahro. Schlußfolgerung der „KAZ": „**Damit erübrigt sich die Frage, ob der AB auch gegen das Bahro-Urteil protestiert. Wir protestieren dagegen, daß die SED-Führung den Marxismus-Leninismus verraten hat und sich dem deutschen Imperialismus anbiedert**".

Hart geht die „KAZ" dann noch mit einem Kommentar der „UZ" (DKP-Organ) ins Gericht, in dem ihrer Meinung nach die Verurteilung Bahros nicht scharf genug verteidigt wurde: „**In der UZ keine harte, klare parteiliche Stellungnahme ...‚sondern ein zahnloses Gewinsel, man möge sich doch bitte an Verträge halten und Helsinki berücksichtigen**".

Man fragt sich, was diese Leute eigentlich außer Scheiße noch im Kopf haben ? Wie kann man behaupten, die Verurteilung eines demokratischen Intellektuellen in der DDR gehe die westdeutsche Arbeiterklasse einfach nichts an, wenn man gleichzeitig behauptet, in der DDR sei eine „neue Bourgeoisie" an der Macht? Soll man sich etwa nur mit den ganz lupenreinen Kommunisten (mit Gütesiegel des „Arbeiterbund") in der DDR solidarisieren? Und warum tritt der AB dann überhaupt noch (wenn auch recht selten) gegen die Unterdrückung demokratischer Intellektueller in der B R D auf? Wie vereinbart sich das dann auch noch mit der Tatsache, daß der AB in seinem Programm für die „Wiedervereinigung Deutschlands" eintritt? Totale Konfusion! und wie kann man der DKP vorwerfen, sie habe Bahros Verurteilung nicht „hart" und „parteilich" genug gerechtfertigt? Parteilich für w e n denn? Nach Lage der Dinge kann es doch nur um „Parteilichkeit" für die „neuen bourgeoisen Machthaber" in der DDR gehen. Was um alles in der Welt kann Kommunisten (und als solche geben sich die AB-Leute tatsächlich immer noch aus!) dazu bewegen, sich um die „Parteilichkeit" der DKP für ihre Geldgeber in Ostberlin zu sorgen?

Es ist tatsächlich eine Frage des Klassenstandpunktes: wenn man ernsthaft (!) davon ausgeht, daß in der DDR eine „neue Bourgeoisie" herrscht, dann wird man sich ganz bestimmt nicht gleichgültig gegenüber der brutalen Unterdrückung von Demokraten durch die „neue Bourgeoisie" zeigen, sondern wird sich auf die Seite der Demokraten stellen. – Und wenn man es ernst meint, wird man der DKP auch nicht mangelnde Parteilichkeit bei der Rechtfertigung jeder Unterdrückung im „realen Sozialismus" vorwerfen, sondern vielmehr ihre Rechtfertigungskampagne scharf angreifen als Unterstützung eines repressiven Regimes.

Die DKP-Argumentation hat gegenüber den närrischen Ausführungen des AB immerhin noch den Vorteil der Logik. Um der Logik willen sollten die AB-Führer endlich den von ihnen lange erörterten Schritt tun, in die DKP einzutreten!

Neue Prozesse in der UdSSR – Urteile werden immer härter

In der Zeit vom 10. - 15. Juli fanden in der UdSSR wieder „Dissidenten"-Prozesse statt, die mit drakonischen Strafen für die Angeklagten endeten.

Vor einem Gericht in der Stadt Kaluga wurde gegen den 41jährigen **Alexander Ginsburg** verhandelt. Vorgeworfen wurden ihm „subversive, gegen die Obrigkeit gerichtete Tätigkeiten", „Finanzierung feindlicher Tätigkeiten krimineller Elemente, einschließlich professioneller Mörder, früherer Bandenmitglieder und Henker der deutschen Faschisten". Darüber hinaus habe er ein „unmoralisches" Leben geführt, schwer getrunken und gestohlene Ikonen gekauft.

Die ersten beiden Vorwürfe beziehen sich vermutlich auf die Tatsache, daß Ginsburg einen von A. Solschenizyn eingerichteten „Fond" verwaltete und daraus die Familien politischer Gefangener unterstützte. Ungeachtet der politischen Ziele, die Solschenizyn selbst in bezug auf die UdSSR verfolgt, bleibt festzuhalten, daß Ginsburg die Gelder für den Fond regelmäßig über die offizielle sowjetische Außenhandelsbank überwiesen bekam.

Bereits von 1958 bis 1960 gab Ginsburg im 'Samisdat' (von Hand oder mit der Maschine vervielfältigte Untergrundliteratur in der UdSSR) eine Lyrik-Zeitschrift mit dem Titel „Syntax" heraus. Wegen „antiwowjetischer Agitation und Propaganda" und wegen der Fälschung einer Bescheinigung wurde er damals zu zwei Jahren Haft verurteilt. Nachdem er 1966 ein „Weißbuch" über die Prozesse gegen die Schriftsteller Julij Daniel und Andrej Sinjawski herausgegeben hatte, wurde er erneut zu fünf Jahren Arbeitslager verurteilt.

In seinem nunmehr dritten Prozeß erhielt Ginsburg acht Jahre Gefängnis.

Zu dreizehn Jahren Gefängnis wurde in Moskau Anatolij Schtscharanskij verurteilt. Ihm wurde vorgeworfen, „die Heimat verraten und bewußt der staatlichen Unabhängigkeit und der militärischen Macht der UdSSR Schaden zugefügt" zu haben, indem er „Staatsgeheimnisse" an Vertreter ausländischer Geheimdienste übermittelt habe. Schtscharanskij hatte in den vergangenen Jahren als Verbindungsmann zwischen den sowjetischen „Dissidenten" und westlichen Korrespondenten fungiert. Wie Ginsburg war er Mitglied der Moskauer „Helsinki-Gruppe".

In Vilnius (Wilna, Hauptstadt der litaunischen SSR) fand ein dritter Prozeß statt, in dem **Viktoras Pjatkus zu 3 Jahren Gefängnis, 7 Jahren Arbeitslager und 5 Jahren anschließender Verbannung verurteilt wurde.** Pjatkus war „antisowjetischer Agitation und Propaganda" sowie der Organisation „antisowjetischer Aktivitäten" angeklagt gewesen. Außerdem soll ihm Homosexualität und Verwicklung junger Leute in kriminelle Aktivitäten vorgeworfen worden sein.

Am 20. Juli wurde der frühere Rechtsanwalt **Lew Lukjanenko** – Mitgründer der ukrainischen „Helsinki-Gruppe" – wegen „antisowjetischer Agitation und Propaganda" zu **10 Jahren Arbeitslager und anschließenden 5 Jahren Verbannung verurteilt.**

Noch krasser als bei bisherigen „Dissidenten"-Prozessen wird an den jüngsten Verfahren in der UdSSR deutlich, daß so gut wie keine konkreten, nachprüfbaren Aktivitäten oder Vergehen angegeben werden. Der Vorwurf „antisowjetischer Agitation und Propaganda" etwa ist so allgemein wie nach Belieben auslegbar. Die Öffentlichkeit bleibt in der Regel ausgeschlossen, die Prozeßtermine werden erst kurz vorher bekanntgegeben, die Prozesse selbst dauern nur wenige Tage.

Appell italienischer Linker für die Freiheit von Rudolf Bahro

Zahlreiche Persönlichkeiten der italienischen Linken haben einen Appell für die Freilassung von Rudolf Bahro unterschrieben. Unter den Erstunterzeichnern sind Lucio Lombardo Radice (Mitglied des ZK der „KP" Italiens), Riccardo Lombardo (Mitglied der Führung der „Sozialistischen Partei"), Pietro Nenni (Ex-Führer der „Sozialisten"), Rossana Rossanda („il Manifesto"), Camilla Cederna, Guido Viale (Lotta Continua) und Dario Fo (Theatermann, „Bezahlt wird nicht", u.a.). Der Appell hat folgenden Wortlaut (Übersetzung aus „Lotta Continua" 7.7.78):

„Der kommunistische Ökonom Rudolf Bahro wurde wegen ‚Hochverrat', ‚Spionage' und ‚Verbreitung von Falschmeldungen' von einem Gericht der DDR zu acht Jahren Gefängnis verurteilt. In Wirklichkeit besteht die einzige Schuld von Rudolf Bahro, der seit seiner frühen Jugend in den Reihen der Kommunisten der DDR kämpfte, darin, daß er ein kritisches Buch über seine Erfahrungen als Parteimitglied und Leiter geschrieben hat, insbesondere im industriellen Sektor und in der Planung, und daß er dieses Buch im Verlagshaus der bundesdeutschen Gewerkschaften herausbringen ließ.

Die Verurteilung Bahros ist der letzte, schwerste Fall einer Verletzung der Menschenrechte, insbesondere des Rechts auf Meinungsfreiheit, die von den Führern der DDR begangen wurde – ausgehend von der Ausbürgerung des Liedermachers Wolf Biermann und der Isolation, die dem kommunistischen Philosophen Havemann aufgezwungen wude.

Im Namen der auch von der DDR unterschriebenen Prinzipien wenden wir uns an die Behörden der DDR: Sofortige Freilassung von Rudolf Bahro, der nichts weiter verschuldet hat, als daß er in seinem Arbeitszimmer die Ergebnisse seiner wissenschaftlichen Forschungsarbeit und seiner Erfahrung als Kommunist zusammengetragen hat".

KPB verurteilt „Dissidenten-Prozesse"

In einem Artikel der „Rode vaan" vom 13.7.78 wird kritisiert, daß bei den laufenden „Dissidenten"-Prozessen politische und ideologische Meinungsverschiedenheiten mit strafrechtlichen Delikten über einen Kamm geschert werden. Zudem seien die Anschuldigungen äußerst vage. *„Einen Oppositionellen als Verräter oder Spitzbuben zu behandeln, trägt nicht zur Entwicklung der Demokratie bei. Und für uns sind Demokratie und Sozialismus untrennbar verbunden."* Weiter heißt es, daß *„die Prozesse, die heute in der SU stattfinden, dem Sozialismus in keiner Weise dienlich"* sind.

Belgienkommission

„Aktionseinheit gegen die Aktionseinheit?"

Auf einer Podiumsdiskussion der Westberliner Sektion des Bundes demokratischer Wissenschaftler hat der Redakteur des „(West)-Berliner Extradienst", Martin Buchholz, sich zum Thema Bahro-Solidarität geäußert (ED, 14.7.78). Er setzte sich in seinem Beitrag schwerpunktmäßig mit der Tendenz der DKP-Führung auseinander, die Kritiker des Bahro-Urteils als „bewußt oder unbewußt" antikommunistisch zu diffamieren, aber auch die Tendenzen in einigen Bereichen der Linken, die DKP nun aus gemeinsamen Aktionen von vorneherein auszuschließen. Wir halten die Anregungen von Martin Buchholz für wichtig für den weiteren Diskussionsverlauf in der Linken bezüglich der Kritik des „realen Sozialismus", der Haltung zur DKP etc., und wollen deshalb die wichtigsten Passagen hier nachdrucken:

„Die UZ hatte bereits in ihrer Ausgabe vom 3.7. erläutert, jeder Bahro-Verteidiger folge bewußt oder unbewußt der These das j e d e Tätigkeit gegen den Sozialismus erlaubt sei. Aus dieser Sicht kann man verstehen, daß die hiesigen Kommunisten lieber auf solche Bündnispartner verzichten, die offenbar zu jeder Schandtat - so hieß das in der Anti-Biermann-Kampagne - gegen den Sozialismus bereit sind. Die Frage ist nur, ob wir uns mit solch einem Verdikt abspeisen lassen. Ich bin sicher, daß viele Kommunisten in Westberlin und in der Bundesrepublik - was immer sie von Bahro, von seinem Buch und von dem Urteil gegen ihn halten - mit einem solchen Urteil gegen solzialistische Kritiker des Bahro-Urteils nicht einverstanden sind. Die Parole, ‚Wer Bahro nicht mitverknackt, ist gegen uns' versucht auf simple Weise Widersprüche in den eigenen Reihen unterzubügeln, Diskussion zu verhindern, damit auch Diskussions- und Bündnisfähigkeit nach außen. Wer Widersprüche nur als fruchtbar erlebt und sie nicht fruchtbar machen kann, wird wieder und wieder nur Sprüche machen und auch nur Sprüchemacher dulden, die sich durch nichts und niemand an den ‚kommunistischen ' Karren fahren lassen. . Wir selber würden nun einen bösen Fehler machen, wenn wir uns als unliebsame und ungeliebte Kritiker einfach abdrängen lassen würden aus Aktionen, in denen die gemeinsame praktische Kritik an den Verhältnissen hier - und da sind wir uns ja weitgehend einig - wirksam werden. Sie wird nur wirksam werden, wenn wir in zumindest punktueller Aktionseinheit zusammengehen. Dann wird es für den , der neben uns geht, nicht ganz einfach sein, dem Gespräch über die Dinge, worin wir uns nicht einig sind, auszuweichen. Wer sich uns gegenüber borniert verhält, dem müßen wir noch lange nicht borniert gegenübertreten . . . ‚Gegen Aktionen mit SEW und DKP' - so triumphierte der ‚Tagesspiegel' am letzten Sonntag nach einer Bahro-Veranstaltung des ‚Langen Marsches'. Ehemalige SDS-Größen wie Dutschke, Rabehl und Fichter forderten dazu auf, zwar '. in Einzelfällen gegen die Berufsverbote bei DKP und SEW-Leuten zu protestieren. .' - es handelt sich hier offenbar um neue Form der Einzelfallprüfung - „ . . jedoch keine Aktionseinheit mehr mit der DKP und SEW als Organisationen gegen Berufsverbote einzugehen, weil sonst die Linke total unglaubwürdig wird.' Die hiesigen Kommunisten sagen also (siehe UZ): Wer Bahros Verurteilung verurteilt, der ist zu jeder Schandtat gegen den Sozialismus, den wir wollen bereit, und wer dazu bereit ist, mit dem wollen wir nichts mehr zu

Dutschke & Co. sagen: Wer Bahros Verurteilung nicht verurteilt, der ist zu jeder Schandtat gegen den Sozialismus, den wir wollen, bereit , und wer dazu bereit ist, mit dem wollen wir nichts mehr zu tun haben. Das ist die sich ergänzende Aktionsienheit gegen die Aktionseinheit . . Was mit Bahro geschiet, ist ein wichtiges Thema.

Ein anderes ist, was wir mit u n s geschehen lassen . . . .".

„KPD" verteidigt Repression in China

Die „KPD" fühlt sich bemüßigt, in ihrer „Roten Fahne" vom 19. Juli auf einen ihrer vielen, vielen wunden Punkte einzugehen: Das Mißverhältnis zwischen ihrer verlogenen „Solidarität" mit Bahro und anderen einerseits und ihrer vehementen Unterstützung der politischen Repression in China andererseits

„Sich für sie" (die politischen Gefangenen in China – Anm.) einzusetzen, käme **einer Solidarisierung mit faschistischen Verbrechern gleich".** Schweres Geschütz, fürwahr. Die „Viererbande" habe nämlich in China eine **„faschistische Schreckensherrschaft"** ausgeübt. *„Die Vier terrorisierten mit Banden ... die Arbeiterklasse"* usw. usf. Ansonsten seien jetzt *„nur wenige geschworene Anhänger"* der Vier *„in Untersuchungshaft"*, nämlich Leute, *„gegen die wegen des Versuchs, Machtpositionen an sich zu reißen, bzw. wegen schwerer Verbrechen wie Mord ermittelt wird". „Die wenigen Urteile, die ausgesprochen wurden, richten sich gegen Leute, die das Feuer auf Arbeiter und Werktätige eröffnet haben und an deren Händen Blut klebt, wie die Verfasser der ersten Wandzeitung in der Pekinger Universität 1966".*

Gewiß hat es in China auch v o r dem Hua-Putsch viele Fälle von Despotie und Repression gegeben – aber dafür rundweg die „Viererbande" verantwortlich zu machen (wie es jetzt die neuen Machthaber und ihr internationaler Hintergrund-Chor tun), zeigt schon, daß höchst unaufrichtig an das Problem herangegangen wird. Denn wie kann die „Viererbande", die im Politbüro und im ZK der KP Chinas nie mehr war als eine kleine Minderheit, und die in der Bürokratie kaum eine Basis hatte, für sämtliche Fälle von Repression, Ungerechtigkeiten, Schlägereien, Streiks, Erdbeben und Mißernten in jedem Winkel Chinas verantwortlich sein? **Daß hier an die stalinistische „Sündenbock"-Politik angeknüpft wird, ist offensichtlich.**



Betrachten wir diese Argumentation der Reihe nach:

1. Inwieweit es vor dem Hua-Putsch (Oktober 1976) in China bzw. Teilen Chinas eine „faschistische Schreckensherrschaft" gab, und wer eventuell dafür verantwortlich ist, sei dahingestellt, kann nämlich weder von uns noch von der „KPD" geprüft werden. Eine Tatsache ist allerdings, daß zu jener Zeit eine Delegation der „KPD" sowie ganze Scharen andern „ML"-Vereine aus aller Welt China bereisten und die Verhältnisse dort nach ihrer Rückkehr nicht anders als wahrhaft paradiesisch zu schildern wußten. Ebenso, wie sie es auch jetzt wieder tun. Wer sagt uns denn, daß die „KPD" nicht demnächst im Falle eines neuen Wetterumschwungs die h e u t i g e n Verhältnisse in China als „faschistische Diktatur" in Grund und Boden verdammen wird? Denn diese Art China-Reisender ist entweder naiv bis zur Idiotie, oder aber schlichtweg verlogen.

2. Selbst aus den sparsamen offiziellen Meldungen geht hervor, daß die Zahl der nach dem Hua-Putsch Inhaftierten, Deportierten und Abgeurteilten sehr hoch ist. Allein unter den Spitzenfunktionären (Mitglieder des ZK, Minister, Mitglieder der Revolutions- und Parteikomitees der Provinzen) muß diese Zahl allein nach den offiziellen Meldungen schon über 100 liegen. Bezeichnend ist dabei auch, daß die offiziellen Meldungen weder Details über die Anklagen noch das ausgesprochene Strafmaß enthalten. **Diese Prozesse entziehen sich also selbst der oberflächlichsten Beurteilung durch die linke Öffentlichkeit im Ausland noch weit mehr als die politischen Prozesse in der Sowjetunion oder DDR.**

3. Selbst die offiziellen Darstellungen widerlegen die Behauptung, die Angeklagten bzw. ein nennenswerter Teil von ihnen, habe eine „faschistische Schreckensherrschaft" ausgeübt. Vorgeworfen wird ihnen vielmehr: sie hätten die Freilassung politischer Gefangener gefordert, sie hätten deswegen Gefängnisse belagert oder gestürmt, sie hätten sit-ins auf Sitzungen von Partei- und Staatsorganen veranstaltet, sie hätten illegale Demonstrationen und Streiks organisiert, sie hätten Straßen gesperrt u.ä. Wie immer man diese Handlungen im Einzelnen beurteilen mag – es sind sicher nicht typische Handlungen faschistischer Despoten!

4. Entlarvend für die Verkommenheit der „KPD"-Führer ist besonders die Aussage, es würden „nur" Leute verurteilt, „an deren Händen Blut klebt" – und dies ausgerechnet in Zusammenhang mit den Verfassern der ersten Wandzeitung 1966. Mit dieser Wandzeitung wurde die Massen-Phase der Kulturrevolution eröffnet. Die Verfasser wurden damals zunächst von den revisionistischen Despoten verfolgt, inhaftiert, im Gefängnis gefoltert. Eine Wende brachte erst das persönliche Eingreifen Mao Tse-tungs, der den Verfassern der Wandzeitung übermitteln ließ: „Ich unterstütze euch von ganzem Herzen!"

Zu dem Vorwurf, an den Händen dieser Leute klebe Blut (und mit demselben Vorwurf werden heute in China offenbar Hunderte oder Tausende von Aktivisten der Kulturrevolution gejagt und eingesperrt, in Einzelfällen wohl gar zum Tode verurteilt!), ist folgendes zu sagen: Es ist nie ein Geheimnis gewesen, daß es während der Kulturrevolution Massen-Schlägereien, blutige Auseinandersetzungen zwischen einzelnen Gruppen, sogar einzelne Fälle bewaffneter Kämpfe gegeben hat. Dies wurde damals insgesamt so beurteilt, daß für diese Kämpfe im Wesentlichen die rechten Kräfte, die revisionistischen Despoten verantwortlich waren, die es beispielsweise verstanden, Arbeiter zu Überfällen auf Rotgardisten aufzuhetzen. D i e s e Einschätzung der Kulturrevolution wurde auch auf dem 9. und 10. Parteitag der KP Chinas (1969 und 1973) bestätigt. Erst n a c h dem Hua-Putsch haben die neuen Machthaber diese Einschätzung der Kulturrevolution auf den Kopf gestellt. Der Putsch bedeutet grünes Lich für einen blutigen Rachefeldzug der alten revisionistischen Despoten gegen die Aktivisten der Kulturrevolution: während erstere (soweit nicht eh schon vor dem Putsch geschehen) massenhaft „rehabilitiert" werden, müssen die Aktivisten der Kulturrevolution um Freiheit und Leben bangen.

Der Vorwurf, an den Händen irgendwelcher Aktivisten der Kulturrevolution klebe Blut, ist für sich genommen ein Hohn auf die revolutionäre Politik. Wenn man so will, klebte natürlich auch an Lenins Händen Blut, oder an Maos. Und wieviel Blut klebt an den Händen all der revisionistischen Despoten, die jetzt in ihre Ämter oder auf andere hohe Posten zurückkehren?!

Die „KPD"-Führer freilich, das ist absolut klar, k ö n n e n auf die Frage nach den politischen Gefangenen in China keine andere Antwort geben als die, die wir von der DKP zu hören kriegen, wenn es um Bahro und andere geht. Es ist die Theorie des „realen Sozialismus" (diesmal zur Abwechslung nicht in der Sowjetunion, sondern in China verwirklicht), die die „KPD"-Führer dazu treibt, j e d e m, aber auch wirklich j e d e m Schritt der chinesischen Machthaber ihren Segen zu erteilen.

U n s hingegen scheint die Parole angebrachter: Solidarität mit den gefangenen Genossen der Kulturrevolution in China!

Leserbrief zur Bahro-Solidarität

Die RGW-Kommission stellt anläßlich der Hamburger Bahro-Demonstration die Frage: „Warum so schüchtern, Genossen?" Ich will kurz meine „Schüchternheit" und Bedenken in Sachen Bahro-Solidarität begründen.

1. Die Linke, die heute gegen das Bahro-Urteil protestiert und die Verhöhnung der Prinzipien sozialistischer Demokratie durch den Revisionismus anprangert, scheint gar nicht zu merken, wem sie die Stange hält, wenn sie dermaßen blauäugig eine „Bahro-Kampagne" anzettelt, wie das allerorts geschehen ist. Die jüngsten Maßnahmen des US-Imperialismus (Lieferungsstopp für das Computersystem u.ä.m.) haben gezeigt, daß der Imperialismus sehr zielstrebig die Verfolgung der sog. Bürgerrechtler in den revisionistischen Ländern propagandistisch zu einer Verschärfung der aggressiven Politik gegen die Sowjetunion ausnützt. Die Hetze gegen die „Russen und Kubaner" in Afrika haben ebenso wie die neuerliche „Menschenrechtsoffensive" allein die Frunktion, ideologisch eine Konfrontationspolitik, eine Rückkehr in die Zeiten des „Kalten Krieges", der in Afrika schon längst zu einem Heißen geworden ist, und eine offene Kanonenboot-Politik gegen die Völker der Dritten Welt in der Bevölkerung abzusichern. Darauf haben wir immer hingewiesen. Schaut man sich aber die „Bahro-Kampagne", insbesondere auch die Hamburger Demo und den im AK 133 abgedruckten Redebeitrag an, so ist von dieser Einsicht nicht mehr viel zu spüren! In den wohl 800 Zeilen umfassenden Redebeitrag ist buchstäblich kein Wort über die Funktionalisierung der „Bürgerrechtler" für die imperialistische Propaganda und Kriegsvorbereitung zu finden. Kein Wort über die Ziele, die gerade die westdeutsche Bourgeoisie mit dieser Kampagne verfolgt! Und das in einer Situation, in der die bürgerliche Presse immer neue „Bürgerrechtler" hervorkramt (wie Nico Hübner und den US-Agenten Schtscharanskij!), um die Bevölkerung auf die Duldung/Unterstützung eines neuen imperialistischen Kreuzzuges im Namen der „Freiheit" gegen die Völker zu trimmen.

Der Protest gegen das Bahro-Urteil hat dann — und nur dann! — seine politische Berechtigung (und ist nur dann „politisch weitsichtig", was fälschlicherweise den Teilnehmer der Hamburger Demo vom AK angedichtet wurde), wenn er, wo immer er ertönt, mit der Entlarvung der verlogenen Propaganda des Imperialismus verbunden wird. Ansonsten bleibt er objektiv der „linke" Flügel dieser Propaganda!

Aus diesem Grund schließt sich jede Aktionseinheit mit der vaterländischen „KPD" in dieser Frage aus. Es sei denn, sie akzeptiert, daß in einem gemeinsamen Redebeitrag klar und unmißverständlich und mit der gleichen Schärfe, mit der das Terror-Urteil gegen Bahro attackiert wird, der „Feind im eigenen Land" auch bei dieser Frage aufs Korn genommen wird. Ist darauf etwa in Hamburg aus Rücksicht vor den Kritikern der imperialistischen „Appeasement-Politik" verzichtet worden? Für eine solche AE kann man sich bedanken ....

2. Der Protestschrei der westdeutschen Linken über das Terrorurteil gegen Bahro fällt in einer Situation, in der hierzulande die Bourgeoisie mit einer wachsenden Legitimationskrise ihrer politischen Herrschaft zu kämpfen hat. Diese Krise umfaßt auch den Bereich, wo sich die Bourgeoisie bisher am weitesten vorgewagt hat und wo sie sich — was die Zustimmung ihrer Maßnahmen in der Bevölkerung angeht — am sichersten wähnte: die Faschisierung des Staatsapparates. Die Enthüllungen der „FR" und des „stern" in den letzten Wochen und Monaten haben doch schlagartig die Chancen der Linken erhöht, ihre langjährig vorgebrachte, aber in breiteren Bevölkerungskreisen ungehört gebliebene Kritik an der Entwicklung des westdeutschen Polizeistaates wesentlich offensiver vorzubringen und in einer breitangelegten Agitation zu verstärken. Nichts dergleichen passiert. Stattdessen stürzt man sich in eine „Bahro-Kampagne". Wozu, frage ich mich, ist das Russell-Tribunal veranstaltet worden, wenn man jetzt, wo es in der Öffentlichkeit Früchte zu tragen beginnt, nicht am Ball bleibt, wenn die Linke nicht jetzt mit der „stern"-Serie „Freiheit 78" arbeitet, Protestaktionen organisiert etc.??

Man wird einwenden: „Man darf das eine nicht gegen das andere ausspielen!" Fakt ist jedoch, daß meterweise Protestpapier gegen das Bahro-Urteil produziert wird, das aber zu den zwei Jahren Knast für RA Groenewold eisiges Schweigen herrscht. Fakt ist ebenso, daß die Linke sich in der „Filbinger-Angelegenheit" so gut wie gar nicht eingemischt hat.

Solidarität mit Bahro — ja. Aber nicht auf Kosten des Antirepressionskampfes in der BRD!

Klaus, Göttingen

Wir möchten an dieser Stelle noch einmal unsere Aufforderung an alle Genossinnen und Genossen wiederholen, uns i h r e Position zu der strittigen Frage der Solidarität mit verfolgten Demokraten und Sozialisten in den Ländern des „realen Sozialismus" zu senden. Wir werden dann im nächsten AK – auch auf den vorstehenden Leserbrief – antworten.

RGW-Kommission



Aus Kirche und Gemeinde

Katholische Kirche-Aufbruch aus dem Mittelalter?

Es gibt gewisse Anzeichen dafür, daß die katholische Kirchenführung irgendwann zur Kenntnis nehmen muß, daß das Mittelalter schon vorüber ist; und im Grunde die „Aufklärung" für manche Menschen schon im 18. Jahrhundert begann.

Zum Abschluß einer Studie über das „Sozialprofil" der Katholiken, die zur Frühjahrssynode des Zentralkomitees der Katholiken vorgelegt wurde, beschreibt die Verfasserin die Rückständigkeit, das Ausbildungsdefizit und die soziale Unterlegenheit der Katholiken. Sie meint jedoch, daß ein gewisser Schritt nach vorne nicht zu verkennen sei und behauptet, daß Rechtgläubigkeit nicht durch Abstinenz von der modernen technischen wissenschaftlichen Kultur bewahrt werden kann, weil es Glauben

nicht zu verkennen sei und behauptet, daß Rechtgläubigkeit nicht durch Abstinenz von der modernen technischen wissenschaftlichen Kultur bewahrt werden kann, weil es Glauben

Durchschnitt angleicht.
In der Studie wird festgestellt, daß bei steigendem Bildungs- und Ausbildungsstand und bei geringerer Großstadtfeindlichkeit Zerfall des Glau-



künftig nicht mehr diesseits (der Aufklärung, wo sich das Zentralkomitee zur Zeit befindet, Anm. d. Verf.), sondern nur noch jenseits der Aufklärung geben wird („Frankfurter Rundschau" – „FR", 5.7.78).

Es zeigt sich in dieser Studie, daß die hierarchischen Systeme der Kirchen die Menschen abhängig und unmündig halten, wobei das katholische System offenbar am schlimmsten ist:

1. größerer Kinderreichtum, positivere Einstellung zu der Familie, höhere Sterblichkeit älterer Menschen
2. stärkere Kirchentreue auch junger Menschen
3. besonders niedrige Quote der Geschiedenen
4. Großstadtfeindlichkeit der Katholiken, bewirkt durch
5. Immobilität im letzten Jahrhundert
6. Katholiken sind schlechter ausgebildet – der Anteil der katholischen Besucher weiterführender Schulen ist wesentlich geringer
7. wegen des Rückstandes des Ausbildungsniveaus: Soziale Unterlegenheit und Unterrepräsentanz. *„Sogar in der führenden Schicht der Arbeiterschaft bleiben sie zurück"* („FR" vom 5.7.).

...

9. *„Katholiken haben ein gespanntes Verhältnis zu dem technisch naturwissenschaftlichen Bereich"* ... *„Scheu vor der universalen Rationalität"* („FR", 5.7.).
10. Bevorzugung konservativer Berufsfelder im Bereich der Fertigungsberufe. Stärkerer Anteil von Ungelernten und Angelernten.
11. *„ ... mit Ausnahme der Abgeordneten, Minister und Wahlbeamten sind sie in den einschlägigen"* („FR", 5.7.) Berufen mit höherer wissenschaftlicher, künstlerischer und sozialer Qualifikation anteilmäßig weniger vertreten.
12. weisen ungünstige Einkommensstruktur auf. *„Schon unter den Erwerbstätigen mit mittlerem Einkommen sind sie unterrepräsentiert"* („FR", 5.7.).
13. und 14. stellen fest, daß sowohl der Rückstand auf dem Bildungssektor als auch die soziale Unterlegenheit sich zu verändern beginnt und sich einem gesellschaftlichen Durchschnitt angleicht.

In der Studie wird festgestellt, daß bei steigendem Bildungs- und Ausbildungsstand und bei geringerer Großstadtfeindlichkeit Zerfall des Glaubens und Abwendung von der Kirche festzustellen sind. Nun wird man abwarten müssen, ob die katholische Kirchenführung vehement diesem neuen Bildungs- und Emanzipationsstreben ihrer Jugend sich entgegenstemmen wird, oder ob sie sich ein neues Mäntelchen – ein nachaufklärerisches – umhängen wird. Die Emanzipationsbestrebungen der größten katholischen Jugendorganisation konnte die Deutsche Bischofskonferenz noch gewaltsam parieren. (Der Bundesvorsitzende der KJG, Filsinger, lebte ohne Trauschein mit einer Frau zusammen und mußte nun nach jahrelangen Auseinandersetzungen schließlich gehen). *„Es habe einfach die Kraft gefehlt, durchzuhalten. Die Entscheidung sei in einer Situation der Angst gefällt worden und lasse einzelne auf Grund der Verhältnisse in unserer Kirche weiter resignieren"* („FR", 13.5.78).

Die am meisten der Bildung, der Ausbildung und Emanzipation aufgeschlossenen Menschen sind die Religionslosen. Die Protestanten liegen in der Mitte. Daß die Aufklärung bei den Evangelischen durchaus nicht überall zur Kenntnis genommen worden ist, zeigt die Auseinandersetzung um den Hamburger Pastor Paul Schultz, der sich erdreistete, auch als Pastor einige naturwissenschaftliche Erkenntnisse der letzten vierhundert Jahre mit in sein theologisches Denken einzubeziehen. Dafür handelte er sich ein „Lehrzuchtverfahren" ein. Der Hang der Kirchen- und Religionsführer zum Mittelalter ist unverkennbar.

Kirchenkommission

Zur Diskussion um das Thema „Jesus — ein Revolutionär?"

Ich finde die Diskussion in den beiden letzten Nummern des AK um die Frage, ob Jesus ein Revolutionär war, ausgesprochen interessant, aber sie scheint mir doch teilweise von etwas falschen Voraussetzungen auszugehen, indem sie die historische Figur Jesu mit Kategorien unserer Gesellschaft zu fassen versucht. Deshalb hier noch ein paar – sehr verkürzte – Bemerkungen dazu.

Ich denke, daß man die Frage nur aus der Geschichte des jüdischen Volkes betrachten kann. Dieses verstand sich als das auserwählte Volk Gottes; sein Glaube hatte sich noch unter der Gentilverfassung herausgebildet, also in einer Phase ohne nennenswerten Privatbesitz. Das – erst sehr viel später – niedergeschriebene Alte Testament ist denn auch vielfach eine Klage darüber, daß die alte, brüderliche Gemeinschaft verloren ging: im „Gesetz" (das keineswegs nur die zehn Gebote umfaßte, wie der Genosse der AK-Redaktion zu glauben scheint, sondern auch die „Ausführungsbestimmungen"), etwa in der Bestimmung, daß alle 50 Jahre (sieben mal sieben Jahre, Gnadenjahr des Herrn) die alten Besitzverhältnisse wiederhergestellt werden sollten: „Heiligt das fünfzigste Jahr und verkündet Freiheit im Lande für alle Bewohner. Ein Jubeljahr soll es für euch sein. Da soll jeder wieder in den Besitz seines Grundeigentums gelangen und jeder zu seinem Geschlecht zurückkehren." (Lev. 25, 10). Noch deutlicher wird die Verurteilung der Herausbildung von „Reichen" und „Armen" bei den Propheten, etwa bei Amos.

In dieser Tradition steht Jesus zweifellos. Aber eine wichtige Sache unterscheidet ihn von den alten Propheten: diese verstanden sich so, daß sie dem Volk (also d e n Juden als ethnologische Einheit) seine Verfehlungen vorhalten sollten; sie hielten – trotz anderer Tendenzen – letztlich daran fest, daß die Juden, Reiche und Arme, Gottes Volk seien und diese ihr Zusammenleben zu ändern hätten. Jesus bricht damit, indem er sagt, er sei gesandt „zu den Verlorenen des Hauses Israel" (Matth. 10,6 und 15,24). Zwar ist hier noch die Einschränkung auf das „Haus Israel" vorhanden, die später (eigentlich schon in Matth. 15,25 ff) überwunden wird, aber entscheidend ist doch, daß er nicht mehr das ganze Volk gleichermaßen anspricht. Die ethnologische Bestimmung des Volkes Gottes weicht einer soziologischen! Er bringt die Botschaft, daß die „Armen" das Volk Gottes sind, nicht die Juden. Dabei muß man wissen, daß der hebräische Begriff, den wir mit „arm" übersetzen, keineswegs unserem Wort „arm" im materiellen Sinne entspricht. Er wurde vielmehr verwandt zur Bezeichnung des gewöhnlichen Volkes, derer, die nach Meinung der Herrschenden Gott nicht kennen, die unwürdig, rechtlos, verachtet, politisch einflußlos sind. Eine wesentlich korrektere Wiedergabe wäre „die Unterdrückten". Das ganze Neue Testament ist voll von Aussagen, wo eindeutig klargestellt wird, daß der Gott Jesu ein Gott der Unterdrückten ist, daß diese sein Volk sind, und daß die Herrschenden sich zwar bekehren sollten (d.h. ihre Herrschaftsfunktion aufgeben), daß sie dazu aber praktisch unfähig sind („Eher geht ein Kamel durch ein Nadelöhr, als ein Reicher ins Reich Gottes gelangt"). Man denke nur an die ursprüngliche Form der Seligpreisungen bei Lukas, wo es heißt: „Selig ihr Armen, ihr Hungernden", usw. und „Wehe euch ihr Reichen, ihr Satten" usw. (Luk., 6,20 ff).

Und was nun die These angeht, Jesus predige ein nur bevorstehendes, zukünftiges Reich Gottes, so ist dies sicher falsch: das Reich Gottes ist „mitten unter euch" (Luk. 17,21). Die jüdische Vorstellung geht davon aus, daß Gott in der Geschichte und durch die Geschichte mittels seines Volkes handelt. So verhält es sich auch mit dem Gottesreich Jesu: es ist der Prozeß, in dem „Blinde sehen, Lahme gehen, Aussätzige ... rein (werden), Taube hören, Tote ... auferweckt (werden) und den Armen ... die Frohe Botschaft verkündet (wird)" (Matth. 11,5 und Luk. 7,22), also nichts anderes als der historische Befreiungsprozeß der Unterdrückten. Dieser Prozeß hat bereits begonnen, und er wird erfolgreich abgeschlossen werden, da in ihm Gottes Handeln sich geschichtlich verwirklicht – das ist, zusammengefaßt die Botschaft Jesu.

Natürlich ist dieser Jesus nicht der erwartete nationale Befreier des Judentums. Natürlich entspricht er nicht den Messiaserwartungen der herrschenden jüdischen Cliquen. Im Gegenteil, er verurteilt ihre „heilige, gottgeweihte" Herrschaft im Namen Gottes. Er, der selbst einer aus den Reihen der „Armen" ist, derjenigen, die das Gesetz nicht kennen und nicht einhalten, er hat die Frechheit, sich als Messias und seinesgleichen als Volk Gottes auszugeben! Deshalb, und nur deshalb, wird er verurteilt und umgebracht. Umgebracht in Übereinstimmung mit dem Gesetz. Er war, wenn man so will, kein Revolutionär, da er seine Gesellschaft nicht auf den Kopf gestellt hat und auch keine klare Anweisung gegeben hat, wie das geschehen solle – aber wie viele „Revolutionäre" haben schon eine erfolgreiche Revolution durchgeführt? Jesu Programm war revolutionär – wozu sonst Christenverfolgungen?

Ein Christ, Kommunist und AK-Leser aus Bonn

Antwort eines AK-Genossen
Die besondere Ausrichtung der „Predigt" von Jesus auf die „Armen" (was bei Jesus nicht so sehr als „Un-
Menschen politische Inhalte nicht anders begreifen und ausdrücken können als durch religiöse Symbole von „Gottesreich" etc. Zur Erinnerung ein Beispiel: rund 100 Jahre
(Das Gesetz und die Propheten steht im Hebräischen als Bezeichnung für den Text des Alten Testaments). „Ich bin nicht gekommen, um aufzulösen, sondern um zu e r f ü l l e n.

Antwort eines AK-Genossen

Die besondere Ausrichtung der „Predigt" von Jesus auf die „Armen" (was bei Jesus nicht so sehr als „Unterdrückte" zu verstehen ist, sondern eher als „Ausgegrenzte" – also „Sünder", Prostituierte, Kriminelle, Leute mit ansteckenden Krankheiten u.ä.m.) ist unbestreitbar. Und doch muß dem Genossen aus Bonn widersprochen werden:

a) steht der Ausdruck „Verlorene (Schafe) des Hauses Israel" an den angegebenen Stellen der Bibel in Zusammenhang mit dem Befehl, Jesu „Jünger" sollten **„nicht zu den H e i d e n"** (d.h. den nicht-jüdischen Völkern) **„gehen, sondern ausschließlich zu den verlorenen Schafen aus dem Hause Israel."** Aus diesem Zusammenhang ergibt sich, daß mit „verlorenen Schafen aus dem Hause Israel" zum einen die außerhalb Judäas verstreut lebenden Juden gemeint sein könnten (vgl. dazu z. B. Jeremia 31,10: *„Der Gott, der Israel zerstreut hat, der wird's auch wieder sammeln und wird sie hüten wie ein Hirte seine Herde"*); zum anderen wird der Begriff des „verlorenen Schafs" in der Bibel häufig auch als Wort für „Sünder" gebraucht, also für vom Glauben abgefallene Juden (bzw. Juden, die sich nicht streng an die religiösen Vorschriften halten). Bei „verlorenen Schafen" a l l g e m e i n an Unterdrückte zu denken, scheint mir aus der Bibel heraus nicht statthaft.

b) Die besondere Hinwendung von Jesus zu den „Armen" wird in der Bibel n i c h t so interpretiert, daß n u r die „Armen" das Volk des kommenden „Gottesreichs" sein sollten. Diese besondere Hinwendung wird vielmehr s o begründet: **„Die Starken bedürfen keines Arztes, sondern die Kranken. Ich bin gekommen, zu rufen die S ü n d e r zur Buße, und nicht die Gerechten"** (Jesus lt. Markus 2,17, Matth. 9,14 und Lukas 5,33 ff).

c) Jesus ruft lt. Bibel an einer Stelle aus: *„Wie schwer werden die Reichen in das Reich Gottes kommen!"* und fügt hinzu, ein Kamel würde eher durch das „Nadelöhr" gehen (ein enger Paß in Palästina), als daß ein Reicher in das „Gottesreich" kommen würde. Als die „Jünger" daraufhin fragten: „Wer kann denn dann überhaupt ins Gottesreich kommen?", antwortet Jesus jedoch: *„Bei den Menschen ist's unmöglich, aber nicht bei Gott"* (Markus, 10,23 ff). Dies relativiert die Aussage über „die Reichen" wohl doch wieder.

Es ist m.E. überdies ein grundsätzlicher Fehler, wenn man meint, in der damaligen Zeit hätten die **Menschen politische Inhalte nicht anders begreifen und ausdrücken können als durch religiöse Symbole** von „Gottesreich" etc. Zur Erinnerung ein Beispiel: rund 100 Jahre v o r Jesus machte in Italien der „Spartacus-Aufstand" den Herren des Römischen Imperiums schwer zu schaffen. Und schon gut 150 Jahre vor Jesus hatten die Brüder Gracchus in Rom versucht, tiefgehende soziale Reformen durchzusetzen (beide wurden ermordet). – Liest man hingegen die Bibel, so findet man, daß Jesus vielerorts in sogenannten Gleichnissen seinen Anhängern das „Gottesreich" (auch: „Himmelreich") begreiflich zu machen versucht. In all diesen Gleichnissen wird man aber schwerlich etwas finden, was sich als symbolische Umschreibung eines sozialen Reformprogramms deuten ließe. Hätte er ein s o l c h e s Programm gemeint, so hätte er das auch nicht in einer verschrobenen Weise auszudrücken brauchen, die – wie in der Bibel berichtet – selbst von seinen engsten Anhängern vielfach nicht verstanden wurde. Die Menschen waren nämlich auch damals nicht soweit in religiösem Schwulst erstickt, daß ihnen klare p o l i t i s c h e Inhalte nicht direkt zu vermitteln waren.

Abgesehen von der in der Tat seltsamen Textstelle Lukas 17,21 (die m.E. nicht zu übersetzen ist als „mitten unter euch", sondern eher als „das Gottesreich wird in euch drinnen sein"), spricht Jesus übrigens durchweg von einem „kommenden", „zukünftigen" Reich, das er als „nahe bevorstehend", aber eben noch nicht als angebrochen bezeichnet.

Abschließend noch ein Wort über das Verhältnis von Jesus zur jüdischen Religion: m.E. gibt es nicht den allerkleinsten Anhaltspunkt für die These des Genossen aus Bonn, daß Jesus einer „derjenigen (war), die das Gesetz (d.h. die Vorschriften der jüdischen Religion, im engeren Sinn die Thora, also die „Fünf Bücher Moses") nicht kennen und nicht einhalten". Daß Jesus ein glänzender Kenner der alttestamentarischen Schriften war, ist allzu offensichtlich. Überdies scheint e r für seine Person sich auch an die religiösen Vorschriften gehalten zu haben. Wie sonst wäre es zu erklären, daß seine Gegner zwar ständig dagegen polemisierten, daß die A n h ä n g e r von Jesus sich nicht an „das Gesetz" halten, aber n i e m a l s einen entsprechenden Vorwurf gegen Jesus s e l b s t richten können?! An einer Stelle der Bibel wird Jesus mit den Worten zitiert: „Glaubt nicht, daß ich gekommen sei, um das Gesetz und die Propheten aufzulösen" (Das Gesetz und die Propheten steht im Hebräischen als Bezeichnung für den Text des Alten Testaments). *„Ich bin nicht gekommen, um aufzulösen, sondern um zu e r f ü l l e n. Und ich sage euch: Bis Himmel und Erde untergehen, soll kein Jot und kein ‚Tüttelchen'* (Anm.: Jot ist der kleinste Buchstabe des hebräischen Alphabets, mit ‚Tüttelchen' ist ein kleines Satzzeichen gemeint) *vom Gesetz aufgehoben werden ... Wer nur e i n e s von den kleinsten Geboten auflöst und danach die Leute lehrt, der wird im Himmelreich der Allerkleinste sein; wer sich aber an das Gesetz hält und es lehrt, der wird im Himmelreich ein Großer sein"* (Matth. 5,17 ff). Das heißt: Jesus wendet sich gegen eine ritualisierte „Frömmigkeit" (a n s t e l l e solidarischer zwischenmenschlicher Verhaltensweisen), wie sie von der herrschenden Orthodoxie propagiert wurde und wendet sich besonders gegen deren Heuchelei gegenüber „Sündern" – nicht aber gegen „das Gesetz".

Ein Genosse der AK-Redaktion

Stinkt Geld?

Die Hamburger Aktion Stromzahlungsboykott, initiiert von der „Initiative kirchlicher Mitarbeiter und gewaltfreie Aktion", hat jetzt Schwierigkeiten bekommen – allerdings nicht mit der HEW, sondern mit der kirchlichen Bank – evangelische Darlehensgenossenschaft, Bank für Kirche und Diakonie.

Die Aktion dieser Gruppe besteht darin, 10 % der monatlichen Stromrechnung aller Beteiligten auf ein Treuhandkonto zu zahlen. Es beteiligen sich ca. 350 Haushalte daran, und inzwischen sind 12.000,– DM zusammengekommen. Die kirchliche Bank kündigte nun das von zwei Rechtsanwälten verwaltete Treuhandkonto. Bundesbankdirektor a.D. Kemmelmeier – der Vorstandsvorsitzende dieser kirchlichen Bank – begründete diesen Schritt: *„Dieses Institut habe sich Privatpersonen als Bankverbindung zur Verfügung gestellt und ‚nicht als Plattform für politische Auseinandersetzungen'* " („FR", 10.7.78).

Was mögen das für noble „Privatpersonen" sein, die es nicht ertragen können, daß ihre „Bankverbindung" auf einem Flugblatt der Aktion Stromzahlungsboykott zu lesen ist?

Kirchenkommission

CDU fordert Säuberung der Kirchen

Eine Kommission „Kirche und Staat" der CSU hat in einem Grundsatzpapier als wichtige Aufgabe für die Partei herausgestellt, *„den Einfluß linker Gruppen in den Kirchen zurückzudrängen"* („Frankfurter Rundschau" – „FR", 17.7.78).

Auf der einen Seite fürchtet die CSU eine *„gefährliche Politisierung der Kirchen": „In Überschreitung des christlichen Auftrages und in Mißachtung des christlichen Menschenbildes vermengten diese Kräfte christliche Verkündigung und sozialistische Politik miteinander"* („FR").

Auf der anderen Seite soll die CSU sich aber auch mit einem *„weitverbreiteten apolitischen Christentum"* auseinandersetzen. Ein solcher verinnerlichter Glaube isoliere die Kirche von der Gesellschaft und *„verkenne die religiösen Motive politischen Handelns und öffne radikalen Tendenzen Tor und Tür"* („FR").

Politisierte Kirche oder unpolitische Kirche – beides führt noch nicht zu den „Werten" der CSU und ihrem „Menschenbild". Deswegen will die Partei die Diskussion um Ehe, Familie, Erziehungsziele, die die eigenen Reihen gar schon zu zersetzen drohen, abbrechen. Es gehe heute darum, *„in den ethischen und politischen Aussagen der Partei und in der Erziehung den Zusammenhang zwischen dem christlichen Menschenbild und unseren politischen Grundeinstellungen deutlich zu machen"*. Dazu gehören: *„Treue, Dienst, Opfer, Verzicht, Hingabe, Hilfsbereitschaft und so unverzichtbare Lebensräume wie Heimat, Vaterland und Staat"* (nach „FR" vom 17.7.78).

Kirchenkommission

Kirche in Lateinamerika

Im Oktober 1978 soll in Puebla (Mexiko) die alle zehn Jahre tagende Konferenz aller Lateinamerikanischen Bischöfe stattfinden. 1968 in Medellin setzten sich dort wesentliche Aspekte der „Theologie der Befreiung" durch; also eindeutige Stellungnahmen gegen die Militärregierungen und für den Kampf gegen Unterdrückung. In der Zwischenzeit haben sich reaktionäre Kräfte bemüht, diesen Kurs der Christen und vieler „Würdenträger" in Lateinamerika zu verändern. Insbesondere gehen starke Aktivitäten aus von Europa, u.a. auch von der BRD. In letzter Zeit sind durch ein Memorandum katholischer Theologen die Aktivitäten eines Studienkreises „Theologie und Befreiung" bekanntgeworden, dessen Vorsitzender Bischof Hengsbach ist; diese reaktionäre Vereinigung unterstützt die Wühlarbeit des rechtsradikalen kolumbianischen Bischofs Trujillo und des vom CIA geförderten Paters Roger Vekemaans. Es wird befürchtet, daß die diesjährige Bischofskonferenz auch mit Hilfe europäischer Unterstützung wieder einen erheblichen Rechtsschwenk machen wird.

Erfreulich zu hören ist hingegen, daß bei einer Vorbereitungssitzung in Bogota (Kolumbien) des lateinamerikanischen Bischofsrates starke Kritik an den lateinamerikanischen Militärregierungen geübt wurde. Die Bischöfe *„beschuldigten die Militärs, ihre Staaten aufzurüsten – selbst um den Preis des Hungers ihrer Völker"* („Frankfurter Rundschau", 11.7.78). Die Konferenzteilnehmer beklagten die *„herrschende politische, soziale, wirtschaftliche und religiöse Krise in Lateinamerika"* (laut „FR")!

Kirchenkommission

Vatikan in der Zwickmühle

Erstmalig muß nun der Vatikan sich mit dem Radikalenerlaß der BRD auseinandersetzen.

Anton Brenner – katholischer Religionslehrer – soll seine Lehrbefugnis für den Religionsunterricht nicht erhalten. Gleichzeitig soll er wegen DKP-Mitgliedschaft aus dem Schuldienst entlassen werden (er lehrt außerdem noch Deutsch). Hätte Brenner aber die kirchliche Lehrbefugnis, so könnte die Schulbehörde wegen des Konkordates von 1933 ihn nicht als Religionslehrer zurückweisen.

Nachdem Brenner bei allen katholischen Instanzen in der BRD nicht sein Recht erhielt, macht er nun von dem Recht eines jeden Katholiken Gebrauch und wendet sich in seiner dringenden persönlichen Angelegenheit direkt an den Papst (Paule). Nun wird es natürlich interessant, ob Paul für die BRD besondere theologische Kriterien entwickelt gegenüber Italien und Frankreich, wo es den Radikalenerlaß bisher nicht gibt und wo eine Reihe von kommunistischen Lehrern die katholische Lehrbefugnis haben.

Ob nun die heiligen Römer einen Trick finden, diesen augenfälligen Widerspruch zu übertünchen oder aber, ob Brenner, mit päpstlichem Heiligenschein versehen, dem Radikalenerlaß trotzen wird, wird sich zeigen.

Der Münsteraner Theologieprofessor Horst Herrmann meint dazu: *„Die Römer haben schon x-mal zu erkennen gegeben, daß sie bereit sind, Fünfe gerade sein zu lassen"* („Spiegel" 27/78)

Kirchenkommission

Kurzmeldungen

Hessische Synode vertagt Tarifverträge

Nach der Grundsatzentscheidung der Nordelbischen Kirche für Tarifverträge mit den Gewerkschaften, wenn auch unter zum Teil unzumutbaren Bedingungen, wurde der Durchbruch in der als reformfreudig geltenden Hessisch-Nassauischen Kirche erwartet. Die Synode vertagte aber das brisante Thema, da ihre Entscheidung möglicherweise Signalwirkung gehabt hätte.

Den von den Kollegen bekämpften sogenannten „Dritten Weg", Bildung arbeitsrechtlicher Kommissionen, haben bislang erst die Landeskirchen in Bayern, Niedersachsen und Baden übernommen. Die Zeit drängt!

***

Krach um „Brot und Rosen"

Die kirchlichen Mitarbeiter haben ein Buch! Und da die Bibel nicht ausreicht, kauften sie noch ein Buch, und weil sie in einer Beratungsstelle arbeiten, in der es auch um Schwangerschaftsabbrüche geht, hieß dieses Buch „Brot und Rosen". Und da gibt es einen ehemaligen Kirchenvorsteher, Uwe Wedekind heißt er, der seinerzeit kräftig mitgeholfen hat, die Gemeinde in Hamburg-Kirchdorf zu zerstören und dafür zu sorgen, daß der Pastor Werner versetzt wurde. Doch das reicht ihm offensichtlich nicht. Wie auch immer, er ist an obiges Buch herangekommen, hat es gelesen und folgende gar nicht falsche Formulierung gefunden, die Kirche sei *„die älteste, größte und bestorganisierteste Verbrecherorganisation aller Zeiten"*.

„Bild" (13.6.) und „Hamburger Abendblatt" (14.6.78) berichteten entsprechend, und der berüchtigte Propst Stein will den Kirchenkreisvorstand damit beschäftigen.

Es ist an der Zeit, diesen Herren das Handwerk zu legen!

vorstand damit beschäftigen.
Es ist an der Zeit, diesen Herren das Handwerk zu legen!

***

Sechzehn Erzieher gekündigt!

Sechzehn Erzieher des Jugendgemeinschaftswerkes in Büsum ist vom Diakonischen Werk in Rendsburg fristlos gekündigt worden. In einem Brief an das schleswig-holsteinische Landesjugendamt distanzierten sich die Mitarbeiter von den pädagogischen Entscheidungen und Anordnungen der Heimleitung. Daraufhin wurde ihnen fristlos gekündigt („epd" 29/78).

Wir werden weiter berichten.

***

CDU gewinnt gegen Norderstedter Pastor

Im Herbst hatte der Norderstedter Pastor Theodor Leskow in einem privaten Brief die Ansicht vertreten, die „Terroristen wären die Erfüllungsgehilfen der CDU/CSU". Daraufhin bezeichnete die CDU den Pastor in einem Flugblatt als „Schreibtischtäter" und „Verharmloser der Terrorszene" (der AK berichtete hierüber). Der Kirchenvorstand beantragte ein Strafverfahren gegen die CDU. Am 11.7.78 erklärte ein Sprecher der Staatsanwaltschaft Kiel, daß das Verfahren eingestellt sei und daß die Vorwürfe der CDU „im täglichen Parteienstreit" vertretbar seien („epd" 29/78).

***

Boykottaktion gegen Südafrika

„Kauft keine Früchte der Apartheid" ist das Motto der Boykottaktion der Evangelischen Frauenarbeit. Der Anlaß war das Verbot der südafrikanischen Frauenorganisation „Black women federation" im letzten Jahr. Initiatorin ist Pastorin Sigrid Römmelt von der Frankfurter Zentrale der Evangelischen Frauenarbeit. Geplant sind Plakataktionen, Handzettel und Veranstaltungen der überörtlichen und gemeindlichen Gruppen. Richtig losgehen wird es im November, wenn die Saison der Südfrüchte anfängt („Frankfurter Rundschau", 29.6.78).

***

Bundesarbeitsgericht für reaktionäre Kirchendoktrin

Am 25.4.78 bestätigte das Bundesarbeitsgericht in Kassel die Kündigung einer Kindergärtnerin durch eine katholische Kirchengemeinde in einem Grundsatzurteil. Anlaß der Kündigung war die Heirat der Kindergärtnerin mit einem vormals geschiedenen Mann gewesen. Zur Begründung erklärte das Gericht, *„die der Kirche gehörenden, konfessionellen Kindergärten hätten einen besonderen Erziehungsauftrag zu erfüllen. Eine hier arbeitende Betreuerin könne aber nur dann als glaubwürdig erscheinen, wenn sie sich den wesentlichen Grundsätzen der katholischen Glaubenslehre selbst verpflichtet fühle und sich auch danach verhalte."* (nach NN vom 29.4.78).

***

Rassismus ist Sünde!

Bei einer Pressekonferenz zu Beginn eines Besuches in Tansania erklärte der Generalsekretär des Weltrates der Kirchen, Phillip A. Potter, die Position seiner Organisation zur Situation im südlichen Afrika: *„Rassismus ist Sünde. Die Menschen in Zimbabwe, Namibia und Südafrika kämpfen darum, daß das System der Regierung, welches den Rassismus verewigt, sich ändert. Die Christen in der Welt haben eine Verpflichtung, auf jede nur mögliche Weise diese Menschen zu unterstützen. Die Minderheitsregierungen im südlichen Afrika haben allen friedlichen Verhandlungen ihre Ohren verschlossen.*

rungen im südlichen Afrika haben allen friedlichen Verhandlungen ihre

Ohren verschlossen. Die Unterstützung umfaßt materielle und moralische Hilfen. Investierungen und Waffenkäufe müssen beendet werden." (Tans. Daily News, 7.4.78).

***

Vikare für Wirtschaftsboykott

Die nordelbischen Vikare fordern in der BRD auf, sich für einen Wirtschaftsboykott gegen Südafrika auszusprechen. In ihrem „Offenen Brief" vertreten sie weiterhin die Auffassung, daß in Südafrika nur die Betroffenen selbst über die Formen des Widerstandes entscheiden könnten (epd 20.6.78).

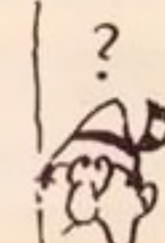
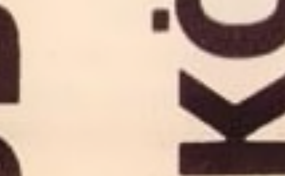
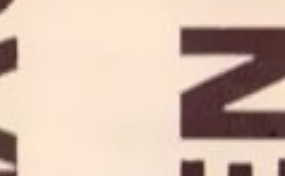
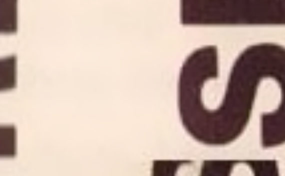
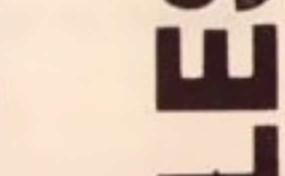
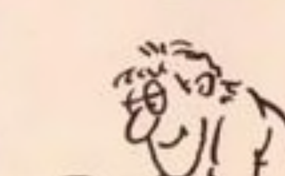
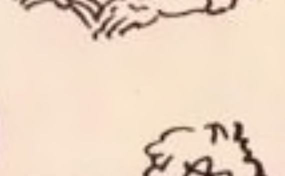
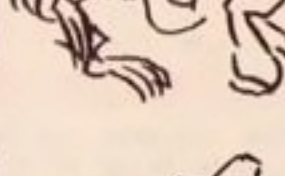
***

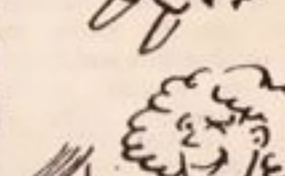
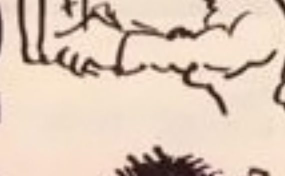
Nordelbische Kirche zu Südafrika

Die heftig kritisierte Stellungnahme der EKD zu einem Diskussionspapier aus dem Weltkirchenrat (s.AK 126) wird von der Kirchenleitung der Nordelbischen Kirche unterstützt. Es heißt dort: *„Mit dem Rat der EKD halten wir eine theologische Lehre von einer gerechten Revolution für ebenso unvertretbar wie eine theologische Lehre vom gerechten Krieg, weil solche Lehre Gewaltmaßnahmen vorab sanktioniert und provoziert. Zu diesem Punkt war eine kritische Rückfrage an den Weltrat der Kirchen nicht nur berechtigt, sondern unbedingt erforderlich."* (epd.9.5.78) Bemerkenswert ist jedoch, daß die o.g. Kirchenleitung meint, daß die Entwicklung in Südafrika von den „Erfahrungen der Bekennenden Kirche in der Zeit des Nationalsozialismus" aus betrachtet werden müsse. Dies ist in der Tat ein Gesichtspunkt, der bislang von der EKD und den einzelnen regionalen Kirchenleitungen außer Acht gelassen wurde.






Maxim Gorki
„Autobiografische Romane"
dtv 700 S. 11,80 DM
Die berühmte Triologie Gorkis findet man hier in einem Band preisgünstig vereint. Eine spannende und farbige Schilderung der Menschen und ihrer Lebensweisen im zaristischen Rußland, der Vagabunden, Gauner, Landstreicher und Abenteurer. Mit der „Mutter" wohl der Höhepunkt des Prosawerks Gorkis.

Wera Figner
„Nacht über Rußland"
Verlag K. Guhl 580 S. 13,50 DM
Die großartige Biografie der russischen Anarchistin, die illegale Tätigkeit im Kreis der anarchistischen Genossen gegen das verhaßte Zarenregime, zwanzigjährige (!) Gefangenschaft in der Schlüsselburg und die Zeit nach der Entlassung am Vorabend der Oktoberrevolution bilden die Schwerpunkte ihrer packenden Lebensschilderung.

Karl Retzlaw
„Spartacus"
Verlag Neue Kritik 300 S. 14,80 DM
Die Erinnerungen des Parteiarbeiters Karl Retzlaw (Pseudonym), wobei besonders die Darstellung der deutschen Revolution 1918/19 und die Münchner Räterepublik mit großer revolutionärer Begeisterung geschildert werden, ohne allerdings zu mystifizieren. Karl Retzlaw war an zentraler Stelle an diesen Kämpfen beteiligt und gibt einen höchst anschaulichen Einblick in die Klassenkämpfe der frühen Weimarer

anschaulichen Einblick in die Klassenkämpfe der frühen Weimarer

Republik, wobei mit dem Verrat der Sozialdemokratie aus der konkreten Erfahrung heraus knallhart abgerechnet wird. Später trennte sich Karl Retzlaw von der KPD.

Kate Chopin
„Geschichte einer Stunde"
Verlag Roter Stern 260 S. 16,– DM
Erzählungen und der berühmte Roman „The Awakening", der den Emanzipationsprozeß einer Frau der amerikanischen Mittelschicht im prüden Amerika der Jahrhundertwende schildert und der in den USA einen Sturm der Empörung auslöste. Sehr lesenswert.

Kühn/Weber
„Stärker als die Wölfe"
Militärverlag der DDR 300 S. 14,50 DM
Bericht über die illegale militärische Organisation im ehemaligen Konzentrationslager Buchenwald und den erfolgreichen bewaffneten Aufstand. Lehrstück, wie auch unter der furchtbarsten Unterdrückung Widerstand möglich ist.

Rudolf Bahro
„Die Alternative"
EVA 540 S. 34,– DM
Im Urlaub hat man endlich mal Zeit, dieses „spektakuläre" Buch zu „knacken". Nicht ganz billig, aber es lohnt sich!

Auskunft
Neue Prosa aus der DDR
rororo 6,80 DM
Die literarische Ergänzung zum Bahro; mehrere der Autoren leben inzwischen – gezwungenermaßen – in der BRD: Alltägliche Geschichten über das Leben im „realen Sozialismus".

Beirat und Sekretariat spalten weiter

Wie in AK 133 berichtet, traf sich am 1./2. Juli ein Teil der Jury zu einer internen Sitzung, um über Themen der 2. Sitzungsperiode zu beraten. Festgelegt wurden die Bereiche Zensur, Veränderungen im Strafverfahren und Methoden und Entwicklung des Verfassungsschutzes. Abgelehnt wurden die Behandlung der Gewerkschaftsausschlüsse (diese sollen im Abschlußbericht der 1. Sitzungsperiode behandelt werden) und der Haftbedingungen. Damit wurden gerade Bereiche getroffen, deren Behandlung große Teile der Unterstützerbewegung nachdrücklich gefordert hat, die jedoch immer auf den schärfsten Widerstand von Sekretariat und Beirat gestoßen sind. Im Zusammenhang mit der internen Sitzung und in nachfolgenden Verlautbarungen sind Sekretariat und Beirat wiederum durch massive Versuche, den Themenkatalog einzuschränken, aufgefallen.

In der offiziellen Veröffentlichung der Jury nach der internen Sitzung heißt es: „*Da es (das Tribunal, Anm. AK) die gesamte Zeit seiner ersten Sitzung dem Thema der Berufsverbote gewidmet hatte und da es andere wesentliche Fragen gab, die nach einer gründlichen öffentlichen Prüfung verlangen, wurde keine zusätzliche Zeit für die Beweisführung in Sachen Berufsverbote, ähnlicher oder mit diesen zusammenhängenden Praktiken in der Bundesrepublik eingeplant.*" Dies gilt für die Gewerkschaftsausschlüsse. Zu den Haftbedingungen heißt es: „*Das Tribunal sieht nun, daß eine vollständige Untersuchung der Haftbedingungen und der Behandlung von Häftlingen sehr viel mehr Zeit beanspruchen würde als dem Tribunal zur Verfügung stehen für die Prüfung der Themen, die es in Betracht gezogen hat.*"

In beiden Fällen führt die Jury also die beschränkten Möglichkeiten des Tribunals für die Nichtbehandlung an, was für sich genommen auch stichhaltige Argumente sind. Jedoch haben die letzten Monate in krasser Weise gezeigt, daß für Sekretariat und Beirat ganz andere Gründe für die Nichtbehandlung dieser Themen ausschlaggebend sind. Dies war auch den Jury- Mitgliedern bekannt, nicht zuletzt aus einem Gespräch mit mehreren Delegierten der Frankfurter Arbeitskonferenz (siehe AK 133). Mit der vorgelegten Begründung sollte offenkundig eine Brücke gebaut werden, um den Differenzen innerhalb der Unterstützerbewegung entgegenzuwirken. Auch wenn wir die Entscheidung der Jury bedauern, halten wir sie dennoch für verständlich und vertretbar, insbesondere, weil die Jury deutlich machte, daß die Gewerkschaftsausschlüsse im Abschlußbericht behandelt werden sollen und die Haftbedingungen Eingang in den Themenbereich „Veränderungen im Strafverfahren" finden sollen. Dies reichte jedoch Beirat und Sekretariat immer noch nicht. In einer eigenen Stellungnahme (veröffentlicht im Rundbrief 13 vom 15.7.78) schieben die detaillierte Begründungen hinterher, die als Protokollnotizen der internen Jurysitzung gekennzeichnet werden, jedoch unschwer die Argumentationhandschrift der Beirats- und Sekretariatsmitglieder erkennen lassen.

So hätten die Gewerkschaftsausschlüsse zwar „*Bedenken hervorgerufen*" und seien „*nur schwer (zu) verstehen*", aber sie seien **„mit der Wirkung des staatlichen Berufsverbots nicht zu vergleichen."** Außerdem sei die unmittelbare „*Geltung der Menschenrechte in formell privaten Organisationen umstritten* (von wem wohl!) *und in jedem Fall nur teilweise einzulösen.*" Dagegen heißt es noch in der Erklärung der Jury: „*Aufgrund sowohl der Zeugenaussagen als auch der Dokumente, die zu prüfen das Tribunal die Gelegenheit hatte, ist dieses zu der Überzeugung gekommen,* – **daß die Bedrohung der Menschenrechte wegen politischen Nonkonformismus nicht auf den Bereich des öffentlichen Dienstes beschränkt ist.**" Wie könnte die Jury zu einer solchen Aussage kommen, wenn die Gewerkschaftsausschlüsse mit Berufsverboten „*nicht zu vergleichen*" seien und einen „*ganz anderen Charakter als beispielsweise staatliche Berufsverbote* " hätten?

Sollte etwa den Beiratsmitgliedern Narr und Wesel tatsächlich nicht bekannt sein, daß aus der Gewerkschaft Ausgeschlossene ebensowenig wie Berufsverboteopfer allergrößte Schwierigkeiten haben, in ihrem Beruf überhaupt noch eine Anstellung zu finden? Dies sicherlich nicht, aber was gilt schon die vielleicht zehnmalige Entlassung eines Arbeiters, die Zerstörung seiner materiellen und politischen Existenz gegen die Entlassung eines Intellektuellen aus dem Staatsdienst? Deutlicher werden denn auch Sekretariat und Beirat, wenn sie behaupten, durch eine Behandlung der Gewerkschaftsausschlüsse könne der Eindruck entstehen, „ *als wolle das Russell- Tribunal die Gewerkschaften als solche kritisieren oder als ginge es dem Tribunal um die Unterstützung einer bestimmten Gewerkschaftsstrategie.*" Das erstere ist fadenscheinig, denn allein aus den Tatsachen geht schon hervor, daß es um die Kritik an den Praktiken der Gewerkschaftsführer und nicht um die Kritik an den Mitgliedern geht. Zum zweiten Teil des Arguments stellen wir nur die Frage, ob Beirat und Sekretariat bei der Behandlung der Berufsverbote jemals die Frage aufgeworfen haben, ob hiermit die politische Strategie der Betroffenen und deren Organisationen unterstützt wird?

Offensichtlich sind sich jedoch auch Beirat und Sekretariat der Unhaltbarkeit ihrer eigenen Argumentation bewußt, denn abschliessend schreiben sie:„ *Selbst wenn man alle diese Argumente nicht teilt, ist schließlich das Zeitargument durchschlagend*". Im eigenen Interesse hätten sie es dabei belassen sollen. Noch einige Töne schärfer wenden sie sich gegen die Behandlung der Haftbedingungen. Wird eingangs noch die Argumentation der Jury aufgenommen, die Zeit reiche nicht aus, um eine gründliche Untersuchung zu gewährleisten, wird dann behauptet, „ *daß die Haftbedingungen in der Bundesrepublik im Vergleich zu denen anderer Länder vergleichbarer Verfassung nicht schlechter zu sein scheinen.* **Im Gegenteil: sie scheinen teilweise durchaus besser zu sein.**" Welch akrobatische Glanzleistung: einerseits steht für eine gründliche Untersuchung der Haftbedingungen nicht genügend Zeit zur Verfügung, andererseits ist man völlig „sicher", daß die Situation im westdeutschen Knast b e s s e r ist als in vergleichbaren Ländern. Selbst die nicht abzustreitende Tatsache, daß im westdeutschen Knast mehr politische Gefangene als in allen anderen westeuropäischen Ländern d e n T o d fanden, daß die „Selbstmorde" von Stammheim immer noch nicht aufgeklärt sind, scheint hier kaum ins Gewicht zu fallen.

Diese Argumentationen werden im Rundbrief gekennzeichnet mit „*Protokollnotizen erstellt im Auftrag des Präsidenten der Jury des 3. Russell- Tribunals. Gezeichnet Beirat und Sekratariat.*" Für den unbefangenen Leser kann somit durchaus der Eindruck entstehen, es handle sich hierbei um eine einheitliche Meinung der Jury. Wohlweislich wurde in diese Protokollnotizen jedoch darauf verzichtet zu kennzeichnen, wer welche Meinung vertreten hat und welche Argumente ausschlaggebend gewesen sind. **Die offizielle Erklärung der Jury läßt jedoch erkennen, daß es sich bei dem Beschluß um einen Kompromiß handelt – nicht zuletzt mit Rücksicht auf die Beiratsmitglieder.** Die von Beirat und Sekretariat betriebene Ausschlachtung dieses Beschlußes im eigenen politischen Interesse ist allein schon schamlos genug und zeigt, daß von bestimmten Teilen mit allen Mitteln versucht werden soll, die politischen Kritiker auszuschalten.

Jedoch weisen andere Vorgänge darauf hin, daß mit noch weit erpresserischeren Methoden gearbeitet wurde.

Politische Erpressung von Jury und Unterstützerbewegung

Schon auf einer Veranstaltung am 5.6. in Bonn hatte das Beiratsmitglied Wesel zugegeben, daß bei der Abfassung des Schlußberichtes im „Rotbuch" eine **„kleine Mogelei"** geschehen sei. Es handelt sich dabei um die Passage zu den Gewerkschaftsausschlüssen. Die Jury hatte beschlossen, daß zu diesem Thema weiteres Material vorgelegt werden solle, um dies auf der nächsten Sitzung zu behandeln. Im „Rotbuch" erschien lediglich eine Passage, daß dieses in den Abschlußbericht, ohne öffentliche Erörterung, eingearbeitet werden solle. Dazu Wesel in Bonn (Tonbandaufnahmen über die folgenden Zitate liegen vor):„ **Ich glaube es – aber ich sage es ganz offen: Hier ist eine leichte Mogelei drin, denn Dedijer hat es wirklich anders gesagt: die Jury soll noch mehr Material kriegen und dann behandeln. Wir wollen das abbiegen.**" Zu den Haftbedingungen. „ *Unser Vorschlag wird sein, die Haftbedingungen nicht zu behandeln, dieser Vorschlag wird m.E. angesichts der jetzigen Zusammensetzung der Jury – es kommen ja nicht alle – akzeptiert werden.*"

Nach Bekanntwerden dieser massiven Einflußnahme und Fälschung erhob sich in der ganzen Unterstützerbewegung scharfer Protest. Selbst der Westberliner Koordinationsrat, ansonsten strikt zur Verteidigung von Beirat und Sekretariat bereit, verfaßte eine Erklärung für die Jury. Kritisiert wurde die thematische Eingrenzung durch den Beirat, „ *die die Kompetenzen dieses Gremiums eindeutig überschreiten*".„ *Die Fragwürdigkeit von Arbeitsweise und Entscheidungsprozessen des Sekretariats und des Beirats erzeugt nicht nur wachsendes Mißtrauen gegenüber diesen Gremien,* **sondern zerstört schließlich auch die Grundlagen, von denen aus die Unterstützerbewegung bisher gearbeitet hat.**" Kaum war diese Resolution verabschiedet, setzten sich Narr und Wesel in Bewegung. Wesel drohte mit seinem Rücktritt, „ *wenn die Berliner Gruppen auf ihrer nächsten Sitzung* " nicht „ *einen Beschluß fassen, der meine Weiterarbeit möglich macht*".

Angesichts dieses Drucks versicherte der Koordinationsrat, „ *daß es dem Westberliner Unterstützerplenum (nicht) um eine Kritik an seiner Person geht.*" Trotzdem beharrten sie jedoch darauf, die Kritik der Jury vorzutragen, was vom Beirat verhindert wurde. Eine weitere Erklärung wurde dem Koordinationsrat von Narr aufgenötigt, nach der Beirat und Sekretariat zwar die Verantwortung für die Äußerungen Wesels übernehmen, worin dessen bisherige Arbeit jedoch ausdrücklich gewürdigt wurde. Wesel bleibt somit im Amt – obwohl sich keine der angegriffenen Äußerungen als falsch herausgestellt hatte.

Bezeichnend auch hier die„Selbstkritik" des Beirats:„ *In der Tat wurde hier von den Herausgebern eine Veränderung vorgenommen*", die jedoch durch die jetzige Übereinstimmung mit der Jury gerechtfertigt sei. Ein Fehler sei n u r gewesen, „ *auf diese Veränderung nicht hinzuweisen bzw. sie nicht zu erklären.*" Mit dem Erfolg der „kleinen Mogelei" wird diese selbst gerechtfertigt – das allein wirft schon ein bezeichnendes Licht auf die „ Unabhängigkeit". mit der diese Teile des Beirats vorgehen.

Gleiches gilt für die Berufung des SB- Sekretärs Michael Schwelin in das Sekretariat. Auch in diesem Fall wird die Kritik aus weiten Teilen der Unterstützerbewegung von Sekretariat und Beirat selbstherrlich damit abgetan, daß das Sekretariat keine inhaltlichen Aufgaben habe und somit eine einseitige politische Ausrichtung nicht zu befürchten sei. Wer könnte sich jedoch nicht an den entscheidenden Einfluß des Sekretariats auf die inhaltliche Gestaltung erinnern, z.B. in der Frage der Gewerkschaftsausschlüsse, die den meisten Juroren erst in Frankfurt wirklich bekannt wurden?

Große Teile der Unterstützerbewegung haben auf der Frankfurter Arbeitskonferenz deutlich gemacht, daß ihr Interesse am Tribunal ein ganz anderes ist. Neben der Herstellung einer Öffentlichkeit über die Repression stand hier vor allem die Diskussion über die Schaffung einer Antirepressionsbewegung, die a l l e Bereiche der Linken und der Demokraten umfaßt, im Vordergrund. Sekretariat und Beirat haben durch ihr jetziges Verhalten jedoch wiederum unter Beweis gestellt, daß sie an einer solidarischen Zusammenarbeit mit a l l e n Bereichen der Unterstützerbewegung kein Interesse haben. Im Gegenteil schält sich mehr und mehr heraus, daß das Tribunal auf der schmalen Basis des SBs organisiert werden und die bestehende Spaltung vertieft werden soll.

Dagegen steht jedoch die bisher gezeigte Bereitschaft der Jury, unabhängig von Opportunitätserwägungen die Repression zu untersuchen und mit allen Teilen der Unterstützer das Gespräch zu suchen. An dieser Bereitschaft muß die Unterstützerbewegung sowohl in der Vorbereitung der jetzt beschlossenen Themen als auch in konkreter Zusammenarbeit anschließen.

Die offenkundige Spalterpolitik dieser Gremien hat die Kritik in der Unterstützerbewegung weiter verbreitert, selbst in Bereiche, die bisher weitgehend die Politik dieser Gremien gedeckt haben. Hierin liegt die Chance, in der Vorbereitung der 2. Sitzungsperiode der bestehenden Spaltung entgegenzuwirken.